Johannes Erger

Der Kapp-Lüttwitz-Putsch

Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1919/20

Herausgegeben von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien

DROSTE VERLAG · DÜSSELDORF

Beiträge
zur Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen
Parteien

Band 35

1967

© Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien in Bonn

Gesamtherstellung:
Droste Verlag und Druckerei GmbH, Düsseldorf
Buchausstattung: Johannes Mühle
Printed in Germany

Vorwort

Wissenschaftliche Untersuchungen zur Geschichte der Parteien, der Gewerkschaften, der Reichswehr und der Freikorps in der Weimarer Republik haben bereits den Kapp-Lüttwitz-Putsch behandelt, soweit er für die dargestellten Organisationen von Bedeutung war[1]). In der folgenden Arbeit soll nun das Unternehmen selbst Gegenstand einer Untersuchung sein. Neben den im Anschluß an den Putsch erschienenen Broschüren, teilweise von Beteiligten verfaßt und mit inhaltsreichen Berichten sowie Dokumentensammlungen ausgestattet, stützt sich diese Untersuchung, soweit es die gedruckten Quellen betrifft, hauptsächlich auf die erschienenen Memoiren und Biographien damals tätiger, führender Politiker und Militärs. Die eigentliche Grundlage für die Behandlung dieses Themas bilden jedoch die unveröffentlichten Quellen, deren Auswertung in entgegenkommender und dankenswerter Weise von Privatpersonen und Archiven gestattet wurde. Nur die Benutzung der Abteilungen Potsdam und Merseburg des Deutschen Zentralarchivs, wo sich der Hauptteil des Kapp-Nachlasses und mit hoher Wahrscheinlichkeit auch die Akten des Reichsgerichts über den auf den Putsch folgenden sogenannten Jagow-Prozeß befinden, war leider nicht möglich. Zum Teil konnten die Ermittlungsergebnisse allerdings in anderen Quellenbeständen in Abschriften gefunden werden.

Zu besonderem Dank bin ich verpflichtet dem Bundesarchiv in Koblenz, dem Hauptarchiv in Berlin-Dahlem, dem Institut für Europäische Geschichte in Mainz, dem Archiv der Bundeswehr in Bonn, dem Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam, dem National Archives and Records Service in Washington, der Hoover Institution, Stanford University, California, dem Foreign Office in London, dem Archiv des SPD-Parteivorstandes in Bonn, der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien in Bonn und dem Institut für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an der Universität Heidelberg.

Nicht weniger wertvoll war die Unterstützung von privater Seite. Fräulein Anneliese Kapp stellte nicht nur den noch in Familienbesitz befindlichen Teil

[1]) Es handelt sich vor allem um folgende Arbeiten:
Harold J. Gordon, The Reichswehr and the German Republic 1919—1926;
Wolfgang Hartenstein, Die Anfänge der Deutschen Volkspartei 1918—1920;
Werner Liebe, Die Deutschnationale Volkspartei 1918—1924;
Heinz-Josef Varain, Freie Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Staat.
Robert G. L. Waite, Vanguard of Nazism. The Free-Corps Movement in Postwar Germany 1918—1923.
Francis L. Carsten, Reichswehr und Politik 1918—1933.
Die näheren Angaben im Literaturverzeichnis.

des Nachlasses ihres Vaters zur Verfügung, sondern war auch zu ausführlichen Gesprächen und schriftlichen Mitteilungen bereit. Gleich ihr gilt mein Dank Herrn Major a. D. Waldemar Pabst, der an der Durchführung des März-Unternehmens führend beteiligt war. Durch seine vielen mündlichen und schriftlichen Berichte hat er sehr zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen. In der Gesamtbeurteilung vertreten jedoch sowohl Fräulein Kapp als auch Herr Major Pabst gegenüber der folgenden Untersuchung abweichende Auffassungen.

Weitere wichtige persönliche Mitteilungen verdanke ich den Herren Staatssekretär a. D. Prof. Arnold Brecht, Ministerialdirektor a. D. Geheimrat Karl Wever, Korvettenkapitän a. D. Hermann Ehrhardt, Generalleutnant a. D. Jenö v. Egan-Krieger, Generalmajor a. D. Heinrich Hermann v. Hülsen, Generalmajor a. D. Dr. Gustav Krukenberg und General a. D. Freiherr v. Gablenz.

Ferner bin ich den Herren Prof. Fritz Ernst, Prof. Harold J. Gordon, Prof. Fritz T. Epstein, Prof. Erich Matthias, Prof. Werner T. Angress, Oberregierungsrat Dr. Wolfgang Heine, Dr. Frhr. Hiller v. Gaertringen, Amtsgerichtsrat Dr. Otto v. Sethe, Dr. Hans-Adolf Jacobsen und Wolfgang Colden für die Vermittlung wertvollen Quellenmaterials zu großem Dank verpflichtet.

Allen Nichtgenannten, besonders meinen Freunden am Institut für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an der Universität Heidelberg, sei an dieser Stelle für die vielen Hinweise und klärenden Gespräche ein herzliches Dankeswort gesagt.

Den größten Dank schulde ich Herrn Prof. Dr. Werner Conze, der diese im Sommer 1963 von der Philosophischen Fakultät der Universität Heidelberg als Dissertation angenommene Untersuchung anregte, sie mit Rat und Hilfe, besonders bei der Quellenbeschaffung, unterstützte, vor allem aber mit ständiger Ermunterung und wohlwollender Geduld begleitete.

Die vorliegende Buchfassung der Dissertation wurde durch nachträglich aufgefundene Quellen und Veröffentlichungen sowie durch die Berücksichtigung mehrerer Neuerscheinungen ergänzt. Sehr verbunden bin ich den Herren der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien für die Aufnahme dieser Untersuchung in die Reihe der „Beiträge".

Größte Anerkennung gilt meiner Frau und Frl. Hegemann für ihre Hilfe bei der oft mühevollen Anfertigung des maschinenschriftlichen Manuskriptes.

In besonderer Weise möchte ich der unter großen persönlichen Opfern gewährten Unterstützung meiner lieben Eltern gedenken, die sie mir während der vielen Jahre meines Studiums selbstlos schenkten. Ihnen sei dieses Buch als Zeichen der Dankbarkeit gewidmet.

An alle Leser dieses Buches richte ich die herzliche Bitte, mich auf Fehler oder Lücken in der Darstellung aufmerksam zu machen. Noch leben viele, die während der Ereignisse der Jahre 1919/20 in verantwortlicher Stellung tätig

waren oder aber die Vorgänge des Kapp–Lüttwitz-Putsches beobachten konnten. Der Verfasser wäre für jeden Bericht aus solcher Kenntnis außerordentlich dankbar und hofft, diese Beiträge bei späterer Gelegenheit in die Darstellung einarbeiten zu können.

Aachen, im Sommer 1966 Johannes Erger

Inhalt

Vorwort 5
Einleitung 11

I. Kapitel

Regierungsfeindliche Bestrebungen in der Reichswehr im Jahre 1919 und ihre Förderung durch Kapp und Ludendorff 15
1. Der Plan einer Noske-Diktatur und die Auflehnung gegen den Versailler Vertrag 17
2. Die politischen Forderungen der Reichswehr an die Regierung 29
3. Diskussion und Planung einer Militärdiktatur nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrages 33
4. Kapp und Ludendorff versuchen die Reichswehr für eine Militärdiktatur zu gewinnen 38
5. Wachsende Unzufriedenheit in der Truppe 48
6. Lüttwitz' Position innerhalb der militärischen Führung und sein Gegenspieler Seeckt 56

II. Kapitel

„Die Welle von rechts" und die Umsturzabsichten in der „Nationalen Vereinigung" 60
1. Die Struktur der Rechtsopposition 60
2. Die Wirkung des Versailler Vertrages und der Dolchstoßlegende 68
3. Der „Kampf gegen das System" 73
4. Die Zwangslage der Reichsregierung und die Wirksamkeit ihrer Politik bis zum Frühjahr 1920 78
5. Die „Nationale Vereinigung" als Umsturzzentrum 85
6. Umsturzvorbereitungen der „Nationalen Vereinigung" 90
7. Uneinigkeit und Widersprüche in der Zielsetzung 97

III. Kapitel

Der Ausbruch des Putsches 108
1. Lüttwitz widersetzt sich den befohlenen Entlassungen 108
2. Lüttwitz greift zum Ultimatum und befiehlt den Marsch nach Berlin . . 116
3. Der improvisierte Putsch 126
4. Regierung und Reichswehr am Vorabend des Putsches 131
5. Reichswehr schießt nicht auf Reichswehr 139
6. Die Entscheidungen in der Ministerratssitzung 146
7. Der Einmarsch in Berlin und die Bedeutung der Flucht 149

IV. Kapitel

Widerstandskräfte gegen Kapp und Lüttwitz 154
1. Das Programm der „neuen Regierung“ 154
2. Die erwartete Zustimmung bleibt aus 161
3. Die Ausschaltung der legalen Regierung mißlingt 171
4. Auswirkungen im Reichsgebiet und die Stellungnahme der Reichswehr . . 177
5. Der Generalstreik 191
6. Die Stellungnahme der Beamten 206
7. Die Rechtsparteien und der Putsch 219
8. Beziehungen der Putschisten zu den Linksradikalen 225

V. Kapitel

Die Beendigung des Putsches 228
1. Die Wendung zur Niederlage 228
2. Das Scheitern der ersten Vermittlungsversuche 234
a) General Maercker erhält von Kapp und Lüttwitz Bedingungen für eine Einigung mit der Reichsregierung. 234
b) Die Ausgleichsbemühungen von Vertretern der Mehrheitsparteien und der Rechtsparteien in Berlin 238
c) Die Ablehnung des Ausgleichs durch die Reichsregierung in Stuttgart . 244
3. Die Aufnahme von Verhandlungen in Berlin 249
a) Erste Kontaktaufnahmen durch Schiffer und den Reichsrat 249
b) Reichswehr und Rechtsparteien drängen auf Ausgleich 252
c) Der Einfluß des angeblichen Ultimatums bewaffneter Berliner Arbeiter auf die Ausgleichsbemühungen 255
d) Die Verhandlungen zwischen Vizekanzler Schiffer und Major Pabst . . 259
4. Die Reichswehr beendet den Putsch 263
a) Kapp erklärt seinen Rücktritt 263
b) Lüttwitz versucht, seine ursprünglichen Forderungen als Militärdiktator zu erzwingen 266
c) Lüttwitz muß unter militärischem Druck mit den Parteiführern verhandeln und zurücktreten 272

VI. Kapitel

Das Ergebnis des Putsches 279
1. Auseinandersetzungen um das Verhandlungsergebnis und die Enttäuschung der Reichsregierung in Stuttgart 279
2. Die Festigung der Reichswehr und die Sicherung ihrer Autonomie in der Republik unter General v. Seeckt 284
3. Die Schwächung der auf Ausgleich bedachten demokratischen Kräfte . . 289
4. Zusammenfassung 296
Dokumenten-Anhang 303
Quellen und Literatur 353
Personenregister 362

Einleitung

Jede Beschäftigung mit der Weimarer Republik vollzieht sich heute vor dem Hintergrund der Frage nach ihrem schnellen Scheitern. Wie schon aus der Geschichte dieser Republik dafür keine monokausale Erklärung abgeleitet werden kann, so erst recht nicht aus der politischen Entwicklung der ersten Jahre. Gleichwohl bedeutet die innen- wie außenpolitische Schwäche, wie sie sich bis zum Frühjahr 1920 entwickelte, eine wesentliche Voraussetzung für die Krise des Weimarer Parteienstaates, welche seit 1930 sichtbar in Erscheinung trat. Es ist eine schon mehrfach diskutierte Frage, ob das Mißlingen einer politischen Integration auf republikanisch-demokratischer Ebene primär durch zwangsläufige Gegebenheiten nach dem November-Umsturz verursacht worden ist, oder ob die demokratischen Parteien, vor allem die SPD, unter dem Eindruck einer überschätzten bolschewistischen Gefahr vorhandene politische Spielräume ungenutzt ließen[1]). Dieses Problem soll hier nicht untersucht werden.

Der Verfasser dieser Abhandlung geht davon aus, daß die SPD-Führung in Übereinstimmung mit allen bürgerlichen Parteien sich nach der Abdankung des Kaisers zunächst die Legitimation des Volkes für weitere politische Veränderungen geben lassen wollte, also der unrevolutionären Auffassung war, der Aufbau einer neuen politischen Ordnung könne nur aus einer frei gewählten Nationalversammlung hervorgehen. War dies der geplante Weg, so mußte die SPD-Führung jeder radikalen Bewegung, besonders den sich überall bildenden Arbeiter- und Soldatenräten, ablehnend gegenüberstehen, die entweder außerhalb der parlamentarischen Parteiendemokratie den politischen Neuaufbau zu vollziehen wünschte oder mindestens vor den Wahlen grundlegende Veränderungen in der Verwaltung und der Wirtschaft durchsetzen wollte. Erst recht aber war wohl das Bündnis mit der Obersten Heeresleitung (OHL) und der bestehenden Verwaltung notwendig, wenn die Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien wie sie sich im Interfraktionellen Ausschuß während der letzten Kriegsjahre eingespielt hatte, fortgesetzt werden sollte. Der November-Umsturz hatte jedenfalls für keine Partei die innenpolitischen Probleme gelöst. Für die linksradikalen Sozialisten und Spartakisten sollte der Umsturz erst noch bis zur Revolution fortgesetzt werden, für die rechtsstehenden Sozialdemokraten und natürlich alle bürgerlichen Parteien war schon zuviel in Bewegung geraten. Jedes Abgehen von dem demokratisch-parlamentarischen Wege mußte die bürgerlichen Parteien der Mitte nach rechts drängen und die Unterstützung durch die OHL und den größten Teil der Verwaltung in Frage stellen. Abgesehen

[1]) Diese letztere Auffassung vertreten vor allem Peter v. Oertzen, Eberhard Kolb und Erich Matthias in der angegebenen Literatur.

davon, daß die SPD-Führung diese Entwicklung aus politischer Überzeugung ablehnte, war sie sich der Tatsache bewußt, daß eine radikale sozialistische Umgestaltung der Verwaltung und der Wirtschaft unter den Bedingungen des verlorenen Krieges die Gefahr eines allgemeinen Chaos heraufbeschwor.

Der Kurs der mehrheitssozialdemokratischen Führung bewirkte bald eine starke Abwanderung von Sozialisten in das Lager der Unabhängigen Sozialisten (USPD) bzw. der Kommunisten, womit die enttäuschten Republikaner dem Linksradikalismus erhebliche Verstärkung zuführten. Die zweifellos vorhandene persönliche Unzulänglichkeit mancher verantwortlicher Politiker, deren Ursache vielfach fehlende Regierungserfahrung war, hat, vereinfacht gesehen, in Verbindung mit der enttäuschten, sich radikalisierenden Linken und der vor allem durch außenpolitische Demütigungen sich radikalisierenden Rechten das deutsche Volk an einer breiten Anerkennung des neuen Staates von Weimar gehindert. Nur durch innen- und außenpolitische Erfolge vermag eine politische Ordnung auf die Dauer die notwendige Zustimmung des Volkes zu finden. Wie es zur Stärkung der Rechtsopposition bis zum März 1920 kam und sich daraus schließlich ein Umsturzversuch entwickelte, ist das Anliegen der folgenden Darstellung.

Nach den Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919, „die eine klare Volksabstimmung sowohl gegen die kommunistische Revolution wie gegen die Restauration des abgetretenen Regimes herbeiführten“[1]), hatte das deutsche Volk am 6. Juni 1920 Gelegenheit, zum zweiten Male nach der Umwälzung vom November 1918 parteipolitisch Stellung zu beziehen. Das Ergebnis dieser Reichstagswahlen war eine entscheidende Niederlage der aus SPD, DDP und Zentrum bestehenden Regierungskoalition. Sieger dieser Wahl aber waren die Parteien der Rechts- und Linksopposition, die nicht nur die Politik der Regierungsparteien bekämpft, sondern auch der in Weimar geschaffenen Verfassung aus grundsätzlicher Gegnerschaft ihre Zustimmung verweigert hatten. Nicht zuletzt waren diese Reichstagswahlen eine Folge der innenpolitischen Wirren des Kapp–Lüttwitz-Putsches, der die seit Januar 1919 veränderten politischen Kräfteverhältnisse sichtbar gemacht hatte und Deutschland bis an den Rand des Bürgerkrieges führte.

Die Hauptaufgabe dieser Untersuchung ist die Darstellung dieses wichtigsten innenpolitischen Ereignisses während der Periode der Nationalversammlung. Dabei soll zugleich gezeigt werden, welche Kräfte und Belastungen eine erfolgreiche Politik der Regierungsparteien fast unmöglich gemacht haben, um dadurch zur Erklärung der so veränderten politischen Willensäußerung im Juni 1920 beizutragen. Da es sich bei dem Kapp–Lüttwitz-Putsch um ein gegenrevolutionäres Unternehmen gehandelt hat, werden die rechtsgerichteten Bestrebungen

[1]) Werner Conze, Die Weimarer Republik 1918—1933, in: Deutsche Geschichte im Überblick, hrsg. von Peter Rassow, 2. Aufl., S. 619.

zur Erringung der politischen Macht das Hauptthema bilden. Im Mittelpunkt der Untersuchung steht dabei das Verhältnis von Reichswehr und Republik, denn dieses Unternehmen war ein Militärputsch und ist es bis zu seinem Scheitern geblieben. Demnach muß von der Frage ausgegangen werden, welche Bedingungen die Beziehungen der Reichswehr zur Regierung soweit veränderten, daß schließlich der höchste Truppenoffizier im Interesse des Vaterlandes eine gewaltsame Regierungsumbildung für notwendig hielt. Nicht weniger wichtig ist jedoch der Anteil der politischen „Welle von rechts" an der Entstehung und Durchführung dieses Unternehmens, übernahm doch der Führer dieses Putsches, General v. Lüttwitz, die Forderungen der Rechtsparteien an die Regierung und beauftragte ein führendes Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei, den Generallandschaftsdirektor Dr. Kapp, mit der Bildung einer provisorischen Regierung. Da die bisher geläufige Bezeichnung für diesen Putsch die sowohl beim Ausbruch als auch bei der Beendigung dominierende Rolle von Lüttwitz übergeht, ist mindestens die Erweiterung „Kapp–Lüttwitz-Putsch" notwendig. Schon aus der Tatsache, daß die Rechtsparteien sowohl vor als auch nach dem Putsch sich von Gewaltmaßnahmen distanzierten und auch die Reichswehr sich keineswegs in ihrer Mehrheit an dem versuchten Regierungssturz beteiligte, ergibt sich die Forderung, beide Kräfte genügend zu differenzieren und der Entstehung des Putsches einen breiten Raum zu geben. Ausführlich müssen auch die Zielsetzungen von Kapp und Lüttwitz und der Einfluß der beiden Persönlichkeiten auf den Gang der Ereignisse dargestellt werden, denn sie hatten keineswegs gleiche Auffassungen über Zeitpunkt und Art der Durchführung.

Der zweite durchgehende Problemkreis wird durch die Politik der Regierungsparteien bestimmt, gegen die der Putsch sich richtete. Dazu gehört die Frage nach den Auswirkungen des Friedensvertrages, der Dolchstoßlegende, der wirtschaftlichen sowie finanziellen Kriegsfolgen und der gegensätzlichen Interessen innerhalb der Koalitionsparteien. An den Widerstandskräften und den Motiven der Abwehrhaltung gegen die Regierung Kapp soll dann gezeigt werden, auf welche Machtmittel sich die legale Regierung stützen konnte und wieweit das März-Unternehmen dem politischen Willen in Deutschland entsprach.

Da schließlich Vertreter der Mehrheitsparteien mit Lüttwitz Verhandlungen aufnahmen, einen Teil seiner Forderungen erfüllten und sowohl Kapp als auch Lüttwitz unter militärischem Druck zurücktreten mußten, liegt der letzte Schwerpunkt dieser Untersuchung bei der Frage, wie es zu der friedlichen Beendigung des Putsches und der bemerkenswerten Schonung der darin verwickelten Truppen durch die Regierung kommen konnte. Damit ist die Ausgangsfrage nach den Ursachen der politischen Kräfteverschiebung von 1919 und 1920 zu beantworten, wie die „Welle von rechts" und die „Revolution von links" sich einerseits gegenseitig förderten, auch durch die Stärkung zentrifugaler Tendenzen die Koalitionsparteien zu kaum noch tragbaren Zugeständnissen zwangen und so zugleich schwächten, andererseits sich aber auch gegenseitig neutralisierten und

somit vorläufig der Weg der parlamentarischen Parteiendemokratie als einzige Möglichkeit blieb[1]).

[1]) Diese im Generalstreik deutlich werdenden Zusammenhänge zeigen die zentrale Bedeutung der Gewerkschaften, der USPD und KPD für diese Untersuchung. Die Rolle dieser Organisationen während des Putsches mußte deshalb behandelt werden, ist allerdings nicht der Gegenstand besonderer Forschung gewesen.

Eine wertvolle Ergänzung würde diese Arbeit durch die Darstellung der aus dem Putsch hervorgehenden Auseinandersetzungen zwischen gewerkschaftlichen Kreisen und den Regierungsparteien sowie den Bestrebungen um die Bildung einer „Arbeiterregierung" erfahren. Trotz guter Quellengrundlage habe ich aus räumlichen und zeitlichen Gründen darauf verzichtet. Das Dokument 58 im Anhang S. 350 ff. ist ein Auszug zu diesem Thema aus einer noch unveröffentlichten privaten Aufzeichnung.

Mit den vielfältigen Auswirkungen des Putsches in den deutschen Ländern beschäftigt sich diese Arbeit nur in einem kurzen Überblick, so aufschlußreich es auch gewesen wäre, die Stellungnahme der politischen Kräfte in ihrer regionalen Differenzierung aufzuzeigen. Über die Folgen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ist in den letzten Jahren eine umfangreiche Untersuchung angefertigt worden, die nach einer Mitteilung des Verfassers, Herrn Wolfgang Colden, inzwischen abgeschlossen wurde.

1. Kapitel

Regierungsfeindliche Bestrebungen in der Reichswehr im Jahre 1919 und ihre Förderung durch Kapp und Ludendorff

Als die Oberste Heeresleitung am 9. November 1918 erkannte, daß die Monarchie nicht zu halten war, stellte sie sich der „Regierung" Ebert unter der Bedingung zur Verfügung, das Abgleiten des Umsturzes in eine bolschewistische Revolution zu verhindern, eine gemeinsame Front gegen die Bedrohung durch die Entente zu errichten, die Einheit des Reiches zu erhalten und die bürgerliche Gesellschaftsordnung nicht zu zerstören[1]). Da weder in der Sozialdemokratie noch unter den zurückströmenden Soldaten ein zielstrebiger revolutionärer Wille herrschte, konnte das Offizierkorps die Schlüsselpositionen der bewaffneten Macht behaupten. Aus der richtigen Erkenntnis, daß nur die SPD im Augenblick in der Lage war, eine neue Regierungsgewalt zu errichten, unterstützte die militärische Führung den Rat der Volksbeauftragten und danach die aus den Wahlen hervorgegangene republikanische Regierung unter sozialdemokratischer Führung. Freilich war angesichts der monarchischen Empfindungen für die große Mehrheit der Offiziere eine innere Anerkennung der Republik damit nicht verbunden. Die OHL betrachtete sich außerdem als gleichberechtigter Partner und erwartete als Gegenleistung für die Zusammenarbeit den gemeinsamen Kampf gegen den Linksradikalismus, der zugleich die Umwandlung des Heeres in eine Volksarmee mit republikanischer Gesinnung verhindern sollte.

Im Offizierkorps herrschte die Überzeugung, daß ein Neubau des Staates ohne seine Mitwirkung nicht möglich sei. Wenn es aber seine politischen Vorstellungen zur Geltung bringen wollte, so war es zweckmäßig, die Verantwortung für die Niederlage auf politische Gegenkräfte zu übertragen und die Anerkennung der Regierung durch militärische Unterstützung zu erreichen. Die Angst des Bürgertums vor revolutionären Umwälzungen bildete die geeignete Grundlage. Im Kampf gegen wirkliche und vorgegebene linksradikale Gefahren gewannen die Offiziere ihre Selbstsicherheit zurück und stellten dann als „Retter in der Not" weitere Forderungen. Wollten sie sich den Einfluß auf den Staatsneubau sichern, so genügte es freilich nicht, die bolschewistische Bedrohung zu beseitigen, vielmehr mußten sie alle Kräfte bekämpfen, die den Staat völlig entmilitarisieren wollten. So griffen sie auch in die innenpolitischen Kämpfe ein, um die Rätebewegung, USPD und KPD politisch auszuschalten. Mit Recht sahen die Offiziere hier die schärfsten Gegner ihres erstrebten Ein-

[1]) Vgl. Sauer, Bündnis Ebert–Groener, S. 45 f.; Groener, Lebenserinnerungen, S. 467; Schüddekopf, Heer und Republik, S. 19 f., und Groener–Geyer, General Groener, S. 117.

flusses. General Groener schrieb rückblickend: „Wir hofften durch unsere Tätigkeit einen Teil der Macht im neuen Staat an Heer und Offizierkorps zu bringen, gelang das, so war der Revolution zum Trotz das beste und stärkste Element des alten Preußentums in das neue Deutschland hinübergerettet[1])."

Aus diesem Gefühl der Gleichberechtigung gegenüber der Regierung, aus dem Anspruch auf Gegenleistungen und vor allem beherrscht von „der großen Idee der Rettung des Vaterlandes vor dem Untergang"[2]), entwickelten sich im Offizierkorps nach 1918 die politischen Bestrebungen, die freilich an den starken politischen Einfluß der OHL unter Hindenburg und Ludendorff während des Krieges anknüpfen konnten. Hier liegt eine wichtige Voraussetzung des Kapp–Lüttwitz-Putsches.

Gleichwohl darf nicht übersehen werden, daß unter den Offizieren durchaus Bereitschaft bestand, sich demokratischen, sozialen und selbst sozialistischen Gedanken zu öffnen[3]). Die Ausweitung der sozialen Schichten, aus denen der Offiziersnachwuchs im Massenheer des Krieges genommen werden mußte, sowie die nivellierenden Wirkungen des Fronterlebnisses hatten den Geist des Offizierkorps verändert[4]). Offiziere, die ein dauerhaftes und gutes Verhältnis zur Republik erstrebten, trafen dabei auf das ehrliche Entgegenkommen des Reichspräsidenten Ebert und des Reichswehrministers Noske[5]).

In erster Linie verdankte die OHL die Aufstellung einer neuen zuverlässigen Truppe den linksradikalen Aufständen. Sie zwangen nicht nur die Regierung, die sich für den parlamentarisch-demokratischen Weg über Wahlen zu einer Nationalversammlung entschieden hatte, immer wieder militärischen Schutz in Anspruch zu nehmen, sondern vor allem auch zur raschen Aufstellung eines kampfkräftigen Freiwilligenheeres, denn der größte Teil des zurückkehrenden Feldheeres erwies sich für den innenpolitischen Einsatz als unbrauchbar[6]). Die

[1]) Nach Groener, Lebenserinnerungen, S. 468 f.; vgl. Phelps, Groener-Dokumente, in Deutsche Rundschau, Jg. 76, 1950, S. 538, und Sauer, Bündnis Ebert–Groener, S. 49 ff.

[2]) Aus den Richtlinien des Generals v. Quast für das Verhalten der Offiziere im Armeeoberkommando-Nord; verfaßt von General v. Seeckt. Siehe Rabenau, Seeckt, S. 134.

[3]) Vgl. Schüddekopf, Heer und Republik, S. 10 ff.; Waite, Vanguard of Nazism, S. 52 ff., und Sauer, Bündnis Ebert–Groener, S. 27 ff. und 31 f.

[4]) Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Otto Schmidt-Hannover schreibt hierzu in seinen Memoiren: „In solcher Mischung der von übersteigerten Anciennitätsbegriffen befreiten, geistig hochstehenden Offiziere und den kernigen tapferen, von neuem Standesbewußtsein getragenen Organisatoren Bebelscher Prägung sahen viele von uns ein Führungselement der neuen Zeit." Schmidt-H., Umdenken oder Anarchie, S. 136. Siehe das Zahlenmaterial bei Sauer, Bündnis Ebert–Groener, S. 24 ff.

[5]) Vgl. Schüddekopf, a.a.O., S. 17, und Fritz Ernst, Aus dem Nachlaß des Generals Walther Reinhardt, S. 61 f.

[6]) Zur Entstehung der Freikorps und ihrer Problematik: Gordon, Die Reichswehr und die Weimarer Republik 1919—1926, S. 32 ff. und 61 f. (Da die amerikanische Ausgabe alle Zitate übersetzt, wird nur nach der deutschen Ausgabe zitiert); Schüddekopf, a.a.O., S. 42 ff.; Waite, Vanguard of Nazism, seine im Titel zum Ausdruck kommende These trifft nur für einen kleinen Teil der Freikorpsbewegung zu und wird daher der Gesamtheit nicht gerecht. Vgl. auch Sauer, a.a.O., S. 119 ff., und Carsten, Reichswehr und Politik, S. 25 ff.

gleichfalls aufgestellten republikanischen Volkswehren vermochten sich aus Mangel an Disziplin, geeigneten Kommandeuren und Unterstützung durch die OHL nicht zu halten. Im Gegenteil, die ohne zentrale Leitung häufig nur in Anlehnung an örtliche Parteiorganisationen entstehenden bewaffneten Verbände stellten bald selbst einen Unruhefaktor dar[1]). Wichtig für den Neuaufbau militärischer Verbände war nicht die Gewinnung von Mannschaften, denn Freiwillige waren bei der schlechten wirtschaftlichen Lage für guten Sold leicht zu bekommen. Entscheidend für die Einsatzfähigkeit einer Truppe war vielmehr die Existenz „eines willensstarken und zielsicheren, mit charismatischen Zusätzen versehenen Führertums, das nicht durch Soldatenräte blockiert war; die der Partei- und Gewerkschaftsorganisation entstammenden und an deren Aufgaben geschulten sozialistischen Funktionäre waren dafür nicht geeignet“[2]). Nur das in der Truppenführung erfahrene, aber monarchisch erzogene Offizierkorps war in der Lage, in kürzester Frist einsatzfähige Freikorps aufzubauen, und die Regierung hielt sich an diese Fachleute. Hinzu kam eine „halb widerwillige, halb vertrauensvolle Hochachtung vor den Offizieren“[3]). Bereits am 6. März 1919 begann mit der Annahme eines Gesetzes, das nur die USPD ablehnte, der Aufbau einer vorläufigen Reichswehr. Der Entwurf des Gesetzes stammte bezeichnenderweise von einem hohen Offizier aus dem preußischen Kriegsministerium[4]). Die Tradition des alten Heeres und die Führungsposition des im Kaiserreich geprägten Offizierkorps blieben damit gewahrt. Der einzige militärische Machtfaktor in der Republik war von nun an die von Monarchisten befehligte Reichswehr, auch wenn es zunächst in der Truppe an Geschlossenheit und einheitlicher Führung fehlte[5]).

Für die deutsche Innenpolitik wurde es von entscheidender Bedeutung, daß sich trotz mancher Ansätze kein vertrauensvolles Verhältnis zwischen Reichswehr und Regierung entwickelte. Wie es zu den Gegensätzen kam und wieweit sich daraus Umsturzbestrebungen entfalteten, ist Inhalt dieses ersten Kapitels.

1. *Der Plan einer Noske-Diktatur und die Auflehnung gegen den Versailler Vertrag*

Änderte sich zunächst auch nichts an der für notwendig gehaltenen Zusammenarbeit mit der Regierung[6]), so entstanden gleichwohl bald erstes Mißtrauen und

[1]) Vgl. Gordon, a.a.O., S. 26 ff., u. Schüddekopf, a.a.O., S. 32 f.

[2]) Vgl. Sauer, a.a.O., S. 103 f.

[3]) Das Zitat nach Sauer, a.a.O., S. 94. Vgl. auch Gordon, a.a.O., S. 32, und Schüddekopf, a.a.O., S. 34.

[4]) Vgl. Schüddekopf, a.a.O., S. 53, Anm. 163. Zum Aufbau der vorläufigen Reichswehr siehe auch Gordon, a.a.O., S. 62 ff. Ernst, Nachlaß Reinhardt, S. 56 ff., und Carsten, a.a.O., S. 39 f.

[5]) Siehe Gordon, a.a.O., S. 82 ff. und 93 f.

[6]) Für die große Mehrheit der Offiziere dürfte die Äußerung des Generals v. Lüttwitz repräsentativ sein: „Damals einte uns die Aufgabe, den Spartakismus niederzuwerfen.“ Lüttwitz, Im Kampf gegen die Novemberrevolution, S. 31. Bei dem preußischen Kriegsminister Oberst Reinhardt war dagegen die Zusammenarbeit mit der Regierung der Republik ein wirkliches inneres Anliegen. Siehe Ernst, a.a.O., S. 55 f. und 61 f.

vorwurfsvolle Anklage. Im März 1919 kritisierte General Groener in einer Besprechung der OHL, daß die Regierung unter dem bestimmenden Einfluß der SPD dem innenpolitischen Druck von links allzuleicht nachgebe[1]). Vorwürfe der Offiziere betrafen außerdem die Abschaffung der alten Gradabzeichen und richteten sich gegen den preußischen Kriegsminister Oberst Reinhardt sowie die Regierung[2]). Alle Versuche jedoch, mit Hilfe militärischer Verbände die Regierungsgewalt unter Druck zu setzen, scheiterten an der Ablehnung der maßgebenden Offiziere. Selbst General v. Lüttwitz war im März 1919 nicht bereit, Gewaltmaßnahmen gegen die Regierung überhaupt in Erwägung zu ziehen. Zu denen, die Überlegungen in dieser Richtung anstellten, gehörten der ostpreußische Generallandschaftsdirektor Dr. Wolfgang Kapp und Hauptmann Pabst, Generalstabsoffizier in der Garde-Kavallerie-Schützendivision. Da beide an dem Putsch im März 1920 führend beteiligt waren, sollen ihre an sich weniger bedeutsamen Pläne kurz erwähnt werden.

Nachdem Kapp sogleich am 9. November vergeblich versucht hatte, den Kommandierenden General von Dickhut-Harrach zu einem bewaffneten Vorgehen gegen die beginnenden Unruhen in Königsberg zu gewinnen, wandte er sich bei der Rückkehr der Königsberger Regimenter an den Divisionskommandeur General Paschen, die Herrschaft der Arbeiter- und Soldatenräte zu beseitigen. Paschen lehnte jedoch gleichfalls ab[3]). Einen dritten Versuch unternahm Kapp im Februar 1919 bei General v. Seeckt, der sich damals als Chef des Stabes im Armee-Oberkommando Nord in Ostpreußen befand. Nun war das Ziel schon weiter gesteckt, ging es Kapp nach seinen eigenen Worten doch darum, „dem Revolutionstrauerspiel ein Ende zu machen und dann von Ostpreußen schrittweise die Befreiung von der Revolutionswillkürherrschaft zu betreiben“[4]). Die Truppen in Ostpreußen sollten dabei durch Verbände aus dem Baltikum unter Major Fletcher verstärkt werden, der mit Kapp befreundet war. General v. Seeckt ließ sich darauf nicht ein. Er schaltete nur den zu dieser Zeit noch bestimmenden Einfluß der Arbeiter- und Soldatenräte gewaltsam aus, und dies geschah in Übereinstimmung mit dem sozialdemokratischen Reichskommissar Winnig sowie dem Oberpräsidenten v. Batocki. Ob Seeckt wirklich

[1]) General Groener bezweifelte in dieser Lagebesprechung der OHL am 22. 3. 1919 nicht den guten Willen der Regierung, „das weitere Hinübergleiten nach Links zum Bolschewismus zu verhindern, vor allem wollen aber die jetzt an der Spitze stehenden Leute an der Macht bleiben. Um dies zu erzielen, wollen sie sich auch auf die bürgerlichen Parteien und das Militär stützen. Auf der anderen Seite sind und bleiben sie aber auch sozialdemokratische Parteimänner und leben in ständiger Furcht vor den Massen. Die Angst vor dem Pöbel veranlaßt sie, immer wieder Verständigung mit den Unabhängigen und Spartakisten zu suchen.“ Groener setzte also Regierung gleich Sozialdemokratie. Nachlaß Seeckt, Karton 13, Stück 125.

[2]) Vgl. Ernst, a.a.O., S. 55, 57, 61 u. 64; Gordon, a.a.O., S. 89 f., und Lüttwitz, a.a.O., S. 41.

[3]) Wolfgang Kapp, Zur Vorgeschichte des Märzunternehmens, S. 3, Nachlaß Kapp.

[4]) Ebenda, S. 12. Seeckt vermerkt in einem Brief vom 9. 2. ein Gespräch mit Kapp, siehe Rabenau, Seeckt, S. 143 f.

eine „nationale Erhebung" ernsthaft erwogen hat und nur die zahlenmäßige Schwäche der Truppen sowie die fehlende Zustimmung Winnigs ihn davon abhielt, wie Kapp angibt, muß sehr bezweifelt werden[1]). Der General war zwar keineswegs einig mit der Regierung, doch sah er die fehlenden innenpolitischen Voraussetzungen für eine gewaltsame Revision der Novemberergebnisse[2]). Wie sich Kapp die „Befreiung" vorstellte, geht aus seiner Niederschrift nicht hervor, er spricht nur davon, daß ihm eine „allgemeine Gegenerhebung vorschwebte"[3]).

Aber nicht alle Offiziere dachten im Frühjahr wie der General v. Seeckt. Gerade in den Freikorps, die in diesen Monaten im Auftrag der Regierung die spartakistischen Aufstände niederschlugen, tauchten die ersten Umsturzpläne auf. Wohl am eifrigsten arbeitete der Stabschef der Garde-Kavallerie-Schützendivision, Hauptmann Pabst, auf den Sturz der Regierung hin. Zu dieser Division gehörten die Marinebrigaden Ehrhardt und Loewenfeld sowie das Regiment Reinhard[4]). Für den Hauptmann Pabst war das Bündnis mit der Regierung nur eine durch die politische Lage gebotene „Zweckehe". War erst der Spartakismus beseitigt, sollte der Partner die „Rechnung vom November 1918" „begleichen". Der Truppen seiner Division, die im Sommer bis zur Stärke eines Korps anwuchs, glaubte Pabst bei einem solchen Unternehmen sicher zu sein. Nach seinen Worten bestand die überwiegende Mehrheit der Mannschaften auf Grund entsprechender Auswahl aus „Nichtsozialdemokraten" und herrschte dank ständiger planmäßiger Unterrichtung in der Division eine einheitliche gegenrevolutionäre politische Gesinnung[5]). Die Agitation lag in den Händen des Journalisten Dr. Grabowski, der übrigens Jude war. Dieser baute im Auftrage von Pabst mit parteipolitisch der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) oder Deutschen Volkspartei (DVP) nahestehenden Freunden eine Art Propagandaabteilung auf, die für die Offiziere und Mannschaften der im Raum Berlin stationierten Truppen regelmäßig Vorträge organisierte[6]). Die Propaganda war nach Pabst durch den Willen gekennzeichnet, „das Vaterland innerlich und äußerlich zu befreien"[7]). Pabst stellte sich bewußt in den Gegensatz zu den Offizieren, die sich nach seiner Ansicht nicht um die Politik kümmerten und nur Soldaten sein wollten. Vorläufig blieb es jedoch bei Plänen, denn der Befehlshaber aller Truppen im Berliner Raum, General v. Lüttwitz, lehnte jeden Schritt gegen die Regierung ab. Dies geschah freilich nicht aus einer inneren

[1]) Brief Kapps an Elard v. Oldenburg-Januschau vom 22. 9. 1920, Nachlaß Kapp.

[2]) Siehe den Brief Seeckts an seine Gattin vom 3. 3. 1919 bei Rabenau, Seeckt, S. 148.

[3]) Wolfgang Kapp, Zur Vorgeschichte, S. 13, Nachlaß Kapp.

[4]) Nach Lüttwitz, a.a.O., S. 54.

[5]) Waldemar Pabst, Das Kapp-Unternehmen, S. 1 f.

[6]) Mitteilungen von Major Pabst.

[7]) Pabst, Das Kapp-Unternehmen, S. 2.

Bindung an die Republik, sondern weil er im Gegensatz zu Pabst keine Voraussetzungen für ein Gelingen sah[1]).

Hinzu kam die Unsicherheit wohl aller hohen Offiziere auf politischem Gebiet. Welcher Kurs sollte von einer neuen Regierung gesteuert werden? Die jungen, im Krieg bewährten Offiziere, wie Hauptmann Pabst und Korvettenkapitän Ehrhardt, waren fast alle „als national und sozialistisch denkende Offiziere aus dem Kriege zurückgekommen"[2]), für sie war die Monarchie ein zweitrangiges Problem geworden. Bei der Mehrheit dieser Offiziere bezog sich die Abwendung jedoch weniger auf die Monarchie als Staatsform. Es war mehr die Enttäuschung über die widerstandslose Abdankung Wilhelms II. Korvettenkapitän Ehrhardt, einer der angesehensten Freikorpskommandeure, trifft sicher eine damals unter den ehemaligen Frontoffizieren verbreitete Begründung, wenn er schreibt: „Die Monarchie war für mich und einen großen Teil meiner Offiziere erledigt, nachdem der Kaiser und der Kronprinz noch im Kriege die Front verlassen haben und über die Grenze gingen, statt mit gezogenem Schwert auf den Stufen ihres Thrones zu fallen. In Praxis, statt mit ein paar Garderegimentern nach Berlin zu reiten und das rote Pack niederzuschlagen. Ob der alte Hindenburg dem Kaiser dazu geraten hat, über die Grenze zu gehen oder nicht, ist dabei gänzlich gleichgültig. Ich persönlich wäre durchaus bereit gewesen, an dem Aufbau einer geordneten und *starken* Republik mitzuarbeiten"[3]). Lüttwitz blieb dagegen der Tradition des konservativen, adligen und kaiserlich-preußischen Offiziers verhaftet. Unter dem Eindruck der innen- wie außenpolitischen Entwicklung vollzog sich jedoch bei einem Teil der Offiziere, die der Monarchie nach der Niederlage zunächst ablehnend gegenübergestanden hatten, eine Rückwendung. Bei den bald einsetzenden Erinnerungsfeiern der alten Regimenter unter Leitung ihrer Kommandeure wurde in der Regel der Abwesenheit des Kaisers unter großem Bedauern gedacht und die Festrede mit einem Hoch auf den Kaiser geschlossen[4]).

Dieser General wurde im Frühjahr 1919 von den verschiedensten politischen Richtungen zu Taten gedrängt. Am 7. März vertrat der Chefredakteur der liberalen „Vossischen Zeitung", Georg Bernhard, bei Lüttwitz die Meinung, die Regierung müsse beseitigt werden, da sie den Volkswillen mißachte, verlangte jedoch gleichzeitig Garantien, „daß in Zukunft kein reaktionärer Kurs gesteuert werde"[5]). Drei Tage später versuchte der Vorsitzende des Berliner Bürgerrates,

---

[1]) Siehe Lüttwitz, a.a.O., S. 56. Die Ablehnung von Gewaltmaßnahmen durch Lüttwitz wurde von Major Pabst bestätigt.

[2]) So Pabst in einer freilich überspitzten Formulierung gegenüber dem Verfasser. Vgl. auch Schüddekopf, a.a.O., S. 44 f.

[3]) Die Formulierung „der alte Hindenburg" ist sicher nicht zufällig; die Hervorhebung stammt von Ehrhardt. Der Text aus einem Brief Ehrhardts vom 19. 6. 1958 an den Verfasser.

[4]) Vgl. Kessel, Handgranaten und rote Fahnen, S. 203.

[5]) Lüttwitz, a.a.O., S. 56.

Konsul Marx, dem General die Notwendigkeit einer Gegenrevolution und Diktatur zu entwickeln. Mit einem ähnlichen Anliegen erschien am 15. März Rudolf Cuno, der Chefredakteur der demokratischen „Berliner Morgenpost" (DDP). Die bald darauf von Cuno an Lüttwitz gerichtete Denkschrift schloß mit den Sätzen: „Die Zeit ist reif, Euer Exzellenz! Der Augenblick ist günstig! Das Vaterland blickt auf Sie. Vollenden Sie die Arbeit, die Sie begonnen haben, retten Sie das Vaterland vor Schmach und Tod[1])!" Den Hintergrund dieses Drängens bildeten die schweren Kämpfe der ersten Märzhälfte in Berlin anläßlich des Generalstreiks. Lüttwitz erklärte seinen Besuchern jedoch, daß sie seine Macht überschätzten und fügte hinzu: „Die Masse der Truppen werde sich nur in Verteidigung und Vertretung ihrer eigenen Belange oder allenfalls noch, wenn die Regierung einen schweren Rechtsbruch beginge, gegen die Regierung verwenden lassen[2])."

Diese wenigen Beispiele zeigen, daß zwar im Frühjahr 1919 in einzelnen Freikorps bereits Umsturzpläne gehegt wurden, die verantwortlichen Generale aber in Übereinstimmung mit der Mehrheit der Truppen an der Zusammenarbeit mit der Regierung festhielten, die durch das gute Verhältnis zum Reichswehrminister Noske wesentlich gefördert wurde. Die OHL erklärte am 18. März: „Die Armee hat Vertrauen zur Regierung, mäßiges Vertrauen zum Kriegsministerium; nur in einer Hinsicht hat sie unbedingtes Vertrauen, nämlich zum Reichswehrminister[3])." Aber dieses Vertrauen beruhte nicht auf einer gemeinsamen militärpolitischen Konzeption, sondern auf dem gleichen Ziel, „den Spartakismus niederzuwerfen"[4]).

Das energische Durchgreifen des Reichswehrministers gegenüber den linksradikalen Unruhen und sein ständiges Eintreten für die militärischen Verbände bei Angriffen im Parlament und der Presse hatte bei den Offizieren nicht nur dankbare Zustimmung gefunden, sondern auch Bestrebungen zur Errichtung einer „Noske-Diktatur" gefördert[5]). Dieser Gedanke, Noske möge die angeblich schwache Reichsregierung durch seine auf das Militär gestützte Alleinherrschaft ersetzen, wurde seit dem Frühjahr 1919 auch in zivilen Kreisen begrüßt[6]).

---

[1]) Ebenda, S. 57.

[2]) Ebenda, S. 57.

[3]) Aus einer Erklärung der OHL vom 18. 3. 1919, nach Gordon, a.a.O., S. 36. Dort befindet sich keine Quellenangabe.

[4]) Lüttwitz, a.a.O., S. 31.

[5]) Auch sahen viele Offiziere und Mannschaften in Noske den Mann, der die von ihnen für notwendig gehaltene Annäherung an die Arbeiterschaft und den Sozialismus, sofern er national war, in geeignete Bahnen lenken würde. In seinen Erinnerungen schreibt Noske, daß ihm Spenglers Ideen in „Preußentum und Sozialismus" „gewissermaßen im Blute" gelegen und viele Offiziere sich ihm deswegen besonders verbunden gefühlt hätten. Noske, Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie, S. 89. Das Zentralorgan der USPD „Freiheit" nannte ihn abwertend den „Liebling der monarchistischen Offiziere". Ebenda, S. 94.

[6]) So Noske, Erlebtes, S. 109 f., u. Lüttwitz, Im Kampf, S. 34.

Am 6. März wurde Noske „zum ersten Male" die Übernahme der Regierung nahegelegt[1]). Wegen seines großen Ansehens, besonders bei der Truppe, könne er „auf begeisterte Zustimmung rechnen"[2]). Ende April kursierten bereits Propagandaschriften, in denen eine Diktatur unter Noske für notwendig gehalten wurde. Das Parlament sollte vorübergehend ausgeschaltet, doch die reine Militärdiktatur aus außenpolitischen Gründen und wegen der Abneigung im Volke vermieden werden. Noskes Volkstümlichkeit und sein Ansehen bei „allen ordnungsliebenden Elementen" bilde die rechte Grundlage[3]). Ein ähnliches Ziel verfolgte der Plan der OHL, ein „Regierungskollegium mit starken Vollmachten" durchzusetzen, das aus Ebert, Noske und dem preußischen Innenminister Heine bestehen sollte[4]).

Ihren Höhepunkt erreichten diese Überlegungen nach der Bekanntgabe der Friedensbedingungen im Mai und Juni 1919. Im Mai wurde in einer Noske zugeleiteten Broschüre „Die politische Lage und die Forderung der Stunde" als Voraussetzung für die Ablehnung der Bedingungen die Diktatur gefordert: „Deutschlands Gesamtlage läßt nur noch zwei Möglichkeiten offen, Diktatur oder Untergang." Nur „ein Mann mit dem Schwert" könne helfen, dazu sei „einzig und allein der den Aufrührern verhaßte Reichswehrminister Noske" geeignet[5]). Diese Diktatur sollte die politische Geschlossenheit des Volkes erzwingen, die zur Ablehnung der Friedensbedingungen, vor allem bei der Wiederaufnahme von Kämpfen, nötig war. Führungskräfte der Reichswehr diskutierten die Möglichkeit, durch die Bildung einer autoritären Regierungsgewalt, etwa einer auf die Reichswehr gestützten Diktatur Noskes, die innen- und außenpolitischen Bedingungen zu ändern. Von hier aus führt ein direkter Weg zu den ultimativen Forderungen des Generals v. Lüttwitz am 10. März 1920 und damit zum Ausbruch des Putsches am 13. März[6]).

Beträchtliche Unruhe über die Bedingungen des Friedensvertrages entstand in der militärischen Führung bereits Ende Mai, als General v. Seeckt sich innerhalb der deutschen Friedensdelegation in Versailles mit der Forderung nach einer Heeresstärke von 300000 Mann nicht hatte durchsetzen können. Das

---

[1]) Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 196.

[2]) Ebenda, S. 196.

[3]) Noske, Erlebtes, S. 110 f. Eine Schrift von April 1919 trug den Titel „Betrachtungen zur Diktatur"; der Text in Ausschnitten bei Noske, Erlebtes, S. 110 f., und Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 196 f. Nach Schüddekopf, a.a.O., S. 80, soll Kapp der Verfasser gewesen sein.

[4]) Nach Phelps, Aus den Groener-Dokumenten, in: Deutsche Rundschau, Jg. 76, 1950, S. 533. Der Plan scheiterte nach Groener „an der Eifersucht der anderen Minister", die „nach Hause" geschickt werden sollten.

[5]) Noske, Erlebtes, S. 111. In einem Brief des Majors v. Falkenhausen, Chef des Stabes im Wehrkreis Stettin, an Major v. Schleicher wurde die „Noske-Diktatur" als einzige Rettung bezeichnet. Falls Noske nicht zustimme, empfahl v. Falkenhausen ein „Triumvirat, etwa Noske–Groener–Seeckt". Nachlaß Schleicher 10, S. 75 f.

[6]) So auch Gordon, a.a.O., S. 101.

bedeutete nicht nur die Beeinträchtigung der Reichswehr als Machtfaktor in der Innenpolitik, sondern auch die Verbitterung bei dem größeren Teil der in den kommenden Monaten nun zusätzlich zu entlassenden 200000 Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften, die aus den Freikorps in die endgültige Reichswehr übernommen werden sollten. General Groener machte sich in einem Telegramm zum Sprecher dieser entstehenden Unruhe, als er schrieb: „Nicht unerwähnt darf ich lassen, daß das Bekanntwerden dieses Regierungsbeschlusses einen denkbar ungünstigen Eindruck auf die Freiwilligen-Verbände machen wird. Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften werden nicht mit Unrecht sagen: Wir ... haben Ruhe und Ordnung im Lande geschaffen und das Wiederingangbringen des Wirtschaftslebens ermöglicht und jetzt läßt uns die Regierung als Kompensations-Objekt leichten Herzens fallen und setzt uns den Stuhl vor die Tür[1])."

Solange Regierung und Parlament für die Ablehnung der am 7. Mai überreichten Friedensbedingungen eintraten, bewegten sich die militärischen Vorbereitungen für die Wiederaufnahme des Kampfes im legalen Raum. Als sich jedoch die Annahme der Bedingungen in der Nationalversammlung abzeichnete, gab sich ein Teil der Generalität damit nicht zufrieden, sondern versuchte die eigenmächtige Verwirklichung politischer und militärischer Pläne. Das bedeutendste Ziel war dabei, die Abtretung bis dahin zum Reich gehöriger Gebiete an Polen gewaltsam zu verhindern, gegebenenfalls durch die Bildung eines autonomen „Oststaates" aus den Gebieten östlich der Elbe in den Grenzen von 1914. Der Zustimmung der Bevölkerung wie der Zivilbehörden Ostpreußens, Westpreußens und Schlesiens glaubten die Befehlshaber dieser Gebiete sicher zu sein[2]). Damit deutete sich bereits an, was besonders in einer Besprechung am 14. Mai zum Ausdruck kam, daß nämlich die militärische Führung in der Frage der Aufnahme militärischer Aktionen gespalten war. Während General Groener für die Annahme des Vertrages eintrat, um die staatliche Einheit nicht zu gefährden, ging der preußische Kriegsminister, Oberst Reinhardt, davon aus, daß ein Bruch zwischen dem zum Nachgeben bereiten Westen und Süden einerseits und dem „nationaldenkenden" Osten andererseits sich auch bei Annahme nicht vermeiden lasse. Reinhardt wollte diese Kluft bewußt in Kauf nehmen, die deutsche Einheit vorübergehend aufgeben, „um vom selbständigen Osten her den Widerstand gegen den Feind aufzunehmen", oder, wie Groener Reinhardts Ausführungen an anderer Stelle wiedergibt: „Wir können den Bruch aber in die Hand nehmen, den Westen aufgeben und uns dafür einen starken

---

[1]) Nachlaß Seeckt, Karton 20, Stück 110.

[2]) Zum Gedanken des „Oststaates" siehe Ernst, Nachlaß Reinhardt, S. 74 f.; Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 150; Schüddekopf, a.a.O., S. 92 f.; Severing, Mein Lebensweg, Bd. 2, S. 113 f.; Volkmann, Revolution über Deutschland, S. 279 f.; Cleinow, Der Verlust der Ostmark, S. 294; Kapp, Zur Vorgeschichte, S. 13, Nachlaß Kapp, und Bericht des Obersten Heye im Jagow-Prozeß, in: Brammer, Verfassungsgrundlagen und Hochverrat, S. 13 f.

Osten, der aber auch das Gebiet vielleicht bis zur Elbe umfassen müßte, schaffen. Das alte Preußen muß den Kern dieses Reiches bilden[1])."

In ihr entscheidendes Stadium traten diese Überlegungen am 19. Juni in Weimar. In einer Besprechung beim Reichswehrminister sprachen sich der preußische Kriegsminister, Oberst Reinhardt, die Befehlshaber der Armeeoberkommandos Nord (Ostpreußen, Westpreußen) und Süd (Schlesien), General v. Below und General v. Loßberg, mit dem Befehlshaber des Reichswehrgruppenkommandos 1 (Berlin), General v. Lüttwitz, gegen die Unterzeichnung aus. General Groener von der OHL betonte dagegen mit dem Reichswehrminister die Aussichtslosigkeit des Widerstandes und die mit der Ablehnung des Vertrages verbundenen Gefahren für die Reichseinheit. Die Gefährdung der Reichseinheit war durchaus vorhanden. Selbst auf die Truppen in Süddeutschland war bei Ablehnung der alliierten Bedingungen und eventueller Wiederaufnahme der Kämpfe kein Verlaß. General v. Lüttwitz berichtete am 29. Mai an Groener, daß der bayerische General v. Möhl „stark partikularistische Tendenzen zeige". Er habe geäußert, „wenn Süddeutschland im Falle des Nichtunterschreibens von der Entente besetzt werde, müsse Bayern einen Sonderfrieden schließen[2])". Als trotzdem die Generale v. Below und v. Loßberg erklärten, ihre Truppen würden keine abzutretenden Gebiete räumen, verweigerte Groener die Unterstützung durch die OHL. Die militärische Führung habe sich der politischen unterzuordnen, und nur die Politiker könnten einen „Oststaat" bilden[3]). In einer weiteren Sitzung der Oberpräsidenten und Parteivertreter aus den Ostprovinzen mußten die hinzugezogenen Offiziere jedoch alle Hoffnung auf zivile Unterstützung aufgeben. Dabei wurden sie nicht nur auf die Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung, sondern sogar auf die Gefahr von Gegenmaßnahmen, wie Generalstreik und Sabotage, hingewiesen[4]). In einem beträchtlichen Ausmaß beruhte diese Drohung auf dem Mißtrauen gegenüber möglichen innenpolitischen Absichten der hohen Offiziere bei einer Erhebung, auf der „Angst vor einem

[1]) Groener, Lebenserinnerungen, S. 493 und 502; vgl. auch Carsten, a.a.O., S. 46 f. Nach einer Eintragung des späteren Reichsinnenministers Koch befürchtete die Regierung, daß im Osten des Reiches „Yorksche Entschlüsse" gefaßt würden. Man möchte dort „auf alle Fälle losschlagen", und für den äußersten Fall sei bereits die Diktatur vorgesehen. Nachlaß Koch 11, Tagebuch vom 3. 6. 1919.

[2]) Zitate im Tagebuch Groeners vom 29. 5. 1919. Vgl. außerdem Nachlaß Reinhardt, bei Ernst, a.a.O., S. 72 ff. Carsten, a.a.O., S. 47 ff. Nachlaß Schleicher 10, S. 124 und 138. Phelps, Aus den Groener-Dokumenten, S. 735. Volkmann, a.a.O., S. 287 f. Severing, Im Wetter- und Watterwinkel, S. 94. Schüddekopf, a.a.O., S. 72 f.

[3]) Nach dem Bericht des Obersten Heye vom 21. 5. 1920 an das Reichsgericht, Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 5, Nr. 1456461 f.

[4]) Nach der Aussage von Heye im Jagow-Prozeß, Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 13f. Siehe hierzu Dokument 1, 2. Abschnitt, Anhang S. 303. Zu einem ähnlichen Ergebnis kam die Befragung der Truppenkommandeure durch die OHL, Nachlaß Schleicher 10, S. 128 ff. Das gleiche Resultat enthält ein Bericht des Oberstleutnants v. Klewitz aus Oberschlesien vom 28. 8. 1919, Nachlaß Bauer 23. Vgl. auch Schüddekopf, a.a.O., S. 69; Volkmann, a.a.O., S. 288 f.; Rabenau, a.a.O., S. 182 u. 185 f., und Winnig, Heimkehr, S. 210 ff.

militärischen Pronunciamento“[1]). Diese Befürchtungen waren hingeg r übertrieben, und Oberst Heye, damals Generalstabschef im AOK-Nord, kommt sicher der Wahrheit sehr nahe, wenn er später erklärte, dieses Unternehmen sollte „nicht gegen die Regierung, sondern mit der Regierung, wenn diese auch äußerlich anders tun mußte“, durchgeführt werden[2]).

Gleichwohl war der Argwohn der betreffenden zivilen Stellen nicht unbegründet, denn gerade in diesen Tagen ist der Plan einer Noske-Regierung wohl am ausführlichsten diskutiert worden. In der bereits erwähnten Offiziersbesprechung am 19. Juni wurde von verschiedenen Seiten der Wunsch geäußert, Noske möge an die Spitze der Regierung treten. Der Reichswehrminister antwortete, „das könne er nur, wenn Führer und Truppen hinter ihm stehen. Nur dann ließe sich die Entwicklung, die eine Art Diktatur mit sich brächte, halten[3]).“ Er bat um eine Aussprache, wie sich die Unterzeichnung unter solchen Bedingungen auswirken würde. Reinhardt, der die Annahme für das größere Unglück hielt, lehnte unter solchen Umständen eine Regierung Noskes ab. Entschieden dafür sprach sich General Groener aus, um durch eine diktatorische Regierung das in der Annahmefrage gespaltene Offizierkorps zusammenzuhalten und auf ein neues gemeinsames Ziel zu richten. Er empfahl zwar im Gegensatz zu Reinhardt die Annahme des Vertrages, ging dann aber auf den in Offizierskreisen populären Gedanken ein, Noske als Regierungsoberhaupt mit starken Vollmachten einzusetzen. Nach einem Teilnehmer sagte Groener: „Noskes Weg sei der einzig mögliche, um bald wieder hoch zu kommen ... Ich bin bereit, mit dem Reichswehrminister durch dick und dünn zu gehen[4]).“ Viele der Anwesenden stimmten dem Plan einer Regierung Noskes zu. Es muß jedoch unterschieden werden, aus welchen Motiven und unter welchen Bedingungen die Zustimmung erfolgte. Auch General v. Loßberg betonte Noskes Ansehen bei der Truppe, aber er fügte hinzu, „wird der Friede abgelehnt, dann steht alles

[1]) So der Oberpräsident Schnackenberg von Danzig am 22. 6. 1919 zu General v. Below. Die Mehrheit der Bevölkerung würde neutral bleiben, wenn zivile Kontrollorgane bei den Kommandobehörden eingerichtet würden, sonst aber bestehe die Entschlossenheit, den Militärs „in den Rücken zu fallen“. Nachlaß Schleicher 10, S. 149 f.

[2]) Nach der Aussage von Heye im Jagow-Prozeß, Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 13 f. Zum militärischen Widerstand gegen das Unternehmen, besonders bei Groener und Seeckt, vgl. Ernst, a.a.O., S. 72 f. und 75 ff.; Nachlaß Schleicher 10, S. 139, und Nachlaß Groener, Tagebuch-Eintragung vom 26. 7. 1919. Groener behauptete einige Wochen später Ebert gegenüber, daß von Reinhardt „die Verhetzung der Generale in der Friedensfrage wesentlich ausgegangen sei“. Mehrere Wochen vor dem 23. Juni sei Reinhardt an ihn herangetreten und habe ihn gefragt, ob er bereit sei, sich „an die Spitze einer militärischen Aufstandsbewegung im Osten zu stellen“, was er ebenso wie der Feldmarschall abgelehnt hätte. Nachlaß Groener, Tagebucheintragung vom 11. 9. 1919. Zu Seeckt siehe seinen Brief vom 30. 6. 1919 an Hauptmann Gräser, der Text zum Teil bei Rabenau, a.a.O., S. 185 f., doch in ungenauer Wiedergabe; der volle Text im Seeckt-Nachlaß, Karton 13, Stück 87.

[3]) Nach Ernst, a.a.O., S. 73.

[4]) Nach dem Tagebuch des Oberstleutnants van den Bergh vom 19. 6. 1919, bei Ernst, a.a.O., S. 73.

restlos hinter dem Reichswehrminister“[1]). Für Bayern, Sachsen und Württemberg wurde dagegen erklärt, „wenn eine klare Reichsleitung bestehe, sei die Truppe hinter Noske“, womit eine ordnungsgemäße Regierungsübertragung gemeint war[2]). Hatte Noske der von den Offizieren gewünschten Ministerpräsidentschaft unter der Bedingung der Annahme des Vertrages nicht widersprochen, so ließ er in der Frage des Krieges gegen Polen, um die abzutretenden Gebiete zu schützen, kaum Hoffnung: „Wenn diese Bewegung von einem Riesenelan getragen wäre, so würde der Reichswehrminister sich mit Feuer und Flamme an die Spitze stellen, aber daran glaube er nicht[3]).“

Am 20. Juni, dem folgenden Tage, sprach Groener mit dem Reichspräsidenten über die Möglichkeiten, Noske zum Nachfolger Scheidemanns zu machen, drang jedoch nicht durch. Ebert begründete seine Ablehnung mit „der Stimmung der Arbeiterschaft“ gegen Noske[4]), auch sei wegen der Gefahr militärischer Revolten bei der sich abzeichnenden Annahme des Vertrages einschließlich der „Schmachparagraphen“ der Reichswehrminister mit der zusätzlichen Ministerpräsidentschaft überfordert[5]). Groener sah den wirklichen Grund für Eberts Ablehnung dagegen in dem Bemühen, Noske wegen „seiner Bindung an die Offiziere“ aus der Unterzeichnungsfrage herauszuhalten[6]).

Hatten die Offiziere die Annahme des Vertrages bis zum 22. Juni noch unter der Bedingung diskutiert, daß wenigstens die „Schmachparagraphen“ 227–231 über die Auslieferung des Kaisers sowie der sogenannten Kriegsverbrecher und die Kriegsschuldthese zurückgenommen würden, so ließ die letzte Note der Siegermächte auch in diesen Punkten keine Hoffnung mehr. Nun bestand die von Lüttwitz betonte „dringende Gefahr“, daß die Offiziere den weiteren Dienst verweigern und die Truppen auseinanderlaufen würden[7]). Dies war für die Regierung eine ernsthafte Bedrohung, da sie bei der Fortsetzung der bisherigen Innenpolitik auf die Reichswehr angewiesen war[8]). In dieser Situation trat General Maercker, der für die Sicherheit der Nationalversammlung in Weimar

[1]) Ebenda. Nach Ernst, a.a.O., S. 76; vgl. Nachlaß Schleicher 10, S. 124 und 139. Siehe hierzu Dokument 1, 1. Absatz, Anhang S. 303. Oberst v. Xylander schreibt in seinen Bemerkungen zum Manuskript des Buches von Rabenau: „Noske habe von den Anwesenden die Versicherung verlangt, daß sie hinter ihn treten, wenn er die Regierung übernähme. Alle hätten das für den Fall zugesagt, daß die ‚Schandparagraphen‘ (Auslieferung) nicht angenommen würden.“ Nachlaß Seeckt, Stück 284. Zu den sogenannten „Schmach- oder Schandparagraphen“ gehörte auch das Bekenntnis zur Schuld am Kriege.

[2]) Ernst, a.a.O., S. 76. Phelps, a.a.O., S. 534.

[3]) Ernst, a.a.O., S. 75.

[4]) Phelps, a.a.O., S. 534 f.

[5]) Nachlaß Schleicher 10, S. 141. Lüttwitz, Leitfaden für meine Verteidigung, S. 3, im Nachlaß Bauer 29.

[6]) Phelps, a.a.O., S. 534.

[7]) Ernst, a.a.O., S. 75.

[8]) Volkmann, a.a.O., S. 301.

verantwortlich war, mit der Erklärung an Noske heran, er würde seinen Dienst aufgeben, falls die Regierung den Vertrag annehme, und beschwor den Reichswehrminister, er möge „die Geschicke des Vaterlandes in seine starke Hand nehmen, sich zum Diktator aufwerfen und den Vertrag ablehnen". Es sei die letzte Rettung. Maercker fügte die Versicherung hinzu, „daß die Reichswehr wie ein Mann hinter ihm stehen würde"[1]). Durch das Telefongespräch Ebert–Groener kam die Annahme im letzten Moment doch zustande, aber auch Groener verband damit die Erklärung, daß nur Noske das Offfzierkorps zu weiterem Dienst bewegen könne, der Reichswehrminister daher „die Führung des Volkes und die Verantwortung für den Friedensschluß" übernehmen müsse[2]).

Die Bemühungen hoher Offiziere um eine Regierung Noske scheiterten nicht allein an der Ablehnung Eberts. Da Groener und Noske die Wiederaufnahme von Kampfhandlungen für sinnlos hielten, und in der Nationalversammlung eine Mehrheit sich für die Annahme entschied, war auf legalem Wege eine militärisch gestützte Regierung Noske undenkbar. Der Reichswehrminister hat nach dem 22. Juni diesen Gedanken nicht mehr verfolgt. Wohl befürwortete er eine Stärkung der Regierungsgewalt, aber er kannte auch die Haltung seiner Parteigenossen, die fast ausnahmslos selbst bei Beteiligung von Sozialisten eine Regierung mit diktatorischen Vollmachten ablehnten. Zwar blieb Noske bei fehlender Unterstützung durch seine Partei die Hilfe der Truppe, aber erstens war nach seiner Ansicht eine Regierung gegen den Willen der SPD unhaltbar, und zweitens beurteilte er die Festigkeit der erst im Aufbau befindlichen Reichswehr sehr skeptisch. Gegen die Mehrheit des Volkes zu regieren, führte nach seiner Ansicht „todsicher zur Katastrophe"[3]). Weiterhin war sich Noske der Tatsache bewußt, daß er in einem nicht geringen Teil der Arbeiterschaft als „Bluthund" verleumdet wurde[4]). Wohl erklärte er seine Bereitschaft, bei einem allgemeinen Widerstandswillen des Volkes gegen den Vertrag mit der Reichswehr die Führung zu übernehmen, erkannte aber zugleich das Fehlen dieser Voraussetzung[5]).

Sowohl die Bemühungen um eine Noske-Regierung als auch die Diskussionen über die notwendigen innenpolitischen Vorbedingungen für einen militärisch durchzusetzenden autoritären Regierungskurs sollten in der Reichswehr bis zum Kapp-Lüttwitz-Putsch nicht mehr abklingen. Damit ist aber die Zielsetzung des Offizierkorps in politischen Fragen nur zum Teil charakterisiert. Neben Groener verurteilte auch der in den kommenden Monaten an die Spitze der

---

[1]) Maercker, Vom Kaiserheer zur Reichswehr, S. 288 f. Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 153.

[2]) Nachlaß Schleicher 10, S. 145. Das Telegramm Groeners bei Phelps, a.a.O., S. 539; zum Teil bei Schüddekopf, a.a.O., S. 94. Siehe hierzu Dokument 1, Anhang S. 303 f..

[3]) Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 196. Siehe auch Noske, Erlebtes, S. 112. Ernst, a.a.O., S. 72.

[4]) Noske, Erlebtes, S. 112.

[5]) Nachlaß Schleicher 10, S. 124 und 138.

militärischen Führung aufrückende General v. Seeckt alle nach innen und außen gerichteten militärischen Erhebungen. Nach seiner Ansicht wurde der Widerstandswille des deutschen Volkes von den Gegnern der Unterzeichnung vielfach überschätzt und die Folgen der Ablehnung unterschätzt. Er richtete sich nach der fehlenden Widerstandskraft des Volkes und faßte sein Urteil in die folgenden Sätze: „Militärische und militärpolitische Aktionen waren und sind nur möglich im Einverständnis zwischen politischen und militärischen Führern. Dieses fehlte vollkommen für Schlesien, wo Loßberg mit dem dortigen Reichskommissar anscheinend gar keine Fühlung hatte. Rein militärische Erhebungen fallen in das Gebiet der Revolten und sind als solche nur von kurzer Dauer[1])."

Diese Auffassung bestimmte Seeckts weiteres Handeln. Soweit es in seiner Macht stand, bekämpfte er jede militärische Beteiligung an Umsturzvorbereitungen und wurde der entschiedenste Gegner der späteren Kapp–Lüttwitz-Gruppe innerhalb der Reichswehr.

Trotz der Annahme des Friedensvertrages einschließlich der „Schmachparagraphen" blieben die Armeeführer an der Ostgrenze ruhig. Noch wagte kein Offizier, sich den Anordnungen der militärischen Führung zu widersetzen, bzw. ohne die Zustimmung Hindenburgs, der bis Ende Juni immer noch an der Spitze der OHL stand, etwas zu unternehmen. General v. Below wandte sich am 22. Juni brieflich mit der Bitte an Hindenburg, die Führung der geplanten Erhebung zu übernehmen, „andernfalls habe er selbst die Absicht". Zugleich mit General v. Loßberg erhielt er jedoch den Befehl, nichts gegen den Willen der OHL zu unternehmen und die unterstellten Kommandeure „von Eigenmächtigkeiten abzuhalten"[2]). Unmittelbar vor seinem Ausscheiden als Oberbefehlshaber verlangte Hindenburg in einem Brief an v. Below nochmals Gehorsam[3]). Außerdem wurde Below von seinem Chef des Stabes, Oberst Heye, auf die ablehnende Stimmung im Volke hingewiesen[4]). Am 25. Juni gab der General den Plan auf und erbat seinen Abschied[5]).

Die Beruhigung in der Reichswehr nach der Annahme war aber nur äußerlich. Zwar unterstützten die maßgebenden Offiziere, wie Hindenburg, Lüttwitz und Reinhardt, den Appell des Reichswehrministers Noske, „in der schwersten Stunde unseres Vaterlandes zum Wohle des Volkes" den weiteren Dienst nicht

---

[1]) Aus einem Brief Seeckts an Hauptmann Gräser vom 30. 6. 1919. Nachlaß Seeckt, Karton 13, Stück 87. Der Text bei Rabenau, a.a.O., S. 185 f., den auch Schüddekopf wiedergibt (a.a.O., S. 73), ist von Rabenau verändert worden.

[2]) Tagebucheintragung Groeners vom 22. 6. 1919, Nachlaß Groener.

[3]) Ebenda.

[4]) Bericht des Obersten Heye im Jagow-Prozeß, Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 14.

[5]) Bericht des Obersten Heye an das Reichsgericht vom 21. 5. 1920, Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 5, Nr. 1456462. Groener notierte am 25. 6. 1919: „General von Below vollkommen umgefallen", Tagebuch im Nachlaß Groener. Siehe auch Gordon, a.a.O., S. 101.

zu versagen[1]), doch vollzog sich eine entscheidende Wandlung in dem Verhältnis der Mehrheit der Reichswehr zur Republik. Es konnte nicht ausbleiben, daß die großen Hoffnungen im Offizierkorps auf eine bewaffnete Erhebung gegen den Versailler Vertrag nach der Unterzeichnung einer ebenso großen Enttäuschung Platz machten. Konnte auch der offene Bruch mit der Regierung schließlich vermieden werden, so erfolgte doch eine tiefgreifende Verschlechterung der gegenseitigen Beziehungen. „Es entstand eine Kluft, die nicht mehr überbrückt wurde"[2]), schrieb General v. Lüttwitz ein Jahr darauf über diese Wandlung. In diesen Tagen beginnt die Opposition in der Reichswehr gegen die Republik ihre politischen Forderungen mit Überlegungen zu verbinden, wie die Regierung zur Erfüllung der Forderungen gezwungen werden könne.

2. *Die politischen Forderungen der Reichswehr an die Regierung*

Die Offiziere erklärten sich in der großen Mehrheit zu weiterem Dienst bereit, aber von nun an erhob eine beträchtliche Anzahl von ihnen immer stärker die Forderung nach Mitwirkung beim Aufbau des Staates durch Berücksichtigung ihrer Auffassungen bei allen wichtigen staatspolitischen Entscheidungen[3]). An Begründungen für die Einmischung in die Innenpolitik fehlte es ihnen nicht. Nach Lüttwitz hatte sich die Armee durch ihre der Regierung geliehene Hilfe „auch Dank und Rechte erworben"[4]), und so verlangte er am 24. Juni die Entlassung des Finanzministers Erzberger als „Genugtuung" für das Verbleiben der Offiziere in der Reichswehr[5]).

Schon vor dem Friedensvertrag hatte das Offizierkorps sich keineswegs der Politik enthalten. Seit der Übernahme der OHL durch Hindenburg und Ludendorff im Sommer 1916 vollzog sich „die Politisierung des Heeres im allgemeinen und die Hereinzerrung der Obersten Heeresleitung in den politischen Parteikampf"[6]). Noch im November 1918 entwarf der Vertreter der OHL beim Rat der Volksbeauftragten, Oberst v. Haeften, ein politisches Programm der Armee[7]). Die Regierung hat diese Entwicklung zwangsläufig gefördert, sowohl durch den notwendigen Einsatz der Truppe bei innenpolitischen Auseinandersetzungen als

[1]) Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 154 f. Die übrigen Aufrufe bei: Ernst, a.a.O., S. 81. Lüttwitz, a.a.O., S. 82 f. Europäischer Geschichtskalender, 35. Jg., 1. Teil, S. 267.

[2]) Lüttwitz, Leitfaden für meine Verteidigung, S. 3, Nachlaß Bauer 29. Hier betont Lüttwitz, daß er sich bis zur Annahme des Friedensvertrages mit Ebert und Noske im Einklang befunden habe, aber „von da an wurde es anders". Die Grundlage der bisherigen Zusammenarbeit war, wenigstens bei Lüttwitz, eben nur die Bekämpfung des Spartakismus gewesen.

[3]) Schüddekopf, a.a.O., S. 74.

[4]) Lüttwitz, Leitfaden für meine Verteidigung, S. 2 f., Nachlaß Bauer 29.

[5]) Ebenda, S. 4.

[6]) Max Weber am 10. 12. 1917 im Heidelberger Tageblatt; Marianne Weber, Max Weber, S. 630; nach Schüddekopf, a.a.O., S. 68.

[7]) Volkmann, S. 122. Siehe auch die Offiziersbesprechungen am 16. u. 20. 12. 1919 in Berlin, bei Rabenau, a.a.O., S. 117 f., und Schüddekopf, a.a.O., S. 89 ff.

auch durch die Befragung hoher Offiziere vor politischen Entscheidungen. Die militärische Führung zog wiederum bei der Urteilsbildung die Truppenkommandeure heran. Dies führte zu einer Befragung der Kommandeure im AOK-Nord, die schon fast einer Aufforderung zur Revolte gleichkam, enthielt sie doch die Frage: „Welche Stäbe und Truppen sind bereit, falls die Bevölkerung es wünscht, durch Angriff deutschen Boden zu verteidigen, auch falls die Regierung es verbietet?[1])"

Die neue Einstellung der Offiziere zur Regierung fand ihren ersten Ausdruck in der Befehlshaberbesprechung unter Noske am 24. Juni. Nicht allein die scharf vorgetragenen politischen Forderungen an Noske sind das Bedeutsame dieses Tages, sondern der unüberhörbare neue „Unterton des Mißtrauens und nicht mehr Verstehens, aber auch der Selbstanklage und der unverhüllten Drohung" deuten die eigentliche Wende dieser Tage an[2]). In dieser Befehlshaberbesprechung wird deutlich, wie die Mehrheit der Offiziere das Verhältnis zwischen Reichswehr und Regierung interpretierte. Die Möglichkeit eines Militärputsches deutete sich an[3]).

An diesem Tage kehrte der Reichswehrminister von Weimar nach Berlin zurück, um sofort in einer persönlichen Aussprache den Offizieren seine Haltung zur erfolgten Annahme darzulegen. In der ersten Unterredung zwischen Noske und Lüttwitz warf der General der Regierung „Schwäche und Hilflosigkeit" vor. Die Rettung und Beruhigung des Staates sei „allein von einer diktatorischen Regierung und von einem Kabinett tatkräftiger Männer, gleichgültig welcher Partei", zu erwarten[4]). „Die ewigen Verhandlungen und Kompromisse mit den Unruhestiftern" müßten aufhören. Zu der jetzigen Regierung habe das Offizierkorps kein Vertrauen mehr[5]). Noske selbst hätte „als Repräsentant der Armee" aus dem Kabinett austreten müssen, denn es habe sich „in Widerspruch zur Armee gesetzt"[6]). Der Reichswehrminister lehnte in seiner Antwort die Einmischung der Truppe in die Politik ab und wies darauf hin, daß eine dikta-

[1]) Nachlaß Schleicher 10, S. 128 ff., dort auch das Ergebnis der Umfrage.

[2]) Volkmann, a.a.O., S. 315. Der Oberbefehlshaber der Südarmee, General von dem Borne, telegrafierte am 25. 6. 1919 an die Reichsregierung u. a.: „DemVaterlande bewahren die Offiziere die Treue. Sie schützen es vor dem inneren Zusammenbruch. Das Vertrauen zu einer Regierung, die der Armee und dem Volke eine derartige Schmach angetan hat, hat das Offizierskorps aber verloren.", nach Schüddekopf, a.a.O., S. 94 f. Vgl. auch die Antwort des Generalleutnants Brösigke auf ein Dankesschreiben des Reichstagspräsidenten Fehrenbach. Darin weist Brösigke den Dank des Reichstags, „der solche Schande über das Volk gebracht" habe, zurück und spricht nur den Rechtsparteien für ihre „vaterländische Haltung" seine Anerkennung aus. Siehe Nachlaß Koch 11, Tagebuch (7. 7. 1919), S. 269.

[3]) Zu diesem Ergebnis kommt auch Schüddekopf, a.a.O., S. 74. Ähnlich Gordon, a.a.O., S. 101.

[4]) Volkmann, a.a.O., S. 315; Lüttwitz, a.a.O., S. 74; Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 155; Gordon, a.a.O., S. 102.

[5]) Volkmann, ebenda.

[6]) Lüttwitz, Im Kampf, S. 74. Siehe Dokument 2, Anhang S. 304.

torische Regierung von der SPD nicht toleriert werde, damit sei sie „von vornherein erledigt“[1]).

Aus der eigentlichen Befehlshaberbesprechung sind namentlich die Äußerungen Korvettenkapitän Ehrhardts, des Kommandeurs der 2. Marinebrigade, und des Chefs des Stabes des Garde-Kavallerie-Schützenkorps, Hauptmann Pabst, erwähnenswert. Ehrhardt erklärte, bisher sei die Regierung „unter der Bedingung“ gestützt worden, in Ehren weiterhin Dienst tun zu können. Aber erstens sei das Offizierkorps von der Presse und von Persönlichkeiten der Regierung „mit Schmutz beworfen worden“, zweitens habe der Reichswehrminister den „Ruf nach nationaler Sammlung und nach nationalem Widerstand“ nicht verstanden. Die nun entstandene Kluft lasse sich nicht mehr überbrücken[2]). Dabei verfiel Ehrhardt in einen so scharfen Tonfall, daß Noske ihn zurechtwies[3]). Soweit gingen die anderen Offiziere indessen nicht. Ihnen ging es nicht um die Betonung der entstandenen Kluft, sondern um den zukünftigen Einfluß auf politische Entscheidungen. Pabst traf den Kern mit der Forderung, dem Offizierkorps die ihm auf Grund des Einsatzes für die Republik zustehende Rolle beim Wiederaufbau des Reiches zuzuweisen. Es würde sich auch weiterhin zur Verfügung stellen, „wenn in Zukunft die Gedankengänge der Offiziere auch in der Politik der Regierung ihren Ausdruck fänden“[4]).

Am Schluß der Besprechung faßte Lüttwitz die Forderungen der Offiziere zusammen. Er verlangte Nichtauslieferung des Kaisers und der sogenannten Kriegsverbrecher, Beendigung der Hetze gegen die Truppe durch die Presse und Regierungsparteien, den Rücktritt einiger Regierungsmitglieder, besonders Erzbergers, und scharfes Durchgreifen bei inneren Unruhen statt Verhandlungen, die vielfach die Opfer der Truppe wertlos machten[5]).

Noske ließ nach seinen Angaben eine eigentliche Diskussion nicht zu und lehnte es ab, von den Offizieren Vorschriften entgegenzunehmen, versprach jedoch nach Lüttwitz, für die Armee wirksam zu sorgen und schärfere Maßnahmen bei Unruhen nicht zu scheuen[6]).

Eine weitere Übermittlung politischer Forderungen erfolgte am 28. Juni auf

[1]) Volkmann, a.a.O., S. 316.

[2]) Ebenda, S. 317.

[3]) Bericht Noskes vor dem Reichsgericht im Ehrhardt-Prozeß, Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Nr. 1462641. Siehe auch Lüttwitz, a.a.O., S. 75.

[4]) v. Oertzen, Die deutschen Freikorps 1918—1923, S. 358 f. Siehe auch Volkmann, a.a.O., S. 317. Gordon, a.a.O., S. 102.

[5]) Lüttwitz, a.a.O., S. 75. Pabst, Das Kapp-Unternehmen, S. 5. v. Oertzen, a.a.O., S. 359. Carsten, a.a.O., S. 70 f.

[6]) Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 155 f. Lüttwitz, ebenda. Pabst, ebenda. Vgl. auch Gordon, a.a.O., S. 102. Nach einer Mitteilung von Herrn Major Pabst hat es doch eine zum Teil erregte Diskussion zwischen den Offizieren und dem Reichswehrminister über die einzelnen militärischen Forderungen gegeben.

höchster Ebene. An diesem Tage sandte General Groener dem Reichspräsidenten Ebert die von Major v. Schleicher entworfenen „Richtlinien der OHL für die deutsche Politik“[1]). Die OHL forderte darin: „Die Durchführung des deutschen Einheitsstaates. Preußen muß Deutschland werden, und dieses Deutschland muß vor allen Dingen innere Politik treiben.“ Dazu gehöre „in erster Linie die restlose Wiederherstellung der Staatsautorität und dann die Sanierung unseres Wirtschaftslebens“. Nachdem es gelungen sei, „dank der selbstlosen und hingebenden Mitarbeit des Offizierkorps“ in der Reichswehr ein „brauchbares Instrument für die Regierung zu schaffen“, müsse dieses „nun aber rücksichtslos eingesetzt werden“. Gemeint war in diesem Zusammenhang besonders die Bekämpfung der Arbeiterräte. „Der Arbeiterrat-Unsinn muß aus der Verwaltung schnell und restlos verschwinden. Diese Nebenregierung ... bleibt in einem geordneten Staatswesen unmöglich und unerträglich.“ Die Gesundung der Wirtschaft sei neben der Rohstoffzufuhr hauptsächlich von „Ordnung und Arbeit“ abhängig, das aber bedeute bei den jetzigen Verhältnissen „Belagerungszustand und Streikverbot“. Die außenpolitischen Forderungen konzentrierten sich auf die Behandlung der Kriegsschuldfrage und „die Organisation einer deutschen Irredenta in den abzutretenden Gebieten“[2]). Der Reichspräsident bedankte sich am 2. Juli „verbindlichst“ für Groeners Anregungen, ohne Einwände zu erheben[3]).

Wenn aus dem Offizierkorps gerade in diesen Tagen die Rufe nach Staatsautorität, Belagerungszustand und Streikverbot besonders laut wurden, so war auch dies eine Folge des Vertrages, denn die militärischen Pläne zur Verhinderung der Annahme waren gescheitert, weil weder eine unterstützende Volksbewegung entstanden noch von den Regierungsparteien organisiert worden war. Anstatt die Wirkung des Krieges und die fehlenden Erfolgsaussichten neuer Kämpfe nüchtern zu betrachten, wurden die politische Zersplitterung und der fehlende Wille, für nationale Güter Opfer zu bringen, als Ursache der gegenwärtigen Schwäche bezeichnet[4]). Ohne Zweifel waren die Forderungen nach Beendigung der politischen Unruhen und Streiks, nach „Ordnung und Arbeit“ berechtigt, aber die hinter den Unruhen verborgene Unzufriedenheit konnte

[1]) Nachlaß Groener, Karton 5, Nr. 26; Groener-Tagebuch, 27. 6. 1919. Phelps, a.a.O., S. 535 f. Der Text zum Teil auch bei Schüddekopf, a.a.O., S. 96 f.

[2]) Nachlaß Groener, Karton 5, Nr. 26. Schüddekopf, ebenda. Im Nachlaß Schleicher befindet sich außerdem ein „Entwurf eines politischen Programms“ vom 24. 6. 1919, Nachlaß Schleicher 10, S. 116—118.

[3]) Nachlaß Schleicher 10, S. 119.

[4]) General v. Estorff, Kommandeur des Wehrkreises Ostpreußen, erklärte in seinem Aufruf vom 28. 6. 1919 an seine Offiziere: „Der Zwist in unserem Volke und der Abfall großer Volksteile von allen Idealen ist schuld an unserer Niederlage und auch jetzt wieder die Ursache unserer Schwäche; denn wir können den Krieg nach außen nicht wieder aufnehmen, wenn uns Teile des eigenen Volkes mit dem Bürgerkrieg in den Rücken fallen.“ Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 5, Nr. 1456476. Auszüge aus seinem Aufruf vom 28. 6. 1919 an die Truppe im Dokument 3, Anhang S. 304 f.

von der Regierung nicht einfach durch Befehl und Truppeneinsatz beseitigt werden[1]).

Vor allem jedoch mußte das Streben im Offizierkorps nach Verwirklichung eigener politischer Vorstellungen alle Gegensätze zwischen Reichswehr und Republik zum Ausbruch bringen, die bis zu diesem Zeitpunkt der gemeinsame Kampf gegen den Spartakismus verdeckt hatte. Da auch in der Republik die übergroße Mehrheit der Offiziere überzeugt blieb, daß die Monarchie die bessere Staatsform sei, war die im Aufbau befindliche Reichswehr weder eine Volkswehr „auf demokratischer Grundlage" noch eine „Sicherheitswache gegen jede Konterrevolution"[2]). Außerdem war sie bei der innenpolitischen Entwicklung und der Bedrohung im Osten als Polizei- oder Grenzschutztruppe zwangsläufig einseitig gegen linksgerichtete Unruhen sowie polnische und bolschewistische Bedrohungen eingesetzt worden, was diese Truppe in ihrer politischen Gesinnung ebenfalls nach rechts gedrängt hatte. Noch schwerer wog bei den Offizieren das Fehlen jeglicher Loyalität gegenüber der Republik aus Überzeugung. Sie erfüllten ihre Pflicht in der Auffassung, das Wohl des Vaterlandes verlange ihren weiteren Dienst. Nicht unbedingter Gehorsam gegenüber der demokratischen Regierung bestimmte ihr Verhalten, sondern die eigene politische Beurteilung der Lage[3]).

Damit bestand die große Gefahr, daß bei entsprechender propagandistischer Beeinflussung durch die Rechtspresse, bei wachsenden Mißständen im Reich oder bei Entscheidungen der Regierung, die der Lagebeurteilung führender Militärs widersprachen, diese ernsthaft überlegten, ob nicht die bestehende Regierung den Aufstieg des Vaterlandes verhindere und daher durch militärisches Eingreifen ein Wandel der Politik herbeigeführt werden müsse. Schließlich hatte die Regierung nach der Annahme des Friedensvertrages auch nicht an den Gehorsam der Truppe, sondern an die Liebe zum Vaterland appelliert[4]).

3. *Diskussion und Planung einer Militärdiktatur nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrages*

Die Führungsspitzen der Reichswehr unternahmen in diesen Wochen große Anstrengungen, um die politischen Diskussionen aus dem Offizierkorps zu verbannen. General v. Seeckt verlangte nach der Übernahme des Generalstabes Anfang Juli in zwei Aufrufen von seinen Untergebenen den „Geist schweigender,

[1]) Mit zunehmendem Abstand von den Juni-Ereignissen beruhigten sich freilich die erregten Gemüter im Offizierkorps, und ein Teil der Kommandeure brachte der Regierung „wieder ein gewisses Vertrauen" entgegen. Lüttwitz, a.a.O., S. 75. Lüttwitz, Pabst und Ehrhardt waren freilich nicht geneigt, ihre ablehnende Haltung zu revidieren. Siehe Lüttwitz, ebenda; Pabst, a.a.O., S. 5 f.; Freksa, Kapitän Ehrhardt, S. 138.

[2]) Wie es Ebert im Rat der Volksbeauftragten am 3. 12. 1918 gefordert hatte. Ebert, Schriften, Aufzeichnungen, Reden, Bd. II, S. 110; nach Schüddekopf, a.a.O., S. 32.

[3]) Siehe hierzu Gordon, a.a.O., S. 306 ff., besonders S. 308.

[4]) Siehe den Aufruf Noskes. Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 154.

selbstloser Pflichterfüllung im Dienste der Armee" und das Zurückstellen der „persönlichen Gefühle"[1]). Auch General v. Lüttwitz wandte sich in seinem Tagesbefehl vom 2. Juli gegen die Politik im Heer. Der Offizier habe zu dienen als „Muster einfacher und treuer Pflichterfüllung"[2]). Groener vermerkte am 9. Juli in seinem Tagebuch: „Die Offiziere müssen wieder gehorchen lernen und von der verflixten Politik die Finger lassen; Politik dürfen nur wenige treiben u(nd) diese geh(eim) und verschwiegen—nicht nach der Met(hode) W(ilhelm) II[3])." So sehr also Seeckt, Lüttwitz und Groener bemüht waren, die Politik aus dem Offizierkorps zu verbannen, so wenig waren diese Militärs an der Spitze gewillt, auf die Verwirklichung ihrer eigenen politischen Vorstellungen zu verzichten. Die Schwierigkeit bestand allerdings darin, wie sich die wenigen führenden Militärs auf eine gemeinsame Politik einigen sollten[4]).

Ausführlich setzte sich Groener in einem Vortrag vor den Verbindungsoffizieren der OHL am 12. Juli nochmals mit den politischen Zielen des Offizierkorps auseinander, wobei er nun plötzlich Noske nicht mehr als den gegebenen Ministerpräsidenten für eine diktatorisch handelnde Regierung betrachtete. Er führte u. a. aus: „Der Kern meines Rates an Ebert war der, daß wir zu einer Regierung kommen müssen, die diktatorische Vollmachten hat zur Führung der inneren Politik; ob Noske der Mann dazu ist, möchte ich allerdings nicht als absolut sicher hinstellen, denn er ist auch Parteimann, meine Herren, er kann nicht aus seiner Haut heraus, und ich fürchte, daß wir mit einer Parteiregierung nichts gewonnen haben, sondern wir brauchen eine Regierung, die über den Parteien steht und den Rechten wie den Linken die Köpfe blutig schlägt. Dazu ein festes starkes Heer. Meine ganzen Bestrebungen zielten und zielen darauf hin, das Instrument zu schaffen, ohne das nicht regiert werden kann... Wir müssen die Staatsgewalt repräsentieren, dann haben wir die Macht in Händen. Anderenfalls können Sie sich nicht wundern, daß wir immer weiter nach links rutschen, statt langsam wieder nach rechts zu schieben[5])." Die Diskussion über ein gewaltsames militärisches Eingreifen in die Innenpolitik war in diesen Wochen sehr verbreitet. Hauptmann Gräser, ein von Seeckt geschätzter früherer Untergebener, wunderte sich in einem Brief nur, daß der verbreiteten Hoffnungslosigkeit und der Überzeugung, „daß eine gewaltsame Auseinandersetzung im Innern nicht zu vermeiden" sei, nicht ein stärkerer Wille zum Handeln gegenüberstehe[6]). Seeckt, der Empfänger des Briefes, teilte nicht die weit verbreitete An-

[1]) Nachlaß Seeckt, Karton 13, Stück 119. Der Text bei Rabenau ist unvollständig, a.a.O., S. 193.

[2]) Lüttwitz, a.a.O., S. 82 f.

[3]) Nachlaß Groener, Tagebuch, 9. 7. 1919 (Textergänzung vom Verf.).

[4]) Siehe die Bemerkungen Reinhardts über den „Geist der Zwietracht" im Offizierkorps in seinem Brief an Gen. v. der Goltz vom 2. 1. 1920; Ernst, a.a.O., Heft 2/3, 1958, S. 97.

[5]) Nachlaß Schleicher 10. Vortrag Groeners vor den Verbindungsoffizieren der OHL am 12. 7. 1919, S. 20 f.

[6]) Nachlaß Seeckt, Brief Gräsers vom 10. 7. 1919, Karton 13, Stück 87. Siehe Dokument 4, Anhang S. 305.

sicht, durch einen gewaltsamen Eingriff die Schwierigkeiten beseitigen zu können, zunächst sei „das Volk zu füttern" und „an Arbeit zu gewöhnen", bevor solche Pläne in Erwägung gezogen werden könnten[1]). Groener erschienen die Aussichten nach einem Militärputsch wegen des Einsetzens einer neuen revolutionären Welle zu unsicher. Dazu war er über die Ablehnung seiner Person in deutschnationalen Kreisen unterrichtet worden, die ihm keinen aktiven Einsatz für die Wiederherstellung der Monarchie zutrauten. So wollte er sich „noch sehr überlegen", ob er den „kommenden Mann" spiele[2]).

Während Lüttwitz in den ersten Julitagen von seinen Offizieren treue Pflichterfüllung und Abkehr von der Politik forderte, erwog er selbst die Umwandlung der bestehenden Regierung. In einem Gespräch mit seinem Chef des Stabes, Major von Stockhausen, warf er der Regierung vor, sie richte durch ihre Schwäche das Vaterland zugrunde und stellte die Frage, ob nicht das Offizierkorps „die nationale Führung zu übernehmen" habe, bevor Deutschland „dem Bolschewismus in die Arme treibe"[3]). Dabei sollten Minister wie Noske im Amt bleiben. Als Stockhausen auf den zu erwartenden Widerstand der SPD und die Ablehnung Noskes hinwies, deutete Lüttwitz die Militärdiktatur gegen den Willen von Parteien und Gewerkschaften als Möglichkeit an; vorläufig seien es aber nur theoretische Überlegungen[4]). Zunächst versuchte der General, wie er es schon bei Scheidemann getan hatte, Ebert und Noske die Errichtung einer Diktatur nahezulegen, die jedoch nur bereit waren, nach Zerstörung der Staatsautorität solche Schritte in Erwägung zu ziehen[5]). Einen ähnlichen Versuch bei dem Reichswehrminister unternahm in diesen Tagen General Hoffmann, der im Kriege Chef des Stabes im Oberkommando Ost gewesen war und nun eine Grenzschutzbrigade führte[6]).

Dagegen war Hauptmann Pabst, Chef des Stabes im Garde-Kavallerie-Schützenkorps, nicht bereit, sich auf Überlegungen und Vorstellungen zu beschränken. Am 5. Juli suchte er Noske in einem Gespräch zur Übernahme der Regierung zu bewegen und bot ihm die militärische Unterstützung des Korps an. Der Minister blieb jedoch dabei, daß jede Regierung gegen den Willen der Volksmehrheit zur Katastrophe führe. Da er über Umsturzbestrebungen im

[1]) Die Zitate entstammen einem Brief Seeckts an den Zaren Ferdinand von Bulgarien vom 11. 7. 1919, Nachlaß Seeckt, Karton 10, Stück 72; die wichtigsten Sätze auch bei Rabenau, a.a.O., S. 216. Er schreibt dort: „Es sind zahlreiche Persönlichkeiten in allen bürgerlichen Kreisen vorhanden, welche im gewaltsamen Eingriff von rechts her die Lösung der Lage sehen. Die Gefahr solchen Unternehmens liegt für mich klar vor Augen, wird aber von vielen verkannt. Es kommt jetzt auf nichts anderes an, als darauf, das Volk zu füttern, denn es ist hungerkrank, und es dann an Arbeit zu gewöhnen. Erst dann können wir weitersehen."

[2]) Nachlaß Groener, Tagebuch, 8. 7. 1919.

[3]) Nach Volkmann, a.a.O., S. 321.

[4]) Volkmann, a.a.O., S. 321 f.; v. Oertzen, Freikorps, S. 361 f.

[5]) Lüttwitz, Leitfaden für meine Verteidigung, S. 4, Nachlaß Bauer 29.

[6]) Noske, Erlebtes, S. 130.

Stabe dieses Korps bereits unterrichtet war, gab er nach dem Gespräch mit Pabst den schon mehrfach erwogenen Befehl, das Korps auf verschiedene Befehlsbereiche aufzuteilen[1]).

Nun wurde Pabst aktiv. In einer erregten Aussprache am 8. Juli bemühte er sich, die Generalstabsoffiziere v. Stockhausen und v. Hammerstein des Reichswehrgruppenkommandos 1, dem alle Truppen in Ostdeutschland unterstanden, für ein militärisches Vorgehen gegen die Regierung zu gewinnen[2]). Beide Stabsoffiziere lehnten entschieden ab und ließen durch Major v. Schleicher General Groener unterrichten, der an diesem Tage in Berlin war[3]). Daraufhin stellte General v. Seeckt, seit dem 7. Juli Chef des Generalstabes, Pabst „in der schärfsten Weise zur Rede" und drohte ihm mit Festnahme, „wenn er dumme Streiche mache"[4]). Nach Pabst war Seeckt innerlich seinem Plan nicht abgeneigt, habe ihn aber wegen der Folgen im Ausland und des innenpolitisch zu frühen Zeitpunktes abgelehnt[5]). Ebensowenig gestattete eine Art „Verschwörerbesprechung" am 9. Juli, auf der die Generale v. Lüttwitz, v. Below und v. Loßberg Pabst unterstützten, ein militärisches Vorgehen. Seeckt und die Offiziere aus dem Stabe Lüttwitz lehnten entschieden ab. Das Ergebnis der Besprechung war ein dreimonatiger Urlaub für Pabst[6]).

Den befohlenen Urlaub trat er jedoch nicht an, sondern versuchte mit den gleichgesinnten Offizieren des Korps, der Regierung seinen Willen aufzuzwingen und die übrige Reichswehr mitzureißen. Am 21. Juli setzte er mit Zustimmung seines Kommandeurs, des Generals v. Hofmann, Truppenteile nach Berlin in Marsch. Als Begründung wurden drohende kommunistische Aufstände angegeben, in Wirklichkeit war der Sturz der Regierung geplant[7]). Nach den Pla-

[1]) Noske, Zeugenaussage im Jagow-Prozeß, bei Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 17. Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 199 f. Noske, Erlebtes, S. 138 f. Die bei Oertzen, Freikorps, S. 362, behauptete Verabschiedung von Pabst ist ein Irrtum.

[2]) Volkmann, a.a.O., S. 324. Mitteilung von Herrn Major Pabst. Siehe hierzu Dokument 5, Anhang S. 305 f.

[3]) Groener-Nachlaß, Tagebuch, 8. 7. 1919, dort u. a. der Satz: „Pabst will den kleinen Napoleon spielen".

[4]) Nachlaß Groener, Tagebuch, 9. 7. 1919. Auch Major v. Schleicher hatte am Vorabend noch auf Pabst mäßigend einzuwirken versucht, ebenda, 8. 7. 1919.

[5]) Pabst, mündliche Mitteilungen an den Verfasser.

[6]) Nachlaß Groener, Tagebuch, 9. 7. 1919; nach Groener mußte auch Lüttwitz einen Urlaub antreten. Die Generale v. Below und v. Loßberg hatten nach der Unterzeichnung ihre Erhebungspläne innerlich nicht aufgegeben, sie konnten sich jedoch nicht durchsetzen. Am 24. 7. schrieb Generaloberst Plessen an Hindenburg: „Lassen Sie Loßberg kommen und dann los", Nachlaß Groener, Tagebuch, 24. 7. 1919. Pabst, mündl. Mitteilungen.

[7]) Der Marsch am 21. 7. 1919 nach Berlin war nur als erste Demonstration gedacht. Nach Pabst hatte er die Aufgabe, auch andere Truppenteile zum Eingreifen aufzurufen, „nötigenfalls auch über die Köpfe der höheren Führung hinweg, die anscheinend nicht sehen konnte oder wollte, daß, wenn es so weiter ging, sehr bald der Augenblick kommen mußte, wo man die Armee von jeder Aufbauarbeit am neuen Deutschland endgültig ausschalten und sie wie den bekannten Mohr behandeln würde, der seine Schuldigkeit getan hat." Pabst, Das Kapp-Unternehmen, S. 6. Vgl. auch Lüttwitz, a.a.O., S. 83 f. Der Sturz der Regierung sollte einige Tage später erfolgen;

nungen des Korpsstabes sollte dann Lüttwitz die gesamte Staatsgewalt als Militärdiktator übernehmen, bis ein Kabinett gebildet war, das die militärischen Forderungen erfüllen würde. Über die Zusammensetzung des Kabinetts gab es noch keine Abmachungen; nicht einmal Lüttwitz wußte von der ihm zugedachten Aufgabe. Die vorbereiteten Erlasse sahen die sofortige Entlassung des preußischen Kriegsministers Reinhardt und General Groeners von der „Befehlsstelle Kolberg" vor. An Reinhardts Stelle sollte General v. Oven treten, den Oberbefehl über alle Truppen des Reiches General Hoffmann übernehmen[1]). Erwarteten inneren Unruhen wollte man mit verschärftem Belagerungszustand und Waffengewalt begegnen. Die allgemeine Ordnungsvorschrift verfügte für die Herstellung und Verteilung von Streikaufrufen, die Behinderung Arbeitswilliger, das Abreißen von Regierungsflugblättern, Plünderung und Sabotage kurzerhand die Todesstrafe. Den Führern von Widerstandsgruppen drohte „an Ort und Stelle" das Standgericht ohne die Möglichkeit einer Berufung[2]).

An der Ausführung der geplanten Aktion wurde Pabst mit seinen Offizieren noch rechtzeitig von den eiligst herbeigerufenen Generalen Lüttwitz und Maercker gehindert. Dies fiel Lüttwitz nicht leicht, der die Aufteilung des Korps gern verhindert hätte, aber die militärische Disziplin verbot ihm, die Auflehnung des Korps gegen einen höheren Befehl zu unterstützen. Erst viel später erkannte Lüttwitz, wie sehr er sich damit selbst geschadet hatte. Im März 1920 war diese ihm „unbedingt ergebene Truppe" wesentlich schwächer geworden und durch die regionale Streuung zu einem geschlossenen Einsatz nicht mehr in der Lage[3]). Pabst bestätigt, daß sein Unternehmen durch Lüttwitz verhindert wurde[4]). Der General hatte sich zu diesem Zeitpunkt „mit der Frage eines gegenrevolutionären Schrittes irgendwelcher Art noch zu wenig beschäftigt", ja es fehlte nach seinen Worten nicht nur an genügender Vorbereitung, sondern „vor allen Dingen an einem Recht dazu vor dem Volk"[5]). Trotzdem vertritt er an anderer Stelle die Meinung, daß ein Unternehmen zu diesem Zeitpunkt „wahrscheinlich" Erfolg gehabt hätte, weil die Truppen in der Erregung über die herrschenden Mißstände ihm gefolgt wären. Wichtig ist in diesem Zusammenhang die für Lüttwitz charakteristische rein militärische Betrachtung der Erfolgsaussichten[6]).

Pabst, mündl. Mitteilungen an den Verf. Der Kommandierende General des Korps, v. Hofmann, nicht mit General Hoffmann zu verwechseln (wie Noske in: Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 17), war in schlechter gesundheitlicher Verfassung und ließ seinem ersten Stabsoffizier, Hauptmann Pabst, völlig freie Hand.

[1]) Siehe die vorbereiteten Erlasse im Nachlaß Bauer 29. Die dortigen Angaben wurden von Pabst durch mündliche Mitteilungen ergänzt. Dokument 6, Anhang S. 306.

[2]) Ebenda, Nachlaß Bauer 29.

[3]) Lüttwitz, Verteidigungsschrift, Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Nr. 1463349.

[4]) Pabst, Mitteilungen.

[5]) Lüttwitz, Im Kampf gegen die Novemberrevolution, S. 83 f.

[6]) Lüttwitz, Leitfaden für meine Verteidigung, Nachlaß Bauer 29. Vgl. auch Lüttwitz, Im Kampf, S. 84 f.

Für die Hauptbeteiligten an dem geplanten Regierungssturz ergaben sich keine schwerwiegenden Folgen. Die wenigen informierten hohen Offiziere betrachteten den Putschversuch als interne Angelegenheit, so daß nicht einmal der Reichswehrminister davon erfuhr. Der Korpskommandeur bekam die Versetzung auf einen weniger wichtigen Posten, und Hauptmann Pabst mußte nach einer scharfen Zurechtweisung durch Seeckt einen längeren Urlaub antreten. Da Pabst nach seinem Urlaub in Berlin neue Pläne verwirklichen wollte, lehnte er die angebotene Versetzung nach Stuttgart oder Münster ab und reichte seinen Abschied ein. Seeckt hätte diesen unerbittlichen Gegner der Regierung lieber in einem westdeutschen Stab unter Kontrolle gehalten[1]).

4. *Kapp und Ludendorff versuchen die Reichswehr für eine Militärdiktatur zu gewinnen*

Während Pabst mit gleichgesinnten Offizieren seines Korps aus eigener Initiative den eben geschilderten Umsturzversuch unternahm, begannen auch Ludendorff und Kapp mit der Vorbereitung eines gegenrevolutionären Unternehmens.

Bis zum Versailler Vertrag hatte der Generallandschaftsdirektor Dr. Kapp noch keine Umsturzpläne gegen die Berliner Regierung verfolgt[2]). Im November 1918 bezeichnete er sich in einer Unterredung mit Ebert als „Vernunftmonarchist", begrüßte aber die Möglichkeit, mit dem Ende der „dynastischen Interessen" durch Aufnahme Deutsch-Österreichs den großdeutschen Gedanken wiederaufzunehmen und durch Beseitigung der kleinen Bundesstaaten die Entwicklung zum Einheitsstaat zu fördern. Solange die Regierung die staatliche Autorität sichere, bestehe keine Gefahr einer Gegenrevolution[3]). In den Monaten danach beschäftigte sich Kapp mit der Stärkung der Abwehrbereitschaft in seiner Heimat Ostpreußen gegenüber der polnischen und bolschewistischen Bedrohung. Bei diesen Bemühungen bestand Einigkeit mit dem dortigen sozialdemokratischen Reichskommissar Winnig, zu dem er gute persönliche Beziehungen hatte.

Die von Kapp gleichfalls im Winter 1918/19 verfolgte Ausschaltung der Arbeiter- und Soldatenräte in Ostpreußen sollte zwar als „Gegenerhebung" auf das ganze Reich ausgedehnt werden, aber eindeutig umstürzlerische Ziele hatte er erst im Sommer 1919. Als auf der Militärbesprechung am 19. Juni in Weimar

---

[1]) Pabst, Das Kapp-Unternehmen, S. 6. Lüttwitz, a.a.O., S. 84. Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 200. Pabst wurde am ersten Putschtage von Lüttwitz zum Major ernannt. Nach seiner Rückkehr aus Österreich wurde ihm von Hindenburg der Majorsgrad bestätigt. Pabst, Mitteilungen.

[2]) Vgl. auch Schemann, Wolfgang Kapp und das Märzunternehmen vom Jahre 1920, S. 122.

[3]) Aussage des Volksbeauftragten Landsberg im Dolchstoß-Prozeß, Der Dolchstoß-Prozeß in München, S. 131 f. Kapp, Zur Vorgeschichte des Märzunternehmens, S. 1c u. 2c, im Nachlaß Kapp wird diese Unterredung bestätigt.

die Bildung eines autonomen Ost-Staates nicht durchzusetzen war, wandte er sich an den General v. Below in Danzig. Eine zuverlässige Truppeneinheit solle mit der „nationalen Erhebung" beginnen, sich zunächst auf die Baltikumtruppen unter General v. der Goltz und die Truppen des Generals Hoffmann im Raum Posen stützen und sie dann auf das übrige Reich ausdehnen[1]). Bei der gänzlichen Ablehnung solcher Vorhaben durch Hindenburg und Groener konnte allerdings an eine Verwirklichung nicht gedacht werden, vor allem verhielten sich v. Belows Generalstabsoffiziere nun ablehnend. Sie waren in einem besonderen Aufruf am 28. Juni von dem Chef des Stabes, Oberst Heye, vor der Weiterverfolgung des Erhebungsgedankens gewarnt worden[2]).

Kapp nahm jedoch von seinen Plänen nicht Abstand. Nach mehreren Fühlungnahmen mit Stabsoffizieren begab er sich am 29. Juni zu Oberst Heye nach Bartenstein und suchte ihn für die Rückeroberung Posens zu gewinnen[3]). Kapp versprach sich davon gleichzeitig einen Aufschwung der nationalen Stimmung im Reich, der die Annahme des Friedensvertrages rückgängig machen und zu einer Umbildung der Regierung führen sollte. Noch war sein Ziel nicht gewaltsamer Umsturz sondern Umstimmung. Er lebte in dem Glauben, durch örtliche Auflehnung gegen den Vertrag mit nationalen Parolen die Mehrheit des Volkes in eine Begeisterung versetzen zu können, ähnlich der von 1813 oder 1914. Oberst Heye, der noch am 19. Juni in Weimar ähnliche Pläne vertreten hatte, stimmte Kapps optimistischen Erwartungen nicht mehr zu. Er versprach aber, bei den Truppenführern nochmals Erkundigungen einzuziehen. Am 4. Juli teilte er dem Generallandschaftsdirektor das negative Ergebnis der Umfrage schriftlich mit; Abschriften gingen auch an zwei Stabsoffiziere, die Kapp stark unterstützten[4]).

Darauf legte der keineswegs resignierende Dr. Kapp am 5. Juli in einem langen Brief an Heye seine innen- und außenpolitischen Gründe für die Erhebung dar. Nun wurde die Regierung in der schärfsten Form angeklagt. Sie wolle durch baldige Abrüstung den militärischen Machtfaktor, der der Verwirklichung ihrer Absichten im Wege stehe, ausschalten und damit die Gefahr einer Gegenrevolution für immer beseitigen. Er glaubte sogar, daß die Regierung die Auslieferung „heimlich" fördere, um so führende innenpolitische Gegner loszuwerden. Der übrigbleibende Teil an militärischer Macht würde den Linksradikalismus bekämpfen, der doch schließlich siegen werde. Herrsche dieser auch nur kurze

[1]) Nachlaß Kapp, ebenda, S. 13 f. Anklageschrift des Oberreichsanwalts im Jagow-Prozeß, S. 5, im Kapp-Nachlaß. Groener-Nachlaß, Tagebuch, 26. u. 27. 6. 1919. Cleinow, a.a.O., S. 305. Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 16.

[2]) Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 5, Nr. 1456473 f.

[3]) Bericht des Obersten Heye an das Reichsgericht vom 21. 5. 1920, Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 5, Nr. 1456463 f. Anklageschrift im Jagow-Prozeß, S. 4, Nachlaß Kapp. Zeugenaussage des Generalmajors Heye im Jagow-Prozeß, Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 14 ff.

[4]) Ebenda.

Zeit, so werde der wirtschaftliche und kulturelle Schaden unermeßlich, den Westmächten aber eine Gelegenheit zur Besetzung deutscher Gebiete gegeben sein. Nach einer solchen Entwicklung seien die „Chancen für eine Bewegung von rechts auf unabsehbare Zeit vernichtet", daher sei „jetzt der letzte Augenblick zum Eingreifen von rechts gekommen". Die Zukunft des Reiches schien ihm so sehr bedroht, daß er sogar den erfolglosen Einsatz für notwendig hielt: „Aber selbst, wenn unser Vorgehen ohne Erfolg bliebe und die Hunderttausend, die sich uns anschließen, in Tod und Verderben führen würde, so wäre doch wenigstens zugunsten künftiger politischer Entwicklungsmöglichkeiten die deutsche Ehre gerettet: Das Leben selbst von Hunderttausenden kommt nicht in Betracht, wenn es sich um den ruhmlosen Untergang des gesamten Deutschtums handelt[1])." Außenpolitisch erstrebe er die Stützung der monarchistischen Kreise in Rußland, um nach ihrer geglückten Gegenrevolution einen Bundesgenossen zu haben[2]). Wenige Tage später bestätigte er plötzlich in einem Brief an Heye dessen Standpunkt und erklärte, diese Pläne aufgegeben zu haben[3]). Das bezog sich jedoch nur auf das Vorhaben gegen Polen, denn inzwischen hatten seine Absichten in Berlin eine noch entschiedenere Richtung bekommen. Am 4. Juli war bei einer Zusammenkunft mit General v. Below in Danzig eine Besprechung für den 8. Juli in Berlin vereinbart worden, an der General v. Loßberg vom AOK-Süd und Ludendorff teilnehmen wollten[4]).

Auf dieser Zusammenkunft machte Ludendorff den Vorschlag, mit der Erhebung nicht in Ostpreußen sondern in Berlin zu beginnen. Damit war das klare Ziel gewaltsamer innenpolitischer Veränderungen gegeben. Ludendorff wies dabei auf bereits begonnene Vorbereitungen hin. Die Weiterentwicklung scheitere allerdings an der Unentschlossenheit des Generals v. Lüttwitz, der sich durch abratende Argumente des Majors v. Stockhausen beeinflussen lasse[5]). Es ist ziemlich sicher, daß Kapp durch Ludendorffs Unterstützung, dem er seit Jahren eng verbunden war und dessen Vorhaben er sofort zustimmte, offiziell von diesem Tage an als politischer Führer galt, denn noch im gleichen Monat wurde unter Offizieren von Kapp als dem kommenden Reichskanzler gesprochen. In einer Besprechung im Gebäude des Reichswehrgruppenkommandos 1 in Berlin am 20. Juli, an der etwa 30 Personen teilnahmen, forderte der schon im Kriege bekanntgewordene politische Berater Ludendorffs, Oberst Bauer, dazu

[1]) Die vollständige Abschrift des Briefes im Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 5, Nr. 1456478—83. Daß auch Sozialdemokraten ähnliche Formulierungen gebrauchten, zeigt ein Aufruf des ostpreußischen Oberpräsidenten Winnig vom 15. 6., siehe Winnig, Heimkehr, S. 212.

[2]) Ebenda. Auszüge des Briefes in Dokument 7, Anhang S. 306 f.

[3]) Bericht Heyes an das Reichsgericht, Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 5, Nr. 1456464. Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 16.

[4]) Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 5, Nr. 1456478.

[5]) Zur Vorgeschichte des Märzunternehmens, von W. Kapp, S. 14, und Brief Kapps an v. Oldenburg-Januschau vom 22. 9. 1920, beides im Nachlaß Kapp. Schemann, a.a.O., S. 123 f.

auf, „die Nationalversammlung zu sprengen und die Regierung zu stürzen“[1]). Als Maercker dies „für aussichtslos und militärisch für undurchführbar hielt“, bat ihn Oberst Bauer zu einer Unterredung mit Dr. Kapp, die auch stattfand[2]). Maercker hat in einer späteren Aussage zugegeben, daß von Kapp „damals schon als Reichskanzler gesprochen wurde“[3]).

Ludendorff beschränkte sich nicht auf die Gewinnung des Reichswehr-Offizierkorps. Noch vor seinem Gespräch mit Kapp ließ er durch Oberst Bauer am 5. Juli die Haltung der englischen Regierung erkunden, um das Unternehmen außenpolitisch abzusichern. Der Gesprächspartner war Colonel Ryan, der Chef des Stabes des britischen Militärgouverneurs in Köln. Bauer ging von der Voraussetzung aus, daß England an einer stärkeren deutschen Regierung interessiert sei, da nur eine solche in der Lage sein könne, den Friedensvertrag zu erfüllen. Noch beruhe die Ordnung in Deutschland auf dem Vertrauen der Truppe zur militärischen Führung und Regierung. In wenigen Wochen aber werde es Schwierigkeiten geben. Bis dahin seien ihre Staatsstreichpläne fertig, Ende August, Anfang September oder jede Zeit danach sei für sie geeignet. Sobald die Regierung bei einem Generalstreik oder linksradikalen Unruhen die Ordnung nicht mehr aufrechterhalten könne, würde eine befristete Militärdiktatur, vielleicht unter Führung Ludendorffs, bis zur Wahl einer neuen Nationalversammlung und Bildung einer neuen Regierung errichtet. Die Freikorpsführer seien über die Grundzüge des Unternehmens unterrichtet, auch habe die Mehrheit der konservativen Presse mit der vorbereitenden Propaganda bereits begonnen. Das Ziel sei nicht die Restauration der militärischen Herrschaft, sondern eine entschlossene demokratische Regierung, die das Volk zur Arbeit zwinge. Für später, kaum jedoch schon in den nächsten Jahren, erstrebe man die Errichtung einer konstitutionellen Monarchie in Anlehnung an England, aber keine Rückkehr der Hohenzollern. Bauer sicherte den Alliierten die Erfüllung des Friedensvertrages zu und war bereit, jede Garantie bezüglich der neuen Verfassung zu geben. Dafür wünschte er, daß England den Staatsstreich nicht als Kriegsgrund ansehe und nicht mit Blockade antworte[4]).

Diese Behauptungen entsprachen allerdings nicht ganz den Tatsachen. Weder konnte von einer breiteren Unterrichtung oder Zustimmung militärischer Kreise, noch von einem allgemeinen Umsturzwillen bei den Rechtsparteien die Rede sein. Auch hatten sich die Rechtskreise keineswegs gegen das Haus Hohenzollern entschieden; Bauer nahm selbst in den folgenden Monaten Kontakt zum

---

[1]) Zeugenaussage General Maerckers im Jagow-Prozeß, Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 16. Allgemein zu dieser Besprechung: Maercker, Kaiserheer, a.a.O., S. 322. Anklageschrift im Jagow-Prozeß, S. 5, im Nachlaß Kapp. Volkmann, a.a.O., S. 326. Zeugenaussage Maerckers im Ehrhardt-Prozeß am 24. 5. 1923, Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Nr. 1462817 f.

[2]) Maercker im Jagow-Prozeß, Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 16 f.

[3]) Ebenda, S. 17.

[4]) Documents on British Foreign Policy, 1919—1939, First Series, Vol. VI, S. 25 ff.

Kronprinzen auf. Am allerwenigsten dachte die Ludendorff-Gruppe an die Erfüllung des Versailler Vertrages. Oberst Bauer erstrebte sogar leidenschaftlich die Revanche an England, wobei er nötigenfalls zu einem Bündnis mit dem bolschewistischen Rußland bereit war[1]).

Als der britische Staatssekretär Balfour von Colonel Ryan über das Gespräch mit Oberst Bauer unterrichtet wurde, erklärte dieser, daß England weder direkt noch indirekt feindlich eingreifen werde, falls bei der Niederschlagung eines revolutionären Umsturzes eine Militärdiktatur entstehe, auch nicht bei der Errichtung einer konstitutionellen Monarchie[2]).

Kapp widmete sich sogleich intensiv seiner neuen Aufgabe und sah sich nach Mitarbeitern für die neue Regierung um. So wandte er sich an den früheren Berliner Polizeipräsidenten v. Jagow, den er zum preußischen Innenminister ausersehen hatte. Kapp erklärte ihm dabei, das Offizierkorps würde die Regierungsumbildung durch eine geschlossene Vorstellung unter Androhung der Kündigung erzwingen, er selbst dann als Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident mit einem Fachkabinett regieren[3]).

Wie wenig berechtigt die Hoffnungen auf ein geschlossenes Handeln der Offiziere waren, zeigte die Kommandeurbesprechung des Reichswehrgruppenkommandos 1 am 26. Juli in Berlin. Sie war die unmittelbare Folge der noch soeben verhinderten Auflehnung des Garde-Kavallerie-Schützenkorps und der erste Versuch des Generals v. Lüttwitz, mit seinen Truppenkommandeuren und Stabsoffizieren die Bedingungen für ein militärisches Eingreifen in die Regierungsgewalt festzulegen[4]). Lüttwitz war von Deutschlands Niedergang überzeugt, wenn keine aktivere Politik, besonders eine größere Arbeitsleistung, als Voraussetzung für den Wirtschaftsaufstieg durchgesetzt würde. Er wies daher auf die Notwendigkeit hin, eine Änderung der Regierung vorzubereiten[5]). Hiergegen wurden jedoch sofort erhebliche Bedenken erhoben. General Maercker brachte die Besprechung mit dem Angebot des Obersten Bauer vom 20. Juli in Ver-

[1]) Pabst, Mitteilungen an den Verf.

[2]) Documents on British Foreign Policy, 1919—1939, First Series, Vol. VI, S. 28 f.

[3]) Nachlaß Kapp, Anklageschrift im Jagow-Prozeß, S. 6. Zeugenaussage v. Jagows im Jagow-Prozeß, Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 27 f.

[4]) Lüttwitz, Leitfaden für meine Verteidigung, S. 5, Nachlaß Bauer 29. Gordon, a.a.O., S. 104.

[5]) Aussage General Maerckers im Jagow-Prozeß, Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 17. Volkmann, a.a.O., S. 326. Erwähnenswert ist die Begründung des Generals v. Lüttwitz nach dem Kapp-Putsch für sein vielfaches Eingreifen in die Politik: „Die Armee hatte sich aber durch ihre Hilfe im Kampf auf Leben und Tod durch ihr Blut auch Dank und Rechte erworben. Sie zu wahren, war ich berufen. Es war meine Pflicht, nicht nur für das materielle Wohl der Truppe zu sorgen, sondern auch die Regierung von allen Handlungen abzuhalten, die das Ansehen und die Würde der Armee herabsetzen oder beeinträchtigen konnten. Aus dieser Stellung erklärt sich mein mannigfaches Eingreifen in politische Dinge." In: Leitfaden für meine Verteidigung, S. 2 f., Nachlaß Bauer 29. Vgl. auch Zeugenaussage des Generals v. Oldershausen im Jagow-Prozeß, Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Nr. 1463124.

bindung und vermutete auf Grund seiner Unterredung mit Kapp, „daß eine Regierung von rechts geplant würde". Diesen Weg bezeichnete er als unmöglich, vielmehr müßten bei einer Regierungsänderung folgende Voraussetzungen gegeben sein: 1. „Eine das ganze Volk packende Parole"; 2. Ein Reichskanzler mit dem Vertrauen weitester Kreise, Kapp sei eine „gänzlich ungeeignete Persönlichkeit"; 3. Beteiligung der SPD, besonders Noskes, „wegen seiner Stellung in der Reichswehr"; 4. Verhinderung separatistischer Versuche; 5. Zustimmung der Entente; 6. Keine Beteiligung der Reichswehr[1]). Die Reichswehr solle sich aus der Innenpolitik ganz heraushalten, es sei nicht ihre Aufgabe, Regierungen ab- und einzusetzen. In gleicher Weise lehnten Lüttwitz' Chef des Stabes, Major v. Stockhausen, und dessen Ia, Major v. Hammerstein, jede militärische Erhebung ab[2]). Die Offiziere einigten sich schließlich auf mehrere Grundbedingungen für eine weitere Unterstützung der Regierung. Sie lauteten: keine Auslieferung der „Kriegsverbrecher"; keine Verminderung der Reichswehr unter 200 000 Mann, solange eine kommunistische Gefahr bestehe; keine Beteiligung der USPD an der Regierung; bessere Versorgung der Truppe und der zu entlassenden Soldaten; Erhaltung der Reichseinheit. Keine Übereinstimmung war dagegen für den Fall der Nichterfüllung dieser Forderungen zu erzielen. Nur die Hälfte der Anwesenden sprach sich für „Demonstrationen" oder „Zwangsmaßnahmen" aus. Die übrigen wollten „dagegen höchstens einen Druck auf die Regierung ausgeübt wissen. Sie wünschten, daß in diesen Fällen grundsätzlich ein Zusammengehen mit Ebert und Noske anzustreben sei, denn ohne diese beiden würden wir uns nicht durchsetzen können[3])." Diese nicht eindeutige Haltung blieb auch in der Folgezeit bestehen. War es Lüttwitz gelungen, einzelne Generale, wie Maercker und v. Oven, in Gesprächen unter vier Augen für Zwangsmaßnahmen zu gewinnen, so zeigten sie sich bald darauf bei Besprechungen im größeren Kreise wieder zurückhaltender. Ebenfalls wurde als Voraussetzung die Einigkeit des Offizierkorps verlangt, um die Möglichkeit von Kämpfen in der Reichswehr auszuschließen[4]).

Weitere Besprechungen des Generals v. Lüttwitz mit Befehlshabern im Westen des Reiches erbrachten für ihn kein günstigeres Ergebnis. General v. Watter, Kommandeur des Wehrkreises VI in Münster, war zwar bei Nichtbeachtung der aufgestellten Forderungen zu Zwangsmaßnahmen bereit, doch

---

[1]) Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 17, Aussage Maerckers.

[2]) Volkmann, a.a.O., S. 327.

[3]) Lüttwitz, Im Kampf, S. 86.

[4]) Maercker, a.a.O., S. 325. Volkmann, a.a.O., S. 328. Gordon, a.a.O., S. 104 f. Schüddekopf, a.a.O., S. 80 f. Lüttwitz, Leitfaden für meine Verteidigung, S. 5, Nachlaß Bauer 29. Zu Gewaltmaßnahmen waren nach Lüttwitz bereit: General v. Oven (Befehlshaber des Wehrkreises III, Berlin), General Maercker (Befehlshaber des Wehrkreises IV, Dresden), General v. Hülsen (Potsdam), General v. Lettow-Vorbeck (Schwerin) u. a.; Zur Vorgeschichte des Kapp-Putsches, ohne Verfasser, aber mit Randbemerkungen von Lüttwitz, Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Nr. 1462837.

der Oberbefehlshaber aller Truppen in West- und Südwestdeutschland, General v. Schoeler, vermied eine klare Stellungnahme[1]).

Nach diesen Ergebnissen war die Umbildung der Regierung durch militärischen Druck vorläufig unmöglich. Wohl ließ Lüttwitz die politischen Pläne nicht mehr aus dem Auge. Besonders auf Besichtigungsreisen versuchte er immer wieder, die Offiziere fester an sich zu binden und zu beeinflussen. Aber mit welchen Widerständen unter den Offizieren er zu kämpfen hatte, geht schon aus den Gegenmaßnahmen seiner eigenen Generalstabsoffiziere hervor. Am 1. August notierte Groener eine Mitteilung des Majors v. Hammerstein, der zugleich Schwiegersohn von Lüttwitz war: „Daß Gen(eral) v. Lüttwitz erneut große Schwierigkeiten mache, ganz erbost sei u. evtl. eben entfernt werden müsse. H. (Hammerstein) würde mich benachrichtigen, wenn ich bei Noske eingreifen solle für den Fall, daß Stockhausen u. er genötigt wären, um Enthebung von ihren Stellen zu bitten, da Lüttwitz von seinen dunklen Plänen nicht abzubringen (sei), der Moment könne täglich eintreten." Wenig später bedauerte Groener einen längeren Urlaub Hammersteins mit den Worten: „. . . — wer soll den Schwiegervater bändigen? Stockhausen und Hammerstein haben mit den Brig. Kdeuren (Brigadekommandeuren) einen Pakt geschlossen, daß diese törichte Pläne von Lüttwitz nicht ausführen, sondern alsbald Stockhausen benachrichtigen[2])."

Seine in diesen Wochen mehrfach geäußerten Absichten gegen die Regierung dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß der General nach dem Ergebnis der Offiziersbesprechung vom 26. 7. zu schnellen Taten noch nicht bereit war. Diese Erfahrung mußte auch Kapp machen, als er am 21. August die erste Unterredung mit ihm führte. Kapp, nach dem für ihn negativen Ergebnis der Offiziersbesprechung vom 26. Juli in sehr gedrückter Stimmung[3]), hatte inzwischen damit begonnen, in persönlichen Gesprächen hohe Offiziere für einen Umsturz zu gewinnen. Den Kontakt vermittelte jeweils Ludendorff[4]). Einig waren sich Kapp und Lüttwitz über die Gefahr eines baldigen inneren Zusammenbruchs. Während jedoch Kapp ohne Rücksicht auf die Abmachungen mit den Generalen sofort handeln wollte und auf die Zustimmung der Bevölkerung wie Lüttwitz' Befehlsgewalt vertraute, lehnte der General Gewalt ab, solange nicht einer der am 26. Juli verabredeten Fälle eintrete. Jedenfalls erschien es Lüttwitz nach seinen eigenen Worten notwendig, „die Frage, ob mit Ebert und Noske oder ohne sie, auch ob auf sie Zwang anzuwenden sei, noch mehr zu klären",

[1]) Lüttwitz, Im Kampf, S. 87.

[2]) Nachlaß Groener, Tagebuch, 1. 8. 1919 und 11. 8. 1919. Der Text in Klammern vom Verf.

[3]) Tagebuch des Journalisten Schnitzler, eines engen Vertrauten von Kapp, Eintragung vom 27. 7., Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 5, Nr. 1456632. Der 21. 8. muß als Datum für die erste Besprechung zwischen Kapp und Lüttwitz zweifelhaft bleiben, obwohl Lüttwitz diesen Tag angibt; Im Kampf, S. 97. Glaubwürdiger erscheint der 21. 7., den Pabst nennt, a.a.O., S. 7.

[4]) Kapp, Zur Vorgeschichte des Märzunternehmens, S. 14, Nachlaß Kapp.

und er beantwortete das Drängen von Kapp und anderen daher in diesem Sinne[1]). Lüttwitz erschien es an sich „absurd", daß prominente Sozialdemokraten mit Hilfe der Truppe eine Diktatur errichten könnten, deren Maßnahmen gegen die eigene Partei wirken mußten. Andererseits empfahlen ihm der Vorwärtsredakteur Erwin Barth und der Staatssekretär August Müller, beides Sozialdemokraten, „eine Diktatur mit Ebert und Noske", die „mit etwas Zwang" zustimmen würden[2]). Lüttwitz hat trotz seiner Skepsis bis unmittelbar vor dem Putsch auf die Verwirklichung dieses Wunschtraumes gehofft und sich darum bemüht. Ehrhardt, Kommandeur der 2. Marinebrigade, dachte nicht anders. Am 27. Juli forderte er bei Kapp die Unterstützung einer Noske-Diktatur, und kurz darauf trug er seine Sorgen um die politische Entwicklung dem Reichswehrminister persönlich vor[3]).

Kapp hat später Lüttwitz mangelnde Entschlußkraft und viel zu wenig entschiedenes Auftreten gegenüber den Generalen vorgeworfen. Die Unschlüssigkeit der militärischen Stellen, die nur mit den Sozialdemokraten die Behebung der innenpolitischen Mängel erreichen zu können glaubten, habe das „rechtzeitige Eingreifen" verhindert[4]). Freilich konnte Kapp darauf hinweisen, daß bis Mitte August Beamtenschaft und Reichswehr noch nicht auf die neue Verfassung vereidigt waren. Auch war wegen der zahlreichen Freikorps Lüttwitz' Position stärker als im Frühjahr 1920. Aber angesichts Noskes Vertrauensbasis in der Truppe und der Bedingung der Generale, nur mit Unterstützung führender Sozialdemokraten zu handeln, war ein Umsturzversuch im August 1919 nicht aussichtsreicher als im März 1920. Ebenfalls ließ die großangelegte Propaganda der Rechtsparteien, in Verbindung mit der inflationistischen Entwicklung und den wirtschaftlichen Schwierigkeiten, erwarten, daß der Wunsch nach einem Regierungswechsel im Volk noch zunehmen würde.

Als Kapp versuchte, Major v. Stockhausen für den Regierungssturz zu gewinnen, lehnte dieser gerade wegen des zu erwartenden Widerstandes im Volke ab[5]). In der Hoffnung, einen geneigteren Chef des Stabes zu bekommen, veranlaßte Lüttwitz die Versetzung von Stockhausen in das Reichswehrministerium. Der Nachfolger, General v. Oldershausen, arbeitete jedoch ebenfalls nicht im Sinne Kapps, denn er unterstützte Lüttwitz in seinen Bedenken und fügte ständig neue hinzu[6]).

[1]) Lüttwitz, Im Kampf, S. 98 f.

[2]) Lüttwitz, Im Kampf, S. 97 f.

[3]) Schnitzler-Tagebuch, Eintragung vom 27. 7., Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 5, Nr. 1456632. Noske im Erhardt-Prozeß, 23. 1. 1923, Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Nr. 1462641.

[4]) Kapp in seinem Brief an v. Oldenburg-Januschau vom 22. 9. 1920 und in der Vorgeschichte des Märzunternehmens, S. 14 f., beides im Nachlaß Kapp.

[5]) Volkmann, a.a.O., S. 328 f.

[6]) Volkmann, a.a.O., S. 330. Lüttwitz, Im Kampf, S. 87 und 101. Kapp, Vorgeschichte, S. 14, Nachlaß Kapp.

So blieb vorläufig nur der Weg, schriftlich oder mündlich bei der Regierung auf bestimmte Maßnahmen zu drängen. In einem Brief vom 11. Juli an Noske beschwerte sich Lüttwitz besonders über die Kritik des sozialdemokratischen Parteiorgans „Vorwärts" am Offizierkorps und bat die Regierung, sie möge die Offiziere gegenüber solchen Verunglimpfungen in Schutz nehmen[1]). Am 18. August begaben sich Lüttwitz und Maercker nach Weimar zum Reichskanzler Bauer. Dieser verwies jedoch nur auf die langsame Besserung der Verhältnisse. Sein im übrigen abweisendes Verhalten war nach Lüttwitz eine Antwort auf die scharfen Vorwürfe gegen die Regierung in der Offiziersbesprechung vom 24. Juni[2]). Der Reichspräsident zeigte sich dagegen bei einem Besuch der Generale wesentlich gefälliger und unterhielt sich eingehend mit ihnen über die vorgetragenen Wünsche[3]). Eine ausführliche Darlegung der militärischen Vorschläge findet sich in dem Brief von Lüttwitz an Noske vom 1. September. Der General ging von der Befürchtung aus, daß die Regierung ihre Macht nicht anwende und das Reich „immer tiefer in das von den linksradikalen Parteien erstrebte wirtschaftliche und politische Chaos" hineintreibe. „Milde und Zureden" seien ohne Erfolg geblieben, also ergäben sich folgende Notwendigkeiten: „unbedingtes Verbot politischer und wirtschaftlicher Streiks", großzügige Arbeitsbeschaffung und rücksichtslose Unterdrückung der Gegner der staatlichen und wirtschaftlichen Ordnung. Die Regierung werde bei diesen Maßnahmen auf heftigen Widerstand stoßen, aber die Armee sei bereit, „einer tatkräftigen Regierung zum Siege zu verhelfen". Daher sei es wichtig, keine Stimmung der Truppe gegen Regierung und Parlament zu erzeugen. Auch heute sei die Armee „Fundament der Staatsgewalt"[4]).

Aber weder die Regierung noch die große Mehrheit der Parlamentarier betrachteten die Reichswehr als Fundament ihrer Staatsgewalt. Sicher erstrebten auch die neuen politischen Führungskräfte „Ordnung und Arbeit", doch nicht in erster Linie im Sinne militärischer Disziplin, sondern über den Weg der Koordinierung möglichst aller politischen Willensrichtungen und durch großzügige sozialpolitische Programme. Das sollte gerade die demokratische Republik von der Vergangenheit unterscheiden. Die Reichswehr wurde daher mehr als letztes Mittel gegen Aufruhr und als Schutztruppe der Verfassung betrachtet, wenn nicht gar von beträchtlichen Teilen der SPD für überflüssig gehalten und von der USPD bekämpft. Auf der anderen Seite hatte Lüttwitz mit seiner Lagebeurteilung nicht Unrecht. Der gute Wille der Regierung hatte bei der gegenwärtigen Lage nicht viele Entfaltungsmöglichkeiten, denn es gab auch

[1]) Akten des Gruppenkommandos 4, Bund 7, Akt. I, Bayer. Kriegsarchiv München, nach Carsten, a.a.O., S. 54.

[2]) Maercker, Kaiserheer, S. 321. Lüttwitz, Im Kampf, S. 89.

[3]) Ebenda.

[4]) Das Schreiben ist abgedruckt bei Lüttwitz, Im Kampf, S. 91 ff., und Schüddekopf, a.a.O., S. 101 ff.

politische Gruppen, die um jeden Preis den Sturz der bestehenden Ordnung wollten, also nicht beschwichtigt werden konnten. Es war weiterhin nicht anmaßend, wenn die Reichswehr, von der sich die Regierung schützen ließ, ein härteres Durchgreifen verlangte, da Offiziere und Mannschaften verzögertes Eingreifen häufig mit ihrem Blute bezahlen mußten. Vollstes Verständnis fand die Truppe freilich bei den Rechtsparteien. Diese unterschiedliche Bewertung der bewaffneten Macht war die Wurzel vieler Mißverständnisse, falscher Reaktionen und der sich häufenden gegenseitigen Vorwürfe zwischen Heer und Republik in den kommenden Monaten.

Der Wunsch der Offiziere, alle innenpolitischen Unruhen und besonders die Streikbewegungen mit Gewalt zu beenden und den wirtschaftlichen Wiederaufstieg durch Arbeitszwang herbeizuführen, entsprach dem Anliegen breiter Kreise im deutschen Bürgertum. Eine ganz andere Auffassung vertraten dagegen die Anhänger des Sozialismus, namentlich die sozialistische Arbeiterschaft. Ihre Haltung zur demokratischen Republik war wesentlich von der Erfüllung der seit Jahrzehnten erhobenen wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen, vor allem der Sozialisierung, abhängig. Sie betrachteten die Demokratisierung des Wirtschaftslebens als notwendige Ergänzung für eine wirkliche parlamentarisch-demokratische Republik. In ihrer Enttäuschung über die geringen Fortschritte auf diesem Gebiet und unzufrieden über die Rücksichtnahme der SPD-Minister auf die bürgerlichen Koalitionspartner, näherten sich beträchtliche Teile der linkssozialistischen USPD, die ihnen die Verwirklichung des wahren Sozialismus auf der Grundlage des Rätesystems versprach[1]). Die Parteiführung der SPD übte daher einen starken Druck auf ihre Regierungsmitglieder aus, doch mehr an die Partei zu denken. Aus diesen Gründen vermied die Regierung möglichst jedes gewaltsame Vorgehen und zog unter dem Druck von SPD und Gewerkschaften gelegentlich bereits erteilte Einsatzbefehle an die Reichswehr zurück, um die unzufriedenen Arbeitermassen nicht ganz in die Arme der USPD oder gar KPD zu treiben[2]).

Für diese parteipolitischen Rücksichten der SPD sowie die wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele der sozialistischen Arbeiterschaft brachten die Militärs wenig Verständnis auf. Im Gegenteil, nach der Annahme des Friedensvertrages reagierten sie doppelt empfindlich auf Unruhen und Streiks, in denen sie nur eine spartakistisch gelenkte Störung des wirtschaftlichen Lebens sahen. Selbst die sehr gemäßigten Generalstabsoffiziere Major v. Stockhausen und Major v. Hammerstein forderten Mitte Juli Groener auf, Noske zu fragen, „ob er eigent-

[1]) Siehe hierzu Oertzen, Die großen Streiks, a.a.O., S. 232 ff.

[2]) Am 25. 6. 1919 begann der Aufstand in Hamburg, am 26. 6. 1919 ein Streik der Eisenbahner. Europäischer Geschichtskalender, 35. Jg., 1. Teil, S. 269 f. Siehe hierzu die Ablehnung von Noskes Streikerlaß durch den 10. Gewerkschaftskongreß, ebenda, S. 274. Nach Lüttwitz wurde der von der Regierung beschlossene Truppeneinsatz gegen den Eisenbahnerstreik auf Verlangen der SPD zurückgezogen; Lüttwitz, a.a.O., S. 81.

lich bei der Stange bleiben und durchgreifen wolle oder nicht“[1]). Aber bei der fehlenden Geschlossenheit in der militärischen Führung mußte jede Diskussion politischer Maßnahmen die Einheit der Armee gefährden. Außerdem war das bisher gute Verhältnis zu Noske durch das Verhalten einiger hoher Offiziere nach der Annahme des Friedensvertrages stark belastet worden. Daher antwortete Groener den beiden Offizieren, daß die Uneinigkeit der Generale einen Druck auf die Regierung außerordentlich erschwere, somit ihnen die Macht aus den Fingern rinne[2]).

5. *Wachsende Unzufriedenheit in der Truppe*

Schon die im Januar 1919 erfolgte Änderung der Grad- und Rangabzeichen hatte namentlich bei den Offizieren erhebliche Verstimmung verursacht. Sie sahen darin eine nachträgliche Anerkennung für diejenigen, die ihnen die Symbole ihrer Stellung von den Schultern gerissen hatten[3]). Viel böses Blut machte nach der bereits geschilderten Empörung über die Annahme des Versailler Vertrages der Wechsel der Reichsfarben durch die neue Verfassung. Unter der alten Flagge hatte das Heer vier Jahre gekämpft und auch bis zu diesem Zeitpunkt die Republik verteidigt. Es kam zu Meldungen aus Garnisonen, daß vor der neuen Fahne weder der Eid geleistet noch diese auf ihren Gebäuden gehißt würde. Oberstleutnant v. dem Hagen, Kommandeur des Reichswehrregiments 29, gab am 19. August folgende Erklärung ab: „Ich und mein Offizierkorps werden den Eid *nur* ablegen unter dem Vorbehalt, daß 1. uns gestattet wird, die bisherige schwarz-weiß-rote Kokarde weiterzutragen, 2. wir nicht gezwungen werden, den Eid auf die schwarz-rot-goldene Fahne zu leisten, 3. niemals auf unseren Gebäuden die schwarz-rot-goldene Fahne gehißt wird“[4]). War die Bezahlung im Frühjahr 1919 zunächst gut, so verminderte die schleichende Inflation stetig die Kaufkraft. Auch wiesen Kleidung, Verpflegung und Unterbringung verschiedentlich große Mängel auf, obwohl die Regierung ernsthaft um Abhilfe bemüht war. Die Treueprämie für die entlassenen Soldaten reichte nicht einmal für die Anschaffung von Zivilkleidung[5]).

[1]) Nachlaß Groener, Tagebucheintragung vom 17. 7. 1919.

[2]) Nachlaß Groener, Tagebuch, 19. 7. 1919. Siehe auch den Brief des Majors v. Falkenhausen an Schleicher, Nachlaß Schleicher 10, S. 75.

[3]) Ernst, Nachlaß Reinhardt, a.a.O., 1/1958, S. 55 ff. Gordon, a.a.O., S. 89 f. Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 197.

[4]) Zitat im Nachlaß Reinhardt, nach Carsten, a.a.O., S. 68 f. Ernst, Nachlaß Reinhardt, a.a.O., 2/3 1958, S. 95 und 144. Noske, ebenda, S. 197. Gordon, ebenda. Schüddekopf, S. 51.

[5]) Maercker, Kaiserheer, S. 319. Lüttwitz, Im Kampf, S. 109. Rabenau, Seeckt, S. 217. Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 197. Als Noske die gewünschten Mittel beim Reichsfinanzminister nicht durchsetzen konnte, verlangte er in einer Eingabe vom 4. 3. 1920 einen Kabinettsbeschluß. Noske spricht in dem Bericht von dem Ausscheiden der zuverlässigsten Mannschaften und der ernsten Besorgnis, „daß in kurzer Zeit der innere Halt der Truppe dadurch empfindlich geschädigt wird“. Protokoll der Kabinettssitzung vom 9. 3., Akten des Auswärtigen Amtes, Mikrofilm, Nr. T 120, Rolle 1668, Nr. D 744114 f. und D 744118 f. Vgl. auch Gordon, a.a.O., S. 88 f.

Die zunehmende Unzufriedenheit, die sich aus solchen Tatsachen ergab, bekam ihre eigentliche Schärfe durch die allgemein herrschende Überzeugung, daß Regierung und Parlamentsmehrheit trotz bestehender Möglichkeiten nicht für das Wohl der Offiziere und Soldaten sorgten. Die Vorwürfe richteten sich dabei in erster Linie gegen die stärkste Regierungspartei, die SPD, deren ständige Kritik an der Truppe Verbitterung und Mißtrauen erzeugte.

Das mangelnde Interesse dieser Partei an militärischen Fragen und der vielfach fehlende Sinn für die Notwendigkeit einer Armee mußte die Reichswehr in eine Abwehrstellung drängen[1]). Obgleich nicht grundsätzlich wehrfeindlich eingestellt, hatte die SPD doch jahrzehntelang im Heer und Offizierkorps das Instrument derjenigen gesehen, die den Aufstieg des Sozialismus und die Verwirklichung der parlamentarischen Demokratie verhindern wollten. Ihre Hoffnungen auf die Macht des Stimmzettels und die Verbindung aller Sozialisten in einer Internationale vertrugen sich nicht mit einer starken Reichswehr. Diejenigen, die eine Verbindung zum Heer erstrebten, wurden daher argwöhnisch beobachtet. Der Parteivorstand und die Masse der Abgeordneten sowie der Funktionäre verzichteten auf die Mitarbeit in Wehrfragen, und die Truppe blieb nun erst recht antimarxistisch[2]). Freilich bemühten sich auch Sozialisten um den Aufbau des neuen Heeres. Vor allem der Reichswehrminister Noske setzte sich immer wieder für die Offiziere und Soldaten ein, erkannte ihre Verdienste um den neuen Staat mit lobenden Worten an und warb für den Eintritt in die Reichswehr unter seinen Parteifreunden[3]). Die sozialdemokratische und auch ein Teil der demokratischen Presse beschränkte sich jedoch durchweg auf die Kritik an monarchistischen Offizieren und den gelegentlichen Übergriffen der Truppe bei politischen Unruhen. Zwar ging die Presse der SPD nicht soweit, die Truppe als „Zuflucht arbeitsscheuer Faulenzer aus besseren Gesellschaftskreisen, ein Feld für Rohlinge aller Art und fragwürdiges Gesindel aller Bevölkerungsschich-

[1]) Vgl. allgemein zu diesem Problem: Caspar, Die sozialdemokratische Partei und das deutsche Wehrproblem in den Jahren der Weimarer Republik. Heidegger, Die deutsche Sozialdemokratie und der nationale Staat, S. 277 ff. Gordon, a.a.O., S. 360 ff.

[2]) Aus den unvereinbaren Grundprinzipien der SPD und der Reichswehr haben sich die Gegensätze zum großen Teil zwangsläufig ergeben. Da es in der Reichswehr kaum „demokratische Offiziere" gab, ohne Reichswehr aber „das vollendete Chaos" drohte, war die Problematik der sozialdemokratischen Wehrpolitik unvermeidbar; die beiden Zitate bei: Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 199, und Hermann Müller, seit dem 21. 6. 1919 Reichsaußenminister, auf der SPD-Parteikonferenz in Weimar (März 1919), Protokoll, S. 26, nach Caspar, a.a.O., S. 59. In Weimar beklagte Noske das Versagen der Partei mit den Worten: „Wir haben die Leute suchen müssen. Offiziere, Studenten, Bürger und Indifferente sind gekommen, aber die 200000 Berliner Mehrheitssozialisten nicht. Die haben die Waffen nicht getragen, die lassen sich die Errungenschaften der Revolution von den bürgerlichen Leuten sichern." Protokoll, S. 20, nach Caspar, S. 59. Vgl. auch Schüddekopf, a.a.O., S. 75 f.; Bracher, a.a.O., S. 241 ff., und Rosenberg, a.a.O., S. 283.

[3]) Noske, Erlebtes, S. 116 f., 127, 144 ff. Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 198 f. Maercker, Kaiserheer, S. 318. Zum Verhältnis zwischen Noske und der Reichswehr ausführlich Gordon, a.a.O., S. 319 ff. Zu den Vorwürfen gegen Noske aus der eigenen Partei siehe z. B. Scheidemann, Memoiren eines Sozialdemokraten, Bd. 2, S. 384 f., und Caspar, a.a.O., S. 63 f. Vgl. auch Dokument 8, Anhang S. 307 f.

ten[1])" hinzustellen, wie es von linksradikaler Seite geschah, aber durch die fast täglichen Angriffe wurde doch „eine Menge guter Stimmung vernichtet"[2]). Freilich kam es bei den militärischen Einsätzen häufig zu Übergriffen der Truppe, selten jedoch, ohne daß sie zuvor durch aufgewühlte politische Leidenschaften herausgefordert worden war. Außerdem wurden alle Aktionen im Auftrage und zum Schutze der Regierung durchgeführt. Offiziere und Soldaten wollten aber nicht nur ihre „bezahlte Pflicht tun", sondern verlangten auch die öffentliche Anerkennung durch Regierung, Nationalversammlung und Regierungsparteien. Statt dessen ernteten sie von der einflußreichsten Regierungspartei, der SPD, vielfach nur Beschimpfung und Verleumdung[3]). Um so eifriger nahm sich dafür die Rechtsopposition der Reichswehr an, die dies dankbar registrierte und schon aus diesem Grunde eine von den Rechtsparteien geprägte Regierung herbeiwünschte[4]). Außerdem fürchtete man in der Truppe, mit zunehmender innenpolitischer Beruhigung für die Regierung entbehrlich zu werden. Dann würden die regierenden Politiker kaum noch ernsthafte Versuche unternehmen, bei den Alliierten ein größeres Heer durchzusetzen. Bei dem gespannten Verhältnis zwischen Reichswehr und Regierung konnten die durch den Versailler Vertrag notwendigen Entlassungen in den kommenden Monaten leicht zu einer Situation führen, in der die Unzufriedenheit in Gewaltmaßnahmen umschlug. Die Ausführung des Friedensvertrages bedeutete bei einer Gesamtstärke der Reichswehr von etwa 450 000 Mann im Sommer 1919 nicht allein die Auflösung der zahlreichen Freikorps, sondern zugleich die bevorstehende Entlassung von fast $^4/_5$ der Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften[5]).

[1]) Noske, Erlebtes, S. 115 f.

[2]) Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 198. Maercker, Kaiserheer, S. 321 f. Caspar, a.a.O., S. 57 f. und 60. Von der USPD gab es keine Brücke zur Reichswehr; siehe z. B. die Reden in der Nationalversammlung am 26. 7. und 4. 10., Stenographische Berichte, Bd. 328, S. 1963 ff., und Bd. 330, S. 2872.

[3]) Maercker, S. 318. „Nichts wurde im Sommer 1919 so mit Schmutz beworfen, wie der Reichswehrsoldat und besonders der Offizier", schreibt General Maercker und stellt die Frage: „Ist es der Truppe zu verargen, wenn sie bei solcher Behandlung schließlich in scharfe Oppositionsstellung zur Regierung geriet und an Selbstschutz dachte?" Ebenda, S. 321 f. Siehe dazu auch die Erklärung des Reichskanzlers Bauer am 7. 10. vor der Nationalversammlung, Stenographische Berichte, Bd. 330, S. 2879. In einer Analyse der Ursachen des Kapp-Putsches schreibt Noske in einer Artikelfolge im Vorwärts u. a. am 28. 3.: „Tausende Offiziere haben Mut und Leben für die Erhaltung der Ordnung in Deutschland nach der Revolution eingesetzt. Bei den beklagenswerten inneren Kämpfen sind arge Fehler gemacht worden; auch sonst hat es Anlaß zu scharfer Kritik gegeben. Das gilt leider für fast alle Verhältnisse im Reiche. Immer wieder habe ich davor gewarnt, Verfehlungen einzelner zu verallgemeinern. Trotzdem ist generalisierend das Offizierskorps immer wieder heruntergerissen worden. Es ist nicht auszudenken, welcher Schaden damit angerichtet wurde." Ähnlich das Zentralblatt der Christlichen Gewerkschaften vom 29. 3. 1920, Nr. 7, S. 53.

[4]) Lüttwitz, Im Kampf, S. 102. Zum Verhältnis der Reichswehr zu den Rechtsparteien siehe Gordon, Die Reichswehr, S. 389 ff.

[5]) Maercker, Kaiserheer, S. 317. Lüttwitz, Im Kampf, S. 103 f.; dort auch ein Ausschnitt des Artikels von Ludendorff „Die vereinsamte Armee", veröffentlicht am 12. 10. 1919 in der Kreuz-Zeitung. Vgl. auch Carsten, a.a.O., S. 58 f.

Gewiß haben die eben angeführten Momente nicht zwangsläufig zum Ausbruch des Putsches im März 1920 geführt. Es gab im Herbst 1919 und im folgenden Winter wohl kaum jemanden in Deutschland, der nicht über die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung erhebliche Klagen führte und dafür einen Schuldigen suchte. Aber jederzeit bestand die Gefahr, daß Truppenbefehlshaber in Verbindung mit Politikern der Rechtsopposition einen gewaltsamen Eingriff in die Innenpolitik unternahmen, um die nach ihrer Ansicht bestehenden Mängel zu beseitigen und ihre eigene Existenz zu sichern. Nach der damaligen Struktur der Truppe war ein solcher Schritt in erster Linie von den Freikorps zu erwarten, und nicht zufällig marschierte eines der bekanntesten zu Beginn des Putsches auf Berlin.

Diese mit Unterstützung der Regierung aufgestellten Freiwilligenverbände hatten die Hauptlast des Kampfes gegen die linksradikalen Unruhen und im Baltikum tragen müssen. Geprägt wurden diese tapferen, meist rücksichtslos vorgehenden Einheiten durch ihre selbstbewußten und selbständig handelnden Kommandeure[1]). Keineswegs aber war der Geist der Freikorps gegenrevolutionär im konservativen Sinne. Ihre Angehörigen kamen aus allen Volksschichten, ein kleiner Teil stand politisch sogar der Sozialdemokratie nahe. Sieht man von denen ab, die Abenteuerlust anzog oder Siedlungsland im Baltikum anlockte, so wollte die große Mehrheit das Vaterland vor dem Bolschewismus schützen und die Ostgrenze gegen polnische Gebietsansprüche verteidigen. Jedenfalls war nicht die Wiederherstellung der politischen Vorkriegsverhältnisse ihr Ziel. Im Gegenteil, bei den Freikorps entwickelte sich ein neuer Frontsozialismus, ein schwer zu durchdringendes Gemisch von antibürgerlichen und nationalrevolutionären Tendenzen[2]). Besonders ausgeprägt war ihr nationales Empfinden und damit der Wille, die Schmach der Niederlage abzuwehren. Die plötzliche innere Auflösung der kaiserlichen Armee hatte gerade bei den jungen Offizieren nicht geringer gewirkt, als die Verletzung ihres Standes durch Handlungen oder Erklärungen linksradikaler Gruppen. Waren sie schon durch den einseitigen Einsatz gegen die wirkenden Kräfte der Revolution nach rechts gedrängt worden, so wandten sie sich verbittert von der Regierung ab, als diese mit dem Versailler Vertrag die „Schmachparagraphen" annahm und damit nach ihrer Ansicht die Ehre der Nation preisgab. Einzelne Freikorps hatten sogar gehofft, durch den Beginn einer Erhebung gegen den Vertrag, Deutschland ein neues Selbstbewußtsein geben zu können. Dann wären sie „nicht mehr allein Soldaten, sondern zugleich die ersten und sichtbarsten Träger des politischen Willens eines neuen Deutschland" gewesen[3]). Gegensätze bestanden auch zur militärischen Führung.

[1]) Ausführlich darüber: Gordon, a.a.O., S. 32 ff; Waite, a.a.O., S. 33 ff. Schüddekopf, a.a.O., S. 42 ff. Oertzen, Freikorps, passim.

[2]) Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 197. Schüddekopf, a.a.O., S. 44.

[3]) Oertzen, Freikorps, S. 92 f. Zur Erhebung gegen den Vertrag aus der Sicht der Freikorps, ebenda, S. 90—98; Waite, a.a.O., S. 142 f.

Einerseits wurde ihr Schwäche vorgeworfen, da sie der Erhebung nach der Annahme des Vertrages widersprochen hatte, andererseits betrachteten die für den Neuaufbau verantwortlichen Offiziere die Dynamik und den Führerkult in den Freikorps mit wachsender Abneigung und waren nicht bereit, diese allein ihren Kommandeuren verbundenen Freikorps geschlossen in die Reichswehr zu überführen, was auch schon wegen der Begrenzung des Heeres auf 100 000 Mann nicht möglich war[1]).

Die tiefste Kluft entstand zwischen der Regierung und den Baltikumtruppen. In Übereinstimmung mit den alliierten Forderungen im Artikel XII der Waffenstillstandsbedingungen und auf Bitten der lettländischen Regierung Ulmanis waren deutsche Freiwilligenverbände für den Einsatz im Baltikum geworben worden und hatten in Lettland mit Unterstützung der Baltischen Landeswehr sowie lettischer und „weißer" russischer Verbände den eben selbständig gewordenen Staat zum großen Teil von den eingedrungen Bolschewisten befreit. Ein großer Teil der sogenannten Baltikumer war durch ein Versprechen der lettischen Regierung, den kämpfenden deutschen Soldaten die lettische Staatsangehörigkeit zu verleihen, angelockt worden. Dieses Ansiedlungsversprechen wurde sogleich von den Werbebüros in ein Versprechen auf kostenloses Siedlungsland umgedeutet. Der Andrang war entsprechend groß[2]). Da die deutschen Operationen im Frühjahr und Sommer 1919 sehr erfolgreich verliefen, befürchteten die Alliierten einerseits die Machtausweitung Deutschlands im Osten, andererseits wollten sie jedoch das weitere Vordringen des Bolschewismus im Baltikum verhindern. Ihre Haltung gegenüber den Freikorps wurde zwiespältiger und verworrener. Die Stellungnahme der deutschen Regierung und auch der OHL war ebenfalls uneinheitlich. Beide erkannten die Möglichkeit, auf diese Weise offensiv die deutsche Ostgrenze schützen zu können, und vor allem spielte bis in die SPD hinein der Gedanke eine Rolle, mit deutscher Hilfe den „weißen" Truppen in Rußland zum Siege zu verhelfen, um damit durch den Bündnispartner im Osten eine stärkere Position gegenüber dem Westen zu bekommen. Doch die Meinungen blieben geteilt, und für die SPD war die wachsende Stärke der Freikorps im Baltikum höchstens ein notwendiges Übel. Mehr zwangsläufig als schuldhaft gerieten die deutschen Verbände freilich bald auch in einen scharfen Gegensatz zur lettischen Regierung, die nach den deutschen Erfolgen auf Eigenmächtigkeiten der Freikorps immer empfindlicher reagierte. Schließlich mußten die deutschen Truppen trotz großer Erfolge von der deutschen Regierung auf Druck der Siegermächte zurückgezogen werden.

---

[1]) Volkmann, a.a.O., S. 188 f. Rabenau, a.a.O., S. 217 f. Oertzen, Freikorps, S. 365 f. Seeckt in der Deutschen Tageszeitung am 16. 5. 1928, Nachlaß Seeckt, Karton 16, Stück 223. Vgl. auch Carsten, a.a.O., S. 85 f.

[2]) Vgl. zu dem Gesamtproblem die ausführliche Studie von Williams, a.a.O. Siehe auch Winnig, Heimkehr, S. 88. Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen, Bd. II und III. Waite, a.a.O., S. 94 ff. Bischoff, Die letzte Front. Rabenau, a.a.O., S. 119 ff. Oertzen, Freikorps, S. 40 ff.

Dazu waren sie jedoch ohne Zugeständnisse nicht bereit. Der Befehlshaber dieser Truppen, General v. der Goltz, forderte nun von der deutschen Regierung die Bereitstellung von Siedlungsland für etwa 10000 siedlungswillige Soldaten, andernfalls „dürfte aus einer zuverlässigen Regierungstruppe eine Schar Unzufriedener werden, die sich von der Regierung schwer enttäuscht sähe und zum Teil in das Lager der Regierungsfeinde übergehen würde“[1]). Major Bischoff verweigerte mit seiner Eisernen Division den befohlenen Rückmarsch nach Ostpreußen, da eine geschlossene Übernahme durch Zusicherung von 30% der Stellen in der Reichswehr, der Sicherheitswehr und Polizei abgelehnt wurde[2]). Es ist bemerkenswert, daß sich in der Ablehnung solcher Forderungen Noske mit maßgebenden Offizieren einig war. Seeckt bezeichnete später die Forderungen der Baltikumer als „praktisch unausführbar“ und für Groener bestand bei den Siedlungsplänen die Gefahr einer Zerschlagung des Großgrundbesitzes[3]).

Die sich zuletzt häufenden Ausschreitungen der Baltikumer waren nicht ohne Wirkung geblieben. Groener sprach von Landsknechten „wie im Dreißigjährigen Krieg“, von „fragwürdigen Elementen, die leichtem Raub und Plünderung nicht abgeneigt sein werden“[4]). Das Reichswehrministerium war jedenfalls nicht gewillt, diese Truppen geschlossen unter ihren Kommandeuren in die Reichswehr zu übernehmen[5]). Zum großen Teil waren die Übergriffe allerdings eine Auswirkung der wachsenden Gegensätze zu der immer feindlicher auftretenden lettischen Bevölkerung und der politischen sowie zuletzt auch militärischen Isolierung. Noske schrieb 1920 rückblickend: „Solange sie an Bolschewismus, Einbürgerung in den Städten und Siedelung auf dem Lande dachten, waren die Baltikumer ruhig und loyal“[6]). Erst als die Regierung sie unter alliiertem Druck durch die Drohung der Nachschub- und Lohnsperre zum Rückzug zwingen mußte und ein Teil der deutschen Presse sie mit Vorwürfen und Beschimpfungen bedachte, entstand der erbitterte Gegensatz auch zur deutschen Regierung, von der sie weiterhin Unterstützung in ihrem Kampf und bei der Einlösung des ihnen gemachten Siedlungsversprechens erwarteten. Von einer reaktionären Bewegung konnte zunächst keine Rede sein. Der Kommandeur der Eisernen

---

[1]) Antrag des Generals v. d. Goltz an die Regierung vom August 1919, Goltz, Meine Sendung in Finnland und im Baltikum, S. 237, z. T. abgedruckt bei Schüddekopf, a.a.O., S. 100 f.

[2]) Ebenfalls verlangte Bischoff die „Einlösung des Siedlungsversprechens in Deutschland“, Telegramm Groeners an Noske, Reinhardt und das Auswärtige Amt, Phelps, a.a.O., S. 838.

[3]) Seeckt in der Deutschen Tageszeitung am 16. 5. 1928, Nachlaß Seeckt, Karton 16, Stück 223. Phelps, a.a.O., S. 837 f. Groener verlangte von Goltz „unbedingte Unterwerfung“ der Truppe, Phelps, ebenda.

[4]) Groener in einem Brief an Hindenburg vom 7. 8. 1919, Nachlaß Groener, Karton 5, Nr. 28. Vgl. Salomon, Die Geächteten, S. 167 f. Oertzen, Freikorps, S. 77 f. Phelps, S. 834.

[5]) Rabenau, a.a.O., S. 136. Nachlaß Seeckt, Karton 15, Stück 202.

[6]) Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 178. Ähnlich in der Nationalversammlung am 8. 10. 1919, Stenographische Berichte, Bd. 330, S. 2919.

Division, Major Bischoff, distanzierte sich noch Ende August in einem Aufruf an seine Truppe ausdrücklich von gegenrevolutionären Absichten[1]).

Alle Bemühungen, dem Druck der Reichsregierung zu widerstehen und im Baltikum zu bleiben, etwa durch den Übertritt in die weißrussische Truppe des Obersten Fürst Awaloff-Bermondt, scheiterten jedoch, da ohne regelmäßigen Nachschub aus Deutschland im Baltikum keine Front zu halten war. Nun entstand die Auffassung, die Politiker seien angeblich wie 1918 und im Versailler Vertrag den Soldaten in den Rücken gefallen. General v. der Goltz, der die militärischen Operationen geleitet hatte, sprach von einem „Dolchstoß", und in der Truppe wurde offen über den Umsturz der Regierung diskutiert[2]). Die Reichsregierung hätte in Wirklichkeit viel lieber gesehen, wenn diese Männer, die jetzt mit geballten Fäusten nach Hause kamen, als Siedler im Baltikum geblieben wären. Williams kommt in seiner Untersuchung zu folgendem Ergebnis: „Sie hatten auf kostenloses Siedlungsland gerechnet; sie hatten auf die Hilfe ihrer Regierung gehofft, die ihnen versagt werden mußte. Als sie erkannten, daß solche Hilfe ausblieb, wurden sie verbittert und schworen, ‚das Unrecht' ... zu rächen. Weimar wurde ihr schlimmster Feind, und sie kehrten mit dem festen Vorsatz zurück, die Republik zu stürzen[3])." Die Anfeindungen der Linksparteien und die nachhaltige Unterstützung durch die Rechtspresse förderten die Schwenkung in das Lager der Gegenrevolution.

Der inzwischen seines Postens enthobene General v. der Goltz erhielt auf seine briefliche Aufforderung vom 2. November, militärisch in die Innenpolitik einzugreifen, von Seeckt eine scharfe Absage[4]). Erneut wandte sich Goltz im Dezember an seine ehemaligen Truppenführer und verschiedene Politiker. Einer der Angesprochenen war Kapp, der das Angebot der „nationalsten, zuverlässigsten und kampferprobtesten" Truppen zurückweisen mußte, da seine Vorbereitungen noch keine Aktionen zuließen[5]). Im Gegensatz zu diesem Angebot lehnten allerdings einige Truppenführer wegen starker Verluste und allgemeiner

[1]) Bischoff, Die letzte Front, S. 248. Vgl. Phelps, a.a.O., S. 837 und 840. Nachlaß Koch 21, Tagebuch vom 10. 12. 1919. Ernst, a.a.O., S. 96. Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 182. General v. d. Goltz erklärte am 18. 8. in Kolberg: „Von einer reaktionären Bewegung kann keine Rede sein, weil die Mehrzahl der Truppen Sozialdemokraten sind." Nach Phelps, a.a.O., S. 834.

[2]) Noske, Erlebtes, S. 120. Waite, a.a.O., S. 136 und 138.

[3]) Zitat nach Williams, a.a.O., S. 169. Major Bischoff beschreibt die Stimmung in der Eisernen Division mit folgenden Sätzen: „Sie war um den Preis ihrer beispiellosen Anstrengungen fast eines vollen Jahres der Kämpfe und der Opfer von der eigenen Regierung betrogen worden. ... So war es verständlich, daß die Division sich berufen fühlte, nachdem ihr Versuch gescheitert war, Deutschland aus der Versailler Schande durch den Kampf nach außen zu retten, den Kampf im Innern um eine Neuordnung des nachrevolutionären Deutschlands zu unternehmen!" Bischoff, Die letzte Front, S. 242.

[4]) Der Brief vom 2. 11. im Nachlaß Seeckt, Karton 10, Stück 72. Text z. T. auch bei Rabenau, a.a.O., S. 204 f.

[5]) Schemann, a.a.O., S. 129. Nach Koch, Tagebuch vom 22. 11. 1919, berichtete Oberpräsident Winnig über Bestrebungen auf eine gewaltsame Loslösung Ostpreußens hin, „trotz der verdächtigen Tätigkeit Kapps" glaubte er jedoch nicht an eine Aktion, Nachlaß Koch 21.

Erschöpfung ihrer Verbände einen Umsturz ab[1]). Der jetzt zu einer Aktion bereite Oberst Bischoff kam auf Grund eingezogener Erkundigungen außerdem zu dem Ergebnis, daß es „zwecklos und aussichtslos" sei, mit seiner Division den „Anstoß zu einer nationalen Erhebung" zu geben. Diese Antwort gab er auch dem Befehlshaber des ostpreußischen Wehrkreises, General v. Estorff, der ihn mit dem gleichen Gedanken empfing: „Nun, mein lieber Bischoff, ich weiß, Sie möchten jetzt gegen Berlin marschieren, ich kann Sie nicht aufhalten, denn die Hälfte meiner Leute geht zu Ihnen über, und die andere schießt nicht. Aber tun Sie es nicht, es hat keinen Zweck"[2]).

Die Bemühungen konzentrierten sich daher zunächst darauf, die befohlene Entlassung der Baltikumer bis zum nächsten Frühjahr zu verhindern. Hieran nahm Kapp lebhaften Anteil. Ein Teil der Soldaten fand Aufnahme in sogenannten Arbeitslagern und Landesarbeitsgemeinschaften auf ostdeutschen Gütern, wo auch die Waffen verborgen wurden[3]). Eine weitere beträchtliche Zahl konnte sich anderen Freikorps im Reichsgebiet anschließen. So gelangten mehrere Hundert in die Marinebrigade Ehrhardt, die wohl deswegen fälschlicherweise oft als Baltikumeinheit bezeichnet wird[4]).

Doch auch die Aufnahme in Truppenteile der Reichswehr bot keine Sicherheit mehr vor Entlassung. Das Inkrafttreten des Friedensvertrages am 10. Januar 1920 bedeutete für vier Fünftel aller Soldaten und Offiziere den Abschied von der Truppe innerhalb weniger Monate und zugleich die Auflösung der noch bestehenden Freikorps[5]). Die große Mehrheit der Offiziere und Mannschaften aber wollte in der Truppe bleiben und wurde darin durch den Mangel an geeigneten Arbeitsplätzen bestärkt. Hinzu kamen die Anfeindungen aus der Arbeiterschaft, denen ehemalige Freikorpssoldaten am Arbeitsplatz ausgesetzt waren[6]).

Die Regierung bekam somit durch die geforderten Entlassungen neue Feinde. Waren die Verabschiedeten Anhänger der Republik, so verwiesen sie vorwurfsvoll auf die noch bei der Truppe bleibenden monarchistischen Offiziere, wurden Gegner der Regierung verabschiedet, so arbeiteten sie erst recht gegen die Republik. Angesichts der feindlichen Strömungen in der Truppe zeigte das Kabinett verständlicherweise aber auch keine große Neigung, bei den Alliierten auf ein größeres Heer zu dringen[7]).

---

[1]) Goltz, Als politischer General im Osten, S. 161.

[2]) Bischoff, a.a.O., S. 243 f. Schüddekopf, a.a.O., S. 78, bringt nur die Äußerung von Estorff, erwähnt aber nicht, daß Bischoff der gleichen Auffassung war.

[3]) Waite, a.a.O., S. 137.

[4]) Ebenda, und Freksa, Kapitän Ehrhardt, S. 157.

[5]) Gordon, a.a.O., S. 85 und 87. Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 167 f., 199 und 202. Stenographische Berichte der Nationalversammlung, Bd. 330, S. 3519 f. Noske, Erlebtes, S. 158.

[6]) Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 120 f. Caspar, a.a.O., S. 59. Noske am 8. 10. vor der Nationalversammlung, Stenographische Berichte, Bd. 330, S. 2919. Gordon, a.a.O., S. 86 f.

[7]) Schüddekopf, a.a.O., S. 76 f. und 81. Gordon, a.a.O., S. 88. Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 200 f.

Es würde jedoch ein falscher Gesamteindruck entstehen, wollte man aus der geschilderten Unzufriedenheit in der Truppe auf einen allgemeinen Umsturzwillen schließen. Sicher waren regierungsfreundliche Einheiten kaum vorhanden, aber bis zu den Absichten von Lüttwitz oder radikalisierter Freikorps gab es eine Fülle an Abstufungen, und von der Kritik bis zum Umsturz war ein weiter Weg. In regionaler Hinsicht bestanden ebenfalls starke Unterschiede; es sei nur auf die loyale Gesinnung der Reichswehr im südwestdeutschen Raum hingewiesen. Gleichfalls dürfen die entschiedenen Umsturzgegner in der militärischen Führung nicht übersehen werden. Die Reichswehr war bis nach dem Kapp-Putsch infolge ihrer starken Anteilnahme an politischen Entscheidungen und der widerstreitenden militärpolitischen Konzeptionen in ihrer Führung keineswegs eine homogene und festgefügte Organisation. In ihr spiegelte sich vielmehr, wenn auch in abgeschwächter Form, die politische Zerrissenheit des deutschen Volkes wider[1]).

6. *Lüttwitz' Position innerhalb der militärischen Führung und sein Gegenspieler Seeckt*

Nach der Annahme des Friedensvertrages, der die Stärke und Gliederung der Reichswehr genau festgelegt hatte, und dem Inkrafttreten der Reichsverfassung am 14. August ging die gesamte Heeresverwaltung und Kommandogewalt auf das Reich über. Die Kriegsministerien in Preußen und Ländern wie Bayern und Württemberg hörten auf zu bestehen. Um so wichtiger war es nun, welche Organisationsform die militärische Spitze unter dem Reichswehrminister Noske in Zukunft haben sollte und besonders, welcher Offizier nach dem Ausscheiden Hindenburgs die Armee repräsentieren würde. Groener kam nach seinem Eintreten für die Annahme des Versailler Vertrages nicht mehr in Betracht, suchte allerdings die Entscheidung in seinem Sinne zu beeinflussen. Schon die bis dahin im Offizierkorps aufgetretene „Kritikwütigkeit"[2]), die gegenseitigen Beschuldigungen bei der Erklärung der Niederlage und die unterschiedlichen Auffassungen sowohl in der Unterzeichnungsfrage als auch über die zukünftige Militärpolitik ließen eine konfliktfreie Regelung der Neuorganisation nicht erwarten. Bereits die Umwandlung der OHL in die Befehlsstelle Kolberg hatte zu heftigen Reaktionen Groeners geführt[3]).

In der Frage der Neuorganisation der obersten Kommandobehörden standen sich der preußische Kriegsminister, Oberst Reinhardt, und der gerade zum Chef des noch bestehenden Generalstabes der Armee ernannte General v. Seeckt gegenüber. Seeckt wünschte die ihm zugedachte Stellung als Chef des Truppenamtes mit dem zugehörigen Stab als eigenständige Einrichtung unter einem

[1]) Gordon, a.a.O., S. 93 ff. Meier-Welcker, Die Stellung des Chefs der Heeresleitung, a.a.O., S. 152 ff.

[2]) Rabenau, a.a.O., S. 217. Vgl. auch Ernst, a.a.O., S. 54 f. und 57.

[3]) Siehe Ernst, a.a.O., S. 84 ff.

Reichswehrminister ohne Kommandogewalt und wollte einem Befehlshaber aller Truppen nicht untergeordnet, sondern nebengeordnet sein. Reinhardt erstrebte eine selbständige Kommandogewalt, die in Gestalt eines „Chefs der Heeresleitung" unmittelbar unter Noske im Reichswehrministerium die militärische Spitze bilden sollte[1]). Seeckt wurde dabei von Groener unterstützt, der nicht nur Reinhardt persönlich ablehnte und Seeckt für fähiger hielt, sondern auch mit Seeckts Unterstützung dem alten Generalstab bei der Führung der Reichswehr ein stärkeres Gewicht verschaffen wollte. Groener versuchte mit allen Mitteln bei Ebert und Noske, Seeckt die dominierende Position zu verschaffen, wobei er Reinhardt schwer angriff. Die Auseinandersetzung über diese Frage nahm nach und nach so scharfe Formen an, daß Groener in Anwesenheit des Reichswehrministers, mehrerer jüngerer Generalstabsoffiziere und Reinhardts selbst, dem Reichspräsidenten erklärte, „daß Seeckt die selbständige und verantwortliche Kommandoführung zu übertragen sei" und nicht Reinhardt. Als Groener zum Schluß mit dem Reichspräsidenten allein war, beschuldigte er Reinhardt mit den Worten, „daß von diesem die Verhetzung der Generale in der Friedensfrage wesentlich ausgegangen sei[2])." Damit wollte Groener offensichtlich das starke Vertrauen Eberts und Noskes zu Reinhardt untergraben. Aber er selbst hatte kurz vorher in seinem Tagebuch vermerkt, daß Reinhardt Noske und der Republik niemals gefährlich werden würde. Der Reichswehrminister handelte also durchaus richtig, als er den bisherigen preußischen Kriegsminister am 1. Oktober 1919 von Ebert zum Chef der Heeresleitung ernennen ließ, während Seeckt Chef des Truppenamtes wurde[3]). Auf vielfache Bitten trat Seeckt das Amt an und unterstellte sich dem wesentlich dienstjüngeren, gerade zum Generalmajor ernannten Reinhardt. Damit waren die Rivalitäten jedoch nicht beendet, denn beide Ämter waren nicht scharf genug abgegrenzt. Seeckt setzte alles daran, seinen Einfluß auszudehnen und sich von Reinhardt möglichst unabhängig zu machen. Dabei konnte er sich auf seine größere Autorität sowie seine unmittelbare Befehlsgewalt über die Generalstabsoffiziere stützen. Demgegenüber war Reinhardt ohne großen Erfolg bemüht, sich als Chef der Heeresleitung nicht an die Wand drücken zu lassen. Eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen beiden war unter diesen Umständen jedenfalls nicht möglich[4]). Die Auflösung dieser Gegensätze zugunsten Seeckts erfolgte erst nach dem Kapp–Lüttwitz-Putsch, als Lüttwitz aus der Reichswehr ausscheiden mußte und Reinhardt nach Noskes Rücktritt seinen eigentlichen Rückhalt verlor.

[1]) Siehe hierzu den Aufsatz von Meier-Welcker, Die Stellung des Chefs der Heeresleitung . . ., S. 148 ff., und Carsten, a.a.O., S. 60 ff.

[2]) Groener, Tagebuch vom 11. 9. 1919.

[3]) Meier-Welcker, a.a.O., S. 151 ff. Rabenau, a.a.O., S. 197. Brief Groeners an Hindenburg vom 7. 8. 1919, Nachlaß Groener, Karton 5, Nr. 28. Siehe auch Tagebuch Groeners vom 11. 9. 1919.

[4]) Meier-Welcker, a.a.O., S. 155. Rabenau, a.a.O., S. 196 und 202.

Beide Offiziere sahen sich außerdem General v. Lüttwitz gegenüber, der praktisch seit Dezember 1918 an der Spitze der Truppen in der Republik gestanden hatte und sich seit dem Ausscheiden Hindenburgs als militärischen Führer der Armee betrachtete. Er war als bekannter General aus dem Kriege zurückgekehrt und hatte sein Ansehen in den bürgerkriegsähnlichen Kämpfen des Jahres 1919 noch erheblich gesteigert. Hinter ihm standen namentlich die jüngeren Offiziere und die noch vorhandenen Freikorps. Seit Mai 1919 waren ihm in taktischer und operativer Hinsicht für den Fall größerer Konflikte alle Truppen des Reiches unterstellt gewesen[1]). Er dachte deswegen nicht daran, Seeckt als Vorgesetzten zu betrachten. Reinhardt war wegen seiner wenigen Anhänger in der Reichswehr für Lüttwitz kein gefährlicher Gegner[2]).

Der eigentliche Rivale von Lüttwitz in der militärischen Führung blieb Seeckt. Dieser war über die Umsturzbestrebungen unterrichtet und hatte sowohl die Bemühungen Kapps bei Oberst Heye an den Reichswehrminister gemeldet als auch Lüttwitz in einem Bericht an Reinhardt vom 3. Oktober „unerlaubter politischer Umtriebe" beschuldigt[3]). Auf Grund eines weiteren Berichtes von Seeckt erfolgte eine Aussprache zwischen Reinhardt und Lüttwitz, über deren Inhalt leider zu wenig bekannt ist. Jedenfalls hat Reinhardt der von Noske geplanten Verabschiedung von Lüttwitz erfolgreich widersprochen[4]). Seeckt ließ in seinen Aufrufen weder einen Zweifel über seine Konzeption noch über den Willen, unbedingten Gehorsam zu verlangen. Er warnte, „leichtfertig mit Umsturzgedanken zu spielen, ohne die Folgen nach innen und außen zu ermessen" und erwähnte lobend, daß Generalstabsoffiziere schon mehrfach „unheilvolle Pläne" verhindert hätten[5]). Widersprach auch die neue Verfassung seinem politischen Denken, so war es für ihn trotzdem selbstverständlich, den Eid auf die Verfassung zu leisten. Nur durch Mitarbeit behalte die Armee Einfluß auf die Entwicklung. Seeckt sagte im gleichen Zusammenhang die noch bezeichnenderen Sätze: „Was wir wollen und müssen, steht über der Politik: Das Wohl des Vaterlandes[6])." Die Frage war nur, wer das Wohl und den Weg dorthin bestimmte. Die Mitarbeit erreichte nach Seeckt ihre Grenze bei der

[1]) Lüttwitz, a.a.O., S. 70. Gordon, a.a.O., S. 83 f. Oertzen, Freikorps, S. 361.

[2]) Ernst, a.a.O., S. 112 ff. Gordon, a.a.O., S. 217 ff. Noske, Erlebtes, S. 177 ff.

[3]) Lüttwitz, Im Kampf, S. 101 f. Aufzeichnungen Rabenaus im Seeckt-Nachlaß, Karton 19, Stück 287. Siehe auch Rabenau, a.a.O., S. 216. Gordon, a.a.O., S. 218 f.

[4]) Lüttwitz, ebenda. Rabenau, a.a.O., S. 216. Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 202 f. Noske, Erlebtes, S. 179.

[5]) Aus Seeckts Erlaß an die Generalstabsoffiziere vom 18. 10. 1919, Nachlaß Seeckt, Karton 13, Stück 119. Dieser Erlaß z. T. auch bei Gordon, S. 108. Siehe auch den Aufruf an die Generalstabsoffiziere vom 6. 7. 1919; vgl. ferner die Erinnerungen des Generalleutnants Fischer, Nachlaß Seeckt, Karton 15, Stück 202.

[6]) Ansprache Seeckts an die Generalstabsoffiziere im November 1919, Rabenau, S. 195. Zu seiner Ablehnung der Verfassung siehe Rabenau, S. 199 und 369. Zum Eid auf die Verfassung siehe Rabenau, S. 199, 240, 358, 369. Zur Ablehnung von Umsturzplänen, Gordon, a.a.O., S. 301 f.

Übernahme der Regierung durch die USPD und KPD. Da dies bei der Zusammensetzung der Nationalversammlung nur verfassungswidrig zu verwirklichen sei, habe die Reichswehr in einem solchen Fall „die Hände frei“[1]).

Gleich Lüttwitz bemühte sich Seeckt bei Noske um mehr Verständnis für die Sorgen der Truppe. Aber während Lüttwitz zugleich die Regierung zu bestimmten politischen Maßnahmen zwingen wollte, lag der Schwerpunkt bei Seeckt auf der Forderung nach einer Persönlichkeit für die Spitze der Reichswehr, „die allein ihre Interessen vertritt, ohne jede politische Bindung“[2]).

Gegenüber dieser Konzeption hatten Reinhardt und Lüttwitz sogar ein gemeinsames Ziel. Wohl war es Reinhardts Absicht, die Reichswehr mit der Republik zu versöhnen, also die Truppe auch politisch in die neue Verfassungswirklichkeit zu integrieren, während Lüttwitz der Republik die politischen Vorstellungen eines konservativen Offiziers aufzwingen wollte, doch beide erstrebten letztlich die Aufhebung der Gegensätze zwischen Reichswehr und Innenpolitik. Seeckt lehnte sowohl den Druck auf die Regierung als auch ein demokratisch gesinntes Reichsheer ab. Da ihm die Zeit für eine Umbildung des Staates noch nicht reif schien, sollte die Truppe, nach seiner Auffassung der Kern des Vaterlandes, aus der Innenpolitik herausgelöst werden und ein Eigenleben führen. Seeckts Abneigung gegen Reinhardts und auch Noskes Konzeption war kaum geringer als seine Ablehnung der Pläne von Lüttwitz. Hier liegt die Erklärung für Seeckts zwielichtiges Verhalten im März 1920.

[1]) Seeckt in einem Brief an General v. Walter vom 30. 8. 1919, Nachlaß Seeckt, Karton 1, Stück 8.

[2]) Bericht Seeckts an Noske vom 16. 1. 1920; siehe auch die Notizen Seeckts zu den Verhandlungen mit Noske vom 13. 11. 1919; beide Texte im Nachlaß Seeckt, Karton 13, Stück 126. Ein Teil des Berichtes in Dokument 9, Anhang S. 308.

II. Kapitel

„Die Welle von rechts" und die Umsturzabsichten in der „Nationalen Vereinigung"

Im ersten Kapitel wurde versucht, die Tatsachen aufzuzeigen, die zur Entstehung der Gegensätze zwischen Reichswehr und Republik führten, und die Kräfte darzustellen, die innerhalb der Reichswehr auf Gewaltmaßnahmen gegen die bestehende Regierung gerichtet waren. Die zweite Ursache des Putsches vom 13. März liegt in der Politik der Rechtsopposition, der von Troeltsch so benannten „Welle von rechts"[1]). Nach dem Umsturz im November 1918 war es selbstverständlich, daß restaurative Kräfte in der deutschen Innenpolitik wirksam wurden, mochte die Reichweite ihrer Bestrebungen auch sehr unterschiedlich sein. Selbst nach der Konsolidierung der neuen Verhältnisse durch die frei gewählte Nationalversammlung konnten diese rechtsoppositionellen Kräfte jederzeit zu einer wachsenden Gefahr werden, sobald die auf dem Boden der Verfassung stehenden Parteien auf Grund übermächtiger Aufgaben, nicht realisierbarer Wünsche breiter Volksschichten oder eigenen Versagens die in sie gesetzten Erwartungen enttäuschten. Zu dieser Enttäuschung kam es. Kapp hat im März 1920 geglaubt, auf einer bis dahin ständig gestiegenen „rechten" Welle der Unzufriedenheit in der Truppe und in der Bevölkerung seine Regierung an die Macht bringen zu können.

Freilich begrüßte im Winter 1918/19 eine große Schicht demokratisch gesinnter Bürger und Arbeiter die neue politische Wirklichkeit aus Überzeugung, aber eine nicht kleinere Zahl sah nur widerstandslos dem Wechsel zu; aus Enttäuschung über die Niederlage oder in der Hoffnung auf einen günstigen Frieden. Als diese Hoffnungen sich nicht erfüllten, war die Ausgangsbasis für eine wirksame Propaganda von rechts gegeben. Die Rechtsopposition hat die Schwierigkeiten der jungen Parteiendemokratie in einem niedergebrochenen Staatswesen schnell erkannt und in ihrem Feldzug gegen die Republik ausgenutzt.

1. *Die Struktur der Rechtsopposition*

Die seit Jahrhunderten bestehenden engen Bindungen des grundbesitzenden Adels an die Monarchie machten diese bisherige Führungsschicht im November 1918 wie von selbst zu einer restaurativen Kraft. Ihre Besitzinteressen bewirkten wegen der Sozialisierungsabsichten in der neuen Regierung natürlich eine erhebliche Verstärkung ihrer Ablehnung der Republik. In der bäuerlichen Bevölkerung waren die politischen Richtungen differenzierter. Hatten die sozialistischen Parteien unter den Landarbeitern zum Teil beträchtlichen Rückhalt, so ver-

[1]) Ernst Troeltsch, Spektator-Briefe, S. 87, Überschrift seines Aufsatzes vom 19. 12. 1919.

hielten sich die Groß- und Mittelbauern, aus Tradition überwiegend konservativ und mit einem ausgeprägten Besitzdenken, revolutionären wie sozialistischen Tendenzen gegenüber ablehnend. Das bedeutete, namentlich in den katholischen Gegenden Bayerns und des Westens, noch keine Zugehörigkeit zu den Rechtsparteien; doch verminderten diese Schichten in ihren Parteien die Kompromißbereitschaft gegenüber den Sozialdemokraten erheblich. Entschiedene Ablehnung der bäuerlichen Kreise richtete sich gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung, deren Zwangswirtschaft die Verdienstmöglichkeiten bei der Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte stark beeinträchtigte. Weit verbreitet war die Überzeugung, daß die Regierung unter dem bestimmenden Einfluß der SPD vornehmlich die Interessen der Arbeiterschaft vertrete. Außerdem drängten die mit den linksradikalen Aufständen und häufigen Streiks verbundenen sozialistischen Forderungen diese besitzende Schicht nach rechts[1]).

Wie in der bäuerlichen Bevölkerung kann bei den Unternehmern im Finanz-, Industrie- und Handelsbereich nicht von grundsätzlicher Republikfeindlichkeit gesprochen werden. Ein beträchtlicher Teil dieser Gruppen hatte sich bei den Wahlen im Januar zur DDP bekannt, die das Ende der alten Verfassung begrüßte. Aber mit der Einbringung des Sozialisierungsgesetzes, der Einführung des Reichsnotopfers und des Betriebsrätegesetzes erlag die Mehrheit doch dem Sog der rechtsstehenden großbürgerlichen liberalen Schwesterpartei, der Deutschen Volkspartei, die freilich nicht grundsätzlich republikfeindlich blieb, doch bis zum Sommer 1920 die Regierungspolitik entschieden bekämpfte[2]).

Im Bereich der Verwaltung waren fast alle höheren Beamten Monarchisten und Gegner des neuen Staates. Die Verschlechterung ihrer finanziellen Basis durch die Auswirkungen der schleichenden Inflation und der Eintritt von Parteifunktionären in die höhere Verwaltung ohne den traditionellen Ausbildungsweg führten zu einer weiteren Vertiefung der Gegensätze. Die hohen Regierungsbeamten erfüllten zwar formell ihre Pflicht, doch gab es für sie viele Möglichkeiten, die Absichten der Regierungsparteien zu verzögern oder gar zu durchkreuzen. In der SPD-Presse rissen darüber jedenfalls die Klagen nicht ab[3]).

Innerhalb der evangelischen Kirchen wurde das konservative Gedankengut besonders von der Geistlichkeit bewahrt, denn seit Jahrhunderten hatte das monarchische Prinzip in den Kirchenverfassungen seinen festen Platz gehabt,

[1]) Vgl. Troeltsch, a.a.O., S. 89 f., und „Vorwärts", Nr. 52 vom 29. 1. 1920 (Artikel: Die Agrarier provozieren), Nr. 8 vom 5. 1. 1920 (Artikel: Bayrische Sturmzeichen).

[2]) Über die Kritik innerhalb der DDP an den Sozialisierungsplänen der Reichsregierung, an der Steuerpolitik und der Zwangswirtschaft finden sich Hinweise im Tagebuch Kochs, Eintragungen am 6. 3. 1919 und 16. 12. 1919, Nachlaß Koch 11 und 21; ebenso in Briefen an den Abgeordneten Gothein, Nachlaß Gothein, Briefe 8, S. 47 f.; Briefe 10, S. 153 f. Siehe auch Bracher, a.a.O., S. 86 ff., und Neumann, Die deutschen Parteien, S. 46 f.

[3]) Mitteilungen von Geheimrat Wever. Troeltsch, a.a.O., S. 89. „Vorwärts" Nr. 3 vom 2. 1. 1920 (Artikel: Mehr Demokratie in der Verwaltung).

und ebenso war „der deutsche Protestantismus mit dem preußisch-deutschen Kaisertum ideell und organisatorisch aufs engste verbunden“[1]). Mit der demokratisch-parlamentarischen Republik sahen die konservativen kirchlichen Kreise eine Schwächung der Verbindung von Staat und Kirche, eine Zurückdrängung des kirchlichen Einflusses auf das Schulwesen, allgemein gesprochen, die Entchristlichung des Staates heraufkommen. Nach Troeltsch entwickelte sich die protestantische Kirche Preußens im Sommer 1919 „zur konservativen Gegenburg gegen den Staat der Revolution“[2]). Trotz der Mitarbeit und Anpassungsfähigkeit der den neuen Staat mittragenden Zentrumspartei war auch im katholischen Bevölkerungsteil eine starke konservative Strömung vorhanden. In beiden Kirchen war diese verbreitete Stimmung oder gar Parteinahme verständlich nach allem, was im 19. Jahrhundert sich ergeben und verfestigt hatte: der Bindung von Thron und Altar auf der evangelischen, dem Kampf gegen liberalen und sozialistischen „Modernismus“ auf der katholischen Seite In beiden Kirchen, besonders der katholischen, gab es allerdings auch Kräfte, die aus inneren Gründen zur Bejahung der Republik bereit waren.

Außerordentlich stark war die Opposition in der akademischen Schicht, auf den Universitäten und in den höheren Schulen. Die große Mehrheit der Professoren und Lehrer war Anhänger der Monarchie und nach ihrer sozialen Herkunft Gegner des Sozialismus. Sie unterstützten nach dem Versailler Vertrag die patriotische Empörung der Studenten und Schüler über die demütigenden Bedingungen. Schließlich hatte ein beträchtlicher Teil der Studenten als Offizier oder Soldat an der Front und in den Freikorps gekämpft. Im Frühjahr 1920 kennzeichnete Scheidemann die Stimmung an den höheren Schulen mit den Worten, dort seien die Schüler aus den Kriegsjahrgängen, die Eltern und Lehrer „offen regierungsfeindlich“[3]). Eine Woche vorher hatte der Vorwärts einen Artikel über die Studentenschaft mit der Überschrift versehen: „Ein Hort der Reaktion“[4]).

Volle Unterstützung fand die „nationale“ und gegenrevolutionäre Propaganda in den Reihen der bereits ausgeschiedenen und auch der noch dienenden Offiziere. Tiefe Erbitterung über die erlittenen Demütigungen durch kommunistische, sozialistische und zum Teil auch bürgerlich-demokratische Kräfte verband sich mit den Hoffnungen auf eine große Armee und die Wiedergewinnung ihrer

[1]) Mehnert, Evangelische Kirche und Politik, S. 6.

[2]) Troeltsch, a.a.O., S. 81. Außenminister Müller erklärte nach Koch am 22. 12. 1919: „Die katholische Kirche sei in den Kampf eingetreten und werde im Frühjahr offen zum Kampf übergehen. Der Klerus werde die Zentrumspolitiker desavouieren und die Koalition brechen.“ Koch bemerkte dazu: „Das entspricht ganz meiner Befürchtung. Was hat die Linke dem Ultramontanismus noch zu bieten?“ Nachlaß Koch 21, Tagebuch vom 22. 12. 1919.

[3]) Scheidemann, Die Reaktion im Lande, in: „Vorwärts“ Nr. 110 vom 29. 2. 1920. Troeltsch, a.a.O., S. 80 f. und 90 f.

[4]) „Vorwärts“ Nr. 94 vom 20. 2. 1920. Max Weber schrieb am 9. 1. 1920 an Hofrat v. Lukacz: „Die akademische Stimmung ist extrem reaktionär und außerdem radikal antisemitisch geworden.“ nach Wolfgang Mommsen, Max Weber und die deutsche Politik, S. 320.

ehemals so angesehenen Stellung unter einer Rechtsregierung. Die soziale Herkunft führte die Mehrheit der Offiziere ohnehin zu den Rechtsparteien, die ihrerseits Tradition und Interessen der Armee entschieden vertraten, womit sie gleichzeitig einen beträchtlichen Teil der Mannschaften gewannen. Da auf die Rechtsopposition in der Reichswehr bereits im ersten Kapitel ausführlicher eingegangen wurde, sei an dieser Stelle nur nochmals angedeutet, daß keineswegs bei allen Offizieren und erst recht nicht bei den über die Republik empörten Mannschaften die Opposition aus einer konservativen Staatsauffassung hervorging. Bis zur Annahme des Friedensvertrages konnte das Verhältnis der Reichswehr zur Republik nicht als gegensätzlich bezeichnet werden. Gerade die Freikorps und besonders die Baltikumer sind ein Beispiel dafür, wie sehr Enttäuschung über das Zurückweichen der Regierung vor den Siegermächten, das Gefühl ungerechter Behandlung durch Regierung und Regierungsparteien, sowie die Überzeugung, das Wohl des Vaterlandes verlange eine starke Regierungsgewalt, erst allmählich im Laufe des Jahres 1919 eine Wendung zur Rechtsopposition in der Truppe bewirkten.

Von dem Anliegen der Rechtsopposition aus betrachtet, lassen sich in den verschiedenen sozialen Schichten vier Hauptströmungen erkennen, wobei sich alle wieder innerhalb der einzelnen Schichten überschneiden und gegenseitig ergänzen. Erstens kam die Ablehnung der parlamentarisch-demokratischen Republik aus der konservativen Staatsauffassung, die den Staat nicht als Summe der gesellschaftlichen Kräfte betrachtete und ihn nicht in einem parteipolitisch aufgespaltenen Parlament, sondern in einer über den Parteien stehenden Autorität verkörpert wissen wollte. Aus dieser Auffassung heraus weigerte sich die aus „Besitz und Bildung" hervorgegangene bisherige Führungsschicht, daß ihre angeblich neutrale und rein sachliche Verwaltung des Staates nun von dem Interessenpluralismus der regierenden Parteien abgelöst wurde. Zweitens sahen die bisherigen Führungsschichten gerade in dem Aufstieg der SPD zur herrschenden Regierungspartei nicht zuletzt eine Bedrohung ihrer bisher bevorzugten Stellung im gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Leben des Volkes[1]). Darüber hinaus wandten sich drittens alle diejenigen der Rechtsopposition zu, die ihre Interessen in den Kompromissen der bürgerlichen Koalitionspartner nicht genügend vertreten sahen. Das vierte Motiv für die Zugehörigkeit zur „Welle von rechts" war die außen- und innenpolitische Entwicklung, in der viele Anhänger der Regierungsparteien ein Versagen der seit November 1918 zur Herrschaft gelangten Mehrheitsparteien zu erkennen glaubten.

In den Parteien konzentrierten sich die Rechtskreise auf die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) und die Deutsche Volkspartei (DVP). Die eigentliche Rechtspartei war die DNVP, der auch Kapp mit fast allen seinen zivilen Mitarbeitern angehörte.

[1]) Vgl. Troeltsch, a.a.O., S. 91; Rosenberg, Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik, S. 334.

Nach dem November-Umsturz schlossen sich die Konservative Partei (Deutschkonservative), Deutsche Reichspartei (Freikonservative), Deutsche Reformpartei (Christlich-Soziale) und die Deutschvölkische Partei in der neugegründeten DNVP zusammen. Hinzu kamen Mitglieder des Alldeutschen Verbandes und einige ehemalige Nationalliberale. Bei der Namensgebung lehnte auf der Gründungsversammlung die Mehrheit die Bezeichnung „konservativ" ab, da sie „zu stark in breiten Volksschichten der Ablehnung verfallen" sei. Vielmehr wählte man die Bezeichnung „Volkspartei" und „deutschnational" als charakterisierende Ergänzung[1]). Die Partei bemühte sich intensiv um die Gewinnung neuer Wählerschichten, besonders um eine regionale Ausweitung auf den industriellen Westen des Reiches. Damit rückte sie an die aus den Nationalliberalen hervorgegangene DVP heran. Beiderseitige Bemühungen um eine Verschmelzung blieben allerdings wegen der zunehmenden politischen Differenzen erfolglos[2]). Die sowohl im Gründungs- als auch im Wahlaufruf erklärte Bereitschaft, „auf dem Boden jeder Staatsform mitzuarbeiten, in der Recht und Ordnung herrschen" und die Anerkennung der parlamentarischen Regierungsform als nunmehr allein mögliche Verfassung geben jedoch nur eine Richtung in der Partei wieder[3]).

Diese gemäßigte Haltung, unter dem Gebot, alle Kräfte gegen die drohende spartakistisch-bolschewistische Revolution nutzbar zu machen, brachte die Partei in einen schweren Konflikt, denn sie mußte „das System stützen", das sie verwarf[4]). Die damals geäußerte und bis zum Kapp–Lüttwitz-Putsch häufig wiederkehrende These, die SPD von den Linksradikalen zerschlagen zu lassen und die dann folgenden Zustände durch eine Rechtsdiktatur zu beenden, lehnte die große Mehrheit ab. Deutschland würde dabei „in ein Chaos stürzen, aus dem der Aufstieg zu Befreiung und staatlicher Ordnung auf Generationen hinaus nicht mehr zu erreichen" sei[5]). Aber damit war der Gegensatz zu den neuen politischen Verhältnissen nicht bereinigt; der Konflikt in der Partei blieb[6]).

[1]) Werner Liebe, Die Deutschnationale Volkspartei, S. 11, Fußnote 28. Siehe auch Bracher, a.a.O., S. 83 ff., und Walter Kaufmann, Monarchism in the Weimar Republic, S. 52 ff.

[2]) Liebe, a.a.O., S. 7 ff. Wolfgang Hartenstein, Die Anfänge der Deutschen Volkspartei, 1918—1920, S. 131 ff.

[3]) Liebe, a.a.O., S. 107 und 109, dort die Texte der Aufrufe. Graf Westarp gibt in seinem Manuskript die treffende Begründung: „Die Ablehnung einer zweiten spartakistisch-bolschewistischen Revolution war die Forderung des Tages, für die es geboten war, alle Kräfte nutzbar zu machen." Ebenda, S. 9.

[4]) Westarp-Manuskript, S. 9. Auf dieser Linie einigten sich auch die Vertreter der rechtsstehenden Presse am 10. 11. 1918, ebenda, S. 7.

[5]) Ebenda, S. 7 und 9.

[6]) „So trat an mich gleich in der ersten Woche des republikanischen Regimentes die Schwierigkeit heran, den Kampf gegen das System zu führen und dennoch in der Staatsform desselben Systems, mit seinen Mitteln und gemeinsam mit seinen Trägern positiv an der Rettung Deutschlands mitzuarbeiten. Sie ist zum Anlaß fortgesetzter ernster Auseinandersetzungen und Konflikte und schließlich zum Schicksal der DNVP und der nationalen Bewegung geworden." Ebenda, S. 9.

Deutlich wurde dies u. a. auf dem Vertretertag der DNVP im Mai 1919, als Prof. v. Freytagh-Loringhoven „im Einvernehmen mit einer Anzahl Gleichgesinnter einen scharfen Vorstoß gegen die amtliche Partei- und Fraktionspolitik" unternahm, die nach seiner Ansicht nicht mit der notwendigen Entschiedenheit „Opposition machte". Zunächst gedachte er des Kaisers, was der Parteivorsitzende, Staatsminister a. D. Hergt — nach Fr.-Loringhoven wegen seiner „Anpassungsfähigkeit" — unterlassen hatte, um dann mit der „gottverfluchten und gottverdammten Republik" ins Gericht zu gehen. Obwohl die Mehrheit sich dann doch für den gemäßigten Kurs Hergts entschied, sah Fr.-Loringhoven den Erfolg in der unvermeidlichen „Scheidung der Geister in Opportunisten und Grundsatztreue". Die letzteren sollten verhindern, daß sich die Partei zu sehr mit der Republik befreundete[1]).

Das Bekenntnis der Partei zur Monarchie war nicht umstritten, wohl aber der Weg zu ihrer Wiederherstellung. Die gemäßigte Mehrheit unter dem Parteivorsitzenden erstrebte vorerst eine Verständigung mit den übrigen bürgerlichen Parteien, um eine Regierung ohne die SPD bilden zu können. Sie war zu politischer Mitarbeit in der Republik bereit und betonte die Ablehnung illegaler Schritte gegen die bestehende Regierung. Hergt vertrat nach seinen eigenen Worten „eine maßvolle Linie der DNVP und die Heranziehung der bisher unpolitischen und unorganisierten Kreise, besonders der kleinen Leute und Frauen"[2]). Die Gemäßigten distanzierten sich öffentlich von Ausschreitungen in der Rechtspresse. Sie erkannten die Verpflichtung der Regierung an, den Versailler Vertrag zu erfüllen, gaben zu, daß ein großer Teil des gegenwärtigen Elends nicht Folge der Revolution sondern des verlorenen Krieges sei, und erklärten für den Fall der Regierungsübernahme, viele der eingetretenen Veränderungen zu übernehmen[3]). Das schloß aber nicht schärfste Kritik an den bestehenden politischen und wirtschaftlichen Zuständen aus, wobei stets die Vorkriegsverhältnisse in leuchtenden Farben erschienen. Mit der Kritik ertönte der Ruf nach Fachministern, der die regierenden Minister als unfähig hinstellte, und „das System" für die augenblickliche Lage verantwortlich machte, da es die erfahrenen Staatsmänner der großen Vergangenheit durch Parteifunktionäre abgelöst hätte. Dienten diese Anklagen den Gemäßigten zur Vorbereitung der Reichstagswahlen, so benutzte sie eine kompromißfeindliche Minderheit als

---

[1]) Freytagh-Loringhoven, Briefe, S. 41—43. Zur radikaleren Minderheit gehörten u. a. Hugenberg, Graefe, Kapp, Wulle und Henning, vgl. Kaufmann, a.a.O., S. 66.

[2]) Nach Liebe, a.a.O., S. 15, Fußnote 54. Vgl. auch Freytagh-Loringhoven, a.a.O., S. 43.

[3]) Zu den Gemäßigten zählten u. a. der Vorsitzende Hergt, der Fraktionsführer der Partei in der Nationalversammlung, Graf v. Posadowsky-Wehner, die Abgeordneten v. Delbrück und Düringer sowie Helfferich. Diese genannten Persönlichkeiten kamen aus der Ministerialbürokratie; vgl. Liebe, a.a.O., S. 51. Hinweise auf ihre Äußerungen: Stenographische Berichte über die Verhandlungen der Nationalversammlung, Bd. 330, S. 2894 f. und 2899, 7. 10. 1919 (Posadowsky-Wehner); Nachlaß Koch 11, Tagebuch, S. 391, 8. 2. 1920; Troeltsch, a.a.O., S. 102.

propagandistische Vorbereitung von Gewaltmaßnahmen[1]). Für die Partei als Gesamtheit konnte freilich die Planung von Gewaltakten für den Augenblick und die nahe Zukunft entschieden in Abrede gestellt werden. Der Fraktionsvorsitzende im Reichstag erläuterte dies einmal mit den Worten, dazu fehle ihnen schon „ein Napoleon, der aus einem siegreichen Krieg zurückgekehrt" sei, und außerdem ständen solchen Versuchen Friedensvertrag und Volksstimmung entgegen[2]).

Die Deutsche Volkspartei war als Neugründung aus dem Teil der Nationalliberalen hervorgegangen, der sich nicht der DDP angeschlossen hatte. Der starke Einfluß großbürgerlicher Interessen, namentlich der Schwerindustrie, ergab schon den zwangsläufigen Gegensatz zum Sozialismus. Trotz grundsätzlicher Ablehnung der November-Ereignisse war sie wesentlich stärker als die DNVP zur Mitarbeit in der Republik bereit. Ihre Ablehnung richtete sich nicht gegen die parlamentarische Demokratie, sondern gegen die politischen und wirtschaftlichen Zustände, die als ein Ergebnis der Revolution betrachtet wurden. Die DVP sah in der derzeitigen Regierung mehr eine Folge der Revolution, die sie ablehnte, als die Spitze der Republik, die sie formell anerkannte[3]). Die Bereitschaft zur Mitarbeit führte schon im Frühjahr 1919 zu Überlegungen, sich an der Preußischen Regierung zu beteiligen[4]). Freilich stand hinter der gemäßigten Parteipolitik der ersten Monate vor allem die Absicht, den Kampf der Regierungsparteien gegen den Linksradikalismus nicht zu erschweren.

Die eigentliche Opposition der DVP begann nach dem Friedensvertrag. Nun erhoffte sie durch Förderung der nationalen Erregung sowie der Unzufriedenheit über die innen- und wirtschaftspolitische Entwicklung, eine Ausweitung ihrer Wählerschichten zu erreichen. Auf dem Jenaer Parteitag im April hatte der Parteivorsitzende Stresemann noch erklärt, die Partei wolle nicht Träger einer monarchischen Gegenbewegung sein: „Der Weg zu Großdeutschland und der Weg zu innerer Ruhe kann nur gehen auf dem Boden republikanischer Staatsform[5])." Der noch gemäßigtere Fraktionsvorsitzende Dr. Heinze war gegenüber dem auch in dieser Partei vorhandenen radikalen Flügel für sachliche Mitarbeit eingetreten. Auf dem Leipziger Parteitag im Oktober verkündete er dagegen „allerentschiedenste Opposition", allerdings auch jetzt nur, soweit die Regierung „rein aus Rücksicht auf die Massen" ihre Politik betreibe[6]). Eine grund-

[1]) Stenographische Berichte, Bd. 330, S. 2892, 7. 10. 1919 (Posadowsky-Wehner); S. 2973, 9. 10. 1919 (Traub); S. 3535, 29. 10. 1919 (Graefe).

[2]) Stenographische Berichte, Bd. 330, S. 2894, 7. 10. 1919 (Posadowsky-Wehner). Troeltsch, a.a.O., S. 93. Traub-Manuskript, S. 188.

[3]) Vgl. Stresemann in „Deutsche Stimmen" vom 2. 3. 1919, S. 132, nach Hartenstein, a.a.O., S. 49.

[4]) Siehe Hartenstein, a.a.O., S. 78 f.

[5]) Protokoll, S. 16, nach Hartenstein S. 113.

[6]) Protokoll des Leipziger Parteitages S. 35 f., nach Hartenstein S. 85.

sätzliche Opposition lasse das Wohl des Vaterlandes nicht zu. Nun rückte auch das bis dahin kaum betonte monarchische Bekenntnis in den Vordergrund, wobei taktische Überlegungen eine erhebliche Rolle spielten. Bei der Belebung des monarchischen Gedankens in bürgerlichen Kreisen nach dem Friedensvertrag wollte die Partei den Vorwurf vermeiden, in der Frage der Monarchie unzuverlässig zu sein[1]).

Trotz scharfer Kritik an der Regierungskoalition hütete sich die DVP, die politischen Gegensätze zu den Mehrheitsparteien auf die Spitze zu treiben. Das erste Ziel der DVP war nicht Opposition um jeden Preis, sondern die Gewinnung neuer Wähler für die kommenden Reichstagswahlen. Da ein Einbruch in die Zentrumspartei nicht zu erwarten war, wurde diese Partei mit Ausnahme Erzbergers geschont und schon als zukünftiger bürgerlicher Koalitionspartner behandelt. Beträchtlichen Zustrom versprach sich die DVP dagegen von den Anhängern der DDP. Es wurde dieser Partei der Vorwurf gemacht, sie habe in der Koalition „mehr und mehr von ihren Grundsätzen preisgeben müssen", wegen ihrer Nachgiebigkeit die Herrschaft des Sozialismus nicht eingedämmt und daher das Bürgertum enttäuscht[2]). Der erwartete Zustrom aus dem Lager der Deutschdemokraten war ein wesentliches Argument Stresemanns, den vielfach diskutierten Zusammenschluß mit der DNVP abzulehnen, denn dem bisherigen DDP-Wähler sollte der Übertritt nicht durch zu krasse Rechtsopposition erschwert werden[3]). Immer stärker wurde das Verhalten der DVP außerdem von dem Willen geprägt, möglichst bald in Preußen und im Reich in die Regierung einzutreten, damit nicht das Beamtentum den Rechtsparteien entfremdet oder aus anderen Parteien ersetzt würde, vor allem aber nicht das Volk sich an die gegenwärtige Koalition gewöhne und der Einfluß der Sozialdemokratie weiter zunehme. Der Parteivorsitzende Stresemann, ständig bemüht, die Parteiziele mit den politischen Realitäten in Übereinstimmung zu bringen, dachte im Winter 1919/20 im Gegensatz zur DNVP nicht mehr an eine Reichsregierung ohne SPD. Er warnte vielmehr davor, diese Partei „in dauernde verantwortungslose Opposition zurückzustoßen und sie damit unzweifelhaft in das Lager der Unabhängigen und Bolschewisten hinüberzutreiben"[4]).

Angesichts solcher Parteiziele war die Ablehnung von Gewaltmaßnahmen durch Stresemann am 8. Oktober 1919 vor der Nationalversammlung zweifellos ehrlich: „Meine Freunde lehnen jeden monarchistischen Putsch entschieden ab.

[1]) Siehe Hartenstein, a.a.O., S. 119.

[2]) Stenographische Berichte, Bd. 330, S. 3011, 10. 10. 1919 (Heinze). Zum Verhältnis der DVP zu den Demokraten und zur Zentrumspartei ausführliche Abschnitte bei Hartenstein, a.a.O., S. 126 ff. und 130 f.

[3]) Nach Hartenstein, a.a.O., S. 132 f.

[4]) Stresemann in einem Brief vom 4. 2. 1920 an Krüger-Breslau, nach Hartenstein, a.a.O., S. 122. Ähnliche Ausführungen machte Stresemann vor dem Geschäftsführenden Ausschuß am 4. 3. 1920 und in einem Brief an den deutschnationalen Abgeordneten v. Graefe am 23. 1. 1920, nach Hartenstein, a.a.O., S. 121 und 124.

Wir haben es klar zum Ausdruck gebracht, daß wir uns nach dieser Richtung mit keinerlei Bestrebungen identifizieren[1])." Zwei Tage später ergänzte der Fraktionsvorsitzende Heinze, daß sie keinen „Träger der Monarchie" präsentieren könnten. Außerdem hätten seine Parteifreunde „von den Verhältnissen gelernt"; auch sie seien überzeugt, daß „die breiten Massen des Volkes in ganz anderer Weise an unserem Staatsleben beteiligt werden müssen, als das früher der Fall gewesen ist"[2]).

Zusammenfassend kann die „Welle von rechts" etwa so charakterisiert werden: Die Rechtsopposition begann bereits bei bürgerlichen Wählern in den Regierungsparteien, die mit verschiedenen Kompromissen auf wirtschaftlichem, sozialem oder kulturellem Gebiet nicht einverstanden waren, sie umfaßte die verständliche Empörung über spartakistische Aufstände und den Versailler Vertrag und führte zu den Anhängern der Monarchie. Nur eine kleine Minderheit wollte durch Regierungssturz und Diktatur dem Volke eine neue Verfassung aufzwingen. Die skizzierten gegenrevolutionären Kräfte dürfen gewiß nicht als Opposition der legitimen Regierungsgewalten unterschätzt werden. Bei nüchterner Beurteilung kann jedoch der „Welle von rechts" in ihrer Gesamtheit weder der Wunsch nach Restauration der politischen Vorkriegsverhältnisse noch der Wille zur Ausschaltung der Regierungsparteien oder gar der parlamentarischen Demokratie unterstellt werden. Noch weniger gab es den allgemeinen Willen, die Regierung gewaltsam zu stürzen. Zwar konnte damit gerechnet werden, daß ein größerer Teil einen Gewaltstreich im Innern mit Sympathie begleiten würde, doch hatten gleichfalls führende Persönlichkeiten der Rechtsopposition den gewaltsamen Umsturz von rechts als verhängnisvollen politischen Fehler bezeichnet. Kapp hatte mit einer so weitgehenden Zurückhaltung und Ablehnung gegenüber Gewaltmaßnahmen nicht gerechnet, mußte diese Tatsache jedoch am 13. und 14. März zur Kenntnis nehmen.

2. *Die Wirkung des Versailler Vertrages und der Dolchstoßlegende*

Wenn eine ausgesprochene Rechtsopposition nach dem Kriegselend und den Hoffnungen der ersten Nachkriegsmonate schon 1919 wieder breiten Zustrom bekam, so verdankte sie dies erstens der „Gewalt- und Putschpolitik der Kommunisten und Unabhängigen"[3]) und zweitens den unvernünftigen Bedingungen des Friedensvertrages.

Die Politik der Linksradikalen diskreditierte für viele den Sozialismus und zwang das Bürgertum zur Frontstellung gegen links. Mit den von der Regierung herbeigerufenen Freikorps, studentischen Zeitfreiwilligen-Regimentern und Ein-

[1]) Stenographische Berichte, Bd. 330, S. 2915, 8. 10. 1919.

[2]) Ebenda, S. 3010, 10. 10. 1919. Vgl. auch Kaufmann, a.a.O., S. 56 und 68.

[3]) So der SPD-Abgeordnete Franz Krüger in seiner Broschüre Diktatur oder Volksherrschaft, S. 3.

wohnerwehren begann unter der Parole „Für Ruhe und Ordnung und gegen Spartakus“[1]) zugleich der Angriff auf die November-„Revolution“. Wie wenig dieser Ruf nach „Ruhe und Ordnung“ auf die Rechtsparteien beschränkt blieb, zeigen die heftigen Anklagen gegen die Regierung im „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands“. Dort war am 14. April 1919 zu lesen: „Angesichts der jetzigen Zustände kommt uns kein Ruf mehr aus dem Herzen als dieser: Her mit der Gegenrevolution! Keine Gegenrevolution natürlich im Sinne des alten überlebten Militarismus, sondern eine Gegenrevolution geistiger Art: ein Sichaufbäumen gegen Verbrechertum und Pflichtvernachlässigung, eine Wiederherstellung disziplinierter, pflichtbewußter Ordnung. Wer uns eine solche Gegenrevolution bringt, der soll uns willkommener sein als die heutigen Jammergestalten in der deutschen Regierung, die immer noch nicht den Mut finden, der Gewalt von vorneherein Gewalt entgegenzusetzen[2]).“ Die ständigen Hinweise der Rechtsopposition auf die geregelten Verhältnisse der Monarchie, in der man ungestört unter dem Schutz der Gesetze hätte leben können, fielen bald auf fruchtbaren Boden[3]). Kam es auch in der Nationalversammlung und in der Rechtspresse gelegentlich schon früh zu Angriffen gegen die Regierung und die Mehrheitsparteien, so setzte der eigentliche Sturm erst nach dem Friedensvertrag ein[4]).

Die Siegermächte nahmen mit ihrem Vertragswerk in Kauf, daß die harten Bedingungen die junge deutsche Demokratie erheblich belasten mußten, indem sie den Politikern und Parteien die Folgen der Niederlage aufbürdeten, die sich zu Wilsons Ideen der Völkerverständigung bekannten. Nun zeigte der Siegfrieden der Alliierten die gleichen machtpolitischen Grundlinien, die man der herrschenden Schicht des Kaiserreiches zum Vorwurf gemacht hatte. Die Einführung der parlamentarischen Demokratie schien die Westmächte nicht milder gestimmt zu haben; gerade dies aber hatten viele bei der Einführung im November gehofft[5]). Die unausbleibliche Folge war eine starke nationale Bewegung und die Enttäuschung der demokratischen Kräfte in Deutschland. Für die Demokratie mußte sich die nationale Empörung um so verhängnisvoller auswirken, als die Regierungsparteien sich von „nationalen“ Protesten wenig versprachen und statt dessen in erster Linie bemüht blieben, die Alliierten von der Unerfüllbarkeit des Friedensvertrages zu überzeugen. So entstand der falsche

---

[1]) Rosenberg, a.a.O., S. 334.

[2]) Zentralblatt, 19. Jg., Nr. 8, S. 60.

[3]) Rosenberg, a.a.O., S. 361. Troeltsch, a.a.O., S. 92. Graf Posadowsky-Wehner konnte mit Recht in der Nationalversammlung erklären: „Meine Herren, es ist unzweifelhaft, daß der monarchische Gedanke, wie ich vorhin sagte, in weiten Kreisen der Bevölkerung in den letzten Monaten an Boden gewonnen hat. Warum? Weil das deutsche Volk nach Ruhe und Ordnung lechzt (Zustimmung rechts), weil es sich entsinnt, daß zur Zeit der Monarchie Ruhe und Ordnung im Reiche herrschten.“ Stenographische Berichte, Bd. 330, S. 2893, 7. 10. 1919.

[4]) Diese Wende betonen u. a. Noske, Erlebtes, S. 119, und Troeltsch, a.a.O., S. 53 f. und 79.

[5]) Vgl. Rosenberg, a.a.O., S. 361. Troeltsch, a.a.O., S. 104.

Eindruck, als ob sie die „nationale" Frontstellung ablehnten[1]). Die Rechtsextremisten konnten in ihren Erklärungen zum Friedensvertrag bei geschickter Argumentation schließlich sogar die deutsche Kriegspolitik rechtfertigen[2]).

Zu der Enttäuschung kam die Gewißheit kommender Machtlosigkeit und gewaltiger Opfer zur Erfüllung der Reparationsforderungen. Die Empörung im Volk war verständlich. Verhängnisvoll aber mußte es sich auswirken, daß die erlittene Niederlage als soche nicht anerkannt wurde. „Innerlich verwundet und im Ehrgefühl getroffen wollte das ‚nationale' Bürgertum... die Niederlage nicht wahrhaben[3])." Daher wurde aus Unkenntnis über die wirkliche Kriegsentwicklung und durch Verallgemeinerung von Einzelerscheinungen die Behauptung der für die Kriegsführung militärisch und politisch Verantwortlichen nur allzu leicht geglaubt, dunkle Mächte in der Heimat hätten der Armee den Sieg entrissen. Unterstellt wurde der Dolchstoß den politischen Kräften, die durch die November-Ereignisse an die Macht gekommen waren. Von da aus war es nur ein Schritt, die bestehende Regierung für die Niederlage im Krieg verantwortlich zu machen[4]).

Beispielhaft für diese Argumentation war „die Anklage gegen die Revolutions-Regierung" des deutschnationalen Abgeordneten v. Graefe in der Nationalversammlung am 25. Juli: Das deutsche Volk habe im Glauben „auf Frieden und Brot" das Kriegsende verlangt und ohne Protest der Beseitigung der Monarchie zugesehen. Die sozialdemokratischen Illusionen hätten „die Zerrüttung unserer militärischen Macht herbeigeführt", damit „den tatsächlichen Zusammenbruch unserer Armee". Da ein „nationaler Aufschwung" die sozialdemokratische Revolution beseitigt haben würde, hätte die Regierung „unter dem Schleier und der Maske eines Waffenstillstandes Deutschlands Waffen restlos dem Feinde" ausgeliefert. Die Beteiligten am November-Umsturz trügen „die Verantwortung für die furchtbare Katastrophe in Versailles" und damit ständen alle, „die von dem großen Verständigungsfrieden sprachen, vor der großen Pleite ihrer Politik"[5]).

---

[1]) Vgl. Rosenberg, a.a.O., S. 364.

[2]) Theodor Wolff schrieb am 12. 12. 1918 im „Berliner Tageblatt": „Wenn die Entente die Gewalt an die Stelle des verheißenen Rechtes setzen würde, so wäre es für die Gewaltpolitik des preußischen Militarismus die schönste Entschuldigung, ja die grandioseste Ehrenrettung." Siehe auch Max Weber, Politische Schriften, S. 444 und 478.

[3]) Siehe Werner Conze, Die Weimarer Republik, a.a.O., S. 635.

[4]) Vgl. Alexander Griebel, Das Jahr 1918 im Lichte neuer Publikationen, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 4/1958, S. 378. Wilhelm Hoegner, Die verratene Republik, S. 22. Hiller v. Gaertringen, a.a.O., S. 26 ff.

[5]) Seine Rede wurde von der „Täglichen Rundschau" unter der Überschrift „Die Anklage gegen die Revolutionsregierung" in einem Sonderdruck veröffentlicht. Die Zitate wurden diesem Sonderdruck entnommen. Als Beweis für die angebliche Schuld der Sozialdemokratie an der Niederlage wurde häufig die Erklärung des „Vorwärts" vom 20. 10. 1918 an die Sozialisten der Entente herangezogen, die den Satz enthielt: „Deutschland soll — das ist unser fester Wille als Sozialdemokraten — seine Kriegsflagge für immer streichen, ohne sie das letztemal siegreich heimgebracht zu haben." Nach Hoegner, a.a.O., S. 30.

Wie schwierig es indessen für die Regierungsparteien war, diesen unhaltbaren Beschuldigungen entgegenzutreten, zeigt die Arbeit des daraufhin eingesetzten parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Ursachen des Zusammenbruches. Vor allem das Erscheinen des bis weit in die Regierungsparteien verehrten Feldmarschalls v. Hindenburg vor dem Ausschuß brachte die Regierung in arge Bedrängnis und gab der Rechtsbewegung gewaltigen Auftrieb[1]).

Hindenburg wurde mit großen militärischen Ehren empfangen. Mehrere Kundgebungen vor seiner Wohnung bei Helfferich und vor dem Reichstagsgebäude mit schwarzweißroten Fahnen, Kaiserhochs, Angriffen gegen die Regierung, besonders Erzberger, folgten, obgleich der gerade bestehende Belagerungszustand jede Demonstration verbot. Die SPD-Presse war darüber äußerst erregt, namentlich Scheidemann machte in seinem bekannten Aufsatz „Der Feind steht rechts" am 15. November im Vorwärts seinem bedrängten Herzen und dem Groll seiner Partei Luft, wobei er auch Noske heftig angriff. Die Ehrenkompanie zum Empfang Hindenburgs hatte Oberst Reinhard gestellt, dessen Absetzung von der SPD bereits entschieden verlangt worden war, da er die Regierung als „Lumpengesindel" bezeichnet hatte. Die Kommunisten und Unabhängigen antworteten mit Gegenkundgebungen, in denen Hindenburg als Massenmörder beschimpft wurde. Die Rechtspresse hielt diese Vorkommnisse wiederum der Regierung als Schwäche vor. „Berlin war ein politisches Narrenhaus", konnte Noske später mit Recht sagen[2]).

Im Untersuchungsausschuß führte Helfferich einen Konflikt mit dem Vertreter der USPD Dr. Cohn herbei, dem er vorwarf, mit russischem Geld in Deutschland politisch gearbeitet zu haben. Der Ausschuß konnte mit Rücksicht auf das Ausland nicht jede Frage stellen, Helfferich aber benutzte tagelang eigene Aussagen, um die Regierung anzuklagen. Schon am 16. November mußte sich die Regierung einschalten, um die gänzlich verfahrene Sachlage zu entwirren. Die Regierung fürchtete nämlich, bei weiterer Verschärfung in den Gegensatz zu Hindenburg zu geraten. Das aber war das Ziel der Rechtsopposition. Der Vizekanzler Schiffer erklärte in einer Besprechung des Reichskabinetts mit Vertretern des Ausschusses: „Wir sind in die Spieße der Deutschnationalen gelaufen. Wenn es heißt: ‚Für oder gegen Hindenburg', so gehen wir kaputt." Noske ergänzte: „Hindenburg muß, meinetwegen mit zwei Ehrenkompagnien, entlassen werden[3])."

Am 18. November verlas Hindenburg vor dem Ausschuß die von Ludendorff verfaßte Erklärung mit den bekannten Sätzen über den „Dolchstoß" als Ur-

[1]) Siehe Nachlaß Koch 21, Tagebuch, 18. 11. 1919.

[2]) Noske, Erlebtes, S. 150. „Vorwärts" vom 15. 11. 1919. Scheidemann, Memoiren eines Sozialdemokraten, Bd. 2, S. 384 ff. Zu Reinhard siehe Fischart, a.a.O., S. 230 ff.

[3]) Nachlaß Koch 21, Tagebuch, 16. 11. 1919.

sache der Niederlage[1]). Die politischen Leidenschaften steigerten sich nun derart, daß Noske die Verantwortung für die öffentliche Ordnung nicht mehr tragen wollte. Dem Untersuchungsausschuß blieb nur noch der Rückzug, und die Regierung vertagte die Befragungen auf unbestimmte Zeit, was der Reichsinnenminister in seinem Tagebuch mit einem „Gott sei Dank" kommentierte, denn im Ausschuß seien „alle Fäden bei Helfferich"[2]). Bei ausländischen Beobachtern hinterließen diese Ereignisse einen starken Eindruck. General Malcolm, der Chef der britischen Militärmission in Berlin, empfahl am 16. November telegrafisch dem Obersten Kriegsrat in Paris, Gegenmaßnahmen der Alliierten bei einem Staatsstreich anzukündigen, um die Position der deutschen Regierung zu stützen[3]).

Die Legende über die Niederlage stellte das Ergebnis zweier Bestrebungen dar. Erstens sollte damit die Regierungskoalition, besonders die SPD, belastet werden, zweitens aber war seit dem Herbst 1918 sorgfältig darauf geachtet worden, daß das Heer auf Grund solcher Argumentation nicht mit der Niederlage belastet wurde. Die Unkenntnis über die tatsächliche Kriegslage bewirkte selbst bei vielen Offizieren die subjektiv ehrliche Überzeugung, daß Deutschland durch revolutionäre Bewegungen der Heimat den Krieg verloren habe.

Die Dolchstoßlegende aber war nun zum Dogma der „Welle von rechts" geworden. Sie belastete die Träger der Republik mit dem Vorwurf, die Niederlage und alles folgende Elend einschließlich des Friedensvertrages verschuldet zu haben und riß damit einen weiteren tiefen Gegensatz in dem politisch zersplitterten deutschen Volke auf. Dadurch „wirkte sie selbst wie ein Dolchstoß — in den Rücken des neuen deutschen Staates"[4]). Namentlich auf die über den Friedensvertrag erregten Offiziere und Freikorps mußte diese Erklärung der Niederlage eine für die Regierung gefährliche Wirkung haben. Sie ermutigte alle diejenigen, die der jungen Republik ein gewaltsames Ende bereiten wollten.

---

[1]) „In dieser Zeit setzte die heimliche, planmäßige Zersetzung von Flotte und Heer als Fortsetzung ähnlicher Erscheinungen im Frieden ein. . . . So mußten unsere Operationen mißlingen, es mußte der Zusammenbruch kommen; die Revolution bildete nur den Schlußstein. Ein englischer General sagte mit Recht: ‚Die Deutsche Armee ist von hinten erdolcht worden.'" Nach Ludendorff, Vom Feldherrn zum Weltrevolutionär und Wegbereiter Deutscher Volksschöpfung, S. 79.

[2]) Nachlaß Koch 21, Tagebuch, 18. 11. 1919.

[3]) Documents on British Foreign Policy, 1919—1939, First Series, Vol. VI, S. 381, 389 f. und 426.

[4]) Albert Schwarz, Die Weimarer Republik, S. 57. Troeltsch schrieb in seinem Aufsatz vom 19. 12. 1919: „Die große historische Legende, auf der die ganze Reaktion beruht, daß eine siegreiche Armee meuchlings und rücklings von den vaterlandslosen Gesellen der Heimat erdolcht worden sei, ist damit zum Dogma und zur Fahne der Unzufriedenen geworden." Spektator-Briefe, S. 92.

3. *Der „Kampf gegen das System"*

Graf v. Westarp, verantwortlich für die politische Gesamthaltung der Kreuzzeitung und führendes Mitglied der DNVP, nimmt für sich in Anspruch, als erster schon kurz nach den November-Ereignissen mit der Parole „Kampf gegen das System" gearbeitet zu haben. Dieser Kampf richtete sich nach seinen Worten „einerseits gegen die republikanische Verfassung als solche, andererseits gegen die Faktoren, die durch das verfassungsrechtliche System der Parlamentsherrschaft zur Macht gelangt waren"[1]). Wie schon der Abschnitt über die beiden Rechtsparteien gezeigt hat, war das Ausmaß der Opposition gegen die parlamentarisch-demokratische Republik indessen zu unterschiedlich, als daß der Inhalt dieses Kampfes allein aus den Erklärungen eines führenden Deutschnationalen entwickelt werden könnte.

Im Gegensatz zu Westarp war für die DVP und Mehrheit der DNVP mit den Wahlen zur Nationalversammlung eine gesetzliche Grundlage für die Ausarbeitung und Verabschiedung einer neuen Verfassung gegeben; die Fraktionen beider Parteien unterstützten sogar die Regierungsparteien in dem Bestreben nach baldiger Verabschiedung[2]). Außerdem hatten die Rechtsparteien nur durch ihre Mitarbeit an den Verfassungsberatungen die Möglichkeit, ihren politischen Vorstellungen ein Mindestmaß an Wirksamkeit zu schaffen. Graf Westarp, dem das Ausmaß der Mitarbeit zu weit ging, obgleich er sie im Gegensatz zu Kapp nicht grundsätzlich ablehnte, stellt rückblickend fest, daß die Deutschnationalen „damals noch zu einem erheblichen Teil unter dem Einfluß der weitverbreiteten Vorstellung von der Richtigkeit oder doch Unvermeidlichkeit des parlamentarischen Regierungssystems standen" und „einen ernstlichen Versuch der Opposition gegen seine Einführung nicht gemacht haben"[3]). Die schließliche Ablehnung der Verfassung durch die Rechtsparteien erfolgte in erster Linie aus der monarchischen Überzeugung. Hinzu kam die Ablehnung der neuen Reichsfarben, der ausschließlich dem Reichstag übertragenen Gesetzgebungsgewalt und der bindenden Kraft des Mißtrauensvotums. Das Ziel der Rechtsopposition war die Bildung einer über den Parteien stehenden staatlichen Gewalt. Bei dem „unüberwindlichen Trieb" der Deutschen, „sich zu zersplittern und zu zerspalten", so erklärte Dr. Düringer von der DNVP vor der Nationalversammlung,

---

[1]) Westarp-Manuskript, Teil II, S. 2.

[2]) Siehe den Artikel des deutschnationalen Abgeordneten Traub vom 20. 2. 1919 in der Leipziger Illustrierten Zeitung, in dem es u. a. hieß: „In all dem Chaos der letzten Monate hat sich ein ordnungsgemäßer politischer Wille Geltung verschafft, einerlei zunächst, in welcher Richtung er sich ausdrückte. Hier entscheidet die Form der Entstehung, und diese Form trug gesetzliche und geordnete Art an sich." Nach Ziegler, Nationalversammlung, S. 43. Die gegenteilige Auffassung z. B. bei Westarp im Manuskript, Teil II, S. 212, und bei Kapp in seiner Verteidigungsschrift, S. 53 ff., Nachlaß Kapp.

[3]) Westarp-Manuskript, Teil II, S. 295.

sei die Monarchie für Deutschland die geeignetste Staatsform: „Die Republik ist dem Deutschen wesensfremd: sie ist eine fremdländische Pflanze[1])."

Die DVP ging trotz eines auch bei ihr bestehenden rechtsradikalen Flügels in der Annäherung an die parlamentarische Demokratie noch wesentlich weiter als die gemäßigte Mehrheit der DNVP. Sie sollte nach Stresemann eine „Mittelpartei" sein, die „bewußt dem Ausgleich der Interessen zustrebt" und kann daher nur mit erheblichen Einschränkungen in diesen „Kampf gegen das System" einbezogen werden. Trotz ihrer häufigen Auflehnung gegen den „demokratischen Mehrheitsfanatismus"[2]) bekämpfte sie nicht die parlamentarische Demokratie, sondern die republikanische Staatsform und die gegenwärtigen politischen sowie wirtschaftlichen Zustände als eine Folge der Revolution und der Überspitzung des demokratischen Gedankens.

Zu der Minderheit innerhalb der Rechtsopposition, die das „System" aus einer konservativen politischen Überzeugung entschieden bekämpfte, gehörte Graf Westarp. Sein Kampf richtete sich erstens gegen den ausschlaggebenden Einfluß der Parteien auf den Staat, wobei er die Rechtsparteien nicht ausschloß. Für ihn wurden die Regierung und die Gesetzgebung nun nicht mehr „nach weitsichtigen staatspolitischen und soliden wirtschaftlichen Grundsätzen" gestaltet, sondern von den Parteien nach ihren Interessen und Wahlaussichten ausgerichtet. Da außerdem jede Partei nur durch „Massenagitation" und rücksichtslosen Kampf gegen den politischen Gegner ihre Wählerbasis ausdehnen könne, werde das Volk immer tiefer in Meinungs- und Interessengegensätze hineingerissen[3]). Zweitens sprach Westarp der Nationalversammlung das Recht ab, eine bindende Verfassung zu erlassen, weil sie aus dem Rechtsbruch einer Revolution hervorgegangen sei. Die Volksbeauftragten hätten kein Recht gehabt, Wahlen auszuschreiben und die Staatsgewalt an die Nationalversammlung abzutreten. Damit waren für Westarp auch die bestehenden Regierungs- und Verfassungsverhältnisse ungesetzlich[4]). Ebenfalls bestritt er, daß die Wahlen „den wahren Willen des Volkes" zur Geltung gebracht hätten. „In allen diesen Äußerungen ist der Begriff ‚Volk' so falsch angewendet, daß die Versuchung naheliegt, an seine Stelle das Fremdwort Nation zu setzen. Das deutsche Volk erschöpft sich nicht in den jetzt auf deutschem Boden lebenden Massen, die sich wie ein Verein ein neues Statut geben und einen Vorstand zu wählen hätten, sondern es ist eine geschichtlich gewordene Gesamtpersönlichkeit ... Seine bisherige Verfassung aber war nicht eine von außen ihm auferlegte Gewaltherrschaft, sondern sein

[1]) Stenographische Berichte der Nationalversammlung, Bd. 328, S. 2088 ff.

[2]) Siehe Stresemann, Deutsche Stimmen vom 15. 12. 1918, S. 820, nach Hartenstein, a.a.O., S. 53. Den Ausdruck „Mehrheitsfanatismus" gebrauchte Stresemann auf dem ersten Parteitag der DVP, 13. 4. 1919, Bericht S. 29, nach Hartenstein, S. 52.

[3]) Westarp-Manuskript, Teil II, S. 296 und 477. Siehe hierzu die Auszüge im Dokument 10, Anhang S. 308 f.

[4]) Ebenda, S. 208, und Westarps Artikel in der Kreuzzeitung vom 16. 2. 1919, Nr. 77, nach Westarp-Manuskript, Teil II, S. 214.

eigenstes Werk[1])." In Jahrhunderten habe das Volk seine bisherige Verfassung geschaffen, in der es dem Kaiser, den Königen und den Fürsten „seine Führung und Vertretung übertragen habe". Nicht die „Ewigkeitswerte des Volksganzen", sondern der „Fiebertaumel der Revolution" und „die Interessen des Tages" hätten die „Wählermassen" im Januar 1919 beherrscht[2]).

In der Propaganda der Rechtsopposition erwies es sich freilich als wirksamer, statt staatsrechtliche und politische Auseinandersetzungen mit der republikanischen Verfassung zu führen, die Mehrheitsparteien und die Regierung als unfähig hinzustellen, mit anderen Worten, die Träger des „Systems" anzugreifen. Zu dieser Methode des Kampfes gehörte auch die Verbreitung der Dolchstoßlegende.

In scharfer Form hatte der deutschnationale Abgeordnete v. Graefe am 25. Juli 1919 die Mehrheitsparteien in der bereits zitierten Rede für die Niederlage verantwortlich gemacht. Zugleich charakterisierte er die Parteiendemokratie mit den Worten: „Freie Bahn den Gesinnungstüchtigen, ran an die Futterkrippe!" Deutschland biete das Bild „einer totalen Auflösung jeder Ordnung", und die Regierung stehe den Lohn- und Preissteigerungen „vollkommen hilflos und machtlos gegenüber". Der Staatsbankrott sei unvermeidbar. Außerdem wies Graefe nachdrücklich darauf hin, daß sich das Volk bereits „in hellen Scharen" nach den „geordneten Zuständen des alten Systems" zurücksehne[3]). Damit sind schon die Hauptargumente der Rechtsopposition genannt. Je nach dem Grad der Opposition finden sie sich in mehr oder minder scharfen Formulierungen in den parlamentarischen Debatten und der Rechtspresse immer wieder. Extremisten schreckten dabei nicht davor zurück, die Regierung als „Statthalter der Entente" oder „Verbrechergesindel" zu bezeichnen[4]). Für die politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Reiches nach der erlittenen Niederlage wurde das parlamentarische System verantwortlich gemacht; mit der Begründung, es bringe keine Fachleute, sondern Parteiführer und Parteibeamte ohne „die nötige berufsmäßige Vorbildung" in die leitenden Stellungen. Daraus wurde die nicht unberechtigte Forderung nach Fachministern und Fachbeamten auch für die leitenden Stellen in den Ministerien abgeleitet[5]). Dahinter stand freilich die

[1]) Kreuzzeitung vom 16. 2. 1919, ebenda, S. 212 f.

[2]) Kreuzzeitung vom 9. 3. 1919, Nr. 105, ebenda bei Westarp, S. 217.

[3]) Graefe in seiner Rede vor der Nationalversammlung am 25. 7. 1919, zitiert nach dem Sonderdruck der „Täglichen Rundschau".

[4]) Angaben des Reichskanzlers Bauer in der Nationalversammlung am 7. 10. 1919, Stenographische Berichte, Bd. 330, S. 2882.

[5]) Posadowsky-Wehner vor der Nationalversammlung am 7. 10. 1919, Stenographische Berichte, Bd. 330, S. 2892 f. Siehe auch die kritischen Bemerkungen des Demokraten Troeltsch zur parlamentarischen Arbeit, a.a.O., S. 110—113, wo es u. a. heißt: „Das Regieren der Fraktionen an Stelle der Minister, die ausschließlich parlamentarische Besetzung auch der sachlich und technisch wichtigen Regierungsposten, die Verengung der Auslese auf die kleinen Leute oder doch wenigstens deren Erwählte und Interessenvertreter: alles das ist ein auf die Dauer unmöglicher Zustand." Einige Beispiele für die Auswüchse in der Rechtspresse bei Abshagen, Schuld und Verhängnis, S. 38 f.

Erkenntnis, daß die große Mehrheit der vorhandenen, in der Staatsführung erfahrenen Personen als Folge der Auswahlprinzipien des Kaiserreiches konservativ eingestellt war.

Namentlich die schlechten wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse wurden zur grundsätzlichen Kritik der Regierungspolitik benutzt. Das ungenügende Angebot landwirtschaftlicher Güter wurde als Folge der Zwangswirtschaft bezeichnet, die den Bauern hohe Lohn- und Betriebskosten aufzwinge, jedoch nur niedrige Preise für ihre Produkte bewillige. Man erklärte die schleichende Inflation nicht hauptsächlich mit fehlender Güterproduktion, Kapitalabfluß und ausbleibenden Auslandshilfen, sondern machte in erster Linie dafür Äußerungen der Regierungsparteien, die „die Sicherheit des Eigentums" in Frage stellten, und das Mißtrauen des Auslandes „gegen uferlosen Radikalismus" verantwortlich[1]).

In der Finanzpolitik konzentrierten sich die Anklagen auf die Steuergesetzgebung und besonders das Reichsnotopfer. Die katastrophale Finanzlage des Reiches war angesichts der Reparations- und Kriegsfolgelasten nur durch eine Vervielfachung der steuerlichen Reichseinkünfte zu beheben. Von den Rechtsparteien wurde nicht bestritten, daß in erster Linie der Besitz die zusätzlichen Steuern zu tragen habe, sie betonten aber, daß dieser steuerliche Kapitalentzug eine Verhinderung des Wirtschaftsaufbaus durch die Privatunternehmen bedeute; nur diese könnten Deutschland wieder hochbringen. Eine sachliche Auseinandersetzung dieser Art über die Gesetzesvorlage des Reichsnotopfers benutzte der deutschnationale Abgeordnete Hugenberg zu schärfsten Angriffen gegen Reichsfinanzminister Erzberger. Hugenberg behauptete, die Regierung verfolge mit den Steuergesetzen Sozialisierungsmaßnahmen, dem Reichsnotopfer werde die „Expropriierung des Mittelstandes" folgen. Gleichfalls bestehe die Gefahr der Beschlagnahme des Reichsnotopfers durch die Entente, damit aber würde das deutsche Volk „an die Kette internationaler Wirtschaftssklaverei gelegt". Hugenberg beendete seine Angriffe mit dem Satz, er habe Herrn Erzberger seit langem „für einen Landesverräter" gehalten[2]).

Wenn die Rechtsopposition gerade auf Erzberger ihre Angriffe konzentrierte, so galt dies nicht nur dem Initiator der Friedensresolution, dem Unterzeichner des Waffenstillstandes und Befürworter des Friedensvertrages, sondern auch dem „Schlüsselpunkt des Systems", wie ihn Ernst Troeltsch nannte. Erzbergers antikapitalistische Grundeinstellung sicherte dem Zentrum das Vertrauen der SPD, die dafür kulturpolitischen Wünschen der katholischen Partei entgegenkam. War dieser Minister als eifriger Verfechter der Koalition zwischen Zentrum und SPD ausgeschaltet, so war die Festigkeit der Regierung in jedem Falle

[1]) Posadowsky-Wehner, ebenda, S. 2895 und 2897.

[2]) Stenographische Berichte, Bd. 331, S. 3935, 3937 f. und 3947 (Hugenberg). Die Begründung Erzbergers ebenda, S. 3610 ff., 10. 10. 1919. Zu Erzbergers Leistungen auf dem Gebiet der Finanzpolitik vgl. K. Epstein, a.a.O., S. 377 ff.

beeinträchtigt. Troeltsch sah bereits „eine ernste Bedrohung der Regierungsmöglichkeiten" und damit eine weitere Zerrüttung der innenpolitischen Verhältnisse voraus. Er schloß seine Betrachtung zu dieser Frage am 29. Februar 1920 mit dem Satz: „Nur wenn man einer siegreichen Gegenrevolution sicher ist, hat die fieberhafte Arbeit an dem Sturze Erzbergers einen Sinn[1])." Ein schließlich unvermeidbar gewordener Prozeß Erzbergers gegen schwere Beschuldigungen Helfferichs, der den Minister zum Rücktritt zwang, hat in der Tat das Ansehen der republikanischen Regierung schwer geschädigt und auch die Entstehung des Putsches gefördert[2]).

Inwiefern steht nun der Kampf gegen das „System" mit dem Putschausbruch unmittelbar oder mittelbar in Verbindung? Wenn auch der „Kampf gegen das System" in den Leitartikeln des Grafen Westarp in der Kreuzzeitung seit dem Herbst 1919 das Ziel verfolgte, einen gewaltsamen Umsturz propagandistisch vorzubereiten[3]), so kann das nicht auf die „Welle von rechts" übertragen werden. Die Mehrheit der Rechtsopposition bekämpfte die republikanische Verfassung, die Regierung und die Mehrheitsparteien im Hinblick auf die bevorstehenden Reichstagswahlen, um auf diesem Wege eine Änderung des Systems zu erreichen. Sie hat die Vorbereitung eines Staatsstreiches, den Kapp mit einem kleineren Kreis erstrebte, für falsch gehalten. In seiner Verteidigungsschrift bestätigt Kapp, daß er von den Rechtsparteien keine Unterstützung bekommen habe. Eine unmittelbare Verbindung der Rechtsopposition in ihrer Gesamtheit zum Putsch kann daher nicht behauptet werden.

Gleichwohl ist der „Kampf gegen das System" auch als Vorbereitung der Reichstagswahlen an dem Ausbruch des Putsches nicht unschuldig. Erstens zerstörte dieser Kampf durch den ständigen Vorwurf der Unfähigkeit und der Schuld an der Niederlage die Autorität der bestehenden Regierung und ermutigte damit alle diejenigen, die sie mit Gewalt beseitigen wollten. Zweitens glaubten die extremen Politiker der Rechtsopposition und einige Militärs angesichts einer solchen Propaganda, mit der Zustimmung und Unterstützung aller rechtsgerichteten politischen Kräfte rechnen zu können. Drittens verschärfte dieser Kampf die innenpolitischen Gegensätze, er drängte zum Beispiel die Sozialdemokraten aus Furcht vor gegenrevolutionären Bewegungen nach links und erschwerte damit die für einen wirtschaftlichen Aufstieg nötige politische Be-

---

[1]) Troeltsch, in seinem Aufsatz vom 29. 2. 1920, a.a.O., S. 112 f. Die Schlüsselposition Erzbergers vermerkt auch der Reichsinnenminister Koch in seinem Tagebuch am 8. 2. 1920, Nachlaß Koch 11, S. 393. Die Belastung der Regierung durch Erzberger betonen Troeltsch, a.a.O., S. 97, Aufsatz vom 12. 1. 1920, und Koch, Tagebuch, 24. 2. 1920, Nachlaß 11, S. 403 f. Als Beispiel für die Pressekampagne gegen Erzberger sei auf ein Gedicht aufmerksam gemacht, das am 7. 3. in der „Deutschen Zeitung" erschien und als Sonderdruck u. a. in Schulen und Universitäten verbreitet wurde; der Text auch bei Abshagen, a.a.O., S. 83 f.

[2]) Zum Prozeß ausführlich K. Epstein, a.a.O., S. 392 ff.

[3]) Siehe Westarp-Manuskript, Teil II, S. 81.

ruhigung; Unruhe und wirtschaftliche Not aber waren Voraussetzungen für einen Putsch. Die vierte und zugleich die wirksamste mittelbare Verbindung dieses Kampfes zum Putschausbruch führte über die Reichswehr. Auf die Dauer mußte die Propaganda von rechts alle Offiziere, die voll Sorge die Zukunft des Reiches betrachteten, in dem Gedanken bestärken, das Vaterland könne nur durch einen schnellen Regierungswechsel gerettet werden. Seeckt bezeichnete kurz nach dem Putsch die beteiligten Offiziere als „unverantwortlich verhetzt und verleitet von der rechtsstehenden Presse"[1]).

4. *Die Zwangslage der Reichsregierung und die Wirksamkeit ihrer Politik bis zum Frühjahr 1920*

Die Regierungsparteien SPD, DDP und Zentrum waren im Februar 1919, gestützt auf ihre große parlamentarische Mehrheit, voller Zuversicht an ihre Arbeit gegangen. Doch angesichts der von den sozialdemokratischen Wählern geforderten wirtschaftlichen und sozialen Reformen und der diesen Plänen abgeneigten bürgerlichen Koalitionspartner waren mit der gemeinsamen Arbeit erhebliche Schwierigkeiten verbunden, denn diese Parteien „blieben doch trotz aller Einschränkungen Weltanschauungsparteien mit Überzeugungen und Interessen, die sie voneinander trennten, und sie waren in ihrer bisherigen Geschichte und durch ihre bisherige Führerauslese nicht genügend auf den großen Umschwung vorbereitet"[2]). Da keine Regierungspartei die „Revolution" gewollt hatte und nur mit parlamentarischer Zustimmung zuVeränderungen bereit war, blieben die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse nahezu unverändert. Der November-Umsturz wurde damit für die Regierungsparteien zu einer erheblichen Belastung, denn sie konnten die mit diesem Umsturz in der sozialistischen Arbeiterschaft verbundenen Wünsche und Hoffnungen nicht erfüllen. Sehr bald sollte sich außerdem zeigen, daß nicht allein demokratische Überzeugung die Wähler der Mehrheitsparteien bestimmt hatte, sondern auch die Hoffnung, mit einer starken demokratischen Regierung einen günstigen Frieden zu erreichen. Parteipolitisch gesehen hatten daher die Mehrheits-

[1]) Seeckt in einem Interview mit dem „Berliner Tageblatt", Nr. 140, 26. 3. 1920. Beispiele für das Bemühen, die vorhandenen Gegensätze zwischen Reichswehr und Regierung zu vertiefen, in Stenographische Berichte, Bd. 330, S. 2881 (Reichskanzler Bauer), S. 3524 ff. (Maretzky, DVP), S. 3528 f. (Stücklen, SPD), S. 2919 (Noske), S. 3545 (Graefe, DNVP) und S. 3551 (Noske); Noske, Erlebtes, S. 130 f., 145 und 152 f.; Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 197 f. Zu Themen und Auflagenhöhe der für die Reichswehr bestimmten Propagandaschriften, siehe Liebe, a.a.O., S. 146, Fußnote 197. Seeckt verurteilte schon im Frühjahr und Sommer 1919 die Propaganda der Rechtsparteien, siehe seinen Brief vom 3. 3. 1919 an seine Gattin, Rabenau, a.a.O., S. 148, und seinen Brief an Major v. Draudt am 20. 8. 1919, Nachlaß Seeckt, Stück 8. Das Zentralblatt der Christlichen Gewerkschaften schrieb am 29. 3. 1920 rückblickend zum Kapp-Putsch: „Das ewige Genörgel gegen die Reichsregierung, vor allem aber der bis zur Siedehitze gesteigerte Kampf gegen Erzberger, ... haben bei Kapp den Gedanken aufkommen lassen, daß sein Vorgehen die Billigung der Volksmehrheit finden wird." Zentralblatt, Nr. 7, vom 29. 3. 1920, S. 53.

[2]) W. Conze, Die deutschen Parteien in der Staatsverfassung vor 1933, a.a.O., S. 16.

parteien unter dem Versailler Vertrag am meisten zu leiden. Die mit dem neuen Staat verbundenen Hoffnungen und die weithin fehlende Kenntnis der Voraussetzungen einer funktionierenden Demokratie gaben bei den großen außen- und innenpolitischen sowie wirtschaftlichen Belastungen den revolutionären wie den restaurativen Kräften ideale Propagandamöglichkeiten, mit denen sie der Regierungskoalition die Wählermehrheit entziehen konnten.

Schon wenige Monate nach den Wahlen zur Nationalversammlung bildeten die Wirkungen der Dolchstoßlegende, die demütigenden und harten Friedensbedingungen, die wirtschaftliche und finanzielle Not des Reiches und die revolutionären sowie restaurativen Tendenzen ein kaum noch entwirrbares Knäuel gegenseitiger Bedingung und Förderung. Die unvermeidlichen Kompromißlösungen der Regierungsparteien wurden der SPD von den Linksradikalen als Verrat am Sozialismus vorgeworfen und zur Organisierung von Unruhen benutzt, um die Demokratie in Form des Rätesystems zu erzwingen; die mit den Unruhen verbundenen politischen und wirtschaftlichen Streiks hemmten zugleich die so nötige Steigerung der Produktion. Die mit dem Friedensvertrag verbundenen Forderungen der Siegermächte zerstörten alle Hoffnungen auf einen baldigen Aufstieg und internationale Anerkennung der jungen Demokratie. Sie hatten einen erheblichen Anteil an der Diskreditierung der Republik. Die Rechtsparteien wiederum benutzten die linksradikalen Unruhen, die wirtschaftlichen Engpässe und auch die alliierten Forderungen um den regierenden Parteien Unfähigkeit und Schwäche vorzuwerfen. Angesichts der Fülle dringend notwendiger Gegenmaßnahmen blieb der Regierung wenig Zeit für langfristige Aufbauprogramme. Außerdem waren die Parteien im Kaiserreich von der Regierungstätigkeit bewußt ferngehalten worden und somit auf politische Führungsaufgaben schlecht vorbereitet. Das Ergebnis war der allgemeine „Ansturm der Enttäuschten, der Ideologen und Restaurationsmänner gegen die Demokratie“[1]).

Über die katastrophale Wirtschafts- und Finanzlage bestand in der Reichsregierung kein Zweifel. Der Reichsfinanzminister Erzberger bezifferte am 10. Oktober 1919 vor der Nationalversammlung den Anstieg der Reichsschuld von 105 Mrd. am 31. März 1918 bis zum 31. März 1919 auf 156 Mrd. und schätzte die Schuld für den 31. März 1920 auf 213 Mrd. Die Vermehrung des Banknotenumlaufs betrug nach Erzberger zwischen dem 15. Januar und 15. Oktober 1919 täglich 37 bis 43 Mill.[2]). Auf der anderen Seite ergab eine Schätzung der „Neuen Zürcher Zeitung“, daß bis Mitte Juli 1919 allein nach der Schweiz deutsches Kapital in Höhe von 35 Mrd. abgeflossen war[3]). Die Regierung suchte die

[1]) Troeltsch, a.a.O., S. 48. Vgl. auch E. Matthias, Zur Geschichte der Weimarer Republik, a.a.O., S. 5, und Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 194.

[2]) Vgl. Stenographische Berichte, Bd. 331, S. 3610, und K. Epstein, a.a.O., S. 373 ff.

[3]) Horkenbach, Das Deutsche Reich von 1918 bis heute, S. 82.

gewaltigen finanziellen Lasten durch die Reichsfinanzreform mit Hilfe neuer Steuergesetze aufzubringen. Doch die wirklichen Ursachen der schleichenden Inflation, wie Kriegsverschuldung, mangelndes Vertrauen der Wirtschafts- und Finanzkreise, die sich daraus ergebende Kapitalflucht ins Ausland, die „Ausartung der Revolution in eine Lohnbewegung“[1]), Preissteigerungen, die unkontrollierbare Einfuhr aus dem „Loch im Westen“ und die viel zu geringe Ausfuhr wie Produktion überhaupt waren so eng mit dem Gesamtbereich der Innen- und Außenpolitik verbunden, daß an eine schnelle Besserung gar nicht zu denken war[2]).

Die wichtigste Gegenmaßnahme war selbstverständlich die Produktionssteigerung, doch hing diese nicht nur von Rohstoff- und Kapitalkrediten, sondern auch von der politischen Beruhigung der Arbeiterschaft ab. Die Streikbewegung war ja nicht zuletzt eine Folge des Ausbleibens der nach dem November-Umsturz erwarteten sozialen Verbesserungen und der in der Arbeiterschaft gewünschten Demokratisierung des Wirtschaftslebens[3]). Noske drückte das mit den Worten aus: „Die Juden murrten, weil das gelobte Land nicht kam“[4]). Diese Enttäuschung nach Kräften zu fördern, war das Ziel der USPD und KPD. Der USPD-Abgeordnete Henke gab zu, daß „der politische Massenstreik das einzige, aber auch das sicherste Mittel ist, um die politische Macht zu erobern“[5]), und sein Parteiorgan „Rote Fahne“ hoffte auf die „Unrentabilität des kapitalistischen Betriebes“ und gab die „Sabotage der Produktion“ als Parole aus[6]). So war die Regierung zur großzügigen Behandlung der Arbeiterschaft gezwungen, wenn sie die Arbeitswilligen stützen wollte[7]). Nur ein Riesenkredit für Rohstoffe und Nahrungsmittel konnte eine schnelle und wirksame Lösung bringen[8]).

War die SPD der „Revolution von links“ ausgesetzt, so standen das Zentrum

---

[1]) Troeltsch, a.a.O., S. 98.

[2]) Siehe ebenda, S. 88 und 97 ff. sowie Nachlaß Koch 21, Tagebuch vom 3. und 7. 11. 1919. Zur Reichsfinanzreform vgl. Epstein, a.a.O., S. 381 ff.

[3]) Vgl. Troeltsch, ebenda, S. 98, und Severing, Im Wetter- und Watterwinkel, S. 110 ff. Zur Diskussion innerhalb der SPD über die wirtschaftliche und politische Lage sind die Protokolle der Sitzungen des Parteivorstandes vom 13. 12. 1919 und 27. 1. 1920 eine wertvolle Quelle. Einige kurze Auszüge in den Dokumenten 11 und 12, Anhang S. 309 ff.

[4]) Protokoll vom 13. 12. 1919, S. 14.

[5]) Stenographische Berichte, Bd. 330, S. 3002 f., 10. 10. 1919.

[6]) Nach einer Angabe des Reichskanzlers Bauer, Stenographische Berichte., Bd. 330, S. 3007 f., 10. 10. 1919. Siehe auch Severing, Im Wetter- und Watterwinkel, S. 20 ff. und 119 ff. sowie Noske, Erlebtes, S. 137 f.

[7]) Siehe die Antwort Eberts auf die Beschwerden des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Deutscher Geschichtskalender, 36. Jg., 1. Bd., S. 5 ff.

[8]) Vgl. Nachlaß Koch 21, Tagebuch vom 9. 11. 1919; Nachlaß Koch 11, Tagebuch vom 21. 1. und 13. 2. 1920, S. 384 und 396. Siehe auch den Bericht von Colonel Thelwall an den britischen Außenminister nach einer Unterredung mit Erzberger, Documents, Vol. VI, S. 245.

und vor allem die Deutsch-Demokraten unter dem Druck der „Welle von rechts". Das im März 1919 eingebrachte Sozialisierungsgesetz, die bis zum Winter verabschiedeten neuen Steuergesetze und das folgende Betriebsrätegesetz hatten besonders empfindliche Reaktionen in der DDP zur Folge. In der Steuerfrage kam es zu scharfen Angriffen des demokratischen Abgeordneten Dr. Friedberg gegen Erzberger, und die Zustimmung zum Reichsnotopfergesetz wurde in der DDP-Fraktion schließlich mit 22 gegen 20 Stimmen gefaßt[1]). Gleich ihren sozialdemokratischen Kollegen bekamen die DDP-Minister von ihren Parteigenossen immer wieder zu hören, daß sie sich in der Regierung nicht genügend durchsetzten und die Partei deswegen Wähler verliere[2]). Die Abgeordneten wurden wiederum von ihren Wählern bearbeitet. In einigen Briefen an den DDP-Abgeordneten Gothein wird behauptet, daß 50% der Fraktion die gegenwärtige Politik ablehnten, besonders die Steuerpolitik und Zwangswirtschaft, die Erbitterung in der Bevölkerung über das Regierungssystem ständig zunehme und die Wähler nach rechts abwanderten[3]). Als die DDP die Zustimmung zum Betriebsrätegesetz aus Parteirücksichten dem Zentrum und der SPD überlassen wollte, zog sich das Zentrum ebenfalls zurück mit der Begründung, dies Gesetz sei für die Partei nur bei gleichzeitiger Zustimmung der DDP tragbar[4]).

Bei der Fülle fast unlösbarer Aufgaben für die Regierung und den sich daraus ergebenden Möglichkeiten für die Rechts- und Linksopposition war die Regierungsverantwortung der Koalitionsparteien eine gewaltige Belastung. Es fehlte daher nicht an Stimmen in allen drei Parteien, die den Austritt einer anderen Partei befürchteten oder den eigenen erwogen. Einsichtige Politiker konnten diesen Überlegungen zwar entgegenhalten, daß die SPD nicht allein regieren könne und eine rein bürgerliche Regierung „Auflehnung der gesamten Arbeiterschaft" zur Folge habe[5]), doch an den Belastungen als Ursache solcher Überlegungen änderte sich nichts.

Die Regierung versuchte durch Eingehen auf die Vorwürfe der Rechts- und Linksparteien, den Druck zu vermindern. Wozu das bei der Dolchstoßlegende im Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung führte, wurde bereits

---

[1]) Vgl. Nachlaß Koch 21, Tagebuch vom 16. und 17. 12. 1919 sowie Troeltsch, a.a.O., S. 95. Zu den Befürchtungen in der DDP über ein Entgegenkommen der SPD gegenüber der USPD siehe Dokument 13, Anhang S. 311 f.

[2]) Nachlaß Koch 21, Tagebuch, 7. 1. 1920. Protokoll der Sitzung des SPD-Parteiausschusses vom 13. 12. 1919, S. 2, 12, 14, 18 und 21.

[3]) Nachlaß Gothein, Briefe 8, S. 47 f.; Briefe 10, S. 153 f. und 179. Koch notierte am 27. 12. 1919: „Starker Rückgang der Partei von vielen Seiten gemeldet. Opposition ist ja auch verdammt bequem, jetzt mehr als je." Nachlaß Koch 21, Tagebuch vom 27. 12. 1919.

[4]) Nachlaß Koch 21, Tagebuch vom 24. 11. 1919.

[5]) Noske vor dem Parteiausschuß am 13. 12. 1919, Protokoll, S. 15. Ähnliche Ausführungen machte Reichskanzler Bauer, ebenda, S. 21 f. Vgl. auch Noske, Erlebtes, S. 143. Nachlaß Koch 11, Tagebuch vom 20. 9. 1919, S. 289 f., und Nachlaß Koch 21, Tagebuch vom 22. 12. 1919.

dargelegt. Die sehr wirksame Forderung nach Fachministern und Stärkung der Regierungsgewalt wurde von der Regierungskoalition keineswegs abgewiesen, sondern lebhaft erörtert und für bestimmte Bereiche ernsthaft angestrebt. Die DDP trat vornehmlich für die „Entpolitisierung der wirtschaftlichen Ministerien" ein, jedoch kam es im Reichskabinett auch zu Überlegungen, Minister mit diktatorischen Vollmachten auszustatten[1]). Um die angespannte Wirtschaftslage nicht durch Engpässe im Transportwesen zu steigern, wurde im Oktober 1919 ein „Verkehrsdiktator" in Erwägung gezogen. Der Reichsinnenminister Koch hielt General Groener für die geeignetste Persönlichkeit[2]). Erneut wurde diese Frage in einer Ministerbesprechung am 11. November behandelt. Auch der sozialdemokratische Reichswirtschaftsminister Schmidt sah bei der Arbeitsunlust der Eisenbahner den wirtschaftlichen Ruin für den kommenden Winter voraus, wenn nicht durch einen „Diktator" Abhilfe geschaffen werde. Die Befürchtung, damit einen Generalstreik zu provozieren, Hinweise auf eine „passive Resistenz" der höheren Beamten gegen Groener und Widerstände der preußischen Minister ließen es dazu aber nicht kommen[3]). Andere ergebnislose Vorschläge betrafen ein „Gesetz über den wirtschaftlichen Belagerungszustand" und die Einrichtung einer „Zentralstelle mit diktatorischer Gewalt" beim Reichskanzler[4]). Nachdem Koch im Dezember nochmals für einen „Wirtschaftsdiktator" eingetreten war, beschränkte sich die Diskussion vom Januar 1920 ab, vor allem in der DDP, wieder auf die „Entpolitisierung der wirtschaftlichen Ministerien"[5]). Diese Maßnahmen, wie auch die Einrichtung von Sachverständigen-Beiräten, hätten die Regierungskoalition vielleicht von einigen Vorwürfen befreit. Eine schnelle Besserung der wirtschaftlichen und finanziellen Notlage konnten jedoch auch Fachminister nicht erzielen. Zwar ließen es die Minister an Beratung durch Sachverständige nicht fehlen, doch ein Fachminister-Kabinett mußte die schon jetzt beträchtliche Sorge der SPD um ihre Parteiinteressen maßlos steigern. Ohne den Rückhalt durch eine parlamentarische Mehrheit war nach der bestehenden Verfassung kein Kabinett lebensfähig, und das verlangte parteipolitische Rücksichten.

Die radikalen Stimmen der Rechts- und Linksopposition konnten in ihrer Wahlpropaganda keinen Ausweg angeben oder gingen von Voraussetzungen aus, die nur durch den Bürgerkrieg zu verwirklichen waren. Die folgenden Stoßseufzer eines gehetzten Reichsministers Anfang Januar 1920 dürften der wirklichen Lage sehr nahe kommen: „Es ist überhaupt unerträglich. Niemand kann Deutschland in raschen Taten durchbringen. Aber auf die Armen, die weder Brot noch Kohle wachsen lassen, noch Geld machen können, wird von allen

[1]) Nachlaß Koch 11, Tagebuch vom 12. 2. 1920, S. 395.

[2]) Ebenda, 10. 10. 1919, S. 302.

[3]) Ebenda, 11. 11. 1919, S. 303—307, und Nachlaß Koch 21, 20. 11. 1919.

[4]) Nachlaß Koch 11, S. 305 und 307.

[5]) Ebenda, 12. 2. 1920, S. 395.

Seiten so losgeschlagen, daß sie zusammenbrechen." — „Trostlose Zustände. Harter Druck von außen. Immer neue Schröpfungen von der Entente zu erwarten. Die wahren finanziellen Aderlässe kommen erst nach der Ratifikation. Dabei diese wüste, immer skrupellosere Agitation von rechts, die uns täglich als Verbrecher oder Trottel hinstellt. Wie soll das enden? Es wird ein schweres Jahr"[1]).

So düster die Gesamtlage in der Tat noch um die Jahreswende erschien, die ersten Anzeichen einer aufsteigenden Linie konnten gleichwohl registriert werden, und bis zum Ausbruch des Putsches am 13. März waren bereits einige bemerkenswerte Erfolge aufzuweisen. Schon im Oktober hatte der Reichskanzler freudig ein Abklingen der Streiklust festgestellt, ebenso erwartete Stresemann vor der Nationalversammlung zuversichtlich den Wirtschaftsaufstieg, sobald der Winter überstanden sei[2]). Als dann im Januar ein Streik der Eisenbahner, die Forderung nach der Sechs-Stunden-Schicht bei den Bergarbeitern und die Demonstration der USPD gegen das Betriebsrätegesetz mit folgendem Sturm auf das Reichstagsgebäude neue Unruhen und Schäden für die Wirtschaft ankündigten, griff die Regierung entschlossen mit dem Ausnahme- oder Belagerungszustand durch[3]). Vor die Wahl gestellt, entweder nach links nachzugeben oder mit den gemäßigten Sozialisten und dem regierungsfreundlichen Bürgertum eine Politik der Ruhe und Ordnung zu führen, entschied sich die Regierung für den letzteren Weg. Dies mußte die Linke zwar weiter radikalisieren, doch konnte andererseits mit gesteigerter Produktion, besserer Nahrungsmittelversorgung, Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung und der Reichswehr sowie nachlassender Wirkung der Rechtspropaganda gerechnet werden. Die Erwartungen erfüllten sich: Der Arbeitseifer nahm zu, die Arbeitslosigkeit sank, Produktion und Kaufkraft des Geldes stiegen, der Kurs der Reichsmark zeigte eine leichte Aufwärtsentwicklung, bei der Post konnte die neunstündige Arbeitszeit und in den Eisenbahnwerkstätten die Akkordarbeit durchgesetzt werden. Im Januar begann endlich die Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen, der Februar brachte zwar die Liste der sogenannten Kriegsverbrecher, aber auch

[1]) Nachlaß Koch 21, 7. 1. und 3. 1. 1920. General Malcolm von der Interalliierten Kontrollkommission in Berlin berichtete am 4. 12. 1919 an den britischen Außenminister: „Much more, the German people at this moment reminds one of a bull in a Spanish ring. Sore and bleeding from many wounds, he makes stupid and useless rushes in one direction or another, but all the time he is losing strength and really waiting only for the arrival of the matador. Some expect the end to come through Bolshevism from the east; others expect action by Entente troops from the west; others again talk of a final economic crash, toward the end of February or March, when Germany will have nothing to sell." Documents, a.a.O., Vol. VI, S. 486 f.

[2]) Stenographische Berichte, Bd. 330, S. 2878 (Bauer), 7. 10. 1919, und S. 2911 (Stresemann), 8. 10. 1919. Troeltsch, a.a.O., Aufsatz vom 12. 1. 1920, S. 99. Vgl. auch die Lagebeurteilung des englischen Botschafters in Berlin, Lord Kilmarnock, an seinen Außenminister vom 31. 1. 1920, Documents, a.a.O., Vol. IX, S. 27.

[3]) Zum Sturm auf das Reichstagsgebäude vgl. Kessel, a.a.O., S. 229 ff., und die gegenteilige Darstellung von C. Geyer, a.a.O., S. 62 ff. Siehe auch Noskes Erlaß vom 30. 1. 1920, Nachlaß Schleicher 16, S. 5 ff. Zum Streik Nachlaß Koch 21, Tagebuch vom 11. 1. 1920.

den Verzicht der Alliierten auf die Auslieferung. Wirtschaftsverhandlungen mit dem Ausland versprachen günstige Ergebnisse. Zunehmende Besserung war zu erwarten, nur durften die Deutschen, wie ein weltkundiger Engländer zu Ernst Troeltsch um die Jahreswende sagte, „keine innerpolitischen Dummheiten machen und ihr bißchen Regierung nicht stürzen“[1]).

Trotz der ersten Erfolge für die Regierungskoalition seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages setzte die Rechtsopposition ihren „Kampf gegen das System“ mit unverminderter Heftigkeit fort. Ihre Propaganda konzentrierte sich nun auf die kommunistische und bolschewistische Gefahr, womit sie zugleich der drohenden Heeresverminderung entgegenwirken wollte, sowie vor allem auf die Forderung nach baldigen Reichstagswahlen, weil die Rechtsparteien eine Niederlage der Regierungskoalition erwarteten. Die Neuwahlen konnten außerdem nach den Bestimmungen der Verfassung nicht mehr lange hinausgeschoben werden. Nach der zweifellos beträchtlichen Abwanderung bürgerlicher Wähler zur DNVP und DVP war mit neuen Mehrheitsverhältnissen sicher zu rechnen. Als daher die Mehrheitsparteien durch Einbringen neuer Gesetze die an sich beschränkten Aufgaben der Nationalversammlung erweiterten, warf die Rechtsopposition ihnen vor, sie versuchten im Widerspruch zur Verfassung „an der Macht“ zu bleiben[2]). Die angegebenen Gründe, Dringlichkeit dieser Gesetze, Abwarten der Abstimmungen in den Grenzgebieten und der Rückkehr der Kriegsgefangenen, wurden nicht anerkannt, vielmehr wurde den Regierungsparteien die Furcht vor einem ungünstigen Wahlausgang vorgeworfen[3]). Der letzte Vorwurf war durchaus berechtigt. Während die Demokratische Partei im September baldige Neuwahlen zur Bedingung für ihren Wiedereintritt in die Regierung gemacht hatte, konnte Koch am 1. März 1920 seine Fraktion überzeugen, daß die Regierung zunächst etwas leisten müsse, es gehe jetzt aufwärts und der Erzberger-Prozeß habe in einem halben Jahr keine Agitationskraft mehr[4]). In der Kabinettssitzung am 5. März sprachen sich besonders die SPD-Minister gegen einen frühen Wahltermin aus. Minister David schlug vor, erst die zu erwartenden Lebensmittel- und Rohstoffeinfuhren abzuwarten, dann seien „günstigere Wahlen“ zu erhoffen[5]). Auf seiten der Zentrumspartei stimmte man der Verschiebung bis zum Herbst zu[6]). Die Rechtsparteien argumentierten

---

[1]) Troeltsch, a.a.O., S. 99. Eine Zusammenfassung über die innenpolitische Lage Anfang Februar, ebenda, S. 103 f.

[2]) Stenographische Berichte, Bd. 330, S. 2900, 7. 10. 1919 (Posadowsky-Wehner); Bd. 332, S. 4524, 26. 2. 1920 (Mumm); S. 4793, 9. 3. 1920 (Posadowsky-Wehner); S. 4823, 9. 3. 1920 (Heinze).

[3]) Siehe die Debatte am 9. 3., Stenographische Berichte, Bd. 332, S. 4793 ff.

[4]) Nachlaß Koch 21, Tagebuch vom 1. 3. 1920. Am 20. 9. 1919 hatte Koch allerdings in seinem Tagebuch, Nachlaß 11, S. 289 f., vermerkt: „Das Parlament leistet vor den Wahlen nur Agitatorisches, aber nicht Staatsnotwendiges.“ Zum 1. 3. 1920 siehe Dokument 14, Anhang S. 312 f.

[5]) Protokoll der Kabinettssitzung, Mikrofilm, National Archives, T-120, Rolle 1668, D 744078 bis 744080.

[6]) Ebenda und Stenographische Berichte, Bd. 332, S. 4807, 9. 3. 1920 (Trimborn).

in der Öffentlichkeit rein verfassungsrechtlich und wiesen den berechtigten Vorwurf, parteitaktische Ziele zu verfolgen, mit der Begründung zurück, daß bei der wachsenden Popularität ihrer Parteien der Herbsttermin für sie noch günstiger sei[1]). Eine solche Entwicklung war nicht unwahrscheinlich, doch bestand auch die Möglichkeit, daß die Mehrheitsparteien bei weiterer Besserung der Verhältnisse abgewanderte Wähler zurückgewannen.

Außer den Reichstagswahlen forderten die Rechtsparteien die Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk, wie es die Verfassung vorschrieb. Als Ende Februar noch kein Wahlgesetz erlassen war, wurde auch Ebert vorgeworfen, „wider Recht und Gesetz" an seinem Amte festzuhalten[2]). Die Rechtsopposition erwartete bei dieser Wahl ihren Haupterfolg, denn sie hatte den bis weit in die Regierungsparteien geachteten Feldmarschall v. Hindenburg für die Kandidatur gewinnen können[3]). Ein möglicher Sieg Hindenburgs mußte den politischen Einfluß der Rechtsparteien erheblich verstärken, das aber war für die SPD ein Jahr nach der „Revolution" ein unerträglicher Gedanke. Es entwickelten sich daher in dieser Partei Bestrebungen, nach entsprechender Änderung der Verfassung den Reichspräsidenten durch die Nationalversammlung zu wählen[4]). Von der Rechtsopposition wurde ein solches Eingeständnis der Schwäche begierig aufgegriffen und sogar als Verfassungsbruch ausgelegt.

Diente die politische Arbeit der Rechtsparteien der Vorbereitung kommender Reichstagswahlen, so lag Kapp ein solches Ziel völlig fern. Ihm ging es um die Diskreditierung der legalen Staatsgewalt, damit sie um so leichter gestürzt werden konnte. Lüttwitz aber wurde in dem verhängnisvollen Glauben bestärkt, daß mit parlamentarischen Mitteln keine politische Wende zu erreichen sei und militärischer Druck angewandt werden müsse.

5. *Die „Nationale Vereinigung" als Umsturzzentrum*

Seit Anfang Juli 1919 verfolgten Kapp und Ludendorff jede Möglichkeit zu einem gewaltsamen Regierungssturz. Eifrig waren sie bemüht, für ihr geplantes Unternehmen aktionsbereite Offiziere und politische Kräfte zu gewinnen. Eine konkrete Form bekamen diese Bestrebungen, als unter der Patenschaft Luden-

---

[1]) Stenographische Berichte, ebenda, S. 4793 (Posadowsky-Wehner) und S. 4823 (Heinze).

[2]) Westarp in der Kreuzzeitung vom 29. 2. 1920, nach Westarp-Manuskript, Teil II, S. 94.

[3]) Die Kandidatur wurde am 6. 3. in der Presse bekanntgegeben und am 7. 3. von Westarp in der Kreuzzeitung lebhaft begrüßt. Vgl. Westarp-Manuskript T. II, S. 95.

[4]) Im Reichskabinett wurde am 27. 2. 1920 die Einbringung einer Gesetzesvorlage über die Änderung der Reichsverfassung abgelehnt, aber von mehreren Ministern für notwendig gehalten. Zunächst sollten Aussprachen mit den Führern der Mehrheitsparteien stattfinden. Zur Zustimmung der SPD siehe Stenographische Berichte, Bd. 332, S. 4794; für eine Verfassungsänderung war auch Reichsinnenminister Koch von der DDP, siehe Nachlaß Koch 21, Tagebuch vom 27. 2. 1920.

dorffs Ende Oktober die „Nationale Vereinigung" gegründet wurde[1]). Mit einigem Recht kann man sie als Nachfolger der Vaterlandspartei bezeichnen. Diese Partei hatte noch ihre Büroräume in Berlin, Schellingstr. 1, wo der deutschnationale Abgeordnete Pfarrer D. Dr. Traub und der Naumburger Arzt Dr. Schiele die Liquidation der Partei nach den Anweisungen ihres Gründers, Dr. Kapp, durchführten[2]). In dieselben Büroräume zog nun Pabst als Hauptgeschäftsführer der neuen Organisation ein, zu deren Führungsgremium neben Kapp auch Traub und Schiele gehörten. Im gleichen Gebäude war die Redaktion von Traubs Zeitschrift „Eiserne Blätter", die mit Unterstützung der DNVP erschien, der Berliner Landesverband der DNVP, das Büro der deutschnationalen Beamtenschaft und die „Staatspolitische Gesellschaft" unter der Leitung Ulrich v. Hassells. Kapp war mit Hassell befreundet, dessen Kreis den nationalen Gedanken unter den Intellektuellen festigen wollte. Zur Nationalen Vereinigung gehörte außerdem eine Fürsorgestelle für die entlassenen Berufssoldaten[3]). Die räumliche Unterbringung bedeutete noch keine generelle Unterstützung durch die DNVP.

Das Ziel der Nationalen Vereinigung war nicht der Aufbau einer Massenorganisation, sondern die Zusammenfassung der zahlreichen Verbände, die unter Betonung des nationalen Gedankens zur Regierung in Opposition standen. Durch Anerkennung gemeinsamer Richtlinien, Austausch von Anregungen und Erfahrungen mit Hilfe des Kurierdienstes der Vereinigung sollten alle „nationalen" Kräfte zusammengefaßt werden, um die Bevölkerung „für eine Gegenrevolution" reif zu machen[4]). Ein Netz von Vertrauensleuten und Ausschüssen, alle von der Aufgabe beseelt, eine „nationale Volksgemeinschaft" zu schaffen, sollte das Gelingen zukünftiger Aktionen politisch sichern[5]). Im militärischen Bereich wurde die Aufgabe gestellt, durch Pflege der ruhmreichen Tradition der republikanisch-sozialistischen Beeinflussung entgegenzuarbeiten, die Reichswehr in ihren wirtschaftlichen Forderungen zu unterstützen und mit dem Versorgungsprogramm für die entlassenen Offiziere und Mannschaften die geheime Aufstellung militärischer Verbände vorzubereiten[6]). Mag auch die Mehrheit der in der Nationalen Vereinigung tätigen ehemaligen Offiziere nur an die Abwehr eines kommunistischen Umsturzversuches gedacht haben, für den engeren

[1]) Mitteilung von Major Pabst. So auch Ludendorff vor dem Reichsgericht, Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 74, und Kapp, Zur Vorgeschichte des Märzunternehmens, S. 15, Kapp-Nachlaß. Die Gründung im Juli 1919 bei Schemann, Wolfgang Kapp, S. 124, ist ein Irrtum.

[2]) Traub-Manuskript, S. 186. Junius Alter (Pseudonym für Franz Sontag), Nationalisten, S. 30. Schemann, a.a.O., S. 124.

[3]) Mitteilung von Major Pabst. Traub-Manuskript, S. 186 f.

[4]) Kapp, Zur Vorgeschichte, S. 15, Nachlaß Kapp. Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 74. Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 201 f.

[5]) Pabst, Das Kapp-Unternehmen, S. 6.

[6]) Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 201 f. Schemann, a.a.O., S. 124.

Kreis um Ludendorff, Kapp, Pabst und Oberst Bauer war der erwartete linksradikale Aufstand nur der Anlaß zu ihrem geplanten Staatsstreich, der die derzeitige Regierung und Nationalversammlung durch eine zeitweilige Diktatur ersetzen sollte[1]).

Bevor die Vorbereitung eines Staatsstreiches untersucht wird, sind einige biographische Bemerkungen zu den führend Beteiligten notwendig.

Der ostpreußische Generallandschaftsdirektor Dr. jur. Dr. phil. h. c. Wolfgang Kapp, Sohn des nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Friedrich Kapp, war 1870 mit seinen Eltern aus Amerika nach Deutschland gekommen, das sein Vater 1848 verlassen hatte. Nach dem Jurastudium wirkte er u. a. als Landrat in Guben und danach als Vortragender Rat im preußischen Landwirtschaftsministerium. 1906 erwählte ihn die „Ostpreußische Landschaft" zu ihrem Generaldirektor. Durch seine Erfolge in der Zoll- und Handelspolitik hatte er sich die Anerkennung der landwirtschaftlichen Kreise erworben, als Rittergutsbesitzer war er außerdem der „Gemeinsamkeit konservativer und agrarischer Interessen"[2]) verbunden. In seinen Hauptanliegen, Entschuldung der Landwirtschaft durch Regierungsmaßnahmen sowie eine öffentlich-rechtliche Lebensversicherung und Bekämpfung der Landflucht durch innere Kolonisation, hat Kapp ohne Zweifel Bewundernswertes geleistet. Bis zum Ausbruch des Weltkrieges war er „zu einer markanten Persönlichkeit im wirtschaftlichen und sozialen Leben Deutschlands geworden: ideenreich, tatkräftig und verantwortungsfreudig"[3]). Im Kriege bekämpfte er die Politik Bethmann Hollwegs und gründete als deutschkonservativer Reichstagsabgeordneter mit Tirpitz die Vaterlandspartei als Antwort auf die Juli-Resolution mit dem Programm des Verständigungsfriedens. Nach dem November-Umsturz übernahm Kapp den Vorsitz des ostpreußischen Landesverbandes der DNVP. Obgleich er nicht allen Zielen des Alldeutschen Verbandes zustimmte, so z. B. dessen stark antisemitischer Einstellung, trat er auch dieser Bewegung bei, um deren nationale Anliegen zu stützen.

Seine Leistungen in Ostpreußen und gründlichen Verwaltungskenntnisse werden selbst von politischen Gegnern anerkannt. Die um ein sachliches Urteil bemühten Gegner betonen jedoch sein jähes Wesen sowie die Leidenschaft, mit der er seine politischen Ziele verfolgte. Seine optimistische Beurteilung der Voraussetzungen für einen Staatsstreich wurde von dem Glauben begleitet,

[1]) Nach Traub-Manuskript, S. 187; Anklageschrift, S. 3, 5 f. und 8; Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 74, 81 und 83; Fritz Kern, Das Kappsche Abenteuer, S. 319 f.; Westarp-Manuskript. II, S. 76; Mitteilungen von Major Pabst; Freytagh-Loringhoven, a.a.O., S. 50.

[2]) Hans Rothfels in seiner biographischen Skizze über Kapp, in: Deutsches biographisches Jahrbuch, 1922, S. 134. Allgemein zur Persönlichkeit: Rothfels, ebenda, S. 133 ff. Schemann, Wolfgang Kapp. Junius Alter, a.a.O., S. 27 ff. Traub-Manuskript, S. 185 f. Lüttwitz, a.a.O., S. 97. Schiffer-Manuskript, Nachlaß 16, S. 41.

[3]) Rothfels, a.a.O., S. 139.

durch eine gewaltsam durchgesetzte neue Regierung den politischen Volkswillen schlagartig in seinem Sinne verändern zu können. Kapp sah wohl den das politische Leben beherrschenden demokratischen Gedanken, aber für ihn bedeutete die Herrschaft der Parteien durch die parlamentarische Demokratie eine zu große Gefahr, da sie den Staat den Parteiinteressen ausliefere. Er weigerte sich daher, die politische Führung im Konkurrenzkampf mit anderen Parteien um die Wählerstimmen zu erobern. Die Unterschätzung der in den Parteien wirksamen ideologischen Überzeugungen und sozialen Interessen war wohl der Hauptfehler dieses sonst so fähigen Mannes[1]). Selbst die DNVP bekam seine Abneigung gegen die Parteiendemokratie zu spüren. Obwohl ostpreußischer Landesvorsitzender, kritisierte er fortgesetzt die Abgeordneten der Partei und nahm trotz seiner Delegation in den Hauptvorstand an keiner Sitzung teil[2]). Beiden Rechtsparteien warf Kapp vor, sie hätten sich an dem „Wettrennen in neuen Parteibildungen" beteiligt, „die dem demokratischen Zug der Zeit Rechnung trugen und nicht etwa in fester Überzeugungstreue alte politische Ideale festhielten, sondern nur aus taktischen Erwägungen, um in dem allgemeinen demokratischen Rummel möglichst viele Mitglieder besonders aus den unteren Klassen an sich zu ziehen, zu politischen Kompromissen allzusehr geneigt waren"[3]). Auf Kapps politisches Programm wird später eingegangen. Schon jetzt aber soll gesagt werden, daß dieser konservative Beamte nicht daran dachte, seine geplante Diktatur in einem blutigen Kampfe zu erzwingen; dieses gilt ebenso für Lüttwitz.

Als verdienter Offizier und Kommandierender General des III. Armeekorps war Freiherr Walther v. Lüttwitz im Dezember 1918 nach Berlin gekommen. Ende des Monats wurden ihm alle Truppen im Raum Berlin unterstellt und im März 1919 der Oberbefehl über das Gruppenkommando 1 übertragen. Damit unterstanden ihm alle Truppen östlich der Elbe, außerdem die Verbände in Sachsen, Thüringen und Hannover. Er hatte den Aufbau der Freikorps mit ganzer Kraft unterstützt und an der Spitze dieser Truppen fast alle militärischen Aktionen gegen die linksradikalen Aufstände geleitet. In der Truppe besaß er hohes Ansehen und wurde der „Vater der Freikorps" genannt, für deren Belange er sich ständig bei der Regierung einsetzte[4]). Wegen seiner Befehlsgewalt und seines Ansehens war er für Ludendorff und Kapp die Persönlichkeit, die ihnen die militärische Macht zur Verfügung stellen sollte. Da Lüttwitz sich mit Politik nie beschäftigt hatte und ihm die Funktionsverhältnisse der Parteiendemokratie nahezu unbekannt waren, glaubte er, durch militärischen Druck einen Regie-

[1]) Seine politischen Auffassungen werden auf den S. 97 ff. und 157 ff. ausführlich behandelt.

[2]) Dr. Düringer in der Nationalversammlung am 30. 3. 1920, Stenographische Berichte, Bd. 332, S. 4989.

[3]) Kapp, Zur Vorgeschichte, S. 2 d, Nachlaß Kapp.

[4]) Schiffer-Manuskript, Nachlaß 16, S. 40.

rungswechsel und danach die Behebung der bestehenden Mißstände erreichen zu können[1]).

Der Hauptgeschäftsführer der Vereinigung, Hauptmann Pabst, hatte sich als Generalstabsoffizier im Kriege ausgezeichnet. Seine Energie bei der Niederschlagung spartakistischer Aufstände hatte ihn gleicherweise berühmt und verhaßt gemacht. Mit seinem lebhaften Temperament, seiner unermüdlichen Arbeitskraft, Improvisationskunst und Rücksichtslosigkeit bei auftretenden Hindernissen übernahm er nun die Vorbereitung eines Staatsstreiches, um dem „bisherigen Verbündeten die Rechnung vom November 1918" vorlegen zu können. Obgleich Pabst das Verbindungsglied zwischen Kapp und Lüttwitz war, erhielt er jedoch seine Weisungen nur von Ludendorff, den er den „Geist hinter den Kulissen" nennt und dem er fast täglich Bericht erstattete[2]).

Ebenso eifrig beteiligte sich Oberst Max Bauer an der Organisation des Umsturzes. Als Abteilungschef in der OHL und politischer Berater Ludendorffs hatte er wesentlichen Anteil am Sturz Bethmann Hollwegs gehabt. Äußerlich wenig in Erscheinung tretend, wurde er doch überall respektvoll behandelt, denn seine einflußreichen Beziehungen reichten von der Schwerindustrie bis zu den Kommunisten. Wieweit Bauers politische Zielsetzung mit der Ludendorffs übereinstimmte, ist nicht erkennbar, mit den konservativen Auffassungen von Kapp und Lüttwitz waren seine nationalbolschewistischen Neigungen, die später noch erläutert werden, jedenfalls unvereinbar[3]).

Eine der interessantesten Personen in der Umsturzgruppe war der Journalist Dr. Karl Schnitzler. Eigentlich war er Zahnarzt in Ingolstadt, seine politischen Interessen hatten ihn jedoch während des Krieges zur journalistischen Tätigkeit und dabei auch in das Hauptquartier der OHL geführt, wo er Oberst Bauer kennenlernte. Nach dem Kriege unterstützte er Ludendorff bei der Abfassung der Kriegserinnerungen. Von überragender Intelligenz, in seiner Lebensführung freilich vollkommen haltlos, arbeitete er mit einem Kopf voller Ideen an allen Problemen zugleich. Namentlich Kapp hatte in Schnitzler bis zum Beginn des Putsches eine starke Stütze. Seine Hauptaufgabe war die Ausarbeitung von Gesetzen nach dessen Anweisungen. Pabst mißtraute ihm dagegen, weil Schnitz-

---

[1]) Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 202 f. Maercker, Kaiserheer, S. 66 ff. Beurteilungen von Hergt, Heinze, Stresemann, Noske und Seeckt vor dem Reichsgericht bei Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 20 ff. und 60 ff. Schiffer-Manuskript, Nachlaß 16, S. 39 f. Gordon, Die Reichswehr, S. 97. Traub-Manuskript, S. 187.

[2]) Nach Pabst, Kapp-Unternehmen, S. 1. Zur Persönlichkeit siehe Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 199; Kern, a.a.O., S. 319; Schiffer-Manuskript, Nachlaß 16, S. 43; Lüttwitz, Im Kampf, S. 32; Freytagh-Loringhoven, Briefe, S. 49.

[3]) Mitteilung von Major Pabst. Schiffer-Manuskript, Nachlaß 16, S. 42 und 88. Kern, a.a.O., S. 319. Rosenberg, a.a.O., S. 211. Gordon, Die Reichswehr, S. 98.

lers Bruder den Kommunisten nahestand[1]). Zu den weiteren Mitgliedern zählten der volkswirtschaftlich interessierte und als Schriftsteller tätige Arzt Dr. Georg Wilhelm Schiele, der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Pfarrer D. Gottfried Traub sowie der Vorsitzende des Bundes der Landwirte, Freiherr v. Wangenheim.

6. *Umsturzvorbereitungen der „Nationalen Vereinigung"*

Die erste Voraussetzung für das Gelingen eines gegenrevolutionären Staatsstreichs war die Unterstützung durch die Reichswehr, denn sie allein verfügte über die notwendigen Machtmittel. Angesichts der dargestellten Spannungen zwischen Reichswehr und Regierung waren genügend Ansätze vorhanden, durch geeignete Propaganda die bestehenden Gegensätze zu vertiefen. Dieser Aufgabe widmete sich vor allem Hauptmann Pabst, unterstützt von seinem ersten Mitarbeiter, Dr. Grabowski, dessen Fähigkeiten als Leiter der Propagandaabteilung in der Garde-Kavallerie-Schützendivision Pabst schätzen gelernt hatte. Einmal geschah dies durch die regen Verbindungen zur Rechtspresse, der laufend geeignete Nachrichten und Artikel übergeben wurden. Pabst erhielt seine Informationen von entlassenen Offizieren und Unteroffizieren, die sich freiwillig der Vereinigung zur Verfügung stellten oder regelrecht besoldet wurden. Umgekehrt sollten sie mit der Zeit zu allen Truppenteilen persönliche Beziehungen anknüpfen. Neben der Vermittlung regierungsfeindlicher Vorträge betrieb die Vereinigung einen umfangreichen Versand von Propagandabroschüren[2]). In einer dieser Broschüren wurden Ebert, Bauer und Noske dem Kaiser Wilhelm I., Bismarck und Hindenburg gegenübergestellt. Eine andere mit dem Titel „Einst und Jetzt" stellte einem Familienbild Kaiser Wilhelms I. mit Sohn, Enkel und Urenkel ein Gruppenbild mit Ebert, Bauer und Noske gegenüber, auf dem diese Politiker kaum Autorität repräsentierten, da sie in Badehosen an der See fotografiert worden waren. Dieses sogenannte Badebild erschien in einer Berliner Illustrierten, in einer besonderen Broschüre und wurde auch in unzähligen Postkarten verbreitet[3]). In anderen Broschüren wurde behauptet, Deutschland werde in Wahrheit von Unabhängigen und Bolschewisten regiert, daher schütze die Regierung heimlich die „Mörder" der Soldaten. Die Truppe habe keinen Grund, einen Treueid zu leisten, der sie nur hindere, ihrer geplanten Auflösung entgegenzutreten[4]). Ludendorff unterstellte der Regierung in der „Kreuzzeitung",

[1]) Nach Mitteilungen von Major Pabst. Siehe ferner die Urteile von Bang, Jagow und Ludendorff vor dem Reichsgericht bei Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 63 und 73 sowie Schemann, a.a.O., S. 136.

[2]) Mitteilung von Major Pabst. Aussage Dr. Grabowskis vor dem Reichsgericht, Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 63. Schemann, a.a.O., S. 136.

[3]) Noske, Erlebtes, S. 142. Anklageschrift, S. 5, Kapp-Nachlaß. Mitteilung von Major Pabst. Stenographische Berichte, Bd. 330, S. 2883, 7. 10. 1919 (Petersen, DDP).

[4]) Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 198. Stenographische Berichte, Bd. 330, S. 2920, 8. 10. 1919 (Noske); S. 2970, 9. 10. 1919 (Traub); S. 3551, 29. 10. 1919 (Noske).

die Bildung einer disziplinierten Armee durch schlechte Versorgung verhindern zu wollen[1]). Selbst Noske wurde in einigen rechtsstehenden Zeitungen nicht geschont, obgleich er sich unermüdlich für die Belange der Reichswehr einsetzte. Die „Deutsche Tageszeitung" bestritt sogar die Gehorsamspflicht der Truppe gegenüber dem Reichspräsidenten, den sie als ehrlos hinstellte[2]).

Mit diesem Diffamierungsfeldzug hofften die Extremisten jegliches Gefühl der Verpflichtung bei den Offizieren gegenüber der Regierung zu untergraben und die noch bestehende Abneigung unter den Truppenkommandeuren gegen Gewaltmaßnahmen ausräumen zu können. Noch vor Weihnachten ging den Kommandostellen ein Lagebericht zu, der die baldige „wirtschaftliche und politische Katastrophe" ankündigte. Die „Zeit zum Handeln" sei gekommen, sie erfordere Männer, die „Ruhe, Ordnung und Arbeit" brächten. Von der Armee werde erwartet, daß sie sich „der dahin führenden Bewegung zur Verfügung stellt"[3]).

Die Gefahr strafrechtlicher Verfolgung war bei der mangelnden Härte der Regierung und ihrer peinlichen Beachtung der Pressefreiheit sehr gering. Es blieb bei den Beschwerden in der Nationalversammlung. Als Pabst regierungsfeindliche Betätigung nachgewiesen werden konnte, bekam er lediglich seinen erbetenen Abschied. Die von Noske geforderte strafrechtliche Verfolgung einer Hetzschrift verlief im Sande. Damit wird eine weitere schwache Stelle der Regierung berührt, nämlich die fehlende Unterstützung durch einen funktionierenden Polizeiapparat. Bei Bekanntwerden von Pabsts Schriftenversand ordnete Noske Haussuchung in den Räumen der Nationalen Vereinigung an. Ihre Anhänger im Polizeipräsidium sorgten jedoch für einen Mißerfolg[4]).

Besonderen Wert legten die Verschwörer auf die Gewinnung zuverlässiger bewaffneter Verbände. Hierfür kamen in erster Linie die von der Auflösung bedrohten Freikorps, die Arbeitsgemeinschaften der Baltikumer, die Zeitfreiwilligenverbände und die Einwohnerwehren in Betracht. Als Anfang Januar die außergewöhnlich starke Brigade Ehrhardt nach Döberitz verlegt wurde, war die Truppenfrage für den Raum Berlin fast gelöst. Kapp und Ehrhardt standen seit Juni 1919 in reger Verbindung, für Lüttwitz und Pabst war der

[1]) In der Kreuzzeitung vom 12. 10. 1919, nach Ludendorff, a.a.O., S. 95. Weitere Hinweise bei Lüttwitz, Im Kampf, S. 101. Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 198. Stenographische Berichte, Bd. 330, 29. 10. 1919, S. 3558 (Haas, DDP).

[2]) Deutsche Tageszeitung, Nr. 486, 1919, Überschrift des Artikels: „Wie lange noch?", nach Stenographische Berichte, Bd. 330, 29. 10. 1919, S. 3545 (Graefe) und S. 3551 (Noske). Graf Reventlow griff Noske in der Deutschen Tageszeitung nicht persönlich an, warnte aber die „nationalen Offiziere und Truppen", ihm politisches Vertrauen entgegenzubringen; die Verteidigung der Truppe sei bei ihm nur „eine taktische Notwendigkeit". Deutsche Tageszeitung vom 20. 9. 1919, zitiert nach Noske, Erlebtes, S. 130 f. Ein ähnliches Beispiel aus der Deutschen Zeitung vom 6. 12. 1919, ebenda, S. 152 f.

[3]) Noske, Erlebtes, S. 131 f. Gordon, Reichswehr, S. 107.

[4]) Mitteilung von Major Pabst. Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 198, 200 und 202.

Kommandeur ohnehin ein alter Bekannter. Ebenfalls konnte man mit den aufgelösten Baltikumern rechnen, die mit Unterstützung der Nationalen Vereinigung einsatzfähig blieben und zum Teil mit ihren Waffen als „Arbeitsgemeinschaften" auf Gütern in Ostpreußen und Pommern untergebracht waren[1]). Die Schlüsselfigur der sogenannten Baltikumer war der Kommandeur der ehemaligen „Eisernen Division", Major Bischoff[2]).

Eine intensivere militärische Vorbereitung war bis zum Ausbruch des Putsches jedoch nur in Bayern erfolgt. Besonders enge Verbindungen unterhielt Pabst mit dem Führer der bayerischen Einwohnerwehren, Forstrat Escherich, und dem einflußreichen Hauptmann Röhm vom Wehrkreiskommando in München. Hier war es offensichtlich, daß der herrschende Einfluß der Sozialdemokraten in der Regierung dem Mehrheitswillen widersprach, ja sogar eine breite gegenrevolutionäre Welle als Ergebnis der überwundenen Räteherrschaft sich ausgebreitet hatte. Am 9. Januar beschloß die Bayrische Volkspartei die Trennung vom Zentrum. Den Antrag stellte Dr. Heim, der auch der Nationalen Vereinigung angehörte. Freilich waren die Umsturzabsichten in Bayern von separatistischen Neigungen nicht frei, auch die Wiederherstellung der bayrischen Monarchie und Dr. Heims Kontakte zu Frankreich spielten eine größere Rolle, als dem Kreis um Kapp lieb war[3]). Aber der dirigierende Einfluß der Vereinigung ist trotzdem erheblich gewesen. Eigens angestellte Offiziere knüpften, von Kriegsbekanntschaften ausgehend, ein dichtes Netz von Gesinnungsfreunden und ließen sich von einer Reichswehreinheit zur anderen weiterempfehlen. Das Ausmaß dieser konspirativen Tätigkeit darf jedoch nicht überschätzt werden. Erstens konnten in den einzelnen Garnisonen stets nur wenige zuverlässig erscheinende Offiziere eingeweiht werden; Unteroffiziere und Mannschaften kamen hierfür nicht in Betracht. Zweitens bestand noch keineswegs Einigkeit unter den informierten Personen über die politischen Ziele. Die an Umsturzvorbereitungen beteiligten führenden Personen begnügten sich nicht mit der in Bayern vorhandenen Reichswehr. Am Tage des Umsturzes sollte eine Vielzahl bewaffneter Verbände zur Verfügung stehen, um jede Unruhe sogleich ersticken zu können. Allein für Bayern war die Aufstellung von drei Armeekorps aus entlassenen Offizieren, Freikorpskämpfern, Zeitfreiwilligen, Studenten, Bauernverbänden und Bürgerwehren geplant. Nach den bei Gumbel aufgeführten Quellen sollten die Studenten jeweils nach ihren Verbindungen in die Truppe eingeordnet werden[4]). Die Fülle der entstandenen Organisationen war allerdings politisch nicht leicht auf ein festes Programm hin auszurichten. So warnte Pabst in einem Brief vom

[1]) Friedrich Freksa, Kapitän Ehrhardt, S. 138 und 168. Waite, Vanguard of Nazism, S. 137, und Mitteilung Pabsts.

[2]) Traub-Manuskript, S. 187.

[3]) Waite, a.a.O., S. 158. Gumbel, Verschwörer, S. 19 f.

[4]) Gumbel, Verschwörer, S. 14 ff. und 23 ff.

17. Januar 1920 vor weiteren Gründungen, da schon jetzt die Koordinierung der bestehenden Gruppen große Schwierigkeiten mache[1]).

So günstig indessen die Vorbereitungen in Bayern sich entwickelten, so wenig war bis zum Frühjahr im übrigen Reich erreicht. Im gesamten Westen war man über einzelne Vertrauenspersonen noch nicht hinausgekommen. Überhaupt darf die Tätigkeit der Nationalen Vereinigung nicht überbewertet werden. Eine Art Untergrundbewegung für einen Staatsstreich ließ sich in den wenigen Monaten von November 1919 bis Anfang Februar 1920 unmöglich aufbauen, ja es war nicht einmal das Ziel. Vor allem Kapp glaubte, daß ihm im gegebenen Augenblick die gesamte Reichswehr durch die Autorität des Generals v. Lüttwitz zur Verfügung stehen würde. Auch mußte die genauere Orientierung der militärischen und politischen Gruppen sowohl die Geheimhaltung gefährden wie erhebliche Differenzen über Weg und Ziel des Umsturzes heraufbeschwören. Niemand konnte beispielsweise erwarten, daß die beiden Rechtsparteien sich dem Kreis um Ludendorff, Kapp und Pabst einfach unterordnen würden.

Keine Schwierigkeiten bereitete dagegen die Zusammenarbeit mit der betont rechtsstehenden Presse, denn die Herabsetzung der Regierungspolitik und des Parteienstaates war ein gemeinsames Anliegen. Regelmäßig konnte Oberst Bauer auf Pressekonferenzen vor Vertretern der Kreuzzeitung, der Deutschen Zeitung, der Deutschen Tageszeitung und der Täglichen Rundschau im Sinne der Vereinigung wirken. Verantwortlich für die Pressearbeit war Bauers Berater Dr. Schnitzler, der die entsprechenden Texte für die Pressekonferenzen vorbereitete[2]). Außerdem bestanden direkte Verbindungen der Redakteure zu Kapp und Lüttwitz. Graf Westarp, für den innenpolitischen Teil der Kreuzzeitung verantwortlich, beteiligte sich sogar an gesetzgeberischen Vorbereitungen für die geplante Kapp-Regierung. Seine Leitartikel waren auf die Absichten von Kapp abgestimmt und sollten „die Stimmung für eine Anwendung von Gewalt" vorbereiten[3]). Als das geeignetste Mittel hierzu wurde die Betonung der Gefahr des kommunistisch-bolschewistischen Bürgerkrieges angesehen. Obwohl diese, wie Westarp in seinen Aufzeichnungen zugibt, nachgelassen hatte, sprach er von einer immer stärkeren Bedrohung. Als Ziel des Kommunismus bezeichnete er vor allem die Vernichtung des Privateigentums. Gleichzeitig erinnerten seine Artikel an die revolutionären Absichten der USPD und die Gewaltverbrechen bei ver-

---

[1]) Abgedruckt bei Gumbel, Verschwörer, S. 17.

[2]) Anklageschrift, S. 3, Nachlaß Kapp. Schemann, Wolfgang Kapp, S. 136. Am 4. 2. 1920 machte z. B. Ehrhardt in einem Brief an Kapp auf eine Rede Dr. Heims gegen die Reichsregierung aufmerksam, die „in unserer Presse doch ordentlich ausgeschlachtet werden" müßte; zugleich empfahl er ein weiteres Thema für Dr. Schnitzler. Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 5, Nr. 1456630. Zum Schriftenvertrieb der DNVP siehe die Angaben bei Liebe, a.a.O., S. 146, Fußnote 197.

[3]) Westarp-Manuskripte T. II, S. 81.

gangenen linksradikalen Aufständen[1]). Von Weihnachten 1919 ab begründete er die Zuspitzung der bolschewistischen Gefahr mit dem drohenden Angriff Rußlands auf Polen. Die Regierung habe dagegen durch ihre verfehlte Politik den Radikalismus gefördert, aus Parteiinteresse Ostpreußen von Truppen entblößt und erhöhe nun durch die Reduzierung der Reichswehr die bolschewistischen und kommunistischen Erfolgsaussichten[2]).

Der Propagandaarbeit gleichwertig war die Heranziehung rechtsstehender Organisationen und Persönlichkeiten. Die ständige Gefahr eines Zugriffs der Regierung und die Wirkung bestimmter Personen auf die öffentliche Meinung erforderten jedoch gewisse Zurückhaltung. Aus solchen Gründen blieb schon Ludendorff im Hintergrund, obgleich keine wichtige Entscheidung ohne seine Zustimmung gefällt wurde. Einmal sollte das Unternehmen durch seine unleugbare Unpopularität im In- und Ausland nicht belastet, darüber hinaus aber auch Ludendorff bis zum sicheren Erfolg nicht gefährdet werden[3]). Es bestand jedoch in dem Kreis um Kapp kein Zweifel, daß er im entscheidenden Augenblick hinter den Kulissen und nach dem Erfolg offiziell einen ausschlaggebenden Einfluß bekommen würde[4]). Bereits im Juli 1919 hatte Kapp den ehemaligen Berliner Polizeipräsidenten v. Jagow für den Posten des preußischen Innenministers gewonnen. Im Herbst fragte er den Oberfinanzrat Bang, ob er bei einem Regierungswechsel das Finanzministerium übernehmen würde. Während Jagow und Bang zustimmten, lehnte der deutschnationale evangelische Abgeordnete Pfarrer D. Traub Anfang Februar 1920 das ihm angebotene Kultusministerium mit der Begründung ab, seine bekannte liberale theologische Einstellung würde das Mißtrauen „der rechtsstehenden Kreise" in der evangelischen Kirche und erst recht der katholischen Kirche wie des Zentrums wachrufen. Auch könne er sich als Abgeordneter „nicht an einem gewaltsamen Schritt beteiligen". Traub schlug statt dessen Prof. Adolf v. Harnack oder Prof. v. Wilamowitz vor. Lange konnte er indessen die Enttäuschung seines langjährigen politischen Freundes nicht ertragen und erklärte schließlich seine Bereitschaft zur Mitarbeit[5]). Zum Wirtschaftsminister hatte Kapp den Sanitätsrat Dr. Georg

[1]) Westarp in der Kreuzzeitung vom 31. 8., 21. 9., 23. 11., 30. 11. 1919 und 4. 1. 1920, nach Westarp-Manuskript T. II, S. 82 ff. Brief Westarps an General v. Vietinghoff vom 21. 2. 1920, ebenda, S. 89 f.

[2]) Westarp in der Kreuzzeitung vom 28. 12. 1919, 11. 1. und 8. 2. 1920, siehe Manuskript, S. 85 ff. Nach seinem Artikel vom 29. 2. drohte die „Vernichtung aller Kultur und Zivilisation in Deutschland". Auf den Einwand des Grafen Mirbach aus Ostpreußen, solche massiven Artikel machten die Bevölkerung mutlos, antwortete Westarp mit der Begründung, seine Propaganda wolle die Heeresverminderung verhindern und die Aufstellung von Einwohnerwehren fördern, außerdem habe er ernst zu nehmende Nachrichten über einen geplanten Vormarsch der Roten Armee auf Polen. Ebenda, S. 90 ff.

[3]) Mitteilung Pabsts. Schemann, Wolfgang Kapp, S. 127 f.

[4]) Mitteilung Pabsts. Ebenso der Direktor des Pommerschen Landbundes, v. Dewitz, in einem Brief an Ludendorff vom 3. 3. 1920, abgedruckt bei Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 77.

[5]) Aussage Bangs im Jagow-Prozeß, Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 28. Traub-Manuskript, S. 188.

Wilhelm Schiele auserwählt[1]). Schiele war seit 1917 ausschließlich politisch oder als Schriftsteller auf volkswirtschaftlichem Gebiet tätig. Als kommender Landwirtschaftsminister galt der Vorsitzende des Bundes der Landwirte, Rittergutsbesitzer Konrad Freiherr v. Wangenheim. Er war ein besonders rühriges Mitglied des engeren Kreises um Kapp und Lüttwitz. Das Außenministerium war dem Schwiegersohn des Admirals v. Tirpitz, Ulrich v. Hassell, zugedacht, der damals als Botschaftsrat in Rom tätig war[2]).

Wie schwierig die Gewinnung selbst ausgesprochen rechtsstehender Persönlichkeiten für eine Beteiligung war, zeigt das Beispiel in Schlesien. Im Spätherbst 1919 wurde Prof. v. Freytagh-Loringhoven im Auftrage Kapps nach Berlin gerufen und von Pabst über den geplanten Umsturz unterrichtet. Freytagh-Loringhoven lehnte die ihm angebotene Stelle des Oberpräsidenten von Breslau mit dem Hinweis auf einen geeigneteren Kandidaten ab, übernahm aber die Vorbereitung für den Raum Schlesien. Seine Hauptaufgabe war es, für die geplanten Neubesetzungen geeignete Regierungspräsidenten, Polizeipräsidenten und Landräte zu finden. Das bereitete jedoch „erhebliche Schwierigkeiten", denn „ein sehr großer Teil der ins Auge gefaßten Herren wollte nichts riskieren und gab ausweichende Antworten"[3]). Sehr viele waren durchaus geneigt, aber erst wenn der Putsch sich durchgesetzt hätte. Ein weiteres Dilemma war die notwendige Geheimhaltung. Einerseits konnte nur eine allgemeine Unterrichtung erfolgen, andererseits mußte man sichere Zusagen haben. Freytagh-Loringhoven behauptet, daß trotz der gegebenen Versprechen überall geplaudert worden sei.

Wenn Pabst bei den wiederholten Besuchen der verantwortlichen Vertrauensmänner in Berlin jeweils auf die „ungeheuren Fortschritte in den anderen Provinzen" hinwies, sicher unter dem Gesichtspunkt des Ansporns, so war man allgemein bis Anfang März von einer ausreichenden Vorbereitung noch weit entfernt[4]). Ohne Zweifel war es auch ein Nachteil, daß auf Provinz- und Länderebene aus Geheimhaltungsgründen keine Absprachen zwischen zivilen und militärischen Stellen getroffen werden sollten. Die Reichswehr blieb damit zwar vor einem eventuellen Zugriff gedeckt, aber im Augenblick des Putsches mußte sich das fehlende Einvernehmen über die zu ergreifenden Maßnahmen und die Ziele des Unternehmens empfindlich bemerkbar machen. Freytagh-Loringhoven, der diese Mängel besonders hervorhebt, mußte freilich bei seinem ersten Besuch

---

[1]) Nicht zu verwechseln mit Dr. Martin Schiele, dem deutschnationalen Abgeordneten und späteren Reichsminister. Schemann, a.a.O., S. 135.

[2]) Mitteilung Pabsts.

[3]) Freytagh-Loringhoven, Briefe, 51. Textauszüge auch bei Liebe, a.a.O., Fußnoten 225 und 231.

[4]) Mitteilung Pabsts. Freytagh-Loringhoven, Briefe, S. 52, dort das Zitat. Siehe auch Liebe, a.a.O., S. 149.

in Berlin während eines Gespräches mit Ludendorff feststellen, daß schon zwischen ihren Absichten erhebliche Differenzen bestanden[1]).

Bei den an der Vorbereitung beteiligten Persönlichkeiten ist das Übergewicht der Deutschnationalen nicht zu übersehen. In Schlesien sollte der deutschnationale Abgeordnete v. Kessel-Oberglauche Oberpräsident werden. Außerdem wurde Freytagh-Loringhoven von seinen Parteifreunden Graf Seidlitz-Olberndorf, Geheimrat Gruetzner und dem schlesischen Generallandschaftsdirektor, Graf Carmer-Zieserwitz, unterstützt. In Berlin gehörten Kapp, Graf Westarp, Traub, Schiele und v. Jagow ebenfalls der DNVP an[2]). Trotz dieser Parteizugehörigkeit kann eine Zustimmung der DNVP zur Vorbereitung eines Umsturzes nicht behauptet werden. Der Parteivorsitzende Hergt lehnte vielmehr für sich und die Partei eine Beteiligung ab. In noch stärkerem Maße trifft dies für Stresemann und die DVP zu. Die personelle Beteiligung der Deutschen Volkspartei war sehr gering, sie ist nur bei dem Abgeordneten Dr. Maretzky und Dr. Cremer bekannt[3]). Obgleich Kapp während des Bestehens der Vaterlandspartei und seit 1918 durch seine Mitgliedschaft engere Verbindung zum Alldeutschen Verband besaß, hielt der Vorsitzende Claß den Verband stark zurück. Nach seinen Erfahrungen aus den letzten Kriegsmonaten glaubte Claß nicht, daß eine gegenrevolutionäre Volksbewegung in Gang gebracht werden könnte. Das Vorstandsmitglied Oberfinanzrat Dr. Paul Bang hatte sich zwar gegenüber Kapp zur Übernahme des Reichsfinanzministeriums bereit erklärt, besaß aber nicht die Billigung des Verbandsvorsitzenden. Nach dem Verfasser der Geschichte des Alldeutschen Verbandes hat Claß erstens „die ganze Vorbereitung des Schlages für unzureichend gehalten", zweitens sich wegen bestehender Gegensätze zu Kapp, aus früheren Auseinandersetzungen innerhalb der Vaterlandspartei, nicht beteiligt und drittens die vorherrschende Stellung Ludendorffs abgelehnt[4]).

Sehr eng waren die Beziehungen Kapps zu den Heimat- und Landbünden. Die Heimatbünde entstanden fast ausschließlich in den preußischen Ostprovinzen und in Bayern. Ihr Ziel war es, die Bauern zu einem politischen Faktor zu machen, nationales Gedankengut zu verbreiten und das Deutschtum in den von Abtretungen bedrohten Ostgebieten zu festigen. Politisch standen sie der DNVP nahe, in Schlesien und Bayern jedoch mehr dem Zentrum. Sehr bald gingen diese Vereinigungen in den Landbünden auf, die als die eigentliche Standesvertretung der Bauern galten. Der Geschäftsführer des ostpreußischen Heimatbundes, Major Alfred Fletcher, bis zum Herbst Führer der Baltischen Landeswehr, arbeitete eifrig für das Anliegen seines Freundes Kapp. In Bayern hatte gleichfalls der Heimatbund die Leitung der politischen Vorbereitungen übernommen.

---

[1]) Freytagh-Loringhoven, Briefe, S. 50—52.

[2]) Ebenda, S. 51. Ferner Westarp-Manuskript, S. 75 und 76 f.

[3]) Traub-Manuskript, S. 188. Mitteilung Pabsts.

[4]) Alfred Kruck, Geschichte des Alldeutschen Verbandes, S. 148 f.

Das Vorstandsmitglied des Brandenburgischen Landbundes, Rittergutsbesitzer Walter Stubbendorff, und der Direktor des Pommerschen Landbundes, Johann-Georg v. Dewitz, nahmen häufig an internen Sitzungen der Vereinigung in Berlin teil[1]). Als Keimzelle an den Universitäten entwickelte sich der „Hochschulring Deutscher Art". Die Koordinierung und Stärkung der gegenrevolutionären Strömungen unter den Studenten steckte jedoch im Februar 1920 noch in den Anfängen[2]).

Die notwendigen Gelder für diese umfangreiche Tätigkeit entstammten mehreren Quellen. Aus Ostpreußen erhielt Kapp Geldmittel, die zur Bekämpfung des von Osten drohenden Bolschewismus aufgebracht wurden. Den Hauptanteil dürfte Ludendorff besorgt haben. Fehrmann, in leitender Position bei Hugo Stinnes beschäftigt, hatte ihm als Vertrauensmann der westdeutschen Schwerindustrie 1,5 Millionen zugesichert, die in Monatsraten von 125 000 Reichsmark gezahlt wurden. Die Zahlungen endeten jedoch aus unbekannten Gründen im Januar 1920. Da nach dem Putsch Ludendorff von Oberst Bauer gebeten wurde, an Fehrmann und Helfferich wegen neuer Mittel heranzutreten, scheint auch Helfferich die Nationale Vereinigung unterstützt zu haben. Von Pabst und Anneliese Kapp werden Hugo Stinnes, der bereits die Aufstellung der Freikorps mit großen Summen gefördert habe, Geheimrat Dr. Duisberg von den Bayer-Werken als Geldgeber sowie Verbindungen zur Gutehoffnungshütte, zu MAN und zur Schichau-Werft genannt[3]). Es kann mit einiger Sicherheit angenommen werden, daß die erwähnten Geldgeber nicht an die Unterstützung eines Umsturzes dachten. Oberst Bauer bemühte sich nach dem mißglückten Unternehmen, bei Fehrmann, Duisberg und Krupp den begangenen „Hochverrat" als Erfindung politischer Gegner hinzustellen und die Mehrheit der Mitglieder der Nationalen Vereinigung von der Putschplanung auszuschließen. Die Geldgeber dürften also vielmehr eine allgemeine Stärkung der rechtsstehenden Verbände und ihrer Propaganda im Hinblick auf linksradikale Aufstände sowie zur Vorbereitung kommender Reichstagswahlen beabsichtigt haben[4]).

7. *Uneinigkeit und Widersprüche in der Zielsetzung*

Der Grundgedanke aller politischen Überlegungen in der Reichswehr war die Schaffung einer starken Exekutive, die in erster Linie von parteipolitischen Rücksichten unabhängig sein sollte. Diesem Ziel dienten auch die mehrfachen Versuche von Groener, Lüttwitz, Maercker, Pabst und Ehrhardt, eine dikta-

[1]) Schemann, Wolfgang Kapp, S. 136. Gumbel, Verschwörer, S. 26.

[2]) Siehe den Briefwechsel von Februar und Mai 1920 im Nachlaß Bauer 29.

[3]) Siehe den Briefwechsel im Nachlaß Bauer 29. Weitere Hinweise durch Mitteilungen von Anneliese Kapp und Major Pabst und im Bericht des Staatskommissars v. Berger vom 18. 3. 1920 an den preußischen Ministerpräsidenten über seine Tätigkeit in Verbindung mit dem Putsch, Anhang: „In Sachen Kapp"; Nachlaß Heine 35, S. 4 und 6.

[4]) Briefwechsel im Nachlaß Bauer 29, besonders die Abschriften seiner Briefe vom 23. 4. 1920.

torische Regierung unter Noske durchzusetzen. Solange jedoch Noske ablehnte, war die große Mehrheit der Offiziere nur bei einem linksradikalen Umsturz zum geschlossenen Eingreifen bereit. Über diese Tatsache war der Kreis um Kapp und Ludendorff unterrichtet. Es bestand ebenfalls kein Zweifel, daß bei einem erneuten Versuch, die Räterepublik zu erzwingen, den Kräften der Gegenrevolution eine breite Zustimmung des Volkes entgegenkommen würde. Wenn auch die Politiker und Offiziere in der Nationalen Vereinigung die kommunistisch-bolschewistische Gefahr sehr ernst nahmen und ihre Sorge nicht unberechtigt war, so wäre ihnen gleichwohl ein linksradikaler Aufstand nicht ungelegen gewesen. Dann hätten sie die Führung im Kampf gegen die revolutionären Kräfte übernehmen, den Spartakismus endgültig niederschlagen und dabei eine diktatorische Regierungsgewalt leichter durchsetzen können[1]). Nach dem Putsch versuchte namentlich Ludendorff, die Umsturzvorbereitungen allein als Schutzmaßnahmen vor einem kommunistischen Aufstand hinzustellen[2]).

Zweifellos war ein Teil der Nationalen Vereinigung nur an der Abwehr der kommunistisch-bolschewistischen Gefahr interessiert, jedenfalls erst bei einer akuten Gefahr von links zum Handeln bereit[3]). Kapp, Ludendorff und Oberst Bauer wollten dagegen den Umsturz zum frühesten Termin. Für sie war der Kommunismus nicht das Hauptangriffsziel. Oberst Bauer hoffte sogar, die linksradikalen Kräfte als Bündnispartner im Kampf gegen die Siegermächte und die Regierungsparteien gewinnen zu können. Das erste Ziel des Unternehmens war für Kapp und seine engsten Vertrauten, wie Pabst dem schlesischen Vertrauensmann Freytagh-Loringhoven erklärte: Absetzung der Regierung, Auflösung der Nationalversammlung, ein Fachminister-Kabinett unter Kapp, Wahl eines neuen verfassunggebenden Reichstages und allmähliche Loslösung von den Bindungen des Versailler Vertrages[4]). Auf einen kommunistischen Aufstandsversuch zu warten, hielt Kapp sogar für falsch, denn er glaubte keineswegs, daß die bestehende Regierung einem solchen Angriff hilflos gegenüberstehen würde. Er war im Gegenteil davon überzeugt, daß sie sich in dem Abwehrkampf mit der Unterstützung der Reichswehr und aller bürgerlichen Kräfte weiter festigen würde. Um das zu vermeiden, wollte er vor dem von ihm erwarteten kommunistischen Aufstand die Regierungsgewalt übernehmen und dann im Kampf gegen den Kommunismus die von ihm angestrebte staatliche Ordnung festigen[5]).

[1]) Nach dem Brief von Dewitz an Ludendorff vom 3. 3. 1920, Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 77, Aussagen von Ludendorff und Dewitz im Jagow-Prozeß, ebenda, S. 74 und 79. Siehe auch Anklageschrift, S. 5 f.

[2]) So im Jagow-Prozeß, Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 79.

[3]) Anklageschrift, S. 3, Nachlaß Kapp. Die Nationale Vereinigung ist nach dem Putsch auch nicht wegen Hochverrats angeklagt oder aufgelöst worden.

[4]) Nach Freytagh-Loringhoven, Briefe, S. 50. Siehe auch Westarp-Manuskript T. II, S. 76. Die Darstellung der Absichten Oberst Bauers stützt sich auf eine Mitteilung von Herrn Major Pabst.

[5]) Wolfgang Kapp, Verteidigungsschrift, S. 13. Nachlaß Kapp.

Noch aus einem weiteren Grunde wollte Kapp nicht länger warten. Er erkannte, daß die Zeit gegen seine Absichten arbeitete. Nachdem bereits das Inkrafttreten der Verfassung und die daraus folgende Vereidigung der Reichswehr sowie der Beamtenschaft die Durchsetzung einer neuen Regierungsgewalt erheblich erschwert hatten, drohte im Frühjahr 1920 die Verminderung der Reichswehr mit der Auflösung der leichter zum Putsch geneigten Freikorps. Außerdem ließ die Erregung über den Friedensvertrag langsam nach und das rechtsstehende Bürgertum begann, sich mit den neuen staatlichen Verhältnissen abzufinden. So wurden die Voraussetzungen für ein Gelingen des Putsches für Kapp von Monat zu Monat ungünstiger[1]).

Wenn nach dem Unternehmen die unmittelbar Beteiligten Traub, Schiele, v. Jagow und v. Wangenheim vor dem Reichsgericht bestritten, verfassungsändernde Absichten verfolgt zu haben, so entspricht diese Deutung nicht den Plänen Kapps. Es ist unwahrscheinlich, daß die zu Ministern ausersehenen Persönlichkeiten über den wahren Charakter des Unternehmens nicht genügend unterrichtet waren. Traub ist nach dem Putsch auch in einer privaten Aufzeichnung bei der Meinung geblieben, daß „wir die Absicht hatten, den Kommunisten-Aufstand im Westen abzuwarten", und das Unternehmen durch Lüttwitz „auf ein falsches Geleis" geschoben worden sei[2]).

Entscheidend ist in diesem Zusammenhang in der Tat, daß Lüttwitz sich von anderen politischen Vorstellungen als Kapp leiten ließ. Während Lüttwitz, wie Kapp zugibt, „im wesentlichen nur" ein „Ministerium von Fachmännern" und vom Frühjahr 1920 an Wahlen für den Reichstag als Ziel des geplanten Unternehmens betrachtete, also keine „gewaltsame Änderung der Verfassung" erstrebte, verfolgte Kapp „andere weitere Ziele": „War ich erst mit Hilfe der Truppe in der Macht", so konnte die „politische Lage in die von mir gewünschten Bahnen übergeleitet werden"[3]).

Es ist bezeichnend für Kapps politisches Denken, daß er eine politische Massenbewegung nicht als Voraussetzung für sein Unternehmen betrachtete. Er war kein Parteipolitiker, der um die Gunst des Volkes rang, sie durch Rede und Presse zu gewinnen suchte, sondern blieb der beamtenhaften Tradition verbunden. Die Richtlinien der Politik sollten nicht von der Zustimmung der Massen abhängen, sie waren für Kapp vielmehr ein Ergebnis von Sachverstand und „objektiven" Maßstäben. Er rechnete mit der Unterstützung durch die Reichswehr, die Beamtenschaft und die Rechtsparteien. Die Wirkung eines

[1]) Wolfgang Kapp, Zur Vorgeschichte, S. 15 und 20 f., ebenda.

[2]) Traub, Bemerkungen zum Kapp-Unternehmen. Weitere Aussagen bei Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 43 f., 70, 72 und in der Anklageschrift, S. 114 f. Siehe auch Westarp-Manuskript T. II, S. 77.

[3]) Wolfgang Kapp, Verteidigungsschrift, S. 4. Nachlaß Kapp. Die Meinung, dadurch der Verfassung zu ihrem Recht zu verhelfen, betont Lüttwitz u. a. in seiner Zuschrift an die Kreuzzeitung, in Nr. 387, 12. 8. 1920.

Militärputsches mit einer Regierung unter seiner Führung auf die Mehrheitsparteien, die Gewerkschaften und die Linksopposition beeinflußte seine Pläne nicht. Im Gegenteil, sein Unternehmen sollte der Abhängigkeit der Regierung von den Parteien ein Ende bereiten. Für ihn gehörte an die Spitze einer Regierung „der politische Führer", der „nicht von der Gunst der öffentlichen Meinung getragen, sondern dieser durch die Stärke seines Könnens und Wollens den Stempel seiner Überlegenheit aufzudrücken weiß"[1]). Gegenüber Lüttwitz und anderen Offizieren vertrat er sogar die Auffassung, daß selbst die Rechtsparteien zu politischer Führung ungeeignet seien: „Eine Schicksalswende des deutschen Volkes würde nicht in dieser furchtbaren Zeit durch den Stimmzettel und durch die politischen Parteien nationaler Richtung herbeigeführt werden können, ... Auch sie seien nur zu sehr geneigt, aus taktischen Erwägungen dem demokratischen Geiste, der das ganze Volk angefressen, Rechnung zu tragen, anstatt durch freien Bekennermut ... das deutsche Volk wieder zur Besinnung zu bringen[2])." Für Kapp hatte das parlamentarische System „abgewirtschaftet", daher sollte die Parteienregierung durch eine vorläufige Diktatur ersetzt werden[3]). Da er glaubte, „die Bevölkerung werde ihn als Erlösung begrüßen" und die Truppe „geschlossen" den Befehlen von Lüttwitz gehorchen, drängte er seit Herbst 1919 den General, ohne Rücksicht auf die Abmachungen mit den Truppenkommandeuren gegen die Regierung vorzugehen[4]).

Lüttwitz war jedoch nicht bereit, Gewalt anzuwenden, „so lange nicht einer der mit den Generalen verabredeten Fälle" eintrat[5]). Außerdem stand er unter dem Einfluß der Offiziere seines Stabes, die ihm die Undurchführbarkeit seiner Pläne immer wieder vorhielten und ihre Mitarbeit verweigerten. Hinzu kamen die erheblichen Unterschiede in den politischen Zielen. Lüttwitz teilte nicht den Optimismus von Kapp und Ludendorff; er fühlte vielmehr, daß dem politischen Willen des Volkes Rechnung getragen werden mußte und beabsichtigte nicht, bestimmte Regierungsparteien in die Opposition zu drängen, ein neues Wahlrecht einzuführen und eine neue Verfassung zu erzwingen. Er wollte lediglich eine stärkere Exekutive, die mit Unterstützung der Reichswehr alle politischen Unruhen und Streiks unterbinden sollte. Wohl sprach der General in erregten Augenblicken von „Dazwischenschlagen", aber er kannte die Abneigung seiner Truppenführer und wollte vor allem ihren Wunsch nach weiterer Beteiligung

[1]) Wolfgang Kapp, Zur Vorgeschichte, S. 2a, Nachlaß Kapp.

[2]) Wolfgang Kapp, ebenda, S. 20. Das Dokument 16, Anhang S. 313 f., bringt einen Auszug aus Kapps Niederschrift über seinen Gegensatz zu den militärischen Stellen.

[3]) Wolfgang Kapp, Zur Vorgeschichte, S. 21. Dies wurde auch von Traub, Schiele und Jagow vor dem Reichsgericht zugegeben, siehe Anklageschrift, S. 115 und 117, Nachlaß Kapp. Vgl. auch den Bericht des Staatskommissars v. Berger, In Sachen Kapp, S. 2, Nachlaß Heine 35, und die Angaben im Westarp-Manuskript. T. II, S. 97.

[4]) Nach Lüttwitz, Im Kampf, S. 97 f. Ähnlich auch der Bericht Bergers, In Sachen Kapp, S. 5, Nachlaß Heine 35.

[5]) Lüttwitz, ebenda, S. 99.

angesehener Sozialdemokraten berücksichtigen. Lüttwitz erschien dies zunächst „absurd", aber nachdem ihm selbst von sozialdemokratischer Seite Hoffnungen gemacht worden waren, kam er von dieser Idee nicht mehr los[1]).

Der Grundgedanke, daß nur bei Einbeziehung der Arbeiterschaft eine neue Regierung Erfolgsaussichten habe, war durchaus richtig. Aber jede diktatorische Regierung, noch dazu mit einem „bürgerlichen" Programm, mußte die große Mehrheit der SPD in das Lager der USPD geradezu hineintreiben. Es war auch nichts gewonnen, wenn bei der Auswahl der Sozialdemokraten ihre Eigenständigkeit gegenüber der Partei ausschlaggebendes Kriterium war, wie Lüttwitz und Pabst es wünschten, daß sich die SPD-Minister über die Wünsche ihrer Parteigenossen hinwegsetzen sollten. Eine Kabinettsliste mit den Ministern Hugenberg-Kapp-Noske-Heine-Severing-Südekum blieb Illusion, auch wenn Eberts Reichspräsidentschaft weiter bestand; mindestens jeder SPD-Politiker war isoliert, der sich daran beteiligte[2]). Daß diese im Tagebuch Schnitzlers erwähnte Kabinettsliste im Kreis um Kapp und Lüttwitz ernsthaft erwogen wurde, kann nicht bezweifelt werden, denn, von Kapp abgesehen, lehnte nie jemand die Beteiligung von Sozialdemokraten an einer neuen Regierung ab. Für Lüttwitz dürfte die Regierungsbildung erst unmittelbar vor dem 13. März ein drängendes Problem geworden sein, da er das gewünschte Fachminister-Kabinett in Verhandlungen mit der bestehenden Regierung erzwingen wollte. Ihm ging es ja nicht um eine abgeänderte Parteienkoalition, sondern gerade um eine von den Parteien unabhängigere Regierungsgewalt, die ein stärkeres Heer und die Beendigung aller politischen wie wirtschaftlichen Unruhen durchzusetzen bereit war. Vieles spricht dafür, daß Lüttwitz sich erst am 13. März nach der Flucht der legalen Regierung zu einer Kabinettsbildung durch Kapp entschloß. Über die geplante weitere Entwicklung des Unternehmens hat sich Lüttwitz in seinen Memoiren nicht klar genug ausgesprochen. Dort wird nur betont, er habe Ebert und Noske in Verhandlungen zwingen wollen, „unsere Wünsche gegebenenfalls auf dem Wege der Diktatur" zu realisieren und „keinen Umsturz" im Sinne gehabt[3]). Er bedauerte, daß die passive Haltung der bürgerlichen Parteien und des

[1]) Nach der Aussage des Generals v. Oldershausen im Jagow-Prozeß, Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Nr. 1463124. Weitere Angaben hierzu im Tagebuch Schnitzlers vom 7. 10. 1919, ebenda, Rolle 5, Nr. 1456632. Ferner Lüttwitz, Im Kampf, S. 98 f., und die Aussage Ludendorffs bei Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 75.

[2]) Nach dem Aktionsprogramm sollten Noske und Ebert bleiben sowie Heine das preußische Justizministerium erhalten, siehe Brammer, a.a.O., S. 65 und 67. Pabst ist auch heute noch überzeugt, daß Heine, Südekum und Winnig beim Gelingen des Putsches in ein Kabinett Kapp eingetreten wären (Mitteilung Pabst). Das Abweichen dieser Politiker von der Parteilinie hatte in der SPD bereits mehrfach zu scharfen Protesten geführt, siehe das Protokoll des SPD-Parteiausschusses vom 13. 12. 1919, S. 7; Winnig, Heimkehr, S. 266 f., 279 ff. und 285 ff.; Krüger, Diktatur oder Volksherrschaft, S. 34. Die Angaben über das geplante Kabinett von Hugenberg bis Südekum bei Schnitzler, Mein „Anteil" am 13. 3. 1920, Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Nr. 1462945.

[3]) Lüttwitz, Im Kampf, S. 118 und 121.

Gruppenkommandos 2 eine „nachhaltige Umwälzung" verhindert habe[1]). Lüttwitz glaubte, die Regierung mit Gewalt zur Annahme seiner Forderungen zwingen zu können. Die sich daraus ergebenden Konsequenzen, Verletzung der Verfassung, Empörung der Regierungsparteien, Herausforderung des Linksradikalismus, Widerstand der Regierung und die zwangsläufige Weiterentwicklung zum Staatsstreich, sofern er nicht alles aufgeben wollte, hat Lüttwitz allem Anschein nach nicht bedacht[2]).

Völlige „Weltfremdheit auf politischem Gebiet", wie Freytagh-Loringhoven es nannte, zeigte sich bei Ludendorff. Allen Ernstes glaubte er, die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften „mit der von Kapp geplanten Ordnung, die doch im wesentlichen auf eine Wiederherstellung der Verhältnisse der Vorkriegszeit hinauslief", versöhnen zu können[3]). Noch unverständlicher werden diese Verständigungsabsichten, wenn man das Urteil Kapps über die SPD hinzuzieht, das Ludendorff gekannt haben muß. Kapp war der Überzeugung, daß die SPD Deutschlands Niedergang aus Parteiinteressen gewünscht, „planmäßig seit Beginn des Jahres 1917 vorbereitet" und „in den innerpolitischen Verfassungskämpfen bis zum November durchgeführt" habe[4]). Gerade die Sozialdemokratie wollte er mit der Gegenrevolution bekämpfen, „diesen Verbrechern und Vaterlandsverrätern" die Regierungsgewalt entreißen[5]).

Freilich stand er mit diesen weitgehenden Absichten ziemlich allein und konnte sich der gestellten Bedingung, „Ebert und Noske zum Eintritt in die neu zu bildende Regierung aufzufordern", nicht widersetzen. Er blieb jedoch überzeugt, daß solche Angebote ohnehin abgelehnt werden würden[6]). Die sehr unterschiedlichen Auffassungen über das Ziel des Unternehmens, die auch am 13. März noch bestanden, sind die Ursache für die Halbheiten, Widersprüche und Passivität im Handeln der führenden Personen gewesen. Lüttwitz, der die Mitarbeit führender Sozialdemokraten erwartete, überließ die politische Führung Kapp, der eine konservative Diktatur errichten wollte, die gegen die SPD vorgehen sollte; daraus konnte nur Unheil erwachsen.

Eine sehr geringe Bedeutung hatte die Frage der Monarchie. Obgleich alle führenden Gegenrevolutionäre Monarchisten waren, wollten sie die beabsichtigte Umwälzung damit nicht belasten, vielmehr zu einem späteren Zeitpunkt nach entsprechender Vorbereitung, Pabst spricht von mehreren Jahren, darüber eine Volksabstimmung abhalten. Sie wollten damit nicht nur den Vorwurf der Gegner

[1]) Ebenda, S. 125. Heinze erklärte im Jagow-Prozeß zu seinen Unterredungen mit Lüttwitz: „Wenn ich ihn gefragt hätte: Was wollen Sie eigentlich? so würde er das wahrscheinlich selber nicht gewußt haben." Brammer, a.a.O., S. 62.

[2]) Siehe die Aussagen von Seeckt und Heinze, ebenda, S. 62 f.

[3]) Nach Freytagh-Loringhoven, Briefe, S. 50.

[4]) Kapp, Zur Vorgeschichte, S. 18 f., Nachlaß Kapp.

[5]) Ebenda. Ähnlich in seinem Brief vom 22. 9. 1920 an Oldenburg-Januschau, Nachlaß Kapp.

[6]) Kapp, Verteidigungsschrift, S. 28 f., Nachlaß Kapp.

im In- und Ausland abschwächen, reaktionäre Ziele zu verfolgen, sondern auch die Auseinandersetzungen um die Personenfrage in den Rechtskreisen vorläufig vermeiden[1]). Der DVP-Fraktionsführer, Dr. Heinze, gab im Oktober vor der Nationalversammlung zu, daß seine Partei keinen Monarchen präsentieren könne[2]). Neben der Rückkehr des Kaisers wurde die Thronbesteigung des Kronprinzen oder des Prinzen August-Wilhelm diskutiert. Kapp wollte jedoch den Anschluß Deutsch-Österreichs dadurch nicht erschweren und Pabst ohne Rücksicht auf die Rechte einer bestimmten Dynastie allein nach Qualifikation auswählen. Ludendorff und Oberst Bauer traten dagegen für den Kronprinzen ein. Vom Dezember 1919 ab hat sich allerdings innerhalb der Nationalen Vereinigung kaum noch jemand mit der Wiedererrichtung der Monarchie beschäftigt[3]).

Die zunehmende Behutsamkeit, mit der diese Frage von da an behandelt wurde, beruhte teilweise auch auf dem Übereifer, den ein Kreis um Oberst Bauer im Herbst 1919 zum Schaden der Monarchie entwickelt hatte. Auf Vorschlag des Hauptschriftleiters der Deutschen Zeitung, Reinhold Wulle, schickte Oberst Bauer seinen Hauptagenten, Ignaz Trebitsch-Lincoln, mit einem Sonderauftrag im September 1919 nach Amerongen. Er sollte den Kaiser zum endgültigen Thronverzicht bewegen. Schon die Verhandlungen mit dem Adjutanten des Kaisers verliefen indessen negativ[4]). Anfang Oktober fuhr Trebitsch-Lincoln erneut nach Holland, diesmal zum Kronprinzen nach Wieringen. Am 15. Oktober wurde er auf Grund eines Empfehlungsschreibens von Oberst Bauer vom Kronprinzen empfangen. Die Gespräche wurden jedoch noch am gleichen Tage abgebrochen, nachdem der Kaiser davon erfahren und seinem Sohn ein Telegramm gesandt hatte[5]). Trebitsch-Lincoln bereitete daraufhin Meldungen über den „Geisteszustand" des Kaisers und eine Propagandaaktion für die Rückkehr des Kronprinzen vor[6]). Bald danach wurde Oberst Bauer vom Kronprinzen gebeten, seinen Vertrauten zurückzuziehen, der „außerordentlich aufdringlich" sei[7]). Die Kontakte zwischen dem Kronprinzen und Bauer brachen nicht voll-

[1]) Mitteilung Pabsts.

[2]) Stenographische Berichte, Bd. 330, 10. 10. 1919, S. 3010. Kaufmann, Monarchism, S. 56 und 68.

[3]) Mitteilung Pabsts. Zur Stellungnahme der DNVP zur Monarchie siehe Dokument 15, Anhang S. 313.

[4]) Trebitsch-Lincoln, Der größte Abenteurer des XX. Jahrhunderts?, S. 151 ff. In den Einzelheiten ist dieses interessante Buch wenig brauchbar, die Grundtatsachen finden jedoch an anderen Stellen ihre Bestätigung. Siehe die Aussagen Tr.-L. vor Gericht im März 1921 und den Bericht des Freiherrn v. Hünefeld, Adjutant des Kronprinzen, vom 24. 10. 1919, beides im Nachlaß Bauer 26 und 27.

[5]) Trebitsch-Lincoln, Abenteurer, S. 154. Das Empfehlungsschreiben für Tr.-L. vom 8. 10. im Nachlaß Bauer 26. Aussagen von Tr.-L. vor Gericht, Nachlaß Bauer 27, S. 98 und 103 ff. Bericht Hünefelds vom 24. 10., Nachlaß Bauer 26.

[6]) Brief Trebitsch-Lincolns an Major Kummer (ebenfalls Adjutant des Kronprinzen) vom 17. 10. 1919 und an Hünefeld vom 22. 10., Nachlaß Bauer 26.

[7]) Brief Kummers an Bauer vom 27. 10., Nachlaß Bauer 26.

ständig ab, doch führten politische Meinungsverschiedenheiten zu einer Abkühlung der Beziehungen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang noch, daß Trebitsch-Lincoln am 17. Oktober in einem Brief an den Adjutanten ein geheimes politisches Unternehmen ankündigte, das bei geschickter Führung „zum endgültigen Siege" führen werde. Nach den ersten Erfolgen des Putsches erschien dann auch Freiherr v. Hünefeld als Abgesandter des Kronprinzen in Berlin. Während er von Oberst Bauer nicht empfangen wurde, erklärte ihm Pabst, daß eine Rückkehr des Kronprinzen außen- und innenpolitisch unmöglich sei[1]). Es ist möglich, daß Bauer im Frühjahr 1920 keine monarchistischen Absichten mehr hatte, um die von ihm erstrebte Verständigung mit Sowjetrußland und der sozialistischen Arbeiterschaft als Ausgangsbasis für die Revision des Versailler Vertrages nicht zu erschweren.

Damit sind weitere außen- und innenpolitische Gegensätze in der Nationalen Vereinigung angedeutet worden. Während es Bauer in dem bereits erwähnten Gespräch mit Colonel Ryan nur um die Neutralisierung Englands ging, das von ihm als Todfeind Deutschlands angesehen wurde, bemühten sich Lüttwitz und Pabst bei General Malcolm um eine Verständigung auf antibolschewistischer Grundlage. Diese Gespräche vermittelte und förderte der Industrielle Arnold Rechberg. Nach Pabst hat Malcolm dabei das englische Interesse an einer starken bürgerlichen Regierung in Deutschland erkennen lassen[2]). Pabst erklärte im November 1919 Freytagh-Loringhoven, „man dürfe darauf rechnen, daß England dem Umschwung freundlich gegenüberstehe"[3]). Lüttwitz und Pabst waren indessen geneigt, die vorsichtigen Äußerungen einiger englischer Offiziere in Sympathie für ein militärisches Eingreifen der Reichswehr in die Innenpolitik umzudeuten. Wohl konnten die Verteidiger der Demokratie bei einem linksradikalen Aufstand mit englischer Unterstützung rechnen. An der Ersetzung der demokratischen Regierung durch eine Militärdiktatur war jedoch unter den Westalliierten niemand interessiert. Der britische Botschafter, Lord Kilmarnock, machte Mitte Februar die deutsche Regierung im Auftrage des britischen Außenministers ausdrücklich auf die Vorbereitung eines Putsches aufmerksam und am 8. März erklärte General Malcolm in einer Unterredung mit Oberst Bauer, daß die Alliierten jeden gewaltsamen Regierungswechsel ablehnten[4]).

Die letzten Sympathien in englischen Kreisen dürften die Verschwörer verloren haben, als Annäherungsversuche aus ihren Reihen an Sowjetrußland be-

[1]) Trebitsch-Lincoln an Kummer, siehe auch seinen Brief an Oberst Bauer vom 20. 1. 1920, beide Briefe im Nachlaß Bauer 26. Zum Besuch Hünefelds in Berlin, Tr.-L. vor Gericht, Nachlaß Bauer 27, S. 13, und Mitteilung Pabsts.

[2]) Mitteilung Pabsts.

[3]) Freytagh-Loringhoven, Briefe, S. 49 f.

[4]) Documents on British Foreign Policy, First Series, Vol. IX, Dokumente Nr. 30 und 223, S. 38 und 253 f. Zu der Interventionspolitik gegen die Sowjetunion mit Hilfe Englands siehe auch Wipert v. Blücher, Deutschlands Weg nach Rapallo, S. 96 f.

kannt wurden. Damit sind nicht die Absichten Kapps und des Generals v. d. Goltz gemeint, denn diese suchten zwar in Rußland einen Bundesgenossen für die Revision des Versailler Vertrages, aber sie meinten ein Rußland, in dem mit Hilfe deutscher Truppen die Gegenrevolution zum Siege geführt worden war[1]). Unberechenbar wurde die Kapp–Ludendorff-Gruppe vielmehr durch die Absicht Oberst Bauers, sich mit dem Bolschewismus zu verbünden. Schon im Sommer 1919 hatte er den Vertrauten Lenins in Deutschland, Karl Radek, mehrfach aufgesucht und mit ihm über eine gemeinsame Diktatur von Arbeiterschaft und Offizierkorps gesprochen. Nach Radek wurde in diesen Gesprächen ebenfalls von der Sowjetunion als dem natürlichen Verbündeten Deutschlands gegen die Westmächte gesprochen[2]). Weiterhin kam es zu Besprechungen mit dem Vertreter der Sowjetunion, Victor Kopp, der in Berlin eine Fürsorgestelle für russische Kriegsgefangene leitete. In diesen Unterredungen wurde davon ausgegangen, daß beide Staaten von den Westmächten und Polen bedroht seien, und der deutsche Unterhändler machte daher den Vorschlag, die Sowjetregierung möge auf die deutschen Linksradikalen einwirken, den kommenden Putsch nicht zu bekämpfen. Moskau ging jedoch auf diese Vorschläge nicht ein, vielmehr ließ man der britischen Regierung darüber Nachrichten zukommen[3]). Diese eigenartigen Pläne Bauers stießen bei Kapp und Lüttwitz, soweit sie überhaupt davon wußten, auf Ablehnung. Doch ließen sie Bauer eine gewisse Freizügigkeit, in der Hoffnung, dadurch die Linksradikalen in Deutschland neutralisieren zu können. Der Industrielle Arnold Rechberg schrieb 1921 an Ludendorff, er habe im Februar 1920 Kapp vor Verhandlungen mit der linksradikalen Arbeiterschaft gewarnt, da Moskau offenbar nur einen Militärputsch hervorlocken wolle, doch hätten Kapp und Oberst Bauer nicht auf ihn gehört[4]).

Als General v. Lüttwitz am 11. März den Befehl zur Besetzung Berlins gab, zeigte sich nicht nur die fehlende politische Übereinstimmung, sondern auch, daß die unmittelbaren Voraussetzungen einer politischen Machtergreifung weitgehend fehlten. Die Besprechungen in der Nationalen Vereinigung waren im Grunde wenig konkret. Den Schwerpunkt bildeten Vorträge über die politische und wirtschaftliche Lage. Ausgiebig beschäftigte sich ein Kreis um Kapp mit der geplanten Verfassungsreform und neuen Gesetzen. Es gab einen engeren Ausschuß, der zugleich mit den Vorbereitungsarbeiten auch die Aussichten eines Unternehmens bedenken sollte. Er befaßte sich mit der Prüfung von Verfassungs-

[1]) Siehe den Brief Kapps an Oberst Heye vom 5. 7. 1919, Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 5, Nr. 1456478 ff.

[2]) Ruth Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus, S. 252. Einige Hinweise auch bei Schüddekopf, Linke Leute von rechts, S. 90 und 121 ff. Ferner Wheeler-Bennett, Die Nemesis der Macht, S. 144 ff.

[3]) Lord Riddell, Intimate Diary, S. 177, und Leopold Schwarzschild, Von Krieg zu Krieg, S. 178 f., nach Schüddekopf, Linke Leute von rechts, S. 90 f.

[4]) Nach Mitteilungen von Pabst. Den Brief Rechbergs an Ludendorff erwähnt Eberhard v. Vietsch, Arnold Rechberg . . ., S. 59.

entwürfen, der Abfassung von Aufrufen, dem Gesetzgebungsprogramm und der Auswahl der zukünftigen Minister und Oberpräsidenten. Doch all diese Bereiche befanden sich Anfang März noch im Stadium der Diskussion[1]). Die „Voraussetzungen für das Gelingen des Staatsstreiches" wurden dagegen in diesem Gremium nicht erörtert[2]). Oberst Bauer behauptete nach dem Putsch, „daß eigentlich weder militärisch noch politisch besondere Vorbereitungen getroffen waren, woran ja die Sache auch zum Teil gescheitert ist"[3]). In den Ländern und Provinzen war mit Ausnahme von Ostpreußen, Schlesien, Pommern, Brandenburg und Bayern „so gut wie nichts geschehen", westlich der Elbe nicht einmal begonnen worden. Ebenfalls bestanden kaum verbindliche Kontakte zu allen militärischen Stellen[4]). Pabst erklärte als Verantwortlicher für die Organisation bei den Besprechungen im engsten Kreise dann auch immer wieder, sobald Ludendorff und Kapp zum Handeln drängten, daß der Stand der Organisation noch keine Aktion zulasse und versuchte die in Erwägung gezogenen Termine hinauszuschieben. Es war für Pabst unmöglich, in wenigen Monaten ganz Deutschland mit einer ausgebauten Geheimorganisation zu überziehen, noch dazu bei einem ausgesprochenen Mangel an geeigneten Mitarbeitern[5]).

Wenn namentlich Kapp trotz der ungenügenden politischen Vorbereitung seit Herbst 1919 auf den Umsturz drängte, so verleitete ihn dazu sein Vertrauen auf die Reichswehr und die Unterschätzung der politischen Gegenkräfte. Er sah in der sorgfältigen Beachtung der herrschenden politischen Meinungen keine notwendige Voraussetzung für das Gelingen eines gegenrevolutionären Unternehmens, denn solche Rücksichten waren nach seiner Ansicht ja gerade der Fehler der Rechtsparteien[6]). Er wollte den um Einfluß auf die Politik ringenden und von den Interessen der Wähler abhängigen Parteien mittels einer Diktatur die Staatsgewalt entziehen, ohne freilich einzugestehen, daß auch seine Staatsauffassung weltanschaulich und interessenmäßig gebunden war. Für ihn stellte die militärische Gewalt den entscheidenden Faktor dar und hing der Erfolg von Befehlsgewalt und Gehorsam ab. Einer seiner engsten Vertrauten hat ihm die bezeichnende Äußerung zugeschrieben: „Wenn wir etwas unternehmen, so ist es ein Staatsstreich. Das bedeutet: Nur auf dem alten preußischen Befehlsweg geht die Sache vor sich. Der höchstkommandierende Militär befiehlt —, und alle nachgeordneten Zivil- und Militärstellen gehorchen[7])." Damit schien ihm

[1]) Lüttwitz, Im Kampf, S. 99. Westarp-Manuskript T. II, S. 77; ein Teil der Ausführungen Westarps im Dokument 17, Anhang S. 314 f.

[2]) Westarp-Manuskript T. II, S. 77.

[3]) Bemerkungen Bauers zu seiner Schrift, Der 13. März, S. 2 f., Nachlaß Bauer 29.

[4]) Freytagh-Loringhoven, Briefe, S. 52.

[5]) Mitteilung Pabsts.

[6]) Kapp, Zur Vorgeschichte, S. 19 f.

[7]) Schiele, Kurze Geschichte der Vaterländischen Bewegung, S. 9. Siehe auch Westarp-Manuskript T. II, S. 96 ff., und den Brief Kapps an Westarp vom 20. 8. 1920, Nachlaß Kapp.

das Eidesproblem gelöst. Nur die Spitze würde „gegen das formale Recht" verstoßen, alle untergebenen Stellen aber „im Wege der gewohnten Ordnung" weiterarbeiten[1]). Den Beamten und Offizieren sollten persönliche Entscheidungen möglichst entzogen werden. Er verließ sich außerdem auf die zweifellos bestehende Sympathie der Ministerialbürokratie für die alte Ordnung und eine „allgemeine Begeisterung der nationalen Kreise"[2]).

Diese optimistischen Auffassungen über die Durchführung des Staatsstreichs legten das Schwergewicht der Vorbereitungen auf den militärischen Bereich und die gesetzgeberischen Pläne. In einer Studiengruppe der Nationalen Vereinigung waren alle seit 1918 erlassenen Gesetze auf ihre weitere „Eignung" durchgesehen worden. Der eigentliche Verlauf des Umsturzes wurde von Kapp kaum erwogen, denn das sollten die Militärs übernehmen. Größten Wert legte Kapp allerdings auf die Verhaftung der Regierung, um Offizieren und Beamten den Gehorsam gegenüber einer neuen Regierung zu erleichtern. Kapp konnte auch wegen seiner Tätigkeit in Königsberg nur gelegentlich in Berlin an der Planung des Unternehmens arbeiten und war außerdem im Januar und im Februar 1920 wegen einer Grippe mehrere Wochen zur Untätigkeit verurteilt. Von dieser Krankheit hatte sich der sonst so unverwüstliche Mann Anfang März noch nicht erholt[3]).

Als weitere Ursache der fehlenden Bereitschaft am 13. März muß das überraschende Vorgehen des Generals v. Lüttwitz berücksichtigt werden, der durch seine ultimativen Forderungen beim Reichspräsidenten Ebert am 10. März sich selbst und den Kreis um Kapp zu einem gewaltsamen Vorgehen gegen die Regierung zwang[4]).

---

[1]) Kapp, Zur Vorgeschichte, S. 23, Nachlaß Kapp.

[2]) Ebenda.

[3]) Bericht Bergers, In Sachen Kapp, S. 3, Nachlaß Heine 35. Ferner die Aussagen Ludendorffs bei Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 74 f. und 78; nach Ludendorff war auch Pabst von Ende Januar bis Ende Februar erkrankt.

[4]) Kapp, Zur Vorgeschichte, S. 15, behauptet, daß Ende März oder Anfang April als endgültiger Termin festgesetzt worden sei. Eine Bestätigung dieser Behauptung findet sich in dem Brief des Direktors des Pommerschen Landbundes, v. Dewitz, an Ludendorff von Anfang März, siehe Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 83. Nach einer Mitteilung von Pabst war dagegen das Unternehmen frühestens für Spätsommer geplant.

III. Kapitel

Der Ausbruch des Putsches

1. *Lüttwitz widersetzt sich den befohlenen Entlassungen*

Mit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages am 10. Januar 1920 konnten die zivilen Verschwörer mit einer weiteren Verschärfung der Gegensätze zwischen Reichswehr und Regierung rechnen. Nun wurde die Auslieferung der sogenannten Kriegsverbrecher und die Reduzierung der Reichswehr auf 100000 Mann akut. Es war nicht damit zu rechnen, daß die Truppe widerstandslos der Erfüllung beider Forderungen durch die Regierung zusehen würde.

Auf den Kommandeurversammlungen am 24. Juni und 26. Juli 1919 war deutlich die Nichtauslieferung verlangt worden. Anfang Februar 1920 ließ auch Seeckt keinen Zweifel daran, daß die Auslieferung „gegebenenfalls durch die Reichswehr mit Gewalt verhindert" würde[1]). Am 9. Februar rief Seeckt als Chef des Truppenamtes die Abteilungschefs des Reichswehrministeriums zu einer Konferenz und erklärte seine Auffassung für den Fall der Erfüllung dieser Forderung durch die Regierung. Er erklärte sich bereit, die Auslieferung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern. Für den Fall militärischer Sanktionen durch die Siegermächte gingen seine strategischen Pläne dahin, im Westen hinhaltenden Widerstand zu leisten, mit der Masse der Truppe Polen niederzuwerfen und sich dann mit den Sowjets zu verbinden, die sich gewandelt hätten und etwa der rechten Sozialdemokratie entsprächen. Jede Verminderung an Heeresgut und Truppenstärke werde in Zukunft nur noch auf dem Papier erfolgen. Bezüglich der Regierungsgewalt scheint Seeckt an eine Militärdiktatur unter Noske gedacht zu haben. Die entsprechenden Anweisungen zur Erhaltung der Wehrkraft trugen Noskes Unterschrift und wurden mit Hoffnungen auf die Beibehaltung eines größeren Heeres durch Vertragsrevision begründet[2]). Am 11. Februar erging ein geheimer Erlaß des Chefs der Heeresleitung, General Reinhardt, der allen Truppenkommandeuren zur Pflicht machte, ihre Formationen „mit allen Mitteln zu größtmöglichem Grad der Kriegsbereitschaft in Form und Ausbildung zu heben"[3]). Den schärfsten Akzent gegen die Regierung hatte die Kommandeurversammlung vom 8. 2. unter Lüttwitz,

[1]) Seeckt in seinem Brief an Feldmarschall v. Mackensen vom 6. 2. 1920, nach Rabenau, Seeckt, S. 214.

[2]) Albert Grzesinski, Im Kampf um die deutsche Republik, Manuskript, S. 88 f. Diese Angaben in ähnlicher Formulierung bei Grzesinski, Inside Germany, S. 83, nach Wheeler-Bennett, a.a.O., S. 92 f.

[3]) Nach Ernst, Nachlaß Reinhardt, S. 97 f.

der seinen Offizieren mitteilte: Wenn die Regierung die militärischen Forderungen nicht erfülle, habe er „als der älteste aktive General der Armee die Pflicht", diese durch Auflehnung gegen die Regierung durchzusetzen[1]). Er nannte besonders die Beibehaltung eines größeren Heeres einschließlich der schweren Artillerie. Während nach Ehrhardt alle Kommandeure zustimmten, lösten Lüttwitz' Erklärungen im Reichswehrministerium große Entrüstung aus[2]).

Die deutsche Regierung war sich schon im Herbst 1919 über die Gefahren dieser alliierten Forderung klargeworden. Entweder gab sie nach und erzeugte zugleich eine Welle „nationaler" Empörung gegen die Republik oder die Alliierten würden die Forderung durch Sanktionen erzwingen. Nachdem das Ausmaß der Liste am 3. Februar bekanntgeworden war, gab es keinen Zweifel mehr, „daß hier ein Nachgeben oder auch nur ein Zögern unmöglich" war[3]). Der Regierung gelang es schließlich, England und Frankreich von der Unmöglichkeit der Durchführung sowie den schwerwiegenden Folgen in Deutschland bei einem Versuch der Auslieferung zu überzeugen[4]). Man einigte sich auf ein Sondergericht in Leipzig, womit die Kriegsverbrecherfrage im Sande verlief.

Eigentlich war dies ein Erfolg der Regierung und ihrer Parteien. Sie hatte außerdem Verständnis für die Erregung in der Reichswehr und den Rechtsparteien gezeigt und sich ernsthaft bemüht, eine einheitliche Abwehr der Forderung zustande zu bringen. Die Rechtspresse gönnte den Regierungskräften indessen keinen Erfolg in nationaler Richtung. Ihre Propaganda ging weiter und richtete sich in dieser Frage nun gegen das mühsam errungene Sondergericht in Leipzig[5]).

Für den Kreis um Kapp hatte dieser Erfolg allerdings einen Nachteil. Zwar war ein nationales Anliegen erstmalig mit Erfolg gegenüber den Alliierten trotz der Zusage im Friedensvertrag verteidigt worden, aber damit auch eine ideale Ausgangsbasis für einen Staatsstreich verlorengegangen. Freilich versteifte man sich nicht auf den Fall der Auslieferung oder einer Zuspitzung in der Entlassungsfrage.

---

[1]) Freksa, Kapitän Ehrhardt, S. 163.

[2]) Lüttwitz in einem Brief an Anneliese Kapp vom 27. 4. 1931, Nachlaß Kapp.

[3]) Nachlaß Koch 11, Tagebuch, 4. 2. 1920, S. 388, ähnlich S. 389 und 392 f. Zur Unsicherheit des Kabinetts im Herbst 1919 siehe Haußmann, Schlaglichter, S. 294 und 300, ferner Nachlaß Koch 11, Tagebuch vom 16. 10., S. 315 ff.

[4]) Siehe hierzu den Bericht des Colonel Thelwall vom 8. 12. 1919, Documents, First Series, Vol. VI, S. 497. Sowohl von Koch als auch von kommunistischer Seite wird die wirksame Unterstützung der deutschen Belange durch General Malcolm betont, Nachlaß Koch 21, Tagebuch vom 27. 2. 1920 und Lapis Durus (Pseudonym), Die Bedeutung der Nichtauslieferung, in: Die Internationale, 1. 4. 1920, S. 1. Lapis Durus begründet das englische Entgegenkommen mit den Worten: „Zunächst darf, wer die Revolution bekämpfen will, in keinem Lande die Gegenrevolution schwächen. Diesem Umstande haben es unsere ‚Helden' zu verdanken, daß der Becher, aus dem sie vor französischen Gerichten Bescheid tun sollten, jetzt an ihnen vorübergegangen ist." Lapis Durus, ebenda, S. 5. Siehe auch Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution, S. 448.

[5]) Vgl. Haußmann, Schlaglichter, S. 301. Nachlaß Koch 11, Tagebuch, S. 385, 388, 389, 391, 395 und 400.

Eine für Schnitzler bestimmte Notiz vom 25. Februar enthält den Vorschlag, das Unternehmen als „Sturz der Regierung zwecks Neuwahlen" zu bezeichnen[1]). Aber eine auch nur annähernd ähnlich günstige Gelegenheit war vorläufig nicht zu erwarten, denn zweifellos hätte kein Offizier eine Regierung weiterhin anerkannt, die sich zur Vollstreckerin der Auslieferungsforderungen gemacht hätte.

Bei der nun akut werdenden Entlassungsfrage, die in Verbindung mit einigen innenpolitischen Forderungen Lüttwitz zum Handeln veranlaßte, konnte von allgemeiner Zustimmung des Volkes zu den Forderungen der Militärs keine Rede mehr sein. Die Regierung mußte an der Heeresverminderung interessiert sein, denn die damit verbundene Auflösung der noch bestehenden Freikorps nahm den Rechtsextremisten die gefährlichste Waffe aus der Hand und befreite die Republik somit von einer ständigen Bedrohung[2]). Im Januar 1920 hatte die Reichswehr einschließlich der Freikorps eine Stärke von etwa 250000 Mann. Die Alliierten forderten bis zum 10. April die Verminderung auf 200000 und bis zum 10. Juli auf 100000. Die Kopfstärke der Kriegsmarine war auf 15000 begrenzt worden[3]). Die herannahende Entlassungswelle führte begreiflicherweise in der Truppe zu erheblicher Unruhe, da fast alle bleiben wollten. Überdies war an eine schnelle und günstige Unterbringung in Erwerbsstellen bei der schlechten wirtschaftlichen Lage nicht zu denken. Die größte Empörung herrschte in den Freikorps, deren vollständige Auflösung bevorstand. Sie wurde geschürt durch die rechtsstehende Presse, die ständig ein größeres Heer als dringend notwendig bezeichnete. Außerdem wurde weniger die Forderung des Friedensvertrages, sondern mehr der angebliche Wille in der Regierung, das Heer möglichst klein zu halten, als tiefere Ursache betrachtet. Kein Wunder, daß der Gedanke diskutiert und verbreitet wurde, durch Druck auf die Regierung oder Bildung eines reichswehrfreundlicheren Kabinetts die Entlassung zu verhindern.

Lüttwitz empfand die Heeresverminderung aus zwei Gründen als unerträglich. Erstens verlor er mit der Auflösung der Freikorps seine Hausmacht. Während nämlich die regulären Einheiten den Brigade- und Wehrkreiskommandeuren unterstanden, waren die Freikorps Lüttwitz unmittelbar unterstellt. Unter seinem Befehl hatten sie den Kommunismus niedergeschlagen, für ihre Belange hatte sich der General stets in besonderer Weise eingesetzt; nicht ohne Grund wurde er „Vater der Freikorps" genannt[4]). Waren diese politisch zum Teil radikalisierten Einheiten erst aufgelöst, stand Lüttwitz für Gewaltmaßnahmen keine zuverlässige Truppe mehr zur Verfügung. Der zweite und wichtigere Grund

---

[1]) Die Notiz ist abgedruckt bei Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 68. Zu den Hoffnungen der Kapp-Gruppe in der Auslieferungsfrage, Schiele, Kurze Geschichte, S. 6.

[2]) Schiele, a.a.O., S. 7. Ferner Lüttwitz in der Kreuzzeitung vom 12. 8. 1920, Nr. 387.

[3]) Die Angaben zur Heeresverminderung nach Noskes Aussage im Jagow-Prozeß, Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Nr. 1463110.

[4]) Freksa, Ehrhardt, S. 162. Aussage Seeckts im Ehrhardt-Prozeß, Nachlaß Luetgebrune Mikrofilm, Rolle 12, Nr. 1462638 f.

für seinen Widerstand war die Sorge vor dem Angriff der bolschewistischen Truppen auf Polen. Er war überzeugt, daß im Sommer Polen dem russischen Angriff erliegen, danach die Rote Armee an der deutschen Grenze stehen und dann der Linksradikalismus in Deutschland zum entscheidenden Schlage ausholen würde. Angesichts dieser nicht unbegründeten Befürchtung mußte die Regierung nach Lüttwitz' Auffassung bei den Alliierten ein größeres Heer durchsetzen, oder es konnte mit einer gewaltsamen Änderung des politischen Kurses nicht länger gewartet werden[1]). Lüttwitz war um so mehr von einem Verhandlungserfolg bei den Westmächten überzeugt, als er in persönlichen Gesprächen mit General Malcolm von der Interalliierten Militärkommission auf Verständnis für ein 200000-Mann-Heer gestoßen war. Ob bei intensiven Bemühungen der deutschen Regierung etwas erreicht worden wäre, läßt sich nicht beantworten. Noske hat trotz mehrfacher Gespräche mit Malcolm an keinen Erfolg in dieser Frage geglaubt. Offenbar gab es in England ein gewisses Entgegenkommen, solange die Auseinandersetzung zwischen der Sowjetunion und Polen nicht entschieden war[2]).

Lüttwitz war entschlossen, die Auflösung der Freikorps zu verhindern. Machte die bestehende Regierung Schwierigkeiten, mußte sie eben geändert werden. Der einfachste Weg führte über Neuwahlen, und damit begann das Interesse des Generals an den Forderungen der Rechtsparteien. Es bestand kein Zweifel, daß Neuwahlen den Rechtsparteien erheblichen Stimmenzuwachs bringen würden und bei der Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk Hindenburg gute Aussichten hatte. Mit der Unterstützung der Neuwahl-Forderung waren drei Vorteile verbunden: erstens setzte sich Lüttwitz für legale Ziele ein, zweitens wurde der Staatsstreich überflüssig, und drittens konnte er dabei der Zustimmung aller Kommandeure sicher sein. Gingen die Regierungsparteien auf diese Forderungen nicht ein, blieb freilich nur noch der Putsch mit der Kapp-Gruppe, der er sich nun immer enger anschloß.

Trotz gegenteiliger Vorstellungen seines Stabschefs beeinflußte Lüttwitz daher seine Kommandeure, die angekündigten Entlassungen vorläufig nicht durchzuführen. General v. Oldershausen, der die kommunistisch-bolschewistische Gefahr weniger sorgenvoll betrachtete und bei ruhiger Entwicklung einen allgemeinen Aufstieg in Deutschland erwartete[3]), meldete darauf mit Major v. Hammerstein General Seeckt die geheimen Absichten ihres Befehlshabers[4]).

Seeckt, der noch Anfang Februar in der Auslieferungsfrage mit Lüttwitz

---

[1]) Lüttwitz, Im Kampf, S. 110. Westarp-Manuskript T. II, S. 85 f.

[2]) Lüttwitz, Leitfaden für meine Verteidigung, S. 8, Nachlaß Bauer 29. Noske, Erlebtes, S. 158 f.

[3]) Seeckt im Ehrhardt-Prozeß, Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Nr. 1462638 f. Oldershausen im Jagow-Prozeß, ebenda, Nr. 1463125.

[4]) Zur Entfremdung zwischen Lüttwitz und seinen Stabsoffizieren: Oldershausen, ebenda und im Ehrhardt-Prozeß, ebenda, Nr. 1462673; Seeckt im Ehrhardt-Prozeß, ebenda, Nr. 1462639 f.

zusammen weitere Entlassungen abgelehnt hatte, wollte von einem Widerstand gegen die Regierung nichts wissen[1]), nicht nur, weil er Gewaltmaßnahmen für aussichtslos hielt, sondern auch wegen seiner entgegengesetzten Beurteilung der Argumente von Lüttwitz. Erstens wollte er die eigenwilligen Freikorps der Befehlsgewalt Lüttwitz' entziehen und auf die Reichswehrbrigaden verteilen. Zweitens erstrebte er die Verständigung mit Sowjetrußland, das sich gegenüber der weißrussischen Bewegung durchgesetzt habe. Eine bolschewistische Gefahr war für ihn nicht vorhanden. Sowjetrußland suche vielmehr die Freundschaft Deutschlands, dessen industrielle Hilfe es benötige. Wende Deutschland sich gegen Rußland, verliere es die einzige Zukunftshoffnung. Natürlich wollte auch Seeckt ein möglichst großes Heer durchsetzen und drängte darauf, die bevorstehende russische Offensive gegen Polen als Druckmittel bei den Westmächten zu benutzen. Aber der Gedanke, das größere Heer als Schutzmacht vor dem bolschewistischen Rußland zu halten, schied für ihn völlig aus. Die innerdeutsche Befriedung sollte keine konservative Diktatur bringen, wie sie Kapp im Sinne hatte, sondern innere Reformen: Vergesellschaftung der Kohle- und Eisenproduktion, Bodenreform, ein organisch aufgebautes Rätesystem im berufsständischen Sinne[2]). Auf dieser Basis konnte keine Zusammenarbeit mit Kapp und Lüttwitz erfolgen. Im Gegenteil, Seeckt war äußerst interessiert, jegliche Gewaltabsichten zu durchkreuzen. Er dachte nicht daran, Lüttwitz die Truppe zu erhalten, die in erster Linie für einen Umsturzversuch in Betracht kam. Um diese Truppe, die 2. Marinebrigade unter Ehrhardt, geht es in den folgenden Auseinandersetzungen, die den Putsch herbeiführten. Noske schreibt mit vollem Recht in seiner ersten Stellungnahme unmittelbar nach den Märzereignissen: „Ohne den Auflösungsbefehl an die Brigade Ehrhardt wäre der Kappsche Putsch unmöglich gewesen[3])."

Wie kam die Brigade Ehrhardt zu dieser Schlüsselposition? Als Freikorps im Frühjahr 1919 aus der Kriegsmarine hervorgegangen, bestanden die Marinebrigaden zunächst zu einem hohen Prozentsatz aus Offizieren, Fähnrichen und Unteroffizieren. Die 2. Marinebrigade unter dem Befehl ihres Schöpfers, Korvettenkapitän Ehrhardt, hatte ihre Anfangsstärke von einigen Kompanien während der Einsätze in Berlin, München und Schlesien durch ständige Werbung bis zum Winter 1919/20 auf die Höhe von vier- bis fünftausend Mann gebracht[4]).

---

[1]) Grzesinski, a.a.O., S. 88 f. Rabenau, Seeckt, S. 219. Zu Seeckts Konzeption siehe Schüddekopf, Reichswehr, S. 117 ff.

[2]) Siehe Seeckt in seiner Lagebeurteilung vom 26. 2. 1920, Nachlaß Seeckt, Stück 130, ferner seine Denkschrift vom 26. 7. 1920, abgedruckt bei Gessler, Reichswehrpolitik, S. 185 ff., und seinen Bericht vom 31. 7. 1920, Nachlaß Seeckt, Stück 130. Vgl. auch Schüddekopf, Reichswehr, S. 146 ff., und Carsten, a.a.O., S. 78 ff.

[3]) Vorwärts, Nr. 172, 2. 4. 1920.

[4]) Ehrhardts Aussagen zur Geschichte seiner Brigade vor dem Reichsgericht, Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Nr. 1462569 f. und 1462841 ff.; ferner Freksa, Ehrhardt, S. 87 ff. Eine kurze Darstellung mit weiterer Literatur bei Waite, Vanguard, S. 149 f.

Diese Truppe galt als die schlagkräftigste und kampferprobteste Einheit in der Reichswehr[1]). Sie war im Spätherbst in den Raum Berlin verlegt worden und seit Januar 1920 auf dem Truppenübungsplatz Döberitz geschlossen untergebracht[2]). Ihr Kommandeur hatte sich als Torpedobootskommandant in der Skagerrak-Schlacht und später als Flottillenchef durch Tapferkeit mehrfach ausgezeichnet. Er war kein Freund von Verhandlungen oder vielen Worten, verlangte von seiner Truppe unbedingten Gehorsam und war gewohnt, jeden Widerstand rücksichtslos zu überrennen. Scharfe Auslese hatte in Verbindung mit hartem Dienst aus der Brigade eine Eliteformation gemacht, die sicher und zuverlässig alle Befehle ausführte. Sie war jedoch kein seelenloses Werkzeug in der Hand des Kommandeurs. Vielmehr wurde Ehrhardt von seinen Untergebenen als gerechter Vorgesetzter, der selbst unermüdlich für seine Truppe sorgte, fast abgöttisch verehrt[3]).

Die politische Auffassung der Truppe war offen regierungsfeindlich. Als Nachrichtenquelle diente die rechtsstehende Deutsche Zeitung, und häufig erschienen Persönlichkeiten zu Vorträgen über die politische Lage. Ohne Bedenken wurden als Tagesparolen ausgegeben: „Schwarz-Rot-Gold — unglaublich", „Erzberger — Totengräber", „Völkerbund — Unsinn"[4]). Am 9. November 1919 legte eine Abordnung vor dem Bismarckdenkmal am Reichstagsgebäude schwarzweißrote Kränze nieder, weil ein Jahr vorher das Deutsche Reich gestorben sei[5]). Seit dem Winter war das Hakenkreuz zum „nationalen Abzeichen" der Brigade geworden. Nach der Einführung der neuen Reichsfarben machte Ehrhardt die Regierung und Nationalversammlung in einem Tagesbefehl für den Niedergang des Reiches verantwortlich und erklärte zur neuen Flagge: „Mir sagt und ist die neue Flagge nichts. Keine Erinnerung, keine Ruhmestat knüpft sich an sie . . . Aus meinem Hause wird sie nicht wehen." Er werde die Weiterführung der schwarzweißroten Fahnen nicht verbieten[6]). Als nun zu Beginn des neuen Jahres die Verminderung des Heeres akut wurde, was für die

---

[1]) Schiffer-Manuskript, Nachlaß 16, S. 5. Aussage Brünings bei Waite, a.a.O., S. 141. Volkmann, Revolution, S. 336.

[2]) Freksa, Ehrhardt, S. 162.

[3]) Kurz nach dem Putsch fragte ein englischer Offizier Kapitän Ehrhardt, warum seine Soldaten nach Berlin marschiert seien. Erstaunt über diese Frage, soll Ehrhardt geantwortet haben: „Why? Because I told them to! Wasn't that enough?" Siehe J. Morgan, The Disarmament of Germany and After, in Quarterly Review, Oktober 1924, S. 425, nach Waite, a.a.O., S. 163. Reinhardt nannte ihn einen „Führer von fanatischer Energie und schier unerschöpflichem Willen", Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 35.

[4]) Freksa, Ehrhardt, S. 158. Siehe auch ebenda, S. 165, und Ehrhardts Aussage vor dem Reichsgericht, Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Nr. 1462573.

[5]) Freksa, Ehrhardt, S. 161.

[6]) Ebenda, S. 136 f.

Brigade drohende Auflösung bedeutete, war es nur ein kleiner Schritt bis zur offenen Diskussion von Umsturzgedanken[1]).

Am radikalsten verhielt sich das im Spätherbst in die Brigade eingereihte Bataillon Baltikumer, denn es hatte die geringsten Aussichten auf Übernahme in eine reguläre Reichswehreinheit. Fast täglich sprengten sie politische Versammlungen und erregten Skandale[2]). Für die Mehrheit der Brigade war dagegen die Furcht vor endgültiger Entlassung aus dem militärischen Dienst unbegründet. Das aus der Marine hervorgegangene Drittel sollte zum Seedienst zurückkehren. Der Chef der Admiralität, Vizeadmiral v. Trotha, drängte sogar auf die Auflösung der Brigade, da er die vielen Marineoffiziere zum Aufbau der neuen Reichsmarine benötigte[3]). Ehrhardt selbst hat später wirtschaftliche Zukunftssorgen seiner Brigade als Motiv für das Vorgehen am 13. März nicht in Anspruch genommen. Er sei mit Anfragen wegen abzugebender Soldaten geradezu überhäuft worden, und auch in der Brigade habe allgemein das Vertrauen geherrscht, daß bei einer Auflösung für die Zukunft gesorgt sei[4]). Nach der Aussage eines Offiziers der Brigade hat sich die Zukunftssicherung allerdings erst nach dem Putsch günstig entwickelt[5]). Gleich, wie hoch die Zukunftssorgen als auslösendes Moment bewertet werden, sicher waren sie nicht das Hauptmotiv. Dieses ist auch nicht mit der von Ehrhardt betonten bolschewistisch-kommunistischen Gefahr ausreichend bezeichnet. Der Hauptgrund dürfte vielmehr in dem überaus starken Selbstgefühl dieser Truppe gelegen haben, die sich nicht nur als militärische Eliteeinheit, sondern auch als Träger des nationalen Wiederaufstiegs fühlte. Zu sehr hatte man sich über die Schmach von Versailles, das Scheitern des Baltikumunternehmens, die innenpolitischen Unruhen, die häufigen militärfeindlichen Äußerungen, die Parteiendemokratie und die politische Ohnmacht des Reiches ereifert, um ohne eine „nationale Tat" auseinandergehen zu können. Darüber, wie die erwartete neue politische Wirklichkeit praktisch funktionieren sollte, machten sich die Offiziere um Ehrhardt keine Gedanken, aber sie wollten an ihrer Herbeiführung beteiligt sein. Bis dahin mußte die Auflösung verhindert werden, notfalls, indem sie selbst die innenpolitische Wende herbeiführten.

Lüttwitz' Absicht, sich diese zuverlässige und schlagkräftige Truppe in der unmittelbaren Nähe Berlins unter keinen Umständen nehmen zu lassen und die weitere Heeresverminderung nötigenfalls durch eine gewaltsame Umbildung der

[1]) Ebenda, S. 165. Zur politischen Gesinnung der Brigade siehe die folgenden Aussagen im Ehrhardt-Prozeß: Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Nr. 1462844 f. (Ehrhardt); Nr. 1462851 ff. (Ehrhardt); Nr. 1462752 (v. Trotha, Ehrhardts Adjutant); Nr. 1462622 (v. Killinger, Führer der Sturmkompanie).

[2]) Freksa, Ehrhardt, S. 160.

[3]) Aussage Noskes, Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Nr. 1463110; Aussage Trothas, ebenda, Rolle 5, Nr. 1456872.

[4]) Freksa, Ehrhardt, S. 167. Aussage Ehrhardts, Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Nr. 1462573.

[5]) Aussage v. Killingers, ebenda, Mikrofilm, Rolle 12, Nr. 1462622.

Regierung zu verhindern, war daher der Ehrhardt-Brigade aus dem Herzen gesprochen. Ehrhardt war mit oder ohne Lüttwitz ohnehin entschlossen, dem Auflösungsbefehl Gewalt entgegenzusetzen. Nach seinen eigenen Worten hatte er bereits den Entschluß gefaßt, nach Berlin zu marschieren, um die Regierung unter Druck zu setzen: „Ein Befehl von Lüttwitz, als alles meinerseits beschlossen war, hat mich dabei überrascht. Der General übermittelte den Befehl, nach Berlin zu marschieren, am Tage vor dem von mir angesetzten Abmarschtage[1])." Noch in der Nacht vor dem Einmarsch glaubte Oberst v. Thaysen, der mit dem Schutz des Regierungsviertels beauftragt war, daß es sich nur um eine Aktion Ehrhardts handle, der für seine Brigade Versorgungsansprüche durchsetzen wolle. Von politischen Absichten des Generals Lüttwitz war dem Obersten nichts bekannt[2]).

Der Stein kam Ende Februar ins Rollen. Die Alliierten verlangten die Auflösung der Marinebrigaden, denn die Reichsmarine sei auf 15000 Mann beschränkt[3]). Als Seeckt, der die unberechenbaren Freikorps zuerst auflösen wollte, bei Lüttwitz die Zwangslage der Regierung ins Feld führte und zum Nachgeben mahnte, deutete dieser Gewalt an, stritt jedoch einen Staatsstreichplan ab. Ebenso beantwortete Lüttwitz die Frage Reinhardts nach verfassungsfeindlichen Bestrebungen mit dem Hinweis auf seinen geleisteten Eid[4]). Nachdem der Chef des Personalamtes der von Noske und Seeckt erwogenen Verabschiedung des widerspenstigen Generals widerraten hatte, verfügte Noske nach einer scharfen Auseinandersetzung mit Lüttwitz am 29. Februar die Auflösung der Brigaden zum 10. März[5]).

Am 1. März feierte die Brigade Ehrhardt ihr einjähriges Bestehen mit feierlichen Feldgottesdiensten und einer großen Parade. Lüttwitz, Vizeadmiral v. Trotha und eine Vielzahl anderer hoher Offiziere waren eingeladen, jedoch nicht der Reichswehrminister[6]). Die Predigt des evangelischen Geistlichen gipfelte in der Forderung, „die deutsche Kaiserkrone wieder aufzurichten"[7]).

[1]) Aussage vor Gericht, Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Nr. 1462848. Siehe auch Nr. 1462793 und Nr. 1462572 f. Die von Schnitzler angeführte Behauptung, daß Freikorpskommandeure einen Druck auf Lüttwitz ausgeübt hätten, muß daher ernst genommen werden; Schnitzler, Mein Anteil, Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Nr. 1462940 f. und 1462943 f. Vgl. auch Freksa, a.a.O., S. 168.

[2]) Vgl. Dokument 24 im Anhang, S. 321.

[3]) Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Aussage Noske, Nr. 1462641 f., und Aussage Trotha, Nr. 1463115.

[4]) Aussagen von Seeckt und Reinhardt bei Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 62.

[5]) Lüttwitz an Anneliese Kapp, Brief vom 27. 4. 1931, Nachlaß Kapp. Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 203. Rabenau, Seeckt, S. 219.

[6]) Freksa, Ehrhardt, S. 169 f. Nicht am 2. 3., wie Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 203, schreibt.

[7]) Aussage des Brigadeangehörigen Schwan, Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Nr. 1462415. Siehe auch das Stimmungsbild in der Deutschen Zeitung vom 4. 3. 1920. Auszug bei Schüddekopf, Reichswehr, S. 104 f., in dem es u. a. hieß: „Auf dem Felde von Döberitz steht im Schmuck der Waffen die 2. Marinebrigade ... Eine Kerntruppe bester Art, bewährt im Kampf gegen den äußeren und inneren Feind ... Dann Feldgottesdienst unter blauem Frühlingshimmel — wie einst. Nachmittags Sportfest und abends frohes Beisammensein — alles wie einst. Auch das Wetter — Hohenzollernwetter! Nur einer fehlte."

Den Höhepunkt bildete die Ansprache von Lüttwitz, in der er allen Versammelten zurief: „Ich werde nicht dulden, daß mir eine solche Kerntruppe in einer so gewitterschwülen Zeit zerschlagen wird[1])." Damit war der Widerstand gegen den Befehl des Reichswehrministers öffentlich angekündigt.

2. *Lüttwitz greift zum Ultimatum und befiehlt den Marsch nach Berlin*

Unmittelbar nach dem offenen Ungehorsam erlebte der General seine erste Enttäuschung. In einer schriftlichen Resolution erklärte sein gesamter Stab die Nichtbeteiligung bei Gewaltmaßnahmen gegen die Regierung. Namentlich General v. Oldershausen und Major v. Hammerstein baten ihn dringend, sich von Kapp zu trennen, der bei den Linksparteien zu sehr verhaßt sei, um eine ruhige politische Entwicklung gewährleisten zu können. Auch die Vorsitzenden der Rechtsparteien hätten erklärt, sie würden Kapp nicht unterstützen. Als Lüttwitz von seinen Offizieren des Stabes Gehorsam verlangte, hielt ihm Oldershausen das Recht auf Entscheidungsfreiheit bei verfassungswidrigen Maßnahmen entgegen[2]).

Die Offiziere seines Stabes gaben sich damit nicht zufrieden. Bis zum 12. März versuchten sie, Lüttwitz die Aussichtslosigkeit eines Gewaltschrittes klarzumachen, wobei sie die Hilfe der Rechtsparteien und anderer Offiziere in Anspruch nahmen. Hier ist ein wichtiger Einwand berechtigt. Es drängt sich nämlich die Vermutung auf, daß die vielen Besprechungen der folgenden Tage der Orientierung über den geplanten Putsch dienten und erst nach dem unglücklichen Ausgang die Teilnehmer vor Gericht plötzlich alle gewarnt haben wollten. Der Widerspruch ist jedoch unbedeutend. Bei der unsicheren Entwicklung in jenen Tagen war es nur natürlich, daß Offiziere und Rechtspolitiker die gegenseitigen Absichten und möglichen Verhaltensweisen zu erfahren suchten. Im Grunde begleiteten Reichswehr und Rechtsparteien die Bemühungen von Lüttwitz, die Heeresverminderung zu verhindern, mit unverhohlener Sympathie. Nur über den geeigneten Weg gab es Zweifel. Solange nicht Lüttwitz durch ein leichtsinniges Unternehmen die Positionen der Truppe und Rechtsparteien ernsthaft gefährdete, war von dieser Seite kaum jemand bereit, zugunsten der Regierung, Lüttwitz ernsthafte Schwierigkeiten zu machen. Die vielfältigen Bemühungen aus den Kreisen der Rechtsparteien, der Berliner Sicherheitspolizei und der Reichswehr, den erbosten General von Gewaltmaßnahmen abzuhalten, stehen dazu nicht im Widerspruch und waren durchaus ernst gemeint[3]). Die

---

[1]) Freksa, Ehrhardt, S. 170. Siehe auch die Aussage Trothas, Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Nr. 1463116, und Rolle 5, Nr. 1456873 sowie Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 203.

[2]) Lüttwitz an Anneliese Kapp, Brief vom 27. 4. 1931, im Nachlaß Kapp. Aussagen von Oldershausen, Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Nr. 1462674 und 1463125 f.; Aussage von Hammerstein, ebenda, Nr. 1462660. Eine Aussage von Oldershausen hierzu im Dokument 19, Anhang S. 316.

[3]) Lüttwitz, Im Kampf, S. 111.

Behandlung des Generals war ferner durch sein großes Ansehen in der Truppe außerordentlich erschwert; er konnte nicht einfach verabschiedet werden. Letzteres war höchstens geeignet, die Truppe noch enger an ihn zu binden und ihn erst recht an den Umsturzgedanken zu ketten[1]).

Zuerst besprach Oldershausen sich am 2. März mit dem Stabschef der Berliner Sicherheitspolizei, Oberst Arens. Diese kasernierte Polizei war im Raum Berlin etwa 9000 Mann stark und damit eine ernstzunehmende bewaffnete Macht. Arens glaubte, die Sipo würde loyal bleiben. Während des Gespräches wurde vereinbart, die Vorsitzenden der Rechtsparteien einzuschalten. Sie sollten Lüttwitz die politischen Folgen seiner Absichten darlegen[2]). Am folgenden Tage besprach Arens die ihm zugegangenen Nachrichten mit Lüttwitz und legte eine Unterredung mit den Führern der Rechtsparteien nahe. Der Vorsitzende der DNVP, Hergt, wurde durch Major v. Oldenburg von der Sipo unterrichtet und noch am gleichen Abend von Arens aufgesucht, der ihm Lüttwitz' Bereitschaft zu einem Gespräch überbrachte. Da Stresemann nicht in Berlin weilte, verabredete sich Hergt mit dem Fraktionsführer der DVP, Dr. Heinze[3]).

Die Unterredung zwischen Lüttwitz, Hergt und Heinze fand am 4. März vormittags statt. Hergt hatte bereits im Laufe des Winters auf Veranlassung von Oldershausen Lüttwitz die politischen Ziele der DNVP dargelegt. Diese liefen, kurz gesagt, auf die Herbeiführung von Neuwahlen hinaus, als deren Ergebnis ein beträchtlicher Rechtsruck und eine andere Regierungskoalition erwartet wurde. Politische oder militärische Umsturzversuche mußten dagegen alles gefährden. Anfang März waren zwei politische Aktionen vorbereitet: erstens eine große Anfrage über den Neuwahltermin, die den gegenwärtigen Zustand als verfassungswidrig bezeichnen sollte, und zweitens die Aufstellung Hindenburgs als Präsidentschaftskandidat. Mochten die Regierungsparteien die Neuwahlen zunächst ablehnen, lange konnten sie sich dieser Forderung nicht entziehen. Hergt war daher über die Absichten von Lüttwitz, die Oldenburg und Arens andeuteten, „außerordentlich befremdet"[4]). In dem Gespräch mit Lüttwitz teilten die Politiker seine Mißstimmung über die auswärtige Politik und die drohende Heeresverminderung, ebenso seine Sorge vor der bolschewistischen Gefahr, aber sie waren entschieden gegen ultimative Forderungen. Das könne sich die Regierung nicht bieten lassen. Auf die Frage, was er bei der erwarteten Ablehnung seiner Forderungen unternehmen wolle, gab Lüttwitz nur zu, keine Rückzugsmöglichkeit mehr zu haben, über die dann geplanten Schritte hüllte er

[1]) Volkmann, Revolution, S. 339.

[2]) Bericht „Über die Stellung der Sicherheitspolizei zu dem Putsch der Kapp und Genossen am 13. 3. 1920" vom 22. 3. 1920, S. 1 f., Nachlaß Heine 36/6. Aussage Oldershausen, Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Nr. 1463126.

[3]) Bericht der Sicherheitspolizei, ebenda, S. 2; Stresemann, Märzereignisse, S. 4. Aussage Hergt, bei Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 19 f.

[4]) Hergt-Aussage, bei Brammer, a.a.O., S. 19 f.

sich jedoch in Schweigen. Es ist keineswegs sicher, daß er dabei an eine Regierung unter Kapp gedacht hat, aber sicher ist seine einseitig militärische Betrachtungsweise. Hergt hat später folgendes Urteil abgegeben: „Er wollte eine Regierung haben, die die militärischen Forderungen im Interesse der Lebensnotwendigkeiten des Volkes erfüllte. Aber wie, ob das im Rahmen der Verfassung oder gegen die Verfassung zu machen wäre, wie man eine Regierung, wenn die gegenwärtige nicht wollte, bekommen könne, das hat er sich gar nicht überlegt[1])." Beide Politiker gaben Lüttwitz deutlich zu verstehen, daß seine Absichten im Volke keine Unterstützung finden würden und daß auch die Rechtsparteien nicht hinter ihm ständen. Zur jetzigen Zeit sei ein Konflikt „Wahnsinn"[2]). Schließlich konnten sie ihn mit den günstigen Möglichkeiten in der Neuwahlfrage beeindrucken, und Lüttwitz erklärte, seine ultimativen Forderungen bis Ende April zurückstellen zu wollen[3]).

Von einem General, der bei Nichtbewilligung durch die Nationalversammlung die notwendigen Geldbeträge mit Gewalt von der Reichsbank holen wollte und bei einer Verhaftung drohte, seine Offiziere würden „alles kurz und klein schlagen"[4]), war eine vorläufige Beruhigung indessen nicht zu erhoffen. Lüttwitz konnte nur dann bis Ende April warten, wenn der Auflösungsbefehl für die Brigade Ehrhardt hinausgeschoben würde. Am folgenden Tage wurden der Kommandeur der Berliner Sicherheitspolizei, Oberst v. Schönstadt, und sein Stabschef, Oberst Arens, zu Lüttwitz gerufen. Oldershausen, der an der Unterredung teilgenommen hatte, berichtete am Nachmittag dem Staatskommissar v. Berger, daß Lüttwitz zu militärischem Druck auf die Regierung entschlossen sei[5]). Er verlangte „gewisse Personalwechsel in führenden Reichsstellen", einmal im Auswärtigen Amt, das die Armeeforderungen gegenüber der Entente nicht genügend vertrete, und außerdem im Wirtschaftsministerium, weil es die Schwierigkeiten auf diesem Gebiet nicht bewältige. Staatskommissar v. Berger, als Leiter des Amtes für öffentliche Ordnung beauftragt, verfassungsfeindliche Vorhaben aufzudecken, stand innerlich auf seiten der Rechtsparteien. Er unterrichtete daher nicht seinen Vorgesetzten, den preußischen Innenminister, oder unmittelbar die Reichsregierung, sondern versuchte, für Lüttwitz' Forderungen eine friedliche Regelung zu erreichen[6]).

[1]) Hergt-Aussage, ebenda, S. 22. Ausführliche Schilderungen bei Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 20 ff.; Anklageschrift, S. 23 f.; Volkmann, Revolution, S. 340 ff. Stenographische Berichte, Bd. 333, S. 5137 ff., 14. 4. 1920 (Kahl, DVP). Siehe auch Lüttwitz, Im Kampf, S. 111.

[2]) Hergt-Aussage, Brammer, ebenda, S. 21. Von Lüttwitz wird ihre Ablehnung bestätigt, Im Kampf, S. 111.

[3]) Hergt-Aussage, ebenda, S. 21 f. Stresemann, Märzereignisse, S. 4 und 30.

[4]) Heinze-Aussage, Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 24.

[5]) Nach dem späteren, aber nicht zuverlässigen Bericht der Sicherheitspolizei gewannen Schönstadt und Arens den Eindruck, daß Lüttwitz nunmehr bereit war, „von seinem Vorhaben Abstand zu nehmen", Bericht, S. 2 f., Nachlaß Heine 36/6.

[6]) Bericht des Staatskommissars vom 18. 3. 1920, S. 6 f., Nachlaß Heine 35. Aussage Oldershausens, Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Nr. 1463126.

Nach einem Vorschlag des Berliner Wehrkreiskommandeurs, General v. Oven, vereinbarten Oldershausen und Berger, Lüttwitz die Übermittlung seiner Forderungen an den Reichspräsidenten nahezulegen, der schon oft durch verständnisvolles Eingehen auf gemäßigte Wünsche den General beruhigt hatte[1]). Sie begaben sich am Vormittag des 6. März zu Lüttwitz. Der General erneuerte zunächst seine Anklagen gegen die Regierung, erläuterte dann seine Forderungen und war mit der Übermittlung durch v. Berger an den Reichspräsidenten einverstanden. Wie schon gegenüber Reinhardt, Hergt und Heinze betonte er, nichts gegen die Verfassung unternehmen zu wollen. Weder die Stellung Eberts und des Reichskanzlers noch die parteipolitische Zusammensetzung des Kabinetts sollten angetastet werden. Er denke nicht daran, „die extremen Ideen rechtsstehender Persönlichkeiten zu unterstützen". Lüttwitz war hier zweifellos subjektiv ehrlich. Er sah jedoch in seinem rein militärischen Denken nicht, daß eine Regierungsumbildung unter militärischem Druck im Rahmen der Verfassung nur durch die Nationalversammlung zu verwirklichen war. Ebenfalls zeigt seine in dieser Unterredung zum Ausdruck gebrachte Überzeugung, die Kommunisten und Unabhängigen würden militärische Aktionen gegen die Regierung nicht behindern[2]), daß er an eine politische Gegenrevolution, die alle sozialistischen und kommunistischen Kräfte herausfordern mußte, nicht gedacht hat und auch nicht voraussah, daß diese politischen Kräfte sein Vorgehen gegen die Regierung als den Beginn der offenen Gegenrevolution ansehen und mit allen Mitteln bekämpfen würden.

Ebert hielt es nach einem kurzen Bericht v. Bergers für das beste, wenn Lüttwitz seine Wünsche selbst vortrage. Bisher habe er den General stets umstimmen können; „der alte Herr sei nun einmal wunderlich"[3]). Das Erscheinen von Lüttwitz wurde auf den 10. März, 18 Uhr, festgesetzt.

Bis zum 10. März fielen indessen Entscheidungen, die eine friedliche Beilegung kaum noch zuließen. Noske, Reinhardt und Seeckt waren entschlossen, die Marinebrigaden fristgemäß aufzulösen. Versuche von Noske und Seeckt am 6. März, den General zur Befolgung des Auflösungsbefehls zu veranlassen, blieben jedoch ergebnislos[4]). Am Sonntag, dem 7. März, kamen Reinhardt, Lüttwitz, Oldershausen mit weiteren Generalstabsoffizieren und Herren der Admiralität bei Noske zusammen, um die Heeresverminderung zu beraten. Dabei widersetzte sich Lüttwitz erneut diesen Maßnahmen, besonders der Auflösung der Marinebrigaden, während Noske und Reinhardt die Durchführung verlang-

---

[1]) Aussage Oldershausens, ebenda.

[2]) Bericht des Staatskommissars vom 18. 3. 1920, S. 7 ff. und S. 14, Nachlaß Heine 35.

[3]) Bericht des Staatskommissars, ebenda, S. 13. Eine Zusammenfassung von Lüttwitz über die Gründe, die ihn zu den Forderungen beim Reichspräsidenten veranlaßten, im Dokument 18, Anhang S. 315 f.

[4]) Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 203. Rabenau, Seeckt, S. 219. Aussage Noskes, Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Nr. 1463112 f. Volkmann, Revolution, S. 342.

ten[1]). Am folgenden Tage ersuchte Reinhardt den die Auflösungsbefehle bearbeitenden General v. Seeckt, gegenüber Lüttwitz festzubleiben. Seeckt war der gleichen Meinung. Er hatte die Einzelheiten mit Oldershausen bereits besprochen und bekräftigte auch nochmals bei Noske den Willen zur Ausführung der befohlenen Verminderung[2]). Reinhardt und Seeckt wollten mit den für unvermeidlich gehaltenen Entlassungen zugleich die Machtstellung des politisierenden höchsten Truppenkommandeurs abbauen und namentlich mit der Auflösung der Brigade Ehrhardt Lüttwitz die Kerntruppe für mögliche Gewaltmaßnahmen nehmen. Seeckt verfolgte daneben aber auch das Ziel, mittels der sich abzeichnenden Unruhen in der Reichswehr seinen Einfluß zu stärken. Wenn Noske Seeckt später den Vorwurf machte, ihn „erst im allerletzten Augenblick" über Lüttwitz' Absichten unterrichtet zu haben, so hatte er dabei Seeckts geheime Absichten angesprochen, die Oberst v. Thaer später in einem Brief an Reinhardt so formuliert: „Letzterer (Seeckt) konnte die Sache, die damals (Oktober 1919) noch ganz harmlose Allüren hatte, unbedingt unterbinden, er konnte auch eine Verabschiedung von Lüttwitz herbeiführen, er wollte aber offenbar durch Denunziation der Sache an Ebert sich selbst an den ersten Posten bringen ... ich glaube, daß er von da ab bis zu dem ein halb Jahr später ausbrechenden Kapp-Putsch dauernd ganz gut orientiert gewesen ist, sein Verhalten aber hauptsächlich danach eingerichtet hat, wie er selber dabei am besten fahren werde[3])."

Am 9. März begaben sich v. Oldershausen, v. Hammerstein und Major v. Stockhausen zu Vizeadmiral v. Trotha, er möge Ehrhardt vor einem Putschversuch warnen. Trotha ließ Ehrhardt sogleich kommen, will jedoch nach seiner späteren Aussage vor dem Reichsgericht auf seine Vorhaltungen keine Antwort bekommen haben[4]). Am gleichen Nachmittag suchte Seeckt den Reichswehrminister auf und hatte später noch eine Besprechung mit dem Reichspräsidenten. Über den Inhalt der Zusammenkünfte sagen die angeführten Quellen nichts aus[5]). Es ist sehr wahrscheinlich, daß Ebert mit Seeckt die ihm durch den Staatskommissar v. Berger übermittelten Forderungen des Generals v. Lüttwitz besprochen hat, denn Seeckt hat mit Noske an diesem Abend über die bevorstehende Unter-

---

[1]) Aussage Noskes, ebenda, Nr. 1463113. Siehe auch Ernst, Nachlaß Reinhardt, S. 99, und Anklageschrift, S. 25.

[2]) Ernst, ebenda, S. 99. Rabenau, Seeckt, S. 219.

[3]) Der Brief vom 14. 4. 1927 an Reinhardt in dessen Nachlaß, siehe Ernst, a.a.O., S. 113. Ferner Noske, Erlebtes, S. 158, siehe außerdem die kritischen Bemerkungen auf S. 166. Seeckts Aussage im Ehrhardt-Prozeß, daß ihm der Kontakt zwischen Lüttwitz und Kapp unbekannt gewesen sei, muß sehr bezweifelt werden, Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Nr. 1462639 f. Vergleiche auch Rabenau, Seeckt, S. 219. Gordon, Reichswehr, S. 104. Freksa, Ehrhardt, S. 162. Aussage Noskes, Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Nr. 1462642.

[4]) Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Aussage von Stockhausen, Nr. 1462664; Aussage von Hammerstein, Nr. 1462661; Aussage von Trotha, Nr. 1462655 und 1463117; Anklageschrift, S. 26.

[5]) Rabenau, Seeckt, S. 220.

redung zwischen Ebert und Lüttwitz gesprochen. Der Reichswehrminister erbat darauf beim Reichspräsidenten seine Teilnahme an dem Gespräch[1]).

Ob Seeckt mit Noske vereinbarte, Lüttwitz den Befehl über die Brigade Ehrhardt zu entziehen, läßt sich ebenfalls mit einiger Berechtigung vermuten. Jedenfalls schlug er Reinhardt am folgenden Vormittag, dem 10. März, vor, die Marinebrigade wieder ihrem früheren Vorgesetzten, dem Chef der Admiralität, zu unterstellen. Reinhardt war sofort einverstanden und begab sich mit Seeckt zu Vizeadmiral v. Trotha. Da dieser erhebliche Bedenken äußerte, suchten sie gemeinsam am Nachmittag den Reichswehrminister auf. Noske ging auf Trothas Gegenvorschlag, die Brigade durch Abforderung langsam aufzulösen, nicht ein und übertrug ihm das Kommando. Er war von der Notwendigkeit dieser Maßnahme um so mehr überzeugt, als seinem Adjutanten, Major v. Gilsa, kurz vorher von Ehrhardt erklärt worden war, er werde einen eventuellen Befehl von Lüttwitz, Berlin zu besetzen, ausführen[2]).

Um 18 Uhr erschien Lüttwitz in Begleitung der Generale v. Oven und v. Oldershausen beim Reichspräsidenten. Unterwegs hatte er eine scharfe Auseinandersetzung mit Oldershausen, der ihn dringend warnte, so weitgehende Forderungen zu stellen. Ebert könne sie nicht erfüllen, und das führe zwangsläufig zu einem Bruch mit der Alternative: Abschied oder Staatsstreich[3]). „Mit größter Heftigkeit und scharf" trug Lüttwitz dann Ebert und Noske seine Forderungen vor[4]):

1. Sofortige Auflösung der Nationalversammlung und Neuwahlen zum Reichstage.

2. Die Einsetzung von Fachministern im Auswärtigen Amt, im Wirtschafts- und Finanzministerium.

3. Schaffung eines Oberbefehlshabers der gesamten Reichswehr in seiner Person und Absetzung des Generals Reinhardt.

4. Zurücknahme der Auflösungsbefehle[5]).

---

[1]) Aussage Noskes, bei Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 24 f. Nach Lüttwitz, Im Kampf, S. 112 f., haben Seeckt und Oldershausen Noske zur Teilnahme bewogen.

[2]) Ernst, Nachlaß Reinhardt, a.a.O., S. 99. Kern, a.a.O., S. 323 f. und 331. Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 206 f. Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Aussage von Reinhardt, Nr. 1462680; Aussage von Noske, Nr. 1462642 und 1463161; Aussage von Trotha, Nr. 1463117 f.; Aussage von Ehrhardt, Nr. 1462574; Aussage von Gilsa, Nr. 1462764 und 1463119; Aussage von Canaris (Adjutant des Admirals v. Trotha), Nr. 1462719.

[3]) Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Aussage von Oldershausen, Nr. 1462674 und Nr. 1463127; Aussage von Oven, Nr. 1463122 f. Folgende Quellen weisen darauf hin, daß Lüttwitz auf ein Entgegenkommen Eberts gehofft hat: Aussage Hergts, Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 23; Lüttwitz, Im Kampf, S. 112; Bericht des Staatskommissars v. Berger vom 18. 3. 1920, S. 13 f., Nachlaß Heine 35.

[4]) Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Nr. 1463127, Aussage von Oldershausen. Siehe die Aussagen im Dokument 20, S. 317 f.

[5]) Ebenda und Aussage Noskes, Nr. 1463121; Aussage Ovens, Nr. 1463123. Nach Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 207, und Rabenau, Seeckt, S. 220, forderte Lüttwitz die Ersetzung Reinhardts durch General v. Wrisberg. Nach einem undatierten Bericht des Ministers Heine in seinem Nachlaß 36/7, S. 1, forderte Lüttwitz Fachminister für das Finanz-, Wirtschafts- und Reichseisenbahnministerium sowie für das Auswärtige Amt.

Lüttwitz hatte damit in der ersten Forderung den von der Nationalversammlung am Vortage abgelehnten Antrag der Rechtsparteien aufgegriffen und in Form eines Ultimatums erneuert. Er forderte nach Noske zwar auch Reichspräsidentenwahlen durch das Volk, doch da Lüttwitz nicht auf Eberts Absetzung bedacht war, sollte dieser zunächst im Amt bleiben. Die von den Rechtsparteien betriebene Hindenburg-Kandidatur hat nach Pabst in der nationalen Vereinigung keine Rolle gespielt. Weder Lüttwitz, Ludendorff noch Pabst hielten Hindenburg für besonders geeignet. Weiter beschwerte sich der General über Mängel in der Truppenversorgung und wies auf Andeutungen englischer Offiziere hin, daß ein größeres Heer durchgesetzt werden könne. Ebert konnte auf solche Bedingungen nur mit völliger Ablehnung antworten. Es geschah jedoch in ruhigem Ton und mit ausführlicher Begründung. Er hob die Bemühungen der Regierung um eine ausreichende Versorgung der Reichswehr hervor und versprach weitere Verbesserungen, die Verminderung sei aber nicht zu umgehen. Sehr heftig begann dann Noske. Lüttwitz sei schon oft bei ihm gewesen, doch da habe man immer noch mit ihm reden können. Seine heutige Vorstellung aber komme einem Ultimatum gleich, das in jeder Beziehung abgelehnt werden müsse. Noske ging trotzdem die einzelnen Punkte durch und deutete dabei an, daß augenblickliche Verhandlungen mit England über die Beibehaltung von 200000 Mann sich gut entwickelten. Eine Militärrevolte würde dagegen fürchterlichen Schaden anrichten, die Reichswehr zerstören und mit Sicherheit den Generalstreik heraufbeschwören. Das Kommando über die Brigade sei ihm entzogen, und er habe zu gehorchen. Oldershausen bemühte sich vergeblich, den offenen Bruch zu verhindern. Lüttwitz ging von seinen Forderungen nicht ab, und im Zorn trennte man sich[1]). Diesen Bruch hatte Lüttwitz nicht gewollt. Nach der Besprechung war er so niedergeschlagen und abgespannt, daß er sich zur Ruhe begeben mußte. So verhält sich kein General, der eine Regierung um jeden Preis beseitigen will. Verständlich wird dagegen Lüttwitz' anschließende Reaktion, wenn man davon ausgeht, daß sich seine Hoffnungen auf eine friedliche Beilegung der Differenzen nicht erfüllt hatten. Zum Schluß sprach Noske die Annahme aus, Lüttwitz werde am nächsten Morgen seinen Abschied einreichen[2]).

Nun mußte die Regierung auf alles gefaßt sein. Lüttwitz war nicht ein Mann leichten Nachgebens, sondern überzeugt, das Vaterland schwebe in unmittelbarer Gefahr, wenn seine Forderungen nicht erfüllt würden. Wenn Noske später angibt, Ebert und er hätten das Abschiedsgesuch für den folgenden Tag erwar-

[1]) Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Aussage Noskes, Nr. 1463121 und 1463129; Aussage Ovens, Nr. 1463123; Aussage Oldershausens, Nr. 1462674 und 1463127 f. Lüttwitz, Im Kampf, S. 113. Anklageschrift, S. 28. Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 25; Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 207; Volkmann, S. 346 ff.

[2]) Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Nr. 1463129, Aussage von Noske. Siehe auch seine Aussage, Brammer, ebenda, S. 25.

tet, war das gleichwohl verständlich. Lüttwitz hatte nur noch die Wahl zwischen Abschied und Staatsstreich. An die letztere Möglichkeit konnten Ebert und Noske einfach nicht glauben. Wieweit Noske an diesem Abend noch von Seeckt, Reinhardt oder Oldershausen beraten wurde, ist nicht herauszufinden, aber am nächsten Morgen, dem 11. März, war Reinhardt bereits um 6 Uhr früh bei Noske. Oldershausen wurde gerufen und der Entschluß gefaßt, Lüttwitz müsse sofort beurlaubt werden und seinen Abschied einreichen. Nach Reinhardt rechnete man mit einem noch unklaren Unternehmen des schroff zurückgewiesenen Generals. Da Oldershausen es ablehnte, seinem Chef diesen Beschluß mitzuteilen, wurde der Leiter des Personalamtes, General v. Braun, damit beauftragt. Der Reichswehrminister sprach in der schriftlichen Aufforderung anerkennend von Lüttwitz' Verdiensten, aber eine Zusammenarbeit sei nun nicht mehr möglich, er bitte ihn, in Urlaub zu gehen[1]).

Oldershausen hatte die Mitteilung an Lüttwitz dem Personalamt zugeschoben. Der Berliner Wehrkreiskommandeur, General v. Oven, weigerte sich jedoch, die Nachfolge von Lüttwitz anzunehmen, da er mit ihm befreundet sei. Das Ergebnis war eine ziemlich verworrene Lage. Oven übernahm die Vertretung in Beurlaubungs- und Gerichtsfragen, Oldershausen führte die Geschäfte im Gruppenkommando. Die Kommandogewalt war damit umstritten. Lüttwitz stand während der Beurlaubung keine Kommandogewalt zu, doch hat er offiziell sein Kommando nicht übergeben. Mit dem Chef des Personalamtes will Lüttwitz nicht weiter verhandelt haben, obwohl ihm der Rang eines Generalobersten angeboten worden sei. Er nahm den erhaltenen Urlaub, der ihn matt setzen sollte, zur Kenntnis und begab sich zu Korvettenkapitän Ehrhardt nach Döberitz[2]).

Oldershausen war sicher, „daß er nun einen Gewaltstreich verüben werde"[3]). Die gleiche Erwartung hatten Reinhardt und Hammerstein. Letzterer soll nach einer Quelle schon am Tage vorher den Reichswehrminister vor Putschabsichten seines Vorgesetzten und Schwiegervaters gewarnt haben[4]). Dem Vizekanzler Schiffer ging am Nachmittag durch einen General die Nachricht zu, Lüttwitz habe „Urfehde geschworen", man müsse auf alles gefaßt sein[5]). Lüttwitz'

---

[1]) Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Aussage Noskes, Nr. 1463129; Aussage Reinhardts, Nr. 1462680; Aussage Oldershausens, Nr. 1462675 und 1463131; Aussage Ovens, Nr. 1463130. Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 207 f. Anklageschrift, S. 28 f. Schiffer-Nachlaß 16, S. 1 und 8, und Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 25 f. Aussage Noskes.

[2]) Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Aussage Ovens, Nr. 1463130; Aussage Noskes, Nr. 1462643. Rabenau, Seeckt, S. 220. Lüttwitz, Leitfaden für meine Verteidigung, S. 9, im Nachlaß Bauer 29. In seinen Memoiren sagt Lüttwitz zu diesem Vorgang: „de facto wurde ich mattgesetzt und entlassen", Im Kampf, S. 113. Vgl. auch Aussage Oldershausens, Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Nr. 1462675 f.

[3]) Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Nr. 1462676, Aussage von Oldershausen.

[4]) Ebenda, Aussage Reinhardts, Nr. 1462680; Aussage Hammersteins, Nr. 1462661.

[5]) Nachlaß Schiffer 16, S. 1.

Stabsoffiziere bemühten sich nun, ihren beurlaubten Kommandeur zu isolieren. Sie wollten verhindern, daß den erwarteten Befehlen des Generals gegen die Regierung Folge geleistet würde und unterrichteten daher die Lüttwitz unterstellten Kommandostäbe von seiner Beurlaubung; ebenso den Stab der Berliner Sipo[1]). Um 11 Uhr sandte Oldershausen ein Geheimtelegramm an alle Gruppenkommandos und Wehrkreiskommandeure des Reiches: Lüttwitz werde demnächst wegen eines Zerwürfnisses mit Ebert und Noske verabschiedet, jeder Versuch gewaltsamer Regierungsänderung müsse wegen der getroffenen Gegenmaßnahmen scheitern, auch dürften die Verhandlungen mit der Entente nicht gestört werden[2]). Im Gegensatz zu dieser Unruhe im Reichswehrgruppenkommando I und im Reichswehrministerium berichtet der Adjutant des Admirals v. Trotha, Kapitän Raeder, daß an diesem Tage sein Chef mit Oldershausen die Lage besprochen habe. Es habe sich jedoch kein Grund zur Besorgnis ergeben, so daß er unmittelbar darauf in Urlaub gefahren sei, aus dem er dann schon am folgenden Tage zurückgerufen wurde[3]).

Noch vor dem Geheimtelegramm hatte sich Seeckt eingeschaltet. Sobald er durch Lüttwitz' Schwiegersohn, Major v. Hammerstein, von der Beurlaubung erfuhr, ließ er Oldershausen kommen und veranlaßte die Haftbefehle gegen den Verschwörerkreis: Kapp, Bauer, Pabst, Schnitzler und Grabowsky. Noske will die Haftbefehle gegen 9 Uhr ausgestellt haben[4]). Gefaßt wurden Schnitzler und Grabowski, dazu fiel den Polizeibeamten bei Schnitzler schriftliches Material über Staatsstreichvorbereitungen in die Hände, das anscheinend vor dem Putsch jedoch nicht mehr ausgewertet wurde. Den Hauptbeteiligten gingen direkte Warnungen aus dem Polizeipräsidium zu, so daß sie sich leicht verbergen konnten. Der Haftbefehl war über den preußischen Innenminister Heine an den Polizeipräsidenten Ernst gelangt, von dort durchlief er zwei Abteilungen des Präsidiums. Kurz darauf erschien ein Beamter in Pabsts Wohnung mit der vertraulichen Nachricht, in einer Stunde müsse er verschwunden sein. Kapp wurde telefonisch gewarnt[5]). Die Sicherheitsorgane der Regierung konnten mit Erfolg gegen die Drohung von rechts nicht eingesetzt werden. Der sozialdemokratische Polizeipräsident Ernst ließ sich noch vor dem Putschbeginn von Lüttwitz unterrichten[6]) und machte während des Umsturzes Kapp und Lüttwitz

---

[1]) Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Aussage Noskes, Nr. 1462643, und Aussage Oldershausens, Nr. 1462675. Bericht der Sicherheitspolizei vom 22. 3. 1920, S. 4. Nachlaß Heine 36/6. Lüttwitz, Im Kampf, S. 114.

[2]) Der Text des Fernschreibens im Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Nr. 1462809, und bei Volkmann, Revolution, S. 348 f. Vgl. Gordon, Reichswehr, S. 109.

[3]) Nach Raeder, a.a.O., S. 181.

[4]) Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 25, Aussage Noskes. Nach Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 208, wurde der Haftbefehl gegen Oberst Bauer erst am 12. 3. erlassen.

[5]) Anklageschrift, S. 28. Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 208. Bericht des Ministers Heine, S. 2, Nachlaß Heine 36/7. Heine-Manuskript, S. 516. Mitteilung von Major Pabst.

[6]) Mitteilung von Major Pabst.

keine Schwierigkeiten. An diesem Nachmittag des 11. März hatte außerdem der für die Polizei zuständige Regierungsrat Doyé aus dem preußischen Innenministerium eine Aussprache mit Kapp, der ihn am 13. sogleich zum Unterstaatssekretär ernannte[1]). Nun zeigten sich die schwachen Stellen in der jungen Republik. Die Tage der bestehenden Regierung schienen gezählt zu sein, der vorsichtige Rückzug ihrer nicht überzeugten Anhänger in eine günstige Wartestellung begann.

Wenn Lüttwitz die Auflösung der Brigade und seine Beurlaubung nicht hinnehmen wollte, mußte er rasch handeln. Seine spätere Behauptung, nach Vereinbarungen mit den anderen Generalen nun zum Vorgehen gegen die Regierung gezwungen gewesen zu sein, trifft indessen nicht zu[2]). Erstens war das 200000-Mann-Heer noch Verhandlungsgegenstand, zweitens konnte die Verschiebung der Neuwahlen formell gesehen nicht als Verfassungsbruch bezeichnet werden. Die Rechtsparteien operierten zwar mit diesem Vorwurf, doch mehr aus agitatorischen Gründen. Drittens hatte die Militärkonferenz vom 26. Juli 1919 über die Art der Gegenmaßnahmen keine Einigung erzielt. Viertens war Kapp als Reichskanzler einer neuen Regierung von General Maercker ausdrücklich abgelehnt worden. Diese Ablehnung betraf nicht Kapps fachliche Eignung, vielmehr sollte eine militärische Aktion nicht mit einer als rechtsextrem geltenden Persönlichkeit, mit dem Gründer der Vaterlandspartei, belastet werden.

Lüttwitz traf Ehrhardt auf dem Wege nach Döberitz, unterrichtete ihn über die Ablehnung seiner politischen und militärischen Forderungen beim Reichspräsidenten und stellte die folgenschwere Frage, ob er noch am gleichen Abend Berlin besetzen könne. Bei diesem Termin wäre die Überraschung vollständig gewesen, doch Ehrhardt war für eine Verschiebung des Abmarsches bis zum Abend des nächsten Tages. Er wollte erst die Haltung der übrigen Truppen und der Berliner Sicherheitspolizei erkunden und seiner durch Übungsmärsche ermüdeten Brigade eine Atempause geben. Am Samstagmorgen, dem 13. März, werde seine Brigade am Brandenburger Tor stehen[3]).

Aus dieser Verzögerung ergab sich für Kapp und Lüttwitz ein entscheidender Nachteil, denn Ehrhardt wurde bis zum Abend des folgenden Tages von hohen Offizieren so bearbeitet, daß er sich noch im letzten Moment auf Verhandlungen einließ, die der Reichsregierung die Flucht nach Dresden ermöglichten[4]).

Ehrhardt gab nach seinem Gespräch mit Lüttwitz der Brigade den Befehl,

---

[1]) Anklageschrift, S. 45 ff. Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 28 und 29 f. Aussage von Jagow und von Doyé.

[2]) Lüttwitz, Leitfaden für meine Verteidigung, S. 7 und 9, Nachlaß Bauer 29. Aussage Oldershausens, Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Nr. 1463128 und 1463131.

[3]) Lüttwitz, Im Kampf, S. 120. Freksa, Ehrhardt, S. 173 f. Anklageschrift, S. 29. Aussage Ehrhardts, Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle, 12, Nr. 1462576 f.

[4]) Lüttwitz, Im Kampf, S. 120 f., und Kapp, Zur Vorgeschichte, S. 24 f.

sofort den Marsch nach Berlin vorzubereiten, da die Sicherheit der Hauptstadt bedroht sei[1]).

3. *Der improvisierte Putsch*

Obgleich Kapp seit dem Herbst Lüttwitz mehrfach zur Beseitigung der Regierung aufgefordert hatte, war er über die plötzliche Entwicklung keineswegs erfreut[2]). Nach seinen Angaben war zwischen ihm und dem General zuletzt Ende März oder Anfang April als voraussichtlicher Termin für ein Vorgehen gegen die Regierung vereinbart worden. Auch Anneliese Kapp erinnert sich mit Sicherheit, daß ein Unternehmen gegen die Regierung für Ende März geplant gewesen sei. Eine Bestätigung findet diese Behauptung in dem Brief des Direktors des Pommerschen Landbundes, v. Dewitz, an Ludendorff vom 3. März. Darin heißt es u. a.: „In dem Berliner Kreise, zu dem auch Ew. Exzellenz gehört, soll von einem gewissen Schneider zum Ausdruck gebracht worden sein, daß Geheimrat Kapp sich über den Zeitpunkt des Losschlagens im März unvorsichtig geäußert habe. Diese Nachrichten beweisen jedenfalls das eine, daß von einer Geheimhaltung der Angelegenheit nicht mehr die Rede ist[3])."

Nun verlangte die durch Lüttwitz heraufbeschworene Zwangslage, innerhalb von 24 Stunden zu handeln oder vorläufig auf Gewaltmaßnahmen überhaupt zu verzichten. Mit der plötzlichen Zuspitzung durch einen Auflösungsbefehl an die Ehrhardt-Brigade hatten die Verschwörer noch Ende Februar nicht gerechnet. Graf Westarp informierte am 25. Februar den ehemaligen Führer der Deutschkonservativen, v. Heydebrand, über die weiteren Aussichten mit der Notiz: „Die Dinge, um die es sich dabei handelt, sind augenblicklich gar nicht akut, und Anlässe zu irgendwelchen Krisen verlaufen zur Zeit im Sande[4])." Kapp war trotz einer Besprechung mit Lüttwitz am 4. März unmittelbar darauf nach Königsberg gefahren, hielt also die Anwesenheit in Berlin für nicht erforderlich. Am 8. März kam er als Mitglied einer ostpreußischen Delegation erneut nach Berlin[5]). Obwohl ihn Lüttwitz am 28. Februar, 3. März und 4. März über die Entwicklung in der Auflösungsfrage unterrichtet haben will, erwartete er keinen Militärputsch[6]).

---

[1]) Freksa, Ehrhardt, S. 174.

[2]) Kapp, Zur Vorgeschichte, S. 14 f. und 20 f. Brief an Westarp vom 20. 8. 1920, beides im Nachlaß Kapp. Ferner Lüttwitz, Im Kampf, S. 97 f. und 119.

[3]) Zitat nach Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 77. Mitteilung von Fräulein Anneliese Kapp. Kapp, Zur Vorgeschichte, S. 21, und sein Brief an Westarp vom 20. 8. 1920. Lüttwitz, Im Kampf, S. 120. Pabst bezweifelt dagegen diesen Frühjahrstermin.

[4]) Westarp-Manuskript T. II, S. 78.

[5]) Anklageschrift, S. 12 f. Winnig, Heimkehr, S. 288 f. Mitteilungen von Anneliese Kapp. Schiele, Kurze Geschichte, S. 11.

[6]) Lüttwitz will dagegen nach seinen Angaben schon am 28. 2. Kapp auf die Möglichkeit hingewiesen haben, daß gegenüber der Regierung Gewalt angewendet werden müsse; siehe die Zuschrift von Lüttwitz in: Mitteilungen des Hauptvereins der Konservativen, März 1931, Nr. 2, im Nachlaß Kapp. Siehe auch Lüttwitz, Im Kampf, S. 119.

Das ist keineswegs verwunderlich, denn der General hatte noch am 9. März dem besorgten DNVP-Vorsitzenden erklärt, die Angelegenheit sei erledigt, und am folgenden Vormittag nochmals versichert, zu Konflikten werde die Zusammenkunft mit Ebert nicht führen[1]). Erst als ihm das Kommando über die Brigade entzogen wurde, jedenfalls kaum vor dem 10. März, war Lüttwitz entschlossen, eine Entscheidung notfalls mit Gewalt herbeizuführen. Er informierte Kapp vor seinem Schritt bei Ebert über das beabsichtigte Ultimatum. Für beide stand fest, daß bei einer Ablehnung der Bruch mit der Regierung unvermeidlich war. Fehlten jedoch die politischen Vorbereitungen für den Regierungswechsel, konnte es keinen verhängnisvolleren Schritt geben. Es besteht daher wenig Zweifel, daß Kapps Behauptung, er habe Lüttwitz eindringlich davor gewarnt, den Tatsachen entspricht, obgleich dies von dem General bestritten wird[2]).

Dieser für Kapp und viele seiner Vertrauten so unverständliche und besonders nach dem Scheitern des Putsches so sehr bedauerte Schritt wird erst durch die Berücksichtigung der gemäßigteren Ziele des Generals verständlich. Lüttwitz hat, nicht zuletzt auf Grund einer Mitteilung des Staatskommissars v. Berger, ernsthaft mit Konzessionen durch Ebert gerechnet[3]). Er wußte außerdem, daß einige der militärischen Führer keine schärferen Schritte gegen die Regierung wünschten. Gewaltmaßnahmen waren daher nach Lüttwitz „ein gewagtes Spiel". Schon aus diesem Grunde mußte er versuchen, Ebert und Noske in Verhandlungen zur Nachgiebigkeit zu zwingen, durch die, wie er selbst schreibt, „unsere Wünsche gegebenenfalls auf dem Wege der Diktatur mit ihnen realisiert würden"[4]). Da es dem General nicht um eine Umformung der Weimarer Verfassung, sondern nur um die Durchsetzung weniger Forderungen ging, und er außerdem Rücksicht auf die übrigen Truppenkommandeure nehmen mußte, konnte er offene Gewalt erst als letztes Mittel in Erwägung ziehen.

In einer weiteren Aussprache am 10. März erhob Graf Westarp seine Bedenken gegen den augenblicklichen Zeitpunkt. Das Gegenargument von Lüttwitz, daß man in vier Wochen keine Truppe mehr für eine Auseinandersetzung haben werde, ließ Westarp gelten, fügte jedoch hinzu, dann müßten die Militärs auch die Verantwortung übernehmen[5]). Diese Abhängigkeit des Generals von der Weiterexistenz der Marinebrigade machte zugleich sichtbar, wie wenig er der

---

[1]) Aussage Hergts bei Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 23. Lüttwitz, Im Kampf, S. 112 f. Bericht des Staatskommissars vom 18. 3. 1920, S. 13 ff., Nachlaß Heine 35.

[2]) Lüttwitz an Anneliese Kapp, Brief vom 27. 4. 1931; Lüttwitz in Mitteilungen des Hauptvereins der Konservativen, März 1931, Nr. 2; Kapp, Zur Vorgeschichte, S. 22 f.; Kapp an Westarp, Brief vom 20. 8. 1920; Schiele, Kurze Geschichte, S. 13; sämtliche Quellen im Nachlaß Kapp.

[3]) Lüttwitz, Im Kampf, S. 112.

[4]) Lüttwitz an Anneliese Kapp, Brief vom 27. 4. 1931, Nachlaß Kapp. Zu Pabst erklärte Lüttwitz: „Ich kann nicht wie Zieten aus dem Busch kommen." Nach Pabst.

[5]) Westarp-Manuskript T. II, S. 76, 78 f. und 99.

übrigen Reichswehrtruppen sicher war. Erst nach der Besetzung des Regierungsviertels durch die Brigade rechnete er mit dem Anschluß und der Unterstützung durch die gesamte Truppe[1]). War diese dann erfolgt, hoffte er, führende Sozialdemokraten zur Mitarbeit in einer neuen Regierung bewegen zu können. Lüttwitz hat nach dem Putsch mehrfach betont, daß es ihm nur um die Durchsetzung eines großen Heeres, einiger Fachminister sowie der fälligen Neuwahlen zum Reichstag gegangen sei. Mit der letzteren Forderung glaubte Lüttwitz in Übereinstimmung mit der bestehenden Verfassung zu handeln. Er hat mit dieser Begründung auch den Hochverrat zurückgewiesen und sich ebenfalls in seinen Memoiren von den radikalen Absichten Kapps distanziert[2]). Er verstand den Auftrag an Kapp als Übergangslösung, der sogleich Verhandlungen mit der alten Regierung über das Verbleiben verschiedener Minister in ihren Ämtern folgen sollten[3]). Wie sich Lüttwitz die Auflösung des Gegensatzes zwischen der Regierungsbildung durch Kapp und der Umwerbung einer für abgesetzt erklärten Regierung gedacht hat, ist schwer zu beantworten. Es bleibt eigentlich nur die Erklärung, daß er sich „absolut über die Tragweite seines Unternehmens nicht klar gewesen ist“[4]). Noske hat ausdrücklich Lüttwitz' energisch vorgetragenen Wunsch vom 10. März bestätigt, daß Ebert und er ihre Ämter weiterführen sollten. Von all diesen Hoffnungen auf eine Verständigung mit der SPD hat Kapp nichts gehalten. War erst die Regierung gestürzt, die Nationalversammlung aufgelöst und er Reichskanzler mit diktatorischen Vollmachten, so würden sich diese Pläne nach seiner Ansicht von selbst erledigt haben. Es muß jedoch sehr bezweifelt werden, ob Lüttwitz über seine ursprünglichen Ziele hinausgegangen wäre. Offensichtlich legten Lüttwitz und die ihn unterstützenden Offiziere auf die personelle Regelung der neuen Regierung kein großes Gewicht. Sowohl Lüttwitz als auch Pabst hätten freilich gern Noske als diktatorischen Reichskanzler gesehen. Dem Nachrichtenoffizier der Berliner Sicherheitspolizei wurde am 12. März abends in einer Offiziersversammlung auf die Frage nach der Zusammensetzung der neuen Regierung geantwortet: „Ein paar alte Minister werden bleiben, Noske vielleicht auch, sonst übernehmen wir Fachminister. — Die Hauptsache ist aber doch, daß jetzt das Schwatzen im Parlament aufhört[5])."

Nachdem der Reichswehrminister auf das Ultimatum mit der Beurlaubung von Lüttwitz geantwortet hatte, und Kapp mit seinen engsten Gefährten die

[1]) Lüttwitz, Im Kampf, S. 117 f.

[2]) Ebenda, S. 117 f. und 138. Lüttwitz in der Kreuzzeitung Nr. 387, 12. 8. 1920. Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 104. Siehe hierzu Dokument 30, Anhang S. 328 f.

[3]) Lüttwitz, Leitfaden für meine Verteidigung, S. 10, Nachlaß Bauer 29.

[4]) Aussage Stresemanns bei Brammer, a.a.O., S. 60. Ähnliche Urteile von Heinze und Seeckt, ebenda, S. 62 f.

[5]) Jedenfalls ist Major Pabst noch heute der Auffassung, daß Lüttwitz auch bei einer günstigen Entwicklung des Unternehmens nicht den weitgehenden Zielen von Kapp gefolgt wäre. Gegenteiliger Auffassung ist Westarp, siehe sein Manuskript T. II, S. 98. Zu Noske siehe seine Aussage bei Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 62. Das Zitat nach Kessel, a.a.O., S. 262.

Verhaftung drohte, war die Entscheidung unaufschiebbar geworden. Wie schon bei Westarp angedeutet wurde, herrschte indessen keine allgemeine Zustimmung. In einem Tage konnte nur noch wenig vorbereitet werden, auch hatten die Rechtsparteien und viele Militärs deutlich abgewinkt. Aus solchen Erwägungen heraus entstand der Vorschlag, sich nach Danzig abzusetzen und von dort für einen geeigneteren Zeitpunkt erst die notwendigen Vorbereitungen zu treffen. Dabei mußte allerdings die Gefahr der Verhaftung sowie der Zerschlagung ihrer Organisation in Kauf genommen werden. Den Ausschlag gab schließlich der Auflösungsbefehl an die Brigade Ehrhardt, und auf Betreiben von Lüttwitz und Ludendorff wurde dem Umsturzplan zugestimmt[1]). Nach Kapp war für ihn der Verzicht auf die Mitarbeit der SPD und besonders Noskes „der ausschlaggebende Grund", „trotz der ungünstigen Situation, in die das Unternehmen durch die am 10. März erfolgte Rücksprache mit Ebert versetzt worden war", an seiner Ausführung festzuhalten[2]).

Kapp konnte die ursprünglich vorgesehenen Maßnahmen, wie „Druck und Verbreitung der Aufrufe, Behandlung der Presse, Aushebung von suspekten Personen, Ministern, Arbeiterführern, Aufwieglern, Streikhetzern — genaue Verhaltungsmaßregeln für die Mitwirkenden", nun nicht mehr durchführen[3]). Er war vollauf beschäftigt, die für seine Regierung notwendigen Persönlichkeiten zu informieren. Der zum preußischen Innenminister bestimmte v. Jagow wurde telefonisch unterrichtet. Seinen Berater in Wirtschaftsfragen, Dr. Schiele, suchte er persönlich auf, ebenso den zum Finanzminister auserwählten Alldeutschen Dr. Bang. Pfarrer D. Traub, der am Vorabend ahnungslos von einem Familienbesuch nach Berlin zurückgekommen war, konnte erst am Abend ausfindig gemacht werden; Kapp bot ihm das Kultusministerium an. Der zum Chef der Reichskanzlei ausersehene Freiherr v. Falkenhausen wurde am Spätnachmittag bei der Gartenarbeit aufgeschreckt und kurz vor Mitternacht in Berlin durch Jagow von den bevorstehenden Ereignissen in Kenntnis gesetzt; zu dieser Zeit befand sich die Brigade Ehrhardt bereits auf dem Marsch nach Berlin. Das preußische Landwirtschaftsministerium hatte Kapp dem Freiherrn v. Wangenheim zugedacht. Wangenheim hatte mehrfach an den Beratungen im engsten Kreise teilgenommen, befand sich jedoch seit dem 9. März auf Reisen. Die Nachricht vom Umsturz erfuhr er am 13. mittags in Hannover aus der Zeitung[4]).

Noch wichtiger als die Unterrichtung der zukünftigen Minister war indessen technische und organisatorische Vorarbeit, um die Durchführung des Unternehmens zu sichern. In der Nationalen Vereinigung war zu diesem Zweck ein

---

[1]) Nach Mitteilungen von Herrn Major Pabst. Siehe hierzu Dokument 21, Anhang S. 318 f.

[2]) Kapp in seinem Brief an Westarp vom 20. 8. 1920. Kapp, Zur Vorgeschichte, S. 25. Lüttwitz hat diese Zusage später bestritten, Brief an Anneliese Kapp, 13. 5. 1931, Kapp-Nachlaß.

[3]) Kapp, Zur Vorgeschichte, S. 21 f.

[4]) Anklageschrift, S. 47 ff. Traub-Manuskript S. 190. Aussagen von Schiele und Traub, bei Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 30.

Aktionsplan aufgestellt worden, der, kurz gesagt, folgendes vorsah: Einen Tag vor dem Umsturz sollte die Übereinstimmung mit General v. Watter, dem Befehlshaber der Truppen im rheinisch-westfälischen Gebiet, und dem Stabschef im Reichswehrgruppenkommando 2 erfolgen; das Gruppenkommando 2 in Kassel war die oberste Befehlsstelle für alle Truppen in der westlichen Reichshälfte. Den Rechtsparteien war die Aufgabe zugeteilt, in einer Protestaktion den Reichstag zu verlassen. Weitere Punkte betrafen die Heranführung zuverlässiger Truppen für Berlin, Abmachungen mit der Sicherheitspolizei und die Benachrichtigung rechtsgerichteter Organisationen[1]). Praktisch war diesem Plan durch das überstürzte Vorgehen von Lüttwitz, dem Telegramm Oldershausens an die Reichswehrbefehlsstellen und der Ablehnung der Rechtsparteien der Boden entzogen. Auch die weiteren Maßnahmen, wie die Verhaftung der beiden Regierungen in Berlin, kamen nicht zur Durchführung. Überdies steht der ganze Aktionsplan im Widerspruch zu den Bemühungen von Lüttwitz und Ehrhardt, ihre Forderungen durch einen Ausgleich mit der bestehenden Regierung zu erreichen.

Die gesamte technische und organisatorische Vorbereitung lag in den Händen des Hauptgeschäftsführers der Nationalen Vereinigung, Hauptmann Pabst. Nach seiner Ansicht gestattete der augenblickliche Stand ein Umsturzunternehmen frühestens im Herbst. Er war aus diesem Grund gegen augenblickliche militärische Schritte und brachte dies nach den Verhaftungsbefehlen sowohl bei Ludendorff als auch Ehrhardt vor[2]). An den Ereignissen vor und während der Besetzung Berlins war er nicht beteiligt. Pabst verließ am 12. früh Döberitz, wohin er sich nach dem Verhaftungsbefehl zurückgezogen hatte, und kehrte erst am 13. mittags wieder nach Berlin zurück[3]). Diese reservierte Haltung und Skepsis bezüglich der Erfolgschancen wurde von der Mehrheit der Verschwörer nicht geteilt. In einer Offiziersversammlung, wahrscheinlich unter der Leitung des Majors v. Stephani, eines Vertrauten von Oberst Bauer, wurde dem Nachrichtenoffizier der Sipo versichert: „Alles ist fertig! . . . Auch für ein allgemeines politisches Programm ist gesorgt, die Kundgebungen sind fertig, wir brauchen sie nur herauszugeben, wir brauchen nur zu rufen, und dann wird das ganze Volk aufstehen[4])."

Ein ganz anderes Urteil hatte am 12. nachmittags in der Nationalen Vereinigung ein Abteilungschef gegenüber den Führern des Unternehmens abgegeben. In dieser Sitzung, an der Kapp, Lüttwitz, Oberst Bauer, Ehrhardt, Trebitsch-

---

[1]) Vieles spricht dafür, daß dieser bei Brammer abgedruckte Aktionsplan im September 1919 von Schnitzler angefertigt wurde, im März 1920 aber weder für Lüttwitz noch für Ehrhardt eine Rolle gespielt hat und ihnen nicht einmal bekannt war; Brammer, a.a.O., S. 65 f.

[2]) Nach Mitteilungen von Pabst. Siehe auch die Aussage Ehrhardts, Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Nr. 1462579 f. und Nr. 1462606.

[3]) Mitteilung Pabsts. Anklageschrift, S. 52 f.

[4]) Vgl. Kessel, a.a.O., S. 261.

Lincoln und mehrere andere Herren teilnahmen, erklärte Hauptmann v. Egan Krieger, der als Vertreter für Pabst anwesend war: „Ich bin zwar erst seit dem 1. 3. als Abteilungschef Ost in der ‚Nationalen Vereinigung', aber in diesen 12 Tagen hat es kein Gespräch, keinen Anruf, kein Schreiben gegeben, das mit einem solchen Plan zusammengehangen hätte... Ich kann so nur annehmen, daß nichts dafür wirklich vorbereitet ist, und warne daher dringend vor einem solchen Putschversuch." Ehrhardt antwortete ihm darauf „mit hochrotem Kopf", seine Truppen könnten nicht mehr zurückgezogen werden, „der Putsch müsse stattfinden". Es blieb bei dem Beschluß, in der kommenden Nacht die Brigade nach Berlin marschieren zu lassen[1]). An der Richtigkeit der zunächst unwahr klingenden Aussage des engen Vertrauten von Kapp, Dr. Schiele, „die Ereignisse vom 13. März sind mir vollkommen überraschend gekommen", besteht kein Zweifel[2]).

4. *Regierung und Reichswehr am Vorabend des Putsches*

Am Morgen des 12. März versuchte der Reichswehrminister, durch weitere Maßnahmen den Absichten des beurlaubten Generals v. Lüttwitz entgegenzuwirken. An die Reichswehr und Sicherheitspolizei im Berliner Raum erging ein Alarmbereitschaftsbefehl, der mit dem Satz begann: „Nachrichten besagen, daß von rechtsradikaler Seite beabsichtigt ist, die Regierung heute oder in den nächsten Tagen zu stürzen[3])." Diesen Alarmbefehl erhielt auch die Brigade Ehrhardt, angeblich wollte das Reichswehrgruppenkommando damit nochmals vor Unbesonnenheiten warnen. Ehrhardt konnte sich formell bei seinen Vorbereitungen auf diesen Befehl stützen, er kam aber nicht um den Schlußsatz herum, worin der Truppe „der Schutz der verfassungs- und gesetzmäßigen deutschen Regierung" anvertraut wurde[4]).

Obwohl Noske nach seinen Worten „noch immer kein schlüssiges Beweismaterial" in den Händen hatte, gab er weitere Verhaftungsbefehle, die freilich nicht zur Durchführung gelangten, und den Auftrag, die Presse zu informieren. Sein Adjutant, Major v. Gilsa, gab nachmittags auf einer Pressekonferenz Einzelheiten des beabsichtigten Putsches bekannt[5]). So entstand die groteske

[1]) Generalleutnant v. Egan-Krieger in einem Brief vom 2. 7. 1958 an den Verfasser, siehe den Auszug im Dokument 22, Anhang S. 319 f. Die vollkommene Überraschung in den Freikorps und den Reichswehrbefehlsstellen betonen u. a. Bischoff, a.a.O., S. 244 f.; Heye in einem Brief an Rabenau vom 27. 3. 1940, Nachlaß Seeckt, Stück 290. Siehe auch den Brief des Generals v. Möhl bei Noske, Erlebtes, S. 173.

[2]) Schiele, Kurze Geschichte, S. 11, das Zitat von Schiele bei Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 71. Gegenüber den heftigen Vorwürfen von Dr. Bang verteidigte sich Kapp am 14. 3. mit dem Argument: „Es sei nicht seine Schuld, die Sache sei ihm über den Hals gekommen, und an der ganzen Sache sei schuld Lüttwitz . . . mit seinem blödsinnigen Ultimatum." Brammer, a.a.O., S. 42.

[3]) Nach der Anklageschrift, S. 32 f.

[4]) Ebenda, S. 33. Zur Alarmierung der Brigade siehe die Aussage von Noske, Ehrhardt und Trotha, Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Nr. 1463158, 1462581 und 1463140.

[5]) Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 208. Anklageschrift, S. 35. Vgl. auch Kessel, a.a.O., S. 262.

Situation, daß sich die Ehrhardt-Brigade in der Berliner Abendpresse über den bevorstehenden Marsch nach Berlin unterrichten konnte. Bedenken eines Generalstabsoffiziers wegen des ausgefallenen Überraschungsmomentes ließen Ehrhardt indessen ungerührt[1]). In der Tat war die Wirkung solcher Ankündigungen sehr gering. Sie stießen viel mehr auf Unglaubwürdigkeit als auf Abwehrbereitschaft. Berücksichtigt man die Überraschung unter den Mitarbeitern Kapps, so ist es nicht verwunderlich, wenn Beobachter solche Nachrichten für Schwindel gehalten haben, oder die Rechtspresse noch am 13. in den Morgenblättern der Regierung unterstellte, die Sache ausgedacht oder aufgebauscht zu haben, um die Öffentlichkeit von dem gerade verkündeten Erzberger-Urteil abzulenken[2]).

In der gleichen Weise reagierte die Regierung. Oldershausen hatte an diesem Nachmittag von dem Kommandanten des Fliegerhorstes in Döberitz die Nachricht bekommen, daß die Brigade in der kommenden Nacht nach Berlin marschieren würde. Noske, der aus einer Kabinettssitzung herausgerufen wurde, beauftragte darauf den widerstrebenden Vizeadmiral v. Trotha, die Meldung in Döberitz zu überprüfen und Ehrhardt nochmals zu warnen. An der Beratung dieser Maßnahme nahmen Reinhardt, Seeckt, Oldershausen und Hammerstein teil[3]). Jetzt erst unterrichtete Noske das Kabinett über die drohende Gefahr aus Döberitz und die Absicht einer Verschwörergruppe, eine neue Regierung zu erzwingen. Besondere Abneigung bestehe gegen den preußischen Landwirtschaftsminister Braun und den Reichsaußenminister Müller. Zur Zeit gehe das „Gerücht", die Marinebrigade wolle in der kommenden Nacht das Regierungsviertel besetzen, um die dargelegten Pläne zu verwirklichen. Als Abwehrmaßnahmen habe er die Verhaftung der Hauptbeteiligten, wobei eigenartigerweise weder Lüttwitz noch Ehrhardt genannt wurden, den Alarmzustand und verschärfte Bewachung des Regierungsviertels angeordnet[4]). Nach den Ausführungen Noskes über die Durchsetzung einer neuen Regierung glaubte das Kabinett wohl nur an einen Versuch, einige neue Minister zu erzwingen, was schließlich auch Lüttwitz bei Ebert und Noske gefordert hatte. Der Innenminister Koch nahm jedenfalls an, daß Bauer Reichskanzler bleiben sollte. Trotzdem bleibt die Sorglosigkeit, mit der Noskes Ausführungen beantwortet wurden, erstaunlich. Koch hatte sogar Besorgnisse, ob für die Verhaftungsbefehle hinreichende

---

[1]) Siehe Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Nr. 1462794.

[2]) Kern, a.a.O., S. 319. Nachlaß Koch 25, Tagebuch vom 13. 3. 1920.

[3]) Siehe die Aussagen von Oldershausen, Noske und Trotha, Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Nr. 1462676, 1463155 und 1463140.

[4]) Protokoll der Sitzung des Reichsministeriums, Akten des Auswärtigen Amtes, Mikrofilm, Rolle 1668, Nr. D 744126. Brief von Hermann Müller an einen Parteigenossen vom 18. 5. 1920, Akten der Reichskanzlei, Mikrofilm, Nr. K 537680. Nachlaß Schiffer 16, S. 9a.

Grundlagen vorhanden seien[1]). So wurde in der Sitzung nichts weiter beschlossen. Man verschob „aus Mangel an Zeit die gründliche Beratung der ganzen Sache" auf den 15. März und setzte das umfangreiche Sitzungsprogramm fort[2]).

Als der preußische Innenminister Heine am Schluß der Sitzung mit der Nachricht eintraf, die Brigade bereite ihren Abmarsch vor, nahm Noske dessen besorgte Frage nach den zu treffenden Gegenmaßnahmen und weiteren Meldungen mit Heiterkeit auf. Er erklärte: „Nichts ist daran, es ist blinder Lärm wie schon wiederholt." Trotha sei nach Döberitz geschickt worden, um die Brigade zur Vernunft zu bringen[3]).

Dieses sorglose und passive Verhalten des Reichskabinetts hatte im wesentlichen drei Ursachen. Erstens waren der Regierung schon häufig sowohl ultimative Forderungen gestellt worden, deren Abweisung ohne ernste Folgen geblieben war, als auch Nachrichten über einen bevorstehenden Putsch zugegangen, die sich als falsch erwiesen hatten[4]).

Zweitens war der preußische Innenminister Heine durch den Staatskommissar v. Berger und leitende Beamte der preußischen Sicherheitspolizei völlig unzureichend informiert worden. Berger sandte zwar am 8. März einen langen Bericht über die Agitation der Rechtsparteien, das erschütterte Ansehen der Regierung, den geschwächten Rückhalt der Regierungsmehrheit im Volke und die Erregung in der Truppe an Bauer, Noske, Heine und einige weitere Minister, aber erwähnte mit keinem Wort die Absichten von Lüttwitz, die Erregung der Brigade, die ihm bekannten Vorgänge der letzten Woche im Kommando Lüttwitz oder die Nationale Vereinigung. Am Schluß des Berichtes legte Berger den Ministern in versteckter Form nahe, die Regierungsgeschäfte mehr als bisher nach fachlichen Gesichtspunkten zu führen[5]). Seine Meldung über den bevorstehenden Abmarsch der Brigade und die Möglichkeit eines Putsches erfolgte erst, als die Minister sich darüber bereits in der Abendpresse unterrichtet hatten oder durch Noske in der Sitzung des Reichskabinetts informiert worden waren[6]). Berger war kein Anhänger der Regierungskoalition. Er traf sich häufig mit

---

[1]) Nachlaß Koch 25, Tagebuch vom 12. 3. Gessler, Reichswehr, S. 122. Der britische Botschafter telegrafierte in der folgenden Nacht an seinen Außenminister: „Under Secretary of State for Foreign Affairs tells me this afternoon no anxiety is felt by Government which does not consider matter really serious." Documents, Vol. IX, S. 134.

[2]) So der Minister Koch, nach Südekum, Berlla-Interview, S. 3, Nachlaß Südekum 99. Siehe auch das Protokoll der Sitzung des Reichsministeriums, Akten des Auswärtigen Amtes, Mikrofilm, Rolle 1668, Nr. D 744126 ff.

[3]) Heine-Manuskript, S. 518. Ähnlich der undatierte Bericht Heines, S. 2 f., Nachlaß Heine 36/7.

[4]) Noch im Februar war der Reichsregierung ein bevorstehender Putsch gemeldet worden. Nach Heine-Manuskript, S. 518.

[5]) Der Text des Berichtes bei Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 204 ff., und im Nachlaß Heine 35.

[6]) Bericht Heines vom 26. 3. 1920 an Ministerpräsident Hirsch, S. 2 f., Nachlaß Heine 36/6. Ferner Heine-Manuskript, S. 518. Nach seinem Verteidigungsbericht vom 18. 3. 1920, S. 18 f., Nachlaß Heine 35, will Berger selbst keine genauen Informationen gehabt haben.

Pabst, wußte von den Vorbereitungen in der Nationalen Vereinigung und bemühte sich, diese Bestrebungen möglichst wenig zu stören. Der Nachrichtenoffizier der Sicherheitspolizei Leutnant v. Kessel, war mit Pabst gut bekannt. Kessel sah seine Aufgabe nicht in dem Schutz der Regierung, sondern in ihrem baldigen Sturz. Am 13. März stand er mit seinem Polizeidienstwagen am Brandenburger Tor und fuhr Kapp in die Reichskanzlei. Noskes Haussuchungs- und Verhaftungsbefehle mußten ohne nennenswerte Ergebnisse bleiben, solange einflußreiche Beamte der Polizeibehörden den politischen Umschwung erstrebten[1]). Bei der Aufstellung der Sicherheitswehr hatten Offiziere der damals in Berlin befindlichen Truppen den entscheidenden Einfluß. Den Aufbau übernahm ein Oberst Weber mit Offizieren aus dem Freikorps des Obersten Reinhard. Kommandeur wurde Oberst v. Schönstadt, der vorher mit Pabst in der Garde-Kavallerie-Schützendivision gewesen war, Chef des Stabes wurde ein Freund von Pabst, Oberst Arens. Wie es bei der Aufstellung der Sicherheitspolizei zuging, zeigt am besten die rückblickende Bemerkung eines Polizeioffiziers: „Wir wußten, daß eine Polizei gegründet werden sollte, und wollten nun auch so viel wie möglich unsere eigenen Leute darin unterbringen, ehe die Polizei eine sozialdemokratische Parteiorganisation geworden war. Wir fanden das größte Verständnis bei demjenigen Beamten, der die Hauptarbeit geleistet hat, dem Geheimrat Doyé im Preußischen Ministerium des Innern[2])." Ehrhardt konnte es am 12. nachmittags, als Noske die Sipo längst alarmiert hatte, also durchaus wagen, sich zu dem zuständigen Regierungsrat Doyé ins preußische Innenministerium zu begeben, um die Einstellung der 9000 Mann starken Berliner Sicherheitspolizei zu erkunden. Doyé verwies ihn an den Kommandeur Oberst v. Schönstadt und dessen Stabschef Oberst Arens. Letzterer will Ehrhardt zwar erklärt haben, die Sipo werde schießen, doch muß nach ihrem sofortigen Umschwenken zu Kapp am folgenden Tage mit Sicherheit angenommen werden, daß Ehrhardt mindestens wohlwollende Neutralität zugesichert bekam[3]). Nach einer Mitteilung Pabsts hatten er und Oberst Arens, die zugleich befreundet waren, die Unterstützung des Unternehmens durch die Sipo abgesprochen. Ernsthafte Schwierigkeiten entstanden auch nicht, als Verbände der Sipo mit einem Reichswehrregiment den Schutz des Regierungsviertels übernehmen mußten und von General Reinhardt den Schießbefehl bekamen. Bei den gegebenen Verbindungen zu den Putschisten und der Einstellung der meisten Offiziere

[1]) Nach Mitteilungen von Major Pabst. Koch schrieb am 13. 3. in sein Tagebuch: „Dieser Berger hat also völlig versagt. Wie habe ich Heine vor ihm gewarnt." Nachlaß Koch 25, Tagebuch 13. 3. 1920.

[2]) Vgl. Kessel, a.a.O., S. 224.

[3]) Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Aussage Ehrhardt, Nr. 1462578 f.; Aussage Doyé, Nr. 1462426 f. und 1463135. Freksa, Ehrhardt, S. 174 f. Aussagen von Jagow und von Doyé bei Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 28 ff. Heine-Manuskript, S. 518. Heine schrieb am 27. 3. an seinen Parteifreund Ernst: „Der böse Geist ist Doyé gewesen, dessen Tätigkeit jetzt bei Durcharbeitung seiner Akten immer deutlicher hervortritt." Heine-Nachlaß 36/2.

war mit der Ausführung eines solchen Befehls nicht zu rechnen. Nach Pabst wußte Ehrhardt vor dem Marsch genau, daß die Sipo keinen Widerstand leisten würde[1]).

Die dritte Ursache für Noskes Optimismus war sein Vertrauen auf die Loyalität der Reichswehr, für die er sich so oft eingesetzt hatte. Er verließ sich auf die Unterstützung der Generale Reinhardt, Seeckt und Oldershausen, die Gewaltmaßnahmen ablehnten, und glaubte Lüttwitz mit der Brigade in der Isolierung, wie er des Funktionierens der militärischen Abwehrmaßnahmen sicher war[2]).

Auf die Meldung von Oldershausen über Abmarschvorbereitungen der Brigade hin erhielten zwei Regimenter Sipo und ein Regiment Reichswehr den Befehl, das Regierungsviertel militärisch zu sichern. Das Kommando unterstand Oberst v. Thaysen[3]). Noske mußte indessen innerhalb weniger Stunden die Wertlosigkeit solcher Gegenmaßnahmen erkennen. Wohl lehnte die große Mehrheit der Offiziere die von Lüttwitz geplanten Gewaltmaßnahmen ab, doch hieß die Alternative, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht Verteidigung der Regierung, sondern nach vergeblichen Warnungen Rückzug auf die Ebene des neutralen Zuschauers, Vermeidung jeglicher Kämpfe innerhalb der Reichswehr und Herbeiführung eines friedlichen Ausgleichs. Obwohl hohe Offiziere seit dem 11. nachmittags über Lüttwitz' Vorhaben keinen Zweifel mehr hatten, unterrichteten sie nicht den Reichswehrminister, sondern versuchten durch persönliche Einwirkung Lüttwitz und Ehrhardt zurückzuhalten.

Der Kommandeur der Reichswehrbrigade in Potsdam, General v. Hülsen, begab sich nach der Unterrichtung durch Oldershausen sogleich zu Lüttwitz, der ihm erklärte: Ehrhardt werde mit seiner Brigade Berlin besetzen und Kapp eine neue Regierung der Fachleute auf breitester politischer Grundlage bilden. Das Unternehmen sei gut vorbereitet. Hülsen, der Lüttwitz gewarnt haben will, machte nun keineswegs Reinhardt oder Seeckt Meldung, sondern fuhr nach Döberitz, um Ehrhardt von dem Gewaltschritt abzuraten[4]).

Am 12. mittags erfuhr Hülsens Stabschef, Major v. Bock, von Oldershausen, daß die Marinebrigade in der kommenden Nacht gegen 1 Uhr in Berlin erwartet werde. Wieweit sich Oldershausen zu diesem Zeitpunkt schon auf die Ebene des neutralen Zuschauers zurückgezogen hatte, zeigt die hinzugefügte Bemerkung, seine Geschäfte als Stabschef habe bereits Oberst Bauer übernommen;

---

[1]) Mitteilung Pabsts. Siehe auch Kessel, a.a.O., S. 264.

[2]) Siehe Kern, Das Kapp'sche Abenteuer, S. 324; Volkmann, Revolution, S. 345; Scheidemann, Memoiren, Band 2, S. 411; Brief des Admirals v. Trotha vom 21. 3. 1920 an Seeckt, Akten der Reichskanzlei, Mikrofilm, Nr. K 536967.

[3]) Ernst, Nachlaß Reinhardt, S. 100 f. Aussage Oldershausen, Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Nr. 1462677.

[4]) Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Aussage Hülsen Nr., 1462651 ff. und 1463132 f.; Aussage Bock, Nr. 1463136.

dabei hatte Noske gegen Bauer Haftbefehl erlassen[1]). Der mit der Vertretung des beurlaubten Generals v. Lüttwitz beauftragte General v. Oven leistete an diesem Nachmittag nur einige Unterschriften und gab im übrigen eine Gesellschaft für die Herren seines Stabes[2]). Angesichts der kommenden politischen Auseinandersetzungen schien die beste Lösung zu sein, sich möglichst zurückzuhalten und offiziell unwissend zu bleiben. Auch der General v. Seeckt befand sich, während den Reichswehrtruppen der Schießbefehl gegeben wurde, auf einer Privatgesellschaft. Bei einer solchen Haltung unter den höchsten Offizieren waren die von Noske befohlenen Abwehrmaßnahmen nahezu wirkungslos geworden.

Erst auf die Meldung über den bevorstehenden Abmarsch der Brigade hin war Noske von Oldershausen unter Hinzuziehung von Reinhardt und Seeckt auf einen Putschversuch aufmerksam gemacht worden. Bei der Beratung der Gegenmaßnahmen zeigte sich die ganze Schwäche des Reichswehrministers gegenüber einem entschlossenen Freikorpsführer, denn Reinhardt widerriet Noske, nach Döberitz zu fahren, weil er die Festnahme des Ministers befürchtete. Trotha verhinderte die Teilnahme Reinhardts mit der Begründung, er sei in der Brigade zu unbeliebt, um etwas erreichen zu können, und Trotha nahm den Auftrag nach Döberitz an, obwohl er jede Einwirkung als aussichtslos bezeichnete[3]).

Nachdem er sich telefonisch bei Ehrhardt angemeldet hatte, begab sich Trotha zu ihm nach Döberitz. Er warnte nochmals vor unbesonnenen militärischen Aktionen und machte angesichts der getroffenen Abwehrmaßnahmen auf die Gefahr des Blutvergießens aufmerksam. Da Trotha jedoch keine direkten Fragen stellte, konnte ihm Ehrhardt ausweichend antworten und auf die Ruhe im Lager hinweisen. Während für General v. Hülsen, der unmittelbar nach Trothas Weggang in Döberitz eintraf, der bevorstehende Abmarsch unverkennbar war, wollte Trothas Begleiter, Kapitänleutnant Canaris, ehemals Angehöriger der Brigade und mit Pabst gut befreundet, bei seinem Lagerrundgang nichts Verdächtiges bemerkt haben. So bekam der Reichswehrminister die Mitteilung, daß in Döberitz alles ruhig sei. Trotha machte allerdings die Einschränkung, eine solche Elitetruppe könne in einer Stunde abmarschbereit sein. Als wenige Stunden später die Brigade nach Berlin rückte, wurde dem Vizeadmiral von der Regierung falsche Unterrichtung vorgeworfen. Formell gesehen, hatte Trotha wahrheitsgemäß berichtet, aber gleich den übrigen hohen Offizieren, mit Ausnahme Reinhardts, vermied er es, offiziell mehr in Erfahrung zu bringen und zu

[1]) Ebenda, Aussage Hülsen, Nr. 1463137; Aussage Bock, Nr. 1463146; Aussage Oldershausen, Nr. 1463131. Anklageschrift, S. 35.

[2]) Ebenda, Aussage Oven, Nr. 1463148.

[3]) Ebenda, Aussage Reinhardt, Nr. 1462680 f.; Aussage Noske, Nr. 1463155; Aussage Oldershausen, Nr. 1462676; Aussage Trotha, Nr. 1463140. Brief Trothas an Seeckt vom 21. 3., Akten der Reichskanzlei, Mikrofilm, Nr. K 536968.

berichten, als unbedingt notwendig war[1]). Tatsächlich wurde er von Ehrhardt auch nicht in die kommenden Ereignisse eingeweiht, denn dieser hatte sich gegenüber Kapp und Lüttwitz zum Schweigen verpflichtet[2]).

Der Reichswehrminister befahl nach dem Bericht aus Döberitz, alle Maßnahmen zu treffen, um den Einmarsch der Brigade gewaltsam verhindern zu können[3]). In Wirklichkeit wurde der Befehl aber so durchgeführt, daß ein ernsthafter Widerstand nicht möglich war. Es waren nur die bei großen Demonstrationen üblichen Sicherungen der Regierungsgebäude durchgeführt, jedoch keine Truppen außerhalb Berlins zur Verteidigung aufgestellt worden. Militärisch waren dazu schon erhebliche Kräfte nötig, und Noskes Ansicht, „ein paar hundert Mann an der Heerstraße in den Wald zu stecken und den Versuch zu machen, die Ehrhardtbrigade zusammenzuschießen", war gegenüber der gut ausgerüsteten, entschlossenen Brigade erstens nicht erfolgversprechend und setzte zweitens ebenso entschlossene regierungstreue Truppen voraus[4]).

Wie gering die Aussichten der Verteidigung des Regierungsviertels in Wirklichkeit waren, zeigte die Ablehnung des Schießbefehls innerhalb der eingesetzten Reichswehr- und Sicherheitspolizeitruppen. Auf die besorgten Fragen der Sicherheitspolizei nach der Ausführung des Befehls erklärte General v. Oven den Kampf gegen die Brigade kurzerhand für aussichtslos und politisch verhängnisvoll. Er werde Noske mitteilen, daß ein solcher vermieden werden müsse. Als die Frage bis 21 Uhr noch nicht geklärt war, begab sich der Stabschef der Sipo, Oberst Arens, zu Oven. Dort war zur gleichen Zeit der Chef der Heeresleitung, General Reinhardt, eingetroffen, der den Gerüchten, Reichswehr werde nicht auf Reichswehr schießen, entgegentreten wollte. Er schob die Bedenken Ovens und des Stabschefs beiseite, übernahm die Verantwortung für den Fall, daß der Befehl ausgeführt werden müsse und beauftragte Oven, dem Kommandeur der Sicherheitstruppen den Befehl persönlich zu überbringen[5]). Die Offiziere der Sipo gaben sich jedoch damit nicht zufrieden. Sie gingen mit dem Argument,

---

[1]) Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Aussage Trotha, Nr. 1462655 f. und 1463141; Aussage Canaris, Nr. 1462720; Aussage Ehrhardt, Nr. 1462580; Aussage Noske, Nr. 1463155 f.; Aussage Hülsen, Nr. 1463144. Brief Trothas an Seeckt vom 21. 3. 1920, Akten der Reichskanzlei, Mikrofilm, Nr. K 536967 f. Aussage Noske, Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 26. Freksa, Ehrhardt, S. 176. Kern, a.a.O., S. 324 f. Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 208. Volkmann, Revolution, S. 353. Stenographische Berichte, Bd. 332, S. 4901 (Reichskanzler Bauer). Anklageschrift, S. 38. Mitteilung von Major Pabst.

[2]) Brief Ehrhardts vom 19. 6. 1958 an den Verfasser.

[3]) Aussage Noske, Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Nr. 1463156. Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 208.

[4]) Zitat nach der Aussage Noskes, Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Nr. 1463156, ebenso bei Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 26. Vgl. auch Bericht der Sicherheitspolizei vom 22. 3. 1920, S. 4 f., Nachlaß Heine 36/6.

[5]) Ernst, Nachlaß Reinhardt, a.a.O., S. 101. Aussage Reinhardt, Brammer, ebenda, S. 34. Bericht der Sicherheitspolizei vom 22. 3. 1920, S. 5 f., Nachlaß Heine 36/6. Volkmann, Revolution, S. 355. Siehe auch Dokument 23, S. 320 f.

ihre Truppe werde dem Befehl nicht Folge leisten, zum Reichswehrgruppenkommando. Dort waren sich alle anwesenden Offiziere einig, daß die eingesetzten Verbände den Befehl nicht ausführen würden. Major v. Hammerstein holte zur Sicherheit das Urteil Seeckts ein. Dieser kleidete seine Meinung in die Worte, es sei nicht angängig, eine „Felddienstübung mit scharfen Patronen abzuhalten"[1]) Zur Sicherheit bekam Leutnant v. Kessel von Oberst Arens den Befehl, zu Ehrhardt zu fahren und ihn über die Standorte der Sipo zu unterrichten, damit es nicht zu Kampfhandlungen komme[2]).

Bis zu welchen Konsequenzen der Schießbefehl führen konnte, mußte General v. Hülsen erfahren, denn er sollte sich schon jetzt für oder gegen Lüttwitz entscheiden. Ein Regiment seiner Brigade hatte unter Oberst v. Thaysen den Schutz der Regierungsgebäude übernehmen müssen. Nun verlangte Lüttwitz, daß er mit mehreren Bataillonen am folgenden Morgen in Berlin zur Verfügung stehe. Damit bestand die Gefahr eines Zusammenstoßes zwischen Truppen der gleichen Reichswehrbrigade[3]). Hülsen, der sich noch nicht endgültig festlegen wollte, ließ darauf die angeforderten Truppen bis zum Potsdamer Bahnhof vorrücken, behielt sich aber die ausschließliche Befehlsgewalt vor. Um sein Regiment im Regierungsviertel vor Kämpfen zu bewahren, bat er Ehrhardt, die Brigade möge vor der Besetzung einen Offizier zu Verhandlungen vorausschicken. Den gleichen Rat gab er dann Oberst v. Thaysen. Diesem hatte der Chef der Heeresleitung persönlich gegen 22 Uhr den Befehl zu bewaffneter Abwehr der Marinebrigade gegeben. Thaysen war zunächst entschlossen, diesem Befehl Folge zu leisten. Gegen Mitternacht erschien jedoch sein Kommandeur, General v. Hülsen, und gab ihm die Richtlinie „Truppe kämpft nicht gegen Truppe"! Als der Oberst nach genaueren Verhaltensregeln fragte, sagte Hülsen, daß Ehrhardt und seinen Leuten jedenfalls kein bewaffneter Widerstand zu leisten wäre. Zuletzt bat er noch Oberst Bauer, einen Angriff der Marinebrigade auf sein Regiment unter allen Umständen zu verhindern, was ihm auch zugesagt wurde[4]).

Mit dieser Regelung waren bereits die Abwehrmaßnahmen Noskes, besonders aber der Schießbefehl Reinhardts, bedeutungslos geworden. Allein Ehrhardt konnte der Ausführung seiner Befehle ganz sicher sein, und diese Tatsache machte ihn in wenigen Stunden zum Herren Berlins. In den Monaten seit 1918 hatten die Offiziere den Sozialdemokraten so häufig mangelhafte Entschlußkraft bei linksgerichteten Unruhen und Streikbewegungen vorgeworfen, da sie die radikalen Genossen stets in Verhandlungen zu beruhigen versuchten und

[1]) Bericht der Sicherheitspolizei, ebenda.

[2]) Vgl. Kessel, a.a.O., S. 268.

[3]) Anklageschrift, S. 34 f. und 37. Freksa, Ehrhardt, S. 176.

[4]) Anklageschrift, S. 43 f. Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Aussage Hülsen, Nr. 1462653 und 1463144; Aussage Trotha, Nr. 1463141; Aussage Bock, Nr. 1462648 f.; Aussage Ehrhardt, Nr. 1462580 und 1462607 f. Freksa, Ehrhardt, S. 176. Siehe hierzu Dokument 24, Anhang S. 321

erst in der äußersten Not Reichswehr einsetzten. Nun waren die zur Loyalität verpflichteten Kommandeure noch viel weniger geneigt, ihre Sympathie für Ehrhardt der Gehorsamspflicht unterzuordnen. Über diesen Standpunkt, Reichswehr kann nicht auf Reichswehr schießen, gab es in der kommenden Nacht eine denkwürdige Auseinandersetzung zwischen Noske und der militärischen Führung. Die Konzeption des Reichswehrministers, die Reichswehr zu einem zuverlässigen Instrument der republikanischen Regierung zu machen, stand vor dem Zusammenbruch.

5. *Reichswehr schießt nicht auf Reichswehr*

Zur gleichen Stunde, als Noske seinen Parteifreund Kuttner mit den Worten beruhigte, er glaube nicht an das Gerede von einem Putsch und zur Abwehr sei alles vorbereitet[1]), setzte sich die Brigade Ehrhardt nach Berlin in Marsch.

Ehrhardt hatte am späten Abend in einer Offiziersbesprechung den Befehl gegeben, um 10 Uhr abmarschbereit zu sein, kriegsmäßig nach Berlin zu marschieren, jeden Widerstand rücksichtslos zu brechen und das Zentrum der Stadt mit den Ministerien zu besetzen. Er bezog sich auf den Befehl des Generals v. Lüttwitz, auf diesem Wege notwendige militärische und politische Forderungen gewaltsam durchzusetzen[2]). Mit welcher Leichtfertigkeit dabei die innenpolitischen Konsequenzen betrachtet wurden, mögen die folgenden Äußerungen Ehrhardts und des Korvettenkapitäns Abendroth andeuten: „Mir und allen meinen Offizieren war dabei vorherrschend, daß auf diesem Wege die Verminderung der Brigade und der andern Freikorps, die nach unserer Ansicht jetzt zur Unzeit erfolgen würde, hinausgeschoben würde. Was bei diesen Forderungen politischer Natur war, war uns völlig gleichgültig. Ich insbesondere habe mir gar keine Gedanken darüber gemacht[3])." — „Wie das alles bewerkstelligt werden könnte, darüber haben wir uns keine Gedanken gemacht. Wir dachten, das Geeignete werde höheren Ortes schon befohlen... Es sollte lediglich im anderen Geiste regiert werden. Daß zu diesem Zweck eine Änderung der Verfassung erforderlich sei, haben wir weder geglaubt noch gewollt oder richtiger gesagt, wir haben uns keine Gedanken darüber gemacht. So dachten Offiziere wie Mannschaften. Die Stimmung war froh, sogar feierlich, und singend wurde abmarschiert[4])."

Gegen 23 Uhr erfuhr das Reichswehrgruppenkommando von dem Abmarsch der Brigade. Die Generale v. Oven und von Oldershausen, die beide Reinhardts

[1]) Scheidemann, Memoiren, Bd. 2, S. 411. Eine ähnliche Mitteilung erhielt Heine, Heine-Manuskript, S. 519 f.

[2]) Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Aussage Trotha (hier ist nicht der Admiral, sondern Ehrhardts Adjutant gemeint), Nr. 1462753; Aussage von Hauptmann Hansen, Nr. 1462710. Anklageschrift, S. 39. Freksa, Ehrhardt, S. 175.

[3]) Aussage Ehrhardt, Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Nr. 1462577 f.

[4]) Aussage Abendroth, ebenda, Nr. 1462627 f. Der Tagesbefehl Ehrhardts, ebenda, Nr. 1462417. Zur Weigerung von drei Maschinistenmaaten, die wegen ihres geleisteten Eides nicht mit nach Berlin marschierten, siehe ihre Aussagen bei Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 30 ff.

Befehl zum Widerstand weitergegeben hatten, begaben sich darauf sofort nach Döberitz, um Ehrhardt in letzter Minute von seinem Vorhaben abzuhalten[1]). Als sie auf die Spitze der Brigade trafen, zwang man sie mit vorgehaltenen Pistolen zum Halten. Die Soldaten waren in einer geradezu feierlichen Stimmung. In vollkommen kriegsmäßiger Ordnung und den notwendigen Sicherungen wie beim Vormarsch in Feindesland marschierte die Brigade mit Sturmgepäck, wehenden schwarzweißroten Fahnen und Handgranaten im Koppel nach Berlin. Während die beiden Generale auf ihrer Fahrt sorgenvoll nach einem Ausweg suchten, lag Ehrhardt in tiefem Schlaf in seinem Döberitzer Quartier. Er mußte erst geweckt werden. Das Drängen der Offiziere, die Brigade zurückzurufen und doch nicht durch einen Mißerfolg mit folgender Linksregierung alles bisher für die Armee Erreichte in Frage zu stellen, blieb ohne Erfolg. Ehrhardt erklärte, daß mit ihnen schon der dritte oder vierte General nach Döberitz gekommen sei, er werde den Befehl von Lüttwitz ausführen, und niemand könne ihn daran hindern. Erst als Oldershausen ehrenwörtlich versicherte, Reichswehr und Sicherheitspolizei würden Widerstand leisten und damit sei Blutvergießen unvermeidlich, war Ehrhardt schließlich bereit, seine Forderungen zu fixieren, um nochmals die Möglichkeit zu Verhandlungen zu geben. Er nannte die bekannten Bedingungen des Generals v. Lüttwitz: 1. Neuwahlen zum Reichstag. 2. Baldige Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk. 3. Einsetzung von Fachministern. 4. Zurücknahme des Auflösungsbefehls. 5. Wiedereinsetzung des Generals v. Lüttwitz. 6. Straffreiheit für die Beteiligten. 7. „Ein General statt Noske an der Spitze der Armee“[2]). Bei der fernmündlichen Durchgabe lehnte Noske sofort ab und verlangte die unmittelbare Rückkehr der Generale nach Berlin. Oven und Oldershausen bestanden jedoch darauf, über die Bedingungen mit Ehrhardt zu verhandeln, und hielten eine Kabinettssitzung für dringend geboten[3]). Bevor sie sich bei der Brigade von Ehrhardt trennten, erschienen Offiziere der Sicherheitspolizei mit der Meldung, weder Reichswehr noch ihre Einheiten würden Widerstand leisten. Ehrhardt war daraufhin nur noch bereit, bis 7 Uhr früh an der Siegessäule, die damals noch vor dem Reichstagsgebäude stand, auf die Annahme seines Ultimatums zu warten, während er zunächst eine Frist bis 9 Uhr gegeben hatte[4]).

---

[1]) Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Aussage Oven, Nr. 1463148 f.; Aussage Oldershausen, Nr. 1462677 und 1463152 f.

[2]) Zitat nach Ernst, Nachlaß Reinhardt, a.a.O., S. 102. Die übrigen Quellen zu diesem Ultimatum: Siehe die Angaben in vorstehender Fußnote; ferner Aussage Ehrhardt, Nr. 1462581 f.; Aussage Oven, Nr. 1462630 f.; Anklageschrift, S. 40 f.; Freksa, Ehrhardt, S. 177. Aussage Oldershausen, bei Brammer, ebenda, S. 32 f. Volkmann, Revolution, S. 355. Schiffer-Nachlaß 16, S. 11 f.

[3]) Aussage Oldershausen, Brammer, ebenda, S. 33, und Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Nr. 1462678.

[4]) Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Aussage Ehrhardt, Nr. 1462690; Aussage Oven, Nr. 1463149; Aussage Oldershausen, Nr. 1462678; Aussage des Polizeihauptmanns Stennes, Nr. 1462803; Aussage des Hauptmanns Hansen, Nr. 1462712. Volkmann, Revolution, S. 354. Freksa, Ehrhardt, S. 178. Anklageschrift, S. 41.

War das Unternehmen schon durch Lüttwitz überstürzt hervorgerufen und dann in der Kapp-Gruppe trotz fehlender Vorbereitungen beschlossen worden, so verhinderten nun Ehrhardts Ultimatum und die Forderung der Generale nach einer Kabinettssitzung auch die letzte Möglichkeit der Überraschung. Gleich, ob die weitgehenden Pläne Kapps oder die gemäßigteren Forderungen von Lüttwitz das Unternehmen bestimmen sollten, mit Erfolg war nur zu rechnen, wenn die Regierung in Berlin blieb. Nur hier war ihre Verhaftung gesichert oder konnte sie zur Erfüllung der Bedingungen gezwungen werden. Ehrhardt und Lüttwitz, wahrscheinlich sogar Oven und Oldershausen, glaubten jedoch immer noch, durch ein einfaches Nachgeben der Regierung zu einem leichten Erfolg zu kommen, ohne die politischen Konsequenzen eines solchen Rückzuges für die an die Verfassung gebundene Regierung ausreichend zu bedenken. Ganz anders mußte Kapp die Folgen dieses zweiten Ultimatums beurteilen. Für ihn gab es kein Verhandeln und keine Beschränkung auf Neuwahlen oder Fachminister. Er wollte die bestehende Regierung durch Verhaftung ausschalten und mit einer zeitweiligen Diktatur eine neue Verfassungswirklichkeit erzwingen.

In Berlin trafen sich inzwischen Reichskanzler Bauer, Noske und Reinhardt in der Reichskanzlei. Der Chef der Heeresleitung war mit Noske einig, der Gewalt mit Gewalt entgegenzutreten. Er änderte seinen Entschluß, die Regierung zu schützen, auch nicht, als der Übertritt der Garnison Potsdam auf die Seite der Marinebrigade gemeldet wurde. Kurz nach Mitternacht wurde noch der Reichspräsident aufgesucht und über die drohende Entwicklung in Kenntnis gesetzt. Noske und Reinhardt waren sich trotz ihrer Entschlossenheit darüber klar, daß die Haltung der übrigen Offiziere unsicher war. Reinhardt hatte bei Oven und den zur Verteidigung eingesetzten Sipo-Offizieren wenig Widerstandswillen gefunden. Nachdem die Generale telefonisch von Döberitz aus Verhandlungen über Ehrhardts Bedingungen gefordert hatten, war eine Aussprache mit den maßgebenden Offizieren unumgänglich geworden.

Gegen 1 Uhr versammelten sich in der Bendlerstraße Noske, Reinhardt, Seeckt, außerdem vom Truppenamt Oberstleutnant Hasse, Major v. Stockhausen und Major v. Schleicher, Major v. Hammerstein, Oberst Wetzell (Chef des Stabes im Wehrkreis Berlin), Vizeadmiral v. Trotha, Major v. Bock (Chef des Stabes bei General v. Hülsen), die Adjutanten von Noske, Major Gilsa und Seeckt, Hauptmann Fischer und der Pressechef der Reichskanzlei, Rauscher[1]).

Auf den Bericht Hammersteins über Ehrhardts Bedingungen hin lehnte der Reichswehrminister jede Verhandlung ab, bezeichnete die Einberufung des Kabinetts als unnötig und forderte bewaffneten Widerstand. Während ihn Reinhardt unterstützte, schlug Seeckt vor, die Rückkehr von Oven und Olders-

[1]) Ernst, Reinhardt-Nachlaß, S. 101 und 108. Erinnerungen des Generalleutnants Fischer, Seeckt-Nachlaß, Stück 202. Anklageschrift, S. 41. Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 209.

hausen abzuwarten. Nach ihrem Eintreffen gaben die beiden Generale ein vollkommen negatives Bild der Widerstandsmöglichkeiten. Oven schlug erneut vor, über die Bedingungen zu verhandeln. Innerlich damit einverstanden und nur den gewaltsamen Weg ablehnend, hofften die beiden Offiziere durch ein Entgegenkommen der Regierung an der Entscheidung vorbeizukommen. So erklärten sie auch jetzt wieder, die beste Lösung sei für Noske, mit den Leuten zu reden. Dann könne noch alles in Ordnung gebracht werden, und dann bestehe auch keine Gefahr für die Verfassung. Im anderen Falle sei der Zusammenbruch unvermeidlich. Noske, die politischen Folgen vorausschauend und ohne jede Sicherheit, wo die tatsächlichen Grenzen der Bedingungen lagen, konnte diesen Vorschlägen nicht zustimmen. Er verlangte von den Offizieren, daß sie auf die Brigade schießen lassen sollten. Dies lehnten, außer Reinhardt und Noskes Adjutant, alle anwesenden Militärs ab[1]). Sie erklärten, „daß nach ihrer Überzeugung gegen die festzusammengeschweißte Brigade mit der geringen Truppenstärke, die in Berlin vorhanden sei, nicht ernsthaft anzukämpfen wäre" und bezeichneten den Widerstand „als absolut unratsam"[2]). Sie waren weiter davon überzeugt, daß die Truppe in ihrer Gesamtheit nicht von der Waffe Gebrauch machen würde und in der Sicherheitspolizei die gleiche Stimmung herrsche. Oven erwähnte in diesem Zusammenhang das Erscheinen von Offizieren der Sicherheitspolizei bei Ehrhardt[3]). Die Generale befürchteten außerdem, bei einem Kampf Truppe gegen Truppe ein baldiges Eingreifen linksradikaler, bewaffneter Verbände, die eine vollkommene Zerstörung der militärischen Befehlsverhältnisse zur Folge haben könne[4]). Bei der militärischen Überlegenheit der Brigade werde „die vorläufige Beseitigung der Regierung" nicht verhindert, sondern nur hinausgeschoben[5]).

Die wirkungsvollste Erklärung wurde in dieser Nachtsitzung von Seeckt abgegeben. Obgleich Seeckt in dieser Offiziersbesprechung ein so bedeutsames Urteil abgegeben hat, darf nicht vergessen werden, daß er keinerlei Befehlsgewalt über die in Frage kommenden Truppen hatte. Er hatte seit Herbst 1919 allen

---

[1]) Ernst, Nachlaß Reinhardt, S. 101 f. und 109. Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Aussage Noske, Nr. 1463157; Aussage Oven, Nr. 1463150; Aussage Oldershausen, Nr. 1463153 f. Aussage Noske, Brammer, ebenda, S. 27 und 62. Anklageschrift, S. 41 f. Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 209.

[2]) Aussage Noske, Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Nr. 1463157, und bei Brammer, ebenda, S. 27.

[3]) Ernst, Nachlaß Reinhardt, a.a.O., S. 102. In der fehlenden Entschlossenheit der Berliner Truppen, die Regierung mit der Waffe vor den „Kameraden" aus Döberitz zu schützen, lag Ehrhardts Stärke: „Ob die Reichswehr im Regierungsviertel blieb oder nicht, war für mich gleichgültig. Da wir wenn nötig schnell mit ihr fertig geworden wären, aber hauptsächlich weil ich wußte, daß die Reichswehr nicht auf uns schießen würde, sondern aller Wahrscheinlichkeit nach gemeinsame Sache mit uns machen würde." Brief Ehrhardts an den Verfasser vom 19. 6. 1958.

[4]) Aussage Oven, Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Nr. 1463149. Südekum vertrat in seinem Interview mit Berlla die gleiche Auffassung, Nachlaß Südekum 99, S. 5.

[5]) Ernst, Nachlaß Reinhardt, S. 102.

Putschideen entgegengearbeitet. Nun, da Lüttwitz seine Pläne verwirklichen wollte, sollte er wenigstens nicht „als Sieger einer gewonnenen Schlacht am Brandenburger Tor" in Berlin einziehen, sondern auf eine gleichgültige Reichswehr treffen[1]). Es war Seeckts Absicht, die Reichswehr möglichst aus den kommenden Auseinandersetzungen herauszuhalten, ohne Rücksicht sowohl auf die Folgen für die Reichsregierung als auch das Unternehmen von Lüttwitz. Er hatte daher auch keinen Vermittlungsversuch unternommen, sondern war, als ihm sein Adjutant den Anmarsch der Brigade mitgeteilt hatte, in der bereits erwähnten Abendgesellschaft geblieben und hatte nur Anweisung gegeben, ihn später erneut in seiner Wohnung zu informieren. Auch dort hatte ihn der Adjutant „in derselben ruhigen, überlegenen Haltung" angetroffen[2]). Erst gegen Mitternacht war Seeckt dann im Reichswehrministerium erschienen. Hier machte er sich nun zum Sprecher der Offiziere, die ihren Eid nicht brechen, aber auch nicht auf die Brigade schießen wollten. Mit seiner Erklärung war, wie sich bald herausstellte, die Begründung und Entscheidung für das Verhalten der Truppe während des Putsches gefallen: „Eine Felddienstübung mit scharfen Patronen zwischen Berlin und Potsdam können wir nicht machen." Zu der Darstellung Rabenaus, daß Seeckt hier in der Form eines Befehls sein Urteil abgegeben habe, vermerkte später Hammerstein in einer Randbemerkung „ganz falsch". Die häufig zitierte Äußerung, die sich bei Rabenau findet („Truppe schießt nicht auf Truppe. Haben Sie, Herr Minister, etwa die Absicht, eine Schlacht vor dem Brandenburger Tor zu dulden zwischen Truppen, die eben erst Seite an Seite gegen den Feind gekämpft haben?"), versah v. Hammerstein mit dem Zusatz: „Hat er nicht gesagt[3])."

Der Chef der Heeresleitung blieb trotz der schlechten Aussichten bei seiner entgegengesetzten Auffassung. Er sah mit Recht die Ursache der ungünstigen militärischen Situation nicht in zahlenmäßiger oder waffentechnischer Unterlegenheit, sondern in der fehlenden Entschlossenheit: „Ehrhardt ging gesenkten Hauptes auf das Ziel, das er sich vorgenommen hatte, eben los, wogegen die Herren von Oven und von Hülsen in Potsdam doch das Haupt voll Sorgen hatten... Wenn die Brigade von Oven und Hülsen von zwei Ehrhardten geführt worden wäre, dann war der Ausgang zweifelsfrei[4])." Reinhardt ließ sich aus seinem engen Kontakt mit Noske heraus, vielleicht auch infolge der vorher

[1]) Aussage Seeckts, Brammer, ebenda, S. 34.

[2]) Aus den Erinnerungen des Generalleutnants Fischer, S. 24 f. Nachlaß Seeckt, Stück 202. Siehe auch Rabenau, Seeckt, S. 221.

[3]) Zitate nach Hammersteins Randbemerkungen in Rabenaus Buch auf S. 221, Bundesarchiv. Ähnlich in den Erinnerungen des Generalleutnants Fischer, S. 25, Seeckt-Nachlaß, Stück 202: „General v. Seeckt meldete sich zum Wort und sagte in knappen Sätzen, daß er es unter keinen Umständen zulassen würde Berlin das Schauspiel zu geben, daß eigene Truppen mit scharfen Patronen gegeneinander kämpften! Noske schlug auf den Tisch und sagte: ‚Bin ich denn ganz verlassen?'"

[4]) Aussage Reinhardt, Brammer, ebenda, S. 35.

geführten Unterredungen mit dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler, von anderen Erwägungen leiten. Für ihn war der baldige Zusammenbruch des Unternehmens sicher. Ebenso beurteilte er die Verfassungstreue der übrigen Truppen im Reich als Süddeutscher viel positiver und sah in dem militärischen Zusammenstoß die Möglichkeit, allen Reichswehreinheiten ein klares Beispiel für die gebotene Stellungnahme zu geben, dessen Fehlen in der Tat zu so vielen Konflikten geführt hat. Vor allem aber mußte sich die legale Regierung auf die Reichswehr gegen jede Art von Aufruhr verlassen können. Erst durch die Neutralitätserklärung der militärischen Führung wurde das Volk zur Selbsthilfe gezwungen, die Noske in der Form der Bewaffnung von Arbeitern bereits angekündigt hatte und wenige Stunden später in dem Aufruf der sozialdemokratischen Minister zum Generalstreik Wirklichkeit wurde. Diese Selbsthilfe hielt Reinhardt für „das größere Unglück". In seinen Augen rebellierte Lüttwitz mit der Brigade gegen die Staatsautorität und den militärischen Gehorsam. Das war offene Meuterei, die nicht einfach hingenommen werden durfte[1]).

Gewiß hat kein Offizier in dieser Nacht einen Befehl des Reichswehrministers verweigert. Formell gaben sie nur den Rat, um den sie gefragt worden waren. Ob sie freilich den Befehl zu aktivem Widerstand „zweifellos nach bestem Können" befolgt hätten, wie Reinhardt später erklärte, erscheint doch mehr als fraglich[2]). Noske hatte allen Grund zu seinem Vorwurf: „Sie wollen offenbar nicht kämpfen[3])." Gordon hat in seinem Werk über die Reichswehr die ausschlaggebende Rolle Seeckts in Frage gestellt. Sicher ist die endgültige Entscheidung in der späteren Kabinettssitzung gefallen, doch sie war an das Ergebnis dieser Offiziersbesprechung gebunden und erfolgte auf Grund einer erneuten Erklärung Seeckts, den Noske mit Reinhardt hinzugezogen hatte. „Seeckts Standpunkt hat sich durchgesetzt", vermerkt später sein Adjutant zum Ergebnis der Ministersitzung[4]). Gordon ist ebenfalls bemüht, Seeckts Urteil als Meinungsäußerung hinzustellen, für die der Vorwurf der Gehorsamsverweigerung nicht zutreffe[5]). Mit einem Befehl Noskes war in dieser bürgerkriegsähnlichen Situation kein Ergebnis zu erzielen. Entweder stellten sich die Offiziere ihrem Eid getreu auf die Seite der Regierung und waren dabei des Gehorsams ihrer Truppen sicher oder die Regierung mußte das Volk zum Widerstand aufrufen. Seeckts

---

[1]) Aussage Reinhardt, ebenda. Siehe dazu auch die Abschiedsrede Reinhardts, S. 4 und 9. Auf S. 9 finden sich die Sätze: „Wir sind uns als Soldaten ganz klar, daß schroffster Gehorsam gefordert werden muß. Derjenige, der selber den rücksichtslosen Gehorsam fordert und seine Truppe fest hinter sich hat, und sich selbst nicht einfügt in das, was der Höhere von ihm verlangt, der ist nichts als ein gefährlicher Condottiere."

[2]) Ernst, Nachlaß Reinhardt, S. 109. Gessler hält Seeckts Standpunkt „für historisch gerechtfertigt",a.a.O., S. 285. Siehe auch Stenographische Berichte, Bd. 332, S. 4901 (Bauer). Vgl. auch Martini, Der „Ungehorsam" Seeckts, a.a.O., S. 128 f.

[3]) Ernst, Nachlaß Reinhardt, S. 109.

[4]) Erinnerungen von Fischer, S. 26, Nachlaß Seeckt, Stück 202.

[5]) Gordon, Reichswehr, S. 136.

spätere Bemerkung auf die Frage, warum er im Kapp-Putsch nicht mitgemacht habe, „ein General bricht seinen Eid nicht", wird seinem Verhalten in dieser Nacht nicht gerecht[1]). Der Eid verlangte, die Autorität der Regierung zu stützen. Auch Seeckt gehorchte nicht. Selbstverständlich besteht, wie Gordon schon sagt, kein Anlaß zu der Annahme, er habe die Aufrührer schützen wollen. Er wollte die Reichswehr aus den kommenden Verwirrungen heraushalten, sie vor jeder politischen Belastung bewahren und zunächst festigen[2]). Damit verurteilte er zwar den Putsch zum Scheitern, ließ zugleich aber auch die Regierung im Stich.

So folgerichtig Reinhardts Argumentation war, so barg sie für die Reichswehr die Gefahr des Zerbrechens in sich. Für die Mehrheit der Offiziere, denen die Republik nichts bedeutete, für die die Reichswehr die Hauptstütze des Staates war, stand die geschlossene Existenz der Truppe an erster Stelle. Sie konnten sogar darauf verweisen, daß auch die Republik in eine beträchtliche Gefahr geraten würde. Wer sollte nach einer inneren Auflösung der bewaffneten Macht den demokratischen Staat schützen? Dieser Gedanke hat in der wenige Stunden später beginnenden Kabinettssitzung eine wichtige Rolle gespielt. Sosehr man Reinhardts Eintreten für die Republik bewundern wird, so eindeutig kann man feststellen, daß sein Weg zu keinem Zeitpunkt Aussichten auf Durchführung hatte.

Wenn nun mit Maschinengewehren auf die Truppen geschossen wurde, hinter denen der angesehenste und höchste Truppenbefehlshaber des Reiches stand, so war die Einheit dahin, damit aber auch in den Augen der meisten Offiziere der einzige Ordnungsfaktor und Garant des Reiches in ihrem, von politischen Gegensätzen so zerrissenen Vaterlande. Das bringt Rabenau mit den folgenden Worten, die er Seeckt in den Mund legt, zum Ausdruck: „Wenn Reichswehr Reichswehr niederschlägt, dann ist alle Kameradschaft im Offizierskorps hin. — Wenn das aber einträte, dann wäre die wahre Katastrophe, die mit so unendlicher Mühe am 9. November 1918 vermieden worden ist, erst richtig da[3])." Für die Offiziere um Seeckt war nicht die verfassungsmäßige Regierung und die Nationalversammlung der Grundpfeiler des Staates, sondern die Macht und Einheit der Armee, aber mit einer wesentlichen Einschränkung. Hinter der sich hier anmeldenden „unpolitischen Reichswehr" stand eine konservative Staatsauffassung. Es bedarf keiner Frage, wie das einmütige Urteil aller anwesenden

---

[1]) Rabenau, Seeckt, S. 234.

[2]) Bemerkungen des Generals Hasse zu Rabenaus Manuskript: „Ein General bricht seinen Eid nicht. Aber in der Kapp-Nacht war er ungehorsam. Ist er trotzdem der Regierung treu geblieben, oder wäre er es, wenn Lüttwitz die Oberhand behielt? ... Es war doch Seeckts Pflicht, die Autorität der Regierung zu stützen." Nachlaß Seeckt, Stück 286.

[3]) Nach Hammerstein ist das allerdings nicht gesagt worden, siehe die Randbemerkungen in Rabenaus Buch, S. 222, Bundesarchiv. Ähnlich Volkmann, a.a.O., S. 357 f.

Offiziere gelautet hätte, wenn die rebellierende Truppe unter kommunistischer Führung herangerückt wäre[1]).

Für den Reichswehrminister bedeutete diese Entscheidung das Ende seiner Konzeption, die nur Reinhardt unterstützte, der als einziger Widerstand forderte. Trotz zunehmender Warnungen seiner Parteigenossen hatte er der Loyalität der Reichswehr vertraut und mit dem Chef der Heeresleitung, Generalmajor Reinhardt, gehofft, das Offizierkorps mit der Republik verbinden zu können. So blieb ihm, das Urteil seiner Parteigenossen ahnend, nur die resignierende Schlußfrage: „Bin ich denn ganz verlassen[2]) ?"

6. *Die Entscheidungen in der Ministerratssitzung*

Nach der telefonischen Unterrichtung des Reichspräsidenten und der Bitte, das Kabinett einzuberufen, begab sich Noske mit den Generalen Reinhardt, Seeckt und Oldershausen in die Reichskanzlei. Ebert lehnte das Ultimatum Ehrhardts sogleich ab, aber er wollte die Entscheidung nicht allein treffen. In aller Eile wurden die erreichbaren Minister des Reiches und der Preußischen Regierung telefonisch in die Reichskanzlei gebeten[3]). In der Zwischenzeit bis zum Eintreffen der Minister besprach Ebert mit dem Reichskanzler die Möglichkeiten der Regierung[4]).

Gegen 4 Uhr früh begann die Sitzung, an der die folgenden Herren teilnahmen: Ebert, Bauer, Vizekanzler Schiffer, Innenminister Koch, Minister David, Postminister Giesberts, Arbeitsminister Schlicke, der preußische Ministerpräsident Hirsch mit seinen Ministern Heine, Haenisch, Braun, General Reinhardt, Unterstaatssekretär Albert, der Pressechef Rauscher und Major v. Gilsa. Die übrigen Minister waren nicht erreichbar gewesen, so Reichsminister Geßler, weil er in seiner Notwohnung kein Telefon besaß[5]). Die Generale Seeckt, Oldershausen und der Admiral v. Trotha warteten in der Bibliothek. Eigentlich hatte auch Trotha an der Sitzung teilnehmen wollen, doch war er beim Betreten des Beratungsraumes von Noske gebeten worden, im Vorzimmer zu warten, weil

---

[1]) Vgl. Schüddekopf, Heer und Republik, S. 83.

[2]) Erinnerungen des Generalleutnants Fischer, S. 25, Seeckt-Nachlaß, Stück 202.

[3]) Ebenda, S. 26. Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Aussage Noske, Nr. 1463159; Aussage Trotha, Nr. 1463142. Aufzeichnung über die Vorgänge am 13. 3. früh, von Pukaß (Beamter in der Reichskanzlei), Akten der Reichskanzlei, Mikrofilm, Nr. K 536834.

[4]) Bericht des Staatssekretärs Albert vom 10. 6. 1920 an das Reichsgericht über die Kabinettssitzung, Akten der Reichskanzlei, Mikrofilm, Nr. K 537782. Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 209.

[5]) Aufzeichnungen von Pukaß, Akten der Reichskanzlei, Mikrofilm, Nr. K 536834. Bericht Alberts vom 10. 6. 1920, Akten der Reichskanzlei, Mikrofilm, Nr. K 537782. Schiffer-Manuskript, Nachlaß 16, S. 11. Heine-Manuskript, S. 520 und 522. Undatierter Bericht Heines, S. 4, Nachlaß Heine 36/7. Aussage Noske, Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Nr. 1463159. Nachlaß Koch 25, Tagebuch vom 13. 3. 1920. Gessler, Reichswehr, S. 123.

diese hochpolitische Sitzung „eine Beschränkung der Teilnehmer auf die unbedingt im Vertrauen der Regierung stehenden Herren zur Pflicht machte[1])".

Ebert versuchte, in überlegener Ruhe mit den erregten Ministern eine geordnete Sitzung durchzuführen. Zwei Fragen waren zu beraten: 1. Soll die Truppe den Befehl zum Widerstand erhalten? 2. Soll die Regierung in Berlin bleiben oder ihren Sitz an einen sicheren Ort verlegen? Die Annahme der Forderungen wurde erst gar nicht diskutiert. Vor allem das geforderte Ausscheiden sogenannter Nicht-Fachminister und die ultimative Form waren für das Kabinett unannehmbar[2]). Bei der Diskussion des Widerstandes wurde nochmals das Urteil der Militärs eingeholt. Seeckt lehnte mit Unterstützung Oldershausens im Gegensatz zu Reinhardt wiederum die Verteidigung als zweckloses Blutvergießen ab. Ehrhardts Erfolg sei sicher und die Ausführung des Widerstandes durch die Regierungstruppen sehr zweifelhaft. Reinhardt war auch jetzt noch entschlossen, die Truppe zur Verteidigung aufzurufen. Im Kabinett trat jedoch ein Gesichtspunkt in den Vordergrund, der während des Putsches zunehmende Bedeutung bekommen sollte, nämlich die Erhaltung der Reichswehr. Damit machte man sich praktisch Seeckts Standpunkt zu eigen. Die Minister befürchteten „die suggestive Kraft der geschlossen anrückenden meuternden Truppen" unter dem Befehl von Lüttwitz, dem bis vor 2 Tagen auch die zur Verteidigung bestimmten Einheiten unterstanden hatten, und sahen das Versagen der Verteidiger voraus. Den damit verbundenen Eideskonflikt aber wollte man der Truppe ersparen, um sie aus dem erwarteten Zusammenbruch des Putsches zu retten. „Wurden die Truppen aber zurückgezogen, so waren sie mit ihrem Eide nicht in Konflikt gekommen und blieben bei dem zu gegenwärtigenden baldigen Zusammenbruch des Abenteuers für später sofort wieder verwendungsbereit. Dieselben Erwägungen waren bezüglich der Sicherheitswehr maßgebend." Ja, es wurde sogar erörtert, die bewaffneten Kräfte von ihrem Eid zu entbinden[3]). Wieweit hierbei an die Abwehr eines sich aus dem Putsch ergebenden Linksaufstandes gedacht wurde, ist aus den über diese Sitzung vorliegenden Quellen nicht zu entnehmen, doch lassen die starken Befürchtungen Kochs in seinem Tagebuch vor einem Gegenstoß von links und die bange Frage, woher die Regierung dann ein neues Heer nehmen solle, auf solche Erwägungen schließen. Das Kabinett entschied,

---

[1]) Erinnerungen des Generalleutnants Fischer, S. 26, Nachlaß Seeckt, Stück 202. Ernst, Reinhardt-Nachlaß, a.a.O., S. 109. Aussage Trothas, Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Nr. 1463142 f. Schiffer-Manuskript, Nachlaß 16, S. 13. Zitat aus dem Bericht Alberts vom 10. 6. 1920, Akten der Reichskanzlei, Mikrofilm, Nr. K 537783. Anklageschrift, S. 42.

[2]) Ernst, ebenda. Bericht Heines, S. 4, Nachlaß Heine 36/7. Bericht Alberts, ebenda. Nachlaß Koch 25, Tagebuch vom 13. 3. Schiffer-Manuskript, Nachlaß 16, S. 13.

[3]) Zitat bei Albert, ebenda. Siehe Dokument 25, Anhang S. 322 f. Koch-Tagebuch, ebenda. Erinnerungen Fischers, S. 26. Aussage Noske, und bei Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 34. Anklageschrift, S. 43. Schiffer-Manuskript, Nachlaß 16, S. 13.

auf den Widerstand zu verzichten und die Truppen sowie die Sicherheitspolizei in ihre Standorte abrücken zu lassen[1]).

Oldershausen bekam den Auftrag, Ehrhardt die Ablehnung des Ultimatums mitzuteilen, während Reinhardt den Befehl gab, das Regierungsviertel zu räumen. Zugleich erbat er beim Reichspräsidenten seine Dienstenthebung, „da er nicht weiter das Kommando über eine Truppe führen könne, die er zum Kampf bereitgestellt und die nun, ohne ihre Aufgabe erfüllt zu haben, das Feld räume". Ebert und Noske anerkannten, daß seine Stellung unmöglich geworden sei und entbanden ihn seiner Dienste[2]). Den Oberbefehl übergab er an Seeckt, der sich jedoch, ohne weitere Maßnahmen zu treffen, nach Hause begab[3]).

In der Reichskanzlei begann nun die Auseinandersetzung über den weiteren Verbleib der beiden Regierungen. Noske machte den Vorschlag, Berlin zu verlassen, um die Truppen des übrigen Reichsgebiets in die Hand zu bekommen und ihren Widerstand gegen Lüttwitz zu organisieren. Diesen Standpunkt unterstützten die demokratischen Minister Koch und Schiffer mit dem Argument, daß bei einem Verbleiben die Regierung durch Verhaftung aktionsunfähig werde und politische Gegenmaßnahmen nur außerhalb Berlins gelenkt werden könnten. Das war freilich ein Eingeständnis der Schwäche und konnte als Selbstausschaltung gedeutet werden. Auch wußte niemand, wie weit der Einfluß der Putschisten ging und ob nicht durch Verhandlungen mit Lüttwitz noch ein tragbarer Ausgleich zu erzielen war. Daher sprachen sich Ebert, Bauer und Reichsminister David gegen eine Flucht aus. Nach erneuten Darlegungen Schiffers einigte man sich auf einen Kompromiß. Einige Minister sollten mit dem Vizekanzler in Berlin bleiben, die Regierung präsentieren und Verhandlungsvollmacht besitzen, die allerdings nicht das Kabinett binden dürfe. Die übrigen Minister beschlossen, mit dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler nach Dresden zu gehen, da Noske den dortigen kommandierenden General Maercker für zuverlässig hielt, und dort den Widerstand in die Wege zu leiten. Besonders unter der Einwirkung des Ministerpräsidenten Hirsch und des Ministers Heine, die Flucht des Reichspräsidenten bedeute die Aufgabe seiner Stellung, während seine Position in Berlin nicht gefährdet sei, entstand nochmals die Neigung, auf die Flucht zu verzichten. Zuletzt konnten sich Schiffer und Koch jedoch durchsetzen[4]).

---

[1]) Nachlaß Koch, Tagebuch vom 13. 3. 1920. Aussage Noske, ebenda. Bericht Alberts, ebenda. Ernst, Nachlaß Reinhardt, a.a.O., S. 102. Schiffer-Manuskript, Nachlaß 16, S. 16. Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 209.

[2]) Ernst, Nachlaß Reinhardt, a.a.O., S. 103; siehe auch S. 100, 102, 109 und 111. Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Aussage Oldershausen, Nr. 1462678, Nr. 1463154 und Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 33. Schiffer-Manuskript, Nachlaß 16, S. 16.

[3]) Gessler, Reichswehr, S. 550, und Ernst, S. 112.

[4]) Nachlaß Koch 25, Tagebuch 13. 3. und 14. 3., Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12 Aussage Noske, Nr. 1463159 f. Reinhardt-Nachlaß, Abschiedsrede, S. 4. Noske, Von Kiel bis Kapp, S. 209. Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 27. Volkmann, Revolution, S. 360. Bericht Alberts, Akten der Reichskanzlei, Mikrofilm, Nr. K 537784. Undatierter Bericht Heines, S. 4 f., Heine-Nachlaß 36/7. Krüger, Diktatur, S. 6. Löbe, a.a.O., S. 99 f. Vgl. Dokument 25, Anhang S. 322 f.

In eiligst herbeigerufenen Kraftwagen begaben sich Ebert, Bauer, Noske, Außenminister Müller in Begleitung von Regierungsrat Meißner und einigen Offizieren um 6.15 Uhr auf die Fahrt nach Dresden, 10 Minuten bevor die Brigade Ehrhardt in das Regierungsviertel einrückte. Mit dem Vizekanzler sollten der Minister für Wiederaufbau, Geßler, Arbeitsminister Schlicke und Wirtschaftsminister Schmidt in Berlin bleiben[1]).

Um einer gemeinsamen Verhaftung der Regierung aus dem Wege zu gehen, wählten Koch und Giesberts den nächsten Schnellzug. Koch nutzte die verbliebene Zeit zu einer Nachricht an den Unterstaatssekretär seines Ministeriums, „daß er das Ministerium in Pflicht halten möge", und führte ein Telefongespräch mit Geheimrat Brecht in der Reichskanzlei. Dieser konnte ihn bereits von der Übernahme der Regierungsgewalt durch Kapp unterrichten. Da nach Brechts Mitteilung Kapp jegliche Verhandlungen mit der legalen Regierung abgelehnt hatte, war nach Kochs Ansicht ein Verbleiben des Ministers Geßler in Berlin zwecklos geworden. Er erklärte dem ahnungslosen Minister die Ereignisse der Nacht und die Notwendigkeit der sofortigen Abreise nach Dresden, da in Berlin doch nichts zu verhandeln sei. Unbehelligt von den überall auftauchenden Militärstreifen bestiegen die Minister um 8 Uhr den Schnellzug[2]).

7. *Der Einmarsch in Berlin und die Bedeutung der Flucht*

Im Gegensatz zu Kapps Annahme, die Regierung habe sich auf Verhandlungen mit Ehrhardt eingelassen, um Zeit für die Flucht und die Organisierung des Widerstandes zu gewinnen, muß festgehalten werden, daß erstens die von Ehrhardt, Oven und Oldershausen gewünschten Verhandlungen von der Regierung abgelehnt wurden und zweitens die Mehrheit der Minister sich nur widerstrebend zur Fahrt nach Dresden entschloß. Sie sahen zunächst die negativen Seiten der Flucht in einem stärkeren Licht, denn das Verlassen der Hauptstadt mußte den Eindruck der Schwäche erwecken und konnte leicht als Verzicht auf Widerstand ausgelegt werden. Andererseits drohte in Berlin die Verhaftung, womit jede Einwirkung auf die politische Entwicklung im Reich ausgeschlossen war. Die dann entstehende Unsicherheit bei den Länderregierungen, Behörden und Reichswehrbefehlsstellen konnte nur Kapp und Lüttwitz zugute kommen. Wenn von rechtsgerichteter Seite später erklärt wurde, die Minister hätten in Berlin ausharren müssen, so verbarg sich dahinter in erster Linie die Enttäuschung über die ausgebliebenen Verhandlungen, die diesem Unternehmen sofort einen begrenzten Erfolg hätten sichern können. Zweifellos wäre die militärisch durchgesetzte Neuwahl zum Reichstag und die Aufnahme von Fachministern in das Reichskabinett ein politischer Erfolg für sie gewesen.

[1]) Bericht Alberts, Akten der Reichskanzlei, Mikrofilm, Nr. K 537784; ebenda Aufzeichnung von Pukaß, Nr. K 536834. Nachlaß Koch, Tagebuch, 13. 3. Schiffer-Manuskript, Nachlaß 16, S. 36. Robert Jansen, Der Berliner Militärputsch und seine politischen Folgen, S. 10.

[2]) Nachlaß Koch 25, Tagebuch, 13. 3. Gessler, a.a.O., S. 123.

Wollten die Minister weder die Flucht noch die Selbstausschaltung, so blieb nur die Entfesselung des Bürgerkrieges in Berlin. Dabei drohte jedoch eine beschleunigte Rechts- und Linksradikalisierung, die den Zusammenhalt der Koalition ernsthaft gefährden würde, da dann eine geschlossene Front von den Sozialdemokraten über die Freien Gewerkschaften bis zu den Unabhängigen und Kommunisten zu erwarten war. Eine solche Entwicklung konnte nicht im Interesse der bürgerlichen Koalitionspartner liegen. Daß freilich deshalb gerade die Demokraten Koch und Schiffer auf die Flucht der Regierung drängten, kann nur vermutet werden. Auf der Fahrt nach Dresden notierte der Minister Koch folgende bemerkenswerte Lagebeurteilung: „Ich fürchte nichts als den Gegenstoß von links. Verbindung aller Sozialisten, dann allerdings den Zusammenstoß einer weißen und roten Armee. Wie sagte ich vor 5 Monaten in der Nationalversammlung nach rechts: ‚Ihr könnt den jungen Baum der Republik schütteln, aber die Früchte fallen nicht Euch in den Schoß.' — Und die Entente wird einrücken. Die Abstimmung in Schleswig ist gefährdet. Und wenn alles gut geht, wo bekommen wir ein neues Heer? Wer ersetzt Noske, der nach dieser Arglosigkeit nicht zu halten ist? Aber das Jammern hilft nichts. Die Sisyphusarbeit beginnt von neuem. O du armes, armes Deutschland[1])!"

Politische Klugheit gebot, zunächst jede Zuspitzung der Gegensätze und ein Übergreifen des Putsches auf das übrige Reichsgebiet zu verhindern, sowie die „neue Regierung" nur in der Form des passiven Widerstandes zu bekämpfen. Bei den starken innenpolitischen Gegensätzen mußte die verfassungsmäßige Regierung als einzige reale Möglichkeit aktionsfähig bleiben und die Führung des Reiches in der Hand behalten.

Ein weiterer Beweis für die Richtigkeit der Flucht ist die Enttäuschung in der Kapp–Lüttwitz-Gruppe. Der zum Kultusminister ausersehene deutschnationale Abgeordnete Traub nannte später die mißglückte Verhaftung der Reichsregierung infolge des eigenmächtigen Ultimatums von Ehrhardt „eine tödliche Wunde", durch die das Unternehmen „schon im Beginn zum Mißlingen verurteilt" worden sei[2]).

---

[1]) Nachlaß Koch, ebenda. Heine-Manuskript, S. 520 f., und Brief Heines vom 13. 3. an Erica, Nachlaß Heine 36/9 zeigen die Verurteilung der Flucht durch Heine. Das Interview Südekums mit Berlla, Nachlaß Südekum 99, das Protokoll der Sitzung des SPD-Parteiausschusses vom 30. 3. 1920, S. 4, und Kern, Das Kapp'sche Abenteuer, S. 327, betonen dagegen die Richtigkeit der Flucht. Adolf Zimmermann, Vorfrühling 1920, gibt auf S. 9 f. den Telefonanruf wieder, mit dem er am 13. früh von dem Putsch unterrichtet wurde:

„Hurra! Ebert und Bauer sind gestürzt! Reichstag und Landtag sind aufgelöst! Kapp ist Reichskanzler und Ministerpräsident! Lüttwitz Reichswehrminister! . . ."

„Und die alte Regierung?"

„Früh morgens im Auto ausgerissen. Wohin weiß man nicht. Auch Ebert ist weg."

„Ausgerissen? Aber wie war das möglich? Nun fangen sie einfach anderswo zu regieren an! . . ."

„Ja, sehr unangenehm! Aber nicht zu ändern!"

„Unangenehm? Es ist ein entscheidender Fehler, der sich an Kapp schwer rächen wird. . . ."

[2]) Traub-Manuskript, S. 193.

Kapp hatte sich am Abend vor dem Einmarsch nochmals persönlich davon überzeugt, daß die Offiziersstoßtrupps zur Festnahme der Minister bestimmt waren. Auf Grund des Ultimatums wurde die Durchführung dann ohne Wissen Kapps von Ehrhardt bis zum Einmarsch verschoben und damit verhindert[1]).

Von der durch den preußischen Innenminister Heine alarmierten Einwohnerwehr in Charlottenburg freudig begrüßt, hatte die Brigade in den frühen Morgenstunden ohne Zwischenfälle die Siegessäule erreicht und wartete den Ablauf der gestellten Frist ab. Die Truppe war inzwischen von Ehrhardt über den Sinn ihres Marsches unterrichtet worden. Eine neue Regierung mit Fachministern werde nun endlich die „Mißwirtschaft in Berlin" beenden und Deutschland wieder eine angesehene Weltstellung verschaffen[2]). Ehrhardt gab den Befehl, bewaffnete Auseinandersetzungen mit den Truppen im Regierungsviertel auf jeden Fall zu vermeiden, komme es allerdings zum Kampf, „solle mit äußerster Energie durchgegriffen werden"[3]).

Gegen 6 Uhr überbrachte Oldershausen die Ablehnung des Ultimatums. Als Kapp, der mit seinen Anhängern den Einmarsch der Truppen abwartete, bei dieser Gelegenheit von dem Entkommen derReichsminister erfuhr, sah er sogleich die verhängnisvollen Auswirkungen und äußerte erregt zu seinem zukünftigen Chef der Reichskanzlei, v. Falkenhausen: „Am liebsten würde ich den Leuten die ganze Sache vor die Füße werfen[4])." Es kam auch zu einem erregten Wortwechsel mit Ehrhardt, dem Kapp Vorwürfe wegen der unterlassenen Verhaftung der Minister machte[5]). Er hatte zwar noch die Hoffnung, daß die Minister in Dresden von General Maercker verhaftet werden würden, aber als das der General ablehnte, trat eine Entwicklung ein, die er später mit folgenden Worten ausführte: „Dadurch wurde der unglückselige Dualismus einer alten und einer neuen Regierung geschaffen, der den Anhängern der alten Regierung einen Sammelpunkt gab und allen unzuverlässigen Elementen und den sogenannten Mitläufern Zeit ließ, erst einmal die weitere Entwicklung der Ereignisse abzuwarten. ...Dieser Dualismus hatte zur weiteren Folge, daß von den militärischen Stellen immer wieder darauf gedrungen wurde, mit der alten Regierung zu verhandeln, um zwischen beiden Lagern eine Verständigung herbeizuführen[6])."

---

[1]) Kapp, Zur Vorgeschichte, S. 24 f. Brief Kapps an Westarp vom 20. 8. 1920. Der eigentliche Grund für das Entkommen der Regierung lag jedoch bei Lüttwitz, nicht allein weil er die Kommandogewalt hatte, sondern weil er an eine Verhaftung der Regierung nicht gedacht hat, wie er in seinem Brief an Anneliese Kapp vom 13. 5. 1931 selbst bestätigt; Nachlaß Kapp.

[2]) Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Aussage Hansen, Nr. 1462711 f. (Zitat); Aussage Ehrhardt, Nr. 1462584; Aussage Killinger, Nr. 1462454. Schiffer-Manuskript, Nachlaß 16, S. 23. Siehe auch Freksa, Ehrhardt, S. 179.

[3]) Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Aussage Wischmeyer, Nr. 1462736.

[4]) Falkenhausen in: Süddeutsche Monatshefte, Jg. 1930, S. 14.

[5]) Nach einer Mitteilung von Pabst an den Verfasser.

[6]) Zitat aus Kapps Brief an Westarp vom 20. 8. 1920. Ausführlich äußert sich Kapp zu den Folgen der Flucht in seiner Vorgeschichte, S. 24 f., siehe Dokument 26, Anhang S. 323 f.

Aber auch für Lüttwitz war eine neue Lage entstanden. Er hatte aus seiner falschen Beurteilung der politischen Kräfteverhältnisse heraus bis zuletzt geglaubt, durch die Besetzung des Regierungsviertels Verhandlungen erzwingen zu können. Es ist wahrscheinlich, daß der General die Bedeutung der Flucht zunächst nicht voll erkannt hat oder aber mit der Verhaftung der Regierung durch General Maercker rechnete, denn er beglückwünschte Ehrhardt am Brandenburger Tor mit dem Satz: „Sie sehen, ein kühner Mann hat Erfolg[1])." Jedenfalls war Lüttwitz nun genötigt, das von ihm gewünschte „Fachministerkabinett" selbst zu bilden. Er beauftragte daher den anwesenden Dr. Kapp, „mit seinen Anhängern ein vorläufiges Kabinett" zu bilden[2]). Rückblickend gab Lüttwitz folgende Darstellung seiner damaligen Lagebeurteilung: „Durch die Flucht hatte sich die Regierung unserer Abhängigkeit entzogen. Das war sehr unangenehm, denn wir konnten nicht direkt auf sie einwirken. Mir wurde sofort klar, daß unser Unternehmen dadurch erschwert, unser Ziel weiter in die Ferne gerückt war. Wir waren gezwungen, sofort, wenigstens provisorisch eine neue Regierung zu bilden. Geheimrat Kapp machte sich zum Reichskanzler und ernannte mich zum Reichswehrminister[3])."

Dieses Ziel, eine eigene Regierung bilden zu können, hatte Kapp seit vielen Monaten verfolgt. Er wollte im Gegensatz zu den Militärs keine Verhandlungen, sondern die Beseitigung der von den Parteien abhängigen Regierungen, um auf diktatorischem Wege eine neue Verfassung durchzusetzen. Für Lüttwitz dagegen war eine Regierung Kapp nicht das eigentliche Ziel. Erst als die Reichsregierung seine Forderungen ablehnte und Noske ihn als Befehlshaber beurlaubte, ließ er sich weitertreiben und beauftragte schließlich Kapp mit der Bildung eines neuen Reichskabinetts. Von den sehr viel weitergehenden Plänen des Generallandschaftsdirektors will Lüttwitz nicht einmal etwas gewußt haben. Pabst hält diese erstaunlich klingende Tatsache für durchaus nicht unwahrscheinlich und fügte hinzu, er könne sich nicht erinnern, daß Kapp und Lüttwitz in einem engeren Kreise die in Arbeit befindlichen politischen Reformpläne besprochen hätten. Es darf auch in diesem Zusammenhang nicht vergessen werden, daß Lüttwitz sich ja in den Wochen und Monaten vor dem Putsch weder unbedingt für die Gewalt noch für Kapp als Reichskanzler entschieden hatte. Der Kontakt zwischen beiden war nicht so eng, wie man das annehmen sollte. In der Tat hat Lüttwitz auch während des Putsches im Widerspruch zu Kapps Absichten immer wieder auf Verhandlungen gedrängt, da er eine Umbildung der legalen Regierung für ausreichend hielt, um durch sie seine politischen und militärischen Forderungen zur Durchführung zu bringen. Der General schreibt sogar rückblickend: „Ich habe ihn gezwungen, gleich die Verhandlungen mit der

[1]) Nachlaß Luetgebrune, Aussage Hansen, Nr. 1462712.

[2]) Lüttwitz an Anneliese Kapp, 13. 5. 1931, Nachlaß Kapp.

[3]) Lüttwitz, Im Kampf, S. 121 f.

Regierung aufzunehmen und sich an die Forderungen zu halten, die ich am 10. März 1920 gestellt hatte[1])."

Nach der Parade eines Regiments vor dem neuen Reichskanzler und seinem Reichswehrminister marschierte die Brigade mit dem Lied „Deutschland, Deutschland über alles" durch das Brandenburger Tor. Während Lüttwitz mit Oberst Bauer und dem Stab der Brigade das Reichswehrministerium in Besitz nahm, fuhr Kapp mit Jagow und Falkenhausen in dem Dienstwagen des Polizeioffiziers v. Kessel zur Reichskanzlei. Noch im Auto ernannte er den ehemaligen Berliner Polizeipräsidenten v. Jagow zum neuen preußischen Innenminister[2]).

[1]) Lüttwitz, ebenda, und Lüttwitz, Meine Erklärungen zum Kapp-Unternehmen, Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 13, Nr. 1463966 f. Zu den Gegensätzen zwischen Kapp und Lüttwitz siehe die Dokumente 29, 30 und 31, Anhang S. 327-330.

[2]) Anklageschrift, S. 54 ff.; Nachlaß Schiffer 16, S. 33 ff.

IV. Kapitel

Widerstandskräfte gegen Kapp und Lüttwitz

1. *Das Programm der „neuen Regierung"*

Die Übernahme der Reichskanzlei vollzog sich ohne jede revolutionäre Dramatik. Gegen 7 Uhr betraten Kapp, Jagow und Falkenhausen das Gebäude. Der vor der Reichskanzlei aufgestellte Posten der Sipo begrüßte die heranfahrenden Putschisten mit militärischer Achtung. Gleich offiziellen Besuchern ließen sie sich vom Portier dem Unterstaatssekretär Albert melden, der sich nach ihren Wünschen erkundigte. Kapp antwortete: „Wir ergreifen die Regierungsgewalt[1])." Auf Alberts Gegenfrage nach der Legitimation zu diesem Vorgehen antwortete v. Jagow: „Mit dem Recht des 9. November 1918." Dabei wies Kapp auf die im Hof befindlichen Truppen hin und bemerkte, daß er die Macht habe, Gewalt anzuwenden; jede Aufforderung, das Gebäude zu verlassen, sei daher zwecklos[2]). Auf seine Frage an Albert, ob er der „frühere" sozialdemokratische Unterstaatssekretär der Reichskanzlei sei, begann ein erregter Wortwechsel. Albert bezeichnete Kapps Auftreten als nachlässig und forderte die eingetretenen Herren auf, erst einmal den Hut abzunehmen. Nach einem lebhaften Streit über Umgangsformen, in dem Kapp behauptete, die Form gewahrt zu haben, beendete Falkenhausen die „operettenhafte Szene" durch eine gegenseitige Vorstellung[3]).

Kapp wünschte darauf eine Besprechung mit dem Vizekanzler. Als Schiffer mit Albert nach 20 Minuten den Bibliotheksraum betrat, herrschte dort bereits eine rege Tätigkeit. Der Vizekanzler wurde von Kapp kühl, aber höflich begrüßt. Auf die Frage Schiffers nach der Rechtslage berief sich der neue Reichskanzler auf die vollendeten Tatsachen, während Jagow bemerkte, daß seit dem 9. November von Recht in Deutschland keine Rede mehr sein könne. Kapp beendete den Wortwechsel mit der Aufforderung an Schiffer und Albert, die Reichskanzlei unverzüglich zu verlassen, da andernfalls Gewalt angewendet würde. Der Vizekanzler wurde wenig später beim Betreten seiner Wohnung im Justizministerium in Schutzhaft genommen, konnte jedoch in seinem Arbeitszimmer bleiben[4]).

[1]) Aufzeichnung von Pukaß, Akten der Reichskanzlei, Mikrofilm, Nr. K 536835. Vgl. auch Kessel, a.a.O., S. 274 ff.

[2]) Bericht Alberts vom 10. 6. 1920, Akten der Reichskanzlei, Nr. K 537795 f.; ähnlich bei Brammer, a.a.O., S. 36.

[3]) Ebenda und Aufzeichnung von Pukaß, siehe Fußnote 1. Den Ausdruck „operettenhaft" nach einem Brief von Staatssekretär Brecht vom 18. 5. 1959 an den Verfasser. Vgl. auch Brecht, Aus nächster Nähe, a.a.O., S. 303.

[4]) Siehe die Aufzeichnung von Pukaß und den Bericht Alberts (Fußnoten 1 und 2). Schiffer-Nachlaß 16, S. 22.

Nach der unblutigen Besetzung Berlins und der Flucht der Reichsregierung war es nun die Aufgabe von Kapp und Lüttwitz, ihre Herrschaft zu sichern und auf das gesamte Reichsgebiet auszudehnen. In ihrer ersten Kundgebung setzten sie die bisherige Reichsregierung ab, Kapp ernannte Lüttwitz zum Reichswehrminister und Oberbefehlshaber und übernahm die Staatsgewalt als Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident. Eine neue Regierung „der Ordnung, der Freiheit und der Tat" werde die Führung des Reiches übernehmen[1]). In einer weiteren Verordnung löste Kapp die Nationalversammlung mit dem Argument der Rechtsparteien auf, sie habe durch Hinausschieben der Neuwahlen dem Volkswillen und der Verfassung zuwider gehandelt. Dazu wolle die Mehrheit der Abgeordneten die Wahl des Reichspräsidenten entgegen den Bestimmungen der Verfassung selbst vornehmen. Nach Herstellung der inneren Ordnung würden Neuwahlen ausgeschrieben und verfassungsmäßige Zustände zurückkehren[2]). Wie wenig es Kapp um den Schutz legaler staatlicher Autorität ging, bewies seine nächste Verfügung, die mit einem Satz auch die Preußische Landesversammlung auflöste, obgleich ihrem Weiterbestehen keine verfassungsrechtlichen Bedenken entgegengebracht werden konnten[3]). Es ging ihm nicht um einige militärische oder politische Forderungen, sondern um die Beseitigung der bestehenden parlamentarisch-demokratischen Staatsordnung.

Damit war die Autorität der neuen Regierung zunächst von der militärischen Gewalt abhängig. Der schon seit dem 13. Januar teilweise bestehende Ausnahmezustand wurde sofort auf das gesamte Reichsgebiet ausgedehnt. Bei dieser Verordnung berief man sich wieder auf die Verfassung, beachtete jedoch nicht die Tatsache, daß nur der Reichspräsident den Artikel 48 in Kraft setzen konnte. Alle vollziehende Gewalt sollte damit den Befehlshabern der einzelnen Wehrkreise übertragen werden[4]). Es folgte das Verbot aller Versammlungen und Umzüge, die Anordnung, alle „Hetzredner" festzunehmen sowie ein Verbot aller Zeitungen. Nach dem Wiedererscheinen der Presse bedrohte eine neue Verordnung alle Redaktionsstäbe mit Schutzhaft, „die über die neue Regierung unwahre Gerüchte" in Umlauf brächten[5]). Das Reichswehrgruppenkommando in Berlin erhielt die allgemeine Direktive, „bei entstehenden Unruhen mit rücksichtsloser Schärfe nach den bisherigen Bestimmungen zu verfahren"[6]). Kapp unterstrich dies noch durch eine Bekanntmachung an alle Truppenführer, daß

---

[1]) Text bei Brammer, Fünf Tage Militärdiktatur, S. 24, und bei Jansen, Militärputsch, S. 54. Anklageschrift, S. 101.

[2]) Text bei Brammer, Militärdiktatur, S. 17, und bei Jansen, ebenda, Anklageschrift, S. 104.

[3]) Texte ebenda.

[4]) Text bei Brammer, Militärdiktatur, S. 18. Jansen, Militärputsch, S. 52. Anklageschrift, S. 108 f.

[5]) Texte in der Anklageschrift, S. 110 f.; Brammer, Militärdiktatur, S. 18; Jansen, Militärputsch, S. 52.

[6]) Brammer, Militärdiktatur, S. 21. Jansen, a.a.O., S. 59.

er „jede entschlossene Dienstauffassung, auch wenn sie im Zwange der Not gegen einzelne bisherige Bestimmungen verstoßen sollte, unbedingt anerkenne und persönlich decke“[1]). Zur Verstärkung der Truppen wurden die bereits entlassenen Offiziere und sämtliche Zeitfreiwilligen zum militärischen Dienst aufgerufen. Um die sich meldenden Studenten nicht zu benachteiligen, wurde die Schließung aller Universitäten und Hochschulen angeordnet. Alle bewaffneten Formationen, einschließlich Polizei und Einwohnerwehren, bekamen eine Tageszulage von 7 Mark zugesichert[2]).

In der Praxis zeigten sich indessen die neuen Herren an der Regierung außerordentlich milde. Es war zunächst ihre Absicht, gegnerische Kräfte nicht unnötig herauszufordern und durch Großzügigkeit den Eindruck der Stärke zu erwecken. Dem in seiner Wohnung verhafteten Vizekanzler Schiffer erklärte der dafür verantwortliche Major v. Puttkamer, die Verhaftung sei eine reine Formsache, „alles würde sich sehr bald in Wohlgefallen auflösen“. Am Nachmittag konnte sich dann auch Schiffer wieder frei bewegen, nachdem er schon während der Schutzhaft durch seine Tochter Verbindung zu führenden Persönlichkeiten aufgenommen hatte[3]). Die in der Dienstwohnung des Ministerpräsidenten Hirsch in Schutzhaft genommenen preußischen Staatsminister bekamen am Mittag die Haftaufhebung in Aussicht gestellt, die wenige Stunden später durchgeführt wurde. Bei der Aufhebung entschuldigte sich der betreffende Offizier gegenüber den Ministern für die entstandene Verzögerung[4]). Mit diesem Schritt waren die ersten Bemühungen der Putschisten verbunden, einzelne Minister zur Weiterführung ihrer Ämter bewegen zu können, worauf später noch eingegangen wird. Am Samstagabend veordnete Kapp, alle Schutzhaftbefehle rückgängig zu machen. Er hatte in seiner Proklamation vom gleichen Tage erklären lassen, die neue Regierung sei stark genug und brauche nicht mit Verhaftungen oder anderen Gewaltmaßnahmen zu beginnen[5]). Diese bemerkenswerte Schonung der politischen Gegner war ein deutliches Zeichen für die mangelnde Entschlossenheit der Regierung Kapp, die ihnen entgegentretenden Kräfte der Opposition wirksam zu bekämpfen. Wohl zeigte sich am ersten Tage noch kein nennenswerter Widerstand, als jedoch am zweiten Tage die Unterstaatssekretäre die Anerkennung des Regierungswechsels verweigerten und die Eisenbahner ihren Streik ankündigten, wurden keine Gewaltmaßnahmen ergriffen. Der entscheidende Grund für diese Zurückhaltung war die Tatsache, daß Lüttwitz nicht die

[1]) Texte ebenda.

[2]) Texte bei Brammer, Militärdiktatur, S. 19 f. Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 46. Anklageschrift, S. 110.

[3]) Schiffer-Manuskript, Nachlaß 16, S. 22 und 24.

[4]) Anklageschrift, S. 66, 77 und 88.

[5]) Text in der Zeitgeschichtlichen Sammlung des Bundesarchivs, 2–16/3, und bei Jansen, S. 55 ff. Siehe auch Kapps Erklärung in der Pressekonferenz vom 14. 3., Akten der Reichskanzlei, Nr. K 537921.

hinter der Verfassung stehenden politischen Kräfte ausschalten wollte, sondern immer noch seine Forderungen durch Verhandlungen mit der legalen Regierung durchzusetzen hoffte. Dieses Ziel war nur durch den Auftrag an Kapp, eine provisorische Regierung zu bilden, in den Hintergrund geraten. Kapp, Noske und Westarp vertreten im Gegensatz zu Pabst zwar die Auffassung, daß Lüttwitz bei einer geglückten Ausschaltung der Reichsregierung dem gegenrevolutionären Programm Kapps gefolgt wäre, doch hat der General erstens nicht einmal an eine Verhaftung der Regierung Bauer gedacht, zweitens Kapp keine politische Entscheidungsfreiheit gelassen und drittens seine Abhängigkeit von den übrigen Befehlshabern betont, die über Verhandlungen nicht hinausgehen wollten[1]). Das Verhalten der Generale v. Möhl, v. Bergmann, v. Schoeler und auch von Maercker zeigt, daß sie eine Gegenrevolution mindestens für unzweckmäßig gehalten haben[2]).

In seiner Proklamation vom 13. März begründete Kapp die Notwendigkeit seines Eingreifens mit Mißständen und Gefahren, die unter der bisherigen Regierung „den vollkommenen Zusammenbruch des Staates und der Rechtsordnung" in kürzester Zeit herbeigeführt hätten. Außerdem verlange die drohende „Verwüstung und Vergewaltigung durch den kriegerischen Bolschewismus" die Aufrichtung der „starken Staatsgewalt". Als Leitgedanken verkündete das Regierungsprogramm: „Keine Reaktion, sondern eine freiheitliche Fortbildung des Deutschen Staates, Wiederherstellung der Ordnung und der Heiligkeit des Rechtes[3])." Von besonderer Wichtigkeit ist der Vorwurf, die Nationalversammlung verschiebe „verfassungswidrig" die Neuwahlen bis zum Herbst, und die Ankündigung, die neue Regierung werde „zu verfassungsmäßigen Zuständen zurückkehren und Neuwahlen ausschreiben"[4]).

Während die letzte Erklärung für Lüttwitz zutrifft, ist sie bezüglich Kapp irreführend, da dieser „andere weitere Ziele" erreichen wollte, sobald er mit Hilfe der Truppe „in der Macht" war[5]). Seine Absicht war, wie er sie nach dem Putsch in seiner Verteidigungsschrift erläutert hat, der Sturz der „parlamentarischen Parteiregierung Ebert-Bauer" und die Errichtung einer „vorübergehenden Diktatur". Mit dieser Diktatur wollte er dann die „aus volksfremden

[1]) Vgl. Noskes Aussage bei Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 62, und Westarp-Manuskript T. II, S. 98. Zur Auffassung von Lüttwitz siehe seinen Brief an Anneliese Kapp vom 13. 5. 1931, im Nachlaß Kapp und seine Darstellung im Dokument 30, Anhang S. 328 f. Siehe auch Dokument 31, S. 329 f.

[2]) Siehe Noske, Erlebtes, S. 173; Lüttwitz, Im Kampf, S. 123, und Brammer, Militärdiktatur, S. 38. Eine Zusammenfassung über die Stellungnahme der Reichswehrbefehlsstellen in diesem Kapitel weiter unten.

[3]) Der Text in der Zeitgeschichtlichen Sammlung des Bundesarchivs, 2–16/3, und bei Jansen, S. 55 f. Siehe Dokument 27, S. 324 ff.

[4]) Siehe die erste Kundgebung des Reichskanzlers Kapp, Brammer, Militärdiktatur, S. 16. Der Vorwurf der Verfassungswidrigkeit in der Proklamation.

[5]) Kapp, Verteidigungsschrift, S. 4 f.

Anschauungen dem Deutschen Volk aufgezwungene..., die deutsche Kraft und Einigkeit zerrüttende Revolutionsverfassung" beseitigen[1]). Seine geplanten verfassungsmäßigen Änderungen hatten drei Schwerpunkte: erstens eine Stärkung der Exekutive durch Sicherung ihrer parteipolitischen Unabhängigkeit, zweitens eine Veränderung der Mehrheitsverhältnisse im Reichstag und die Bildung einer gleichberechtigten berufsständischen Kammer, drittens die Wiederherstellung der Souveränität der Bundesstaaten.

In Anlehnung an die alte Reichsverfassung beanspruchte Kapp als Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident die alleinige Verantwortung für alle Regierungsgeschäfte. Den ihm unterstehenden Ministern war etwa die Stellung der früheren Staatssekretäre zugedacht; das Kollegialsystem der Weimarer Verfassung sollte also rückgängig gemacht werden[2]). Wenn Kapp auch von der Beteiligung aller politischen Richtungen sprach, so wollte er doch keine den Parteien verantwortlichen Minister. Seiner konservativen Staatsauffassung entsprechend, sollten die Parteien aus der Exekutive zugunsten einer rein „sachlichen" Verwaltung des Staates durch parteipolitisch unabhängige Fachleute weichen[3]).

Den Kern seiner Bestrebungen bildete die weitgehende Ausschaltung der Parteien aus allen staatlichen Aufgaben. Das bezog sich auch auf die Rechtsparteien, da ihnen „das nötige Maß von politischem Zielbewußtsein" fehle, sie nach „taktischen Gesichtspunkten" handelten und „auf den Gewinn möglichst vieler Wählerstimmen" bedacht seien[4]). Besonders aber sollte „der Wiederkehr einer parlamentarischen Vorherrschaft der Sozialdemokratie... wirksam vorgebeugt" werden[5]). Ursprünglich hatte der Kreis um Kapp ein „oktroyiertes Pluralwahlsystem" erwogen, das Alter, Familienväter, Kinderzahl, Ausbildung, Bodenständigkeit, Verdienste und Berufsstellung begünstigte[6]). In den Märztagen haben indessen diese noch nicht endgültig geklärten Absichten keine Rolle gespielt. Es sollte nur das Wahlalter heraufgesetzt werden, „da die heranwachsende Jugend durch den Krieg ungeheuer verwildert und politisch unreif"

[1]) Ebenda, S. 5 f.

[2]) Nach den Äußerungen Kapps zu einer Abordnung der DVP am 13. und 14. 3., Protokolle im Stresemann-Nachlaß, Mikrofilm, Rolle 3090, Nr. 139522/24/44. Zu dem in den nächsten Abschnitten erläuterten Regierungsprogramm siehe den Auszug aus dem Protokoll der DVP-Abordnung im Dokument 28, Anhang S. 326 f.

[3]) Kapp zur Abordnung der DVP am 13. 3., ebenda.

[4]) Kapp, Zur Vorgeschichte, S. 20, und Verteidigungsschrift, S. 9. Anneliese Kapp erklärte dazu dem Verfasser: „Es bestand bei meinem Vater keineswegs die Absicht, den Volkswillen von der Lenkung des Staates fernzuhalten. Kurz gesagt war das Ziel einmal: eine Verfassung zu erlassen, die die Entscheidung über lebenswichtige Fragen der Nation weniger den Masseninstinkten überließ, als vielmehr der politischen Einsicht zum Durchbruch verhalf. Zum andern: staatliche Einrichtungen zu schaffen, die auf dem Gedanken der Selbstverwaltung und der Selbsthilfe im Sinne des Freiherrn vom Stein beruhten."

[5]) Kapp, Verteidigungsschrift, S. 6.

[6]) Mitteilungen von Major Pabst und Anneliese Kapp. Siehe auch den Brief von Dr. Hermann an Schnitzler vom 1. 2. 1920, bei Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 68.

sei. Kapp bedauerte zwar auch das Frauenwahlrecht, hielt die Abschaffung jedoch für unnötig, weil die Frauen ohnehin bald wahlmüde würden[1]). Das eigentliche Interesse galt der Einrichtung einer berufsständischen Kammer, auch Reichswirtschaftsparlament genannt. Diesem Parlament war in dem vorgesehenen Zweikammersystem die erste Stelle zugedacht. Die Wahlen dazu sollten öffentlich in einem Stufensystem bei einem passiven Wahlalter von 30 Jahren erfolgen. Solche Gedanken waren keineswegs neu und wurden sowohl in Regierungsausschüssen beraten als auch von Persönlichkeiten wie Walther Rathenau propagiert. Kapp glaubte bei dem Ausgleich durch das Zweikammersystem „für den Reichstag das bisherige radikale Wahlrecht" vertragen zu können[2]).

In seiner späteren Niederschrift über das Unternehmen skizzierte er sein Verfassungsprogramm mit den Worten: „Wiederherstellung mutatis mutandis der Bismarckschen Reichsverfassung auf der Grundlage des Föderalismus[3])." Das bedeutete die „Wiederherstellung der Souveränität der Bundesstaaten, insbesondere ihrer Steuerhoheit"[4]). Gleich nach der Ergreifung der Regierungsgewalt wurde eine Note an die „Bundesstaaten" gerichtet, die zur „Entsendung von Bundesratsbevollmächtigten" aufforderte[5]). Kapp erhoffte damit zugleich den Anschluß der Länderregierungen zu erleichtern und das erwartete Mißtrauen in Süddeutschland gegenüber Berlin zu zerstreuen[6]).

Wie die finanziellen Kriegs- und Reparationslasten bei bundesstaatlicher Steuerhoheit aufgebracht werden sollten, ist nicht bekannt. Überhaupt bedarf ein genaueres Urteil über das Regierungsprogramm erst einmal der Durchsicht der zugrunde liegenden Denkschriften, die bis jetzt leider nicht zugänglich sind[7]).

[1]) Kapp zur DVP-Abordnung am 13. 3., Nachlaß Stresemann, Mikrofilm, Rolle 3090, Nr. 139523. Siehe auch Dokument 28, Anhang S. 326 f.

[2]) Ebenda, und Nr. 139544. Schnitzler, Mein Anteil, Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Nr. 1462946. Siehe auch den Hinweis Brammers auf eine im Gepäck Schnitzlers vorgefundene Denkschrift über die Bildung eines Reichswirtschaftsparlamentes, Verfassungsgrundlagen, S. 67.

[3]) Kapp, Zur Vorgeschichte, S. 16, Nachlaß Kapp.

[4]) Kapp in seinem Telegramm an die Regierungen Bayerns und Hessens vom 14. 3., Anklageschrift, S. 106, ähnlich in den Telegrammen an Baden und Württemberg vom gleichen Tage, ebenda, S. 107. In der Proklamation wird die Wiederherstellung der Steuerhoheit mit dem Nachsatz begründet: „die sie zur selbständigen Erfüllung ihrer Kulturaufgaben nötig haben." Zeitgeschichtliche Sammlung, 2–16/3, und Jansen, a.a.O., S. 55. Ferner Kapp zur DVP-Abordnung am 13. 3., Nachlaß Stresemann, Mikrofilm, Rolle 3090, Nr. 139520.

[5]) Text in der Anklageschrift, S. 106.

[6]) Kapp, Zur Vorgeschichte, S. 16. Nachlaß Kapp, Zur DVP-Abordnung am 13. 3., Nachlaß Stresemann, Nr. 139521 und 139543. Im Aktionsprogramm steht unter Ziffer 4: „Militärische Maßnahmen gegen norddeutsche Bundesstaaten. Gegen die süddeutschen Bundesstaaten ist von militärischen Maßnahmen abzusehen." Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 66.

[7]) Sie befinden sich mit hoher Wahrscheinlichkeit unter den Akten des Reichsgerichts im Zentralarchiv Potsdam, das jede Quelleneinsicht abgelehnt hat. Die Hinweise in Kapps Verteidigungsschrift sind zu wenig ausführlich. Wolfgang Schemann ist in seinem Buch über Kapp auf das Regierungsprogramm nicht näher eingegangen. Weitere Angaben dürften sich auch in dem schriftlichen Nachlaß Kapps befinden, der sich zum größten Teil im Zentralarchiv Merseburg befindet.

Kapp verpflichtete sich mehrfach zur Erfüllung des Friedensvertrages und sprach in diesem Zusammenhang von der Heranziehung des ländlichen und städtischen Grundbesitzes „zu entsprechender Steuerleistung“[1]). Verwirrend erscheint dabei die beabsichtigte Finanzpolitik bei der Behandlung der Kriegsanleihen. Um dem Reich die „Milliarden an Zinsendienst“ zu sparen, wollte er „die Kriegsanleihen als vorläufiges Zahlungsmittel bestimmen“, auch wenn „eine gewaltige Inflation“ die Folge sei[2]). Die Rückkehr zur freien Wirtschaft mußte zwangsläufig die Preise nach oben treiben. Dies wußte auch Kapp, der deswegen sein liberales Wirtschaftsprogramm von möglichen sozialen Härten befreien wollte. So sollten die zur Ernährung der Städte und besonders der Minderbemittelten und Festbesoldeten notwendigen Nahrungsmittel zu niedrigen Preisen verkauft werden, ein Teil der landwirtschaftlichen Produkte aber den Bauern zu freiem Verkauf überlassen bleiben. Es bleibt allerdings die Frage, für wen der höhere Preis der Nahrungsmittel gelten sollte und auf welche Weise diese Zweiteilung des Preisgefüges organisiert und kontrolliert werden konnte, denn an eine staatliche Kontrolle oder Subventionierung hat Kapp nicht gedacht[3]). Der Wirtschaftsfachmann der DVP, Geheimrat Prof. Dr. Rießer, hielt es für undenkbar, nach dem Programm der neuen Regierung „auch nur einige Zeit wirtschaften zu wollen“[4]).

Besonderes Entgegenkommen fanden die Landwirte in der angekündigten Aufhebung der Zwangswirtschaft, die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen in der Zusicherung wohlverdienter Bezüge, die Zeichner der Kriegsanleihen durch das Versprechen der Rückzahlung und alle Waffenträger durch die Aufbesserung der Familienversorgung[5]). Ein Heimstättengesetz, das den Erwerb von Eigentum erleichtern und in erster Linie für den Arbeiter gedacht war, um sie aus den großstädtischen „Aufruhrzentren“ herauszulösen, sollte den ersten Schritt zur sozialen Befriedigung bilden[6]). In der Siedlungspolitik verfolgte Kapp weitgesteckte Pläne. Nach der von ihm erwarteten Niederringung des Bolschewismus

---

[1]) Proklamation, Dokument 27, Anhang S. 324 ff. Siehe auch den Aufruf „Die Lüge vom monarchistischen Putsch!“ vom 13. 3. bei Brammer, Militärdiktatur, S. 27.

[2]) Proklamation, ebenda. Zitate aus seinem Gespräch mit der DVP-Abordnung vom 13. 3., Nachlaß Stresemann, Nr. 139523; wiedergegeben z. T. im Dokument 28, Anhang S. 326 f.

[3]) Proklamation, ebenda, Gespräch mit der DVP-Abordnung, ebenda, Nr. 139521 und 139544.

[4]) In der Sitzung des Parteivorstandes am 13. 3. nachmittags, Stresemann-Nachlaß, Nr. 139547. Kapps Leistungen als Generallandschaftsdirektor in Ostpreußen, siehe Schemann, Wolfgang Kapp, S. 46 ff., verbieten es jedoch, sein Wirtschaftsprogramm allein auf Grund der stichwortartigen Aufzeichnungen der DVP-Protokolle von vornherein als funktionsunfähig zu bezeichnen.

[5]) Proklamation, Dokument 27, Anhang S. 324 ff. Aufruf „An die deutschen Landwirte!“, Brammer, Militärdiktatur, S. 27. Siehe dazu den Einspruch des Vorsitzenden des Schlesischen Landbundes, ebenda, S. 28.

[6]) Kapp zur DVP-Abordnung am 13. 3., Stresemann-Nachlaß, Nr. 139521 und 139524. Schnitzler, Mein Anteil, Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Nr. 1462946 f. Aussagen von Schiele, Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 71.

in Rußland versprach er sich Ansiedlungsmöglichkeiten im Osten, was er „eine friedliche Eroberung durch Kolonisierung" nannte[1]).

Den Arbeitern versprach er die Beteiligung an der wirtschaftlichen Neuordnung durch Vertretung in gesetzgebenden Körperschaften und die Behütung vor „dem harten Schicksal der internationalen Verknechtung unter das Großkapital"[2]). In berufsständischen Vertretungen wollte er sie „zur tätigen Mitarbeit" heranziehen und aus den politischen klassenkämpferischen Bestrebungen lösen[3]). Er war ein Gegner der staatlichen Sozialpolitik, denn sie zerstöre die Selbstverantwortung des einzelnen, führe zu staatlicher Bevormundung und zur Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Auf dieser Grundlage war mit einer Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften nicht zu rechnen, die mit Versicherungsgesetzgebung und Gewinnbeteiligung ganz andere Ziele verfolgten als ein Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter. Darüber war sich auch Kapp klar, er rechnete nicht mit ihrer Zustimmung und beabsichtigte ihre baldige Auflösung[4]).

Aus den wenigen vorhandenen öffentlichen und privaten Erklärungen Kapps kann sein Programm nur sehr unvollständig erschlossen werden. Verschiedene Bemerkungen deuten jedoch darauf hin, daß er nach der militärischen Absicherung seiner Regierungsgewalt, zu der freilich die Voraussetzungen fehlten, zur energischen Durchsetzung einer umfangreichen politischen und sozialen Reform entschlossen war. Vertreter der DVP bekamen in Gesprächen mit dem neuen Reichskanzler den Eindruck eines Programms „der allerschärfsten Tonart"[5]).

2. *Die erwartete Zustimmung bleibt aus*

Über den ersten Empfang der einziehenden Marinebrigade konnten Kapp und Lüttwitz mit ihrem Gefolge durchaus zufrieden sein. Eine freudig erregte Menge begrüßte die Truppe mit Hochrufen und schwarzweißroten Fahnen. Ohne Zweifel begleitete ein Teil des Bürgertums die unter den Klängen vertrauter Militärmärsche mit wehenden Kriegsfahnen einrückenden Soldaten mit offener Sympathie[6]). Hinter der Zustimmung standen Erinnerungen an die „gute alte Zeit", mit dem Wunsch verbunden, daß mit diesen vertrauten Klängen

[1]) Kapp zur DVP-Abordnung, ebenda, Nr. 139521.

[2]) Proklamation, Dokument 27, Anhang S. 324 ff.

[3]) Proklamation, ebenda. Gegenüber der DVP-Abordnung gebrauchte Kapp den Ausdruck „zur positiven Mitarbeit", Nachlaß Stresemann, Nr. 139521.

[4]) Wolfgang Kapp war ein Gegner der sozialen Gesetzgebung, da sie nach seiner Ansicht „dem einzelnen das Verantwortlichkeitsgefühl" nehme. Sie bedeute „letzten Endes eine staatliche Bevormundung, ein Binden an die Staatskrippe, eine Vorstufe des sozialistischen Zukunftsstaates". Nach Notizen von Anneliese Kapp über ihren Vater, im Nachlaß Kapp.

[5]) Sitzung des Parteivorstandes am 13. 3. nachmittags, Nachlaß Stresemann, Nr. 139546.

[6]) Südekum im Interview mit Berlla, S. 5, Nachlaß Südekum 99. Schiffer-Manuskript, S. 36. Nachlaß Schiffer 16. Stenographische Berichte, Bd. 332, S. 2922 f. (Henke, USPD). Aussagen von Bang, Traub, Jagow, bei Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 40 f. und 52 f.

die gesicherten und geordneten Vorkriegsverhältnisse einschließlich der Monarchie wiederkehren würden. Die freudige Begrüßung, der Übertritt der Berliner Reichswehr und Sicherheitspolizei sowie die Hoffnung auf baldige Verhaftung der Regierung bewirkten in der Kapp-Gruppe an diesem Samstagvormittag einen ausgesprochenen Optimismus[1]). Aber dieses „Publikum aus Berlin West", das den Ereignissen „in großer Toilette als der Sensation des Frühjahres beigewohnt" hatte, gab nicht die Stimmung der Mehrheit des Volkes wieder[2]).

Mit der Erringung der äußeren Macht in Berlin hatten die Putschisten erst einen kleinen Anfangserfolg errungen. Entscheidend für das Unternehmen war das allgemeine politische Echo, die Stellungnahme der Länderregierungen, der gesamten Reichswehrführung, der Parteien, Gewerkschaften und der Verwaltungsbürokratie. In der von Kapp gedachten Form, das Unternehmen „auf dem geordneten alten Befehlswege von oben" durchzuführen, war bei den politischen und sozialen Gegensätzen im März 1920 ein Erfolg nicht zu erringen. Nur in der Anfangsphase stand den Putschisten ein überraschter und eingeschüchterter Gegner gegenüber. In den Arbeitervierteln der Hauptstadt bewegte sich bereits eine noch schweigende, aber schon erbitterte Volksmenge[3]). Kapp und Lüttwitz sollten sehr schnell die Erfahrung machen, daß die Freude einiger hunderttausend Berliner über die Beseitigung der Regierung noch keine Zustimmung für die neue bedeutete und keineswegs die Bereitschaft tatkräftiger Unterstützung einschloß. Kapp hat nicht nur an die allgemeine Zustimmung der Offiziere, höheren Beamten und der Rechtsparteien geglaubt, sondern wohl auch unter dem Eindruck des Jubels in der Bevölkerung im Stadtzentrum von Berlin an eine gewaltige „nationale" Welle gegen die bisherige Regierung. Während einer kurzen Kaffeepause am 13. nachmittags soll Kapp im engsten Kreise geäußert haben, er glaube, daß die neue Regierung wie 1914 „von den Wogen des Volksvertrauens getragen" werde. „Wir wollen die Freiheit und keine Gewalt. Das Volk soll selbst entscheiden, ob es Fachleute mit reinen Händen an Stelle der unwürdigen Parteibonzen haben will[4])." Es war ein großer Fehler, aus der Mißstimmung gegen die Regierung Bauer die Zustimmung zu einem Staatsstreich unter Kapp und Lüttwitz abzuleiten. Den Unzufriedenen, die eine Besserung durch einen Rückgriff auf die Vorkriegsverhältnisse erwarteten, stand eine nicht geringere Zahl derjenigen gegenüber, die ihre Hoffnungen auf das Rätesystem zur Verwirklichung des Sozialismus oder gar Kommunismus setzten.

[1]) Schiffer-Manuskript, S. 34a, Nachlaß Schiffer 16 und Aussage Bredereck, Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 37.

[2]) Nachlaß Koch 25, Tagebuch, S. 12.

[3]) Zu der von Kapp geplanten Form des Unternehmens siehe Schiele, Kurze Geschichte, S. 14. Angaben über die Stimmung in der Berliner Bevölkerung in der Aussage von Dominicus, Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 53; im Nachlaß Schiffer 16, S. 37, und in dem Interview Südekum–Berlla, S. 5, Nachlaß Südekum 99.

[4]) Vgl. Kessel, a.a.O., S. 291.

Um diese Kräfte nicht herauszufordern, hatten gerade die Rechtsparteien den gewaltsamen Regierungswechsel immer wieder abgelehnt und sich auf die propagandistische Vorbereitung der Reichstagswahlen beschränkt, die schließlich von den Regierungsparteien nicht unbegrenzt hinausgeschoben werden konnten[1]).

Die entsprechende Wirkung des Putsches begann bereits am ersten Tage. Mit den schärfsten Anklagen erweckten die Links- und Mehrheitsparteien sowie die Gewerkschaften in ihren Aufrufen den Eindruck, daß bei einem Sieg der neuen Regierung eine finstere Gewaltherrschaft bevorstehe. Der Aufruf der USPD sprach von Lüttwitz als dem „Würger der Arbeiterbewegung" und forderte zum „Kampf gegen den weißen Schrecken, gegen die Wiederherstellung der Monarchie" auf[2]). Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund betonte die Wiederherstellung des „Absolutismus" und die Rückkehr der „reaktionären Zustände"[3]). Der Aufruf der SPD mit den Unterschriften der sozialdemokratischen Reichsminister einschließlich des Reichspräsidenten Ebert stellte die „Wiederkehr der blutigen Reaktion" und „das blutige Landsknechtsregiment" in Aussicht[4]). Das vorwurfsvolle Wort „Reaktion" benutzten auch nichtsozialistische demokratische Parteien. Die Deutsch-Demokratische Partei sprach von den Männern, „auf denen aus der Zeit des Krieges schwerste Verantwortung lastet, von den Vorkämpfern des schroffsten Herrenstandpunktes und der schärfsten ostelbischen Reaktion"[5]). Die Zentrumspartei war zwar gemäßigter, doch wurde der Staatsstreich als Gewalt gegen die Verfassung bezeichnet, die sowohl den deutschen Wiederaufbau störe als auch „die Gefahr des Bürgerkrieges" herbeiführe[6]).

Es hatte wenig Sinn, diese Anklagen mit gegenteiligen Beteuerungen, besonders der Zurückweisung monarchistischer Absichten, Lügen zu strafen. Eines der Kapp-Flugblätter trug die Überschrift „Die Lüge vom monarchisti-

---

[1]) Freiherr v. Schoenaich schrieb am 18. 9. 1919 an General Reinhardt über die Aussichten einer Gegenrevolution: „Nach vielleicht einigen Anfangserfolgen würden zahlreiche Truppen abfallen. Transport- und Kohlenarbeiter würden sofort streiken und das Ganze würde spätestens in 8 Tagen stillstehen. Dann aber würde die Bahn frei für die Gegenrevolution von links und dann wäre kein einheitliches Heer mehr da, wie es heute zuverlässig ist gegen die linksradikalen Elemente." Nach Ernst, Nachlaß Reinhardt, S. 98. Major Bischoff, der Kommandeur der Eisernen Division, schrieb rückblickend: „Mit Jubel und Flaggen waren an seinem ersten Tage Millionen auf der Straße; aber als es darum ging, sich mit seiner ganzen Person und Existenz dafür einzusetzen, war Leere ringsum." Bischoff, Die letzte Front, S. 244.

[2]) Der Text bei Brammer, Militärdiktatur, S. 66 f.

[3]) Ebenda, S. 67, und Korrespondenzblatt, Jg. 1920, Nr. 12/13, S. 150 f.

[4]) Brammer, Militärdiktatur, S. 65.

[5]) Ebenda, S. 47. Die Bezeichnungen „Reaktion" oder „reaktionär" finden sich auch in dem gemeinsamen Aufruf von Bayern, Baden und Württemberg, Europäischer Geschichtskalender, 36. Jg., 1920, 1. Teil, S. 50, und in den Aufrufen der sächsischen und badischen Regierung, Deutscher Geschichtskalender, 36. Jg., 1920, 1. Bd., S. 179 und 212.

[6]) Brammer, Militärdiktatur, S. 48.

schen Putsch!“[1]). Die Wendung, es handele sich um keine Reaktion und keinen monarchistischen Putsch, taucht in diesen Tagen in immer neuen Formulierungen ständig auf[2]). Kapp erklärte selbst einer Abordnung der DVP, daß die führenden Männer des Unternehmens „gute Republikaner“ seien und „keineswegs an eine monarchische Bewegung“ dächten[3]). Dr. Bang bestätigte nach dem Unternehmen vor dem Reichsgericht trotz seiner heftigen Angriffe gegen Kapp, er habe am ersten Tage „die unbedingte Gewißheit gehabt, daß Herr Kapp nicht im Traume an eine monarchische Wiederherstellung gedacht hat“[4]). Bedeutung hat die Zurückweisung der Monarchie wohl kaum gehabt. Bei den Gegnern wirkten diese Erklärungen verständlicherweise unglaubwürdig, im rechtsstehenden Bürgertum dagegen eher enttäuschend und unverständlich. Ein Staatsstreich von Kapp und Lüttwitz, um die Republik oder gar ihre Verfassung zu schützen, das war keiner größeren politischen Gruppe einleuchtend darzustellen[5]). In Wirklichkeit wünschten fast alle beteiligten Offiziere und Politiker die Wiederherstellung der Monarchie, doch erkannten sie sowohl die außen- wie innenpolitische Opposition und die Uneinigkeit in der Personenfrage innerhalb der monarchistischen Kreise als auch die Notwendigkeit, den monarchischen Gedanken vorläufig mit diesem gewagten Unternehmen nicht zu belasten[6]).

Nach der geglückten Flucht der legalen Regierung und der schnellen politischen Isolierung des Unternehmens konnte Kapp an eine tiefgreifende politische Umwälzung vor den Reichstagswahlen nicht mehr denken. Um wenigstens einen Teilerfolg zu erreichen, unterstützte er daher vom zweiten Tage des Putsches an den gemäßigten Kurs von Lüttwitz, indem er die Reichstagswahlen, wie sie die Weimarer Verfassung vorsah, immer stärker in seinen Erklärungen hervorhob. Während in der Proklamation vom Vormittag des 13. März Reichstagswahlen nicht erwähnt worden waren und die erste Kundgebung vom gleichen Tage für die Ausschreibung der Neuwahlen noch die Wiederherstellung der „inneren Ordnung“ zur Bedingung machte, sicherte ein Aufruf vom 14. März die baldige Durchführung zu, um damit den „in böswilliger Absicht verbreiteten Gerüchten entgegenzutreten“[7]). Am Abend dieses Tages war Kapp bereit, über eine Frist von 60 Tagen zu verhandeln, am 15. März sollten die Wahlen „binnen

[1]) Text, ebenda, S. 26 f., und Anklageschrift, S. 102 f.

[2]) Siehe Brammer, ebenda, S. 31, und Anklageschrift, S. 101 f.; Proklamation, Jansen, a.a.O., S. 57, und Kapps Presseerklärung vom 14. 3., Akten der Reichskanzlei, Mikrofilm, Nr. K 537919.

[3]) Siehe das Protokoll im Stresemann-Nachlaß, Nr. 139520.

[4]) Seine Aussage bei Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 41. Pabst hat dies in einer Mitteilung bestätigt. Siehe auch die Aussage von Traub, Anklageschrift, S. 117.

[5]) Vgl. Schiffer-Manuskript, S. 71, Nachlaß Schiffer 16.

[6]) Nach Mitteilungen von Major Pabst. Die Behauptung von Kaufmann, Monarchism, S. 88 f., über die monarchistische Zielsetzung muß demnach erheblich eingeschränkt werden.

[7]) Die Proklamation bei Jansen, a.a.O., S. 55 ff. Die beiden Kundgebungen vom 13. und 14. 3. bei Brammer, Militärdiktatur, S. 16 und 28.

60 Tagen" erfolgen und nach einer Presseerklärung vom 16. an demselben Tage ausgeschrieben werden[1]).

All diese Beruhigungsversuche konnten indessen das Unternehmen nicht günstig beeinflussen, da ihnen kein Glauben geschenkt wurde. Von dem Abgesandten der DVP, Garnich, mußte sich Kapp am 14. abends sagen lassen: „Die Absichten der Regierung werden nicht nach ihren Erklärungen, sondern nach den Männern beurteilt werden, die hinter ihr stehen. Wenn aber bisher nur Namen wie Kapp, Jagow, Schiele, Traub bekannt geworden sind, und nun noch der Name Wangenheim dazu kommen soll, dann mag die Regierung noch so viel schöne Worte machen, das Volk wird nur Reaktionäre in den neuen Männern des Kabinetts sehen und kein Vertrauen zur neuen Regierung haben[2])." Das Bekanntwerden der Personen, die hinter dem Putsch standen, hatte eine verheerende Wirkung auf die ohnehin nur sehr geringen Erfolgsaussichten. Kapp galt als Gründer der Vaterlandspartei und durch seinen Kampf gegen Bethmann Hollweg als Exponent derjenigen, die eine rechtzeitige Verständigung während des Krieges verhindert hätten, und erschien damit, unbesehen seiner jetzigen politischen Absichten, für eine Regierungsbildung ungeeignet. Seine ersten Maßnahmen, die Auflösung der Nationalversammlung und des Preußischen Landtages, konnten dieses Mißtrauen nur verstärken[3]). Dem früheren Berliner Polizeipräsidenten v. Jagow ging der Ruf voraus, mit politischen Demonstrationen kurzen Prozeß zu machen; Kapp betonte in einem Gespräch sogar, ihm gerade deswegen das preußische Innenministerium gegeben zu haben[4]). Ebenso waren Oberst Bauer, als politischer Berater Ludendorffs, der Alldeutsche Dr. Bang und der Vorsitzende des Landbundes, Freiherr v. Wangenheim, nicht geeignet, eine Entwicklung im Rahmen der Verfassung anzukündigen. Pfarrer Traub war als deutschnationaler Abgeordneter eigentlich noch der Gemäßigtste. Geheimrat Rießer kommentierte in einer Vorstandssitzung der DVP diese Personenauswahl mit der Bemerkung: „Die Folge dieses Ministeriums würde der Bürgerkrieg sein[5])." Zur Bildung eines Ministeriums ist Kapp freilich nicht gekommen.

Außerordentlich nachteilig für die Durchsetzung einer neuen Staatsgewalt machte sich auch das Fehlen einer eigenen politischen Organisation und Presse

[1]) Brammer, Militärdiktatur, S. 29. Berliner Nachrichtenblatt, Nr. 1, 16. 3. 1920.

[2]) Protokoll der Unterredung, Nachlaß Stresemann, Nr. 139527.

[3]) Tagebucheintragung des Offiziers vom Dienst am 16. 3.: „Name Kapp wirkt bei Arbeitern und Bürgerschaft wie ein rotes Tuch." Nachlaß Schleicher 16, S. 46. Der sächsische Ministerpräsident gebrauchte in seiner Rede am 16. 3. die Bezeichnung „maßlose Annexionspolitiker", Deutscher Geschichtskalender, 36. Jg., 1920, 1. Bd., S. 182. Urteile im DVP-Parteivorstand, Stresemann-Nachlaß, Nr. 139555/556 f./526.

[4]) Kapp zur DVP-Abordnung am 14. 3., Nachlaß Stresemann, Nr. 139529. Als die SPD 1910 in Berlin erstmalig Straßendemonstrationen durchführte, erließ v. Jagow als Polizeipräsident folgende Bekanntmachung: „Es wird das ‚Recht auf die Straße' verkündet. Die Straße dient lediglich dem Verkehr. Bei Widerstand gegen die Staatsgewalt erfolgt Waffengebrauch. Ich warne Neugierige." Nach Max Peters, Friedrich Ebert, S. 71.

[5]) Stresemann-Nachlaß, Nr. 139547.

bemerkbar. Selbst in Berlin und den ostdeutschen Provinzen, wo Lüttwitz sofort die militärische Gewalt in die Hand bekam, stand keine Organisation zur Übernahme politischer Aufgaben bereit, wenn man von der offenen Unterstützung einzelner deutschnationaler Unterverbände mit ihrer Presse absieht[1]). Besonders für die dringend notwendige Öffentlichkeitsarbeit blieben die negativen Folgen nicht aus. Nach dem Einzug in Berlin mußte erst „an der Hand des Telefonbuches nach einer Druckerei gesucht werden", die die Aufrufe der neuen Reichsregierung herstellen sollte[2]). Dies war zum Teil eine Folge der noch nicht abgeschlossenen Vorbereitungen und damit des überstürzten Handelns nach dem Ultimatum des Generals v. Lüttwitz, zum Teil aber auch das Ergebnis einer Überbewertung des militärischen Anteils am Gelingen des Unternehmens. Die Regierung Kapp begab sich am ersten Tage in völliger Verkennung der Bedeutung sofortiger Lenkung der öffentlichen Meinung außerdem noch selbst der Möglichkeit propagandamäßiger Unterstützung, indem sie nicht nur die linksradikale und regierungsfreundliche Presse, sondern auch alle Zeitungen aus dem Kreise der Rechtsopposition verbot. Dies war ein ausdrücklicher Befehl Kapps, der keine Zeitung bevorzugen wollte. Nur die Aufrufe und die große Proklamation sollten vorläufig als Flugblätter veröffentlicht werden. Mit Hilfe eines befreundeten Journalisten gelang es dem Nachrichtenofffzier der Sipo, doch noch die Telegrafenbüros über die Ereignisse, die Absichten Kapps und den Inhalt der Proklamation zu unterrichten; wobei er unter Hinweis auf das bevorstehende Zeitungsverbot zur schnellsten Verbreitung der Nachrichten aufforderte[3]). Die Redaktionen der Rechtspresse reagierten auf das Verbot mit Kopfschütteln und Protesten, denn sie waren immerhin bereit, nun, da der Putsch geschehen war, propagandistische Unterstützung zu geben. Statt sie zu bewegen, sofort mit Flugblättern und Extraausgaben das Unternehmen zu stützen, „wurden sämtliche Blätter einfach mundtot gemacht"[4]). Als am Montag, dem 15. März, die Zeitungen wieder erscheinen durften, wurde der Druck weitgehend durch den Generalstreik verhindert. So blieb es in Berlin bei der unzureichenden Methode, die Bevölkerung mit Flugblättern zu unterrichten, die von Soldaten angeschlagen oder verteilt wurden. Das Unternehmen ist freilich nicht wegen dieser Fehler gescheitert, die im übrigen auch nur in Berlin eine Rolle spielten. Auf die gesamte Presse des übrigen Reichsgebietes hatte Kapp keinen Einfluß: es kam lediglich zu einigen Zeitungsverboten durch die Reichswehr. Selbst in Berlin wurde die neue Regierung schon am zweiten Tage durch eine ständig zunehmende Gegenpropaganda unzähliger Straßenredner und Flugblatt-

[1]) Zur Unterstützung von deutschnationaler Seite siehe die Beispiele bei Brammer, Militärdiktatur, S. 42 ff., und bei Krüger, Diktatur oder Volksherrschaft, S. 36.

[2]) Freytagh-Loringhoven, Briefe, S. 54.

[3]) Nach Kessel, a.a.O., S. 279 f. Siehe auch den Protest Brederecks, bei Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 38.

[4]) Westarp-Manuskript T. II, S. 102. Zimmermann, Vorfrühling 1920, S. 10 ff., gibt einen lebendigen Augenzeugenbericht.

aktionen in eine aussichtslose Defensivstellung gedrängt[1]). Außerdem fehlte es ihm an Fachleuten für die Pressearbeit. Der dazu bestimmte Kapitänleutnant Lensch wandte sich sogleich an den Syndikus Bredereck mit dem Bemerken, er verstehe davon nichts. Bredereck wiederum wurde auf der ersten Pressekonferenz von den Journalisten wegen seiner Vergangenheit so angegriffen, daß Kapp zu der Mitteilung gezwungen war, Bredereck sei bei der neuen Regierung nicht amtlich beschäftigt[2]). Scharfe Erlasse vermochten die Gegenpropaganda nicht zu unterbinden, da keine Gewaltmaßnahmen ergriffen wurden. Ob freilich die Truppen in Berlin ausgereicht hätten, jede Druckerei und jeden Straßenredner unter Kontrolle zu halten, muß bezweifelt werden. Obgleich das Gebäude des SPD-Zentralorgans militärisch besetzt war, gelang es dem Chefredakteur Stampfer am 15. März, eine Extraausgabe des „Vorwärts" herauszubringen[3]).

Eine weitere Isolierung zeigte sich bei den Bemühungen um die Regierungsbildung. Freilich konnte Kapp nach dem überstürzten Vorgehen von Lüttwitz nicht mit einer fertigen Ministerliste in die Reichskanzlei kommen. War erst die Macht fest in seinen Händen, durfte die Gewinnung der notwendigen Persönlichkeiten keine Schwierigkeiten machen. Auch konnte er sich in dieser Frage vorher nicht festlegen, da er die Unterstützung der Rechtsparteien erwartete und Lüttwitz größten Wert auf die Beteiligung von einigen bisherigen sozialdemokratischen Ministern legte. Der General hatte außerdem endgültig erst nach der unerwarteten Flucht der Reichsregierung den Generallandschaftsdirektor beauftragt, „mit seinen Anhängern" eine Regierung und noch dazu nur „ein vorläufiges Kabinett zu bilden"[4]). Da Lüttwitz die Regierung zur Annahme seiner Forderung und damit zur Selbstaufgabe hatte zwingen wollen, konnte er einerseits durch Oberst Bauer nach Dresden melden lassen, daß man eine Verhaftung der Regierung nicht beabsichtigt habe und Kapp mit den Ministern eine Koalitionsregierung habe bilden wollen, andererseits aber General Maercker den Befehl geben, die geflüchtete Reichsregierung festzunehmen[5]). Erst als am zweiten Tage des Putsches feststand, daß die Reichsregierung ihre Position behauptet hatte, betonte Lüttwitz wieder seine Verhandlungsbereitschaft.

In Berlin stellte sich bald heraus, daß eine Regierungsbildung nicht zu improvisieren war. Kapp hatte zunächst gehofft, die Personen „auf breiter Grundlage"

[1]) Westarp-Manuskript T. II, S. 102—104. Krüger, Diktatur, S. 33 und 37. Stampfer, Die ersten 14 Jahre der Deutschen Republik, S. 169 f. „A", Sieben Tage Buch, S. 16, 18, 22 und 33. Scheidemann, Memoiren, Bd. 2, S. 394.

[2]) Westarp-Manuskript T. II, S. 103 f. Brammer, Militärdiktatur, S. 31 ff. Aussage Bredereck, Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 38, und Aussage Schmidt-Elskop, ebenda, S. 58 f. Anklageschrift, S. 65.

[3]) Stampfer, Deutsche Republik, S. 169 f. Westarp-Manuskript T. II, S. 103 f.

[4]) Lüttwitz an Anneliese Kapp, 13. 5. 1931, Nachlaß Kapp. Lüttwitz, Im Kampf, S. 121, in ähnlicher Formulierung.

[5]) Lüttwitz an Anneliese Kapp, ebenda. Aussage General Maerckers, Anklageschrift, S. 63 f. Oberstleutnant v. Metzsch (Chef des Stabes im Wehrkreis III, Dresden), in: Mitteldeutsche Soldatenzeitung, 31. 3. 1920, S. 183.

schnell finden zu können[1]). Freilich bezog sich die „breite Grundlage" nur auf die politische Herkunft der auszuwählenden Minister. Kapp dachte nicht an eine weitere Abhängigkeit seines „Fachministerkabinetts" von politischen Organisationen, denn gerade der Einfluß der Parteien auf die Exekutive sollte ausgeschaltet werden. Allerdings legte er „naturgemäß großen Wert auf ein gutes Einvernehmen mit den rechtsstehenden Parteien"[2]).

Das Ergebnis seiner Bemühungen war gering, da ihr Erfolg eine militärisch gesicherte Diktatur zur Voraussetzung hatte. Seine beiden engen Mitarbeiter Schiele und Traub lehnten die Übernahme eines Ministeriums am ersten Tage mit Hinweisen auf ihre mangelnde Eignung ab. Kapp ließ die Entscheidung aber mit der Erklärung offen, daß die Kabinettskonstituierung erst für die kommende Woche geplant sei[3]). Bei einem endgültigen Erfolg des Unternehmens hätten sich beide kaum weiter zurückgehalten. Zunächst betätigten sich die führenden Persönlichkeiten der Kapp-Gruppe fast ausschließlich in der Reichskanzlei. Der Oberfinanzrat Bang nahm am Samstagmorgen das ihm angebotene Reichsfinanzministerium an und hatte bereits eine Besprechung mit dem Unterstaatssekretär Schroeder, aber am gleichen Abend noch zog er die Annahme zurück. Seinen Rückzug begründete er gegenüber Kapp mit der mangelhaften Vorbereitung des Unternehmens, dem Fehlen energischen Handelns und der inzwischen in der Kapp–Lüttwitz-Gruppe durchgesetzten Absicht, nicht nur mit den Mehrheitssozialisten, sondern auch mit den Unabhängigen und Kommunisten über einen Eintritt in das Kabinett zu verhandeln. Die letzte Behauptung betrifft, soweit es die Unabhängigen und Kommunisten angeht, Absichten Oberst Bauers, die Bang zu Ohren gekommen sein müssen[4]). Der wirkliche Grund für Bangs Trennung von dem Unternehmen dürfte mehr in seiner Erkenntnis der Aussichtslosigkeit des Putsches gelegen haben, denn er wies

[1]) Ludendorff, Aussage im Jagow-Prozeß, Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 75. Kapp zur DVP-Abordnung am 14. 3. Nachlaß Stresemann, Nr. 139526. Am Montag wurde dem Vorstand der Freien Gewerkschaften versichert, eine Regierung „von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken" sei vorgesehen; nach Krüger, Diktatur, S. 15. Siehe auch den ersten Aufruf von Lüttwitz, Anklageschrift, S. 101.

[2]) Kapp zur DVP-Abordnung am 13. 3., Stresemann-Nachlaß, Nr. 139524. Zur Stellung der Minister und Beendigung des Kollegialsystems siehe Kapps Äußerungen Nr. 139522/524/526/544; ebenso die Aussage Jagows, Anklageschrift, S. 115. Am 14. schwächte Kapp seine Vorstellungen bereits dahingehend ab, daß nach den Neuwahlen das Stärkeverhältnis der Parteien für die Besetzung der Ministerstellen „maßgebend" sein sollte. Zur DVP-Abordnung, Stresemann-Nachlaß, Nr. 139527.

[3]) Nach dem Traub-Manuskript, S. 188 und 192, und den Aussagen Traubs in der Anklageschrift, S. 89 f., sowie bei Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 43 f. Ferner die Aussagen Schieles, Anklageschrift, S. 73, und Brammer, ebenda, S. 71 f.

[4]) Anklageschrift, S. 70 f., 90, 118. Traub-Manuskript, S. 194. Aussage Bangs, Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 41 f. Brief Bangs an Oberst Bauer vom 14. 3., Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 5, Nr. 1456513. Zum Verhalten und zu den späteren Äußerungen von Bang hat Kapp in einer ausführlichen Niederschrift Stellung genommen, die fast alle Aussagen Bangs als unwahr bezeichnet. Sie bekräftigt den naheliegenden Schluß, daß Bang nachträglich seine Mitarbeit vom 13. 3. durch scharfe Angriffe gegen den Putsch zu verdecken suchte. Niederschrift vom 28. 11. 1921, Nachlaß Kapp.

ebenfalls auf die noch bestehende Regierung Bauer hin, an deren Ausschaltung nicht zu denken sei. Die beschlossene Beteiligung von Sozialdemokraten bestärkte den rechtsradikalen Dr. Bang nur in der Meinung, daß das Unternehmen nicht auf sicheren Füßen stand.

Kapp stimmte in der Ablehnung der Sozialdemokraten mit dem Oberfinanzrat durchaus überein, konnte sich aber gegenüber dem starken Druck aus den Reihen seiner Mitarbeiter, besonders von Lüttwitz, nicht behaupten und wollte aber seine Freunde auch nicht im Stich lassen. Die Aufnahme von Sozialisten in die neue Regierung wurde am zweiten Tage beschlossen[1]). Dahinter stand das Bemühen, den Vorwürfen, es handele sich um einen Putsch der Reaktionäre, zu begegnen und Gegenmaßnahmen der Mehrheitsparteien abzuwenden. Ebenfalls sollte dadurch dem heraufziehenden Generalstreik entgegengewirkt werden. Als Unterstaatssekretär Bodenstein darauf hinwies, daß bei den Eisenbahnern der Streik drohe, der Verkehrsminister Oeser ihn aber durch Verhandlungen vielleicht vermeiden könne, gab Kapp sogleich die Anweisung, den demokratischen Minister in seinem Amte zu belassen. Der noch verhaftete preußische Minister erklärte sich zur Weiterführung der Geschäfte bereit, falls alle verhafteten Minister der preußischen Regierung freigelassen würden. Dies geschah wenige Stunden später, wobei die Minister gleichzeitig in die Reichskanzlei gebeten wurden. Angeblich, um die Absichten Kapps in Erfahrung zu bringen, begaben sich einige Minister auch dorthin; zu einem Gespräch mit Kapp ist es allerdings nicht gekommen[2]). Noch am gleichen Abend erhielten die sozialdemokratischen Minister Heine und Südekum das Angebot, in eine neue Regierung einzutreten. Heine wurde dabei das Reichsjustizministerium zugesagt[3]). Am folgenden Nachmittag stellten die Minister Oeser und Südekum Kapp das Ultimatum, bis 15 Uhr zurückzutreten, andernfalls würde der Eisenbahnerstreik einsetzen. In diesem Gespräch erklärte Kapp sich bereit, sowohl in das Reichs- als auch das preußische Ministerium jeweils 3 bis 4 Vertreter der SPD aufzunehmen und bot Südekum erneut ein Ministerium an. Wie am Vortage stieß Kapp auf Ablehnung[4]). Die gleiche Aufforderung bekamen an diesem Tage

[1]) Siehe Kapps Niederschrift vom 28. 11., ebenda; die Aussagen von Jagow, Anklageschrift, S. 84 und 116, sowie die Aussage von Wangenheim, Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 70, und die Aussage Doyés bei Jagow, Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens, S. 4.

[2]) Anklageschrift, S. 77 und 91 f. Aussage des Ministers Oeser, Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 40. Kapp bestätigt das Angebot an Oeser, Verteidigungsschrift, S. 30, Kapp-Nachlaß. Undatierter Bericht Heines, S. 5, Nachlaß Heine 36/7. Schiffer-Manuskript, S. 32, Nachlaß Schiffer.

[3]) Nach dem Brief Heines an Südekum vom 8. 12. 1921, Nachlaß Südekum 99, Brammer, Militärdiktatur, S. 59.

[4]) Siehe den Bericht Südekums, S. 8, Nachlaß Südekum 99; die Aussagen von Südekum, Oeser und Dominicus in der Anklageschrift, S. 104 ff. Von Kapp wird das Angebot an Südekum abgestritten, Verteidigungsschrift, S. 29 f., Nachlaß Kapp. Nach dem Protokoll der DVP-Abordnung, Stresemann-Nachlaß, Mikrofilm, Nr. 139526, scheint Südekums Aussage jedoch richtig zu sein.

die Reichsminister Koch und Geßler durch General Maercker in Dresden[1]). Die Reichsregierung hatte zu dieser Zeit ihre Position wieder so weit gefestigt, daß sie in diesen Vorschlägen nur die beginnende Unsicherheit der Putschisten sah. Selbst innerhalb der Rechtsparteien bestand am Nachmittag des zweiten Tages keine Bereitschaft, unter Kapps Zielsetzungen einer neuen Regierung beizutreten. Vielmehr erhoben sich warnende Stimmen, die von einem zu deutlichen Bekenntnis für Kapp und Lüttwitz dringend abrieten[2]). Zu dieser Zeit begann bereits das Bemühen, den Dualismus zweier Regierungen durch einen Kompromiß aufzulösen. Sobald die Putschisten den Weg der Verhandlungen auf Drängen des Generals Maercker am 15. März beschritten, war an eine Regierungsbildung durch Kapp ohnehin nicht mehr zu denken. An diesem Mittag erfolgte die Presseerklärung, daß bis zur Entscheidung über die gemachten Einigungsvorschläge „die dienstältesten Unterstaatssekretäre mit der Führung der Geschäfte beauftragt seien"[3]). Versuche, durch die Neubesetzung des Reichspostministeriums und preußischen Landwirtschaftsministeriums am 16. März aus der Untätigkeit herauszukommen, blieben ohne Ergebnis. Wangenheim war das Unternehmen schon so unsicher, daß er gar nicht in seinem Ministerium erschien, und Oberpostdirektor Sönksen erklärte nach einem kurzen Besuch unter dem Druck der Ministerialbürokratie seinen Rücktritt[4]).

Als einziger hat nur Jagow den Versuch gemacht, in seinem übernommenen Ressort eine Regierungstätigkeit auszuüben. Er hielt den Erfolg des Unternehmens für gewährleistet und konzentrierte sich sogleich auf die vorgesehenen Dienstenthebungen. Zuerst wurden der Unterstaatssekretär Dr. Freund, die parlamentarischen Unterstaatssekretäre Fischer und Mayer sowie die persönlichen Hilfsarbeiter des bisherigen Innenministers Heine aus ihren Ämtern entfernt. An die Stelle von Freund rückte der bisherige Regierungsrat Doye. Gemäß der Weisung Kapps, die sogenannten „Laienelemente" aus den obersten Verwaltungsstellen der Provinzen zu entfernen, beurlaubte er die Oberpräsidenten der Provinzen Pommern, Schlesien, Sachsen, Schleswig-Holstein und weitere acht Regierungspräsidenten, in einigen Fällen unter gleichzeitiger Ernennung der Nachfolger. Sämtliche beurlaubten Beamten waren Angehörige der SPD oder DDP. Selbstverständlich war dies nur der Anfang; wie Jagow später erklärte, hatte er sich „einstweilen Zurückhaltung auferlegt"[5]). Um die

[1]) Nachlaß Koch 25, Tagebuch, S. 6, 11, 17. Gessler, Reichswehr, S. 123, erwähnt allerdings nur ein Angebot an Koch, bei dem es sich um eine Verwechselung gehandelt habe.

[2]) Siehe Lüttwitz, Im Kampf, S. 122; Traub-Manuskript, S. 194 f.; Westarp-Manuskript T. II, S. 100. Protokoll des DVP-Vorstandes vom 14. 3., Nachlaß Stresemann, Nr. 139555 f.

[3]) Text bei Jansen, a.a.O., S. 28, und Brammer, Militärdiktatur, S. 35. Traub bemerkte, nach seinem Manuskript, S. 196, zu Kapp, „es müsse jetzt doch zunächst das Ergebnis der Verhandlungen mit der alten Regierung abgewartet werden, ehe Ministerposten von uns angetreten würden".

[4]) Siehe Brammer, Militärdiktatur, S. 57 f. und 60. Anklageschrift, S. 74 und 98.

[5]) Aussage Jagows, nach der Anklageschrift, S. 82, siehe auch S. 78, 80, 84. Ferner Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 56 f.

Sicherheitspolizei an die neue Regierung zu binden, ordnete Jagow ihre Übernahme in das Beamtenverhältnis an und gewährte ihr vom 13. März an eine Tageszulage von 7 Mark[1]).

Alle übrigen Ministerien des Reiches und Preußens blieben bis auf eine kurze militärische Besetzung nahezu ungestört. Dies ersparte zugleich den meisten Beamten der Ministerien eine direkte Auseinandersetzung mit der neuen Regierung[2]).

3. *Die Ausschaltung der legalen Regierung mißlingt*

Für Kapp und Lüttwitz war es von entscheidender Bedeutung, der Reichsregierung habhaft zu werden, gleich, ob man sie gänzlich ausschalten oder von ihr Zugeständnisse erzwingen wollte. Schon am 13. März früh erkannten sowohl Kapp als auch Noske, Koch und Schiffer die Bedeutung der Flucht für den weiteren Verlauf des Putsches[3]). Aber noch ließ sich das Versäumnis von Berlin aus korrigieren, wenn die Autorität der neuen Machthaber den Wehrkreiskommandeur in Dresden, General Maercker, bewegen konnte, die Verhaftung nachzuholen.

Unmittelbar nach der Besetzung des Reichswehrministeriums bekam der überraschte General in Dresden von Lüttwitz den Befehl, die Reichsregierung festzunehmen, jedenfalls aber ihre Stellungnahme gegen die neue Regierung zu verhindern. Eine völlig andere Darstellung gibt Leutnant v. Kessel. Nach ihm hatte die Sipo aus Dresden angefragt, ob die Reichsminister nicht in Schutzhaft zu nehmen seien. Dieses Angebot sei jedoch auf ausdrücklichen Wunsch Kapps abgelehnt worden; nach Kessels Erinnerung mit dem Argument: „Ich will keine Gewalt anwenden." Eine solche Äußerung stimmt mit dem sonst mehrfach bezeugten Interesse Kapps an der Ausschaltung der Regierung nicht überein[4]). In weiteren Fernsprüchen dieses Vormittags wurde die sofortige Schutzhaft und die „Beseitigung widerstrebender Landesregierungen binnen kürzester Frist" angeordnet[5]). Aber noch waren die Minister nicht in Dresden angekommen.

Der Zufall führte Koch, Giesberts und Geßler in dem Schnellzug aus Berlin kurz vor ihrem Ziel mit dem Fraktionsvorsitzenden der DVP, Dr. Heinze, zusammen. Dieser, auf einer Wochenendreise zu seiner Familie nach Dresden, war sogleich bereit, dem mit ihm befreundeten General Maercker den Schutz der geflohenen Regierung nahezulegen[6]). Er begab sich sofort zu ihm und setzte sich entschieden für die legale Regierung ein. Der General befand sich in keiner

[1]) Nach der Anklageschrift, S. 85.

[2]) Siehe ebenda, S. 64, 68, 72, 76, 90 ff.

[3]) Siehe Nachlaß Koch 25, Tagebuch, S. 7; Kapp, Verteidigungsschrift, S. 28, Kapp-Nachlaß; Falkenhausen, a.a.O., S. 14; Schiffer-Manuskript, S. 16, Nachlaß Schiffer 16.

[4]) Vgl. Kessel, a.a.O., S. 284 f.

[5]) Metzsch, a.a.O., S. 183. Siehe auch Anklageschrift, S. 63 f.

[6]) Nachlaß Koch 25, Tagebuch, S. 4, und Gessler, a.a.O., S. 123.

beneidenswerten Position. Nach den telegrafischen Mitteilungen von Lüttwitz hatten sich Reichswehrministerium, die Truppen des Wehrkreises Berlin und die Sicherheitspolizei bereits hinter die neue Regierung gestellt. So versuchte er einen Mittelweg, indem er sich einerseits zu Lüttwitz bekannte, andererseits aber versicherte, daß er die sächsische Regierung schützen werde[1]). Bei ihrer Ankunft in Dresden wurde die Reichsregierung von dem sächsischen Ministerpräsidenten mit einer Treueerklärung und dem Schutzversprechen empfangen. Nun hing alles von der Haltung Maerckers ab, als er die Minister aufsuchte. Er berief sich auf seine Gehorsamspflicht gegenüber Lüttwitz, erklärte jedoch, den Verhaftungsbefehl als Schutzmaßnahme für die Minister auszulegen. Nach dem Hinweis Eberts auf die am 11. März erfolgte Dienstenthebung von Lüttwitz und den Darlegungen Heinzes und der Reichsminister über die Verfassungswidrigkeit einer solchen Schutzhaft verzichtete der General auf die Beschränkung ihrer Bewegungsfreiheit[2]). Maercker erschien an diesem Tage noch mehrfach bei den Ministern und machte ihnen dabei den Vorwurf, den Generalstreik ausgerufen zu haben. Die Minister erklärten jedoch nachdrücklich, „daß ihr Name ohne ihre Einwilligung unter das Elaborat gesetzt worden sei“[3]). Im weiteren Verlauf des Tages war er schließlich zum Schutz der Reichsregierung bereit, lehnte allerdings Aktionen gegen Lüttwitz ab und wollte dessen Befehle ausführen, soweit sie die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung betrafen. Maercker schickte seinen Chef des Stabes, Oberstleutnant von Metzsch, mit der Antwort nach Berlin, eine Verhaftung der Minister müsse abgelehnt werden. Außerdem komme er bald selbst nach Berlin, um einen Ausgleich zwischen beiden Regierungen zu erreichen[4]).

Sowohl Kapp als auch Koch haben das Ausbleiben der Verhaftung in erster Linie auf die Einwirkung des DVP-Fraktionsvorsitzenden Heinze zurückgeführt[5]). Die spätere Behauptung von Maerckers Stabschef, Reichsregierung und sächsische Regierung hätten sich zu keinem Zeitpunkt „in irgendwelcher Gefahr befunden“, entspricht nicht den Tatsachen[6]). General Maercker stand in dem schweren Konflikt zwischen „Befehl“ und „Eid“. Einerseits verlangte die militärische Disziplin die Ausführung der Befehle seines Oberbefehlshabers, General v. Lüttwitz, andererseits gebot der Eid auf die Verfassung den Schutz der legalen Regierung. Die Entscheidung Maerckers für die legale Regierung

[1]) Koch, ebenda, S. 5. Gessler, ebenda. Schiffer-Manuskript, S. 36, 54 und 56, Nachlaß 16. Metzsch, a.a.O., S. 183.

[2]) Nach dem Bericht des Regierungsrats Doehle vom 16. 3. 1920, Nachlaß Schiffer 18, S. 205.

[3]) Schiffer-Manuskript, S. 55, Nachlaß 16.

[4]) Metzsch, a.a.O., S. 184. Doehle-Bericht, Nachlaß Schiffer 18, S. 206. Gessler, Reichswehr, S. 123, Nachlaß Koch 25, Tagebuch, S. 4. Brief Brechts an Albert vom 14. 3., Nachlaß Schiffer 18, S. 82.

[5]) Nachlaß Koch 25, Tagebuch, S. 7. Kapp, Verteidigungsschrift, S. 28, und Zur Vorgeschichte, S. 25 f., beides im Nachlaß Kapp. Ferner Anklageschrift, S. 64.

[6]) Metzsch, a.a.O., S. 184.

wurde erschwert durch seine Sympathien für die politischen und militärischen Forderungen seines Vorgesetzten. Aus diesem Grunde wünschte er keinen Zusammenbruch der Berliner Aktion, sondern einen Ausgleich zwischen beiden Regierungen, der ihn zugleich aus dem Konflikt befreite. Außerdem wollte er eine Spaltung der Reichswehr vermeiden, die letztlich nur dem Linksradikalismus zugute kommen konnte[1]). Da er sich zunächst zu keiner Regierung bekannte, mißtrauten ihm beide Seiten. Nach dem Unternehmen mußte er seinen militärischen Dienst aufgeben. Die Anhänger von Kapp und Lüttwitz aber warfen ihm nicht ganz mit Recht vor, daß er das Entkommen der Regierung und damit wesentlich den Mißerfolg des Unternehmens verschuldet habe[2]). Der letzten Behauptung kann ebenfalls nicht zugestimmt werden. Sicher hätte die Verhaftung der Regierung den Putsch verlängert und zu einer viel stärkeren Beteiligung der Reichswehr, der Rechtsparteien und der höheren Beamten an dem Unternehmen geführt, aber die von Kapp beabsichtigte Diktatur hatte zu keinem Zeitpunkt Aussicht auf Erfolg und war außerdem nicht einmal das Ziel von Lüttwitz. Alle Möglichkeiten vom Bürgerkrieg über die Abspaltung von Reichsgebieten bis zur Bildung einer neuen Koalitionsregierung blieben dagegen mit oder ohne Verhaftung der legalen Regierung offen[3]).

Maercker hatte einen ersten ergebnislosen Versuch einer Vermittlung am Samstag bei Noske unternommen. Nachrichten über die Durchsetzung der Putschisten in Ostpreußen, Pommern und Schlesien und die Mitteilung des preußischen Geschäftsträgers, eine Vermittlung mit Berlin würde von der legalen Regierung gern gesehen, führten ihn in dieser Angelegenheit erneut zu den Ministern. Die Meinungen waren geteilt. Während der sächsische Ministerpräsident das Vermittlungsangebot freudig begrüßte, Giesberts nur zögernd zustimmte und Noske einverstanden war, Kapp die Aussichtslosigkeit des Unternehmens vorzuhalten, verhielten sich die Demokraten Koch und Geßler absolut ablehnend[4]). In einer Gesamtbesprechung war der Reichspräsident mit einer Fahrt Maerckers nach Berlin einverstanden. Er lehnte dabei mit dem Reichskanzler „ausdrücklich die Vermittlung" ab, fügte jedoch hinzu, „wenn Kapp sich unterwerfen wolle und freies Geleit habe oder ähnliches, so wäre das vielleicht möglich"[5]).

Das war keineswegs ein Ausgleich im Sinne Maerckers, der nun für seine weitergehenden Absichten Unterstützung in der Reichswehr suchte. Er wandte sich telefonisch an den Stabschef des Reichswehrgruppenkommandos 2 in Kassel,

---

[1]) Maercker, Kaiserheer, S. 57 ff. und 178 ff. Metzsch, ebenda. Volkmann, Revolution, S. 367 f. Waite, Vanguard, S. 34.

[2]) Lüttwitz, Im Kampf, S. 123. Kapp, Zur Vorgeschichte, S. 26. Schemann, a.a.O., S. 148 f.

[3]) Allerdings hätte das Unternehmen bei der Verhaftung der Reichsregierung „einen ganz anderen Verlauf genommen", wie Kapp in seiner Verteidigungsschrift, S. 28, sagt; Nachlaß Kapp.

[4]) Nachlaß Koch 25, Tagebuch, S. 11, 17 und 20. Anklageschrift, S. 120 f. Schiffer-Manuskript, S. 56, Nachlaß 16. Aussage Maercker, Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 48.

[5]) Nachlaß Koch 25, Tagebuch, S. 20. Ferner Aussage Maercker, ebenda. Schiffer, ebenda, S. 54.

General v. Loßberg. Diesem Kommando unterstanden alle Truppen in der westlichen Reichshälfte. Wie schon am Vorabend des Putsches in Berlin stand auch in diesem Gespräch nicht das Bekenntnis zur legalen Regierung im Mittelpunkt, sondern der Wunsch, weitere Auseinandersetzungen, die der Reichswehr gefährlich werden konnten, zu vermeiden. Voller Sympathie für die Forderungen von Lüttwitz, suchten sie auf dieser Ebene einen Ausgleichsvorschlag. Nachdem Maercker durch Loßberg in seinem Vorhaben bestärkt worden war und ein Gespräch mit dem Gruppenkommando in Berlin eine weitere Zustimmung ergab, teilte er dem Reichspräsidenten brieflich sein Vorhaben mit, wobei er sich auf die Rücksprache mit der Befehlsstelle in Kassel bezog. Er fahre nach Berlin, um „die neue Regierung Kapp–Lüttwitz zu veranlassen, den verfassungsmäßigen Zustand wiederherzustellen". Als „unbedingte Voraussetzung" bezeichnete Maercker jedoch die Bildung einer neuen Koalitionsregierung auf breiterer Grundlage möglichst unter Beteiligung von Mitgliedern der neuen Regierung in Berlin, die baldige Abhaltung von Reichstagswahlen und die Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk. Am Schluß dieses Briefes versprach der General erstmalig seit dem Putsch, die Reichsverfassung zu achten[1]).

An eine Zustimmung Eberts und der Minister zu einer solchen Regierungsumbildung war indessen gar nicht zu denken. Wohl sahen sie bereits die Folgen einer längeren Dauer des Umsturzes in einem schärferen Licht, weshalb Ebert durch Zusicherung freien Geleites oder ähnliche Konzessionen an die Regierung Kapp–Lüttwitz eine schnellere Beendigung erreichen wollte. Die Ohnmacht gegenüber der Brigade, die gerade noch gelungene Flucht und die drohende Verhaftung durch Maercker waren zunächst nicht ohne Wirkung geblieben. Vor allem Ebert, Bauer und die sozialdemokratischen Minister befanden sich am Mittag des ersten Putschtages „großenteils in recht depressiver Stimmung". Ebenso zeigte sich die sächsische Regierung „sehr ängstlich und unsicher"[2]). Dieser Augenblick der Schwäche war jedoch bald überwunden. Reichsminister Koch ergriff sofort „die Zügel der Regierung" mit überlegener Aktivität[3]). Er stellte die Verbindung mit den Länderregierungen und preußischen Oberpräsidenten her, gab mehrere Interviews und bearbeitete die Nachrichtenagenturen, „immer unter Widerspruch und Zögern Bauers und Eberts"[4]). Noch am 13. abends vereinbarte er telefonisch mit dem Präsidenten Fehrenbach die Einberufung der Nationalversammlung nach Stuttgart. Bereits am Nachmittag hatte er die beruhigende Mitteilung machen können, daß sämtliche Länderregie-

---

[1]) Text des Briefes bei Brammer, Militärdiktatur, S. 13, und Verfassungsgrundlagen, S. 48. Anklageschrift, S. 121 f.

[2]) Nachlaß Koch 25, Tagebuch, S. 5, und Gessler, Reichswehr, S. 123. Siehe hierzu Dokument 32, Anhang S. 330.

[3]) Gessler, ebenda.

[4]) Nachlaß Koch 25, Tagebuch, S. 5.

rungen mit Ausnahme der verhafteten Regierung Preußens eine Treueerklärung abgegeben hätten[1]).

Nun war es die Aufgabe, das ganze Volk, besonders aber die Beamten und die Reichswehr an die Gehorsamspflicht zu mahnen, um alle Neigungen, Kapp zu unterstützen, im Keime zu ersticken. In einer ersten Anweisung wurde allen verantwortlichen Beamten der Reichshauptkasse und des Reichsfinanzministeriums die Erfüllung von Zahlungsanweisungen der neuen Regierung untersagt, widrigenfalls würden sie regreßpflichtig gemacht; diese Anweisung wurde genau befolgt[2]). Der Aufruf an das deutsche Volk betonte namentlich die Sinnlosigkeit des Unternehmens, das „in wenigen Tagen an seiner inneren Unmöglichkeit zusammenfallen" müsse, und die drohenden Folgen, das Versinken des Landes „in Nacht und Blut". Andererseits warnte der Aufruf im Gegensatz zu der Proklamierung des Generalstreiks durch die sozialdemokratischen Minister vor einer Unterbrechung des Wirtschaftslebens und des Verkehrs. Die Reichswehr erinnerte man an ihren geleisteten Eid und erbat ihre Unterstützung. „Durch das verbrecherische Vorgehen eines Häufleins reaktionärer politischer Abenteurer" sei die wirtschaftliche Gesundung erneut in Frage gestellt. Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung stehe hinter der neuen staatsrechtlichen Ordnung und selbst die Fraktionsführer der Rechtsparteien hätten noch am 9. März Gewaltmaßnahmen als Wahnsinn bezeichnet. Besonders in dem Beamtenaufruf stand der geleistete Eid im Mittelpunkt. Dabei hielt man es für nötig, auf die Situation vom 9. November 1918 einzugehen. Damals habe niemand seinen Eid gebrochen, vielmehr der Reichskanzler Prinz Max von Baden vor seiner Abdankung die Beamten aufgefordert, der neuen Regierung zu gehorchen. Wer die Usurpatoren in Berlin unterstütze, werde entlassen[3]).

Die Vereinbarung über die Einberufung der Nationalversammlung nach Stuttgart zeigt, daß die Regierung noch am Samstag die Weiterreise beschlossen hatte. Die Ursache hierfür war nicht allein das Mißtrauen gegenüber Maercker, sondern ebenso die mangelhafte Energie der sächsischen Regierung. Vor der Abfahrt nach Stuttgart gab Koch dem Vizekanzler Schiffer in Berlin brieflich einen außergewöhnlich optimistischen Lagebericht und erwähnte darin auch, daß sich die Regierung bei den Truppen Maerckers „in sicherer Hut" befinde[4]). Dagegen

[1]) Ebenda. Brammer, Militärdiktatur, S. 11 und 13. Das Telegramm Fehrenbachs im Europäischen Geschichtskalender, 36. Jg., 1920, S. 51, siehe auch S. 49.

[2]) Text bei Brammer, Militärdiktatur, S. 11.

[3]) Texte, ebenda, S. 12 ff.

[4]) Text im Nachlaß Schiffer 16, Anlage 15. Zu dem Beschluß der Regierung, nach Stuttgart auszuweichen, siehe den Bericht von Doehle, Nachlaß Schiffer 18, S. 206 f. Zu den Schutzversprechen Maerckers, siehe den Aufruf der sächsischen Regierung vom 14. 3., Deutscher Geschichtskalender, 36. Jg., 1920, 1. Bd., S. 180, und den Brief Maerckers an Ebert vom gleichen Tage, Anklageschrift, S. 122, und Brammer, Militärdiktatur, S. 13, siehe auch Nachlaß Koch 25, Tagebuch, S. 7, und Gessler, Reichswehr, S. 123. Geßler hegte im Gegensatz zu Koch noch ein gewisses Mißtrauen gegenüber Maercker. Die Wandlung Maerckers am 14. 3. betont Noske in seiner Aussage bei Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 52.

finden sich in dem Tagebuch Kochs scharfe Anklagen über die fehlende Unterstützung durch die sächsische Regierung, deren Verwaltungsapparat am Samstagmittag pünktlich alle Büros geschlossen hatte[1]). Demgegenüber hatte die württembergische Landesregierung Schutz und Hilfe zugesichert, besonders aber sich der dortige Wehrkreisbefehlshaber, Generalleutnant v. Bergmann, in einem Aufruf an seine Truppen sowohl zum Schutz der Reichs- und Landesregierung als auch der nach Stuttgart einberufenen Nationalversammlung verpflichtet[2]).

Obgleich die Minister in den Vermittlungsversuchen Maerckers und anderer Personen, in den Ministerangeboten an Koch und Geßler sowie in den Beteuerungen der Republikfreundlichkeit auf seiten der Putschisten ein Eingeständnis beginnender Schwäche sahen, lagen die innenpolitischen Fronten nicht so einfach, daß in Ruhe der Zusammenbruch des Unternehmens abgewartet werden konnte. Namentlich die sich abzeichnende Radikalisierung des politischen Widerstandes, die zugleich die legale Regierung gefährdete, erforderte ein aktives und überlegtes Vorgehen. Es bestand für die SPD die Möglichkeit, mit den schärfsten Mitteln, insbesondere dem Generalstreik, und in enger Verbindung mit den Unabhängigen gegen den Putsch vorzugehen. Doch die Unabhängigen verlangten die Absetzung der Regierung Bauer und ein Bekenntnis „zur sozialistischen Diktatur“[3]) und damit die Trennung von den bürgerlichen Koalitionsparteien und den loyalen Teilen der Reichswehr. So galt es, die demokratische Mitte und Mehrheit des Volkes zusammenzuhalten und gleichzeitig durch festes Auftreten gegenüber Kapp und Lüttwitz die Abwanderung erregter Sozialisten nach links zu verhindern. Unter keinen Umständen konnte die Regierung auf Verhandlungen mit den Kräften des Umsturzes eingehen. Für die nächsten Tage benötigte sie daher einen ruhigen Standort mit einer verläßlichen Truppe und eine Landesregierung, die jede denkbare moralische und technische Unterstützung gab. Dies war in Dresden nicht gegeben, wo der Minister Koch nicht einmal unter seinem richtigen Namen in einem Hotel zu schlafen wagte[4]).

---

[1]) Nachlaß Koch 25, Tagebuch, S. 5 und 7. Ähnlich Gessler, Reichswehr, S. 124 f. Es war nicht möglich, für die Autofahrt nach Stuttgart auch nur einen Liter Benzin zu beschaffen. Mit dem Restbestand aus Berlin gelangten die Minister bis kurz vor Chemnitz. Sie erreichten jedoch in Chemnitz den letzten D-Zug nach Nürnberg, bevor der Generalstreik einsetzte. Da in Bayern und den südwestdeutschen Ländern nur vereinzelt gestreikt wurde, bereitete die Fahrt von Nürnberg nach Stuttgart keine weiteren Schwierigkeiten. Siehe Koch, ebenda, S. 6 ff. Gessler, a.a.O., S. 124 f. Brecht, a.a.O., S. 304 f.

[2]) Brammer, Militärdiktatur, S. 38. Deutscher Geschichtskalender, 1920, Bd. 1, S. 202.

[3]) Siehe die Auseinandersetzungen zwischen Vertretern der SPD und USPD über einen gemeinsamen Streikaufruf in Kapitel IV, weiter unten S. 195 f.

[4]) Vgl. Nachlaß Koch 25, Tagebuch, S. 5 ff. und 10, sowie seinen Brief an Schiffer vom 14. 3., Nachlaß Schiffer 16, Anlage 15.

4. *Auswirkungen im Reichsgebiet und die Stellungnahme der Reichswehr*

Zweifellos erhielt die Reichsregierung die entschiedenste Unterstützung von den Ländern Württemberg, Baden und Hessen. Wenn im Südwesten des Reichsgebietes weder rechts- noch linksradikale Unruhen entstanden und auch die Reichswehr eine zuverlässige Stütze blieb, so war dies ein Hinweis auf die dort verhältnismäßig weite Verbreitung und historische Verwurzelung des demokratischen Gedankens. Hier konnten die Landesregierungen in Übereinstimmung mit der Bevölkerung und den Truppeneinheiten ein klares Bekenntnis zur Reichsregierung und Verfassung abgeben, wobei sie die Gegenrevolution schärfstens verurteilten und zum Widerstand aufriefen[1]).

Ebenfalls bekräftigte ein Aufruf in Bayern vom 13., der vom Ministerrat, allen Parteien, mit Ausnahme der Unabhängigen, und dem Befehlshaber des Gruppenkommandos 4, General v. Möhl, unterzeichnet war, die Treue zur Reichsverfassung[2]). Diese konsequente Stellungnahme wurde indessen nicht durchgehalten. Unter dem Druck der Zeitfreiwilligen-Verbände, der Freikorps, der Einwohnerwehren und beträchtlicher Teile der Reichswehr, die nun die Gelegenheit für den ersehnten politischen Umsturz in Bayern gekommen sahen, verlangte der Befehlshaber von der überwiegend sozialdemokratischen Regierung die Übergabe der vollziehenden Gewalt. Trotz der Weigerung des Ministerpräsidenten Hoffmann beugten sich die übrigen Minister, und am 14. März trat das Kabinett zurück. Am 14. und 15. war die Entwicklung in Bayern durchaus offen. Von einer klaren Stellungnahme für die Reichsregierung konnte keine Rede sein. Freikorps und Einwohnerwehren, aber auch Stabsoffiziere des Wehrkreises, wie Hauptmann Röhm, standen in dauernder Verbindung mit Berlin und machten aus ihrer Sympathie für den Umsturz keinen Hehl. Zwei Tage später bildete der Regierungspräsident von Oberbayern, Dr. Gustav v. Kahr, eine Regierung aus der Bayrischen Volkspartei, dem Bauernbund und der DDP. Damit war etwa das Ziel erreicht, das Lüttwitz mit seinen Offizieren erstrebt hatte. Die von Kapp und Lüttwitz erwartete politische Unterstützung durch die neue bayrische Regierung blieb dagegen aus. Ihnen wurde noch am gleichen Tage mitgeteilt, daß man nur „mit der gesetzmäßigen alten Reichsregierung" verhandele[3]). Wenn der Regierungswechsel allein in Bayern gelang, so lag das an politischen Voraussetzungen, die weder für das Reich insgesamt noch für die übrigen Länder gegeben waren. Die Regierung Hoffmann entsprach seit ihrem Bestehen nicht der Zusammensetzung des Parlaments. Dagegen konnte sich das unter militärischem Druck zustande gekommene Kabinett

[1]) Die Aufrufe der Regierungen im Deutschen Geschichtskalender, 1920, Bd. 1, S. 201 f., 212 f. und 218.

[2]) Der Text, ebenda, S. 156 f.

[3]) Text der Mitteilung in der Anklageschrift, S. 106. Zu den Ereignissen in München siehe die kurze Zusammenfassung, ebenda, S. 158.

Kahr auf eine starke Mehrheit im Landtag stützen, die durch die Landtagswahlen vom 6. Juni noch vergrößert wurde.

Unübersichtlich war die Lage in Mitteldeutschland. Wohl nahmen die einzelnen Regierungen der Länder und Provinzen gegen den Putsch Stellung, doch sie wurden nicht alle wie im Freistaat Sachsen von einer neutralen Reichswehr umgeben. In Sachsen-Weimar erklärte General Hagenberg im Auftrage Kapps die Regierung für abgesetzt. Der Oberpräsident der Provinz Sachsen in Magdeburg wurde durch die telegraphische Anweisung Jagows seines Postens enthoben[1]). Außerdem flammten gerade in den sächsisch-thüringischen Gebieten heftige linksradikale Unruhen auf, die mit Kapp auch die legale Regierung beseitigen wollten.

In den westlichen preußischen Provinzen kam es zu keiner Anerkennung des Umsturzes. Wohl unterstützte der Oberpräsident der Provinz Hessen unter dem Einfluß der Reichswehr die Forderung nach Neuwahlen und verhängte den verschärften Belagerungszustand. Nachdem er aber ein Bild über die drohende Entwicklung bekommen hatte, bezeichnete er es in einem Telegramm vom 14. März abends an Reichskommissar Severing als seine Aufgabe, dem „verderbendrohenden Unternehmen entgegenzutreten". Der Oberpräsident von Westfalen forderte die Bevölkerung am Morgen des gleichen Tages zum Schutz der verfassungsmäßigen Reichsregierung auf[2]). Das rasche Abgleiten des Generalstreiks in einen gewaltigen bewaffneten Aufstand radikalisierter Arbeiter führte freilich im Ruhrgebiet zu einer für Reichsregierung und Reichswehr gleich unangenehmen Entwicklung, worauf hier nicht weiter eingegangen wird[3]).

In Norddeutschland war das Bild sehr unterschiedlich. Oldenburg stellte sich einschließlich der DVP und der Truppen hinter die legale Regierung. Im Raum Hannover kam es zu verstärkter Aktivität und Loslösungsbestrebungen der Welfenpartei sowie zu örtlichen linksgerichteten Unruhen, die jedoch von dem loyalen Truppenbefehlshaber im Keime erstickt werden konnten[4]). Mit Unterstützung der Sipo und Einwohnerwehr setzte sich der regierungstreue Senat der Hansestadt Hamburg gegenüber dem Reichswehrkommando durch, dessen

---

[1]) Siehe den Aufruf der sächsischen Regierung vom 14. 3., Deutscher Geschichtskalender, 1920, 1. Bd., S. 180; zu Sachsen-Weimar, ebenda, S. 221; zur Provinz Sachsen, Anklageschrift, S. 82.

[2]) Nach Scheidemann, Memoiren, Bd. 2, S. 393 f., und Severing, Im Wetter- und Watterwinkel, S. 140 f. (Zitat). Zu Westfalen, ebenda, S. 134 f.

[3]) Zu den politischen und sozialen Voraussetzungen dieser plötzlich auftretenden und zunächst fast die gesamte Arbeiterschaft ergreifenden revolutionären Welle siehe Oertzen, Die großen Streiks, a.a.O., S. 231 ff., und Colm, Ruhraufstand. Zum Aufstand selbst siehe Colm, ebenda, und Spethmann, Die Rote Armee. Zu diesem Thema ist schon vor mehreren Jahren eine umfangreiche Untersuchung angefertigt worden von Wolfgang Colden.

[4]) Siehe die Rede des Ministerpräsidenten vom 14. 3. im Oldenburgischen Landtag, Deutscher Geschichtskalender, 1920, Bd. 1, S. 220. Ferner Nachkriegskämpfe, Bd. VI, S. 176 f. Gordon, Reichswehr, S. 141.

Führung zu Kapp übergetreten war[1]). In Schleswig-Holstein kam es dagegen zur Absetzung des Oberpräsidenten und in Mecklenburg-Schwerin zur Verhaftung der Regierung. Mit der Neubildung der mecklenburgischen Regierung beauftragte Kapp den Deutschnationalen Dr. Wendhausen. Ein weiterer Erfolg war mit diesen Bemühungen indessen nicht verbunden, vielmehr führte die Übernahme der vollziehenden Gewalt durch den Kommandeur der Reichswehrbrigade 9, General v. Lettow-Vorbeck, bis zum Ende des Putsches zu Kämpfen mit bewaffneten Landarbeitern und Arbeitern der Städte Neustrelitz, Wismar und Rostock[2]).

In Pommern erfolgte sofort der Übertritt des Wehrkreiskommandos zur Regierung Kapp und die Absetzung des bisherigen Oberpräsidenten. Es kam jedoch auch hier zu Kämpfen mit starken bewaffneten Verbänden sozialistischer und kommunistischer Arbeiter, die von mehreren Landräten bei der Aufstellung und Bewaffnung unterstützt wurden[3]). Günstig war die Lage für Kapp nur in Ostpreußen und Schlesien. Am Abend des 13. März unterstellten sich in Ostpreußen der Wehrkreiskommandeur und der sozialdemokratische Oberpräsident Winnig der neuen Regierung. Die außergewöhnliche Entscheidung Winnigs hatte mehrere Gründe. Erstens sah er seit dem gescheiterten Baltikum-Unternehmen eine zunehmende bolschewistische Bedrohung, die ihm parteipolitische Gegensätze unwichtig erscheinen ließ. Zweitens sollte die bevorstehende Volksabstimmung in Ostpreußen nicht durch innere Kämpfe gefährdet werden. Drittens glaubte er infolge der mangelhaften Unterrichtung, daß sich Kapp im Reich bereits durchgesetzt habe, und hielt es angesichts des auf der Seite von Lüttwitz stehenden Truppenbefehlshabers für richtiger, sich den Tatsachen zu unterwerfen und die Bevölkerung zur Ruhe zu ermahnen. Immerhin blieb Ostpreußen eines der ganz wenigen Reichsgebiete, in denen der Putsch keinerlei Unruhen oder Kämpfe hervorgerufen hat[4]). In Breslau wurde nicht nur der Oberpräsident mit mehreren hohen Beamten, sondern auch der kommandierende General abgesetzt. Der deutschnationale Abgeordnete v. Kessel übernahm die Zivilgewalt, General v. Schmettow den Befehl über die Truppen, unter denen sich mehrere starke Freikorps befanden, die aufflackernden Widerstand rasch niederschlugen[5]). Schon bald mußten die Anhänger Kapps aber auch in Breslau feststellen, wie wenig die Ersetzung des Oberpräsidenten und einiger Beamter bei einer innenpolitischen Umwälzung bedeutet. Da Verhaftungen und Zeitungsverbote unter-

[1]) Deutscher Geschichtskalender, 1920, 1. Bd., S. 233.

[2]) Siehe Brammer, Militärdiktatur, S. 38; Nachkriegskämpfe, Bd. VI, S. 160 ff.; Europäischer Geschichtskalender, 1920, 1. Teil, S. 50, und Anklageschrift, S. 108.

[3]) Anklageschrift, S. 83, und Nachkriegskämpfe, ebenda, S. 154 ff.

[4]) Der Aufruf bei Brammer, Militärdiktatur, S. 43. Zu Winnig siehe sein Buch Heimkehr, S. 293 ff. Allgemein zu den Verhältnissen in Ostpreußen, Rudolf Klatt, Ostpreußen 1919/20 im Spiegel der Verwaltungsbehörden.

[5]) Europäischer Geschichtskalender, 1920, 1. Teil, S. 50, und Krüger, Diktatur oder Volksherrschaft, S. 36.

blieben waren, warnten schon die nächsten Ausgaben der meisten Zeitungen ihre Leser, den Putsch in irgendeiner Form zu unterstützen und kündigten den nahen Zusammenbruch an. Am zweiten Tage bewegten sich bereits große Menschenmengen durch die Straßen der Stadt und zeigten offen ihre Ablehnung. Die für die Besetzung der führenden Verwaltungsstellen ausersehenen Personen dagegen „ließen die ihnen zugegangenen telegraphischen Aufforderungen entweder unbeantwortet oder baten um Aufschub zur vorgängigen Regelung ihrer persönlichen Angelegenheiten“[1]).

Bei einem allgemeinen Überblick ergab sich im Reich folgende Lage: In Ost- und Nordostdeutschland hatte Kapp die militärische und zivile Führung in der Hand, den zu ihm übergetretenen Reichswehrverbänden gelang es jedoch nicht, die bewaffneten Widerstandsgruppen in Pommern und Mecklenburg niederzukämpfen. Nordwest- und vor allem Südwestdeutschland standen hinter der legalen Regierung. Einen Mittelweg ging Bayern, wo die Regierung gestürzt wurde, aber kein Anschluß an die Regierung Kapp erfolgte. In den mitteldeutschen Ländern und Provinzen rangen Kapp-Truppen, linksradikale Gruppen und Anhänger der legalen Regierung um eine Entscheidung. Vor allem im Ruhrgebiet war es der KPD und USPD gelungen, einen Teil der Arbeiterschaft durch den Kampf gegen die Regierung Kapp für eine neue revolutionäre Bewegung zu begeistern, die durch die Erzwingung des Rätesystems in Politik und Wirtschaft jede „reaktionäre“ Bedrohung endgültig beenden sollte[2]). Die Aufforderung Kapps an die Länderregierungen, Bevollmächtigte zu Verhandlungen über die Wiederherstellung der Souveränität der Bundesstaaten zu entsenden, wurde von keiner Seite befolgt[3]).

Im folgenden soll eine kurze Zusammenfassung der unterschiedlichen Stellungnahme der militärischen Befehlsstellen gegeben werden.

Von einem gleichen Verhalten der Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften gegenüber dem Staatsstreich kann weder im positiven noch negativen Sinne gesprochen werden. Obgleich der größere Teil der Reichswehr den Umsturzversuch wegen des geleisteten Eides und der politischen Auswirkungen ablehnte, kam es gleichwohl in vielen Fällen zur Unterstützung der Kapp-Regierung und in noch höherem Maße zu anfänglichem Schwanken und Ausweichen auf eine neutrale Ebene. Persönliche Einstellung der Kommandeure, Rücksichten auf die Stimmung der Mannschaften, fehlende oder widersprechende Unterrichtung und Festhalten am militärischen Gehorsam waren einige der vielen Faktoren, die die Truppe aus der einfachen Alternative von Treue und Untreue heraus-

[1]) Nach Freytagh-Loringhoven, Briefe, S. 57.

[2]) Siehe hierzu das Buch von Colm.

[3]) Die Texte der Telegramme an Bayern, Hessen, Württemberg und Baden sowie die negativen Antworten von Bayern und Baden bei Brammer, Militärdiktatur, S. 45, und in der Anklageschrift, S. 106—108.

drängten. Stellte sich ein Kommandeur auf die Seite Kapps, so gerieten die Untergebenen sogleich in den Konflikt zwischen Eidespflicht und Truppendisziplin. Selbst die Reichsregierung hatte ja erwogen, die Reichswehr von der Eidespflicht zu entbinden, um ihr diesen Konflikt zu ersparen und sie damit aus den politischen Auseinandersetzungen herauszuhalten[1]).

Außerhalb Berlins wurden die Kommandeure von den Ereignissen völlig überrascht. Das betraf auch Truppen, mit deren Unterstützung die Regierung Kapp sicher rechnen konnte[2]). Die Unsicherheit und Verwirrung kam in einer Flut von Anrufen an das Reichswehrministerium zum Ausdruck. „Die Truppe wußte überhaupt nicht, wer zu befehlen hatte und was beabsichtigt sei[3])." Die fehlende Orientierung über das Schicksal der Reichsregierung und des Reichspräsidenten sowie das Ausbleiben von Anweisungen Noskes förderten am ersten Putschtage die Neigung, zunächst eine abwartende Position einzunehmen und sich auf die Erhaltung von Ruhe und Ordnung zu beschränken[4]). Einig war sich das gesamte Offizierkorps in der Ablehnung des Generalstreiks. Nach den bestehenden Anweisungen der Regierung hatte die Truppe jeden Streik in lebenswichtigen Betrieben zu verhindern. Nun sah sie die Unterschriften Eberts, Bauers und Noskes unter dem Aufruf und sollte mit den Streikenden gegen den angesehenen Befehlshaber vorgehen. Diese Stellungnahme gegen Lüttwitz fiel um so schwerer, als die bisherige Regierung von den meisten Offizieren abgelehnt wurde. In ihren Augen konnte der Generalstreik nur zu wirtschaftlichem Chaos führen. Es ließ sich auch nicht leugnen, daß die an der Spitze der bisherigen Streikbewegungen stehenden Unabhängigen und Kommunisten keineswegs die bestehende Verfassung verteidigen wollten. Aus solchen Gründen verlangten

[1]) Diese Fragen hat bereits Gordon in seinem Buch über die Reichswehr, S. 133 ff., ausführlich behandelt, auf das ich mich daher gestützt habe. Allerdings lassen einige neue Quellen eine größere Neigung zum Abwarten oder zur Neutralität in der Reichswehr erkennen, als dies bei Gordon schon hervortritt. Zum Beispiel gilt dies für das Reichswehrgruppenkommando 2 in Kassel.

[2]) Ein Bataillon der Eisernen Division hatte noch am 13. früh die Waffen abgegeben und erfuhr auf dem Rückmarsch ins Quartier von dem Putsch und der von Lüttwitz angeordneten Neuaufstellung der Division. Bischoff, Die letzte Front, S. 245.

[3]) Heye in einem Brief an Rabenau vom 27. 3. 1940, Nachlaß Seeckt, Stück 290. Oberst Hasse gibt vornehmlich Seeckt die Schuld: „Seeckt hat eine schlechte Rolle gespielt. Man warf ihm vor, er habe die Garnisonen im Lande nicht orientiert. Die wußten alle nicht woran sie waren." Bemerkungen zu Rabenaus Manuskript, Seeckt-Nachlaß, Stück 286. Ebenso vermerkt Hülsen: „Sehr bedauerlich war das Verhalten der im Wehrministerium sitzenden Leute . . . Seeckt war ein alter guter Bekannter von mir, es wäre seine und Reinhardts Pflicht gewesen, uns zu warnen, uns zu beeinflussen. Aber nichts geschah. Seeckt meldete sich krank und ließ die Sache laufen." Hülsen-Manuskript, S. 6 (für Reinhardt dürfte dieser Vorwurf nicht zutreffen, siehe unten S. 182. Siehe auch den Brief des Generals v. Lequis an Noske vom 22. 4. 1920, Noske, Erlebtes, S. 172. Andererseits hatte Lüttwitz einen Staatsstreich in dieser Form mit den untergebenen Truppenkommandeuren nicht vorher besprochen; siehe die Bemerkungen von Oberst Bauer zu seiner Broschüre, Nachlaß Bauer 29.

[4]) Siehe den Brief des Admirals Michelsen an Noske, Erlebtes, S. 167 f., und die Aussage des Admirals v. Trotha in der Anklageschrift, S. 62 f.

einige Befehlshaber von der legalen Regierung eine Ablehnung des Generalstreiks, bevor sie sich zu ihr bekannten[1]).

Wie schon in den Monaten vor dem Unternehmen trafen Lüttwitz und Kapp bei den Offizieren des Reichswehrministeriums und besonders bei den Generalstabsoffizieren unter Seeckts Führung auf die deutlichste Ablehnung, „sie standen mit wenigen Ausnahmen der Bewegung feindlich gegenüber“[2]). Der Chef der Heeresleitung, General Reinhardt, gab nach einem vergeblichen Versuch, General v. Hülsen in Potsdam von einem Übertritt zu Lüttwitz abzuhalten, seinen Ämterchefs klare Weisungen für ihr weiteres Verhalten. Am Mittag des 13. März wurde Reinhardt in seiner Wohnung für kurze Zeit unter Hausarrest gestellt[3]). Seeckt hatte die politischen Bestrebungen in der Reichswehr „seit Monaten scharf bekämpft“, weil er sie für „unzeitgemäß“ hielt[4]). Er erwartete daher nach dem Einmarsch der Brigade seine sofortige Entlassung. Aber auch bei erneuter Durchsetzung der legalen Regierung mußte Seeckt wegen seiner Ablehnung des militärischen Widerstandes mit seiner Verabschiedung rechnen. Ob er sein an diesem Morgen verfaßtes Rücktrittsgesuch eingereicht hat, ist freilich nicht zu belegen[5]). Während der Putschtage beauftragte er Oberst Heye mit seiner Vertretung, betrachtete sich aber durchaus als im Dienst befindlich, empfing eine Vielzahl von Offizieren, gab dem Vizekanzler noch am 13. eine Treueerklärung, ließ sich von Heye regelmäßig Bericht geben und stärkte den militärischen Widerstand gegen Kapp und Lüttwitz, wo immer er konnte. Am 14. März hielt Seeckt den Putsch bereits für ein aussichtsloses Unternehmen, das einem schnellen Ende entgegenginge[6]). Die maßgebenden Offiziere und

[1]) Siehe den Brief des Generals v. Schoeler vom 18. 3. an Noske, Erlebtes, S. 170 f. Das entsprechende Verlangen des Generals v. Watter und des Gruppenkommandos 2 im Tagebuch des Offiziers vom Dienst (O.v.D.), S. 44 und 47, Nachlaß Schleicher 16. Siehe unten S. 194 f.

[2]) Nach Hülsen-Manuskript, S. 3. Siehe auch Lüttwitz, Im Kampf, S. 123, und das Dokument 35, Anhang S. 332 f.

[3]) Nach der Abschiedsrede Reinhardts vom 29. 3. 1920, S. 4 f., Nachlaß Reinhardt, Nr. 19, und seine Aussage im Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Nr. 1462681 f. Siehe besonders die Erinnerungen des Majors Fleck im Nachlaß Geßler 46.

[4]) Seeckt in einem Brief an seine Schwester vom 13. 3., Nachlaß Seeckt, Stück 67; abgedruckt auch bei Rabenau, Seeckt, S. 223. Siehe ferner die Erinnerungen des Generalleutnants Fischer, S. 26 f., Nachlaß Seeckt, Stück 202.

[5]) In einem Brief an seine Schwester vom 13. 3. ist bereits von einem Verlassen Berlins die Rede, ebenda. Ähnlich auch die Äußerung an seine Gattin, Rabenau, Seeckt, S. 223. Zu Seeckts Rücktritt vgl. Alma Luckau, Kapp-Putsch — Success or Failure? a.a.O., S. 396 f., und Gordon. Reichswehr, S. 122 f. Nach Schiffer, Nachlaß 16, S. 30, hat Seeckt am 13. früh Urlaub genommen. Der Entwurf eines Abschiedsgesuchs im Nachlaß Seeckt, Stück 6. Oberst Heye berichtet später an Seeckts Biograph: „Ich bin der Ansicht, daß Seeckt das Abschiedsgesuch nur beabsichtigt und im Entwurf aufgesetzt hat.“ Nachlaß Seeckt, Karton 19, Stück 290.

[6]) Brief Heyes an Rabenau vom 27. 3. 1940, Nachlaß Seeckt, Stück 290. Erinnerungen des Generalleutnants Fischer, S. 27, Seeckt-Nachlaß, Stück 202. Siehe auch den von Seeckt rekonstruierten Terminkalender in seinem Nachlaß, Stück 143; Rabenau, Seeckt, S. 224, und den Brief Schiffers an Gordon vom 1. 11. 1950, bei Gordon, Reichswehr, S. 421. Lüttwitz bezeichnet Seeckt in seinen Memoiren als „die Seele des militärischen Widerstandes“ gegen das Unternehmen, Im Kampf, S. 122.

Beamten des Reichswehrministeriums und besonders des Truppenamtes zogen sich in ihre Wohnungen zurück oder verrichteten ihren Dienst in Zivil. Nur wenige, die sich zurückgezogen hatten, taten es aus Motiven, die General Reinhardt seinem „Nachfolger", General v. Wrisberg, schrieb: „Ich lehne die Mitarbeit mit Männern ab, die entgegen dem von ihnen geleisteten Verfassungseid die rechtmäßige Regierung vergewaltigt haben." Zugleich bat er darum, die Offiziere und Beamten seines Dienstbereiches über die Lage offen zu unterrichten, „damit sie nicht auf Grund unvollkommener Nachrichten falsche Entschlüsse fassen"[1]).

Als Lüttwitz am Samstagabend den Offizieren des Truppenamtes seine Beweggründe darlegte, antwortete ihm Oberst Heye, daß sie allen Offizieren verständlich seien, doch könnten sie nur Seeckt als ihren Vorgesetzten anerkennen und auch nicht an einen Erfolg glauben. In seinen Memoiren vermerkt Heye zu seiner Haltung gegenüber Lüttwitz: „So verständlich der Grundgedanke des Putsches war, die Zeit für eine nationale Erhebung war noch nicht gekommen; ... Meine Rolle im Kapp-Putsch, die ich in Vertretung der Generale Reinhardt und Seeckt, die sich schon am 13. März 1920 zurückgezogen hatten, übernahm, war mir sehr unangenehm, denn was Lüttwitz als endgültiges Ziel erstrebte, war auch mein Herzenswunsch[2])." Die Ernennungen des Grafen v. der Goltz zum Nachfolger Seeckts und des Generals v. Wrisberg zum Chef der Heeresleitung wurden ignoriert[3]). Genauer unterrichtet sind wir über Vorgänge im Ausrüstungsamt, einer der Hauptabteilungen im Reichswehrministerium, das unter Leitung von Oberst v. Feldmann stand. Dieser gab den Offizieren seines Amtes am 13. mittags um 13 Uhr einen ausführlichen Bericht über die Entwicklung der letzten Tage. Er erklärte auch, daß die Regierung nicht zurückgetreten und nur ihr Aufenthalt unbekannt sei. Der Grundtenor in seiner Ansprache dürfte die Auffassung der Mehrheit der Offiziere im Reichswehrministerium wiedergeben. Oberst v. Feldmann verhehlte nicht, daß er eine Rechtsregierung wünschte, aber er war der Meinung, ein Putsch könne die augenblickliche günstige Entwicklung nur gefährden[4]).

Da die große Mehrheit dieser nun einmal ausgebrochenen Aktion, von der sie sich zugleich distanzierte, wenigstens einen begrenzten Erfolg wünschte, legte sie großen Wert auf Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen. Am 15. März einigten sich die Abteilungen im Reichswehrministerium auf eine Resolution, die von dem dienstältesten Offizier, General v. Eisenhart-Rothe,

[1]) Siehe Ernst, a.a.O., S. 104, ferner den Brief Heyes an Rabenau, ebenda, und die Aussage des Majors v. Stockhausen, Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Nr. 1462665.

[2]) Lebenserinnerungen, S. 548 f., Nachlaß Heye, H 08—18/4.

[3]) Brief Heyes, Nachlaß Seeckt, Stück 290, und Hülsen-Manuskript, S. 3. Siehe Dokument 35 im Anhang S. 332 f.

[4]) Im Nachlaß Mentzel Nr. 9. Wegen seiner Bedeutung siehe den letzten Teil der Rede Oberst v. Feldmanns wörtlich im Dokument 34, im Anhang S. 331 f.

am gleichen Tage abends Lüttwitz vorgetragen wurde. Sie hatte folgenden Wortlaut: „1. Das Offizierkorps und die Beamten sowie die Angestellten des Reichswehrministeriums stehen den Ereignissen fern. 2. Da ihnen bekannt ist, daß Einigungsverhandlungen zwischen Generallandschaftsdirektor Kapp und der alten Regierung im Gange sind, sind sie bereit, zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ihren Dienst vorläufig weiterzutun. Voraussetzung hierfür ist, daß die Verhandlungen zur Bildung einer Regierung führen, die von dem Vertrauen der Mehrheit des Volks getragen ist, und daß Rücksichten auf die Person der zur Zeit an der Macht befindlichen Persönlichkeiten zurückgestellt werden[1])." Dem Truppenamt, das Seeckt unterstand, waren die Formulierungen nicht scharf genug. Der zunächst verlangte Rücktritt von Lüttwitz wurde jedoch mit Rücksicht auf dessen starken Anhang in der Truppe nicht in die Resolution aufgenommen. Eine Befehlsgewalt von Lüttwitz über das Reichswehrministerium wurde jedoch nicht anerkannt. Am 16. März wurde Kapp die gleiche Resolution vorgetragen. Die Übergabe dieser Erklärung hatte nach Pabst auf Kapp eine sehr entmutigende Wirkung.

Mit den Generalstabsoffizieren Oldershausen und Hammerstein entließ Lüttwitz den Berliner Wehrkreisbefehlshaber, General v. Oven. Da dieser jedoch versicherte, nur äußerlich gegen das Unternehmen eingetreten zu sein, wurde er wieder eingestellt. Am 17. sprach sich Oven an der Spitze einer Offiziersabordnung für den Rücktritt von Lüttwitz aus, was seine Dienstenthebung nach dem Putsch allerdings nicht mehr verhinderte[2]). Trotz eindringlicher Warnungen Reinhardts unterstellte sich General Bernhard v. Hülsen sofort Lüttwitz. Aber er war mit Erfolg bemüht, die übrigen Offiziere seiner Brigade aus allen Konflikten herauszuhalten, indem er jede Stellungnahme verbot und mehrfach betonte, daß sie nur seinen Befehlen zu gehorchen hätten[3]). In gleicher Weise traten die Befehlshaber der Wehrkreise I, General v. Estorff (Ostpreußen), und II, General v. Bernuth (Pommern, Mecklenburg, Schleswig-Holstein), und die Kommandeure der Brigaden 16, General v. Lettow-Vorbeck (Schwerin), und 9, General Hagenberg (Weimar), auf die Seite der Kapp-Regierung. Die Generale v. Lettow-Vorbeck und Hagenberg übernahmen nicht nur die vollziehende Gewalt, sondern erklärten auch die Regierungen in Schwerin und Strelitz sowie in Weimar für abgesetzt[4]). Der Garnisonälteste von Hamburg, Oberst v. Wangenheim, schloß sich ebenfalls sofort dem Unternehmen an, mußte jedoch vor dem Widerstand des Senates, der Einwohnerwehr und der Mehrheit der Sicherheits-

[1]) Nachlaß Mentzel Nr. 9.

[2]) Lüttwitz, Im Kampf, S. 122. Aussage Hammerstein, Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Nr. 1462662. Gordon, a.a.O., S. 122.

[3]) Hülsen-Manuskript, S. 2 f. Abschiedsrede Reinhardts, S. 4 f., Nachlaß Reinhardt, Nr. 19. Gordon, a.a.O., S. 138 f.

[4]) Die Aufrufe von General Hagenberg und General v. Lettow-Vorbeck bei Brammer, Militärdiktatur, S. 38. Siehe ferner Deutscher Geschichtskalender, 1920, Bd. 1, S. 219 und 221. Europäischer Geschichtskalender, 1920, 1. Teil, S. 50. Anklageschrift, S. 108, Gordon, a.a.O., S. 139.

polizei zurückweichen[1]). In Breslau wurde der wenig putschfreudige General v. Friedeburg mit Unterstützung der dort stationierten Freikorps durch General v. Schmettow ersetzt. Der Chef des Generalstabes der Befehlsstelle Breslau, Major Hesterberg, wurde durch Angehörige der Marinebrigade Loewenfeld wegen politischer Unzuverlässigkeit am 13. März verhaftet. Im Raum Breslau kam es sowohl zu radikalen Vorstößen der Kapp-freundlichen Freikorps als auch zu Befehlsverweigerungen und Auflehnung von Unteroffizieren und Mannschaften gegen Offiziere, die sich nicht zur Regierung Bauer bekannten[2]).

Das Reichswehrgruppenkommando 2 in Kassel entsprach mit der Verhängung des verschärften Belagerungszustandes für den Raum Kassel zunächst den Wünschen der neuen Regierung. Auch erging eine Mitteilung, daß sich in Berlin ein Regierungswechsel „ohne Blutvergießen in größter Ordnung" vollzogen habe[3]). Aber der Befehlshaber, General v. Schoeler und sein Stabschef, General v. Loßberg, vermieden eine Anerkennung der neuen Regierung und verweigerten die Annahme von Befehlen aus Berlin. Trotz Ludendorffs eindringlicher Mahnungen waren sie nur zu einer neutralen Stellungnahme, zur Aufrechterhaltung von „Ruhe und Ordnung", bereit. In dem regen Telegrammverkehr zwischen Schoeler und Lüttwitz mußte sich letzterer sagen lassen, daß kein Anlaß bestanden habe, gegen die Regierung vorzugehen, denn sie habe die Verfassung nicht verletzt, der Putsch werde nur neue linksradikale Aufstände auslösen[4]). Ebensowenig gelang es jedoch einer Abordnung der Mehrheitsparteien am 13., von den Generalen ein Treuebekenntnis zur legalen Regierung zu erlangen. Statt dessen gaben sie ihre neutrale und abwartende Haltung offen zu[5]). Sie wünschten eine möglichst rasche Beendigung des Dualismus durch eine Verständigung zwischen beiden Regierungen auf der Basis einer Übergangsregierung und baldige Neuwahlen. Nachdem Ebert und Noske sich von dem Generalstreik distanziert hatten, stellte sich das Truppenkommando am 15. auf die Seite der verfassungsmäßigen Regierung und verpflichtete am 16. die unterstellten Truppen, dieses Kabinett zu schützen[6]). Freilich war die Niederlage des Putsches am 15. und 16. vorauszusehen, doch ist die Wendung zur legalen Regierung bereits am 14. erfolgt, als die Generale mit Ebert und Noske telefonische Verbindung bekamen[7]). Die Bemühungen, sowohl Lüttwitz als auch die Reichsregierung in Stuttgart zu einer Verständigung zu bewegen, liefen in-

[1]) Deutscher Geschichtskalender, 1920, 1. Bd., S. 233, und Gordon, a.a.O., S. 141.

[2]) Europäischer Geschichtskalender, 1920, 1. Teil, S. 50. Vgl. hierzu Löbe, a.a.O., S. 98.

[3]) Nach Scheidemann, Memoiren, Bd. 2, S. 395.

[4]) Lüttwitz, Im Kampf, S. 123. Volkmann, Revolution, S. 373 f.

[5]) Bericht des Kasseler DDP-Vorstandes vom 24. 3., Akten der Reichskanzlei, Mikrofilm, Nr. K 536891; ein Auszug im Dokument 36, Anhang, S. 333 f.

[6]) Bericht des Kasseler DDP-Vorstandes, ebenda, Nr. K 536891. Eintragung des O.v.D. am 16. 3., Nachlaß Schleicher 16, S. 44. Noske, Erlebtes, S. 170 f.

[7]) Siehe den Aufruf des Oberpräsidenten Dr. Schwander, Severing, Im Wetter- und Watterwinkel, S. 141.

dessen weiter. Der Nachrichtendienst des Reichswehrministeriums meldete am 16. März vormittags: „Die Reichswehrgruppenkommandos 2 und 4 ... stehen in Verbindung mit der alten Regierung Ebert–Bauer in Stuttgart und üben ihren ganzen Einfluß in der Richtung aus, die begonnenen Verhandlungen mit größter Beschleunigung zu einem für das ganze Volk zufriedenstellenden Ergebnis zu bringen[1])." Dabei versuchte Loßberg erneut, in einem Telefongespräch Noske zu überreden, an die Spitze einer Militärdiktatur zu treten, um der nach seiner Ansicht drohenden Räterepublik eine geschlossene Reichswehr entgegensetzen zu können[2]).

General v. Watter, Befehlshaber des Wehrkreises VI in Münster, begrüßte innerlich den Regierungswechsel, vermied jedoch ebenfalls eine Anerkennung der Kapp-Regierung wie ein Bekenntnis zur Regierung Bauer. Noch am zweiten Putschtage weigerte er sich, mit dem Oberpräsidenten von Westfalen und dem Reichskommissar Severing ein Treuebekenntnis für die alte Regierung zu unterzeichnen und gab dieses auch am Abend nicht gegenüber sozialistischen Arbeitervertretern ab[3]). Er bezog sich statt dessen in seinem ersten Befehl nur auf die Erhaltung von Ruhe und Ordnung. Nach der Festigung der Reichsregierung in Stuttgart erfragte Watter zuerst die Stellungnahme Noskes zum Generalstreik. Als Noske für sich und die Regierung den Generalstreik ablehnte, bekannte er sich schließlich am 16. zur Unterstützung der Reichsregierung[4]). Auch bei einem sofortigen Treuebekenntnis des Generals wäre das Ruhrgebiet von den folgenden Unruhen kaum verschont geblieben, aber seine schwankende Haltung und die offen gezeigte Zustimmung einzelner ihm unterstellter Truppenteile für Kapp hat den Verlauf der Ruhrkämpfe sicher erheblich verschärft[5]).

In München konnte General v. Möhl seiner ersten Erklärung für die legale Regierung unter dem Druck militärischer und halbmilitärischer Verbände nicht konsequent folgen. Er hat sich zwar zu keiner Zeit der Regierung Kapp zur Verfügung gestellt, aber auch erst am 3. Tage mit Noske Verbindung aufgenommen. Am 16. März gab er ein erneutes Bekenntnis zur Reichsregierung in Stuttgart ab, allerdings mit der Einschränkung, er werde keine Truppen gegen Lüttwitz in Marsch setzen[6]). Unmittelbar nach dem Putsch wies der General mit scharfen

[1]) Nachlaß Mentzel Nr. 9.

[2]) Nach der Eintragung des O.v.D. vom 16. 3., Nachlaß Schleicher 16, S. 47 f. Siehe auch Volkmann, a.a.O., S. 374.

[3]) Siehe Nachlaß Koch 25, Tagebuch, S. 8; Severing, Im Wetter- und Watterwinkel, S. 132 f., 134 und 136 f.; Spethmann, Die Rote Armee, S. 34 f., und Gordon, a.a.O., S. 140 f.

[4]) Eintragung des O.v.D. vom 16. 3., Nachlaß Schleicher 16, S. 47. Watters Aufruf bei Spethmann, a.a.O., S. 42.

[5]) Vgl. Severing, a.a.O., S. 138 und 143 f.

[6]) Schwend, Bayern zwischen Monarchie und Diktatur, S. 146 f. Waite, Vanguard, S. 158 f.; Gordon, Reichswehr, S. 139; Volkmann, Revolution, S. 375. Eintragung des O.v.D. am 16. und 17. 3., Nachlaß Schleicher 16, S. 45 und 53. Röhm, Geschichte eines Hochverräters, S. 117. Brief von Möhl an Seeckt vom 11. 4. 1920, Nachlaß Seeckt, Karton 13, Nr. 24. Gordon, a.a.O., S. 139 f.

Worten den Vorwurf zurück, er habe das Berliner Unternehmen im Stich gelassen. Möhl erklärte, dem Unternehmen habe „jede gesetzliche Grundlage" gefehlt, ihm sei zugemutet worden, sich einem Manne unterzuordnen, den er weder gekannt noch dessen Ziele er gewußt und der es nicht für nötig gehalten habe, vorher mit ihm in Verbindung zu treten[1]).

Im Südwesten des Reiches stellten sich der Kommandeur des Wehrkreises V (Stuttgart), General v. Bergmann, der Landeskommandant von Baden, General v. Davans, sowie der Kommandeur der Reichswehrbrigade in Württemberg, General Haas, hinter die Reichsregierung. Bei einer Abstimmung, die General Haas unter seinen Offizieren vornahm, erklärten sich zwar nur zwei für die legale Regierung, doch bei der eindeutigen Stellungnahme der Mannschaften gegen den Umsturzversuch unterblieb jede Unterstützung der Regierung Kapp[2]). General Bergmann verpflichtete sich am 14. März in einem gemeinsamen Aufruf mit dem württembergischen Staatspräsidenten zum Schutz der nach Stuttgart einberufenen Nationalversammlung. Die Truppen der Brigade 13 wurden in einem gesonderten Befehl an ihren Eid gemahnt und zur Unterstützung der Reichs- und Landesregierung sowie der Nationalversammlung verpflichtet[3]).

Die nachhaltigsten Folgen des Putsches im militärischen Bereich zeigten sich in der Reichsmarine, denn dort verschärften sich die Auseinandersetzungen durch bestehende Gegensätze zwischen den Offizieren einerseits sowie den Deckoffizieren, Unteroffizieren und Mannschaften andererseits. Hier gab es keine Spaltung nach Garnisonen, sondern mehr eine nach dem Dienstgrad. Der Chef der Admiralität, Vizeadmiral v. Trotha, erließ nach einer Besprechung mit Lüttwitz und einer Beratung mit seinen Ämterchefs ein Telegramm an die Marinestationen, in dem er sich mit der Reichsmarine der Kapp-Regierung unterstellte[4]). Es scheint jedoch, daß er durch falsche Unterrichtung diesen Schritt vorschnell vollzog. Sein damaliger Adjutant, der spätere Großadmiral v. Raeder, behauptet: „Am Morgen des Putsches wurde Vizeadmiral v. Trotha zu General v. Lüttwitz gerufen, der ihm mitteilte, die Regierung sei nach Süddeutschland geflohen, der Reichspräsident Ebert befinde sich aber in Berlin und werde eine neue Regierung ernennen." Trotha habe dies geglaubt und danach in Übereinstimmung mit seinen Mitarbeitern den Entschluß gefaßt, sich der neuen Regierung „zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zur Ver-

[1]) Möhl in einer Verfügung vom 18. 3. 1920 an die Offiziere seines Befehlsbereichs, Noske, Erlebtes, S. 173.

[2]) Die Abstimmung erwähnt Wilhelm Blos, Der Kapp-Putsch, a.a.O., S. 183 f. Siehe ferner: Deutscher Geschichtskalender, 1920, Bd. 1, S. 202, 212 und 218, sowie den Bericht des Regierungsrats Doehle vom 16. 3. im Nachlaß Schiffer 18, S. 206.

[3]) Der Text bei Brammer, Militärdiktatur, S. 38, und im Deutschen Geschichtskalender, 1920, 1. Bd., S. 202.

[4]) Der Text im Nachlaß Seeckt, Stück 143, und in der Anklageschrift, S. 62 f. Zur Haltung des Admirals v. Trotha während des Putsches siehe Nachlaß Schiffer 18, S. 138, und die Anklageschrift, S. 78. Ein Aufruf des Befehlshabers der Ostseestation, Admiral v. Levetzow, für Kapp bei Brammer, ebenda, S. 39.

fügung zu stellen". Das Gegenteil war die Folge. In den Marinestationen kam es zu Absetzungen und Verhaftungen von Offizieren. Eine glückliche Lösung, die Auseinandersetzungen unmöglich machte, fand der Chef der I. Torpedobootsflottille, Korvettenkapitän Albrecht, der mit seinen Booten in See ging und sie nach dem abgelegenen Swinemünde überführte, bis die Unruhen sich gelegt hatten[1]). Als die Offiziere der Nordseestationen telegrafisch zustimmten, wurden sie von Deckoffizieren und Mannschaften verhaftet, die sich auf die Pflicht zur Verfassungstreue beriefen. Am Ende des Putsches gab es kaum noch einen Offizier mit Befehlsgewalt; es herrschte ein solches Durcheinander, daß der Aufbau der Marine ernsthaft in Frage gestellt war[2]). Durch den Putsch erlitt die Marine einen schweren Rückschlag. Die Autorität der Offiziere war ins Wanken geraten und die Disziplin gestört. Ein Teil der Offiziere hatte aus Zorn über die Behandlung durch Unteroffiziere und Mannschaften den Dienst aufgegeben oder glaubte nicht mehr an einen Neuaufbau.

Bei einem kurzen Blick auf die Verhältnisse innerhalb der einzelnen Truppenformationen zeigt sich, daß im allgemeinen die Mannschaften und Unteroffiziere die Befehle ihrer Offiziere befolgten. Dort, wo die Kommandeure sich sofort zur gesetzmäßigen Regierung bekannten, gab es keine nennenswerten Zwischenfälle. Dagegen führte die Anerkennung des Umsturzes verschiedentlich zu schwerwiegenden Auseinandersetzungen in Form von Befehlsverweigerungen und Offiziersverhaftungen, die mit dem sich abzeichnenden Zusammenbruch häufiger wurden. In Kiel wurde der Leiter des Marine-Arsenals, Kapitän Mönch, beim Betreten des Dienstgebäudes erschossen[3]). In Wilhelmshaven wurden von der bereits erwähnten Verhaftungsaktion eines Oberdeckoffiziers, der das Kommando an sich gerissen hatte, allein 400 Offiziere betroffen. Zur Festsetzung von Offizieren kam es gleichfalls im Raum Hamburg durch Unteroffiziere, die daraufhin die Führung der Truppe übernahmen[4]). Nicht immer standen nur Unteroffiziere und Mannschaften den Offizieren gegenüber. In Belgard (Pommern) stellte sich Leutnant Julius Leber, der spätere Widerstandskämpfer, mit einem weiteren Offizier, 18 Unteroffizieren und 48 Mann dem verfassungstreuen Landrat zur Verfügung und machte sich zum Garnisonältesten, während der Batteriechef mit dem Rest seiner Einheit die Befehle seines Vorgesetzten befolgte, der auf seiten der Kapp-Regierung stand. Diese Spaltung führte zu Kämpfen, bei denen es Tote und Verwundete gab. Nach dem Putsch wurde die Gruppe Leber von nun wieder regierungstreuer Reichswehr entwaffnet und als meuternde Truppe behandelt[5]).

[1]) Vgl. Raeder, a.a.O., S. 181 ff.

[2]) Siehe Noske, Erlebtes, S. 167 ff., und die dort zitierten Quellen. Ferner Gessler, Reichswehr, S. 146 f. Stenographische Berichte, Bd. 332, S. 4902 (Reichskanzler Bauer).

[3]) Vgl. Raeder, a.a.O., S. 184.

[4]) Nachkriegskämpfe, Bd. VI, S. 171, 173 f und 177.

[5]) Ebenda, S. 158 f., und Julius Leber, Ein Mann geht seinen Weg, S. 269 f.; nach Gordon, Reichswehr, S. 142.

Gut unterrichtet sind wir auch über Gegensätze auf der Offiziersebene und ihre schwerwiegenden Folgen im Raum Magdeburg. Als der dortige Befehlshaber der Reichswehrbrigade 4, General v. Groddeck, sich für Kapp erklärte, verweigerte ihm der Kommandeur des Regiments 104, Oberst v. Hahnke, den Gehorsam und übernahm nach längeren Auseinandersetzungen schließlich den Befehl über die Brigade. Über die Konflikte jener Tage und die Folgen für die Truppendisziplin berichtete v. Hahnke nach dem Putsch an Seeckt u. a.: „Entsetzliche Konflikte habe ich innerlich und äußerlich hier durchgemacht: der Eid auf den Präsidenten, die Verfassung, die Befehle der Vorgesetzten verbunden mit dem bißchen Vernunft und Verstand, das mir noch innewohnt und was Herz und Gefühl niederhielt, auf der einen Seite stand ich dem törichten Entschluß Groddecks, meines Vorgesetzten gegenüber, ja auch Maercker und Lüttwitz waren doch noch Vorgesetzte. Von vornherein war es Verblendung, politische Borniertheit, an ein Gelingen dieses unglückseligen Unternehmens zu glauben. Diese Leute kannten alle die Volksseele nicht . . . Ich hatte ganze Bataillone ohne Offiziere. Es gelang allmählich wieder einzelne, hier und da auch alle Offiziere wieder einzusetzen. Aber wir haben doch noch Truppenteile ganz ohne Offiziere[1]).“

Die Handlungsweise der Truppe in ihrer Gesamtheit läßt sich nicht auf einen Nenner bringen. Es kann jedoch nicht übersehen werden, daß das Verhalten der Truppe in vielen Gebieten, so in Bayern, dem Südwesten und Norddeutschland, mit der Stimmung der Bevölkerung weitgehend übereinstimmte, und nur in den vorwiegend agrarisch bestimmten östlichen Provinzen die Kommandeure mit ihren Truppen zu Kapp übergingen. Wo Truppenteile bestimmte Interessen verfolgten, sich im Verlauf der bisherigen Einsätze radikalisiert hatten oder ausgeprägt rechtsgerichtet waren, wie bei den Freikorps, Baltikum-Verbänden und studentischen Zeitfreiwilligen-Formationen, bekam die neue Regierung die bereitwilligste Unterstützung. Bei den halbmilitärischen Einwohnerwehren bewegte sich die Stellungnahme von offener Zustimmung bis zu bewaffnetem Widerstand[2]).

Eine direkte feindselige Haltung gegenüber dem Umsturz war in der Reichswehr nur in sehr vereinzelten Fällen vorhanden. Diejenigen Offiziere, die den Übertritt zu Kapp und Lüttwitz nicht vollzogen, verharrten überwiegend in wohlwollender Neutralität. Das Unternehmen wurde in seinem Ziel durchaus begrüßt, aber die Furcht vor den verhängnisvollen Folgen und das Pflichtgefühl gegenüber dem geleisteten Eid hielt sie von einem Übertritt zurück. Sobald die Spaltung der Reichswehr offenbar geworden war, rückten alle politischen Fragen in den Hintergrund. Von diesem Zeitpunkt an waren sich alle maßgebenden

[1]) Nachlaß Seeckt, Karton 10, Stück 25, Brief vom 25. 3. 1920.

[2]) Siehe Gordon, Reichswehr, S. 143 f. Severing, Im Wetter- und Watterwinkel, S. 137 f. und 143 f. Nachkriegskämpfe, Bd. VI, S. 172 ff.

Offiziere einig, unter allen Umständen einen Kampf zwischen den Regierungen mit beiderseitiger Beteiligung von Truppen zu vermeiden. So wurden alle Vermittlungsbestrebungen von Politikern energisch unterstützt. Je mehr im Verlaufe des Putsches die kommunistische Gefahr zunahm und sich Kapps politische Isolierung offenbarte, desto eindeutiger rückte die Mehrheit auf die Seite der Reichsregierung, bis sie schließlich Kapp und Lüttwitz zum Rücktritt zwangen. Es darf auch nicht unerwähnt bleiben, daß die Verfassungstreue der leitenden Beamten auf die Reichswehr nicht ohne Wirkung blieb.

Noch weniger waren die Polizeitruppen geneigt, sich dem Umsturz anzuschließen. Wenn sie mehrfach mit radikalisierten Arbeitergruppen zusammenstießen, wie in den Kämpfen am Essener Wasserturm, so handelten sie als Hüter der öffentlichen Ordnung und nicht als Anhänger der neuen Regierung. In Ostdeutschland folgten sie zwar durchweg den zu Kapp übergetretenen Reichswehrtruppen, aber dies geschah mehr zur Vermeidung von Kämpfen als aus innerer Überzeugung. Obgleich in Ostpreußen die Reichswehr und der sozialdemokratische Oberpräsident ein Bekenntnis zur neuen Regierung abgaben, blieb die Sipo in Königsberg gegenüber Kapp ablehnend[1]). In Norddeutschland kam es verschiedentlich sogar zur Bewaffnung und Unterstützung der auftretenden Arbeiterbataillone. In Hamburg stellte sich die Mehrheit mit ihrem Kommandeur dem zu Kapp übergetretenen Oberst v. Wangenheim entgegen und zwang ihn zum Rückzug[2]). Die Führer der Berliner Sipo erkannten in einem Aufruf vom 13. die neue Regierung dagegen als gegebene Tatsache an und unterstellten sich ihr. Die Befehlsstelle erklärte nach dem gescheiterten Unternehmen, sie habe die Ordnung aufrechterhalten müssen und nur durch den Übertritt ein Auseinanderfallen der Sipo verhindern können. Sie konnte dabei auf den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Ernst hinweisen, der mit Genehmigung des preußischen Innenministers Heine sein Amt weiter ausgeübt hatte[3]). Der Kommandeur, Oberst v. Schönstadt, und sein Stabschef, Oberst Arens, standen allerdings auch innerlich ganz auf Kapps Seite, enthielt doch ein weiterer Tagesbefehl heftige Angriffe gegen die gestürzten Minister, denen Unfähigkeit vorgeworfen wurde, während er den neuen „bewährten Männern" das Vertrauen aussprach[4]). In Berlin muß indessen die allgemeine Verwirrung und Unwissenheit nach dem Befehl der Reichsregierung, das Regierungsviertel kampflos zu räumen, berücksichtigt werden. Ein Teil der Offiziere glaubte zunächst an die Abdankung der legalen Regierung. Nach Südekum wurde die Autorität der preußi-

[1]) Nach Krüger, Diktatur oder Volksherrschaft, S. 34.

[2]) Nachkriegskämpfe, Bd. VI, S. 161 f. und 169 ff.

[3]) Bericht der Sicherheitspolizei vom 22. 3. 1920, Heine-Nachlaß 36/6, S. 6 f., und der Bericht der Sicherheitspolizei vom 28. 4. 1920, S. 1 f. Nachlaß Heine 35. Siehe auch Kapps Anerkennung für ihr Verhalten in seinem Aufruf vom 13. 3., Anklageschrift, S. 62. Ferner Volkmann, Revolution, S. 371 f. und 380 f.

[4]) Brief Heines an Ernst (Polizeipräsident von Berlin), S. 4 f., vom 27. 3. 1920, Nachlaß Heine 36/2.

schen Minister von der Sipo nicht angezweifelt. Die Mannschaften gehorchten ihren zum Teil unschlüssigen Offizieren, waren jedoch durchweg gegen Kapp eingestellt[1]). Sobald feststand, daß sich die alte Regierung behauptet hatte, suchte man „einen Ausweg aus der verworrenen Lage" durch die Unterstützung von Ausgleichsbestrebungen der Politiker und Militärs zu finden. Am 4. Putschtage verweigerte die Befehlsstelle unter dem Druck der Polizeimannschaften Kapp den weiteren Gehorsam und forderte seinen Rücktritt. Nun hieß es plötzlich: „Alles bereit, gegen den Bolschewismus zu kämpfen. Für neue Regierung kämpft kein Mensch. Von neuer Regierung darf überhaupt niemand sprechen[2])."

Damit versuchten die leitenden Offiziere ihre anfängliche Untreue wiedergutzumachen und unter der Parole des gemeinsamen Kampfes gegen die linksradikale Bedrohung zur legalen Regierung zurückzuschwenken. Von einem loyalen Verhalten des Kommandos während des Putsches kann freilich nicht gesprochen werden, auch wenn es der Rechtfertigungsbericht der Befehlsstelle tut. Der Kommandeur und sein Stabschef wurden unmittelbar nach dem Putsch ihrer Dienste enthoben[3]).

5. *Der Generalstreik*

Durch die Ereignisse vom November 1918 hatte der Anspruch der Gewerkschaften auf Mitgestaltung der Gesellschafts-, Staats- und Wirtschaftspolitik günstige Voraussetzungen erhalten. Dies zeigte sich an dem gewaltigen Zustrom neuer Mitglieder, an der starken Vertretung der Gewerkschaftsfunktionäre in der Nationalversammlung und an der Berücksichtigung gewerkschaftlicher Forderungen in der Verfassung[4]). Die Gewerkschaften galten nun als die machtvollste Vertretung der Interessen der Arbeiter und Angestellten, aber nach der Demokratisierung des staatlichen Lebens fühlten sich die Gewerkschaften nicht mehr nur als Vertreter beruflicher Interessen gegenüber den Arbeitgebern, sondern mitverantwortlich für die Gestaltung des gesamten politischen Lebens. Vor allem suchten die Funktionäre die Interessen ihrer Organisationen durch Einflußnahme auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik zu sichern. Bezeichnend für diese Entwicklung war die Herkunft des Reichskanzlers Gustav Bauer, der 1918 zweiter Vorsitzender der Generalkommission der Freien Gewerkschaften gewesen war.

Sowohl die gesetzten Ziele als auch die Methode und Intensität dieses Ringens um Mitgestaltung waren freilich in der Gewerkschaftsbewegung sehr unterschiedlich. Es konnte zum Beispiel nicht ausbleiben, daß in dem zahlenmäßig weitaus

[1]) Bericht der Sicherheitspolizei vom 22. 3. 1920, S. 7 f. Nachlaß Heine 36/6 und Südekum in seinem Interview mit Berlla, S. 8, Nachlaß Südekum 99.

[2]) Bericht der Sicherheitspolizei vom 22. 3. 1920, S. 7 f. Nachlaß Heine 36/6.

[3]) Ebenda und Brief Heines an Polizeipräsident Ernst, S. 4, vom 27. 3. 1920, Nachlaß Heine 36/2.

[4]) Vgl. Thieringer, a.a.O., S. 9, 90 und 111; Heinz-Josef Varain, Freie Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Staat, S. 131, 133, 168 und 178; Joseph H. Kaiser, Der politische Streik, S. 45 ff.

stärksten und politisch bedeutendsten Gewerkschaftsverband, dem sozialistisch ausgerichteten Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, auch die Gegensätze zwischen SPD und USPD zur Auswirkung kamen. Auf der einen Seite stand die gemäßigte und der SPD nahestehende Führung mit der Mehrheit der Mitglieder. Sie hielt an der Zusammenarbeit mit den Unternehmern in der Zentralarbeitsgemeinschaft fest, bekannte sich zur parlamentarischen Demokratie und erstrebte den „fortschreitenden Abbau" der Privatwirtschaft und die „planmäßige" Umwandlung in die Gemeinwirtschaft. Sie wollte die Demokratie in den Betrieben durch Mitbestimmung, wünschte jedoch keine Beteiligung an der Leitung der Betriebe[1]). Die der USPD nahestehenden Mitglieder und Funktionäre betrachteten die Erringung der vollen wirtschaftlichen Macht als Voraussetzung für die Schaffung einer wahren Demokratie. Sie wollten den Betriebsräten die Durchführung der Sozialisierung übertragen, also die Übernahme der Betriebsleitung durch die Arbeiter, nicht fortschreitende Entwicklung, sondern die Durchsetzung des Sozialismus auf revolutionärem Wege. Im Gegensatz zu der gemäßigten Mehrheit im ADGB betrachteten sie den politischen Massenstreik als das geeignetste Kampfmittel der Arbeiterschaft[2]). Wohl hatte sich die maßvollere Linie im Betriebsrätegesetz durchsetzen können, aber der wachsende Einfluß der USPD war unverkennbar. Da es dieser Partei und ihren Anhängern im ADGB um die Revolutionierung der gesamten Arbeiterschaft ging, mußte ihnen der Putsch willkommen sein, der die Arbeiter zur Verteidigung ihrer „Errungenschaften" zusammenführte und im Abwehrkampf zugleich radikalisierte. Diese Entwicklung suchte die Führung des ADGB zu verhindern, sie konnte es jedoch nur, wenn sie auf die Radikalisierung einging und an der Spitze der Streikenden blieb. Nur so sind die Forderungen des ADGB in Verbindung mit anderen Gewerkschaften an die regierenden Parteien nach dem Putsch verständlich.

Frei von klassenkämpferischen Strömungen waren der liberale „Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter- und Angestelltenverbände", dessen Kern die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine bildeten, und die christlichen Gewerkschaften. Diese Gewerkschaften hatten in der praktischen Arbeit vieles mit der gemäßigten Führung des ADGB gemeinsam, doch bestanden starke Unterschiede in weltanschaulichen und politischen Fragen. Namentlich die christlichen Gewerkschaften hatten in enger Anlehnung an die katholische Soziallehre ein eigenständiges Programm entwickelt, das mit dem Sozialismus des ADGB unvereinbar war. Sie erstrebten eine geordnete Zusammenarbeit aller Berufsstände, den Interessenausgleich durch Abschwächung der sozialen Unterschiede und die

---

[1]) Aus den auf dem Kongreß der Freien Gewerkschaften 1919 vom Vorstand vorgelegten Richtlinien, Korrespondenzblatt, Jg. 1919, S. 187 und 315, siehe auch Varain, a.a.O., S. 138 f.

[2]) Siehe Bericht des Gewerkschaftskongresses vom 30. 7. 1919, S. 56; Korrespondenzblatt, Jg. 1919, S. 461; Freiheit, Nr. 436, vom 10. 9. 1919. Vgl. Varain, a.a.O., S. 159—161, und Thieringer, a.a.O., S. 94 und 115.

Heranbildung aller Volksschichten zu mitverantwortlichen Trägern des Staates. Ihr Ideal war nicht die parlamentarische Demokratie, sondern eine berufsständische Ordnung. Aus diesem Programm des friedlichen Ausgleichs heraus hatten sie den Novemberumsturz als „Verbrechen am Volke" verurteilt und lehnten nun das Vorgehen von Kapp und Lüttwitz als Verlassen des „Rechtsbodens" und „gewaltsamen Umsturz" ab[1]).

Diese einleitend angedeutete Differenziertheit der gewerkschaftlichen Organisationen, zu denen auch die nicht erwähnten Angestellten- und Beamtenverbände zählen, macht schon deutlich, daß eine einheitliche Haltung aller Gewerkschaften am 13. März, als es in erster Linie um politische Entscheidungen ging, nicht erwartet werden konnte.

Für den Fall eines Rechtsputsches war der Generalstreik von Noske bereits mehrfach angekündigt und auch von einsichtigen Militärs vorausgesehen worden. Als in der Nacht vor dem Putsch die Offiziere unter Seeckts Führung den militärischen Widerstand ablehnten, drohte Noske in Anwesenheit des Pressechefs der Reichskanzlei, Rauscher, mit der Mobilisierung der Arbeiterschaft[2]). Während der anschließenden Kabinettsitzung arbeitete Rauscher im Auftrage der anwesenden sozialdemokratischen Reichsminister einen Aufruf zum Generalstreik aus[3]). Er setzte mit Bleistift ihre und Eberts Namen unter die Proklamation und zeigte den Entwurf Noske, der keine Einwände erhob. Somit haben die sozialdemokratischen Minister und Ebert keine eigenhändige Unterschrift unter den Aufruf gesetzt, aber sie wußten von dieser Proklamation, und nicht nur Noske dürfte den Inhalt gekannt haben[4]). Außerdem hatte der Reichskanzler Bauer „durch handschriftlichen Vermerk die Kosten der Drucklegung und Verbreitung auf die Reichsregierung übernommen"[5]). Bevor Ebert mit den Ministern die Reichskanzlei verließ, händigte Pressechef Rauscher Geheimrat Brecht „den Aufruf zum Generalstreik zur Weitergabe an die Presse" aus[6]). Da sowohl die Reichsregierung als auch Ebert während des Putsches die Beteiligung an diesem Aufruf abgestritten haben und auch nach dem Unternehmen kein

[1]) Zu den christlichen Gewerkschaften allgemein siehe Zentralblatt, Jg. 1919, S. 32 ff. und 153 ff. Ihre Stellungnahme zum Novemberumsturz und zum Kapp-Unternehmen nach dem Zentralblatt, Nr. 7, 1920, S. 54. Siehe auch Thieringer, a.a.O., S. 100 f., 112 und 118 f.

[2]) Rabenau, Seeckt, S. 222.

[3]) Noske, Erlebtes, S. 160; Stampfer, Die ersten 14 Jahre, S. 165, und Mitteilung des SPD-Vorsitzenden Wels, nach Heine, Nachlaß 36/8. Der Aufruf wurde nicht von Rauscher „auf eigene Verantwortung erlassen und herausgegeben", wie Gessler, Reichswehr, S. 125, schreibt.

[4]) Noske, ebenda. Stampfer, ebenda. Nach Braun, Von Weimar zu Hitler, S. 94, hat Wels die Namen unter den Aufruf gesetzt. Siehe auch Wels in der Sitzung des SPD-Parteiausschusses vom 30. 3. 1920, S. 2, danach hat nicht der Vorstand, sondern „eine andere Parteieinrichtung" den Aufruf erlassen. In der Mitteilung von Wels vom 24. 3. 1920 bei Heine, Nachlaß 36/8, wird bestätigt, daß die Unterschriften nicht eigenhändig waren. Ebenso Brecht, a.a.O., S. 302.

[5]) Stampfer, a.a.O., S. 166.

[6]) Brief des Staatssekretärs a. D. Prof. Brecht an den Verfasser. Vgl. auch Brecht, a.a.O., S. 302 und Löbe, a.a.O., S. 97 f.

Minister sich zu dieser Proklamation bekannt hat, soll nochmals betont werden, „daß nicht die Reichsregierung als solche den Aufruf zum Generalstreik erlassen hat, wohl aber haben dies die sozialdemokratischen Mitglieder der Reichsregierung einschließlich Eberts getan“[1]). Die Öffentlichkeit sah aber verständlicherweise in diesem Aufruf mit den Namen Eberts, Bauers und der SPD-Minister eine offizielle Erklärung des Reichspräsidenten und der Reichsregierung. Die Beteiligten distanzierten sich später mit der sophistischen Erklärung, „daß ihre Namen ohne ihr Zutun unter den Aufruf gesetzt worden seien“, womit sie, wörtlich genommen, nicht die Unwahrheit sagten[2]).

Schon bei ihrer Ankunft in Dresden hatte die Reichsregierung die nachteiligen Folgen des Aufrufs erkennen müssen, denn die Reichswehr reagierte auf die Unterschriften der Minister so ablehnend, daß die Regierung befürchten mußte, ihren letzten Einfluß auf die Truppe zu verlieren. Die seit eineinhalb Jahren gegen innere Unruhen eingesetzte Truppe sah mit dem Generalstreik, den bis dahin auch die Regierung abgelehnt hatte, abgesehen von den wirtschaftlichen Schäden, eine neue Welle radikalisierender politischer Leidenschaften heraufziehen. Die Minister distanzierten sich daher noch am 13. März gegenüber General Maercker und am 15. in einem Ferngespräch gegenüber dem Gruppenkommando in Kassel von ihrem eigenen Aufruf[3]). Noske scheint dabei selbst bis zur Verurteilung des zunächst von ihm gebilligten Generalstreiks gegangen zu sein, denn in der Treueerklärung General Watters vom 16. März hieß es: „Nachdem mir Reichswehrminister Noske heute (16. März 1920) durch das

[1]) Bemerkung Heines zu der Mitteilung von Wels am 24. 3. 1920, Nachlaß 36/8. Die Darstellung bei Brammer, Militärdiktatur, S. 65, daß „Führer der Sozialdemokratischen Partei“ bei der Verbreitung des Aufrufs die Zustimmung der sozialdemokratischen Reichsminister „annehmen konnten“, ist daher richtig.

[2]) Heine bemerkt zu dem Aufruf: „Dieses Schriftstück wurde mir am 13. 3. 1920 nachmittags im Staatsministerium als Aufruf der flüchtigen Reichsregierung zugesteckt.“ Nachlaß Heine 36/8. Ebenso meldete der Korrespondent der Times, „the government has issued“, Times vom 15. 3. 1920; nach Waite, Vanguard, S. 174. Das Zitat über die Distanzierung der Reichsregierung ist einem Schreiben des Staatssekretärs der Reichskanzlei vom 3. 5. 1920 an das Reichsversorgungsgericht entnommen, Akten der Reichskanzlei, Mikrofilm, Nr. K 538329. Eine fast gleichlautende Erklärung wurde General Maercker in Dresden gegeben, Maercker, Kaiserheer, S. 354. Die Reichsregierung als solche hatte selbstverständlich den Aufruf nicht erlassen, denn die bürgerlichen Minister waren unbeteiligt. Nach Schiffer ist in der Kabinettssitzung am 13. früh über einen Streikaufruf auch nicht gesprochen worden, Manuskript, S. 36, Nachlaß 16. Da die Reichsregierung noch am 13. 1. 1920 erneut jeden Streik in lebenswichtigen Betrieben verboten hatte, erzeugte der Aufruf vom 13. 3. mit den Unterschriften Eberts und der sozialdemokratischen Minister einige Verwirrung; die Verfügung vom 13. 1. ist abgedruckt bei Böttcher, Kapp-Lüttwitz-Putsch, S. 119 f. So veranlaßten auf Grund dieser Verfügung Regierungsbeamte die Direktion der Berliner Straßenbahnen, den Verkehr aufrechtzuerhalten, während die Arbeiter und Angestellten den Aufruf des Reichspräsidenten und der sozialdemokratischen Minister durchsetzten. Als ein Arbeiterausschuß nach dem Putsch die Absetzung der Direktoren wegen der Unterstützung der Putschisten forderte, deckte der Verkehrsminister Oeser diese Beamten, denn sie hätten nach den bestehenden Verfügungen gehandelt. Siehe dazu den Briefwechsel in den Akten der Reichskanzlei, Mikrofilm, Nr. K 537085 und K 537535.

[3]) Maercker, Kaiserheer, S. 354. Noske, Erlebtes, S. 170 f.

Telephon ausdrücklich versichert hat, daß die alte Regierung den unheilvollen Aufruf zum Generalstreik nicht gegeben hat, ihn im Gegenteil ebenso verurteilt wie wir und alles einsetzen wird, ihn rückgängig zu machen, so stelle ich mich unter die alte Regierung[1])."

Zu diesem Umschwenken in der Streikfrage haben freilich die schnell sichtbar werdenden Folgen des Generalstreiks erheblich beigetragen. Es war nicht nur wahrscheinlich, daß er bei längerer Dauer nach links abgleiten und die Regierungsautorität selbst in Frage stellen würde, sondern auch zu erwarten, daß das „Bürgertum" und die bewaffneten Verbände zur neuen Regierung hingedrängt wurden. In einem solchen Fall drohte der Regierung die ihr von Kapp zugedachte politische Isolierung. Innenminister Koch hielt die Proklamation am 14. März früh bereits für eine Dummheit[2]). Reichsminister Geßler gab am 15. in München den Gewerkschaftsführern den dringenden Rat, „den Generalstreik in Bayern nicht durchzuführen", um hier, „wo dem ganzen Bürgertum noch der Schrecken der Räterepublik vom Vorjahr in den Gliedern lag, einen wahrscheinlich gar nicht unwillkommenen Anstoß zu einer Gegenaktion" zu verhindern[3]).

Als freilich die Gefahren des Putsches und des Generalstreiks vorüber waren, fanden in einer erneuten Schwenkung nicht nur die sozialdemokratischen Minister lobende Worte für den Streik, um die noch in der Arbeiterschaft bestehende Erregung über den Umsturzversuch zu dämpfen[4]). Die Rechtsparteien betonten dagegen die wirtschaftlichen Folgen und verlangten, die beteiligten Minister vor dem Staatsgerichtshof anzuklagen[5]).

In Wirklichkeit ist der am 15. März ausbrechende Generalstreik jedoch weder durch den Aufruf noch die Distanzierung der Minister wesentlich beeinflußt worden, denn erstens war er selbstverständlich und zweitens ließen sich die Gewerkschaftsorganisationen das Recht über Ausrufung und Abbruch nicht nehmen, wie die Fortsetzung des Streiks nach dem Putsch gezeigt hat[6]). Im Laufe des Vormittags trafen sich am 13. März der Vorstand des ADGB sowie die Parteivorstände der SPD und USPD. Für alle Anwesenden stand nicht der Schutz der Verfassung im Mittelpunkt, sondern „die Lebensinteressen der Gewerkschaften"[7]). Während der SPD-Vorsitzende Wels und die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft freier Angestellten zu einem gemeinsamen Aufruf aller sozialistischen Gewerkschaften und Parteien sofort bereit waren, verweigerten

[1]) Nach Spethmann, Die Rote Armee, S. 42. Siehe auch Severing, Im Wetter- und Watterwinkel, S. 150.

[2]) Nachlaß Koch 25, Tagebuch, S. 5; siehe Dokument 32, Anhang, S. 330.

[3]) Gessler, Reichswehr, S. 125 f.

[4]) Siehe unten S. 198 f.

[5]) Siehe unten S. 199.

[6]) Gegenteiliger Auffassung ist General v. Schoeler in seinem Brief an Noske vom 18. 3. 1920, Noske, Erlebtes, S. 170 f.

[7]) Nach Krüger, Diktatur, S. 7.

die USPD-Vertreter die Zusammenarbeit mit der SPD, da sie „an der ganzen Geschichte mitschuldig" sei[1]). Auf der nächsten Besprechung am frühen Nachmittag stellten die Vertreter der USPD die Bedingungen für einen gemeinsamen Aufruf. Sie verlangten die Absetzung der Regierung „Ebert-Bauer-Noske", „da es keinem Arbeiter einfalle, für Noske in den Generalstreik zu treten", fragten nach der Stellungnahme der SPD zur Bewaffnung der Arbeiter und verlangten das Bekenntnis der SPD zur „sozialistischen Diktatur"[2]). Die sozialdemokratischen Vertreter wiesen diese Forderungen keineswegs zurück. Sie waren bereit, nach der Niederschlagung des Putsches eine neue Regierung unter Beteiligung der USPD zu bilden, wobei sie in der Personenfrage an keinem gegenwärtigen Minister festhalten wollten; Noskes Verbleiben sei ohnehin unmöglich. Weiterhin stimmten sie einer kontrollierten Bewaffnung der Arbeiterschaft zu[3]). Die Grenze ihres Entgegenkommens lag bei dem geforderten Bekenntnis zur sozialistischen Diktatur, die indessen nicht aus verfassungsrechtlichen Gründen, sondern aus politischen Erwägungen abgelehnt wurde. Sie werde von dem überwiegenden Teil der Bevölkerung nicht gewünscht und bedeute wochenlangen und vergeblichen Kampf der Arbeiterschaft. Es sei unmöglich, jetzt in einem Kampf sowohl gegen Kapp als auch gegen die verfassungsmäßige Regierung, „eine dritte Regierung der sozialistischen Diktatur zu errichten". Dies verbessere nur die Aussichten der Putschisten[4]). Die sozialistischen Parteien sollten vielmehr alle Kräfte im Lande mobilisieren und die Hilfe jeder Seite, auch des Bürgertums, annehmen[5]).

Nach einem erneuten Abbruch der Verhandlungen erfolgte die Entscheidung am Abend des 13. März. In dieser Besprechung war auch ein Vertreter der KPD anwesend. Er lehnte im Auftrage der Partei nicht nur ein gemeinsames Vorgehen mit der SPD zum Schutze der „Regierung Noske" ab, sondern den Kampf überhaupt, da „die kommunistische Rätediktatur" im Augenblick nicht zu verwirklichen sei. Der USPD-Beauftragte Crispien verweigerte unter heftigen Vorwürfen endgültig die Zusammenarbeit mit der SPD. Sie habe die Anhänger seiner Partei „ins Gefängnis geworfen, sie wie Hunde behandelt usw., da könne man von ihnen nicht verlangen, jetzt alles zu vergessen". Der SPD-Vertreter Krüger erhob darauf die Gegenbeschuldigung, daß die USPD „durch ihre Putschpolitik die Reaktion erst in den Sattel gesetzt und jede Verständigung der Arbeiterschaft abgelehnt habe. Unter das kaudinische Joch der USPD zu kriechen, müsse die SPD ablehnen[6])."

[1]) Nach Wels' Ausführungen vor dem SPD-Parteiausschuß am 30. 3. 1920, Protokoll, S. 2.

[2]) Krüger, Diktatur, S. 7.

[3]) Ebenda, S. 8, und Wels, Protokoll des SPD-Parteiausschusses vom 30. 3. 1920, S. 2.

[4]) Krüger, Diktatur, S. 8. Wels erklärte allerdings, daß es nach der gemeinsamen Niederkämpfung der „Reaktionäre" selbstverständlich sei, daß „die Unabhängigen an der Regierung mitbeteiligt werden müßten". Wels vor dem SPD-Parteiausschuß, ebenda.

[5]) Wels, ebenda.

[6]) Nach Krüger, Diktatur, S. 8 f.

Damit waren die Einigungsbemühungen gescheitert. Es erschien ein gemeinsamer Aufruf des ADGB und der Arbeitsgemeinschaft der freien Angestelltenverbände (Afa) sowie je ein eigener Aufruf der USPD, der KPD und der linkssozialistisch orientierten Berliner Gewerkschaftsorganisation. Außerdem entstanden in Berlin zwei Streikzentralen. Der ersten gehörten der ADGB, die Afa und später der Deutsche Beamtenbund (DBB) an, die engen Kontakt zum SPD-Vorstand hatten. Die „Zentralstreikleitung von Groß-Berlin" bestand vor allem aus der USPD, der KPD und der Berliner Gewerkschaftsorganisation[1]).

Schon die eben geschilderten Verhandlungen haben gezeigt, daß eigentlich von keiner der beteiligten sozialistischen Organisationen der Streik mit der Verteidigung der Verfassung und der legalen Regierung begründet wurde. Sogar der SPD-Vorstand war bereit, die bestehende Reichsregierung fallenzulassen. Bei einem kurzen Überblick über die verschiedenen Aufrufe wird die Differenziertheit der Streikbewegung noch deutlicher und die Verfolgung eigener Interessen sichtbarer.

Von der USPD war der Schutz der bestehenden Verfassung und der legalen Regierung nicht zu erwarten. Für diese Partei war die bisherige Regierung „beseitigt", sie rief zum Kampf gegen die Militärdiktatur, „den weißen Schrecken", auf, um den „revolutionären Sozialismus" zu verwirklichen[2]).

Bemerkenswert ist allerdings, daß in dem Aufruf des SPD-Vorstandes mit den Namen Eberts und der sozialdemokratischen Minister weder an die Treue zur Verfassung appelliert noch zum Schutz der Nationalversammlung und der legalen Regierung aufgefordert wurde. Dieser Aufruf verfolgte vielmehr das Ziel, die Arbeiter unter einer Parole zu einigen, soweit sie Sozialisten waren. Dazu war der Appell an die Verfassungstreue nicht geeignet. An seine Stelle trat daher das Bekenntnis zur „Revolution" von 1918, der Kampf für „die Erhaltung der Republik" und „gegen die Wiederkehr Wilhelms II.". Die Formulierung „Wir paktieren nicht mit den Baltikum-Verbrechern" war außerdem eine deutliche Distanzierung von den Freikorps, die bisher die Regierung vor der „Revolution von links" geschützt hatten. Nun sollte die Einheit der Arbeiterklasse der „blutigen Reaktion" entgegentreten. Die Aufforderung lautete: „Proletarier, vereinigt Euch!"[3]).

Der ADGB und die Afa, die sowohl auf sozialdemokratische wie auf „unabhängige" Mitglieder Rücksicht nehmen mußten, sprachen immerhin von der „illegalen Gewalt", die die „pflichtvergessene Reichswehr" sich „neben der vom Volke gewählten Regierung" angemaßt habe. Die Betonung lag in diesem Aufruf jedoch auf der Verteidigung der „Errungenschaften der Revolution vom November 1918". Der Putsch wurde als Versuch bezeichnet, den „Absolutismus

[1]) Krüger, ebenda, und Korrespondenzblatt, Jg. 1920, S. 150.

[2]) Text bei Brammer, Militärdiktatur, S. 66 f.

[3]) Text ebenda, S. 65.

sowohl im Staat als auch im Betrieb" wiederherzustellen. Das Koalitionsrecht würde beseitigt werden, und die erreichten Fortschritte vom Achtstundentag über die gesetzlichen Betriebs- und Beamtenvertretungen bis zur Arbeiterschutzgesetzgebung seien trotz der Versprechungen der neuen Regierung ernsthaft bedroht[1]).

Auch der Aufruf der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine sprach nicht von der Verteidigung der Verfassung, sondern forderte, „die bisherigen politischen und gewerkschaftlichen Errungenschaften zu sichern und zu erhalten"[2]). Allein der Aufruf der dieser Gewerkschaft nahestehenden DDP erklärte, es handele sich „nicht um einen Streik", sondern um den „Protest des deutschen Volkes" gegen den Versuch, „das Recht und die Verfassung zu brechen"[3]). Daß trotz dieser Begründung der Streikaufruf in der Partei auf Widerstand stieß, wie im Land Lippe, war eine Folge ihrer sozialen Struktur[4]).

Die christlichen Gewerkschaften verurteilten zwar den Umsturz als Angriff auf „den Rechtsboden der neuen Verfassung", aber sie weigerten sich, ihre Mitglieder zum Generalstreik aufzufordern, da dieser unverantwortliche „Schädigungen der Volksgesamtheit" zur Folge haben würde. Zustimmungen bekamen lediglich kurze Proteststreiks und Arbeitsniederlegungen, die unmittelbar „nur die Putschisten schädigten"[5]). Die Zentrumspartei war noch zurückhaltender, sie stellte es ihren Mitgliedern jedoch frei, sich dem Streik anzuschließen. Mit zunehmendem Abgleiten des Abwehrstreiks zu den Zielen der USPD hin kam es sogar zu scharfen Angriffen gegen die Ausrufung[6]).

Nach dem Putsch nahmen die Parteien erneut in ähnlichen Abstufungen zur Anwendung des Generalstreiks Stellung. Die SPD legte freilich nun den Streik nicht mehr als Kampf gegen „blutige Reaktion" und „Baltikum-Verbrecher" aus, sondern rückte nun die Verteidigung von Recht und Freiheit in den Mittelpunkt. Für sie war der Putsch in erster Linie am Streik gescheitert, obgleich die Haltung der Beamten und verfassungstreuer Reichswehrverbände nicht unerwähnt blieb. Sie habe stets vor einem Putsch gewarnt und den Aufstand der Arbeiter als selbstverständliche Folge vorausgesagt[7]). Der Abgeordnete Legien,

[1]) Text im Korrespondenzblatt, ebenda. Auszug bei Brammer, Militärdiktatur, S. 67.

[2]) Aufruf der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, Brammer, Militärdiktatur, S. 67.

[3]) Aufruf der DDP bei Brammer, ebenda, S. 66. Flugblatt der deutsch-demokratischen Vertrauensleute der Berliner Betriebe bei Max Taube, Ursachen und Verlauf des Putsches vom 13. 3. und seine Lehren für Arbeiterschaft und Bürgertum, S. 28 f. Taube berichtet von finanzieller Unterstützung der Streikenden durch vermögende Demokraten.

[4]) Taube, ebenda, S. 29.

[5]) Zentralblatt, Nr. 7, 1920, S. 54. Der im Korrespondenzblatt, Organ des ADGB, Nr. 12/13, 30. Jg., 1920, S. 151, behauptete Anschluß der christlichen Arbeiter an den Generalstreik am 15. 3. wird durch keinen Aufruf bestätigt.

[6]) Siehe Korrespondenzblatt, ebenda, S. 150. Aufruf der Partei bei Brammer, Militärdiktatur, S. 48. Helga Grebing, Zentrum und katholische Arbeiterschaft 1918—1933, S. 66.

[7]) Stenographische Berichte, Bd. 332, S. 4903 (Reichskanzler Bauer), 18. 3. 1920; S. 4907 (Scheidemann), 18. 3. 1920; S. 5007 (Wels), 30. 3. 1920.

zugleich Vorsitzender des ADGB, sah in dem erfolgreichen Streik den erbrachten Beweis, daß ohne die Zustimmung der Arbeiterschaft keine Regierung mehr existenzfähig sei[1]). Für die USPD war die Streikaktion nur ein erstes Ausprobieren dieses Kampfmittels, um mit der Arbeiterklasse die Revolution von 1918 bis zur „Verwirklichung der proletarischen Diktatur" weiterzuführen. Sie kündigte an, daß dieses so erfolgreich gegen Kapp und Lüttwitz angewandte Mittel in Zukunft häufiger eingesetzt werde, bis zur „Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse"[2]). Die DDP bejahte den Streik als ein notwendiges Mittel, um die Verfassung und die Demokratie vor Hochverrätern schützen zu können[3]). Reichsinnenminister Koch verteidigte die Zustimmung der Regierung mit dem Argument, sie habe keine andere Wahl gehabt, denn sonst wäre der Streik gegen die Regierung gemacht worden und damit die „letzte verfassungsmäßige Gewalt in Deutschland in diesem Augenblick hinweggefegt worden". Bei einer Regierung gegen den Mehrheitswillen sei der Generalstreik zwangsläufig und notwendig[4]). Wesentlich kühler verhielt sich die Zentrumspartei. Sie erkannte an, daß der Streik notfalls „das einzig wirksame Mittel" der Verteidigung sein könne. Aber in diesen Tagen sei „teils ohne Not zu dem Mittel des Streiks gegriffen, teils das berechtigte Maß überschritten worden" und zugleich habe er sich zu einer „Umsturzbewegung von links" entwickelt[5]). Noch schärfere Anklagen erhob die Bayrische Volkspartei in der Nationalversammlung[6]).

Auf grundsätzliche Ablehnung stieß der Generalstreik natürlich bei den Rechtsparteien. Sie erklärten ihn nicht nur für ein verfassungswidriges Mittel des politischen Kampfes, sondern auch für überflüssig, da man den baldigen Zusamenbruch des Putsches wegen seiner Ideenlosigkeit und unmöglichen Durchführung sowie des fehlenden politischen Rückhaltes hätte voraussehen müssen[7]). Er sei ein politischer Fehler gewesen, der durch seine wirtschaftlichen Folgen das Leben des Volkes aufs Spiel gesetzt habe[8]). Wohl gaben auch Politiker der Rechtsparteien zu, daß der Generalstreik als Antwort auf den Putsch selbstverständlich gewesen sei, aber sie benutzten die aufgetretenen Auswüchse, um die SPD und DDP vor dem Bürgertum dafür verantwortlich zu machen[9]). Für die Rechtsparteien war er angesichts ihres am ersten Tage gegenüber dem Putsch

[1]) Ebenda, S. 4954 (Legien), 29. 3. 1920.

[2]) Ebenda, S. 4919 f. (Henke), 18. 3. 1920.

[3]) Ebenda, S. 4967 (Haas), 29. 3. 1920, und S. 4911 (Payer), 18. 3. 1920.

[4]) Ebenda, S. 4997 f. (Koch), 30. 3. 1920.

[5]) Ebenda, S. 4941 (Bolz), 29. 3. 1920, und S. 4910 (Burlage), 18. 3. 1920. Weitere Hinweise zur Stellungnahme des Zentrums nach dem Putsch bei Grebing, a.a.O., S. 66 ff.

[6]) Stenographische Berichte, Bd. 332, S. 4926 (Heim), 18. 3. 1920.

[7]) Ebenda, S. 4991 (Düringer), 30. 3. 1920, und S. 5013 f. (Behrens), 30. 3. 1920, beide DNVP.

[8]) Ebenda, S. 4967 (Heinze); S. 4991 (Düringer); S. 5013 f. (Behrens); S. 5017 (Hugo, DVP); alle Aussagen am 30. 3. 1920.

[9]) Ebenda, S. 5017 (Hugo, DVP), 30. 3. 1920. Pritze: Der Militärputsch, Deutschnationales Rüstzeug, Lieferung 4/5, S. 52 ff.

gezeigten Wohlwollens und des überall laut werdenden Vorwurfs der Mittäterschaft ein willkommener Anlaß zur Gegenpropaganda.

Ausführlicher muß auf das Verhalten der KPD während des Putsches eingegangen werden. Im Gegensatz zu dem schnell wachsenden Einfluß der USPD auf die Arbeiterschaft, der mit dem Wahlsieg im Juni 1920 seinen Höhepunkt erreichte, befand sich die KPD im Frühjahr 1920 auf ihrem Tiefpunkt. Die verlustreichen Kämpfe des Jahres 1919 mit dem Tode ihrer angesehensten Führer hatten die Hoffnung auf den baldigen Sieg der proletarischen Diktatur einer realistischeren Lagebeurteilung weichen lassen. Während Sinowjew, der Führer der Kommunistischen Internationale, im März 1919 den Sieg des Kommunismus in Deutschland für die nächsten Monate und in Jahresfrist für ganz Europa vorausgesagt hatte, sah Radek Ende 1919 noch langwierige Kämpfe voraus und sprach sich gegen weitere Versuche einer gewaltsamen Machtergreifung zugunsten begrenzter Aktionen aus[1]). Bei der Auseinandersetzung um die weitere Taktik kam es auf dem Heidelberger Parteitag im Herbst 1919 zur Spaltung der KPD, wobei der Partei etwa die Hälfte der Mitglieder verlorenging. In Berlin hatte die Partei zu Beginn des Putsches nur noch einige hundert Mitglieder[2]).

Auf diese geschwächte Partei, deren Vorsitzender außerdem im Gefängnis saß, trafen die Ereignisse des 13. März. Von hier aus betrachtet, ist die anfängliche Unsicherheit und Passivität der Zentrale keineswegs so unverständlich, wie sie später innerhalb der Partei hingestellt und scharf angegriffen wurde. Wenn die Parteileitung am ersten Putschtage passiv blieb und in ihrem ersten Aufruf sogar vom Generalstreik abriet, so hatte dies natürlich auch seine ideologischen Gründe. Die Zentrale sah in dem Generalstreik der Gewerkschaften und der SPD gegen Kapp nur den Kampf „zwischen zwei gegenrevolutionären Flügeln"[3]). Zwischen dem „System Noske" und einer Kapp-Regierung bestand für sie kein wesentlicher Unterschied, und so hieß die Parole des ersten Tages: „Keinen Finger rühren für die in Schmach und Schande untergegangene Regierung der Mörder Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs[4])." Dazu kam als

[1]) Die Kommunistische Internationale, 1919, Nr. 1, S. XII, nach W. Litell, The German Communist Party (Spartakusbund) and the Kapp-Putsch, S. 1. Siehe auch Heinz Schürer, Die politische Arbeiterbewegung Deutschlands in der Nachkriegszeit 1918—1923, S. 28 f.

[2]) 2. Parteitagsbericht, S. 4 ff., 30 und 42, nach Litell, a.a.O., S. 12 f. 3. Parteitagsbericht, S. 12, 15, 20, 25, 50. 4. Parteitagsbericht, S. 32. Siehe auch Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus, S. 153; Ossip K. Flechtheim, Die Kommunistische Partei Deutschlands in der Weimarer Republik, S. 60; Schürer, Arbeiterbewegung, S. 29 f.

[3]) Zitat bei Fischer, a.a.O., S. 153. Vgl. auch Flechtheim, a.a.O., S. 62 f. und 65; Litell, a.a.O., S. 14; Schürer, a.a.O., S. 30.

[4]) Paul Frölich, Die Kappiade und die Haltung der Partei, in: Die Internationale, II, Heft 24, S. 20. Siehe auch M. J. Braun, Die Lehren des Kapp-Putsches, in: Die Internationale, II, Heft 23, S. 25. Der Text des Aufrufes vom 13. 3. bei Schürer, a.a.O., S. 71, und in: Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution, S. 467 ff. Siehe auch die Erklärung des Parteivorsitzenden Levi auf dem 4. Parteitag, Bericht, S. 16 f. Flechtheim, a.a.O., S. 63.

zweiter Gesichtspunkt: „Die Arbeiterklasse, die gestern noch in Banden geschlagen war von den Ebert–Noske, waffenlos, unter schärfstem Unternehmerdruck, ist in diesem Augenblick nicht aktionsfähig[1])." Der geeignete Zeitpunkt sei erst gekommen, wenn die Militärdiktatur ihr wahres Gesicht enthüllt habe[2]). Die Zentrale mußte für diese falsche Beurteilung der Arbeiterschaft nach dem Putsch schwere Vorwürfe hinnehmen. Sie gab zu, daß der erste Aufruf ein schwerer Fehler gewesen sei, versuchte dies jedoch mit der Isolierung und zahlenmäßigen Schwäche der Berliner KPD zu erklären, die außerstande gewesen sei, Aktionen zu leiten[3]). Die Handlungsweise der Bezirksvorstände war unterschiedlich. Teils schlossen sie sich der Zurückhaltung der Zentrale an, teils hielten sie die Anweisungen für so verfehlt, daß man sie einfach verbrannte und sofort den Anschluß an die Streikbewegung vollzog, häufig wußten die Parteistellen in der Provinz aber auch nicht, „was man anfangen sollte"[4]). Unbegründet ist dagegen der spätere Vorwurf, durch die zögernde Haltung hätten die Gewerkschaften und die USPD den bestimmenden Einfluß auf die Streikbewegung erhalten. Die KPD war zahlenmäßig viel zu schwach, um in den Streikorganisationen die Führung an sich reißen zu können, was auch Thalheimer von der Zentrale auf dem 4. Parteitag zugeben mußte[5]).

Nachdem die Zentrale am zweiten Putschtage ihren Fehler eingesehen hatte, schwenkte sie auf den Generalstreik ein. Sie warnte dabei vor der Illusion, daß die Arbeiter sich sofort von der Demokratie abwenden und zur Rätediktatur bekennen würden. Als Hauptaufgabe stellte sie ihren Mitgliedern, die Kritik an der bürgerlichen Demokratie, der Reichsregierung, der SPD und der Gewerkschaftsbürokratie in der unerbittlichsten Weise zu üben, die Aktionen aber in Übereinstimmung mit den Zielen der Arbeitermehrheit zu führen[6]). Da die Kommunisten als Partei kaum eine Rolle spielten, waren sie daran interessiert, die Parteien und Gewerkschaften aus der Führung des Kampfes auszuschließen und eine neue Organisation der Arbeiterräte zu schaffen, „weil die revolutionären Arbeiter dadurch die beste Gelegenheit bekommen, auf ihre wankelmütigen Kameraden einzuwirken"[7]). Erwartungsgemäß suchten die übrigen Organisationen die Wahl von Arbeiterräten zu verhindern. Die von der USPD gelenkte Berliner Zentralstreikleitung erklärte: „Daß die aus sofortiger Wahl hervor-

[1]) Schürer, a.a.O., S. 71.

[2]) Ebenda. Siehe auch Schürer, S. 30, und Frölich, S. 23.

[3]) Siehe den anklagenden Aufsatz von Frölich, a.a.O., S. 19 ff.; den Artikel von August Thalheimer, Ein Rückfall von „Kinderkrankheit", in: Die Internationale, II, Heft 25, S. 7 ff.; 4. Parteitagsbericht, S. 31 f. und 36; Fischer, a.a.O., S. 153.

[4]) Fischer, a.a.O., S. 154.

[5]) 4. Parteitagsbericht, S. 32. Siehe auch Thalheimer, Ein Rückfall von „Kinderkrankheit", a.a.O., S. 9 f.

[6]) Das Rundschreiben an die Bezirksleitungen vom 14. 3. 1920 bei M. J. Braun, a.a.O., Heft 24, S. 13 f., im Sonderdruck, S. 28 f.

[7]) Frölich, a.a.O., S. 21.

gehenden Betriebs- und Arbeiterräte die gegebenen Organe zur Führung dieses Kampfes sind, kann nicht zugegeben werden, sie würden die Ausschaltung der Parteileitung aus der Führung des Kampfes bedeuten[1])." Eine kurze Zusammenfassung der KPD-Ziele findet sich in dem Aufruf vom 15. März: „Für den Generalstreik! Nieder mit der Militärdiktatur! Nieder mit der bürgerlichen Demokratie! Alle Macht den Arbeiterräten! Die Kommunisten sind gegen die Regierung Ebert–Noske–Bauer, gegen die Wiederaufrichtung einer Regierung mit bürgerlichem Unterbau, mit Parlament und Staatsbürokratie, gegen die Neuwahl der Nationalversammlung. ... Innerhalb der Räte werden die Kommunisten kämpfen für die Diktatur des Proletariats, für die Räterepublik[2])." Doch bis zum Schluß des Putsches wurde nicht die Bewaffnung der Arbeiter gefordert. Man wollte bewaffnete Auseinandersetzungen mit der Reichswehr vermeiden, die schon so manchen Blutzoll gekostet hatten, ja man warnte direkt davor, sich „von den Weißen Garden provozieren" zu lassen[3]).

Der plötzliche Wechsel von der Passivität zum Aufruf für die Räterepublik wurde von dem Vorsitzenden Levi in einem Brief aus dem Gefängnis scharf kritisiert. Er forderte, sich auf die Abwehr des Putsches einschließlich der Bewaffnung der Arbeiter zur Verteidigung der Republik zu konzentrieren. Im Augenblick müsse sich die KPD danach ausrichten, daß die Arbeiterschaft im Generalstreik vereint kämpfe. Das Bestehen der Partei auf sofortige Bildung von Arbeiterräten verhindere die zu erstrebende Einigung mit der USPD[4]).

Zu wirklichem Einfluß gelangte die KPD im Ruhrgebiet. Hier trat sie am 13. März ohne Rücksicht auf die Weisungen der Zentrale mit einem offensiven Programm an die Öffentlichkeit: Wahl von Arbeiterräten, Bewaffnung des Proletariats, Entwaffnung des Bürgertums und aller militärischen Verbände, Errichtung der Rätediktatur und Kampf gegen die Demokratie der Mehrheitssozialisten. Nach den Ausführungsbestimmungen war bei den Wahlen zu den Arbeiterräten darauf zu achten, daß „kein Vertreter der bürgerlichen Demokratie" gewählt werden würde[5]). Auf den weiteren Verlauf der Abwehrbewegung im Ruhrgebiet wird hier nicht eingegangen. Es sei nur noch bemerkt, daß sich hier die Mehrheit der USPD und in Einzelfällen sogar die SPD auf der Grundlage

[1]) Ebenda. Siehe auch Braun, a.a.O., S. 16 f., im Sonderdruck, S. 31. Zur Verhinderung von Arbeiterratswahlen in Württemberg durch die USPD, siehe 4. Parteitagsbericht, S. 44.

[2]) Nach Flechtheim, a.a.O., S. 63, und Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution, S. 468.

[3]) Ebenda in dem Aufruf vom 15. 3. 1920. Dazu Thalheimer auf dem 4. Parteitag, Bericht, S. 32 f. Nach Schürer, a.a.O., S. 30, wurde die Aufforderung zur Bewaffnung am 16. 3. 1920 aus einem Aufruf nachträglich „herauskorrigiert".

[4]) Der Brief Levis in Kommunistische Internationale, Nr. 12, S. 147—149, nach Litell, a.a.O., S. 15. Siehe dazu Fischer, a.a.O., S. 154, und Frölich, a.a.O., S. 23.

[5]) Das Rundschreiben vom 13. 3. 1920 bei Spethmann, a.a.O., S. 24 ff. (dort das Zitat); ferner der Aufruf vom 13. 3. 1920, ebenda, S. 23 f. Vgl. auch Severing, Im Wetter- und Watterwinkel, S. 142, und Noske, Erlebtes, S. 161.

des gemeinsamen Bekenntnisses zur Diktatur des Proletariats mit der KPD verband[1]).

Die ersten Ergebnisse zeigte der Generalstreik am Sonntag, dem zweiten Tage des Putsches. An diesem Abend ruhte bereits der Eisenbahnverkehr, und am Montag war der gewaltigste Streik, den Deutschland je gesehen hatte, in voller Wirkung. Er ging in Berlin bis zur Sperrung von Wasser, Licht und Gas. Der von Kapp und Lüttwitz herangezogenen Technischen Nothilfe gelang es nur zum Teil, die Stillegung lebenswichtiger Betriebe zu verhindern, da nicht nur die der SPD und DDP angehörigen Mitglieder der Technischen Nothilfe fernblieben, sondern es auch zu tätlichen Angriffen durch streikende Arbeiter kam. Schon am 16. fehlte es in Berlin an wichtigen Lebensmitteln. Die Radikalisierung des Streiks schritt schnell voran; war auch die Behinderung ärztlicher Hilfeleistungen eine Ausnahmeerscheinung, so kam es doch zu immer häufigeren Zusammenstößen zwischen Truppe und Bevölkerung. Nach drei Tagen war die Kapp-Regierung selbst in Berlin völlig isoliert. Aber zugleich wurde sichtbar, daß eine längere Dauer des Streiks sich zu einer direkten Gefahr für die verfassungsmäßige Regierung und Bedrohung der gesamten Staatsordnung entwickelte[2]).

Die Regierung Kapp versuchte, dem Generalstreik durch Verhandlungsangebote mit sozialpolitischen Zusicherungen entgegenzuwirken, mußte jedoch bald feststellen, daß nicht das geringste Entgegenkommen auf der anderen Seite vorhanden war. Nachdem die beiden nichtsozialistischen Eisenbahnerorganisationen am 14. den weiteren Dienst ihrer Mitglieder von dem sofortigen Rücktritt Kapps abhängig gemacht hatten, begaben sich die Minister Oeser und Südekum von der Preußischen Regierung mit dem Oberbürgermeister Dominicus zu General v. Lüttwitz, um das Ultimatum zu übermitteln. Der General drohte zuerst, bewaffnete Gewalt gegen den Eisenbahnerstreik einzusetzen. Nachdem ihm jedoch die politischen Folgen dargelegt worden waren und auch der anwesende General v. Hülsen zur Mäßigung geraten hatte, war er einverstanden, das Ultimatum mit Kapp zu beraten[3]). Die dringenden Vorstellungen der Abordnung, die besonders auf die Folgen des Generalstreiks für die Versorgung der Bevölkerung hinwiesen, führten zu einer anschließenden Beratung der Regierung Kapp. Zwar wurde die Rücktrittsforderung abgelehnt, aber in der dabei aufkommenden Diskussion äußerten verschiedene Teilnehmer bereits erhebliche Zweifel an dem Sieg des Unternehmens. Wenn Kapp, wie Hülsen berichtet, dabei das Ultimatum als „Bluff" bezeichnete, „auf den man nicht hereinfallen

[1]) Siehe den Aufruf des Bezirks Niederrhein bei Spethmann, a.a.O., S. 29.

[2]) Vgl. Thieringer, a.a.O., S. 168; „A", Sieben-Tage-Buch, S. 22 f. und 36 f.; Taube, Ursachen und Verlauf, S. 28.

[3]) Aussage von Dominicus, Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 46 f. Hülsen-Manuskript, S. 3. Südekum-Bericht, S. 5, Nachlaß 99. Müller, Dominicus, S. 86.

dürfe", und glatte Abweisung vorschlug, so zeigt dies, daß er sich über die Wirkung des Putsches auf die Gewerkschaften nicht klar gewesen ist[1]).

Am Abend dieses Tages ruhte mindestens in Ost- und Mitteldeutschland der gesamte Eisenbahnverkehr. Obwohl am folgenden Tage auch in allen übrigen Wirtschaftsbereichen der Generalstreik begann, ergriffen Kapp und Lüttwitz keine Gewaltmaßnahmen, sondern versuchten durch Verhandlungen die Gewerkschaften zum Abbruch ihrer Kampfmaßnahmen zu bewegen. Diese ergebnislosen Bemühungen entsprangen nicht nur einer Fehleinschätzung dieses politischen Streiks, sondern ergaben sich auch aus der inzwischen beschlossenen Verhandlungsaufnahme mit der Reichsregierung in Stuttgart. Da das Unternehmen bereits wieder zu den gemäßigten Zielen von Lüttwitz zurückgeschwenkt war, sollte eine Verschärfung der Gegensätze vermieden werden. Der Vorstand des ADGB bekam daher an dem Vormittag dieses 15. März eine Einladung zu einer Besprechung, wobei zur Unterstreichung des Entgegenkommens die „Bildung einer Koalitionsregierung von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken, Wahrung des Koalitionsrechts, Erweiterung der Arbeiterrechte" in Aussicht gestellt wurde[2]). Auf den ADGB hatten solche Ankündigungen indessen keine Wirkung, denn eine Teilnahme von Kommunisten, Unabhängigen und Sozialdemokraten an einer Regierung Kapp war völlig indiskutabel. Kapp hat diese sowohl von den Freien Gewerkschaften als auch von Dr. Bang behauptete Absicht nicht unterstützt. Während fast alle übrigen Mitglieder der Kapp–Lüttwitz-Gruppe die Beteiligung von Sozialdemokraten an der neuen Regierung für nötig hielten, stand hinter der Idee, auch Kommunisten und Unabhängige zur Teilnahme aufzufordern, mit Sicherheit nur Oberst Bauer. Die Gewerkschaftsvertreter gaben auf die Einladung keine Antwort, erbaten jedoch bei einer erneuten Anfrage die Entsendung eines Beauftragten. Obwohl dieser, es war der inzwischen von Lüttwitz beförderte Major Pabst, noch über die angekündigten Zugeständnisse hinausging, lehnte der ADGB Verhandlungen mit der Begründung ab, diese könnten nur mit einer verfassungsmäßigen Regierung geführt werden[3]).

Kapp hatte in seinem Regierungsprogramm die Arbeiterschaft durch eine Mischung von Drohungen und Versprechungen zu neutralisieren versucht. Einerseits wurde in dem Programm der Streik als Verrat an Volk und Vaterland bezeichnet und seine rücksichtslose Unterdrückung angekündigt. Andererseits versprach Kapp, die Arbeiter mit den übrigen Berufsständen bei der wirtschaftlichen Neuordnung in besonderer Weise heranzuziehen und sie vor „der internationalen Verknechtung unter das Großkapital" zu schützen[4]). Von den

[1]) Hülsen-Manuskript, S. 4. Ferner Anklageschrift, S. 104 ff. und 118 f.; Südekum-Bericht, S. 7 ff., Nachlaß 99; Aussage von Dominicus, Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 47 f.; Volkmann, Revolution, S. 371. Müller, ebenda.

[2]) Korrespondenzblatt, Jg. 1920, Nr. 12/13, S. 151. Siehe auch Anklageschrift, S. 86 f.

[3]) Korrespondenzblatt, ebenda. Schiffer-Manuskript, S. 62, Nachlaß 16. Krüger, Diktatur, S. 15. Mitteilung von Major Pabst. Bangs Behauptung: Anklageschrift, S. 70.

[4]) So in der Proklamation, Dokument 27, im Anhang, S. 324 ff.

konkreten Errungenschaften der Gewerkschaften, dem Koalitionsrecht, dem Betriebsrätegesetz, dem Achtstundentag und der gesamten sozialpolitischen Gesetzgebung, hatte der Aufruf der Regierung Kapp nicht gesprochen. Die angekündigte Ausstattung der Versicherungsgesetzgebung „mit einem freiheitlichen Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter" deutete in die Richtung der Selbsthilfe und widersprach den Bestrebungen der sozialistischen Gewerkschaften, ihre soziale Sicherung in staatlichen Einrichtungen zu verankern. Die weiteren Verordnungen zur Bekämpfung des Streiks konnten die Gewerkschaften in ihrem Abwehrkampf nur stärken. Am 14. März kündigte eine „Verordnung zum Schutze des Arbeitsfriedens" bei der Bedrohung Arbeitswilliger Gefängnis und Zwangsarbeit an. In Verbindung damit folgte ein Schutzversprechen für Streikbrecher und lebenswichtige Betriebe[1]). Am 15. März wurde das Fernbleiben von der Arbeitsstelle, die Änderung von Arbeitslohn und Arbeitszeit „zuungunsten" der Betriebe in allen lebenswichtigen Bereichen unter schwere Strafen gestellt[2]). Erst am vierten Tag des Putsches zeigten die Aufrufe ein angemessenes Verständnis. Ein Flugblatt vom 16. früh garantierte „alle Freiheiten des Arbeiters" und das Betriebsrätegesetz[3]). Die Kapp-Gruppe benutzte bei ihren Bemühungen gegen den Generalstreik sogar die Autorität der legalen Regierung. So erklärte sie am 15. März: „Die alte Regierung will die Aufforderung zum Generalstreik widerrufen, da sie das Unrecht am deutschen Volk eingesehen hat." Die Verhandlungen mit ihr machten gute Fortschritte, und die Bildung einer neuen Regierung „auf breitester demokratischer Basis" stehe kurz bevor. Ebenso wurde die Meldung veröffentlicht, daß die „alte Regierung" gemeinsam mit der „neuen Regierung" das Volk zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert habe[4]). Auf die sozialistischen Parteien und Gewerkschaften hatten solche Ankündigungen eine gefährliche Wirkung. Sie erweckten ihren Verdacht, daß die Reichsregierung wirklich mit Kapp oder Lüttwitz verhandele. So verstärkten diese Behauptungen das Mißtrauen gegen die Regierungskoalition und förderten die Neigung, einen außerparlamentarischen Einfluß auf die Regierungspolitik zu fordern. Die Reichsregierung wurde daher nicht müde, ihre unversöhnliche Haltung gegenüber Kapp zu betonen.

Nur in einer Verordnung vom 15. März, die den Streikführern und Streikposten die Todesstrafe ankündigte, versuchte die Kapp-Regierung den Weg der Gewalt zu gehen. Darüber waren die Arbeitgeber jedoch so entsetzt, daß sie unter Führung des Geheimrats Borsig die Zurücknahme des Erlasses verlangten, der

[1]) Erstes Zitat, ebenda. Die Verordnung vom 14. 3. 1920 bei Jansen, a.a.O., S. 63, und Anklageschrift, S. 110. Das Schutzversprechen bei Brammer, Militärdiktatur, S. 29.

[2]) Der Text dieses von Lüttwitz herausgegebenen Erlasses im Berliner Nachrichtenblatt, Nr. 1, 16. 3. 1920.

[3]) Brammer, Militärdiktatur, S. 30; Texte in Hoover-Institution-Sammlung. Das Flugblatt an die Arbeiter auch in den Akten der Reichskanzlei, Nr. K 536868.

[4]) Flugblatt „An das deutsche Volk" vom 15. 3. 1920 und „An Alle" vom gleichen Tage; in Akten der Reichskanzlei, Nr. K 536854 f.

am 16. um 4 Uhr nachmittags in Kraft treten sollte. Nachdem sich Kapp als für nicht zuständig erklärt hatte, erreichten die Arbeitgeber die Außerkraftsetzung bei Oberst Bauer[1]). Abgesehen von den Folgen dieser angekündigten Erschießungen muß sehr bezweifelt werden, daß irgendein Truppenkommandeur die Verantwortung für die Durchführung noch am 4. Tage des Putsches übernommen hätte, als die völlige politische Isolierung der Regierung Kapp für jeden Offizier sichtbar geworden war.

6. *Die Stellungnahme der Beamten*

Kapp glaubte, nach der Ausschaltung der legalen Regierung mit einer störungsfreien Unterstellung der Reichsverwaltung unter seine Regierung sicher rechnen zu können, denn er setzte die innere Zustimmung der höheren Beamten zu der politischen Umwälzung voraus. Das entsprach durchaus den Tatsachen. Da bis 1918 nur eine verschwindende Zahl von Sozialdemokraten in die höhere Beamtenlaufbahn aufgestiegen waren und außerdem bis zum Frühjahr 1920 nur eine geringe Zahl höherer Beamter ersetzt worden war, konnte Kapp davon ausgehen, daß auf jeden Fall die große Mehrheit nicht zu den Anhängern der Republik zählte[2]). Es kam indessen anders. Trotz der teilweise bestehenden Sympathien mußte er eine bittere Enttäuschung erleben.

Das Reichskabinett hatte rechtzeitig einige leitende Beamte über seinen Widerstandswillen unterrichten können. In der Reichskanzlei sicherte Geheimrat Wever die Geheimakten, während Geheimrat Brecht noch möglichst viele Ministerien telefonisch unterrichtete und auch dem Reichsinnenminister vor dessen Abfahrt nach Dresden den Verzicht Kapps auf jegliche Verhandlungen mitteilte. Danach versuchte Brecht noch mit der Verkündung eines einwöchigen Urlaubs für alle Telefonistinnen die Fernsprechzentrale lahmzulegen. Das gelang freilich nicht, da von der Sipo Fachkräfte zur Verfügung gestellt wurden[3]). Nach der Verweigerung ihrer Mitarbeit und ihrer Entlassung durch Kapp begaben sich die in der Reichskanzlei anwesenden Beamten in die Wohnung des Unterstaatssekretärs Albert. Dort wurden die Bürobeamten über die politische und rechtliche Lage unterrichtet und bis zum 16. März beurlaubt. Die Unterstaatssekretäre Albert und v. Haniel besprachen außerdem mit Brecht, Wever, Regierungsrat Kempner und Legationsrat Zechlin die Möglichkeiten des Widerstandes. Bereits auf dieser ersten Zusammenkunft einiger der höchsten Reichsbeamten wird ihre grundsätzliche Haltung deutlich. Obwohl sie den Putsch

[1]) Text bei Brammer, Militärdiktatur, S. 22; Jansen, Militärputsch, S. 64; Akten der Reichskanzlei, Nr. K 536862 f. Siehe dazu Korrespondenzblatt, Jg. 1920, Nr. 12/13, S. 151; Schiffer-Manuskript, S. 62 f., Nachlaß 16.

[2]) Vgl. zur Haltung der preußischen „politischen Beamten": Runge, a.a.O., S. 47 und 119 f.

[3]) Brief des Staatssekretärs a. D. Prof. Brecht vom 18. 5. 1959. Vgl. auch Brecht, a.a.O., S. 303 f. Aufzeichnungen von Pukaß, Akten der Reichskanzlei, Nr. K 536834. Mitteilungen von Geheimrat Wever. Nachlaß Koch 25, Tagebuch, S. 3. Vgl. auch Schiffer-Manuskript, S. 25, Nachlaß 16, und Brammer, Militärdiktatur, S. 52. Vgl. auch Kessel, a.a.O., S. 278.

ablehnten, dachten sie nicht an das Mittel des Streiks, sondern stellten die ungestörte Fortsetzung der Reichsverwaltung als oberste Richtlinie auf. Nach ihrer Auffassung war der Generalstreik ein unzweckmäßiges, ja sogar ein sehr gefährliches Gegenmittel. Haniel erklärte bei dieser Gelegenheit, „daß er mit Rücksicht auf die Außenpolitik sein Amt weiterarbeiten lassen wolle", doch so, als ob der Außenminister in Urlaub sei[1]). Geheimrat Brecht wurde zur Reichsregierung nach Dresden gesandt, das Büro der Reichskanzlei aber bekam einen provisorischen Sitz in der Wohnung Kempners. Noch am gleichen Abend trafen mit Regierungsrat Meißner die ersten Weisungen der Regierung aus Dresden ein[2]).

Ursprünglich war beabsichtigt, die Reichsministerien bis auf das Auswärtige Amt und das Finanzministerium für einige Zeit geschlossen zu halten. So wurde beispielsweise dem Unterstaatssekretär im Wiederaufbauministerium mit seinen Beamten das Betreten des Gebäudes von Soldaten untersagt[3]). Demgegenüber war es das Bestreben der leitenden Beamten, dem auch Vizekanzler Schiffer zustimmte, ohne Rücksicht auf die politischen Ereignisse und den Generalstreik die Verwaltung „sachlich unbeeinflußt" in Gang zu halten[4]). Um das zu erreichen und sich nebenbei zu informieren, scheuten einige Unterstaatssekretäre nicht den Weg zur Reichskanzlei. Schroeder konnte dem neuen Chef der Reichskanzlei, v. Falkenhausen, mit Erfolg die Notwendigkeit weiterer Tätigkeit in den Zentralbehörden erläutern und erreichte die Aufhebung der militärischen Besetzung für die Ministerien[5]). Ebenso erschien v. Haniel, um die Weiterarbeit im Außenministerium wegen der gebotenen Rücksichtnahme auf die ausländischen Missionen zu erwirken. Eigentlich konnte dies Kapp nur recht sein, doch erklärte Haniel gleichzeitig, keine Weisungen der neuen Regierung zu befolgen. Er werde die Geschäfte für den abwesenden Außenminister führen. In einer Erklärung an seine Beamten forderte er, unter Hinweis auf den geleisteten Eid, nur in diesem Sinne weiterzuarbeiten[6]). Schroeder gab noch am Vormittag Anweisung an die Reichshauptkasse, nur auf Grund alter Ermächtigungen Zahlungen zu leisten. Eine Besprechung am Nachmittag mit dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten der Reichsbank galt den Sicherungsmaßnahmen bei Zahlungsanweisungen der Kapp-Regierung[7]).

[1]) Zitat nach Schiffer, ebenda. Ähnlich Brammer, ebenda. Ferner Aufzeichnungen von Pukaß, ebenda, Nr. K 536836 f. Brecht-Brief, ebenda; Anklageschrift, S. 59 f.

[2]) Mitteilungen von Wever. Anklageschrift, S. 61. Schiffer-Manuskript, S. 25 f., Nachlaß 16. Brecht, a.a.O., S. 304.

[3]) Anklageschrift, S. 69 und 72 f., dort die Aussagen von Schroeder, Falkenhausen und Müller.

[4]) Aussage von Schroeder, Anklageschrift, S. 69. Die gleiche Entscheidung traf Schiffer mit seinem Unterstaatssekretär Joel, Schiffer-Manuskript, S. 27, Nachlaß 16.

[5]) Aussage Schroeders und Falkenhausens, Anklageschrift, S. 69.

[6]) Schiffer-Manuskript, S. 26, Nachlaß 16, und Brammer, Militärdiktatur, S. 52.

[7]) Brammer, ebenda, S. 55. Die Veranlassung für die Besprechung war vermutlich ein Telegramm der Reichsregierung aus Dresden, siehe ebenda, S. 11, das die Beamten für Zahlungen im Auftrage Kapps regreßpflichtig machte.

Die verbindliche Stellungnahme für die Zentralbehörden erfolgte am 14. mittags in einer Erklärung der Unterstaatssekretäre. Sie gaben darin ein klares Bekenntnis zur legalen Regierung ab. Da sie im Interesse des Allgemeinwohls die Verwaltung fortführen wollten, ohne damit jedoch für die neue Regierung zu arbeiten, sollten die Geschäfte „ausschließlich im Auftrag des verfassungsmäßig gebildeten Reichsministeriums" und allein nach dessen Weisungen geführt werden. Die Unterstaatssekretäre der preußischen Ministerien schlossen sich am 15. vormittags dieser Haltung an[1]). Im Vergleich zu den Aufrufen der Links- und Mehrheitsparteien erscheint sie außerordentlich gemäßigt und erweckt den Eindruck einer nur theoretischen Loyalität. Man muß jedoch bedenken, daß die genannten Parteien wie die freien Gewerkschaften in einem politischen Abwehrkampf standen, während es für die höheren Beamten, die auch die Stellungnahme ihrer Untergebenen weitgehend bestimmten, allein um die Wahrung ihrer Eidespflichten ging. Der politischen Einstellung nach stand die Mehrheit der leitenden Beamten einem innenpolitischen Umschwung eher freundlich als feindlich gegenüber. Wohl sahen sie in dem Unternehmen eine Störung von Ruhe und Ordnung, die neue Verwirrung in die gerade geschaffenen gesetzlichen Zustände bringen würde, aber bestimmend für ihr Verhalten war doch die tief in ihnen verwurzelte Tradition, an Gesetzmäßigkeit, Eid und gültigem Recht festzuhalten. Dies kommt in der ersten Frage des Unterstaatssekretärs Lewald an seine Kollegen bei der Besprechung ihrer Stellungnahme zum Ausdruck. Das entscheidende Problem war nämlich für Lewald, ob die jetzige Lage, nachdem die alte Regierung sich durch ihren Weggang „selbst aufgegeben" habe, „als endgültig genug gelten könne, um als Grundlage eines neuen Rechtszustandes und damit der Anerkennung der neuen Regierung" zu dienen. Diese Frage wurde in der Diskussion einstimmig verneint, und daraufhin erfolgte das Bekenntnis zur Regierung Bauer[2]).

Die Bedeutung des Rechtszustandes für die Beamten war von der legalen Regierung sogleich anerkannt worden. Da die Weiterarbeit der Beamten im November 1918 von der Regierung Kapp leicht als Beispiel herangezogen werden konnte, betonte der Regierungsaufruf mit Nachdruck das legale Verhalten der Beamten während der Novemberereignisse und damit im Gegensatz zu dem Streikaufruf die Legalität der „Revolution"[3]). Diese Vergleiche wurden in der

[1]) Texte bei Brammer, ebenda, S. 52 f., und in der Anklageschrift, S. 93.

[2]) Zitat nach Schiffer, Manuskript, S. 44a, siehe auch S. 111, Nachlaß 16. Ferner Brief von Prof. Brecht und Mitteilungen Wevers.

[3]) Aufruf bei Brammer, Militärdiktatur, S. 14 f. Zur Nichtanerkennung des geleisteten Eides durch die Putschisten, siehe Kapp, Zur Vorgeschichte, S. 19, und Schiele, Kurze Geschichte, S. 13 f. Der Aufruf des Oberpräsidenten von Westfalen, Dr. Würmeling, vom 14. früh schloß mit dem Satz: „Beamte, denkt an Euren Eid und Eure Pflicht!" Severing, Im Wetter- und Watterwinkel, S. 134 f. Ähnlich der Aufruf des Oberpräsidenten der Provinz Hessen, ebenda, S. 140 f., und die Weisung des Regierungspräsidenten Springorum, nach Scheidemann, Memoiren, Bd. 2, S. 394.

Tat zwischen hohen Beamten und Anhängern der Regierung Kapp diskutiert. Als Geheimrat Brecht die Mitarbeit in der Reichskanzlei unter Hinweis auf seinen geleisteten Eid ablehnte, antwortete ihm der Vorsitzende des Nationalverbandes der deutschen Offiziere, Molkenthin: „Aber 1918 haben Sie sich nicht an Ihren Eid gehalten." Brecht entgegnete darauf: „Im November 1918 hat der verfassungsmäßige Reichskanzler Max von Baden bei seinem Abschied von der Reichskanzlei uns Beamte gebeten, unsere Dienste auf Ebert zu übertragen. Gleichzeitig war, mit Recht oder Unrecht, die Abdankung des Kaisers verkündet worden, und wenige Zeit später entband der Kaiser alle Beamten ausdrücklich von Verpflichtungen gegenüber der Krone. Reichskanzler Bauer und Reichspräsident Ebert haben mich nicht gebeten, meine Dienste auf Kapp zu übertragen, sondern im Gegenteil, meine Pflichten der Verfassung gemäß zu erfüllen[1])." Ähnlich dachte die Mehrheit der Ministerialbürokratie, „ohne Rücksicht auf ihre mehr oder weniger große persönliche Neigung zu monarchischer Staatsführung"[2]).

Natürlich war mit dem Bekenntnis zur legalen Regierung die Stellung zu Kapp noch nicht ausreichend geklärt. Falkenhausen stellte daher den Unterstaatssekretären Schroeder und Joel die entscheidende Frage, ob sie Weisungen der Regierung Bauer gegen Kapp ausführen würden. Die nun erforderliche Bejahung wurde jedoch mit dem Hinweis auf eine notwendige neue Beratung hinausgezögert, um die Kapp-Regierung nicht zu Zwangsmaßnahmen herauszufordern. Am 15. hatte sich die Lage noch nicht entscheidend verändert, doch war einerseits der Generalstreik ausgebrochen und die politische Isolierung Kapps zu erkennen, während andererseits die Ankunft Maerckers aus Dresden, angeblich zu Verhandlungen mit Zustimmung der legalen Regierung, einige Verwirrung gestiftet hatte. Daher schlug Schroeder an diesem Montagvormittag Falkenhausen eine Verständigung auf der Basis vor, daß Kapp auf jede Beeinflussung der Geschäftsführung verzichte. Schroeder ließ dabei keinen Zweifel an der Ablehnung der neuen Regierung. Kein Staatssekretär und kein Ministerialdirektor würde Weisungen der neuen Regierung ausführen, sie würden eher ihre Ämter niederlegen. „Das Äußerste, was möglich sei", wäre eine Erklärung, „unter dem Druck der tatsächlichen Machtverhältnisse in Berlin nichts gegen Kapp unternehmen zu wollen[3])." Eine bereits von Kapp vorbereitete scharfe Beamtenverordnung wurde daraufhin abgeändert und beschränkte sich dann auf die Forderung, weiter Dienst zu tun. Sie übertrug sogar den Unterstaatssekretären die Leitung der Ministerien und untersagte den militärischen Stellen jeden Eingriff in die Behördentätigkeit. Eine von Lüttwitz erlassene schärfere Verordnung wurde nach wenigen Stunden für ungültig erklärt[4]). Auf die Beamten

[1]) Brecht in seinem Brief vom 18. 5. 1959 an den Verfasser. Ähnl. Brecht, a.a.O., S. 303 f.

[2]) Ebenda im Brief Brechts. Ähnlich die Mitteilungen von Wever.

[3]) Aussage Schroeders nach der Anklageschrift, S. 94 f.

[4]) Text in der Anklageschrift, S. 93 f., und Brammer, Militärdiktatur, S. 53 f.

hatte diese gemäßigte Behandlung indessen wenig Einfluß. Einige Stunden später wurde der Reichskanzlei mitgeteilt, daß auch die gegen Kapp gerichteten Weisungen der Regierung Bauer ausgeführt würden[1]). Damit war die Unsicherheit der ersten beiden Tage einer konsequenten Stellungnahme gewichen.

Die langsame Verschärfung des Widerstandes der Ministerialbürokratie zeigte sich besonders im preußischen Innenministerium. Hier sahen sich die Beamten unmittelbar zu Beginn des Putsches dem neuen Minister v. Jagow gegenüber, während Innenminister Heine verhaftet wurde. Jagow hatte sofort den Unterstaatssekretär Freund durch Doyé ersetzt und einige weitere höhere Beamte beurlaubt. Trotzdem erschienen die Beamten des Ministeriums am 14. zur Vorstellung ihres neuen Ministers und erklärten sich zur Fortsetzung des Dienstes bereit. Sie fügten jedoch hinzu, damit sei keine Anerkennung der neuen Regierung verbunden. Jagow möge „es nicht als Charakterlosigkeit auffassen, wenn sie weiterarbeiteten", da es ihnen nur so möglich sei, „dem öffentlichen Wohl zu dienen"[2]). Am Montag, dem 15. März, war die erste Unsicherheit indessen überwunden. Als Vertreter des abgesetzten Unterstaatssekretärs protestierte Ministerialdirektor Meister gegen die am Vortage verfügten Beurlaubungen mehrerer Ober- und Regierungspräsidenten. Er ließ Jagow mitteilen, daß er seinen Anordnungen keine Folge leisten werde, und ermahnte außerdem die Beamten des Ministeriums, der legalen Regierung die Treue zu halten. Meister wurde daraufhin verhaftet und am Abend beurlaubt[3]). Hier wurde die abwartende Haltung besonders deutlich. Hätte sich das Unternehmen militärisch durchgesetzt und die verfassungsmäßige Regierung durch Verhaftung ausschalten lassen, wären Kapp und Lüttwitz von der Seite der Ministerialbürokratie keine Schwierigkeiten gemacht worden. Die hohen Beamten erkannten jedoch schnell, daß dieses Unternehmen auf schwachen Füßen stand und die Regierung Kapp–Lüttwitz vor Gewalt zurückschreckte. Dem Urteil Ehrhardts ist durchaus zuzustimmen, wenn er sagt: „Die berühmte Resistenz der Beamten gegen Kapp erklärt sich aus ihrem sehr sicheren Gefühl, auf diese neuen Brotgeber ist kein Verlaß. Kommen die alten Herren zurück und wir haben uns kompromittiert, dann liegen wir mit unseren Familien auf der Straße und hungern[4])."

Überall, wo die Kapp-Regierung von diesem Tage an den Versuch machte, durch Weisungen oder Ministerernennungen auf die Zentralbehörden einzuwirken, stieß sie auf Ablehnung. Zugleich wurde dabei ihre Schwäche sichtbar, da sie in keinem Fall mit Gewalt ihren Willen durchzusetzen suchte. Ein gutes

[1]) Anklageschrift, S. 95 f.

[2]) Zitat nach der Anklageschrift, S. 81. Aussagen von Ministerialdirektor Meister, ebenda, S. 78 f.; von Doyé, ebenda, S. 79 f.; von Jagow, ebenda, S. 84 f.

[3]) Aussage von Meister bei Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 57 f. Siehe auch die Aussagen von Jagow und von Doyé in der Anklageschrift, ebenda.

[4]) Vgl. Freksa, a.a.O., S. 183.

Beispiel ist dafür der Versuch, die Reichsbank zur Auszahlung von Geldern zu veranlassen. Da man keinen Zwang ausüben wollte, zahlten die Beamten der Reichsbank auch keinen Pfennig aus[1]). Als schließlich Kapitän Ehrhardt den Befehl bekam, das Geld zu holen, weigerte er sich mit dem Argument, ein Offizier könne nicht als Geldschrankknacker auftreten[2]). Nach der Verhaftung Unterstaatssekretär Teuckes, dessen Telefongespräch mit dem Reichspostminister abgehört worden war, erwirkte der von Kapp zum Minister ausersehene Oberpostdirektor Sönksen sogleich die Freilassung[3]). Die Anordnung, alle Dienstgebäude mit schwarzweißroten Fahnen zu beflaggen, bekam von Lewald, der Mitglied der DVP war, den Vermerk: „Dieser Anordnung ist nicht Folge zu leisten[4])." Nach der Ernennung Sönksens zum neuen Reichspostminister erklärten die leitenden Beamten beim ersten Erscheinen des Ministers, falls er sein Amt antrete, werde er wegen Verletzung der Eidespflicht aus der bisherigen Stellung entfernt. Nach einem vergeblichen Umstimmungsversuch des Beamtenbeirats erklärten die Beamten nochmals, ihn als Minister nicht anzuerkennen und baten ihn, seine Ernennung nicht anzunehmen. Während der von Sönksen erbetenen Bedenkzeit gelang es einer Beamtenabordnung, in der Reichskanzlei die Zurücknahme seiner Einsetzung zu erreichen[5]). Dieser Rückzug war ein deutliches Zeichen des nahenden Zusammenbruchs. Kapp hatte am 16. März ebenfalls den Freiherrn v. Wangenheim zum preußischen Landwirtschaftsminister ernannt und gleichzeitig die Dienstenthebung des Unterstaatssekretärs Ramm verfügt; Wangenheim sagte jedoch noch am gleichen Abend wegen der ungünstigen Entwicklung des Unternehmens seinen angekündigten Besuch im Landwirtschaftsministerium ab. Als Lüttwitz diese Ernennung einer Abordnung des Reichsrates mitteilte, machte ihn Lewald darauf aufmerksam, daß die Beamten bei einem neuen Minister ihren Dienst verweigern würden[6]). Über das gebotene Verhalten bei der Dienstenthebung von Vorgesetzten bestand unter den Ministerialbeamten keine Einigkeit. Im Landwirtschaftsministerium wollten sie trotz der Entlassung Ramms die Geschäfte weiterführen, freilich keine Befehle Kapps ausführen. Der Unterstaatssekretär im preußischen Justizministerium gab dagegen die Anweisung, bei Amtsenthebungen oder Neubesetzungen „unverzüglich" die Arbeit einzustellen[7]).

---

[1]) Siehe Dokument 38, Anhang, S. 334 f.

[2]) Vgl. Freksa, a.a.O., S. 184.

[3]) Anklageschrift, S. 97. Ein weiterer Vorfall, ebenda, S. 96.

[4]) Nach Brammer, Militärdiktatur, S. 55.

[5]) Anklageschrift, S. 74 f.; Brammer, ebenda, S. 57 f.

[6]) Anklageschrift, S. 98 f. Aufzeichnungen über die Verhandlungen des Reichsrats und der Unterstaatssekretäre im Reich und in Preußen in den Tagen 15.—20. 3. 1920, Akten der Reichskanzlei, Nr. K 537329 f.

[7]) Generalakten des preußischen Justizministeriums, P 135/117, S. 67. Zur Haltung der Ministerialdirektoren im preußischen Landwirtschaftsministerium, Anklageschrift, S. 98 f.

Während unter der Ministerialbürokratie der Übertritt zur Regierung Kapp eine Ausnahmeerscheinung blieb und auch in den süd- sowie südwestdeutschen Ländern wegen der im allgemeinen nicht angetasteten Landesregierungen von den Beamten keine persönliche Entscheidung gefordert wurde, kam es unter den höheren politischen Beamten Preußens, vor allem in den östlichen Provinzen, zu Bekenntnissen für die Regierung Kapp. Das wurde in Preußen zum Teil durch die Verhaftung der Landesregierung bewirkt, denn die Behördenspitzen mußten sich daher ohne direkte Anweisungen entscheiden. Der verhältnismäßig hohe Anteil konservativer Landräte, das fast geschlossene Bekenntnis der Reichswehrbefehlsstellen zu Kapp–Lüttwitz, falsche oder fehlende Nachrichten über die Vorgänge in Berlin und die in den agrarisch ausgerichteten Provinzen stärkere Opposition von rechts in der Bevölkerung haben zur Unterstützung der neuen Regierung in Berlin durch einen Teil der höheren Beamten geführt.

In Kassel schloß sich der Oberpräsident Schwander (DDP) zunächst noch dem abwartenden Verhalten des Reichswehrgruppenkommandos 2 an. Er forderte Neuwahlen und unterstützte die Verhängung des Belagerungszustandes. Aber schon am 14. März forderte er alle Beamten zur Unterstützung der legalen Regierung auf[1]). Der konservativ eingestellte Regierungspräsident Springorum versammelte dagegen sogleich nach den ersten Nachrichten seine Abteilungsleiter, bekannte sich zur Regierung Bauer und sandte entsprechende Telegramme an alle Landräte seines Regierungsbezirks[2]). Der Oberpräsident von Westfalen, Dr. Würmeling (Zentrum), verurteilte in einem gemeinsamen Aufruf mit dem sozialdemokratischen Reichskommissar für das Ruhrgebiet, Severing, den Berliner Umsturz und forderte die Beamten unter Hinweis auf ihren geleisteten Eid zum Schutz der rechtmäßigen Reichsregierung auf. Unter dem Eindruck der sich im Ruhrgebiet radikalisierenden Abwehrbewegung gegen den Putsch verurteilte Dr. Würmeling jedoch den Generalstreik. Am 15. März wies er telegrafisch die Reichsregierung darauf hin, daß die Treue der Beamten zur legalen Regierung durch den Streikaufruf sehr erschwert werde und empfahl am 16. März, eine Aufforderung zur Arbeitsaufnahme an die Bevölkerung zu richten. Ähnlich verhielt sich auch der Oberpräsident der Rheinprovinz[3]). Nicht alle Regierungspräsidenten folgten jedoch dem Beispiel dieser Vorgesetzten. Die Parteizugehörigkeit zur DVP und die Ablehnung des Generalstreiks bestimmten den Regierungspräsidenten von Minden, seine unterstellten Behörden zur Neutralität

[1]) Vgl. Scheidemann, Memoiren, Bd. 2, S. 393 f., und Severing, Im Wetter- und Watterwinkel, S. 140 f. Siehe auch oben, S. 178. Der Text der Aufforderung im Staatsarchiv Münster, Zugang 2/51, Nr. 471; nach Runge, a.a.O., S. 123.

[2]) Der Text seiner Erklärung im Staatsarchiv Marburg, Bestand 165, Bd. 2, Nr. 3393; nach Runge, a.a.O., S. 123. Siehe auch Scheidemann, Bd. 2, S. 394.

[3]) Allgemein Severing, Im Wetter- und Watterwinkel, S. 134 f. Die Texte der Telegramme an die Reichsregierung im Staatsarchiv Münster, Zugang 2/51, Nr. 471; nach Runge, S. 124. Der Appell des Oberpräsidenten der Rheinprovinz an die Bevölkerung, die Versorgung nicht zu gefährden im Staatsarchiv Koblenz, Abteilung 442, Nr. 9614; nach Runge, a.a.O., S. 124 a.

aufzufordern[1]). Eine deutliche Distanzierung von Kapp vermied auch sein Parteifreund, der Oberpräsident v. Richter, in Hannover. Ein klares Bekenntnis für Kapp gaben der Regierungspräsident von Schleswig-Holstein und, wie schon erwähnt, der sozialdemokratische Oberpräsident Winnig von Ostpreußen ab[2]).

Das verfassungstreue Verhalten der meisten Ober- und Regierungspräsidenten wird durch die Tatsache unterstrichen, daß der von Kapp ernannte preußische Innenminister v. Jagow vier Oberpräsidenten und acht Regierungspräsidenten beurlaubte[3]). Die Landräte folgten in der großen Mehrheit dem Beispiel ihrer Vorgesetzten und blieben der Regierung treu. Dies taten sie nicht immer aus politischer Überzeugung, denn viele wünschten im Innern eine Rechtsregierung und die Rückkehr der Monarchie. Drei Gründe waren es vor allem, die ihren Übertritt zu Kapp verhinderten. Erstens fühlten sie die Verpflichtung des geleisteten Eides, solange die legale Regierung und der Reichspräsident nicht zurückgetreten waren. Zweitens fürchteten sie den Ausbruch politischer Unruhen, die drohenden Gefahren für die bürgerliche Ordnung durch die Entrüstung über den Putsch in der Arbeiterbewegung. Drittens erkannten viele frühzeitig, daß dieses Unternehmen nicht auf sicheren Füßen stand, es also zweckmäßiger war, erst einmal abzuwarten. Für alle höheren Beamten gilt freilich auch, daß sie einer energisch zupackenden, von der Reichswehr unterstützten Regierung Kapp keine Schwierigkeiten bereitet hätten. Nach dem Putsch wurden 3 Oberpräsidenten, 3 Regierungspräsidenten und 88 Landräte in Preußen, und zwar fast ausschließlich in den östlichen Provinzen, ihrer Ämter enthoben oder versetzt[4]).

Unter den entlassenen politischen Beamten waren auch einige Sozialdemokraten. Im Gegensatz zur Entlassung Winnigs war die Verabschiedung des Oberpräsidenten von Breslau und der Polizeipräsidenten Ernst (Berlin) und Voigt (Breslau) weniger oder gar nicht begründet. Während Ernst immerhin Kontakte zu dem Kreis um Kapp unterhalten hatte, mußten Philipp und Voigt gehen, weil sie vor dem Putsch gegenrevolutionäre Aktionen nicht scharf genug unterdrückt hatten, bzw. weil die SPD-Führung den erregten Parteigenossen entgegenkommen wollte.

Ein Gesamturteil erfordert aber, daß auch die Stellungnahme der unteren und mittleren Beamten in die Darstellung einbezogen wird.

Bei den unteren und mittleren Beamten hatte die Hoffnung auf größere soziale Gerechtigkeit und der Wunsch nach Ausweitung ihrer politischen Bewegungsfreiheit nach den Novemberereignissen „ein wahres Gewerkschaftsfieber" hervor-

[1]) Die Schreiben des Regierungspräsidenten an Oberpräsident Würmeling im Staatsarchiv Münster, Zugang 2/51, Nr. 1298; nach Runge, a.a.O., S. 125.

[2]) Vgl. Runge, a.a.O., S. 125. Zu Winnig siehe oben S. 179 und die angegebenen Quellen.

[3]) Siehe Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 57, und die Anklageschrift, S. 78 f.

[4]) Nach einer Mitteilung von Herrn Wolfgang Runge.

gerufen und zum Zusammenschluß aller Beamten im Deutschen Beamtenbund (DBB) geführt[1]). Dieser Bund kam nicht umhin, gleich einer Gewerkschaft alle Mittel zur Durchsetzung von Forderungen, einschließlich des Streikrechts, anzuerkennen oder wenigstens in Erwägung zu ziehen. Im Gegensatz zu den Arbeitergewerkschaften war der Streik für die Beamten etwas vollkommen Neues. Die Ansichten darüber, ob durch die Zusicherung des Vereins- und Versammlungsrechtes auch das Streikrecht verliehen worden sei, gingen in der Beamtenschaft erheblich auseinander[2]). Hinzu traten grundsätzliche Bedenken. Namentlich die höheren Beamten sahen in ihrer Stellung einen Vertrag mit dem Staat auf Lebenszeit, der sie zu besonderer Treue gegenüber der Gesamtheit des Volkes verpflichte[3]). Zu den entschiedenen Anhängern des vollen Streikrechtes gehörten die den Arbeitern näherstehenden unteren Beamten, besonders die Eisenbahner. Auch verlangte der ADGB vom Beamtenbund die Anerkennung aller gewerkschaftlichen Mittel einschließlich des Streiks als Preis für den Verzicht auf eine eigene Beamtengewerkschaft[4]). Die Mehrheit hatte sich auf einen Mittelweg geeinigt, der den Streik auf Situationen beschränkte, in denen ihre vertraglich gesicherten Rechte oder die verfassungsmäßigen Gewalten angegriffen wurden[5]).

Der Beamtenstreik während des Putsches war eine der wenigen Anwendungen dieses sogenannten „Ordnungsstreiks". Der Vorstand des DBB nahm am 14. März zu den Ereignissen erstmalig Stellung. Er bekannte sich zur legalen Regierung und beschloß, überall die Arbeit zu verweigern, wo diese in Frage gestellt werde. „Ausnahmen zum Schutze von Leben und Gesundheit des Volkes" sollten die Unterverbände bestimmen[6]). Die Vertreter der höheren Beamten hatten gemäß ihrer Auffassung den Streikbeschluß zu verhindern gesucht, sich aber gegenüber den großen Verbänden der Post- und Eisenbahnbeamten nicht durchsetzen können[7]). Im Gegensatz zu den Gewerkschaften blieb dieser Beschluß zunächst ohne Auswirkungen in sehr vielen Unterverbänden, deren Vorstände erst noch eigene Beratungen ansetzten. Der Verband der Justizsekretäre schloß

[1]) Eine Einführung in das Verhältnis von Beamtentum und Staat in den Anfangsjahren der Weimarer Republik mit wertvollen Hinweisen zur Frage des Beamtenstreiks verdanke ich der Staatsarbeit von Erhard Gottschlich, siehe Literaturverzeichnis. Das Zitat nach Wilhelm Kulemann, Zum Streikrecht der Beamten, in Soziale Praxis, Jg. XXIX, S. 58 f.

[2]) Zur Diskussion des Streikrechts siehe „Die Gemeinschaft" (Organ des Deutschen Beamtenbundes), Jg. III, Heft 8, S. 89 f.; Heft 12, S. 134 f.; Heft 13, S. 148; Heft 15, S. 174; Heft 17, S. 199.

[3]) Siehe ebenda, Heft 16, S. 184 f.; der Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Damme bemerkte dort: Die Arbeiter erstrebten das Streikrecht für die Beamten, um sie erstens gleichzuschalten und zweitens in ihre sozialen Kämpfe einzuschalten. Mit dem Streikrecht schaufele das Beamtentum „sein eigenes Grab". Schon die Diskussion dieser Frage sei gefährlich.

[4]) Siehe ebenda, Heft 21, S. 247, und Heft 22, S. 254.

[5]) Soziale Praxis, Jg. XXIX, S. 59.

[6]) Der Aufruf in den Generalakten des preußischen Justizministeriums, P 135/117, S. 60.

[7]) Siehe Die Gemeinschaft, Jg. IV, Heft 6/7, S. 41; Justizbeamtenbundesblatt, 2. Jg., Nr. 3, S. 25, und die Zeitschrift des Verbandes Preußischer Justizsekretäre und -assistenten, Jg. 1920, S. 34.

sich beispielsweise erst am 17. dem Streik an, nachdem er sich am 16. bei dem Justizbeamtenbund um eine klare Auskunft vergeblich bemüht hatte[1]). Vom 16. an kann jedoch von einem überwiegenden Anschluß des DBB an den Generalstreik gesprochen werden, und am 17. März, dem letzten Putschtage, schloß sich der Aktionsausschuß der gemeinsamen Streikleitung von ADGB und Afa an[2]). Die Versuche der Kapp-Regierung, mit dem Vorstand des DBB Verhandlungen aufzunehmen, scheiterten schon an dessen Weigerung, überhaupt Verbindung zu Kapp herzustellen[3]).

Schon der umstrittene Streik ließ keine vollständige Befolgung der Aufrufe erwarten. Außerdem konnte der Satz, „an allen Orten, wo eine verfassungsmäßig zustande gekommene Regierung nicht verhanden ist", die Arbeit zu verweigern, verschieden ausgelegt werden[4]). So bezeichneten sich die preußischen Minister in Berlin als amtierende Regierung, obgleich sich Kapp zum preußischen Ministerpräsidenten ernannt hatte. Am vollständigsten wurde der Aufruf zum Streik von den Eisenbahnern befolgt, bei den übrigen unteren und mittleren Beamten streikte noch die Mehrheit, die höheren Beamten beteiligten sich dagegen überhaupt nicht. Nach dem Putsch führte dieses unterschiedliche Verhalten vielfach zu heftigen gegenseitigen Beschuldigungen[5]).

Die Justizsekretäre, die mit den höheren Justizbeamten weitergearbeitet hatten, begründeten ihre Haltung mit der Erklärung der preußischen Regierung vom 13., daß sie weiterhin die gesetzliche sei, mit der Stellungnahme der Unterstaatssekretäre und einer Verfügung des Berliner Kammergerichtspräsidenten vom 15., die den Justizbeamten die Fortsetzung ihrer Tätigkeit zur Pflicht machte. Der Justizbeamtenbund hatte dagegen zum Streik aufgefordert. Über das Ausmaß der Befolgung liegen ebenso widerspruchsvolle Äußerungen vor. Während der Vorsitzende des Justizbeamtenbundes die Beteiligung als sehr hoch bezeichnete, versuchte die Gegenseite den Beweis zu erbringen, daß nur 15 % dem Aufruf gefolgt seien[6]). Im gleichen Gegensatz zu der Streikaufforderung des DBB standen die Anweisungen der Vorgesetzten bei der Post, ermahnten doch die Richtlinien des Reichspostministeriums die Beamten an die ernste Aufgabe, im Dienste der Allgemeinheit „das Wirtschaftsleben des deutschen Volkes nicht ins Stocken geraten zu lassen[7])." Am 13. gab der Unterstaatssekretär mit Zu-

[1]) Zeitschrift des Verbandes . . ., ebenda, S. 35.

[2]) Korrespondenzblatt, Jg. 1920, Nr. 12/13, S. 152. Krüger, Diktatur, S. 15 f. Justizbeamtenbundesblatt, 2. Jg., Nr. 3, S. 26.

[3]) Justizbeamtenbundesblatt, ebenda.

[4]) Siehe den Aufruf, Generalakten des preußischen Justizministeriums, P 135/117, S. 60.

[5]) Siehe Justizbeamtenbundesblatt, Jg. 1920, Nr. 3, S. 27 ff., und Zeitschrift des Verbandes Preußischer Justizsekretäre und -assistenten, Jg. 1920, S. 33 ff.

[6]) Zeitschrift des Verbandes der mittleren Justizbeamten im Kanzleidienst, Jg. 1920, Nr. 5: Friedrich Lange, Ein Stimmungsbild zum Kapp-Putsch.

[7]) Nach Brammer, Militärdiktatur, S. 65.

stimmung des Beamtenbeirats an alle Oberpostdirektionen die Weisung, den Nachrichtenverkehr mit allen Mitteln aufrechtzuerhalten. Der Reichspostminister bekräftigte diese Weisung mit Zustimmung der Reichsregierung. Nur, wo die Beamten und die Postsendungen gefährdet seien, sollte der Außendienst eingestellt werden[1]).

Eindeutig war die Haltung der höheren Beamten. Sie kam in der Reichsratssitzung am 16. nochmals zum Ausdruck, als Unterstaatssekretär Walter erklärte, die Beamten seines Ministeriums ständen zwar einstimmig hinter der Regierung Bauer, die Aufforderung des DBB würden sie jedoch nicht befolgen. Sein Kollege Ramm gab dazu eine weitere wichtige Begründung: „Totstreiken kann man die neue Regierung nicht, denn das würde sofort zum Bolschewismus führen[2])." Diese Befürchtung einer Radikalisierung der politischen Fronten durch den Generalstreik bestimmte das Verhalten der höchsten Beamten an den letzten beiden Putschtagen und führte zur Unterstützung von Bemühungen des Vizekanzlers Schiffer sowie führender Vertreter der Rechts- und Mehrheitsparteien, die Kapp-Regierung auf dem Verhandlungswege zum Rücktritt zu bewegen.

Die große Mehrheit der Beamten war sich über die Berechtigung des Streiks gegen Kapp einig. Eine lebhafte und zum Teil erhitzte Diskussion entzündete sich allerdings, als der Aktionsausschuß des DBB nach dem Rücktritt von Kapp und Lüttwitz mit dem ADGB und der Afa den Streik fortsetzten, um politische Forderungen bei der legalen Regierung zu erzwingen. Die später von einem Mitglied des Ausschusses gegebene Begründung, daß Zweifel an dem Ende des Putsches, die weitere Anwesenheit der Ehrhardt-Brigade in Berlin und die Abwesenheit der Reichsregierung die Fortsetzung erfordert habe, verdeckt den wirklichen Sachverhalt genauso wie die Behauptung, daß erst von den Vertretern der Mehrheitsparteien und der Reichsregierung Garantien für die Wiederherstellung der Verfassung hätten gegeben werden müssen, denn gerade die gewerkschaftlichen Forderungen stellten die Verfassung erneut in Frage[3]). Konnten die Beamten sich bis zum 17. März bei einer Streikbeteiligung auf die Verteidigung der Verfassung berufen, so bedeuteten die nun erhobenen Forderungen, wie Zustimmung bei der Regierungsbildung, Mitbestimmung in der Verwaltung und sofortige Sozialisierung, einen verfassungswidrigen Druck auf das Parlament und die legale Regierung[4]). Waren schon höhere und mittlere Beamte der Ansicht, daß der DBB mit dem Streikbeschluß gegen Kapp den bisher verkündeten „Grundsatz der politischen Neutralität" verlassen habe, so sah sich der Aktionsausschuß

[1]) Ebenda, S. 55 f.

[2]) Verhandlungen des Reichsrats, Akten der Reichskanzlei, Nr. K 537332 f. Siehe auch Nr. K 537330.

[3]) Zur Fortsetzung des Streiks siehe Die Gemeinschaft, Jg. IV, Heft 6/7, S. 42 und 51. Das Flugblatt mit der Kundgebung zur Fortsetzung des Streiks im Nachlaß Schiffer 18, Blatt Nr. 80. Siehe Dokument 57, Anhang, S. 349 f.

[4]) Die Forderungen der am Generalstreik beteiligten Gewerkschaften sind abgedruckt bei Varain, Freie Gewerkschaften, S. 183 ff.

wegen der Fortsetzung des Streiks dem berechtigten Vorwurf breiter Beamtenschichten gegenüber, er habe versucht, „politische und wirtschaftliche Zugeständnisse von der verfassungsmäßigen Regierung durch Zusammengehen mit politischen Parteien zu erpressen[1])".

Während für die Zeit nach dem Putsch allein die Ausführung des Dienstes Pflichterfüllung war, ist umgekehrt die Weiterarbeit unter der Regierung Kapp in Berlin keine Verletzung der Dienstpflichten gewesen. Der Aufruf zum Streik vom 13. früh war nur von Ebert und den sozialdemokratischen Reichsministern mit dem SPD-Parteivorstand erlassen worden und stellte keine Anweisung der Reichsregierung dar. Die Beamten waren verpflichtet, die Weisungen der Regierung zu befolgen. Da die Reichsregierung zu keinem Zeitpunkt die Arbeitsniederlegung gefordert hatte, vielmehr in einigen Fällen, zum Beispiel vom Reichspostminister, ausdrücklich zur Weiterarbeit aufgerufen worden war, verletzte kein diensttuender Beamter seinen geleisteten Eid. Er durfte freilich nur nach bestehenden Weisungen der legalen Regierung arbeiten und keinen Befehl der Regierung Kapp entgegennehmen. Von den Unterstaatssekretären wurde dieser Vorbehalt ausdrücklich betont. Die weiterarbeitenden Beamten, es waren nicht nur konservative, sahen ihre erste Aufgabe nicht in der Verteidigung der legalen Regierung, sondern im „Dienst am Vaterland" und betrachteten sich selbst nicht als Diener einer augenblicklichen Regierungsmehrheit[2]). Aus dieser Auffassung ergaben sich die Weisungen leitender Beamter, wie die des Berliner Kammergerichtspräsidenten vom 15. März: „Den Justizbeamten steht nicht das Recht des Streiks zu. Es ist vielmehr ihre Pflicht, ihre Dienstgeschäfte unbeeinflußt durch politische Verhältnisse ohne Unterbrechung zu erledigen[3])." Das oberste Prinzip ihrer Dienstauffassung war die Aufrechterhaltung einer geordneten Verwaltung. Erst gegenüber den von Kapp eingesetzten Ministern mußte der weitere Dienst eingestellt werden, das aber war, wie Unterstaatssekretär Mügel erläuterte, kein Streik, sondern „Beamten-Pflichterfüllung", denn der Beamteneid auf die Verfassung verlange, „jeder durch Bruch dieser Verfassung eingesetzten Gewalt den Gehorsam zu verweigern[4])."

[1]) So die Erklärung des Gewerkschaftsbundes deutscher Verwaltungsbeamter vom 27. 3. 1920; nach Zeitschrift Preußischer Justizsekretäre und -assistenten, Jg. 1920, S. 34. Siehe auch Die Gemeinschaft, Jg. IV, S. 77.

[2]) In der Darstellung des Reichspostministeriums über die Vorgänge während des Kapp-Putsches heißt es u. a.: „Die Reichs-Post- und -Telegraphenverwaltung hat, getreu ihrer Aufgabe als unpolitische Verkehrsverwaltung der Allgemeinheit zu dienen und Stockungen des deutschen Wirtschaftslebens fernzuhalten, alles getan, um die Beamten zum Ausharren im Dienst zu bewegen. ... Insbesondere haben die Beamten und Arbeiter aller Grade des Reichspostministeriums ... getreu ihre Pflicht erfüllt." Nach Brammer, Militärdiktatur, S. 56 f. Der Aufruf der Reichsregierung aus Dresden an die Beamten forderte ebenfalls keine Arbeitsniederlegung, vgl. Brammer, Militärdiktatur, S. 14 f.

[3]) Zeitschrift Preußischer Justizsekretäre, Jg. 1920, S. 34.

[4]) Nach den Generalakten des preußischen Justizministeriums, P 135/117, S. 67. Der Gegensatz zwischen geordneter Verwaltung und Beteiligung am Generalstreik war für fast alle höheren Beamten unüberbrückbar.

Auch die Befürworter des Streiks im DBB erkannten nach dem Putsch an, daß die große Mehrheit der nicht streikenden Beamten damit keine Unterstützung Kapps beabsichtigt habe. In einem Aufruf erklärten der Reichspräsident und die Reichsregierung, „die deutsche Beamtenschaft, in erstei Linie die Beamtenschaft der Reichsministerien", habe „in hohem Maße" zum schnellen Zusammenbruch des Staatsstreiches beigetragen[1]). Kapp hat die Passivität der Ministerialbürokratie neben der Zurückhaltung der Reichswehr sogar als Hauptursache für das Scheitern des Putsches bezeichnet[2]). Trotz dieser Äußerungen kann nicht geleugnet werden, daß bei ausreichender militärischer Unterstützung die Weiterarbeit der Ministerien leicht in neue Regierungsverhältnisse hätte übergeleitet werden können. Wenn bei einem Angriff auf die Verfassung entschlossen den Anfängen widerstanden werden mußte, dann war die Treueerklärung für die legale Regierung mit einer Tätigkeit unter dem von Kapp eingesetzten preußischen Innenminister v. Jagow nicht vereinbar.

Die von den Anhängern des Streiks für notwendig gehaltene „fortschreitende Politisierung" der Beamtenschaft war nach den Erfahrungen des Putsches durchaus verständlich[3]). Lebhafte Proteste „aus allen Teilen des Landes, besonders aber aus dem Westen", gegen die Streikführung des Aktionsausschusses nach dem 17. März zwangen freilich den Vorstand des DBB zu der Erklärung, daß in Zukunft gewerkschaftliche Aktionen und gemeinsame Aufrufe mit politischen Parteien nicht mehr erfolgen würden[4]). Eine Beruhigung brachte erst ein außerordentlicher Bundestag. Die großen Differenzen über die Politisierung und Organisation des DBB führten jedoch zu einer Abspaltung der höheren Beamten[5]).

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die höheren Beamten den Streik geschlossen verurteilten, die mittleren Beamten ihn in der Mehrheit bis zum

[1]) Der Text des Aufrufes „An die deutsche Beamtenschaft!" bei Brammer, Militärdiktatur, S. 64. Siehe auch das Dankschreiben Eberts und Bauers an die Unterstaatssekretäre vom 22. 3., ebenda, S. 63 f. Siehe ferner Albert Falkenberg, Die Deutsche Beamtenbewegung, S. 106, und Die Gemeinschaft, Jg. IV, S. 82. Zur Ablehnung des Putsches durch die höheren Beamten siehe auch, ebenda, S. 43 f. Der erste Vorsitzende des Bundes höherer Beamter schrieb abschließend in der Zeitschrift des BhB, Jg. II, Nr. 1 vom 15. 4. 1920: „Die Tatsache, daß die Regierung Bauer zeitweise an der Ausübung ihrer Regierungsgewalt behindert war, verpflichtete die Beamtenschaft jedoch nicht, ihre Tätigkeit einzustellen. Sie mußte vielmehr ihrem Eide getreu ihre Tätigkeit fortsetzen, solange nicht die durch Verfassung und Gesetz gewährleisteten Grundlagen des Beamtenverhältnisses angetastet und in die gesetzmäßige Ausübung der den Beamten obliegenden Amtspflichten eingegriffen wurde."

[2]) So z. B. in seinem Brief vom 22. 9. 1920 an Oldenburg-Januschau und in der Verteidigungsschrift, S. 36, beides im Nachlaß Kapp. Auf der Seite der Regierung hat vor allem der Vizekanzler Schiffer den Widerstand der Beamten als ausschlaggebend bezeichnet. Siehe seinen Brief an Gordon, Die Reichswehr, S. 121, und Dokument 37, Anhang, S. 333 f.

[3]) Siehe Albert Falkenberg, „Die Gemeinschaft", Jg. IV, S. 41 f. Falkenberg bestritt jedoch eine parteipolitische Stellungnahme des DBB während des Streiks, es habe sich vielmehr „einzig und allein um die Sicherung der beschworenen Verfassung" gehandelt.

[4]) Ebenda, Heft 8, S. 60.

[5]) Ebenda, Heft 6/7, S. 44; Heft 10, S. 70 und 75; Heft 12, S. 92; Heft 13, S. 100; Heft 15, S. 116.

Rücktritt von Kapp und Lüttwitz billigten, aber die Fortsetzung tadelten und die unteren Beamten den Streik verteidigten; in ihrer Mehrheit auch die Fortsetzung nach dem 17. März.

7. *Die Rechtsparteien und der Putsch*

Nach dem seit vielen Monaten geführten Propagandafeldzug zur Zerstörung der parlamentarischen Mehrheit der Regierungsparteien war von den Rechtsparteien eine Verteidigung der geflüchteten Regierung nicht zu erwarten. Wenn diese auch nicht erfolgte, so mußten Kapp und Lüttwitz doch vergeblich auf eine aktive Unterstützung dieser Parteien warten[1]).

Die von der Mehrheit der DNVP unterstützte Politik des Parteivorsitzenden Hergt führte die Angriffe gegen die Regierungsparteien zur Vorbereitung der bevorstehenden Neuwahlen. Gewaltpolitik konnte nach Ansicht des Parteivorstandes die seit Monaten günstige Entwicklung nur gefährden und die Partei diskreditieren. Mit diesen Argumenten hatte Hergt unter Zustimmung Heinzes von der DVP Lüttwitz zurückzuhalten gesucht und die Nichtbeteiligung der Rechtsparteien bei Gewaltmaßnahmen angekündigt[2]). Von Beginn des Putsches an nahm daher Hergt „aus Sorge um die Zukunft der Partei und ihrer parlamentarischen Vertretung" eine ablehnende Haltung ein. Er legte seinem Parteifreunde Traub nahe, das angebotene Ministeramt abzulehnen und besprach seine Zurückhaltung mit dem Vorsitzenden der DVP, Stresemann, der sie wiederum benutzte, um seine Partei von offener Zustimmung abzuhalten[3]). Gleichfalls nahmen Helfferich und Hugenberg trotz ihrer erbittert geführten Fehden gegen die Regierung eine ablehnende Stellung gegen Kapp ein. Helfferich war über den Putsch verärgert, weil sein soeben errungener Erfolg im Erzberger-Prozeß nun nicht zu der beabsichtigten propagandistischen Wirkung kam[4]).

---

[1]) Die Parteivorstände waren weder an den Vorbereitungen eines Putsches beteiligt noch über die Ereignisse am 13. 3. vorher unterrichtet worden.

[2]) Siehe Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 19 ff. und S. 24, sowie Graef, Der Werdegang der Deutschnationalen Volkspartei, S. 28. In dieser parteioffiziellen Geschichte schreibt der Reichstagsabgeordnete: „Die Partei erfuhr gleichzeitig mit der Regierung von der im Militär entstandenen Bewegung und setzte alle Mittel ein, um die beteiligten Stellen von törichten Schritten zurückzuhalten. . . . Die Deutschnationalen, die schon in den Monaten vorher, . . . jeden, der es hören wollte, mit stärkstem Nachdruck auf die Aussichtslosigkeit derartiger gewaltsamer Umsturzversuche hingewiesen hatten, wußten ihr Gewissen frei."

[3]) Traub-Manuskript, S. 195. Vgl. ferner das Protokoll der Sitzung des DVP-Vorstandes vom 13. 3., Nachlaß Stresemann, Mikrofilm, Rolle 3090, Nr. 139546. Beide Rechtsparteien schlossen sich auch der Protesterklärung des Präsidenten der Preußischen Landesversammlung an, in der die Auflösung der Landesversammlung für ungültig erklärt wurde; Nachlaß Koch 25, Tagebuch, S. 15. Siehe auch Deutscher Geschichtskalender, Jg. 1920, 1. Bd., S. 181, zur Verurteilung des Putsches durch die beiden Rechtsparteien am 16. 3. im Freistaat Sachsen.

[4]) Traub-Manuskript, S. 194 f. und 200. Schmidt-Hannover, a.a.O., S. 164, schreibt: „Der Sieg Helfferichs hätte ein Umschwingen des Regierungspendel bewirkt. Da folgte die Explosion des Kapp-Putsches. Sie übertönte den Nachhall des Prozesses, sie knickte die Hoffnungen der Rechten auf einen im Reichstag zu erkämpfenden Kurswechsel."

Auch eine Besprechung am 14. vormittags zwischen Traub und einigen Herren des Parteivorstandes konnte die Führung der DNVP nicht zu einer aktiven Unterstützung des Putsches bewegen, obgleich fast alle Beteiligten an dem Umsturz Deutschnationale waren[1]).

Der gemäßigten Mehrheit vornehmlich ehemaliger Freikonservativer und Mitglieder der Christlich-Sozialen Partei standen die früheren Deutschkonservativen und die Völkischen gegenüber, die eine offene Unterstützung Kapps wünschten. Dieser rechte Flügel verfügte in einigen überwiegend agrarisch bestimmten Unterbezirken über den maßgebenden Einfluß. Dort kam es zu begeisterten Begrüßungen des Putsches, so in Mittelschlesien, Ostpreußen und Pommern[2]).

Die Parteizugehörigkeit der Putschisten, die zustimmenden Aufrufe einiger Landesverbände, vieler Ortsgruppen und deutschnationaler Zeitungen sowie die Beauftragung führender Parteimitglieder mit den höchsten Stellen durch Kapp machten es indessen der Partei als Gesamtheit schwer, sich von dem Umsturz zu distanzieren[3]). Außerdem war es der Partei unmöglich, zusammen mit den Mehrheitsparteien und Gewerkschaften gegen die Ziele von Kapp und Lüttwitz anzurennen. Angesichts dieses Zwiespaltes, der nicht das Ziel, sondern nur die Methode betraf, kam der Aufruf vom 13. März heraus. Er ging aus von dem nun beseitigten verfassungswidrigen Zustand unter der Regierung Bauer und stellte die Forderung an Kapp, innerhalb einer Frist von 60 Tagen dem Volke Gelegenheit zu geben, „seinen Willen, bei dem die letzte Entscheidung über das Schicksal von Volk und Vaterland steht, zum Ausdruck zu bringen". Unter dieser Bedingung erklärte man sich bereit, zur Gewährleistung von „Ruhe und Ordnung, Freiheit und nationale Würde" mitzuarbeiten. Die legale Regierung wurde mit keinem Wort mehr erwähnt[4]). Deutlicher war die Zustimmung der dieser Partei nahestehenden Presse. Nachdem sie zunächst die Putschgerüchte als Ablenkungsmanöver der Regierung bezeichnet hatte, beeilte sie sich, eine angeblich verfassungswidrige Parteiherrschaft und deren Unfähigkeit für den Ausbruch des Putsches verantwortlich zu machen. Die Regierung habe ihn durch Erfüllung berechtigter militärischer Forderungen nach Wahlen und Fachministern verhindern können, statt dessen aber durch die Verabschiedung von Lüttwitz und Verhaftungsbefehle gefördert. Nun stürzten die Minister durch den Generalstreik das Land in ein drohendes Chaos, um ihre Ämter zu retten. Auf der anderen Seite wurden den Putschisten die edelsten Beweggründe zuerkannt. Das ging bis zu der

---

[1]) Traub, ebenda, S. 194 f., und Westarp-Manuskript T. II, S. 100.

[2]) Siehe die Texte der Aufrufe bei Brammer, Militärdiktatur, S. 42 ff. Vgl. auch Liebe, a.a.O., S. 54.

[3]) Vgl. Anklageschrift, S. 107, und Freytagh-Loringhoven, Briefe, S. 51.

[4]) Der Text bei Brammer, Militärdiktatur, S. 50. Siehe auch die Runddepesche des Vorstandes an die Landesverbände bei Liebe, a.a.O., S. 54 und Fußnote 243.

Behauptung, die neue Regierung stehe „fest auf dem Boden der Verfassung", sie habe „die schmählich mißhandelte Verfassung ihrem Geiste und Wesen nach wieder hergestellt[1])." Mit den schwindenden Erfolgsaussichten unterstützte sie zuerst den Übergang in eine Koalitionsregierung auf breitester Basis und rief schließlich zur Einigkeit gegenüber der bolschewistischen Gefahr auf. Die „Ostpreußische Zeitung", ein Organ der DNVP, hatte in diesen Tagen folgende Überschriften: „Die Märchen von den reaktionären Putschversuchen!" (13. März); „Voller Sieg auf der ganzen Linie!" (15. März); „Nieder mit den Streikhetzern!" (16. März); „Ebert kapituliert vor Kapp und nimmt die wesentlichen Bedingungen an!" (17. März); „Das Reich ist vom Kommunismus bedroht!" (18. März)[2]).

Unmittelbar nach dem Putsch betonte ein Aufruf des Parteivorstandes erneut die Schuld „einer unfähigen Parteiregierung" an den Ereignissen. Man zeigte Verständnis für die Männer, die „aus schwerer Sorge um Volk und Vaterland" die verfassungsmäßige Entwicklung unterbrochen hätten, lehnte diesen Weg aber ab[3]). Die Distanzierung von diesem Unternehmen nahm jedoch rasch wesentlich schärfere Formen an. In einer Erklärung des Parteivorstandes vom 9. April wurde „jede verfassungswidrige Handlung unbedingt verurteilt", neue Umsturzversuche würden nur „unabsehbares Unheil" bringen; wer sich an solchen Vorhaben beteilige, für den sei in der DNVP kein Platz. Graf Westarp wurde so lange bedrängt, bis auch er öffentlich jeden weiteren Umsturzversuch ablehnte. Diese Stellungnahme der Partei beruhte zum Teil auf der Überzeugung, daß die Entwicklung zu „Ruhe und Ordnung" durch Gewaltmaßnahmen nur gefährdet werden würde. Vor allem aber stand die Partei unter dem Druck des beginnenden Wahlkampfes, in dem das Eintreten für den Putsch bei der herrschenden öffentlichen Meinung politischer Selbstmord war[4]). Nun wurden Kapp und Traub die politischen Fähigkeiten abgesprochen und das Unternehmen sogar als „verbrecherischer Wahnsinn" bezeichnet. Die Partei rühmte sich außerdem, die Regierung vor dem Putsch rechtzeitig gewarnt zu haben. Gleichfalls kam es zur Ersetzung der in den Parteivorständen befindlichen Persönlichkeiten, soweit sie an dem Unternehmen beteiligt waren. Auf die Gegner der Partei hat diese Distan-

---

[1]) Die Zitate nach „Deutsche Tageszeitung" vom 16. 3. 1920. Siehe auch „Lokal-Anzeiger", Extraausgabe vom 15. 3. 1920. Ferner Liebe, a.a.O., S. 57. Nachlaß Koch 25, S. 3 f.

[2]) Nach Krüger, Diktatur, S. 36.

[3]) Der Text bei Brammer, Militärdiktatur, S. 50 f. Zur Ablehnung des Putsches durch die Partei siehe auch Traub-Manuskript, S. 204 ff., und Westarp-Manuskript T. II, S. 123 f.

[4]) Der Beschluß des Parteivorstandes in Korrespondenz der DNVP, Nr. 79, vom 15. 4. 1920, nach Westarp-Manuskript T. II, S. 124 f. Zum Druck auf Westarp und seiner schließlichen Distanzierung von Gewaltmaßnahmen siehe Westarp, ebenda, S. 118 f., und Kreuzzeitung vom 1. 5. 1920, Nr. 202; nach Westarp, ebenda, S. 132 f. Zu den Gründen dieser scharfen Ablehnung des Putsches siehe Westarp, ebenda, S. 115 f. und 119 f. Die Landesverbände Ostpreußen und Schlesien, die sich hinter Kapp gestellt hatten, wurden von der Parteiführung desavouiert, vgl. Liebe, a.a.O., S. 54.

zierung wenig Eindruck gemacht, es kam sogar zu dem Vorwurf der Feigheit. Innerhalb der DNVP aber entstand verschiedentlich starke Mißstimmung[1]).

Da sich unter den Hauptbeteiligten der Umsturzbewegung keine Angehörigen der DVP befanden, war diese Partei in einer günstigeren Ausgangsposition. Auch gelang es der geschickten Führung Stresemanns mit Unterstützung des gesamten Parteivorstandes, die gegensätzlichen Auffassungen in der Parteiführung auszugleichen. Mit außergewöhnlicher Initiative und politischer Wendigkeit hat diese Partei sich vor allen anderen um einen Ausgleich zwischen den beiden Regierungen bemüht. Ihr kam die Tatsache zu Hilfe, daß sie von beiden Seiten als möglicher Partner angesehen wurde. Im Unterschied zur DNVP gab es nach dem Putsch nahezu keine gegenseitigen Vorwürfe, kein mißmutiges Abseitsstehen und keine Austritte von Parteimitgliedern. Die DVP kann mit ihrer klugen Politik des Ausgleichs als der eigentliche Sieger in diesem Putsch bezeichnet werden. Wenige Monate später verdreifachte sich in den Reichstagswahlen die Zahl ihrer Abgeordneten, und einige Wochen danach war sie maßgeblich in der Reichsregierung vertreten[2]).

Da die Parteiführung an der Vorbereitung des Putsches nicht beteiligt war, wurde sie am 13. März von der neuen Lage überrascht. Zunächst blieb das Schicksal der legalen Regierung unbekannt, und im Parteivorstand herrschte die Überzeugung vor, daß sich Kapp bereits durchgesetzt habe. Man beschloß, noch keine feste Position zu beziehen, sondern sich erst durch eine Abordnung bei Kapp zu informieren. Die Stimmung in dieser Sitzung dürfte der preußische Landtagsabgeordnete Leidig treffend wiedergeben: „Daß die Empfindung, daß diese Bewegung aus nationaler Sorge hervorgegangen sei und nationale Ziele sich gesetzt habe, bei uns den Männern dieser Bewegung gegenüber stärkere Sympathien auslöste, als wir sie den Trägern der Revolution vom 9. November gegenüber haben konnten, ist wohl selbstverständlich“[3]). Nach dem Bericht der von Kapp zurückgekehrten Abordnung bewegten sich die Äußerungen in einer erweiterten Vorstandssitzung zwischen Ablehnung, Abwarten und Begrüßung. Als jedoch Dr. Maretzky bekanntgab, daß er Kapp die Zustimmung der Partei zu seinem Unternehmen erklärt habe, mußte er von Stresemann einen Verweis hinnehmen. Der Vorsitzende wies dabei auf die Zurückhaltung der Deutschnationalen und ihres Vorsitzenden Hergt hin, er würde es daher bedauern, „wenn wir uns zu weit vorwagten[4]).“ Das Ergebnis der verschiedenen Vorschläge faßte Stresemann in folgender Weise zusammen: „Deshalb müssen wir eine Linie suchen, die auf der einen Seite der neuen Regierung keine Schwierigkeiten

[1]) Traub-Manuskript, S. 206. Siehe ferner Freytagh-Loringhoven, Briefe, S. 62 f.; Stenographische Berichte, Bd. 332, S. 4986 ff. (Düringer), und Liebe, a.a.O., S. 59 ff.

[2]) Vgl. Horkenbach, a.a.O., S. 111, 383 und 402.

[3]) Leidig, Meine Teilnahme an den Ereignissen des 13.—18. 3. 1920, Nachlaß Stresemann, Nr. 139533.

[4]) Protokoll der Sitzung vom 13. 3. 1920, 16.30 Uhr, Nachlaß Stresemann, Nr. 139546.

macht, die uns aber den Weg läßt, evtl. Mittler zu sein zwischen Dresden und Berlin. . . . Wir dürfen nicht mit der neuen Regierung durch dick und dünn gehen. Unter allen Umständen fordern wir die sofortige Zurückführung des ungesetzlichen Zustands auf eine gesetzmäßige Grundlage“[1]).

Auf dieser Basis wurde der Aufruf des Parteivorstandes am 13. nachmittags verfaßt. Gleich dem Aufruf der DNVP gab er die Schuld für die Ereignisse der bisherigen Regierung. Nunmehr habe sich eine neue Regierung gebildet. Von dieser forderte der Aufruf die schnelle Überleitung des Provisoriums in die Gesetzmäßigkeit „auf der Grundlage des bisherigen freiheitlichen Wahlrechtes“. Bis dahin gelte es zu verhüten, „daß innerer Kampf den Zusammenbruch unserer politischen und wirtschaftlichen Lage herbeiführt[2]).“ Sowohl dieser Aufruf als auch die vorhergegangenen Besprechungen nahmen das Ende der alten Regierung als Tatsache hin. Im Gegensatz zu dem Fraktionsvorsitzenden Heinze, dessen Eintreten für die Reichsregierung als „ein Unglück“ bezeichnet wurde, dachte die Partei in Berlin nicht an die Verteidigung der legalen Exekutive[3]) sondern an die Legalisierung des Umsturzes. Die Kundgebung war, kurz gesagt, „eine Neutralitätserklärung mit einem gewissen Wohlwollen für die Männer der neuen Regierung[4])“, aber keine Ablehnung des Putsches, wie sie später von Heinze vor der Nationalversammlung interpretiert wurde[5]). In den Unterverbänden rief diese Proklamation verschiedentlich Kritik an der unklaren und doppeldeutigen Formulierung hervor; passierte es doch, daß sich Parteimitglieder unter Berufung auf den Aufruf offen zu Kapp bekannten[6]).

Am zweiten Putschtage setzte sich indessen in der Parteiführung eine starke Zurückhaltung durch. Einmal wiesen Mitglieder auf die allgemein ablehnende Stimmung in der Bevölkerung hin, die sich bereits auf die Stellungnahme einzelner Landesverbände ausgewirkt hatte. So waren beispielsweise von der DVP in Bayern und Oldenburg Treueerklärungen für die legale Regierung abgegeben worden[7]). Vor allem aber wurde die Parteiführung von der Entwicklung in den süddeutschen Staaten beeinflußt. Man hatte erfahren, daß diese sich zur alten Regierung bekannten, die geflohenen Minister nach dorthin ausweichen wollten und auch die militärische Situation in Baden, Württemberg, Westfalen und Hannover für Kapp nicht günstig stehe. Ebenfalls lief die Nachricht von der Einberufung der Nationalversammlung nach Stuttgart ein. Besorgnisse wegen des

[1]) Ebenda, Nr. 139551 f. Ein Auszug im Dokument 39, Anhang, S. 335 f.

[2]) Text bei Brammer, Militärdiktatur, S. 48 f., und bei Hartenstein, a.a.O., S. 156.

[3]) Protokoll vom 15. 3. 1920, Nachlaß Stresemann, Nr. 139566. Eine ausführliche Interpretation des Aufrufs gibt Hartenstein, a.a.O., S. 156 ff.

[4]) So Leidig in seinem Bericht, Nachlaß Stresemann, Nr. 139533.

[5]) Siehe Stresemann, Märzereignisse, S. 36.

[6]) Nach Hartenstein, a.a.O., S. 159.

[7]) Siehe Deutscher Geschichtskalender, Jg. 1920, 1. Bd., S. 220, und Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1920, 1. Teil, S. 49.

Generalstreiks, einer Trennung des Reiches in Nord und Süd und eines linksradikalen Gegenstoßes verbanden sich mit dem ersten Zweifel an dem Gelingen des Putsches. Nach dem Sitzungsprotokoll ermahnte Dr. Cremer seine Parteifreunde mit den Worten: „Der Ausgang der ganzen Sache sei zweifelhaft, da nicht bloß die Arbeiterschaft, sondern auch das Bürgertum Mißtrauen gegen die Ministerliste des Herrn Kapp habe. Offenbar sei die Sache ganz ungenügend vorbereitet. Wir müßten uns daher hüten, allzu deutlich für Kapp einzutreten[1])."

Angesichts dieser Lagebeurteilung rückte der Vermittlungsgedanke in das Zentrum der weiteren Überlegungen. Eine Kapitulation Kapps sollte mit Rücksicht auf die beteiligten Truppen vermieden werden. Stresemann dachte an die Festsetzung von Neuwahlen, den Rücktritt beider Regierungen und die Bildung eines Übergangsministeriums aus Fachministern. Der Abgeordnete Dr. Hugo beurteilte das Eingreifen der Partei auf dieser Basis recht optimistisch: „Die Linke habe abgewirtschaftet, die Rechte sei durch Kapp kompromittiert, jetzt sei die Gelegenheit für uns günstig[2])". Für ihn war Kapp als Reichskanzler untragbar geworden. Noch hielt die Mehrheit des Vorstandes allerdings dessen Position für so stark, daß er nicht einfach beiseite geschoben werden könne[3]). Namentlich Dr. Maretzky trat entschieden für Kapp ein und versuchte, die Vorwürfe und Bedenken unter seinen Parteifreunden zu zerstreuen[4]). Man einigte sich in der Sitzung, erstens Kapp zur Bildung eines Geschäftsministeriums auf breiterer Grundlage und zur sofortigen Bekanntgabe des Neuwahltermins zu bewegen, zweitens mit anderen Parteien, vor allem dem Zentrum, Fühlung aufzunehmen[5]). Die hiermit einsetzenden Ausgleichsbemühungen und ihr weiterer Verlauf werden im folgenden Kapitel erörtert.

Hier sei nur noch kurz angedeutet, daß der Parteivorstand am folgenden Tage, dem 15. März, den Rücktritt Kapps für erforderlich hielt und erstmalig die Ungesetzlichkeit des Unternehmens verurteilte. Heinze ließ an diesem Tage nach seiner Rückkehr aus Dresden im Parteivorstand keinen Zweifel über die gebotene Loyalität: „Wie können wir in Zukunft die Massen wieder zur Gesetzmäßigkeit zurückführen, wenn wir nicht von diesem Wahnsinn abrücken? Deshalb haben wir in Dresden gesagt, daß wir zu der gesetzmäßigen Regierung stehen müssen[6])." Da die DVP begreiflicherweise an einem vollständigen Sieg der Regierungsparteien über Kapp und Lüttwitz nicht interessiert war, konzentrierte die Parteiführung sich auf die Herbeiführung eines friedlichen Ausgleichs[7]).

---

[1]) Protokoll der Sitzung vom 14. 3. 1920, 11.00 Uhr, Nachlaß Stresemann, Nr. 139555 f.

[2]) Protokoll, ebenda, Nr. 139557. Zu Stresemann, Nr. 139556.

[3]) Ebenda, Nr. 139559.

[4]) Ebenda, Nr. 139560. Vgl. auch Hartenstein, a.a.O., S. 169.

[5]) Protokoll, ebenda, Nr. 139557/59 und 61.

[6]) Nach Hartenstein, a.a.O., S. 166. Eine ausführliche Darstellung der Sitzung vom 15. 3. 1920 ebenda, S. 165 ff.

[7]) Ebenda, S. 170 ff.

Nach dem Putsch wurde der Regierung Bauer und der politischen Entwicklung nach dem November 1918 die Verantwortung für den Umsturz zugeschoben. Die DVP habe am 13. März in Berlin die neue Regierung als Tatsache hinnehmen müssen. Das Gebot der Stunde sei nicht die Verschärfung des Gegensatzes zwischen den beiden Regierungen gewesen, sondern die Verhinderung der Spaltung des Reiches, des Zusammenbruchs der Reichswehr und des linksradikalen Gegenstoßes. Der einzige Ausweg habe in der Bildung eines neuen Koalitionsministeriums gelegen, diesem Ziel hätten die Bemühungen der Partei gegolten. Zum Beweis ihrer Verfassungstreue berief sich die Partei auf das in der Tat loyale Verhalten Heinzes in Dresden. Die Folgen des Putsches wurden ausschließlich dem Generalstreik aufgebürdet, der nicht nur als verhängnisvoll, sondern auch als überflüssig bezeichnet wurde, da, so hieß es nun, die neue Regierung vom ersten Tage an keine Erfolgschancen gehabt habe[1]).

8. *Beziehungen der Putschisten zu den Linksradikalen*

Minister Südekum verteidigte seine Beteiligung an Verhandlungen zur friedlichen Beilegung des Putsches später unter anderem mit dem Argument, daß während der letzten Tage des Unternehmens ein Zusammenwirken der Extremisten von rechts und links „immer deutlicher in den Kreis der Möglichkeiten, ja Wahrscheinlichkeiten" getreten sei[2]). Demgegenüber bezeichnet Pfarrer Traub solche Erklärungen als absichtlich erzeugte Gerüchte[3]). Pabst behauptet vorsichtiger, daß weder Kapp noch Lüttwitz ernsthaft an einer Verbindung zu Unabhängigen oder Kommunisten interessiert gewesen seien, doch fügt er hinzu, „dieser Unfug war eine Privatarbeit des Oberst Bauer[4])".

Schon lange vor dem 13. März suchte Oberst Bauer nach Möglichkeiten, wie die nationalen und die sozialistischen Kräfte zusammengeführt werden könnten. Nur in diesen beiden Lagern sah er Entschlossenheit und Opferbereitschaft, die Deutschland von den Bindungen des Versailler Vertrages befreien könnten. Aus solchen Erwägungen hatte er bereits Gespräche mit einem gleichgesinnten Kreis um den USPD-Funktionär Wauer, mit dem zum Kommunismus neigenden Freiherrn v. Reibnitz und mit Radek geführt[5]). Am 13. und 14. März kam es durch seine Initiative zu drei Gesprächen Wauers mit Kapp, die aber schon bei der Diskussion eines arbeiterfreundlichen Programms scheiterten und dann eingestellt wurden. Kapp suchte durchaus die Verbindung zur Arbeiterschaft, doch bei seinen konservativen und liberalen Grundsätzen betrachtete er Gespräche mit Sozialisten als Zeitverschwendung. Außerdem verfügte Wauer in

[1]) Siehe Stresemann, Märzereignisse, S. 7 ff., 18, 25 und 31 f., sowie die Schlußbetrachtung bei Hartenstein, S. 181 ff.

[2]) Brief an Hermann Müller, S. 7, Nachlaß Südekum 99.

[3]) Traub-Manuskript, S. 197.

[4]) Mitteilung von Major Pabst.

[5]) Wauer, Hinter den Kulissen, S. 7 f.

seiner Partei über keinen Einfluß, im Gegenteil, nach seinem ersten Besuch bei Kapp war das Mißtrauen so groß, daß er nicht mehr an den Funktionärsversammlungen teilnehmen durfte. Mit seinen Vorschlägen konnten die Putschisten wenig anfangen. Am 14. forderte er von Kapp, Ludendorff müsse als „General der Arbeiter" die Führung übernehmen, dem General aber erklärte er am folgenden Tage, kein Arbeiterführer würde mit ihm verhandeln[1]).

Die ernsthaftesten Versuche unternahm Oberst Bauer während der Schlußphase des Unternehmens. Nach seiner Ansicht hatten das Bürgertum und die Reichswehrführung versagt. Er sah darin eine Bestätigung für die Richtigkeit seiner politischen Auffassung und wollte dem Unternehmen mit den antibürgerlichen Kräften der USPD und KPD zum Siege verhelfen. Gemeinsam mit der Ehrhardt-Brigade sowie anderen Freikorps sollten sie nun die Reichsregierung in Stuttgart niederringen. Mit diesem Bündnis erstrebte er zugleich die Annäherung an das bolschewistische Rußland, um mit dessen Hilfe Deutschland vom Versailler Vertrag zu lösen. Er war bereit, dafür eine sozialistische Gesellschaftsordnung in Kauf zu nehmen. Sowohl Pabst als auch Freytagh-Loringhoven sprechen in diesem Zusammenhang von der Idee des „Nationalbolschewismus[2])."

Bauers Plan, Truppe und Arbeiterschaft auf Kosten der parlamentarischen Demokratie zu versöhnen, wurde von Reibnitz und Wauer tatkräftig unterstützt[3]). Beide suchten am Abend des 16. März Kapp zum Rücktritt zu bewegen, damit der Weg für diese Entwicklung frei würde. Trotz der späteren Behauptung Wauers, Kapp habe die Verbreitung einer Erklärung über seine Rücktrittsbereitschaft gebilligt, bleibt es sehr fraglich, ob Kapp damit die Absichten Bauers unterstützen wollte. Nach dem Rücktritt von Kapp am folgenden Morgen kam es noch zu einer kurzen Besprechung zwischen Lüttwitz und Reibnitz, die zu keiner Annäherung führte. Diese Kontakte des letzten Tages wurden außerdem von Pabst aufgebauscht, um mit Hilfe solch drohender Verbindungen aus den Verhandlungen mit den bürgerlichen Parteiführern mehr herausholen zu können. Pabst gibt allerdings zu, daß diese Verbindung zu Schwierigkeiten mit maßgebenden Offizieren geführt habe, die solche hintergründigen Absichten nicht verstanden oder nicht gebilligt hätten[4]). Die von Wauer angenommene, aber dennoch fragliche Bereitschaft des Generals zu Verhandlungen mit maßgebenden

[1]) Wauer, a.a.O., S. 8 ff., 18 f. und 22 f. Im DVP-Vorstand wurden am 13. 3. 1920 Nachrichten über den Eintritt der Unabhängigen Barth und Däumig in eine Regierung Kapp ernsthaft diskutiert; Nachlaß Stresemann, Nr. 139552.

[2]) Freytagh-Loringhoven, Briefe, S. 54, und Mitteilung von Major Pabst.

[3]) Wauer, a.a.O., S. 26 f.

[4]) Ebenda, S. 27 f. Kapp bezeichnet in seinem Brief an Westarp vom 20. 8. 1920 die Verhandlungen mit Wauer und Reibnitz, soweit sie seine Rücktrittserklärung betreffen, als „frei erfunden". Kontakte zwischen Lüttwitz und Reibnitz erwähnen Abshagen, a.a.O., S. 75 f.; Jansen, Militärputsch, S. 18; Krüger, Diktatur, S. 13 f., und Südekum in seinem Bericht, S. 13 f., Nachlaß Südekum 99. Die Quellengrundlage ist jedoch zu gering, um genauere Angaben machen zu können.

Vertretern der Arbeiterschaft blieb gleichfalls ohne Ergebnis. Erstens mußte Lüttwitz das Unternehmen an diesem Nachmittag aufgeben, zweitens gelang es Wauer nicht, auch nur einen Arbeiterführer für Verhandlungen zu gewinnen. Seine Gewerkschaftskollegen empfingen ihn „mit offenbarer Verachtung" und nannten ihn einen „Arbeiterverräter". Die Parteigenossen wollten nicht einmal seinen Bericht hören, sie waren überzeugt, man wolle sie nur in eine Falle locken, „an die Wand stellen und vernichten[1])".

Oberst Bauer war ebenfalls isoliert. Ehrhardt fragte Pabst ganz erbost, was er denn nun eigentlich machen solle, erst habe man die linksradikalen Führer bekämpft, und nun verhandele Bauer mit ihnen. Er drohte sogar mit dem Abmarsch der Brigade, falls die Kontakte fortgesetzt werden würden[2]).

[1]) Wauer, a.a.O., S. 28 f. Nach Krüger, a.a.O., S. 14, wurde Wauer aus der USPD ausgeschlossen.

[2]) Mitteilung von Major Pabst.

V. Kapitel

Die Beendigung des Putsches

1. *Die Wendung zur Niederlage*

Die Ergebnisse des ersten Tages waren keineswegs entmutigend für Kapp und Lüttwitz. Unter freudiger Zustimmung einer großen Menschenmenge hatte die Ehrhardt-Brigade Berlin besetzt. Der Übertritt der im Raum Berlin stationierten Reichswehr und Sicherheitspolizei sowie die Zustimmung der Befehlshaber in Ostpreußen, Pommern, Mecklenburg, Sachsen-Weimar, Schlesien und der Marinestationen mit dem Chef der Admiralität sowie die abwartende Haltung fast aller anderen Verbände deuteten die Möglichkeit an, innerhalb weniger Tage in ganz Deutschland eine neue Regierungsautorität durchsetzen zu können. So war die Stimmung in der Reichskanzlei am ersten Tage durchaus optimistisch.

Schon der zweite Tag machte aber deutlich, daß die freudigen Zuschauer vom Samstagmorgen weder ein allgemeingültiges Urteil der Bevölkerung noch den Willen zu aktiver Unterstützung besagt hatten. Kapp und Lüttwitz waren für die politischen Kräfte in Deutschland völlig überraschend aufgetreten und hatten ihnen keine Zeit für Abwehrmaßnahmen gelassen. So suchten sich die Parteien und Verbände zunächst Informationen zu verschaffen, mit politisch nahestehenden Organisationen auf ein gemeinsames Vorgehen zu einigen und über das Ziel sowie die Stärke der plötzlich aufgetretenen neuen Regierung zu unterrichten. Nachdem der wirkliche Sachverhalt bekannt geworden war, erhob sich eine Welle der Empörung und des Widerstandes. Mit dem Gewicht ihrer Legalität und Autorität gab die zunächst verschollene Reichsregierung am zweiten Tage allen Unentschlossenen wieder eine klare Frontstellung und vereinte die sich zur Verfassung bekennenden politischen Kräfte des Volkes im Widerstand. Kapp und Lüttwitz hatten die Unzufriedenheit in der Bevölkerung über die bestehenden Regierungsverhältnisse bei weitem überschätzt. Für die große Mehrheit des deutschen Volkes, einschließlich der höheren Beamten und Offiziere, war die Republik vor allem aber ein Rechtsstaat, der nur auf demokratischem Wege geändert werden durfte und dem man durch den geleisteten Eid verpflichtet war.

Bei nüchterner Betrachtung mußte die Kapp-Lüttwitz-Gruppe am zweiten Putschtage mittags folgende Lage zur Kenntnis nehmen:

1. Die Rechtsparteien hatten in ihren Landes- und Ortsverbänden zum Teil mit offener Zustimmung, in den Verlautbarungen der Parteiführungen allerdings nur mit wohlwollender Neutralität und der Forderung nach Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände, geantwortet. Gleichzeitig waren, namentlich in

Unterverbänden der DVP, Bekenntnisse zur alten Regierung erfolgt. Das Angebot tatkräftiger Unterstützung von den Parteiführungen war jedenfalls ausgeblieben.

2. Die übrigen Parteien verurteilten den Putsch als ein reaktionäres Unternehmen, forderten bis auf das Zentrum und die KPD-Parteizentrale sofort den Generalstreik und die Unabhängigen außerdem den bewaffneten Aufstand der Arbeiterklasse.
3. Von den Gewerkschaftsverbänden, mit Ausnahme der christlichen, war der Generalstreik ausgerufen worden, dessen zu erwartende Befolgung das gesamte Wirtschaftsleben lahmlegen würde.
4. Die Reichswehr war nur im Osten und Nordosten des Reiches dem Umsturz gefolgt. Ein Teil der Kommandeure und die Mehrheit der höheren Offiziere im Reichswehrministerium blieben ablehnend oder mit unterschiedlichem Wohlwollen neutral. Im Süden und Südwesten des Reiches hatten sich einige Befehlshaber bereits gegen die neue Regierung erklärt. In Dresden, Kassel und Münster versuchten die Befehlshaber zwischen beiden Regierungen eine Position für Vermittlungen zu finden.
5. Die geflohene Reichsregierung konnte nicht mehr ausgeschaltet werden. Sie hatte die Unterstützung aller Länderregierungen bekommen und die Nationalversammlung nach Stuttgart einberufen lassen.
6. Ein Teil der Bevölkerung hatte den Einmarsch der Truppen in Berlin freudig begrüßt, aber über die wachsende Feindschaft der Mehrheit des ganzen Volkes konnte kein Zweifel mehr sein.

Angesichts dieser für Kapp und Lüttwitz unerwarteten Lage kam dem Bekenntnis der Unterstaatssekretäre des Reiches zur legalen Regierung eine erhöhte Bedeutung zu, denn damit war die gesamte Reichsverwaltung der neuen Regierung entzogen worden.

Diese Erklärung, zugleich ein Beweis für die Richtigkeit der Flucht der legalen Regierung nach Dresden, verdeutlicht die hoffnungslose Lage, in der sich Kapp und Lüttwitz befanden. Mit den Truppeneinheiten, die sich aus Überzeugung oder in der Verwirrung des ersten Tages zur Verfügung gestellt hatten, war die legale Regierung nicht auszuschalten, der drohende Generalstreik nicht niederzuschlagen und damit die Macht in Deutschland nicht zu erringen. General v. Seeckt unterrichtete an diesem Mittag des 14. März seine Gattin mit den Worten: „Das kann ich dir jetzt schon sagen, daß diese Sache am Zusammenbrechen ist[1])."

Wie gering die Zustimmung der Öffentlichkeit war, mußte Kapp auf seiner ersten und einzigen Pressekonferenz am 14. März mittags erkennen. Als er sich vor den etwa 200 anwesenden Journalisten verneigte, „erwiderten ihm kaum zehn den Gruß[2])". Auf seine Darlegungen, daß er allein Deutschland vor dem

[1]) Nach Rabenau, Seeckt, S. 224.

[2]) Siehe Kern, a.a.O., S. 335.

Sturz in den Abgrund bewahren wolle, seine Versicherungen, es handele sich nur um ein Übergangsstadium, Neuwahlen würden bald zu verfassungsmäßigen Zuständen führen und seine Bitte um Unterstützung, folgte nur „ganz vereinzelter Beifall[1])."

Trotz gegenteiliger Äußerungen vor den Journalisten glaubte Kapp kaum noch an den eigenen Erfolg. Vor allem die Weigerung der hohen Beamten hatte bei Kapp eine regelrechte Niedergeschlagenheit erzeugt, aus der er nicht mehr herauskam, wenn er es auch nach außen zu verbergen suchte. Glückwünsche zum Unternehmen, die Hindenburg dem Freiherrn v. Wangenheim mitgegeben hatte, konnten die Lage nicht verbessern, solange sich der Generalfeldmarschall nicht öffentlich einsetzte[2]). Kapp überlegte daher schon an diesem 14. mittags ernsthaft mit seinem politischen Freund Traub, „ob er nicht als Staatsmann von dem Unternehmen zurücktreten und die ganze Angelegenheit General von Lüttwitz überlassen sollte, der die militärische Veranlassung gegeben und auch die Verantwortung dafür allein tragen sollte". Beide kamen zu dem Ergebnis, daß man bleiben müsse, „um von der alten Regierung möglichst viel herauszuschlagen". Sie sollte damit wenigstens in ihrem Ansehen so geschwächt werden, daß sie in Zukunft nicht mehr tragfähig war[3]). Auch Pabst, der Kapps Rücktrittsüberlegungen vom 14. mittags bestätigt, will von diesem Zeitpunkt an, den erfolgreichen Abschluß des Unternehmens unter Führung Kapps nicht mehr für möglich gehalten haben. Der Rücktritt des neuen Reichskanzlers sei von ihm bedacht worden, um das Unternehmen von der politischen Belastung zu befreien und damit Lüttwitz eine festere Position zu geben, dessen ursprüngliche Forderungen leichter durchzusetzen waren[4]). Mit diesen Rückzugsgedanken war der Putsch im politischen Sinne gescheitert. Die zweite Phase des Unternehmens, durch Verhandlungen wenigstens einen Teilerfolg zu erzielen, deutete sich an.

Der Nachmittag brachte weitere unangenehme Tatsachen, vor allem aber trat die fehlende Siegesgewißheit auf einer Besprechung aller führenden Beteiligten offen in Erscheinung. Zuerst meldeten sich der Direktor der Deutschen Bank, der für die Großfinanz jede Unterstützung ablehnte[5]). Als Dr. v. Stauß die Reichskanzlei verließ, erschienen die Minister Oeser und Südekum mit Oberbürgermeister Dominicus, um Kapp die Rücktrittsforderung der Eisenbahnergewerkschaften zu überbringen. In der Besprechung, an der auch Lüttwitz, Hülsen,

[1]) Nach einem Protokoll des Vertreters der Transozean GmbH, Akten der Reichskanzlei, Mikrofilm, Nr. K 537919 ff.

[2]) Bemerkungen von Traub zum Kapp-Unternehmen, Nachlaß Kapp.

[3]) Ebenda. Vgl. auch Traub-Manuskript, S. 195.

[4]) Mitteilung von Major Pabst. Am 17. 3. 1920 berichtete Unterstaatssekretär Albert in Stuttgart: „Niemand hat ins Kabinett gewollt, nachdem die Beamten nicht mitmachten, z. B. auch nicht Helfferich. Darauf war schon Sonntag Kapp erschüttert und wollte zurücktreten. Gegeneinander alsbald Kapp und Militärdiktator Lüttwitz." Nachlaß Koch 25, Tagebuch, S. 43.

[5]) Südekum-Bericht, S. 7, Nachlaß Südekum 99.

Ludendorff, Falkenhausen und teilweise Pabst teilnahmen, warnte die Abordnung besonders vor den Folgen des Generalstreiks. Auch könne kein Beamter für die neue Regierung arbeiten, ohne meineidig zu werden. Kapp hielt dem entgegen, daß beide Regierungen abgesetzt, beide Parlamente aufgelöst und er die Bildung einer Koalitionsregierung vorbereite, in die Oeser und Südekum eintreten könnten. Als Südekum auf die fehlende Legitimation zur Ministerernennung hinwies, die nur der Reichspräsident besitze, erklärte Kapp dessen Absetzung[1]). Die Abordnung zeigte sich der Bildung eines Koalitionsministeriums gegenüber nicht abgeneigt. Aber dies sei Aufgabe der Parteien, die auch baldige Neuwahlen durchführen würden. Für die Führer des Unternehmens komme eine Mitwirkung nicht in Betracht, sie müßten zurücktreten, sonst beginne der Generalstreik[2]). Kapp wies diese Aufforderung keineswegs entschieden zurück, sondern versprach Nachricht zu geben, sobald er sich mit seinen Mitarbeitern beraten habe[3]).

An der nun folgenden Beratung nahmen alle führenden Persönlichkeiten der Kapp-Lüttwitz-Gruppe teil. Gemäß seinem Entschluß, das Unternehmen fortzusetzen, schlug Kapp gleich zu Beginn die Abweisung des Ultimatums vor. Seine Begründung, „daß das Ultimatum nur Bluff sei", weist indessen auf die mehrfach erscheinende Tatsache hin, daß Kapp die nachteilige Wirkung seiner Person wie des ganzen Unternehmens namentlich auf die organisierte Arbeiterschaft nicht zugeben wollte. Die Beiträge anderer Sitzungsteilnehmer unterstützten zunächst die Ablehnung des Ultimatums; Lüttwitz, den General v. Hülsen vor einer zu optimistischen Lagebeurteilung gewarnt hatte, allerdings schon mit einer Einschränkung. Heftig beklagte sich dann jedoch Hülsen über die Fehler der neuen Regierung. Die der Truppe gegebenen Nachrichten seien in den meisten Fällen falsch gewesen, die obersten Stellen der politischen Gegner übten ruhig ihre Ämter aus, und jegliche Propaganda bleibe aus. „Nur eine Chance habe die neue Regierung, daß die alte nicht wisse, wie miserabel es in Berlin aussähe!" Hülsen schlug vor, Kapp möge unter Hinweis auf den drohenden Generalstreik zurücktreten. Dadurch könne Zeit zu Verhandlungen gewonnen werden, die zur Bildung einer neuen Regierung mit starker Beteiligung der Rechtsparteien genutzt werden solle[4]). Noch pessimistischer urteilte Falkenhausen. Dieser war nach seiner späteren Aussage von Anfang an von dem Fehlschlag des Unternehmens

[1]) Vgl. ebenda, S. 7 ff.; Anklageschrift, S. 104 ff.; Hülsen-Bericht, S. 3; Aussage von Dominicus bei Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 47; Brief Südekums an Reichskanzler Müller, S. 3 f., Nachlaß Südekum 99. Kapp bestreitet die ausgesprochene Absetzung Eberts, gibt aber zu, daß sie durch das Märzunternehmen „tatsächlich erfolgt" sei; Verteidigungsschrift, S. 27, Nachlaß Kapp. Zur Regierungsbildung, Müller, a.a.O., S. 86.

[2]) Vgl. das Protokoll über die Besprechung der DVP-Abordnung mit Kapp am 14. 3. 1920, Nachlaß Stresemann, Nr. 139530, und Verteidigungsschrift, ebenda, S. 28.

[3]) Siehe die Angaben bei Müller, a.a.O., S. 86.

[4]) Nach dem Bericht General v. Hülsens, S. 4. Vgl. auch Anklageschrift, S. 118, Auszug im Dokument 40, Anhang, S. 336 f.

überzeugt. Er kam zu dem Ergebnis, daß der Putsch „zum Mißlingen verurteilt sei", und sprach sich für den Rücktritt Kapps aus. „Schon gestern sei er sich darüber klar gewesen, daß unter den 100 Karten dieses Spieles sich höchstens eine Glückskarte befunden hätte, heute wisse er, daß auch diese verspielt sei[1])." Oberst Bauer versuchte diese düstere Stimmung mit dem Hinweis auf noch verfügbare Hilfskräfte zu beseitigen, die er jedoch nicht näher bezeichnen wollte. Es ist wohl sicher, daß er linksradikale Kräfte meinte, mit denen er Fühlung hatte, ohne jedoch die Isolierung der mit ihm Verhandelnden zu bedenken[2]). Den Ausschlag gab Ludendorff. Er sah wohl die Möglichkeit, die politische Belastung durch Kapps Rücktritt zu verringern, betonte aber, dieser werde in der Öffentlichkeit als Aufgabe des Unternehmens gedeutet werden. Darauf wurde entschieden, das Unternehmen in der bisherigen Form fortzusetzen. Ein Teilnehmer machte die Bemerkung: „Jetzt noch kein Grund, die Flinte ins Korn zu werfen[3])."

Der Entschluß zum Durchhalten wurde sogleich einer starken Belastungsprobe ausgesetzt. Wie bereits angedeutet, hatte der DVP-Vorstand den Beschluß gefaßt, durch eine Abordnung bei Kapp auf die „sofortige Ausschreibung von Neuwahlen" und die „Bildung eines reinen Geschäftsministeriums aus Fachministern" zu dringen[4]). Kapp sollte sich dabei „nicht bloß auf konservativ-reaktionäre Männer stützen, vielmehr auch Männer der Linken heranziehen", damit die Möglichkeit zu Verhandlungen mit Stuttgart bleibe[5]).

Die Abordnung begründete die Notwendigkeit eines Ausgleichs mit der Treue der süddeutschen Länder und wesentlicher Teile der Reichswehr zur alten Regierung. Damit drohe die Spaltung des Reiches, wenn nicht der Bürgerkrieg. Halte sich die alte Regierung nur acht Tage in Stuttgart, so habe sie gewonnenes Spiel. Da das Volk zu den führenden Persönlichkeiten des Unternehmens kein Vertrauen habe, sei ein Übergangsministerium auf breiter Basis dringend notwendig. Kapp konnte zwar darauf hinweisen, daß er Sozialdemokraten zum Eintritt in

---

[1]) Aussage des Admirals v. Trotha, nach Anklageschrift, S. 118. Ähnlich auch Hülsen, ebenda, und Schiele in einer Aussage, nach der Anklageschrift, S. 119. Vgl. Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 61.

[2]) Aussagen von Trotha und Traub, Anklageschrift, S. 118 f.

[3]) Zitat nach Trotha, Anklageschrift, S. 120. Siehe ferner die Aussagen von Jagow, Schiele und Traub, ebenda, S. 119 f.; Hülsen-Bericht, S. 4. Das Tagebuch des Offiziers v. D., im Nachlaß Schleicher 16, S. 48, enthält die Eintragung: „L. (Ludendorff) alles umgeworfen gegen Falkenhausen." Über die äußere Form der Sitzungen in der Reichskanzlei äußerte sich Ludendorff später vor dem Reichsgericht sehr abwertend: „Ich muß sagen, ich habe etwas menschlich Kläglicheres und Unschöneres als diese Sitzungen, wo viel durcheinander gesprochen und eigentlich kein Beschluß gefaßt wurde, nicht erlebt." Nach Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 75.

[4]) Nachlaß Stresemann, Nr. 139525.

[5]) Nachlaß Stresemann, Nr. 139561. In der Sitzung vom 14. 3. 1920 hatte jedoch Dr. Hugo auch erklärt: „Der Zustand, daß Kapp bleibt, ist untragbar." Ebenda, Nr. 139559. Vgl. auch Hartenstein, a.a.O., S. 159 ff.

beide Kabinette aufgefordert habe, mußte aber auch deren sofortige Ablehnung zugeben. Er gab die Notwendigkeit einer Verbreiterung des Kabinetts zu, „um den gar nicht beabsichtigten Charakter des Kabinetts als eines reaktionären zu verwischen[1])". Auf den Vorschlag, Hindenburg zum Reichskanzler zu machen, äußerte Kapp zwar Bedenken wegen einer Ablehnung durch die Entente, war aber sonst zum Rücktritt bereit, seine Freunde hätten sein Ausscheiden allerdings abgelehnt. Danach ging er zum Gegenangriff über, indem er die Besucher von der günstigen Entwicklung des Unternehmens zu überzeugen suchte. Er sprach in diesem Zusammenhang von Sympathie- und Neutralitätserklärungen der Engländer und Franzosen, die für die DVP-Abordnung indessen unglaubwürdig blieben[2]). Außerdem war Kapp von dem Übertritt Bayerns und der gesamten Reichswehr überzeugt, sobald die Berliner Ereignisse überall bekannt seien. Den Generalstreiksaufruf der Minister bezeichnete er als „grotesk" und „geradezu korrupt", da sie den politischen Streik bisher bekämpft hätten. Er gebe zu, daß seine Aktion dadurch „schwer geschädigt" worden sei, aber mit Jagows Hilfe werde er dagegen rücksichtslos vorgehen[3]). Seine Gesprächspartner hingegen waren der Meinung, daß mit Gewalt der Generalstreik nicht niederzukämpfen sei, „da sonst Bürgerkrieg und unabsehbares Unglück über uns alle kommen würde[4])". Gemäß dem Beschluß vom Nachmittag, das Unternehmen in der bisherigen Form fortzusetzen, lehnte Kapp die angebotene Vermittlerrolle der DVP ab: „Die Brücken zum anderen Lager sind definitiv abgebrochen." Zur Demonstration seiner Stärke stellte er gar die völlig ungerechtfertigte Behauptung auf, er sei durchaus in der Lage, die Reichsregierung in Stuttgart festnehmen zu lassen, sobald sie gegen ihn auftrete[5]).

[1]) Das Protokoll der Unterredung im Nachlaß Stresemann, Nr. 139525 ff., Zitat, Nr. 139527. Eine ausführliche Darstellung an Hand des Protokolls gibt Hartenstein, a.a.O., S. 163 ff.

[2]) Zur Frage des Rücktritts gab Kapp nach dem Protokoll folgende Erklärung ab: „Ich würde auch bereit sein, für meine Person ganz auszuschalten. Ich bin mir der Unzulänglichkeit meiner Person durchaus bewußt. Es kommt auch gar nicht darauf an, wer die Sache macht, sondern daß sie überhaupt gemacht wird. . . . Ich habe erklärt, daß ich persönlich durchaus bereit sei, zurückzutreten. Aber meine hinter mir stehenden Freunde haben das abgelehnt und verlangt, daß Jagow und ich im Amte bleiben." Stresemann-Nachlaß, Nr. 139529 f. Die Besprechung über die Haltung der Entente, ebenda, Nr. 139527 f. Das weite Feld der ausländischen Stellungnahmen zu dem Putsch soll in dieser Arbeit nicht erörtert werden. Der IX. Bd. der Documents on British Foreign Policy bringt wertvolle Hinweise. Die Kapp-Regierung versuchte natürlich mit angeblichen Sympathien maßgeblicher englischer Persönlichkeiten innenpolitische Eroberungen zu machen und war in ihrer bedrängten Lage zu Übertreibungen geneigt. Sowohl der englische, und erst recht der französische Botschafter haben sich mehrfach gegen das Unternehmen ausgesprochen und jeden Kontakt zur Kapp-Regierung abgelehnt. Major Pabst und Fräulein Anneliese Kapp bestätigen jedoch Sympathie- bzw. Neutralitätserklärungen von Angehörigen der beiden Botschaften. Auch behauptet Pabst, sie hätten ein Glückwunschtelegramm Winston Churchills bekommen. Eine Anfrage des britischen Botschafters an sein Ministerium findet sich in den Documents, Vol. IX, S. 411.

[3]) Nachlaß Stresemann, Nr. 139528 f.

[4]) Ebenda, Nr. 139529 f.

[5]) Ebenda, Nr. 139530 f.

Mag diese nach außen gezeigte Zuversicht auch nicht ganz Kapps innerer Überzeugung entsprochen haben, so erfüllte ihn nach dem Eintreffen Ludendorffs doch neue Entschlossenheit. Hinzu trat als wesentliches Moment die falsche Orientierung über die wirkliche Lage in der Reichswehr. Zwei leitende Offiziere der militärischen Nachrichtenstelle hatten an diesem Nachmittag vergeblich versucht, die im Reichswehrministerium eingelaufenen Meldungen, aus denen die hoffnungslose Lage des Putsches hervorging, Kapp vorzutragen. Sie wurden von seinen Mitarbeitern zurückgehalten, die offensichtlich bestrebt waren, Kapp vor ungünstigen Meldungen zu bewahren, um ihn nicht zusätzlich zu belasten[1]). Es ist jedoch bezeichnend für die Unsicherheit unter den Putschisten in der Reichskanzlei, daß der Beobachter Prof. Kern nach einem vergeblichen Versuch, zu Kapp vorzudringen, einigen Offizieren der Sicherheitspolizei in aller Offenheit empfehlen konnte, möglichst bald zur alten Regierung zurückzukehren, da „die Sache Kapps, zu welcher sie verführt worden wären, eine verlorene wäre[2])."

Erfolgreicher scheint ein Gespräch zwischen dem Staatskommissar v. Berger und Lüttwitz verlaufen zu sein. Berger, der zweifellos über Informationen aus allen Reichsteilen verfügte und den der General zu sich gebeten hatte, gab den Rat, sich ohne Verzug mit den Vertretern der politischen Parteien in Verbindung zu setzen. Kapp und v. Jagow seien als Politiker für das Volk untragbar. Da er im Innern die Forderungen von Lüttwitz unterstützte, war der Staatskommissar bestrebt, das Unternehmen auf „einen Konflikt zwischen Armee und Regierung" zu reduzieren und es damit von der Belastung eines umfassenden politischen Umsturzes zu befreien. Zugleich wollte er im Interesse der Erhaltung der Reichswehr eine schnelle Beendigung des Putsches herbeiführen[3]).

2. *Das Scheitern der ersten Vermittlungsversuche*

a) *General Maercker erhält von Kapp und Lüttwitz Bedingungen für eine Einigung mit der Reichsregierung*

Da Maercker seine Vermittlungsaktion angemeldet hatte, wurde er trotz seiner Ankunft zu mitternächtlicher Stunde von der gesamten Kapp–Lüttwitz-Gruppe in der Reichskanzlei erwartet. Kapp, Bauer und Pabst gaben zunächst optimistische Lageberichte. Sie wurden von Ludendorff unterstützt, der erneut ein Aufgeben des Unternehmens ablehnte. Eine entgegengesetzte Beurteilung gab Maercker. Dieser sah bereits die Rückbesinnung auf die legale Regierung bei den zunächst zustimmenden oder abwartenden Offizieren und Politikern der Rechtsparteien. Sein Aufenthalt in Dresden, seine Gespräche mit den geflohenen Ministern und dem DVP-Fraktionsvorsitzenden Dr. Heinze sowie seine Telefongespräche mit anderen Reichswehrbefehlsstellen hatten ihm einen besseren Über-

[1]) Kern, a.a.O., S. 336 f. Siehe auch Anklageschrift, S. 120.

[2]) Kern, a.a.O., S. 337.

[3]) Bericht des Staatskommissars vom 18. 3. 1920, S. 20 f., Nachlaß Heine 35. So hatte er es mit Pabst besprochen.

blick über die wirkliche Lage im Reich verschafft. Er wußte, daß weder die Truppen im Südwesten des Reiches noch das Gruppenkommando 2 in Kassel zu Kapp übertreten würden. Seinen Zuhörern machte er den Vorwurf, ihre Aktion „zu einer denkbar falschen Zeit" und nur mit deutschnationalen Politikern „völlig unvorbereitet" unternommen zu haben. Bei dem Weiterbestehen zweier Regierungen drohe die Spaltung des Reiches und der Kampf Reichswehr gegen Reichswehr[1]). Zum Schluß sprach er dem Unternehmen die Erfolgsaussichten ab und forderte den Rücktritt von Kapp und Lüttwitz. Als Preis dafür solle die Bewilligung der ursprünglichen Forderungen des Generals v. Lüttwitz in Stuttgart verlangt werden. Während Kapp diese Aufforderung ohne Protest aufnahm, hatte er doch innerlich schon seit dem Vormittag an dem Erfolg seines politischen Unternehmens gezweifelt, sprach Lüttwitz erregt Maercker das Recht ab, solche Forderungen zu stellen[2]).

Aber trotz des zum Ausdruck gebrachten Optimismus wagte man keine Ablehnung des Vorschlages zu Verhandlungen. Immerhin hatte Maercker die Zustimmung der Reichsregierung zu seinem Schritt betont. Namentlich Lüttwitz bot sich eine günstigere Aussicht, wenigstens seine ursprünglichen Ziele durchsetzen zu können. Außerdem war die Zustimmung der gesamten Reichswehr bei der Bildung eines Koalitionsministeriums mit Beteiligung der Rechtsparteien sicher. Äußerungen von seiten der DVP und DDP ließen darauf schließen, daß ein Übergangsministerium auf breiter Basis bis zu den Neuwahlen auch innerhalb einiger Parteien in Erwägung gezogen wurde[3]). Für die neue Regierung entstand nun die wichtige Frage, ob und unter welchen Bedingungen eine Einigung mit Stuttgart versucht werden sollte. Bei der noch unübersichtlichen Entwicklung wollte man einerseits nicht jede Vermittlung ablehnen, andererseits sich stark zeigen, um vielleicht doch einen annehmbaren Kompromiß zu erreichen. In der mehrstündigen Sitzung wurde indessen keine brauchbare Vermittlungsgrundlage gefunden und Maercker daher auf den kommenden Vormittag erneut in die Reichskanzlei bestellt[4]).

---

[1]) Zitate nach der Aussage Maerckers, bei Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 49. Vgl. ferner Metzsch, a.a.O., S. 185; Anklageschrift, S. 122 und 126. Kapp, Zur Vorgeschichte, S. 26; Lüttwitz, im Kampf, S. 127; Volkmann, Revolution, S. 376; Schiffer-Manuskript, S. 60 f., Nachlaß 16.

[2]) Vgl. Lüttwitz, Anklageschrift, Metzsch, Schiffer, Brammer, ebenda, und Traub-Manuskript, S. 195.

[3]) Vgl. Nachlaß Stresemann, Nr. 139527 und 139530.

[4]) Vgl. Metzsch, a.a.O., S. 186; Aussage Maerckers, Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 50; Anklageschrift, S. 127. Nach Kapp, Zur Vorgeschichte, S. 26, wurde die Aufnahme von Verhandlungen von ihm „unter Zustimmung der militärischen Stellen" abgelehnt, aber am folgenden Morgen unter militärischen Druck beschlossen. Ludendorff schreibt in seinen Erinnerungen, er habe in der Reichskanzlei „eine betretene Stimmung und bei Geheimrat Kapp nur recht geringe Widerstandsfähigkeit" vorgefunden und Kapp zum Durchhalten aufgefordert. Die Rücktrittsaufforderung sei schließlich abgelehnt worden; ebenda, S. 112 f. In seiner Aussage vor dem Reichsgericht spricht Ludendorff indessen von einer Einigung mit Maercker an diesem Abend. Nach Brammer, ebenda, S. 75 f.

Als es einem Offizier der militärischen Nachrichtenstelle am Vormittag des 15. März endlich gelungen war, Kapp den neuesten militärischen Lagebericht vorzutragen, konnte der mühsam bewahrte Optimismus nicht länger aufrechterhalten werden. Unter militärischem Druck wurden die „Bedingungen der neuen Regierung für eine Einigung" aufgestellt, die Maercker nach Stuttgart bringen sollte. Es waren bereits Meldungen eingetroffen, daß auch die zunächst übergetretenen Truppen nicht mehr fest hinter Lüttwitz ständen[1]). Kapp konnte den militärischen Forderungen wegen seiner politischen Isolierung keinen Widerstand leisten. Er galt noch als Führer des Unternehmens, hatte jedoch selbst kein Machtmittel in der Hand. Kapp sah, daß Lüttwitz der bestimmende Faktor geblieben war, und keine Aussicht mehr bestand, diesen Putsch in die von ihm beabsichtigte tiefgreifende politische Umwälzung überzuleiten. Diese Tatsache bewog ihn zu der von nun an ständigen Überlegung, wie er die zivile Gewalt durch seinen Rücktritt an Lüttwitz zurückgeben könne, ohne damit den Eindruck zu erwecken, das Unternehmen stehe vor dem Zusammenbruch[2]). Mehr und mehr empfand andererseits die gemäßigte Mehrheit der am Putsch Beteiligten, die ein Übereinkommen mit der alten Regierung herbeiführen wollten, die Person Kapps als Belastung und begann offen über seinen Rücktritt zu sprechen.

Die für Maercker bestimmten Bedingungen forderten: 1. Neuwahlen innerhalb der nächsten zwei Monate im Reich und in Preußen; 2. Die Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk innerhalb des gleichen Zeitraums; 3. Personalunion zwischen Reichskanzler und preußischem Ministerpräsidenten; 4. Die Bildung von Fachkabinetten für das Reich und Preußen und den Rücktritt der alten Regierung; 5. Schaffung einer berufsständischen Kammer; 6. Amnestie für alle politischen Vergehen seit dem 9. November 1918; 7. Verurteilung des Generalstreiks und Aufruf zur Wiederaufnahme der Arbeit[3]).

Mit diesen Forderungen, für die Kapp keinen Staatsstreichversuch unternommen hätte, nahm das Unternehmen wieder den von Lüttwitz ursprünglich beabsichtigten Charakter an. Da aber das bereits verkündete umfangreiche Regierungsprogramm nicht ganz unberücksichtigt bleiben konnte, mußten wenigstens einige Forderungen daraus in diese Bedingungen aufgenommen werden. Über das Verlangen nach Neuwahlen zum Reichstag, nach der Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk und nach der Bildung einer neuen Regierung, die ohnehin nur noch Übergangscharakter bis zu den Neuwahlen hatte, konnte

---

[1]) Aussage Maerckers, bei Brammer, ebenda, S. 50. Vgl. auch Kern, a.a.O., S. 338 f., und Anklageschrift, S. 125.

[2]) Kapp, Zur Vorgeschichte, S. 27, Nachlaß Kapp. Vgl. auch Kessler, a.a.O., S. 215.

[3]) Die bei Lüttwitz, Im Kampf, S. 127 f., Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 50, Jansen, a.a.O., S. 34, und in der Anklageschrift, S. 125, angeführten Bedingungen stimmen textlich nicht ganz überein. Die Unterschiede sind jedoch von geringer Bedeutung.

durchaus im Rahmen der Verfassung verhandelt werden. Die Ausweitung der Forderungen auf Preußen muß mehr als ein Versuch betrachtet werden, die in dieser Beziehung bereits getroffenen Maßnahmen zu rechtfertigen. In den weiteren Erklärungen der Kapp-Regierung ist von Preußen nicht mehr die Rede gewesen. Wer die neue Regierung bilden sollte, wird nicht erwähnt. Nachdem nicht nur die Vertreter der DDP sondern auch General Maercker und General Hülsen Kapps Rücktritt als Voraussetzung für ein neues Koalitionsministerium bezeichnet hatten, dürfte Kapp an sich selbst nicht mehr gedacht haben. Von der geplanten politischen Umwälzung war immerhin die Personalunion zwischen dem Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten sowie die Einrichtung einer zweiten Kammer auf berufsständischer Grundlage unter die Bedingungen aufgenommen worden. Beide Forderungen waren wegen ihrer herausfordernden Wirkung auf die süddeutschen Länder, die Parteien und Gewerkschaften in einem Vermittlungsangebot fehl am Platz, abgesehen von ihrer Verfassungswidrigkeit. Sie sind ebenfalls danach nicht mehr erwähnt worden. Überdies standen beide Forderungen im Widerspruch zu dem zum Ausdruck gebrachten Verlangen, die alte Regierung müsse anerkennen, daß die am Umsturz beteiligten Zivilpersonen „lediglich zur Aufrechterhaltung der Verfassung und Sicherstellung der Ernährung" eingegriffen hätten[1]). Das letztere Verlangen war für Kapp natürlich Selbstverleugnung, doch dürfte er dieser Erklärung über die „Aufrechterhaltung der Verfassung" zugestimmt haben, um den Kurs von Lüttwitz zu unterstützen. Lüttwitz war in der Beurteilung des Verhältnisses von Putsch und Verfassung subjektiv ehrlich, da er sich über die verfassungsrechtlichen Konsequenzen seines Schrittes zu keinem Zeitpunkt klar gewesen ist. Für die Reichsregierung war die Anerkennung dieser letzten Forderung über die angeblich geschützte Verfassung unmöglich, denn sie war am 13. unter Mißachtung der Verfassung für abgesetzt erklärt worden. Schon die Erkenntnis der Grundstruktur der bestehenden parlamentarischen Demokratie hätte der Regierung Kapp außerdem sagen müssen, daß die Reichsregierung in Stuttgart über diese Bedingungen gar nicht entscheiden konnte und nur die Nationalversammlung zuständig war. Am aufschlußreichsten ist die geforderte Amnestie. Diese Sorge um die Sicherheit der Beteiligten war ein deutliches Eingeständnis der Schwäche.

Die Kapp-Regierung war nun gezwungen, die Anerkennung der alten Regierung als Verhandlungspartner und die plötzliche Bereitschaft zur Verständigung vor der Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Schließlich war die Reichsregierung vor zwei Tagen unter den schwersten Beschuldigungen abgesetzt worden. Um die Position der Reichsregierung zu schwächen, stellte man die Behauptung auf, sie sei „an den jetzigen Reichskanzler mit dem Wunsche herangetreten, über die Forderungen vom 13. März erneut zu verhandeln". Die Annahme des angeblichen Verhandlungsangebotes wurde damit begründet, „daß somit das Ziel der neuen

[1]) Siehe Brammer, ebenda, S. 50. Ähnlich auch Lüttwitz, Im Kampf, S. 127 f.

Regierung in kürzester Frist auf friedlichem Wege erreicht werden wird[1])." Zur Betonung der eigenen Stärke verkündete man den Übertritt fast aller Truppen und Polizeiverbände im Bereich des Gruppenkommandos 1 und bezeichnete die Lage für die neue Regierung als gut[2]). Da jedoch die Kapp–Lüttwitz-Gruppe sich einerseits als neue Regierung betrachtete, andererseits in ihren Bedingungen die Bildung eines neuen Kabinetts forderte, konnte die Verwirrung nicht ausbleiben. In einem Flugblatt vom 15. März bezeichnete man sich als neue Regierung, in einem weiteren Aufruf vom gleichen Tage war „die Bildung der neuen Regierung auf breitester demokratischer Basis" in kürzester Zeit zu erwarten, und in einer Pressemeldung gab „die Reichsregierung" bekannt, daß „der Reichskanzler von der Bildung eines neuen Ministeriums abgesehen und die dienstältesten Unterstaatssekretäre mit der Führung der Geschäfte beauftragt" habe[3]). Bei der Verurteilung des Generalstreiks war schließlich von zwei Regierungen die Rede, denn in dem Flugblatt „An alle" hieß es, „die alte Regierung" wolle die Aufforderung zum Generalstreik widerrufen, und nach dem Flugblatt „An das deutsche Volk" hatte „die alte Regierung" „gemeinsam mit der neuen Regierung" das gesamte Volk zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgerufen[4]). In Wirklichkeit dachte die Reichsregierung an kein Widerrufen des Streiks, da sie als solche keinen Aufruf erlassen hatte, aber auch an keine Aufforderung zur Arbeit, da SPD und DDP sich zum Generalstreik bekannten.

b) *Die Ausgleichsbemühungen von Vertretern der Mehrheitsparteien und der Rechtsparteien in Berlin*

Die drei Mehrheitsparteien hatten auf einer interfraktionellen Sitzung am 13. März einstimmig zum Ausdruck gebracht, „daß der Militärputsch ein verbrecherischer, mit aller Kraft zu bekämpfender Verfassungsbruch" sei[5]). Nur über die Art der zu treffenden Gegenmaßnahmen war keine volle Einigung erzielt worden, denn die Zentrumspartei lehnte aus grundsätzlichen Erwägungen den Generalstreik ab[6]). Auf der Sitzung am 14. März beurteilten allerdings auch Vertreter der DDP und SPD den Streik schon sehr kritisch. Dagegen ließ die Ablehnung der höheren Beamten und der maßgebenden Offiziere im Reichswehrministerium sowie die Zurückhaltung der Rechtsparteien, die sich sogar einem Protest im Seniorenkonvent des preußischen Landtages gegen die Auflösung des

[1]) So im Flugblatt „An das deutsche Volk!" vom 15. 3. 1920, Akten der Reichskanzlei, Nr. K 536854. Siehe auch das Telegramm an die Presseabteilung des Auswärtigen Amtes vom 15. 3. 1920 mittags, ebenda, Nr. K 536866.

[2]) Im Flugblatt „An alle!" ebenda, Nr. K 536855.

[3]) Flugblatt „An das deutsche Volk!", ebenda. Aufruf „An Alle!", ebenda; Pressemeldung, ebenda, Nr. K 536866.

[4]) Ebenda.

[5]) Die Erklärung bei Brammer, Militärdiktatur, S. 17. Vgl. auch Jansen, a.a.O., S. 25. Nachlaß Koch 25, S. 15.

[6]) Jansen, ebenda.

Parlaments angeschlossen hatten, die neue Regierung als nicht sehr gefährlich erscheinen. Aus diesen Gründen hielt man die baldige Einberufung der Nationalversammlung und der preußischen Landesversammlung nach Berlin für erforderlich, erörterte eine Fühlungnahme mit den Rechtsparteien und lehnte die angekündigte Sitzung der Nationalversammlung in Stuttgart ab[1]).

Besonders in der Zentrumspartei breitete sich bereits der Gedanke aus, durch einen Ausgleich die politische Krise schnell zu beenden. Als eine Abordnung der DVP unter Führung Stresemanns zwei Abgeordneten des Zentrums den Vorschlag machte, „daß beide Regierungen zurücktreten und ein Koalitionsministerium gebildet werde", lehnten diese keineswegs ab, sondern waren bereit, sich einem solchen Plan eventuell anzuschließen[2]).

Auf der nächsten interfraktionellen Sitzung der Mehrheitsparteien am 15. März standen die Bedingungen Kapps für eine Einigung im Mittelpunkt der Beratungen. Obgleich damit die Schwäche der Kapp-Regierung deutlich wurde und an diesem Tage auch der Vizekanzler Schiffer in einem Bericht nach Stuttgart mit dem baldigen Zusammenbruch des Putsches rechnete, waren weder die Vertreter der Mehrheitsparteien noch Schiffer geneigt, einen unerbittlichen Kampf bis zum Sturz der neuen Regierung zu führen[3]). Folgende Beweggründe führten sie zu dieser gemäßigten Haltung: Erstens bestand schon in den nächsten Tagen als Folge des Generalstreiks mindestens für die Stadt Berlin die Gefahr des Zusammenbruchs der Versorgung; das aber bedeutete Hungersnot und Chaos. Eine solche Entwicklung kam auf keinen Fall den demokratischen Kräften, vielleicht noch den Putschisten, sicher jedoch durch das weitere Abgleiten von Mehrheitssozialisten zur USPD dem Linksradikalismus zugute. Das mußte die Widerstandskraft der besitzenden bürgerlichen Kreise lähmen und verwirren. Zweitens konnte aus dem Putsch entweder eine reine Militärdiktatur hervorgehen oder ein beträchtlicher Teil der Reichswehr bei einem völligen Zusammenbruch des Unternehmens für eine weitere Verwendung durch die legale Regierung unbrauchbar geworden sein. Wollte man nach dem Putsch nicht machtlos dem sich bereits vielerorts regenden Linksradikalismus gegenüberstehen, so brauchte die Truppe eine Rückzugsbrücke[4]). Drittens ließ sich gegen die Grundforderungen des Ver-

[1]) Nachricht Schiffers an die Reichsregierung in Stuttgart, Nachlaß Koch 25, S. 14 f. Siehe auch S. 13 und 16.

[2]) Bericht des Abgeordneten Leidig, Nachlaß Stresemann, Nr. 139533 f. Vgl. auch Bericht Stresemanns vor dem Geschäftsführenden Ausschuß, ebenda, Nr. 139562; der Bericht ist abgedruckt bei Rochus v. Rheinbaben, Stresemann: Reden und Schriften, I. Bd., S. 317 ff. Ferner Stresemann, Märzereignisse, S. 10 f., und Hartenstein, a.a.O., S. 162 f.

[3]) Jansen, a.a.O., S. 33 f. Nachlaß Koch 25, S. 16.

[4]) Unterstaatssekretär Albert berichtete in Stuttgart am 17. 3. 1920: „Das ganze Problem war alsbald, wie bringt man die Truppen wieder zur Raison. Denn man kann sie nicht aus Berlin bringen, ohne den aufgeregten Arbeitermassen Berlin zu überlassen." Nach Koch, Nachlaß 25, S. 43. Vgl. auch die Lagebeurteilung im Demokratischen Klub am 14. abends bei Schiffer, Manuskript, S. 50 f., Nachlaß 16. Ferner Jansen, a.a.O., S. 35 f.

mittlungsangebotes der neuen Regierung politisch schlecht argumentieren. Schiffer erklärte in einem Telefongespräch mit Minister Koch an diesem Abend des 15. März: „Die Vorschläge sind aber auch akzeptabel, materiell ist eine Einigung vorhanden[1])." Außerdem hatten die Rechtsparteien diese Grundforderungen von Lüttwitz seit Monaten vertreten, und selbst der für kompromißlosen Widerstand eintretende Minister Koch hatte in Dresden schließlich jeder annehmbaren Verständigung mit den Rechtsparteien zugestimmt[2]).

Um die Annahme von Bedingungen der Kapp-Regierung zu vermeiden, bekannten sich die drei Mehrheitsparteien in Berlin am 15. März zu den wesentlichsten Forderungen des Generals v. Lüttwitz. Die geringsten Schwierigkeiten machte die Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk. Dieser Wahlmodus war trotz andersartiger Bestrebungen in der SPD bisher von keiner Regierungspartei offiziell in Frage gestellt worden[3]). Bezüglich der Neuwahlen hatten sich die Auseinandersetzungen nur um die Wahl des Zeitpunktes bewegt. Nach der politischen Aufwühlung durch den Putsch waren sie auch für die Mehrheitsparteien nicht mehr zu umgehen. Schiffer erläuterte das gegenüber Stuttgart mit den Worten: „Wir müssen jetzt doch auch Neuwahlen wollen. Die Situation läßt sich nicht mehr halten[4])." Bei der allgemeinen Entrüstung über den Staatsstreich, der die Rechtsparteien belastete, schien ein baldiger Wahlkampf für die Regierungsparteien außerdem günstig zu sein. Hatte man sich erst zu den Neuwahlen bekannt, konnte es sich bei der geforderten Kabinettsumbildung nur noch um eine Übergangsregierung handeln. Ebenfalls war nach dem Rücktritt Erzbergers und dem erwarteten Ausscheiden Noskes die Ernennung neuer Minister ohnehin notwendig geworden[5]).

Für die Mehrheitsparteien entstand nach dieser Übernahme der Grundforderungen die Frage, wie der Rücktritt Kapps und die Bildung einer Übergangsregierung auf möglichst breiter Basis zu erreichen war, denn die Putschisten sollten bedingungslos und ohne Verhandlungen zurücktreten. Um der Kapp-Regierung eine möglichst geschlossene Front gegenüberzustellen und die Übergangsregierung zu besprechen, beschloß man, die Seniorenkonvente der Nationalversammlung heranzuziehen. Da Kapp wegen der Auflösung der Parlamente die Einberufung der Ältestenräte untersagte, die Mehrheitsparteien jedoch darauf bestanden, lehnte Hergt für die Deutschnationalen die Teilnahme ab, um die neue Regierung nicht zu desavouieren. Stresemann, der unter Hergts Druck ebenfalls abgesagt hatte, paßte diese Selbstausschaltung ganz und gar nicht. Er gab noch an diesem Abend die Weisung, „daß unter allen Umständen versucht

[1]) Nachlaß Koch 25, S. 19. Siehe auch Kern, a.a.O., S. 326.

[2]) Siehe den Brief Kochs an Schiffer vom 14. 3. 1920 bei Schiffer, Nachlaß 16, Anlage 15.

[3]) Siehe Jansen, a.a.O., S. 34 f. Zur beabsichtigten Änderung des Wahlmodus, siehe oben, S. 85, sowie Müller, a.a.O., S. 87.

[4]) Nach Koch, Nachlaß 25, S. 19. Siehe Dokument 42, Anhang, S. 338.

[5]) Vgl. Jansen, a.a.O., S. 34 f. Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1920, 1. Teil, S. 54.

werden müsse, selbst ohne die Deutschnationalen, Fühlung mit den Mehrheitsparteien zu gewinnen[1])."

Die von der USPD entsandten Vertreter waren an einer Besprechung mit den Mehrheitsparteien über die friedliche Beilegung des Putsches nicht interessiert. Sie gingen sogleich wieder mit der Bemerkung, „die Ereignisse dort draußen arbeiteten schon für sie[2])." Damit waren die Regierungsparteien bei ihrem Vorhaben allein geblieben, aber ihre Politiker waren trotzdem nicht gewillt, den Ereignissen ihren Lauf zu lassen. Freilich bestanden Unterschiede in der Frage des taktischen Vorgehens. Die geringste Neigung, Kapp den Rücktritt zu erleichtern, zeigte die SPD, die größte Bereitschaft dagegen das Zentrum. Der Vorsitzende der Zentrumspartei, Trimborn, trat für eine öffentliche Erklärung ein, in der die Regierungsparteien ihr Einverständnis geben sollten, „daß Neuwahlen baldigst erfolgen, daß bez. der Reichspräsidentenwahl die Verfassung nicht geändert wird, daß eine Übergangsregierung aus allen in der Nationalversammlung vertretenen Parteien gebildet wird". Als Vorbedingung wurde die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände genannt[3]). Wie bewußt Trimborn diese Bewilligung der Grundforderungen des Generals v. Lüttwitz aussprach, geht daraus hervor, daß er eine entsprechende Veröffentlichung seiner Partei gegebenenfalls „auch ohne Zustimmung der anderen Mehrheitsparteien" ankündigte. Er beugte sich indessen bald den Bedenken der beiden anderen Mehrheitsparteien und einiger Parteifreunde. Die schließlich angenommene Kundgebung forderte den sofortigen Rücktritt der Kapp-Regierung. Alle schwebenden Fragen sollten die alsbald zusammentretenden Parlamente des Reiches und Preußens klären. Die Anerkennung der drei Grundforderungen wurde in dieser Kundgebung nicht einmal erwähnt[4]).

Diese plötzliche Wendung ist zu auffallend, als daß sie mit den Protesten gegen Trimborns Vorschlag erklärt werden könnte[5]). Vielmehr dürften die energischen Warnungen der Reichsregierung aus Stuttgart die Ursache gewesen sein. Während der Sitzung war nämlich eine direkte telefonische Verbindung zustande gekommen. Die dabei auftretenden Gegensätze bezogen sich nicht auf die Beurteilung der neuen Regierung. Über deren baldigen Zusammenbruch waren sich beide Gruppen einig. Es ging vielmehr um die Frage, ob man das Ende des Putsches in Ruhe abwarten oder durch ein Entgegenkommen beschleunigen sollte. Schiffer war bereits am Morgen dieses 15. März brieflich von Koch über

[1]) Bericht des Abgeordneten Leidig, Nachlaß Stresemann, Nr. 139535. Vgl. auch Stresemann, Märzereignisse, S. 12 f.; Nachlaß Koch 25, S. 19; Jansen, a.a.O., S. 35; Stenographische Berichte, Bd. 344, S. 551 (Hoffmann, USPD).

[2]) Stenographische Berichte, ebenda. Zitat nach Jansen, a.a.O., S. 35 f.

[3]) Zitat nach Jansen, ebenda. Von der SPD waren u. a. Ministerpräsident Hirsch, Minister Südekum und Polizeipräsident Ernst anwesend, Stenographische Berichte, ebenda.

[4]) Nach Jansen, a.a.O., S. 36.

[5]) So behauptet Jansen, ebenda.

die Unmöglichkeit jeglicher Verhandlungen unterrichtet worden, da sonst die legale Regierung „von dem Gegenstoß von links mit weggefegt" werden würde[1]).

Worauf gründeten die hinter der Verfassung stehenden politischen Kräfte in Stuttgart und Berlin ihre unterschiedlichen Auffassungen?

Die Verfassungstreue der südwestdeutschen Regierungen und die fast ungestörte telefonische Verbindung mit den Zentralbehörden der Länder sowie der preußischen Provinzen hatte der Reichsregierung in Stuttgart schnell die Gewißheit gegeben, daß der Putsch vorwiegend auf den Raum östlich der Elbe beschränkt blieb[2]). Schon wegen der damit offensichtlich gewordenen schwachen Stellung von Kapp und Lüttwitz sah die legale Regierung keinen Grund, einen Ausgleich zu erstreben. Noch mehr hielt sie indessen die Sorge zurück, durch Kontakte mit der Kapp-Regierung die entrüstete und schon mißtrauische sozialistische Arbeiterschaft nach links zu treiben. Reichskanzler Bauer telefonierte daher nach Berlin: „Ja wenn wir nachgeben, dann ist die Räteregierung besiegelt und die Arbeiter marschieren nach links ab[3])." Mehrfach erging die dringende Warnung an die Politiker der Mehrheitsparteien, keine Verhandlungen aufzunehmen; auch wurde jeder Auftrag dazu an Maercker entschieden bestritten. Ähnliche Erwägungen führten zur Ablehnung des Vorschlages, mit der Nationalversammlung nach Berlin zurückzukehren. Selbst wenn die Kapp-Regierung nicht mehr gefährlich war, mußten die legalen Gewalten sich bei eventuellen Unruhen dann von den Truppen schützen lassen, die Lüttwitz und Kapp gefolgt waren. Im Vergleich zu solchen Belastungen schien die Sammlung der verfassungstreuen Kräfte in dem sicheren Südwesten der klügere Weg zu sein, jedenfalls bis zum Zusammenbruch des Putsches[4]). Über die andersdenkenden Politiker in Berlin fielen dabei harte Worte. Koch notierte am Abend des 15. in seinem Tagebuch: „Alles verweigert den Gehorsam, und trotzdem will Schiffer einen Vergleich, der fast Unterwerfung ist. Es ist unverständlich. Wie haben diese schlappen Berliner uns hineingepfuscht." Der Reichskanzler telefonierte erregt nach Berlin: „Sagen Sie dem Seniorenkonvent, er treibt die ganze Koalition auseinander. Die Regierung soll zurückkehren? Wir werden uns doch nicht von den Generälen abhängig machen lassen . . . Pfuschen Sie uns von Berlin aus nicht in unsere Politik hinein. Sie sind dort eingeschlossen und können nichts übersehen[5])."

Die Hinweise aus Berlin auf eine wachsende Radikalisierung des Widerstandes bewirkten jedoch bei der Reichsregierung ein weiteres Abrücken von dem

[1]) Text bei Schiffer, Nachlaß 16, Anlage 15, siehe auch im Manuskript, S. 52, Nachlaß 16.

[2]) Siehe Nachlaß Koch 25, S. 8, 18, 20 und 23. Ferner den Brief Kochs an Schiffer vom 14. 3. 1920, Nachlaß Schiffer 16, Anlage 15. Siehe hierzu auch Dokument 41, Anhang, S. 337 f.

[3]) Nach Koch, Nachlaß 25, S. 20. Ähnlich Koch in einem Telefongespräch mit dem Gesandten Hildenbrand, ebenda, S. 23.

[4]) Koch in seinem Brief an Schiffer vom 15. 3. 1920, Nachlaß 25, S. 17.

[5]) Nach Koch, Nachlaß 25, S. 20 und 23. Siehe Dokument 43, Anhang, S. 338 f.

Generalstreik. Zwar konnte sich das Kabinett in einer Sitzung zu keiner öffentlichen Erklärung gegen den Streik entschließen, aber Bauer bestritt auf einer Pressekonferenz, daß irgendein Minister „etwas Derartiges angeordnet oder unterschrieben" habe[1]). Damit sagte er freilich die Unwahrheit.

Die Politiker in Berlin hielten die Forderung nach bedingungslosem Rücktritt für sehr unklug, da sie nach ihrer Auffassung Kapp zum Durchhalten zwingen, den Generalstreik verschärfen und schließlich zum Bürgerkrieg führen würde. Zweifellos hatte die gewünschte Konzentrierung auf das ruhige Stuttgart ihre Gefahren. Überließ man nämlich Berlin der Ehrhardt-Brigade und der sich radikalisierenden Arbeiterschaft, so war die legale Regierung auf keinen Fall der Gewinner. Eine mögliche Entwicklung in dieser Richtung erfüllte besonders das Zentrum und die Mehrheit der Demokraten mit den größten Befürchtungen. Die führenden Vertreter der Mehrheitsparteien weigerten sich daher mit dem Hinweis auf den drohenden Bürgerkrieg, nach Stuttgart zu kommen und beharrten auf ihrem Standpunkt, „daß man sich einigen müsse"[2]). Sie hielten es für das beste, beide Parlamente möglichst bald in Berlin zu versammeln und die Grundforderungen der Putschisten anzunehmen. Kapp und Lüttwitz seien ungefährlich, sie wünschten nur noch einen annehmbaren Abgang[3]).

Die stärkste Rückendeckung bekamen diese Ausgleichsbemühungen von den Ministern, Gesandten und Unterstaatssekretären im Reichsrat, der unter Schiffers Vorsitz zusammentrat. Die Mitteilung, daß Koch die Landesregierungen ersucht habe, ihre Vertreter nach Stuttgart zu senden, ließ den Vizekanzler unbeeindruckt. Schiffer erklärte, da außer Baden niemand die Vollmacht zurückgezogen habe, könne der Reichsrat verhandeln und beschließen. „In Preußen habe sich nichts geändert; Regierung und Behörden funktionierten. Er werde selbstverständlich seine Geschäfte weiterführen auch als Stellvertreter des Reichskanzlers[4])." Der Gegensatz zu Stuttgart trat deutlich in Erscheinung.

Um die Reichsregierung zur Rückkehr und zum Entgegenkommen zu bewegen, wurde von den Mehrheitsparteien beschlossen, die Abgeordneten Burlage vom

---

[1]) Koch in einem Brief an Schiffer vom 15. 3. 1920, Nachlaß 25, S. 17. Siehe ferner Kochs Notizen über die Kabinettssitzung vom 15. 3. 1920, ebenda, S. 18.

[2]) Unterstaatssekretär Albert telefonisch an Koch, ebenda, S. 19. Siehe ferner Schiffers Telefongespräch mit Koch, ebenda, S. 20. Der Oberbürgermeister von Berlin-Schöneberg, Dominicus, schrieb am 13. 3. 1920 unter dem Eindruck der ersten Nachrichten in sein Tagebuch: „Seit heute früh Gegenrevolution, Kapp Reichskanzler ... Ohne Schuß gelungen hier in Berlin. Aber wie draußen? Jetzt kommt die Reaktion der Arbeiter: Einigung der drei sozialistischen Parteien, Generalstreik, das ist doch nicht gewaltsam zu verhindern. Und dann die Entente? Kapp und Lüttwitz treiben ein unsinniges Spiel, gefährden die deutsche Einheit, provozieren den Bürgerkrieg. Ich kann da nicht mitmachen. Andererseits ist die Gefahr, daß — wenn dieser Putsch überwunden wird — keine Ordnungsmacht mehr besteht und das Parlament ganz nach links treiben wird." Nach Paul Müller, Alexander Dominicus, S. 86.

[3]) Telefonische Mitteilung des Gesandten Hildenbrand am 15. 3. 1920 abends, Nachlaß Koch 25, S. 21.

[4]) Verhandlungen des Reichsrats am 15. 3. 1920, Akten der Reichskanzlei, Nr. K 537329 f.

Zentrum, Dr. Dernburg von der DDP und Dr. Heller von der SPD nach Stuttgart zu entsenden. Die preußische Regierung hatte inzwischen der Begleitung Maerckers durch Staatskommissar v. Berger und Innenminister Heine zugestimmt. Beide waren gewillt, Maerckers Bemühungen zu unterstützen. Berger bezeichnete vor der Abreise bei Oberst Bauer und Pabst jedoch alle Bemühungen als aussichtslos, Personen wie Kapp und Jagow in das geplante Übergangsministerium zu bringen[1]). Ein sehr wichtiger Begleiter Maerckers war Oberstleutnant Hasse, der zu den unmittelbaren Untergebenen Seeckts gehörte. Offiziell sollte er die Reichsregierung „über die Stellungnahme" des Reichswehrministeriums unterrichten, doch dürfte ein weiterer Auftrag darin bestanden haben, die illoyalen Truppen des Gruppenkommandos 1 aus dem bevorstehenden Zusammenbruch des Putsches zu retten. Noske ernannte Seeckt am folgenden Tage zum Oberbefehlshaber in der Kommandostelle für die östliche Reichshälfte und damit zum Nachfolger von Lüttwitz[2]).

c) *Die Ablehnung des Ausgleichs durch die Reichsregierung in Stuttgart*

In einem Sonderzug verließen am Abend des 15. März die Politiker und Maercker mit ihrer Begleitung Berlin. Während nach Berger alle Reisenden eine gemeinsame Delegation bildeten, protestierte Burlage in Stuttgart gegen Pressemeldungen, die Parteivertreter hätten zur Begleitung Maerckers gehört[3]). Damit umging Burlage jedoch die wichtige Tatsache, daß sowohl Maercker als auch die Politiker das gleiche Anliegen verfolgten, durch ein Entgegenkommen den Rücktritt der Kapp-Regierung zu erreichen. Noch bevor die Delegation in Stuttgart eintraf, hatten neue Informationen während der Reise ihre Lagebeurteilung geändert. Erstens erwiesen sich die Angaben der Regierung Kapp über die positive Stellungnahme der Reichswehr im Süden und Westen des Reiches als falsch. Zweitens brachte die Frankfurter Morgenpresse vom 16. eine Erklärung des Reichskanzlers, daß die legale Regierung Verhandlungen ablehne. Berger bemerkte daraufhin zu Maercker, „daß es dann wohl zwecklos sei, irgendwelche Bemühungen zu unternehmen[4])."

Maercker begab sich zunächst zum Reichswehrminister und dann mit diesem zu Ebert. Er begründete seine Bemühungen mit der Notwendigkeit, für die kommenden Auseinandersetzungen mit den Linksradikalen eine geschlossene Truppe zu erhalten. Ebert und Noske lehnten ab[5]). Mit einiger Wahrscheinlich-

[1]) Bericht des Staatskommissars vom 18. 3. 1920, S. 22 ff., Nachlaß Heine 35.

[2]) Erklärung des Reichswehrministeriums vom 16. 3. 1920, Nachlaß Seeckt, Stück 142. Die Ernennung Seeckts zum Oberbefehlshaber bei Rabenau, Seeckt, S. 229.

[3]) Bericht Bergers vom 18. 3. 1920, S. 24 f., Nachlaß Heine 35. Anklageschrift, S. 126. Metzsch, a.a.O., S. 186. Stenographische Berichte, Bd. 332, S. 4909 f. (Burlage, Zentrum).

[4]) Bericht Bergers vom 18. 3. 1920, S. 25, Nachlaß Heine 35.

[5]) Aussage Maerckers, Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 51. Metzsch, a.a.O., S. 186. Fußnote 6.

keit läßt sich jedoch die Behauptung aufstellen, daß Maercker noch ein weiteres Anliegen verfolgte. Kurz vor seinem Eintreffen hatte General v. Loßberg an Noske das Ansinnen gerichtet, an die Spitze einer Militärdiktatur zu treten. Da Berger eine Abmachung der Delegation während der Fahrt nach Stuttgart erwähnt, „auf möglichst kurzem Wege insbesondere den Herrn Reichspräsidenten und den Herrn Reichswehrminister wieder nach Berlin zu bringen", liegt es nahe, daß Maercker unter Ausschaltung des Kabinetts, Ebert und Noske für einen Kompromiß zu gewinnen suchte. In welcher Richtung die Lösungsversuche sich bewegten, zeigt ein Notizzettel Heines von diesem Tage, der die Namen für ein neues Kabinett enthält. Steht auch nicht fest, ob und mit wem diese Aufstellung erörtert wurde, so ist die Berücksichtigung bürgerlicher Fachleute und die starke Stellung Noskes unverkennbar. Genannt wird als Kanzler und Reichswehrminister: Noske, dazu als Generalinspekteur: General v. Schoeler (Befehlshaber des Gruppenkommandos 2); als Wirtschaftsminister: Dr. Wiedfeldt (1908—1918 Geheimrat im Reichsamt des Innern, seit 1918 im Direktorium der Krupp-Werke); als Finanzminister: Dr. Cuno (Generaldirektor der Hapag); als Außenminister: General v. Winterfeldt (vor dem Kriege Militärattaché in Paris) oder v. Rosenberg (Vortragender Rat im Auswärtigen Amt, 1922/23 Reichsaußenminister); als Innenminister: Oeser (preußischer Minister, 1922/23 Reichsinnenminister). Außerdem sind die Namen Schlicke, Giesberts, Bauer, Severing und Groener aufgeführt[1]).

Ebert rief nach der Aussprache mit Maercker das Kabinett und die Vertreter der südwestdeutschen Regierungen zur endgültigen Beschlußfassung zusammen. Auf dieser Sitzung, die „außerordentlich turbulent" verlief, trat der General erneut für eine Einigung ein, „um gemeinsam den Bolschewismus zu bekämpfen"[2]). Wegen dieser Kämpfe müsse die Reichswehr vor der Zerstörung bewahrt werden. Man dürfe die Truppe daher nicht „als eine Gesellschaft von Einbrechern hinstellen", sondern müsse den irregeleiteten Teilen zugestehen, daß sie aus Vaterlandsliebe gehandelt hätten[3]). Die Antwort auf Maerckers Vorschläge war leidenschaftliche Ablehnung. „Das Ganze war so etwas wie ein wilder Schrei nach Rache", sagte ein hoher Offizier aus Maerckers Begleitung zu dem Ton

[1]) Bericht Bergers, ebenda. Zu dem Ansinnen des Generals v. Loßberg, siehe Tagebuch des O.v.D., S. 47 f., Nachlaß Schleicher 16. Der Notizzettel mit der Ministerliste ist einem Briefumschlag mit der Aufschrift „Notizen auf der Cabinettssitzung in Stuttgart am 16. März 1920" angeheftet, Nachlaß Heine 36/9. Koch erwähnt in seinen ausführlichen Aufzeichnungen über die Kabinettssitzung keine geplante Regierungsumbildung. In den Akten des Auswärtigen Amtes fehlen leider die Kabinettsprotokolle aus den Kapp-Tagen. Nach einer Mitteilung von Staatssekretär a. D. Brecht sind alle Sitzungen in Stuttgart von ihm mitstenografiert worden. Die Stenogramme befinden sich noch in seinem Besitz, konnten bisher leider aber noch nicht gefunden werden.

[2]) Aussage Maerckers, Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 51, und Notiz Kochs, Nachlaß 25, S. 24. Siehe zu dieser Kabinettssitzung die Niederschrift Kochs im Dokument 44, Anhang, S. 339 f.

[3]) Aussage Maerckers, ebenda. Vgl. auch Koch, ebenda, und die Notizen Heines über die Kabinettssitzung in seinem Nachlaß 36/9.

der nun folgenden Anklagen[1]). Reichsinnenminister Koch wies darauf hin, daß man nach der Bekämpfung der Linksunruhen nach rechts nun nicht anders handeln könne. Ein Vergleich würde die Unabhängigen und Kommunisten zum Bürgerkrieg geradezu herausfordern. Wenn die Reichswehr der Zerstörung verfiele, so sei das schließlich nicht ihre Schuld. Die Regierung habe genügend Hilfsangebote, um den Putsch auch mit Gewalt niederschlagen zu können, aber vorläufig wolle man das Angebot nicht benutzen. Mit dieser Hilfe war die Ergänzung verfassungstreuer Reichswehr durch die Bewaffnung von gedienten Arbeitern gemeint. Auf den Einwand des Generals, Truppe würde nicht gegen Truppe kämpfen, mußte Noske die ablehnende Haltung der Reichswehrkommandeure zugeben[2]).

Der ruhende Pol in dieser erhitzten Debatte war wiederum Ebert. Er bezeichnete Maerckers Bemühungen als „aufrichtig", fand sogar Dankesworte, nahm die Reichswehr in Schutz, deren Mehrheit treu zur Regierung stehe, und sprach sich für baldige Reichstagswahlen aus. Die Aufnahme von Verhandlungen sei jedoch unmöglich. In seiner Begründung führte er außer den Gefahren von links vor allem die dann drohende Absplitterung von Süd- und Westdeutschland an. In dieser Besprechung traf Maercker auf eine starke Abneigung der Vertreter der südwestdeutschen Regierungen gegen Berlin und den ganzen Norden und Osten des Reiches. Das badische Ministerium hatte am gleichen Nachmittag eine „neue Mainlinie" angekündigt, wenn die Reichsregierung Verhandlungen beginne. Der Vertreter des württembergischen Kabinetts kündigte die Unterstützung für den gleichen Fall[3]).

Welche tiefe Abneigung der Putsch in diesen Gebieten gegen die preußisch konservativen Kreise hervorrief, mögen die folgenden Zitate andeuten. Eine Erklärung der badischen Regierung vom 15. März sprach von einer „Diktatur der Ultrareaktionäre, dem süddeutschen Volksempfinden fremder norddeutscher Konservativer" und der Abgeordnete Burlage aus Oldenburg von dem „Ostelbiertum", das den süddeutschen und rheinischen Freunden „erst recht widerwärtig" sei. Verkehrsminister Bell nannte die Berliner Gewalthaber „die Kriegshetzer von ehemals" und fürchtete den Abfall der besetzten rheinischen Gebiete,

[1]) Metzsch, a.a.O., S. 186, fährt fort: „weniger eine kühle Suche nach richtunggebendem Rat. Es war für einen Offizier, der seit dem 9. 11. 1918 alle Phasen der Revolution in unsagbar mühseliger Aufbauarbeit ohne Unterbrechung durchschritten, geradezu fürchterlich, zu erkennen, wie sich die Scherben durch den Kapp-Streich häuften; aber es war zugleich unbegreiflich und erschütternd zu beobachten, wieviel gehäufter Haß gegen das deutsche Offizierskorps sich hier mit Leidenschaft entlud."

[2]) Metzsch, ebenda. Aussage Maerckers, Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 51. Nachlaß Koch 25, S. 24. Notizen Heines über die Kabinettssitzung in seinem Nachlaß 36/9.

[3]) Maercker und Metzsch, ebenda, Nachlaß Koch 25, S. 25 und 27. Schiffer-Manuskript, S. 65, Nachlaß 16. Die Aufrufe der württembergischen und der badischen Regierung in Deutscher Geschichtskalender, Jg. 1920, 1. Bd., S. 201 f. und 212. Vgl. auch Kern, a.a.O., S. 340 f.

wenn die Reichsregierung nicht festbleibe[1]). Kapp hatte sich bereits von dem DVP-Abgeordneten Dr. Mittelmann aus Pommern sagen lassen müssen: „Ich fürchte, namentlich Süddeutschland verträgt eine solche Reihe von Namen nicht und wird vom Reich abfallen[2])."

Gegenüber der unnachgiebigen Haltung der Minister machte Maercker erneut geltend, daß Reichswehr nicht gegen Reichswehr kämpfen werde und Kapp mit Gewalt nicht zu beseitigen sei. Die Reichsregierung brauche ja auch nicht direkt mit Kapp zu verhandeln, sondern könne annehmbare Forderungen stellen. Auf dieser Grundlage setzten Ebert, Noske und Bauer schließlich durch, doch noch Gegenbedingungen zu stellen. Dies dürften in erster Linie mehrere Telefongespräche mit Berlin bewirkt haben. Oberst Bauer drohte gegenüber Noskes Adjutanten bei der Ablehnung der drei Grundforderungen mit energischen Maßnahmen der neuen Regierung[3]). Ein Sprecher des Reichsrates telefonierte die dringende Bitte, Maerckers Bedingungen nicht gänzlich abzulehnen, und ein Offizier des Reichswehrministeriums erklärte Maercker bei dessen Zwischenbericht, wenn die Reichsregierung es zum Kampf kommen lasse, werde „als tertius gaudens der Kommunismus die Herrschaft an sich reißen"[4]). Jedenfalls war die Reichsregierung nicht bereit, schon jetzt den bewaffneten Widerstand zu beginnen. Sie hatte allen Grund, die angekündigte Bewaffnung von Arbeitern nur im äußersten Notfall anzuwenden, denn es war sehr zweifelhaft, ob diese Arbeiterbataillone nach zwei oder drei Tagen noch für die legale Regierung kämpfen würden. Die von Noske formulierten Bedingungen forderten: Erstens den sofortigen Rücktritt der Kapp-Regierung, zweitens die Unterstellung der Truppen unter General v. Seeckt oder einen anderen General, der an der Revolte nicht beteiligt sei, drittens den Abtransport der Ehrhardt-Brigade zum Zwecke der Auflösung und die sofortige Unterbrechung der Aufstellung von Offizierskompanien und der Eisernen Division[5]).

In Berlin erreichten diese Punkte keine Zustimmung. Major Pabst bezeichnete sie bei der Entgegennahme als unannehmbar. Aber auch der „neutrale" Major v. Stockhausen im Reichswehrministerium war nicht einverstanden. Kapp und Lüttwitz seien zum Rücktritt bereit, wenn die Hauptpunkte ihres Pro-

---

[1]) Die Erklärung der badischen Regierung, Deutscher Geschichtskalender, ebenda, S. 213. Die Äußerungen von Burlage und Bell nach Koch, Nachlaß 25, S. 24.

[2]) Nachlaß Stresemann, Nr. 139527.

[3]) Siehe Nachlaß Koch 25, S. 24 f.; Max Bauer, Der 13. März, S. 20 f., und Notizen Heines über die Kabinettssitzung, Nachlaß Heine 36/9.

[4]) Tagebuch des O.v.D., S. 49, Nachlaß Schleicher 16. Verhandlungen des Reichsrats vom 16. 3. 1920, Akten der Reichskanzlei, Nr. K 537340.

[5]) Der Text der Bedingungen im Tagebuch des O.v.D., S. 50, Nachlaß Schleicher 16, und im Nachlaß Koch 25, S. 29. Vgl. ferner Metzsch, a.a.O., S. 187; Koch, ebenda, S. 25; Schiffer-Manuskript, S. 64, Nachlaß 16, und Notizen Heines über die Kabinettssitzung, Nachlaß Heine 36/9.

gramms zur Ausführung kämen, wovon in den Bedingungen keine Rede war. Die Hauptsache sei jetzt, die „KPD-Bewegung zu unterdrücken“[1]).

Während Maercker die Gegenforderungen nach Berlin durchgab, begannen die Erörterungen des Kabinetts mit den Politikern der Mehrheitsparteien aus Berlin. Am deutlichsten sprach sich der sozialdemokratische preußische Innenminister Heine für ein Entgegenkommen aus. Die Reichsregierung nehme die bevorstehenden Kämpfe viel zu leicht, die dazu die Truppe nur fester an Kapp binden würde. „Man solle die Forderungen so aufstellen..., daß ein Vergleich möglich sei.“ Der Zentrumsvertreter Burlage befürwortete diese Meinung, kleidete seine Stellungnahme jedoch in vorsichtigere Formulierungen. „Der Seniorenkonvent habe diesen Forderungen nicht zugestimmt, sondern nur sich darüber unterhalten, und er solle nur berichten.“ Aber alle Mitglieder des Konvents seien der Meinung, „daß die Regierung voreilig Berlin verlassen habe“. Dr. Dernburg von der DDP wies besonders auf die Möglichkeit hin, daß kommende Auseinandersetzungen die drei Arbeiterparteien zusammenführe. Erheblichen Eindruck machte seine Mitteilung, Oberst Bauer verhandele mit Kommunisten. Die entgegengesetzte Auffassung vertrat der Sozialdemokrat Dr. Heller, der sich dafür einsetzte, nicht mit Kapp zu verhandeln; auch die Mehrheit der Berliner Bevölkerung lehne Verhandlungen ab[2]). Den bedeutsamsten und aktuellsten Beitrag zur politischen Lage in Berlin gab Minister Geßler, der vor der Sitzung ein Telefongespräch mit Schiffer geführt hatte. Der Vizekanzler bezeichnete das Warten bis zum bedingungslosen Rücktritt als verhängnisvoll. Zur Beruhigung der Truppe und um diese wieder in die Gewalt der Regierung zu bekommen, sei nicht nur die Erfüllung der Grundforderungen notwendig, sondern auch die „Amnestie an das Militär“ eine logische Konsequenz[3]). Im Hintergrund sowohl der Stuttgarter als auch der Berliner Auffassung stand die Furcht vor dem Linksradikalismus. Die Minister in Stuttgart wollten durch Unnachgiebigkeit den Widerstand in der Hand behalten und der linksradikalen Welle den Wind aus den Segeln nehmen. Schiffer und die große Mehrheit der ihn umgebenden Politiker hatten solche Absichten unter dem Eindruck der Entwicklung in Berlin aufgegeben. Sie glaubten, nur noch durch den schnellsten Rücktritt der Kapp-Regierung die Demokratie retten zu können. Ohne Rücksicht auf die Ablehnung der Minister in Stuttgart begannen sie daher an diesem 16. März direkte Verhandlungen mit der Kapp–Lüttwitz-Gruppe, die ihrerseits die sorgenvollen Parteiführer, Minister und Beamten lieber als Verhandlungspartner sah, als die siegessicheren Stuttgarter Minister.

---

[1]) Tagebuch des O.v.D., ebenda.

[2]) Nachlaß Koch 25, S. 26 und 34 f.

[3]) Ebenda, S. 33 f.

3. *Die Aufnahme von Verhandlungen in Berlin*

a) *Erste Kontaktaufnahmen durch Schiffer und den Reichsrat*

Zu einem ersten Gespräch zwischen Schiffer und dem Unterstaatssekretär Albert einerseits und v. Falkenhausen andererseits war es bereits am Nachmittag des 15. März gekommen. Diese Zusammenkunft hatte Unterstaatssekretär Schroeder vermittelt. Vorher war der Vizekanzler durch Besuche und Telegramme einflußreicher Persönlichkeiten, wie Minister Oeser, Dr. Dernburg, Graf Brockdorff-Rantzau, Seeckt und Groener, zu einer schnellen Beendigung gedrängt worden[1]). Blieb es hier bei Worten, so versuchte eine Abordnung vom Verband der Berliner Metall-Industriellen unter Führung des Geheimrats von Borsig eine Besprechung Schiffers mit der Kapp-Regierung zu vermitteln. Sie begründeten die Notwendigkeit eines schnellen Putschendes „auf gütlichem Wege" mit den drohenden politischen und wirtschaftlichen Folgen des Generalstreiks. Obwohl Schiffer und Oberst Bauer sich schließlich zu einem Gespräch bereit fanden, kam es am vorgesehenen nächsten Vormittag noch nicht dazu, weil Bauer angeblich die Reichskanzlei nicht verlassen konnte und Schiffer den Besuch in der Zentrale Kapps ablehnte. Noch wollte sich keiner die Blöße geben und als der Drängende erscheinen[2]). Ebenso dürfte sich der Vizekanzler nach den energischen Protesten aus Stuttgart am 15. nachmittags eine gewisse Zurückhaltung auferlegt haben.

Am folgenden Vormittag führte indessen eine erweiterte Reichsratssitzung der Gesandten der Länder, der preußischen Minister und der Unterstaatssekretäre des Reiches und Preußens zu dem Beschluß, mit Lüttwitz in Verbindung zu treten[3]). Schiffer führte den Vorsitz.

Nach einem kurzen Bericht des württembergischen Gesandten Hildenbrand über seine Telefongespräche mit Stuttgart bestand kein Zweifel über die Auffassung der Reichsregierung[4]). Danach legte Schiffer seine entgegengesetzte Meinung dar. Kapp habe den Osten fest in der Hand, die alte Regierung den Süden, und in Bayern herrschten Sonderbestrebungen. Der von Stuttgart erwartete schnelle Zusammenbruch sei erst möglich, wenn die Truppen der Kapptreuen Offiziere meuterten. Das bedeute jedoch den Verlust der Truppe, „14 Tage später" die Erledigung der Reichsregierung, „und dann komme der Bolschewismus". Die zweite Möglichkeit biete der Generalstreik, aber, so fügte er hinzu: „Wenn der Generalstreik Kapp bezwingt, so bringt er zugleich Hungersnot und

---

[1]) Schiffer-Manuskript, S. 58 f., und die Anlagen 19—21, Nachlaß Schiffer 16.

[2]) Bericht Schiffers vom 8. 4. 1920 an Reichskanzler Müller als Antwort auf eine Beschwerde des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, beide Texte im Nachlaß Schiffer 18, S. 163 und 171 f. Bestätigung des Geheimrats v. Borsig vom 15. 4. 1920 und die Antwort des Reichskanzlers an den Metallarbeiter-Verband, Akten der Reichskanzlei, Nr. K 537206 f. und K 537208 ff.

[3]) Protokoll in den Akten der Reichskanzlei, Nr. K 537331 ff. Ein Auszug im Dokument 45, Anhang, S. 340 f.

[4]) Ebenda, Nr. K 537331, und Nachlaß Koch 25, S. 21 ff.

damit ebenfalls den Bolschewismus." Also bleibe nur der Ausgleich. Da Kapp an seiner Person nicht festhalte, man um Neuwahlen nicht herumkomme und eine Kabinettsumbildung ohnehin nötig sei, kam Schiffer zu dem Schluß: „Materiell sind wir uns also ganz nahe, und es handelt sich nur darum, die formale Brücke zu finden; diese müsse aber gefunden werden, denn die Verantwortung gegenüber dem Land sei eine ungeheure[1])."

In der anschließenden Diskussion stimmte die Mehrheit dem Vizekanzler zu. Der bayrische Gesandte v. Preger und Unterstaatssekretär Ramm betonten die Entschlossenheit der auf seiten Kapps stehenden Truppen, ohne Konzessionen würden die Putschisten nicht abtreten. Ein preußischer Unterstaatssekretär zitierte die Ansicht des Zentrumsvorsitzenden Trimborn, alle Parteien seien mit einem Lösungsversuch im Sinne Schiffers einverstanden, man müsse eine Einigung herbeiführen, „an einer Formfrage dürfe die Sache nicht scheitern"[2]). In weiteren Beiträgen wurde von ersten Plünderungsversuchen in Magazinen berichtet und von der Ablehnung des Generalstreiks bei den höheren Beamten. Minister Stegerwald behauptete sogar, daß man vielfach schon auf die Parole zum Abbruch warte. Er unterstützte Schiffers Bestrebungen und sah als alleiniges Problem nur noch die Bewilligung einer Amnestie. An dieser Frage entzündete sich denn auch der Protest der anwesenden Sozialdemokraten. Unterstaatssekretär Göhre bezog sich auf die Stimmung seiner Parteifreunde. Sie lehnten eine Verbindungsaufnahme zu Kapp nicht ab, verlangten aber bedingungslosen Rücktritt und seien entschlossen, „auf ihrem Standpunkt zu beharren, auch wenn es Hunderte oder Tausende von Menschenleben kostet"[3]).

Den Mittelweg fand der sozialdemokratische Minister Südekum. Einerseits wies er darauf hin, daß die maßlos erregte Arbeiterschaft es einfach nicht verstehen würde, wenn die Regierung gleichberechtigt mit Kapp verhandele. Die Mehrheitssozialisten würden bei offiziellen Verhandlungen einen nicht wiedergutzumachenden Verlust erleiden. Andererseits griff er einen Vorschlag von Dr. Ramm auf, „daß es nicht verboten sei, den Versuch zu machen", die gespaltene Wehrmacht zu einigen und auf die Seite der legalen Regierung zu bringen. Obgleich sich noch einiger Widerspruch gegen die vorgeschlagene Fühlungnahme mit Offizieren regte, wurde Südekums Empfehlung angenommen, daß einige Reichsratsmitglieder und Unterstaatssekretäre mit den Generalen „informatorisch sprechen" sollten[4]). Die Delegation bekam ein doppeltes Ziel: Erstens, das Offizierskorps für die Regierung zurückzugewinnen; zweitens, Lüttwitz zum freiwilligen Rücktritt zu bewegen[5]).

[1]) Ebenda, Nr. K 537331.

[2]) Ebenda, Nr. K 537332 f.

[3]) Ebenda, Nr. K 537332 f. und K 537335.

[4]) Ebenda, Nr. K 537333 f. Vgl. auch Brammer, Militärdiktatur, S. 61, und den Brief des Reichsministers Schlicke an Schiffer vom 17. 3. 1920, Nachlaß Schiffer 18, S. 124 f.

[5]) Brammer, ebenda, S. 61 f. Verhandlungen des Reichsrats, ebenda, Nr. K 537334. Jansen, a.a.O., S. 37. Schiffer-Manuskript, S. 74 f., Nachlaß Schiffer 16.

Da allgemein die Ansicht vertreten wurde, daß Ludendorff den Putsch gemacht habe, schickte man zunächst Dr. Ramm, der mit ihm befreundet war, in dessen Wohnung. Das Drängen Ramms, Lüttwitz zum Rücktritt zu bewegen und die Reichswehr wieder zu einigen, hatte keinen Erfolg. Ludendorff entzog sich der Bitte mit dem Argument, ein Eingreifen in die Kommandogewalt zerstöre die militärische Disziplin[1]).

In der Zwischenzeit war es der Reichsratskommission gelungen, Lüttwitz, Hülsen und Oberstleutnant v. Klewitz in das Reichstagsgebäude zu bekommen. Offiziell diente die Besprechung der Information der Generale über die Stimmung der Beamtenschaft. Die Darlegungen der Unterstaatssekretäre Lewald, Peters und Ramm über die wachsende Stärke der linksradikalen Parteien und die zunehmenden Schwierigkeiten in der Versorgung machten auf Lüttwitz wenig Eindruck. Erst als v. Preger die Ablehnung der süddeutschen Regierungen und die Gefahr der „Mainlinie" erläuterte, griff Lüttwitz auf die nach Stuttgart gesandten Bedingungen zurück. Der General war sehr bemüht, den Eindruck der Siegesgewißheit zu machen, deswegen kündigte er die Ernennung neuer Minister an. Die Unterstaatssekretäre versicherten darauf, die Beamten würden den neuen Ministern ihren Dienst versagen. Nach dem Weggang von Lüttwitz, der zunächst das Ergebnis der Mission Maerckers abwarten wollte, erklärten jedoch Hülsen und Klewitz, daß sie das Unternehmen bereits aufgegeben hätten und nur noch die Amnestiefrage entscheidend sei. Im letzteren Punkt stießen sie auf großes Entgegenkommen. Nach Ansicht der Kommission hatten alle Untergebenen von Lüttwitz nur dessen Befehle befolgt. Für Lüttwitz sei es am besten, „wenn er verschwinden und das Land verlassen würde". In diesem Zusammenhang wurde eine von dem demokratischen Abgeordneten Gothein empfohlene Proklamation vorgeschlagen: Es werde anerkannt, daß die Offiziere durch die erteilten Befehle gedeckt seien. Kapp und Lüttwitz könnten erklären, „nachdem sie die Sicherheit gewonnen hätten, daß Neuwahlen in wenigen Wochen stattfinden, und daß entsprechend der Verfassung die Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk erfolgt, seien sie zurückgetreten und haben sie die vollziehende Gewalt der gesetzlichen Regierung zu Händen des Vizekanzlers Schiffer und das Kommando der Truppen dem General Reinhardt zurückgegeben". Hülsen und Klewitz machten darauf den Einwand, Reinhardt genieße in der Truppe zu wenig Vertrauen, und sie könnten Lüttwitz als Vorgesetzten nicht preisgeben[2]).

[1]) Schiffer-Manuskript, ebenda, S. 75. Brammer, ebenda, S. 62. Volkmann, Revolution, S. 335.

[2]) Zitate nach Verhandlungen des Reichsrats, Akten der Reichskanzlei, Nr. K 537337—339. Siehe auch Anklageschrift, S. 131; Brammer, ebenda; Schiffer, ebenda, S. 75 f. Unterstaatssekretär Albert berichtete am 17. 3. 1920 dem Reichskabinett in Stuttgart: „Sämtliche Unterstaatssekretäre und Parlamentarier redeten auf ihn (d. i. Lüttwitz) dahin ein, daß es aus wirtschaftlichen und anderen Gründen unmöglich sei, die Sache durchzuführen. Er sah nur das militärische und glaubte, er könne mit seinen 50000 Mann den Bolschewismus bekämpfen." Nachlaß Koch 25, S. 44.

Ebenso scheint die Kommission mit leitenden Offizieren des Reichswehrministeriums verhandelt zu haben, denn an der folgenden Sitzung des Reichsrats um 17 Uhr über das Ergebnis der geführten Besprechungen nahmen Offiziere des Ministeriums teil. Um die zur gleichen Zeit in Stuttgart beginnenden Gespräche der Reichsregierung mit Maercker und den Abgesandten der Mehrheitsparteien zu unterstützen, drängte der Reichsrat telefonisch darauf, die Bedingungen der Kapp-Regierung nicht gänzlich abzulehnen. Man konnte jedoch nur in Erfahrung bringen, daß die Minister in Stuttgart jeden Kompromiß ablehnten. In Berlin gingen wie am Vormittag auch jetzt wieder dem Sozialdemokraten Göhre die beabsichtigten Zugeständnisse seiner Kollegen viel zu weit: „Lüttwitz ist der Feind der Arbeiter, mit ihm wird nicht paktiert[1])." Er drängte darauf, erst die weiteren Entscheidungen von Kapp und Lüttwitz abzuwarten und bis dahin die Rechtsparteien zu einem stärkeren Druck auf die Kapp-Regierung zu bewegen. Der Minister Stegerwald (Zentrum) hielt dagegen ein weiteres Einwirken der DVP und DNVP für ziemlich wertlos, da sie den Eintritt in die neue Regierung schon abgelehnt hätten, und brachte die Diskussion wieder auf die Amnestiefrage. Kapps Rücktritt biete keine Schwierigkeiten, „denn Kapp könne flüchten, während man das von Lüttwitz nicht verlangen könne. Hier eine geeignete Basis zu finden, sei das Hauptproblem[2])." Da Stegerwald zugleich Führer der christlichen Gewerkschaften war, sei an dieser Stelle nochmals auf den Gegensatz zu den freien Gewerkschaften hingewiesen.

Die Kluft im Reichsrat konnte nicht überbrückt werden. Alle waren einverstanden, Kapp und Lüttwitz zumRücktritt zu bewegen, aber die SPD-Vertreter lehnten Verhandlungen und direkte Konzessionen, wie die Amnestie, ab.

b) *Reichswehr und Rechtsparteien drängen auf Ausgleich*

Wenn Schiffer in seiner Lagebeurteilung vor dem Reichsrat am Vormittag von der Tatsache ausging, daß Kapp die Osthälfte des Reiches fest in der Hand habe, so hatte er zweifellos die Position der Putschisten falsch eingeschätzt. Die Kapp-Regierung hatte sich von Anfang an fast ausschließlich auf die übergegangenen Teile der Reichswehr stützen müssen. An diesem vierten Putschtage konnten die maßgebenden Offiziere in Berlin, besonders aber im Reichswehrministerium, nicht mehr übersehen, daß diese Stütze im raschen Zerfall begriffen war. Die Bemühungen der Befehlshaber, es angesichts der gespaltenen Reichswehr nicht zu internen bewaffneten Auseinandersetzungen kommen zu lassen, hatten bisher Erfolg gehabt. Die zunehmende Verwischung des Generalstreiks zum Schutz der Verfassung mit linksradikalen Bewegungen und Angriffen bewaffneter Arbeiter auf wirkliche oder vermeintliche Kapp-Truppen machte es indessen immer schwieriger, den Einsatz der Truppe auf die Erhaltung

[1]) Verhandlungen des Reichsrats, ebenda, Nr. K 537339 f. Siehe auch Nr. K 537335 und Schiffer-Manuskript, S. 74 f., Nachlaß Schiffer 16.

[2]) Verhandlungen des Reichsrats, ebenda, Nr. K 537340.

von Ruhe und Ordnung zu beschränken. Ebenso verlangte das Bekenntnis zur Verfassung die Bekämpfung der Putschisten. Das bedeutete den Kampf Truppe gegen Truppe, der natürlich abgelehnt wurde. Diese Befürchtungen um den Bestand der Reichswehr führten am folgenden Tage den Rücktritt von Kapp und Lüttwitz unter militärischem Druck herbei.

Der Hauptanlaß zur Sorge lag in der überall sichtbar werdenden Abneigung weiter Kreise der Bevölkerung gegen die Reichswehr, wie sie die Minister in Stuttgart zum Beispiel gegenüber General Maercker gezeigt hatten. Als „besonders ernst" bezeichnete der Offizier vom Dienst im Reichswehrministerium die Meldung über einen Aufruf in sozialdemokratischen Zeitungen Kassels, die Reichswehr durch eine „Volkswehr" zu ersetzen. Außerdem bewiesen die Meldungen über ausgerufene Räterepubliken, daß die vorhandenen Truppen dieser politischen Bewegung in der Arbeiterschaft ohne Verstärkungen nicht gewachsen waren. Die folgenden Eintragungen des bereits erwähnten Offiziers vom Dienst am 16. März geben einen guten Einblick in die Entwicklung: 9 Uhr, „Gesamturteil: Lage spitzt sich zu. Kommunistische Gefahr wächst." „In Breslau ist die Lage ernst. Erhebliche Unruhen. Reichswehr ist noch Herr der Lage." 10.30 Uhr, Meldung des Wehrkreiskommandos aus Stettin: „Lage auf der Kippe. Linksradikale Bewegung sehr ernst zu nehmen. Hamburg übel." 11.30 Uhr, Meldung aus Brandenburg: „Name Kapp wirkt bei Arbeitern und Bürgerschaft wie ein rotes Tuch." 15.30 Uhr, Meldung des Gruppenkommandos 2 aus Kassel: „Lage im Industriegebiet sehr ernst. ... In Kassel Propaganda für Bewaffnung der Massen." 16 Uhr: „Eindruck aus heutiger Pressebesprechung katastrophal für Regierung Kapp. Von USPD bis einschließlich Zentrum einmütig dagegen[1])."

Hinzu kamen die ersten Anzeichen, daß die politischen Auseinandersetzungen die Truppendisziplin zerstörte. Als sich bei einem Telefonanruf des Reichswehrministeriums an die Nordseestationen ein Obermaat als Stationschef meldete, war die drohende Entwicklung schlagartig deutlich geworden. Nach einer Meldung aus dem Raum Schlesien machte sich „linksradikale Propaganda" bei der Truppe „in wachsendem Maße fühlbar"[2]). Minister Südekum glaubte bei einem allgemeinen Angriff der „Spartakisten", daß die Baltikumtruppen zu ihnen übergehen würden; für so stark hielt er deren sozialistische Neigungen. Schiffer ergänzte das mit der angeblich zuverlässigen Nachricht, die Baltikumer würden von den Unabhängigen mit großen Geldmitteln bearbeitet[3]). Freilich wurde auf die bewaffneten Verbände auch von anderer Seite eingewirkt. Südekum hatte selbst bereits Offiziere und Mannschaften sowohl der Sicherheitspolizei als auch der Reichswehr zu beeinflussen versucht, mit dem Erfolg, daß sich vier Hundert-

[1]) Tagebuch des O.v.D., S. 44 f. und 47 f. Nachlaß Schleicher 16.

[2]) Ebenda, S. 45 und 48. Siehe auch Südekum und Schiffer in den Verhandlungen des Reichsrats am 16. 3. 1920, Akten der Reichskanzlei, Nr. K 537334.

[3]) Schiffer und Südekum, ebenda.

schaften der Berliner Sipo von Kapp lossagten und etwa 100 Soldaten wegen ihrer Stellungnahme gegen Lüttwitz entwaffnet werden mußten[1]).

Es bestand kein Zweifel mehr, die politischen Gegensätze bedrohten ernsthaft das Gefüge der Reichswehr. So wuchs die Zahl derjenigen Offiziere ständig, die eine Rückzugsbrücke für die am Putsch beteiligten Verbände suchten, um die Einheit der Armee wiederherzustellen. Damit ergab sich zugleich die Übereinstimmung mit den Bemühungen des erweiterten Reichsrates.

Mit ebenso großem Interesse bemühten sich die beiden Rechtsparteien, alle Ansätze von Ausgleichsbestrebungen zu fördern. Zweifellos entwickelte die DVP dabei die größere Aktivität. Dies lag erstens an ihrer geschickten Führung, zweitens an ihrer günstigeren Position zwischen den Putschisten und den Mehrheitsparteien. Im Laufe des 14. und 15. März hatte sich im Vorstand der DVP die Abwendung von Kapp durchgesetzt. Die Mehrheit hielt eine Ergänzung der ersten Erklärung vom 13. in dem Sinne für angebracht, sich öffentlich von der neuen Regierung zu distanzieren. Das bedeutete keine Unterstützung der Regierung Bauer. Vielmehr stimmte die Mehrheit Stresemanns Vorschlag zu, „auf ein Koalitionskabinett unter Rücktritt der beiden Regierungen" hinzuarbeiten. Doch setzte Heinze durch, die Regierungsbildung Ebert zu überlassen, „damit der Boden der Gesetzmäßigkeit" nicht verlassen werde[2]). Als am 15. abends die Teilnahme von Politikern der DVP an der Besprechung der Mehrheitsparteien durch Hergt verhindert wurde, gab Stresemann die Weisung, „unter allen Umständen" mit den Regierungsparteien Fühlung aufzunehmen[3]).

Der Abgeordnete Leidig führte am 16. vormittags Gespräche mit Dominicus (DDP), Heilmann (SPD), Unterstaatssekretär Göhre (SPD), Herold (Zentrum) und Minister Stegerwald (Zentrum). Als Ergebnis konnte er Stresemann und Heinze berichten, daß die Mehrheitsparteien die drei Grundforderungen zu den ihrigen gemacht hätten, die SPD jedoch Verhandlungen ablehne und die beiden übrigen Regierungsparteien allein nicht verhandeln würden[4]).

Anschließend besprachen Stresemann, Heinze, Leidig und v. Krause das weitere Vorgehen mit den Deutschnationalen Hergt, Helfferich, Delbrück und Düringer. Man einigte sich schnell auf die zwei folgenden Ziele: Erstens, für die Kapp-Truppen einen möglichst ehrenvollen Ausweg zu finden und zweitens, nach der Übernahme der Grundforderungen durch die Regierungsparteien eine Amnestie für alle politischen Vergehen seit dem 8. November 1918 durchzusetzen[5]). Die Entscheidung für die Amnestie dürfte nicht leicht gewesen sein, denn es umschloß ja auch alle politischen Vergehen der Linksradikalen, und es

[1]) Vgl. Südekum in seinem Brief an Reichskanzler Müller, S. 6, Nachlaß Südekum 99.

[2]) Nach Hartenstein, a.a.O., S. 168 f.

[3]) Leidig-Bericht, Nachlaß Stresemann, Nr. 139535 f.

[4]) Leidig-Bericht, ebenda.

[5]) Leidig-Bericht, ebenda, Nr. 139537 f.

war nicht sicher, ob die Parteianhänger diesem Ausmaß zustimmen würden. Doch war man sich darüber klar, daß eine einseitige Amnestie für die Führer des Putsches innenpolitisch unvertretbar war. Bis zum Schluß des Putsches stand die Amnestiefrage von nun an im Mittelpunkt der Verhandlungen.

Die nächste Aufgabe bestand für die Rechtsparteien darin, die Vertreter der beiden Regierungen an einen Tisch zu bringen. Das besorgte Stresemann. Er unterrichtete Oberst Bauer, daß die Mehrheitsparteien die Grundforderungen übernommen hätten, und machte ihm Hoffnungen auf eine annehmbare Regelung in der Amnestiefrage. Oberst Bauer erklärte sich unter diesen Umständen zu einer Einigung durch Verhandlungen bereit, was Stresemann sofort Schiffer mitteilen ließ. Bauers Erklärung bedeutete, wie sich Schiffer nochmals von Stresemann bestätigen ließ, die Rücktrittsbereitschaft von Kapp und Lüttwitz. Daraufhin einigte sich der Vizekanzler mit den im Reichstagsgebäude anwesenden Herren, noch am gleichen Abend eine Zusammenkunft mit Oberst Bauer herbeizuführen. Die Vertreter der Rechtsparteien übernahmen die Benachrichtigung Bauers. Als Tagungsort hatte der Vizekanzler und Reichsjustizminister sein Ministerium bestimmt[1]).

c) *Der Einfluß des angeblichen Ultimatums bewaffneter Berliner Arbeiter auf die Ausgleichsbemühungen*

Obgleich sowohl die Politiker von der SPD bis zur DNVP als auch die Reichswehr mit der Regierung Kapp einen bewaffneten Aufstand Berliner Arbeiter unter Führung von Linksradikalen befürchteten, operierten doch alle gegensätzlich jeweils in ihrem Sinne mit dem drohenden Aufstand, der allgemein als Kommunismus bezeichnet wurde. Jeder benutzte den Kommunistenschreck, um seine Einigungsvorschläge durchzusetzen.

Als Hülsen und Klewitz gegen 19 Uhr im Reichstagsgebäude die Meldung von einem Ultimatum der „Kommunisten" überbrachten, versetzten sie die anwesenden Politiker und Beamten in gewaltige Erregung. Das war begreiflich, denn Göhre hatte bereits zweimal an diesem Tage einen bewaffneten Aufstand Berliner Arbeiter angekündigt[2]). Nach der Meldung der Offiziere, die sich auf Pabst beriefen, sollten bis 21 Uhr die Arbeiterviertel von der Reichswehr geräumt sein, „widrigenfalls sie selbst losschlagen würden. Eine neue Regierung mit Däumig und Oskar Cohn an der Spitze sei bereits gebildet[3])." Die Offiziere

[1]) Leidig-Bericht, ebenda ; Bauer, Der 13. März, S. 24. Brief von Pabst an Schiffer vom 28. 6. 1924, Nachlaß Bauer 32, Anklageschrift, S. 132 f. Stresemann, Märzereignisse, S. 16. Schiffer-Manuskript, S. 80, Nachlaß Schiffer 16.

[2]) Verhandlungen des Reichsrats, Akten der Reichskanzlei, Nr. K 537335 und Nr. 537342. Schiffer-Manuskript, S. 80, ebenda. Leidig-Bericht, ebenda, Nr. 139537 und Nr. 139539. Jansen, a.a.O., S. 38.

[3]) Jansen, ebenda. Brammer, Militärdiktatur, S. 63. Zitat nach Verhandlungen des Reichsrats, Akten der Reichskanzlei, Nr. K 537342. Anklageschrift, S. 133. Schiffer-Manuskript, S. 80, Nachlaß Schiffer 16.

drängten auf sofortige Einigung. Kapp werde zurücktreten und das Unternehmen beenden, Lüttwitz müsse dagegen bleiben, „er fechte nunmehr für die alte Regierung und verlange keine Amnestie“[1]). Machte auch der Unterstaatssekretär Schulz darauf aufmerksam, daß Däumig und Cohn Unabhängige seien und die SPD nicht mit Lüttwitz gegen die USPD kämpfen würde[2]), so scheint die Mehrheit der Anwesenden doch für den Vorschlag der Offiziere eingetreten zu sein, denn der Gesandte Dr. Riezler setzte sich unmittelbar darauf telefonisch bei der Reichsregierung in Stuttgart dafür ein, daß Lüttwitz wegen eines drohenden Angriffs linksradikaler Berliner Arbeiter wenigstens in den nächsten 24 Stunden als Befehlshaber die Truppen führe. Der Reichskanzler, der mehr an einen Aufstand der gesamten Arbeiterschaft glaubte, lehnte das Ersuchen ab, da die legale Regierung erledigt sei, wenn sie mit diesem General gegen die Arbeiter vorginge. Der sofortige Rücktritt von Kapp und Lüttwitz sei dagegen geeignet, den Angriff der Arbeiter wenigstens abzuschwächen. Als Nachfolger für Lüttwitz wurde erneut Seeckt vorgeschlagen. Auf das Gegenargument von Riezler, die Truppen in Berlin würden einem anderen General nicht folgen, konnte der Reichskanzler wegen der Unterbrechung der Verbindung nicht mehr antworten. Wie schwankend indessen die Minister in Stuttgart geworden waren, zeigt die Tagebuchaufzeichnung Kochs: „Gut, daß ich nicht zu entscheiden hatte und keine andere Entscheidung herbeiführen konnte, da getrennt wurde. Da hätte man die Nerven verlieren können[3]).“

Da sich das Ultimatum als Falschmeldung erwies, liegt die Vermutung nahe, daß es im Kreis der Putschisten entstand, um unter der Parole „gegen den Kommunismus“ in die Legalität zurückkehren zu können, vor allem aber von der Reichsregierung die Anerkennung von Lüttwitz als Befehlshaber zu erreichen. Nach einer solchen Bestätigung wäre Lüttwitz' Position erneut gefestigt gewesen. Diese Möglichkeiten sahen die Anhänger des Generals durchaus. So bauschten sie diese Meldung gehörig auf und versuchten, damit bei den Politikern Furcht zu erzeugen. Laufend verbreiteten sie Meldungen, daß der Angriff bewaffneter Arbeiter unmittelbar bevorstehe[4]).

Die Behauptung des preußischen Ministerpräsidenten Hirsch, daß es sich um einen „aufgelegten Schwindel“ gehandelt habe, läßt sich allerdings nicht halten. Das Mitglied der USPD Weth hatte am Nachmittag im Reichswehrministerium die Räumung der Berliner Arbeiterviertel bis 21 Uhr gefordert, widrigenfalls

---

[1]) Verhandlungen des Reichsrats, ebenda.

[2]) Ebenda.

[3]) Nachlaß Koch 25, S. 30 ff. und 35.

[4]) Pabst bestätigt, daß sie die Meldung in diesem Sinne ausgenutzt hätten. Sowohl Kapp als auch Lüttwitz waren aber von einem drohenden Angriff bewaffneter Arbeiter überzeugt; siehe Westarp-Manuskript T. II, S. 105, und den Brief Stresemanns an das Reichsgericht in seinem Nachlaß, Nr. 139356. Zu den Meldungen der Putschisten, siehe Verhandlungen des Reichsrats, a.a.O., Nr. K 537343 f., und Jansen, a.a.O., S. 39.

würde ein Massenangriff auf die Truppe erfolgen. Den Vorschlag, erst das Verhandlungsergebnis aus Stuttgart abzuwarten, lehnte Weth mit der Bemerkung ab, seine Partei sei an einer solchen Einigung nicht interessiert[1]). Das Ultimatum wurde im Reichswehrministerium nicht sehr ernst genommen. Die Erregung unter den Politikern entstand erst, als sich die Kapp-Regierung dieses Ultimatums bemächtigt hatte. In der USPD und KPD war die Ausführung des angekündigten Aufstandes umstritten. Eine Minderheit wünschte in der Tat einen solchen Schritt. Die Mehrheit scheute dagegen die zu erwartenden Verluste und versprach sich einen sichereren Erfolg durch die Fortsetzung des Generalstreiks. Da bis zu den Neuwahlen nach ihrer Ansicht die Reichswehr völlig zersetzt sein würde, sollte nach dem erwarteten Wahlsieg die Rätebewegung zum Siege geführt werden[2]). Diese Lagebeurteilung teilten die Mehrheit der Regierungsparteien und der Reichsrat. Deshalb wollten sie die Reichswehr retten und die Radikalisierung des Generalstreiks verhindern, indem sie den Rücktritt von Kapp und Lüttwitz durch Entgegenkommen beschleunigten[3]).

Nachdem auch die beiden Offiziere Hülsen und Klewitz in Verbindung mit dem Ultimatum die Rücktrittsbereitschaft von Kapp und Lüttwitz berichtet hatten, entstand bei der Fülle an Nachrichten im Reichstagsgebäude die Ansicht, daß der Rücktritt bereits erfolgt sei. Minister Südekum gab dies öffentlich bekannt, und um 22 Uhr war die falsche Nachricht bereits in Stuttgart[4]). Schiffer sah in dem Ultimatum eine so nachteilige Wirkung für die Kapp-Regierung, daß er deren Ende nun „als eine glatte Selbstverständlichkeit" ansah. Nach seiner Ansicht verdrängte die Furcht vor dem Kommunismus alle Parteiunterschiede und richtete den politischen Willen gegen die Urheber dieser Entwicklung[5]).

Das Ultimatum kam indessen den Putschisten sehr gelegen, so gelegen, daß es Politiker der SPD schon nach wenigen Stunden für einen politischen Trick der Regierung Kapp hielten. Kam es wirklich zu dem erwarteten Aufstand, so wurde das Bürgertum nach rechts gedrängt und Lüttwitz mit seinen Truppen der natürliche Verbündete. Pabst, in diesen Tagen der engste Mitarbeiter des Generals, schrieb rückblickend: „Diese Bedrohung hat aber keinerlei Eindruck auf mich gemacht. Ganz im Gegenteil, ich hätte gewünscht, daß die radikale Arbeiterschaft handelte, denn dann hätte die Un-Tätigkeit unserer Leute ein

[1]) Hirsch in den Verhandlungen des Reichsrats, ebenda. Brammer, Militärdiktatur, S. 63, läßt die Frage nach der Echtheit der Meldung offen. Das Ultimatum von Weth im Tagebuch des O.v.D., Nachlaß Schleicher 16, S. 48 f. Vgl. auch Nachlaß Koch 25, S. 32, und Wauer, a.a.O., S. 27.

[2]) Südekum vor dem Reichsrat, Verhandlungen, a.a.O., Nr. K 537341.

[3]) Vgl. das Interview Südekums mit Berlla, S. 18 f., Nachlaß Südekum 99. Reichsminister Schlicke spricht in seinem Brief an Schiffer vom 17. 3. 1920 von „dem bekannten Bären", den die Offiziere „dem Reichsrat auch glücklich aufgebunden" hätten; Nachlaß Schiffer 18, S. 124 f.

[4]) Schiffer-Manuskript, a.a.O., S. 81, und Nachlaß Koch 25, S. 35 f.

[5]) Schiffer-Manuskript, a.a.O., S. 80 f.

rasches Ende gefunden. Gerade diese war ja der Grund, weswegen die gegnerische Propaganda in unsern Reihen vielfach erfolgreich war. Hätten wir *kämpfen* können, war es aus mit der Propaganda. Den Kampf brauchten wir aber nicht zu fürchten, *den* hätten wir gewonnen und damit war auch der sogenannte Generalstreik erledigt[1])."

Sowohl Schiffer als auch Pabst überschätzten ihre Stärke. Die Kapp-Regierung war weder politisch noch militärisch zu halten. Es ging nur darum, einen geeigneten Rückzugsweg zu finden. Da für Lüttwitz und seine Truppen die bedingungslose Unterwerfung nicht in Betracht kam, blieben dem Vizekanzler und den Vertretern der Mehrheitsparteien Verhandlungen nicht erspart. Die Schwierigkeiten lagen allerdings nicht mehr bei Kapp, sondern bei Lüttwitz, der wenigstens den Oberbefehl behalten wollte, um so in dieser Machtposition die Erfüllung seiner Grundforderungen abwarten zu können. Gelang dieses, hatte er noch einen beträchtlichen Erfolg errungen.

Sein wichtigstes Ziel war jetzt die Regierungsumbildung. Zu diesem Zweck holte er Stresemann persönlich von dessen Wohnung ab und fuhr mit ihm in die Reichskanzlei. Als Stresemann für die DVP nur zu der Beteiligung an einer verfassungsmäßig gebildeten Regierung bereit war, machte der General den Vorschlag, er solle „den Seniorenkonvent des Reichstages einberufen und diesen auffordern, eine Regierung zu bilden". Stresemann mußte ihn allerdings auf die politische Unmöglichkeit eines solchen Schrittes hinweisen[2]). Er empfahl in dem Gespräch, an dem auch Kapp teilnahm, auf die nach Stuttgart mitgeteilten Bedingungen zu verzichten und sich auf die drei Grundforderungen zuzüglich der Amnestie zu beschränken. Damit waren Kapp und Lüttwitz einverstanden. Nachdem Stresemann seine Hilfe für eine Verständigung auf dieser Basis angeboten hatte, verzichteten sie darauf, die Gegenbedingungen aus Stuttgart zu beantworten und sandten statt dessen Pabst zu Schiffer[3]).

---

[1]) Brief des Majors Pabst vom 26. 3. 1961 an den Verfasser. Der Offizier v. D. notierte in der Nacht vom 16. auf den 17. 3. 1920: „Mehrheitssozialisten halten Nachrichten über großen Kommunisten-Aufruhr für Mystifikation. Sehen darin Absicht, anständigen Rückzug Kapp–Lüttwitz's zu ermöglichen." Nachlaß Schleicher 16, S. 53.

[2]) Aussage Stresemanns, Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 60. Vgl. auch seinen Bericht an das Reichsgericht vom 16. 7. 1920, Nachlaß Stresemann, Nr. 139354 f., und seinen Brief an Lüttwitz vom 9. 8. 1922, Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 13, Nr. 1463932. In der Broschüre, Märzereignisse, S. 17, datiert Stresemann die Aufforderung zur Regierungsbildung auf den 17. früh.

[3]) Siehe Stresemanns Bericht an das Reichsgericht, ebenda, und seinen Brief an Lüttwitz, ebenda. Das Tagebuch des O.v.D. enthält die treffende Notiz: „Antwort an Stuttgart auf Noske-Bedingungen wird zunächst nicht erteilt, da letztere durch Lage (Verhandlungen mit Südekum–Schiffer) überholt." Nachlaß Schleicher 16, S. 50. Lüttwitz bemerkt rückblickend zur Aufnahme von Verhandlungen in Berlin: „Es war klar, daß wir dabei mehr würden erreichen können als durch Verhandlungen mit der fernen, nicht faßbaren Regierung Ebert." Im Kampf, S. 129.

d) *Die Verhandlungen zwischen Vizekanzler Schiffer und Major Pabst*

Als Pabst an diesem Dienstagabend gegen 20 Uhr im Reichsjustizministerium eintraf, hatten sich inzwischen bei Schiffer auch Ministerpräsident Hirsch, Südekum, Stegerwald, Oeser, Hergt, Polizeipräsident Ernst und mehrere Unterstaatssekretäre eingefunden[1]). Zunächst wurde der durch die Anstrengungen der letzten Tage ziemlich erschöpfte Major, der mit der Familie Schiffer seit vielen Jahren befreundet war, mit Speise und Trank bewirtet. Diese Gastlichkeit dehnte sich bald auch auf die übrigen Anwesenden aus. „So entstand immerhin eine Stimmung, die dem Ernst der Situation nicht ganz adäquat war, aber sie nicht ungünstig beeinflußte", bemerkte Schiffer später zu diesem Randgeschehen[2]).

Da Pabst sogleich aussprach, daß er keinen Rücktritt von Kapp und Lüttwitz überbringe, sondern als Bevollmächtigter erst über die Bedingungen verhandeln wolle, geriet der Vizekanzler in eine schwierige Situation, denn mit Rücksicht auf die Reichsregierung in Stuttgart und die Haltung der SPD durften offiziell keine Verhandlungen geführt werden. Schiffer suchte einen Ausweg, indem er zuerst den bedingungslosen Rücktritt der Kapp-Regierung forderte, dann jedoch die einzelnen Bedingungen der Putschisten „als Diskussionsgrundlage" benutzte, wobei er seine Erklärungen als persönliche Auffassungen hinstellte[3]). Der Verhandlungscharakter dieser Zusammenkunft konnte freilich dadurch nicht verschleiert werden. Südekum hat diese Besprechung mehrfach als Verhandlung bezeichnet und auch ihre Notwendigkeit betont, da auf anderem Wege der Rücktritt von Kapp und Lüttwitz nicht zu erreichen gewesen sei[4]). Ebenso spricht Hergt von gleichwertigen Partnern, die über die Bedingungen verhandelt hätten[5]). Den Hauptinhalt der Verhandlungen bildete die Amnestiefrage. Wenn Schiffer wirklich bedingungslosen Rücktritt gefordert hätte, wäre die Erörterung der Amnestie überflüssig gewesen.

Nun konnten weder Schiffer noch die übrigen Anwesenden eine solche Zusicherung geben. „Um der Sache ein Ende zu machen", versprach der Vize-

---

[1]) Angaben zu dieser Verhandlung im Schiffer-Manuskript, S. 86 f., Nachlaß Schiffer 16; in der Anklageschrift, S. 133 f., und in den Stenographischen Berichten, Bd. 344, S. 545 f. (Hergt), S. 538 f. (Schiffer) sowie 549 (Schiffer), 2. 8. 1920.

[2]) Schiffer-Manuskript, ebenda, S. 87.

[3]) Ebenda.

[4]) Südekum in seinem Brief an Reichskanzler Müller, S. 5 ff., und in seinem Interview mit Berlla, S. 22 f., beides im Nachlaß Südekum 99. Pabst schreibt daher zu Recht in seinem Brief vom 28. 6. 1924 an Schiffer: „Richtig ist vielmehr, daß stundenlang über unsere Bedingungen verhandelt wurde und daß als Abschluß derselben die Gegenvorschläge Ihrer Freunde genau fixiert wurden." Nachlaß Bauer 32. Die kurze Darstellung bei Gordon, a.a.O., S. 125, übergeht das Interesse Schiffers und der ihn umgebenden Politiker an einer schnellen und friedlichen Einigung mit den Putschisten. Die Verhandlungen zur Beendigung des Putsches kommen daher in ihrer Bedeutung nicht zur Geltung.

[5]) Hergt am 2. 8. 1920 vor dem Reichstag, Bd. 344, S. 545 f.

kanzler dem neuen Reichstag ein entsprechendes Gesetz vorzulegen und die Durchführung „zur Kabinettsfrage" zu machen. Pabst war mit dieser Vertröstung auf den neuen Reichstag nicht einverstanden und verlangte eine klarere Zusage. Es war ja auch keineswegs sicher, daß Schiffer in dem neuen Kabinett amtieren würde. Der Vizekanzler gab daraufhin die Zusicherung, im jetzigen Reichskabinett und in der Nationalversammlung auf eine allgemeine Amnestie zu dringen und bei Ablehnung „gegebenenfalls persönlich die Konsequenzen zu ziehen"[1]).

Den zweiten Schwerpunkt der Verhandlungen bildete die Forderung von Lüttwitz, vorläufig den Oberbefehl behalten zu wollen. Hiergegen erhoben namentlich die Anhänger der SPD erregten Widerspruch. Auch die einlaufenden Meldungen über unmittelbar bevorstehende Kämpfe mit Arbeitertruppen in Berlin, in denen die Reichswehr nur unter Lüttwitz siegen könne, bewirkten keinen Meinungsumschwung. Die Mehrheitssozialisten schenkten den militärischen Nachrichten keinen rechten Glauben[2]). Die Gruppe um Schiffer beharrte daher auf dem Rücktritt von Lüttwitz. Das mußte auch Oberst Bauer erfahren, als er sich zu mitternächtlicher Stunde über den Stand der Verhandlungen persönlich bei Schiffer unterrichtete[3]).

Nachdem stundenlang die einzelnen Bedingungen von allen Anwesenden debattiert wurden, einigte man sich auf folgende Vorschläge an die Kapp-Regierung: „Kapp tritt zurück. Lüttwitz legt den Oberbefehl nieder; die Reichsregierung ernennt einen anderen Oberbefehlshaber. Der Stellvertreter des Reichskanzlers wird gegenüber den maßgebenden Stellen folgende Vorschläge machen: Der Nationalversammlung wird anempfohlen, sich längstens 4 Wochen nach ihrem Zusammentreten aufzulösen; Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk; schleunigste Umbildung des Kabinetts. Der Reichsminister der Justiz wird sich bei der Nationalversammlung dafür einsetzen, daß eine allgemeine Amnestie erfolgt[4])."

[1]) So Südekum in seinem Bericht, S. 11, Nachlaß Südekum 99. Die Formulierung „zur Kabinettsfrage" gebraucht Schiffer in seinem Manuskript, S. 88. Der Satz, „Um der Sache ein Ende zu machen", aus dem Interview Südekums mit Berlla, S. 22 f., zeigt nochmals, daß Schiffer nicht die vollständige Niederlage der Putschisten durch den Generalstreik abwarten wollte, sondern den möglichst schnellen Rücktritt der Regierung Kapp erstrebte und dabei zu Konzessionen bereit war.

[2]) Siehe Tagebuch des O.v.D., Nachlaß Schleicher 16, S. 51; Jansen, a.a.O., S. 39; Verhandlungen des Reichsrats, Akten der Reichskanzlei, Nr. K 537343 f., und die Erklärungen von Hergt und Schiffer vor dem Reichstag am 2. 8. 1920, Stenographische Berichte, Bd. 344, S. 545 f. (Hergt) und S. 538 f. (Schiffer).

[3]) Schiffer-Manuskript, a.a.O., S. 88, und Anklageschrift, S. 135.

[4]) Ministerpräsident Hirsch am 17. 3. 1920 früh vor dem Reichsrat; Verhandlungen des Reichsrats, a.a.O., Nr. K 537344. Ein ähnlicher Text auch im Tagebuch des O.v.D., Nachlaß Schleicher 16, S. 53, und im Nachlaß Koch 25, S. 43. Die schriftliche Fixierung der Gegenvorschläge betont auch Düringer, Stenographische Berichte, Bd. 344, S. 531, und Pabst in seinem Brief an Schiffer vom 28. 6. 1924, Nachlaß Bauer 32.

Mit diesem schriftlich niedergelegten Ergebnis begab sich Pabst noch in der Nacht in die Reichskanzlei zu Kapp und Lüttwitz. Beide lehnten die Vorschläge ab, stellten aber zunächst keine Gegenbedingungen. Zwischen 3 und 4 Uhr früh ließen sie Schiffer durch einen Offizier mitteilen, ihre Antwort werde um 11 Uhr vormittags eintreffen. Die Putschisten waren nach den Anstrengungen der letzten Tage „derartig nervös und abgespannt", daß die Verhandlungen abgebrochen werden mußten[1]). Die bis 5 Uhr früh beratenden Politiker um den Vizekanzler wurden in der Nacht noch mehrfach von Offizieren bedrängt, daß die Verbindung mit den Truppen unter Lüttwitz das Gebot der Stunde sei. Gleich, wieweit bei Politikern des Zentrums und der DDP die Bereitschaft zum Entgegenkommen ging, für die Mehrheitssozialisten war das unmöglich, weil, wie Ministerpräsident Hirsch vor dem Reichstag ausführte, „hierbei ihre Leute mit fliegenden Fahnen zu den Unabhängigen abschwenken würden"[2]).

Wie gemäßigt sich die bei Schiffer aufhaltenden sozialdemokratischen Minister Hirsch und Südekum verhielten, zeigten die Proteste der plötzlich erscheinenden führenden Mehrheitssozialisten Lüdemann, Krüger und Stampfer. Trotz der Versicherung Schiffers, von „Verhandlungen im Sinne von Zugeständnissen" könne keine Rede sein, die mit der Wahrheit nicht übereinstimmte, und seiner Erklärung, die Besprechung mit Pabst sei „für die Regierung unverbindlich", blieben die Besucher bei ihrem Protest. Die Argumente des Vizekanzlers, Blutvergießen verhindern zu wollen und die Reichswehr wieder für die Regierung zu gewinnen, ließen sie nicht gelten. Statt dessen verwiesen sie auf die Macht des Generalstreiks und forderten den Abzug aller Truppen aus Berlin. „Die Militärherrschaft müsse niedergekämpft werden und es sei besser, Menschenleben zu opfern, als mit den Kapp-Leuten zu verhandeln[3])."

Dieser Auffassung haben Schiffer, die in Berlin verbliebenen preußischen Minister, die Unterstaatssekretäre, die Parteivorstände des Zentrums und der DDP sowie einige führende Mehrheitssozialisten nicht beigepflichtet. Da Schiffer (DDP) und Südekum (SPD) die geführten Verhandlungen mit den gleichen Argumenten verteidigten, mögen ihre Äußerungen nochmals in einer kurzen Zusammenfassung die politische Situation kennzeichnen.

---

[1]) Aussage Ludendorffs, nach Anklageschrift, S. 134. Die Behauptung im Tagebuch des O.v.D., Nachlaß Schleicher 16, S. 54, daß noch in der Nacht die Bedingungen Schiffers abgelehnt und neue Gegenbedingungen gestellt worden seien, wird in den anderen Quellen nicht bestätigt. Vgl. Pabst-Brief an Schiffer, ebenda, Jansen, a.a.O., S. 39, und Kern, a.a.O., S. 343.

[2]) Ministerpräsident Hirsch vor dem Reichsrat, Verhandlungen, a.a.O., Nr. K 537344. Vgl. auch Jansen, a.a.O., S. 39 und 41.

[3]) Schiffer-Manuskript, a.a.O., S. 88. Vgl. auch Tagebuch des O.v.D., Nachlaß Schleicher 16, S. 55, und Kern, a.a.O., S. 342 f. Südekum verteidigte sich nach dem Putsch mit dem Argument, nicht als Vertreter der SPD, sondern aus eigener Verantwortung gehandelt zu haben. Brief an Reichskanzler Müller, S. 1 und 5, Nachlaß Südekum 99. Südekum wurde nach dem Putsch von seinen Parteigenossen scharf angegriffen und verlor gleich Hirsch seine Ministerstellung.

Erstens führte eine Verschärfung der Gegensätze zwangsläufig zum Blutvergießen, wie es aus einigen Reichsgebieten bereits gemeldet worden war. Die Verantwortung für einen daraus erwachsenden Bürgerkrieg wollten die Politiker um Schiffer nicht übernehmen. Südekum berief sich später auf die Flucht der Reichsregierung, die aus Furcht vor Blutvergießen auf den Widerstand regierungstreuer Truppen verzichtet habe[1]). Zweitens war der Generalstreik eine zweischneidige Waffe. Auch Südekum, der sich hinter den Streik stellte und überzeugt war, daß durch ihn der Putsch niedergerungen werden würde, fügte die Einschränkung hinzu, „wenn man dabei von der schon erwähnten Gefahr eines Linksputsches absieht“[2]). Hinzu kam die Sorge um die wirtschaftlichen Folgen, besonders für die Sicherung der Ernährung. Drittens war es unverkennbar, daß USPD und KPD „die Niederringung des Kapp-Putsches zur Errichtung der eigenen Herrschaft“ benutzten[3]). Dem Verlangen nach kompromißloser Bekämpfung trat Südekum mit der Bemerkung entgegen, danach könne jemand, „der sich in verantwortlicher Stellung befinde“, seine Haltung nicht ausrichten, vor allem, weil „linke Schreier“ „den verhängnisvollen politischen Wirrwarr“ verlängern wollten[4]). Viertens fürchteten Schiffer und Südekum die Zersetzung der Reichswehr und sogar deren teilweisen Übertritt zu den Linksradikalen. Blieben die Truppen im Osten des Reiches dagegen Lüttwitz treu, so war die legale Regierung bei zivilen Aufständen auf die Hilfe des Generals angewiesen[5]). Für Schiffer kam fünftens noch die Befürchtung hinzu, die Regierung Kapp könnte in eine der Ostprovinzen ausweichen, sich dort festigen und Berlin den „Spartakisten“ überlassen[6]). Solche Überlegungen wurden von einigen Mitarbeitern Kapps in der Tat ernsthaft erwogen, wobei sie an Breslau, Danzig oder Ostpreußen dachten[7]).

Der Vizekanzler hat später seinen Ministerkollegen vorgeworfen, sie hätten die Gefahren „auf der stürmischen Berliner See“ nicht gesehen und sich die Sache „etwas zu leicht“ gemacht, als sie selbst Zureden für unwürdig und schädlich hielten[8]). „Unzählige haben mich angefleht, auf dem Wege der unblutigen Methode die Regierung Kapp–Lüttwitz zu beseitigen und die Truppen in die Hand zu bekommen[9]).“

---

[1]) Vgl. Schiffer-Manuskript, a.a.O., S. 81 f. Südekum an Reichskanzler Müller, S. 5—8. Interview mit Berlla, S. 17—21, und sein Bericht, S. 10—16, sämtlich Nachlaß Südekum 99.

[2]) In seinem Interview mit Berlla, S. 21, Nachlaß Südekum 99. Zur Beurteilung des Generalstreiks durch Südekum siehe Dokument 46, Anhang, S. 341 f.

[3]) Siehe Schiffer-Manuskript, a.a.O., S. 82.

[4]) Südekum in seinem Brief an Reichskanzler Müller, S. 5, Nachlaß Südekum 99.

[5]) Ebenda, S. 7 f., und Schiffer-Manuskript, a.a.O., S. 82. Nachlaß Schiffer 18, S. 166.

[6]) Schiffer-Manuskript, ebenda.

[7]) Mitteilungen von Major Pabst.

[8]) Schiffer-Manuskript, a.a.O., S. 81.

[9]) Aus dem Manuskript einer Rede Schiffers, Schiffer-Nachlaß 18, S. 166.

Aus diesen angeführten Gründen hatte Schiffer die Führung der Verhandlungen mit Pabst übernommen, obgleich er über die Ablehnung der Reichsregierung unterrichtet war. Die Kapp-Regierung hoffte jedoch noch auf den linksradikalen Aufstand in Berlin, der sie zum Bundesgenossen des verängstigten Bürgertums machen sollte, und lehnte daher die Konzessionen Schiffers und der ihn umgebenden Politiker ab. Da diese keine weiteren Zugeständnisse machen konnten, wenn sie nicht die Koalition sprengen wollten, und die Bewaffnung von Arbeitern nicht in Frage kam, waren die Verhandlungen gescheitert, sofern die zur neuen Regierung übergetretenen Truppen Lüttwitz weiterhin gehorchten. Dies war indessen nicht der Fall. Innerhalb der nächsten 12 Stunden mußten Kapp und Lüttwitz unter militärischem Druck zurücktreten.

4. *Die Reichswehr beendet den Putsch*

a) Kapp erklärt seinen Rücktritt

Fast alle wesentlichen Ereignisse dieser turbulenten Tage sind durch das Verhalten von hohen Offizieren bestimmt worden. Der Putsch begann, weil Lüttwitz mit der Ehrhardt-Brigade ultimative Forderungen an die Reichsregierung stellte und die übrige Generalität in Berlin bis auf Reinhardt den Widerstand als aussichtslos bezeichnete. Die legale Regierung konnte sich in Stuttgart erneut festigen, weil Ehrhardt ihr Entkommen zuließ, Maercker ihre Verhaftung verweigerte und die südwestdeutschen Generale sie in Schutz nahmen. Innerhalb der Reichswehr entschied sich auch das Ende des Putsches, denn gleich den Politikern um Vizekanzler Schiffer erkannte die große Mehrheit der leitenden Offiziere die heraufziehenden Gefahren.

Die genaueste Kenntnis über die Entwicklung innerhalb der Truppe hatten die Offiziere im Reichswehrministerium, wo alle Nachrichten zusammenliefen. Am Morgen des 17. März stand fest, daß alle Truppen West- und Süddeutschlands sich der Reichsregierung in Stuttgart unterstellt hatten[1]). Nach den Meldungen mehrerer Wehrkreiskommandos waren die Truppen außerdem nicht in der Lage, angesichts größerer Protestbewegungen gegen den Putsch die Ordnung aufrechtzuerhalten, gleich zu welcher Regierung sich die einzelnen Wehrkreiskommandeure bekannten. Meldungen über das Versagen militärischer Führer, über Entwaffnungen von Truppenteilen, über die Verhaftung von Offizieren und über die verlustreichen Kämpfe im Ruhrgebiet verfehlten nicht ihre Wirkung[2]). Die zunehmende politische Beeinflussung der Soldaten durch die verschiedensten Organisationen drohten die Disziplin zu untergraben. Schon hatte es in Berlin die ersten Befehlsverweigerungen gegeben, und dabei ergaben die eingehenden Meldungen, daß die Bewaffnung der Arbeiter erst begonnen hatte[3]). Vor allem

[1]) Siehe Tagebuch des O.v.D., Nachlaß Schleicher 16, S. 44 und 53.

[2]) Siehe Tagebuch des O.v.D., ebenda, S. 54 f. Diese Entwicklung betonen auch Ludendorff, Vom Feldherrn . . ., S. 113, und Oberst Heye an Rabenau, S. 3, Nachlaß Seeckt, Stück 290.

[3]) Vgl. Tagebuch des O.v.D., Nachlaß Schleicher 16, S. 45, 46, 47, 48 und 54.

wirkte sich die Befürchtung aus, die SPD könne sich mit der USPD und KPD verbinden. Oberstleutnant Kalle meldete nach dem Scheitern der Verhandlungen zwischen Pabst und Schiffer an das Reichswehrministerium, die drohende Koalition der Arbeiterparteien könne nur noch durch die Zusammenfassung der gesamten Reichswehr unter einem Befehlshaber verhindert werden, „der einwandfrei erklärt: Ich stehe zur Verfassung und zur gesetzmäßigen Regierung". Kalle fügte hinzu: „Das kann Lüttwitz nicht sein[1])." Um 8.20 Uhr meldete der Wehrkreis Stettin: „Es ist *allerhöchste* Zeit, daß eine Lösung gefunden wird, mit der die Mehrheitssozialisten einverstanden sind, sonst (geht) im Bereiche (des) Wehrkr. II die Sache schief[2])."

Schon im Laufe des 16. März wurde die Zuverlässigkeit der Berliner Sicherheitspolizei für Kapp und Lüttwitz immer fraglicher. Von verschiedenen Seiten war auf die Offiziere und Mannschaften eingewirkt worden, vor dem unvermeidlichen Fehlschlag des Unternehmens sich wieder der legalen Regierung zu unterstellen. Die leitenden Offiziere hatten daraufhin zunächst auf eine Verständigung zwischen beiden Regierungen gedrängt[3]). Am 17. früh jedoch verweigerte die Kommandostelle die weitere Unterstützung und forderte den Rücktritt von Kapp. Die entsprechende Erklärung gab der Chef des Stabes der Sipo, Oberst Arens, um 6 Uhr in der Reichskanzlei ab[4]).

Es blieb nicht bei dieser Hiobsbotschaft. Mehrere Truppenkommandeure meldeten Lüttwitz, auch in der Truppe gäre der Widerstand gegen das Unternehmen. Kapp müsse zurücktreten, ihm würden sie dagegen weiter Gefolgschaft leisten. Lüttwitz konnte wenig einwenden, denn die Meuterei des Garde-Pionier-Bataillons in der vergangenen Nacht war beweiskräftig genug[5]). Am Abend des Vortages hatte das Gruppenkommando in Berlin mit der Meldung über die bevorstehende Einigung zwischen beiden Regierungen nochmals beruhigend wirken können. Als aber an diesem Morgen die Auskunft über das Ergebnis verweigert wurde, neigten mehrere Einheiten im Berliner Wehrkreis dazu, von sich aus den Anschluß an die legale Regierung zu suchen[6]). Vor allem aber sahen die Offiziere, die Lüttwitz in das Unternehmen gefolgt waren, in der Person des Generallandschaftsdirektors das Haupthindernis gegen eine Verständigung mit den Mehrheitsparteien. Schon am Vortage hatten einzelne

[1]) Tagebuch des O.v.D., ebenda, S. 55.

[2]) Ebenda.

[3]) Nach Kern, a.a.O., S. 337. Südekum-Bericht, S. 9, Nachlaß Südekum 99.

[4]) Siehe den Bericht der Sicherheitspolizei vom 22. 3. 1920, S. 8, Nachlaß Heine 36/6; Traub-Manuskript, S. 199, und Lüttwitz, Im Kampf, S. 129.

[5]) Bericht Stresemanns an das Reichsgericht, Nachlaß Stresemann, Nr. 139356. Lüttwitz, ebenda.

[6]) Tagebuch des O.v.D., Nachlaß Schleicher 16, S. 55.

Offiziere bei Pabst darauf gedrängt, Kapp zum Rücktritt aufzufordern, da er politisch untragbar sei[1]).

Nach diesen dringenden Forderungen sprach sich auch Lüttwitz für den Rücktritt aus. Gegen 8 Uhr waren die führenden Persönlichkeiten der Regierung Kapp versammelt. Ludendorff, der bis zu diesem Zeitpunkt Kapp zum Ausharren ermutigt hatte und ohne den man keine Entscheidung fällen wollte, wurde von Lüttwitz persönlich in die Reichskanzlei geholt[2]). Dort wiederholte der Kommandeur der Sicherheitspolizei, Oberst v. Schönstadt, daß er sich mit seinen Polizeitruppen hinter die legale Regierung stelle und Kapps Rücktritt verlange. Da die gleiche Forderung auch von Kommandeuren der Reichswehr gestellt worden war, erklärten sich einschließlich Ludendorff alle Anwesenden bis auf v. Jagow und v. Wangenheim mit dem Rücktritt einverstanden[3]) Eines Druckes auf Kapp seitens der militärischen Kräfte bedurfte es indessen nicht. Seit zwei Tagen wartete er eigentlich nur noch auf den geeigneten Zeitpunkt zum Rücktritt. So gab er ohne Widerstreben seine „Regierungsvollmacht" an Lüttwitz zurück[4]). Nach einem weiteren Augenzeugen scheint es in der Schlußphase über den Rücktritt Kapps zu scharfen gegenseitigen Beschuldigungen gekommen zu sein. Einige Extremisten versuchten, vermutlich unter Ehrhardts und Jagows Führung, Kapp zur Fortsetzung des Unternehmens zu zwingen. Leutnant v. Kessel schreibt dazu: „Es hatte keinen Zweck mehr, wenn man laut seine Verhaftung verlangte oder ihn einen Meuterer nannte oder seiner Erregung in anderer Form Luft machte. Kapps letzte Fassung ging bei diesen heftigen Auftritten verloren. Als die erregten Stimmen noch durch die Säle

[1]) Mitteilung von Major Pabst.

[2]) Anklageschrift, S. 135. Aussage Ludendorffs, Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 76.

[3]) Nach den Aussagen von Trotha, Jagow, Wangenheim, Schiele und Traub in der Anklageschrift, S. 135 ff. Ein Auszug im Dokument 47, Anhang, S. 342 f. Siehe auch Traub-Manuskript, S. 198 f. Lüttwitz, a.a.O., S. 129.

[4]) Kapp schrieb am 20. 8. 1920 hierzu an Westarp: „Vor allem galt es jetzt auch, wie die Dinge sich gestaltet hatten, alle Kräfte zu vereinigen, um die im Westen aufflammende rote Gefahr niederzuwerfen. War hier meine Person ein Hindernis, so war mir mein Weg vorgezeichnet. Ich legte daher mein Amt in die Hände des General v. Lüttwitz zurück, nachdem mir von Vertretern der Truppe erklärt war, daß sie meinen Rücktritt für erwünscht hielten, . . ." Nachlaß Kapp.

Anneliese Kapp dazu an den Verfasser: „Der Gedanke, von dem Unternehmen zurückzutreten, hat meinen Vater im Grunde von Anfang an bewegt, da es einen von seinen politischen Plänen so gänzlich abweichenden Verlauf nahm. Er befand sich von vornherein in dem schweren Konflikt zwischen der Treue zu den anderen Beteiligten und der Treue zur eigenen politischen Überzeugung.

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Machtergreifung war die Festnahme der Regierung Ebert und führender Persönlichkeiten der Regierungsparteien. Diese Voraussetzung war beim Kapp-Putsch nicht erfüllt worden. Die dadurch geschaffene Lage mußte auch bestimmend für das Verhalten meines Vaters während der Märztage sein, in denen er nicht eine Stunde tatsächlich im Besitz der Regierungsgewalt war. Das erklärt den vielfachen Widerspruch zwischen seinem Verhalten während der Märztage und dem, was er politisch geplant hatte. So kam die ultimative Forderung der Sipo seinen eigenen Wünschen entgegen und gab ihm den willkommenen Anlaß zum Rücktritt."

hallten, wankte er vollkommen gebrochen in die Privatwohnung hinüber[1])." Die veröffentlichte Rücktrittserklärung hatte folgenden Wortlaut:

„Nachdem die Regierung Bauer sich entschlossen hat, die wesentlichen politischen Forderungen, deren Ablehnung am 13. März 1920 zur Einsetzung der Regierung Kapp führte, von sich aus zu erfüllen, sieht der Reichskanzler Kapp seine Mission als erfüllt an und tritt zurück, indem er die vollziehende Gewalt dem Militäroberbefehlshaber zurückgibt. Er läßt sich dabei von der Überzeugung leiten, daß die äußerste Not das Vaterlandes den einheitlichen Zusammenschluß aller gegen die vernichtende Gefahr des Bolschewismus verlangt[2])."

Obwohl Kapp mit diesem Unternehmen ganz andere Ziele verfolgt hatte, stellte er sich in seiner letzten Kundgebung hinter die Forderungen von Lüttwitz, denn nur im Sinne der Absichten des Generals konnte von einem Erfolg gesprochen werden. Mit seinen eigenen Absichten hatte Kapp nicht einmal beginnen können; denn er hatte als zeitweiliger Diktator das innenpolitische Leben umgestalten wollen. Außerdem war von der Regierung Bauer in keiner Erklärung die Erfüllung der „wesentlichen politischen Forderungen" bekanntgegeben worden. Nur die Politiker um den Vizekanzler Schiffer hatten Forderungen übernommen, ohne jedoch damit die Nationalversammlung, die allein Forderungen erfüllen konnte, gebunden zu haben[3]).

b) Lüttwitz versucht, seine ursprünglichen Forderungen als Militärdiktator zu erzwingen

Nach Kapps Rücktritt hatte das Unternehmen wieder seine eigentliche Form als Militärputsch angenommen. Da es zu einer politischen Tätigkeit der neuen Regierung nicht gekommen und auch die politische Zustimmung der Bevölkerung ausgeblieben war, mußte Kapp später selbst feststellen, daß sein Unternehmen „im militärischen Vorstadium steckengeblieben" sei[4]). Lüttwitz dachte an diesem Vormittag nur noch an die Durchsetzung seiner ursprünglichen Forderungen und an die Erhaltung seiner Befehlsgewalt. Der Staatsstreich des

[1]) Der ähnlich lautenden Behauptung Ehrhardts bei Freksa, S. 185, „Kapp war körperlich und seelisch völlig zusammengebrochen", er sei nicht mehr in der Lage gewesen, Entscheidungen zu treffen, haben die Beteiligten v. Falkenhausen, v. Wangenheim, Traub und Schiele widersprochen. Kapp habe bis zum letzten Augenblick seine volle Ruhe und Würde bewahrt. Siehe München-Augsburger Abendzeitung, Nr. 335, 7. 12. 1924, S. 9 (im Nachlaß Kapp).

[2]) Zitiert nach Brammer, Militärdiktatur, S. 36.

[3]) Anneliese Kapp dazu an den Verfasser: „Aus seiner ganzen Einstellung ist es verständlich, daß mein Vater das, was von den andern Teilnehmern als Erfolg aufgeführt wird, Durchsetzung der Wahlen und Schutz der Verfassung von Weimar, für zweitrangig hielt. Dagegen betonte er zweierlei als Erfolg für sein Unternehmen, einmal die Aufrichtung einer ‚Ordnungsregierung' in Bayern, zum andern die Bewahrung Deutschlands vor der Gefahr des Kommunismus, die nach Ansicht meines Vaters unmittelbar bevorstand."

[4]) Kapp in seinem Brief an Westarp vom 20. 8. 1920, ähnlich Kapp, Zur Vorgeschichte, S. 27; beide Quellen im Nachlaß Kapp.

13. März war, sofern er die volle Regierungsgewalt zum Ziele gehabt hatte, am 17. März „ein endgültig verlorener Posten und auch durch Ludendorff, der in einem Flügel der Reichskanzlei dauernd anwesend war, nicht mehr zu halten[1])."

Lüttwitz dachte jedoch nicht daran, die legale Regierung wieder anzuerkennen, vielmehr betrachtete er sich als „Militärdiktator"[2]). Seine Hoffnungen bewegten sich in zwei Richtungen. Erstens wollte er mit Zustimmung der Mehrheitsparteien im Kampf gegen die linksradikalen Aufstände seine Befehlsgewalt festigen. Zweitens glaubte er mit Unterstützung der Rechtsparteien die Bewilligung der Amnestie und die Regierungsumbildung bei den Politikern um Schiffer durchsetzen zu können. War erst eine neue Regierung unter Beteiligung der Rechtsparteien gebildet und die Wahl des Reichstags sowie des neuen Reichspräsidenten durchgeführt, so hatte der 13. März für Lüttwitz doch noch den erwünschten Erfolg gehabt[3]). Die Überschätzung seiner Macht und die Fehlbeurteilung der parteipolitischen Verhältnisse gingen bei ihm so weit, daß er dem Grafen v. Westarp die Kanzlerschaft in dem gewünschten neuen Kabinett anbot. Westarp lehnte mit der Bemerkung ab, sein Name werde ihm bei den bevorstehenden Verhandlungen mit den Parteiführern nur schaden[4]). Um seine geplante „Militärdiktatur" politisch zu stützen, bat Lüttwitz sogleich nach Kapps Rücktritt die Parteiführer der Rechtsparteien und des Zentrums zu einer Besprechung in die Reichskanzlei. Er teilte den Führern der DNVP und DVP die Übernahme der vollziehenden Gewalt „in der Form der Militärdiktatur" mit, begründete sie mit bevorstehenden „spartakistischen" Aufstandsbewegungen und erbat die politische Unterstützung der Politiker[5]). Als diese die Reichskanzlei verließen, trafen die Zentrumspolitiker Trimborn und Herold ein, denen Lüttwitz die gleichen Mitteilungen gemacht haben dürfte[6]).

Zur gleichen Zeit begaben sich mehrere Offiziere, darunter Oberst Bauer, General v. Oven und Ehrhardt, zu Schiffer, um mit der Meldung über Kapps Rücktritt neue Verhandlungen einzuleiten[7]). Ihr erstes Anliegen war, die Zustimmung des Vizekanzlers für Lüttwitz als Oberbefehlshaber aller Truppen zu

---

[1]) So Westarp in seinem Manuskript T. II, S. 109. Ludendorff schrieb am 30. 7. 1920 an Westarp: „Von Montag abend, von Dienstag früh, jedenfalls von Mittwoch ab, war der Staatsstreich mißlungen, da hätte kein Gott mehr eingreifen können." Westarp, ebenda, S. 110.

[2]) Nach Stresemann, Tagebuch vom 17. 3. 1920, Nachlaß, Nr. 165905. Siehe auch Stresemann, Märzereignisse, S. 17, und Südekum-Bericht, S. 13, Nachlaß Südekum 99.

[3]) Nach Mitteilungen von Major Pabst. Ähnlich Stresemann an das Reichsgericht, Nachlaß Stresemann, Nr. 139356.

[4]) Westarp-Manuskript T. II, S. 109.

[5]) Stresemann, Märzereignisse, S. 17, und Bericht an das Reichsgericht, Nachlaß Stresemann, Nr. 139355 f.

[6]) Siehe Märzereignisse, ebenda; Stresemann an das Reichsgericht, ebenda. Südekum-Bericht, S. 13, Nachlaß Südekum 99.

[7]) Schiffer-Manuskript, S. 92, Nachlaß 16. Westarp-Manuskript T. II, S. 106. Traub-Manuskript, S. 199.

erreichen, wenn auch nur für wenige Tage. Schiffer lehnte eine weitere Frist ab und nannte als in Aussicht genommene Nachfolger Groener, Reinhardt und Seeckt. Die Besucher lehnten jedoch Schiffers Vorschläge mit der Begründung ab, Groener und Reinhardt kämen „als süddeutsche Demokraten nicht in Betracht", und Seeckt habe „durch sein Verhalten die roten Streifen an der Generalsuniform geschändet"[1]). In der Amnestiefrage konnten die Offiziere ebenfalls keinen Erfolg erringen, denn Schiffer verweigerte jede „bindende Zusage". Ehrhardt war allerdings an dieser Frage nicht interessiert. Er erklärte dazu, seine Leute seien „durch seinen Befehl gedeckt, und er selbst brauche keine Amnestie, da er nichts Strafbares begangen habe[2])."

Als Lüttwitz von diesem negativen Ergebnis unterrichtet wurde, beschloß er, die Truppenkommandeure für den Nachmittag einzuberufen „und von deren Stellungnahme die Frage seines Rücktritts abhängig zu machen, bis dahin (aber) die Verhandlungen mit Schiffer und den Parteien als abgebrochen zu betrachten[3])". Dabei hegte er die Hoffnung, durch die Verweigerung seines Rücktritts die bürgerlichen Mehrheitsparteien doch noch zu weiteren Zugeständnissen zwingen zu können, da er deren Streben nach einem schnellen Ausgleich mit den zu Kapp übergetretenen Truppen kannte[4]).

Nach ihren Gesprächen mit Lüttwitz begaben sich die Parteiführer der Rechtsparteien und des Zentrums in das Reichsjustizministerium. Dort trafen sich an diesem Vormittag etwa 20 bis 30 Politiker der Rechts- und der Mehrheitsparteien, um das Ergebnis der von Schiffer geführten Verhandlungen in Erfahrung zu bringen. Unter den Anwesenden befanden sich Reichsarbeitsminister Schlicke, Hirsch, Südekum, Oeser, Gothein, Stresemann, Trimborn, Herold, Hergt, v. Delbrück, Düringer und der Abgeordnete Schiele[5]). Zur gleichen Zeit trat auch der Reichsrat zu einer Sitzung zusammen, auf der Ministerpräsident Hirsch und Geheimrat Ögg vom Reichsjustizministerium Bericht erstatteten[6]). Im Mittelpunkt aller Erörterungen standen die schriftlich festgelegten Abmachungen aus der Verhandlung zwischen Schiffer und Pabst, die der Vizekanzler außerdem durch Unterstaatssekretär Albert in den frühen Morgenstunden nach Stuttgart bringen ließ. Um jede Verzögerung zu vermeiden, war Albert ein Flugzeug zur Verfügung gestellt worden. Während sich der Reichsrat auf 13 Uhr in der Hoffnung vertagte, daß bis dahin die Putschisten das Angebot des Vizekanzlers

[1]) Nach Schiffer, ebenda.

[2]) Schiffer, ebenda. Inhaltlich auch in der Anklageschrift im Ehrhardt-Prozeß, Akten der Reichskanzlei, Nr. K 538286.

[3]) Westarp-Manuskript T. II, S. 106.

[4]) Mitteilung von Major Pabst.

[5]) Schiffer-Manuskript, S. 89, Nachlaß 16, und Stenographische Berichte, Bd. 344, S. 546 (Hergt).

[6]) Verhandlungen des Reichsrats, Akten der Reichskanzlei, Nr. K 537343—Nr. K 537346.

zum Rücktritt benutzt haben würden, herrschte unter den Politikern im Reichsjustizministerium eine Atmosphäre der Unsicherheit und Verwirrung[1]).

Erstaunlich ist zunächst die Unkenntnis über Kapps Rücktritt oder wenigstens das Ausbleiben jeglicher Diskussion darüber. Obgleich Schiffer durch Oberst Bauer und einige Parteiführer durch Lüttwitz informiert waren, hatte der Reichsrat mittags um 13 Uhr noch nichts erfahren, vielmehr wurde Kapps Rücktritt ausdrücklich gefordert[2]). Auch in den Telefongesprächen der Mittagsstunden zwischen Berlin und Stuttgart wird dieses Ereignis nicht erwähnt. Nach den Notizen Kochs hat die Reichsregierung erst gegen 16 Uhr davon Kenntnis erhalten[3]). Für die zögernde Bekanntgabe lassen sich eine Reihe Gründe anführen. Erstens hielt die Kapp-Regierung „eine Verschleierung des Zusammenbruchs" für geboten, schon mit Rücksicht auf die ihr noch zur Verfügung stehenden Truppen[4]). Zweitens bezweifelte ein Teil der Politiker im Reichsjustizministerium die ersten Nachrichten über den erfolgten Rücktritt, da sich die gleiche Meldung vom Vorabend als falsch erwiesen hatte. Drittens hatten die Verhandlungen ergeben, daß die Putschisten nicht auf Kapp als Reichskanzler, sondern auf Lüttwitz als Oberbefehlshaber bestanden. Daher richtete der Kreis um Schiffer sein Interesse auf die Entscheidungen des Generals und nicht auf den Rücktritt Kapps[5]).

Mit der Ankunft Hergts, Stresemanns und Trimborns mußten die Politiker im Justizministerium zur Kenntnis nehmen, daß Lüttwitz auf Schiffers Angebote nicht eingehen wollte, weil ihm nicht die Beibehaltung des Oberbefehls und die Amnestie für alle Teilnehmer garantiert worden war. Dies führte zu neuen erregten Diskussionen. Nachrichten über den Rückzug der Truppen aus Berliner Außenbezirken und den Ausbruch blutiger Kämpfe bewirkten bei den bürgerlichen Mehrheitsparteien die Neigung, weitere Konzessionen für Lüttwitz in Erwägung zu ziehen[6]). Von den anwesenden Vertretern der SPD erklärten indessen Ministerpräsident Hirsch und Polizeipräsident Ernst, daß sie für ihre Partei weitere Verhandlungen ablehnen müßten. Die sozialdemokratischen Minister und Unterstaatssekretäre hatten sich ohnehin schon beträchtlich von der Parteilinie entfernt, wie der Besuch Stampfers, Krügers und Lüdemanns bei Schiffer deutlich gezeigt hatte. Nicht zufällig hielt sich der in Berlin anwesende

[1]) Brief des Reichsministers Schlicke an Schiffer, Nachlaß Schiffer 18, S. 125. Verhandlungen des Reichsrats, a.a.O., Nr. K 537343. Stresemann an das Reichsgericht, Nachlaß Stresemann, Nr. 139356.

[2]) Schiffer-Manuskript, S. 89, Nachlaß 16. Verhandlungen des Reichsrats, a.a.O., Nr. K 537344 f.

[3]) Nachlaß Koch 25, S. 38 f.

[4]) Kern, a.a.O., S. 343.

[5]) Stresemann, Märzereignisse, S. 18; Stenographische Berichte, Bd. 344, S. 539 (Schiffer), 2. 8. 1920. Ob Schiffer den ihm bekannten Rücktritt Kapps gegenüber Stuttgart absichtlich verschwiegen hat, um die Position der Putschisten als nicht zu schwach erscheinen zu lassen, kann nach den bisherigen Quellen nicht beantwortet werden.

[6]) Anklageschrift, S. 138. Stresemann an das Reichsgericht in seinem Nachlaß, Nr. 139356.

SPD-Vorsitzende Wels von all diesen Besprechungen fern[1]). Die Vorschläge und Gegenvorschläge führten zunächst zu keinem Ergebnis. Die Anregung Trimborns, Lüttwitz eine günstige Abschiedserklärung zu bewilligen und bis zur Entscheidung darüber, die hinausgezögert werden konnte, ihm den Oberbefehl zu lassen, stieß bei den Demokraten und Sozialdemokraten auf heftige Ablehnung[2]). In der Amnestiefrage war dagegen ein weiteres Entgegenkommen in der Form möglich, daß die anwesenden Vorsitzenden und Vertreter der Parteien für ihre Fraktionen die Annahme eines entsprechenden Gesetzes in Aussicht stellten. Minister Oeser machte daher auf Anregung Stresemanns den Vorschlag, einen „Ausschuß der Fraktionen" zu bilden und Lüttwitz zu neuen Verhandlungen mit diesem Gremium in das Justizministerium zu holen. Beiden Vorschlägen wurde zugestimmt. Stresemann und Schiele gingen darauf mit diesem Angebot zu Lüttwitz[3]).

Bevor diese Verhandlungen begannen, zog sich der Vizekanzler äußerlich davon zurück, während militärischer Druck Lüttwitz' Rücktrittbereitschaft förderte.

In einem Telefongespräch zwischen Schiffer und Koch am späten Vormittag waren die Gegensätze nochmals deutlich geworden. Trotz der günstigen Lagebeurteilung Kochs, der sich auf Meldungen aus dem gesamten Reichsgebiet stützte, forderte Schiffer die Fortsetzung der Verhandlungen. „In Berlin komme der Bolschewismus, wenn man sich nicht sofort einige. . . . Sämtliche Parteien ständen auf dem Standpunkt, daß man die vier Punkte beschließen müsse: Reichstagswahlen binnen kurzer Frist, Reichspräsident durch das Volk, Amnestie und Koalitionsministerium sämtlicher Parteien[4])." Schiffer verstand das gewünschte Ministerium als eine Koalition von der DNVP bis zur SPD gegen die linksradikale Bewegung. Nach den energischen Protesten einiger sozialdemokratischer Parteifunktionäre war die an Koch berichtete Zustimmung sämtlicher Parteien freilich nicht gegeben. Wohl waren sich alle bürgerlichen Parteien in Berlin sehr nahe gekommen. In keinem Falle konnten jedoch die Berliner Verhältnisse auf das Reich übertragen werden. Dies veranlaßte Koch zu der massiven Antwort auf Schiffers Vorhaben: „Wenn Sie dies tun, werden Sie unfehlbar desavouiert werden. . . . Sie sind verängstigt durch die Berliner Lage, . . . Sie werden der Vernichter der Demokratie und des Reichs, wenn Sie jetzt

[1]) Verhandlungen des Reichsrats, a.a.O., Nr. K 537344. Brief von Minister Schlicke an Schiffer, Nachlaß Schiffer 18, S. 125.

[2]) Stresemann an das Reichsgericht, Nachlaß Stresemann, Nr. 139356. Stresemann, Märzereignisse, S. 18 f. Jansen, a.a.O., S. 40 f. Stenographische Berichte, Bd. 344, S. 543 (Stresemann). Auch Schiffer berichtet in seinem Manuskript, daß der Zentrumsvorsitzende Trimborn sich bei ihm für einen begrenzten Verbleib von Lüttwitz eingesetzt habe; S. 91, Nachlaß Schiffer 16.

[3]) Brief Schiffers an das Reichsgericht, Nachlaß Schiffer 18, S. 201. Märzereignisse, S. 19. Stresemann an das Reichsgericht, ebenda. Stenographische Berichte, Bd. 344, S. 546 (Hergt).

[4]) Nachlaß Koch 25, S. 40.

ein Gegenspiel betreiben. . . . Der Reichskanzler ersucht Sie durch mich ausdrücklich, von allen Verhandlungen abzusehen. Deutschland steht am Vorabend des Bolschewismus, wenn ein solcher Vergleich geschlossen wird. Die gesamte Arbeiterschaft würde sich das nicht gefallen lassen." Schiffer gab zur Antwort: „Dann muß ich mich eben opfern, ich kann nicht anders handeln[1])."

Die scharfe Drohung aus Stuttgart konnte die Überzeugung des Vizekanzlers nicht ändern, aber sie veranlaßte ihn, den verhandlungsbereiten Parteiführern die weitere Verantwortung zu übertragen. Eine Gelegenheit fand sich schnell. Als er auf eine Anfrage bei Lüttwitz nach dessen Entscheidung die Antwort bekam, der General sehe keine Veranlassung, „seinen Posten aufzugeben", ging er mit dieser Nachricht zu den Parteiführern, um sich von den getroffenen Abmachungen zurückzuziehen. Dies geschah mit der Erklärung, seine Stellung als Vertreter der Reichsregierung erlaube ihm nach Lüttwitz' negativer Antwort keine Fortsetzung der Ausgleichsbemühungen. Er sei nunmehr genötigt „alle Beziehungen zu der neuen Regierung zu lösen"[2]) und alle gegebenen Zusagen zurückzuziehen, die nur für den Fall einer schnellen Verständigung Geltung gehabt hätten. Da Schiffer in seinem Innern keineswegs ein Scheitern der Ausgleichsbemühungen wünschte, gab er zugleich seiner Enttäuschung über den Abbruch der Verhandlungen Ausdruck. Erst recht war es nicht seine Absicht, die verhandlungsbereiten Parteiführer von einer Fortsetzung seiner Bemühungen abzuhalten. Im Gegenteil, er war höchst erfreut, als sie „einmütig" beschlossen, sein „mühevolles Werk" fortzusetzen und „ohne jeden Verzug" mit Lüttwitz zu verhandeln. Außerdem glaubte er für sich die „erfreuliche Nebenwirkung" erreicht zu haben, nun von den umstrittenen Beziehungen zu den Putschisten befreit zu sein[3]).

Die erwartete Nebenwirkung blieb allerdings aus, denn solange er die Verhandlungen nicht als politischen Fehler bezeichnete und in seinem Ministerium untersagte, konnten die Parteipolitiker nur in dem Glauben handeln, daß sie in Übereinstimmung mit dem Vizekanzler dessen Bemühungen zu einem positiven Ergebnis führen mußten.

Nach dieser taktischen Wendung Schiffers hatte das Reichskabinett die Übersicht über die Berliner Vorgänge verloren. Als einziger scheint Koch den wahren Sachverhalt erkannt zu haben, denn er erklärte seinen Kollegen: „Schiffer verhandelt nicht mit Kapp, sondern beschließt vorher mit seinem Gremium was geschehen soll. Nachher erfolgt dann der Rücktritt. . . . Man wird uns nachher vorwerfen, daß wir doppeltes Spiel treiben, wenn wir nicht erfüllen,

[1]) Koch, ebenda, S. 39, und Schiffer-Nachlaß 18, S. 173.

[2]) Zitate nach Schiffer-Manuskript, S. 89, Nachlaß 16. Vgl. Westarp-Manuskript T. II, S. 106 f., und Stenographische Berichte, Bd. 344, S. 546 (Hergt). Jansen, a.a.O., S. 39 f.

[3]) Zitate nach Schiffer-Manuskript, S. 89 f., Nachlaß 16. Schiffer an das Reichsgericht, in seinem Nachlaß 18, S. 201. Stenographische Berichte, Bd. 344, S. 539 (Schiffer), S. 546 (Hergt).

was der Vizekanzler beschließen läßt[1])." Obgleich die Minister übereinstimmten, daß durch die drohenden Beschlüsse der Erfolg für die Regierung „verpfuscht" sei, setzte Ebert durch, daß kein weiterer Druck auf die Gruppe um Schiffer ausgeübt wurde. Als Begründung bleibt nur die Vermutung Kochs, daß Ebert und Bauer „nun der Sache ihren Lauf lassen wollten, da ihnen an sich die rasche Lösung erwünscht sein mußte". Beide hatten sich bereits ungehalten geäußert, als Koch am Vormittag nochmals Verbindung zu Schiffer aufnahm, um auf ihn einzuwirken[2]).

c) Lüttwitz muß unter militärischem Druck mit den Parteiführern verhandeln und zurücktreten

Da General v. Lüttwitz sich entschlossen hatte, die Verhandlungen mit dem Vizekanzler bis zu der auf den Nachmittag angesetzten Kommandeurbesprechung als abgebrochen zu betrachten, hatten die Abgesandten aus dem Justizministerium, Stresemann und Schiele, eigentlich wenig Aussicht, den General zu Rücktrittsverhandlungen mit den Parteiführern bewegen zu können. Bevor indessen die Politiker nach einigen Schwierigkeiten endlich zu Lüttwitz vordringen konnten, hatte sich die militärische Lage für ihn so verschlechtert, daß ihm das Verhandlungsangebot sogar willkommen sein mußte.

Unter den hohen Offizieren in Berlin gab es an diesem Tage kaum noch jemanden, der nicht die Einigung mit den legalen politischen Kräften für unbedingt notwendig hielt, auch wenn Lüttwitz geopfert werden mußte. Besonders die Offiziere im Reichswehrministerium, mit Seeckt im Hintergrund, waren sich einig, daß er „nicht mehr das Vertrauen seiner Truppen" besitze und „ersetzt" werden müsse[3]). In zwei Besprechungen stellten sich daher die maßgebenden Offiziere des Ministeriums die Frage, wie dies zu erreichen sei, denn noch verfügte Lüttwitz über Truppen, die sich seiner Absetzung widersetzen würden[4]). Stockhausens Vorschlag, Lüttwitz abzusetzen, den Truppen diese

---

Südekum-Bericht, S. 12, Nachlaß Südekum 99. In seinem Manuskript, S. 90, gibt Schiffer seine Taktik des Rückzuges von den Verhandlungen mit folgenden Sätzen wieder: „Das war genau das, was ich wollte. Jetzt hatte ich frische Pferde vorgespannt, die meinen Karren mit frischen Kräften aus dem Dreck ziehen konnten. Auch war damit eine für mich nicht unbeträchtliche und immerhin erfreuliche Nebenwirkung erreicht. Ich war aus dem ganzen Gewebe der Beziehungen zu den Rebellen, in das ich mich trotz aller Vorsicht in einem nicht ganz ungefährlichen Maße verstrickt hatte, mit einem Schlage befreit ... Jetzt hieß es: Parteiführer an die Front." Nachlaß Schiffer 16.

[1]) Nachlaß Koch 25, S. 40 (Zitat); siehe auch S. 38 und 47. Ferner Schlicke an Schiffer, Nachlaß Schiffer 18, S. 125.

[2]) Nachlaß Koch 25, S. 40 und 60.

[3]) Zitate nach Westarp-Manuskript T. II, S. 106. Vgl. Nachlaß Koch 25, S. 43. Das Mißtrauen gegen Lüttwitz wurde in dieser Form von Oberst Heye nach Stuttgart gemeldet.

[4]) Tagebuch des O.v.D., Nachlaß Schleicher 16, S. 56.

Tatsache aber zu verheimlichen, stieß daher auf Ablehnung. Eine Absetzung des Generals ohne dessen Zustimmung bedeutete Gewaltanwendung gegen die Ehrhardt-Brigade und damit den Kampf Truppe gegen Truppe. Es blieb nur die Aufforderung, im Interesse der Reichswehr zurückzutreten und der Versuch, die Zustimmung seiner Truppenkommandeure zu erreichen. Da Seeckt sich weigerte, die Nachfolge anzutreten, einigte man sich auf Oldershausen, der seine Zustimmung gab[1]).

Gegen 12 Uhr begab sich die Offiziersdelegation zu Lüttwitz in die Reichskanzlei[2]). Um diesem traditionswidrigen Vorgang den revolutionären Charakter zu nehmen, kleidete man die Forderung in die Form eines Appells an Lüttwitz' Einsicht. Vorher hatte Oldershausen nicht nur die in Zivil erscheinenden Offiziere angemeldet, sondern auch die Zustimmung Seeckts und mit dessen Einverständnis diejenige Ludendorffs eingeholt[3]). Lüttwitz wies die erschienenen Generale und Obersten zunächst mit der Bemerkung ab, er habe keine Zeit, und sein Entschluß, an der Spitze der Truppen zu bleiben, sei unabänderlich. Der zum Sprecher bestimmte Oberst Heye erklärte jedoch, die Angelegenheit sei für das Vaterland zu wichtig, er müsse sie anhören. Sie hätten vollstes Verständnis für sein nationales Unternehmen, aber der Putsch sei gescheitert. „Die Truppen ständen nicht mehr hinter ihm, er solle das große Opfer bringen, wie Kapp es schon getan und zurücktreten[4])." Das Kommando aber möge er Seeckt überlassen[5]). Lüttwitz wurde darauf ungeheuer erregt, bedrohte Heye mit seinem Degen, sprach von Verhaftung und warf den „Herren vom grünen Tisch" vor, sie verständen die Truppe nicht, die geschlossen hinter ihm stehe[6]). Nach einer Aussprache mit General Weber gab er schließlich die Erklärung ab, „er stelle sich auf den Boden der Verfassung" und werde nach Beseitigung der linksradikalen Gefahr zurücktreten[7]).

Die Vorstellung dieser Offiziere kam für Lüttwitz vollkommen überraschend und beeinflußte seine Lagebeurteilung im hohen Maße. Um sich ein Bild über die Stimmung der Kommandeure zu machen, rief er General v. Hülsen in die Reichskanzlei, dem in Gegenwart von Ludendorff, General v. der Goltz, General Hoffmann und Westarp die Forderung Heyes berichtet wurde. Selbst Hülsen, der Lüttwitz bis dahin nach Kräften unterstützt hatte, mußte jedoch zugeben,

[1]) Tagebuch des O.v.D., ebenda. Bericht des Oberleutnants Gropius am 17. 3. 1920 in Stuttgart; Notizen darüber im Nachlaß Koch 25, S. 43 f.

[2]) Tagebuch des O.v.D., Schleicher-Nachlaß 16, S. 56.

[3]) Anklageschrift, S. 139. Das Einverständnis von Ludendorff zu diesem Schritt berichten Heye in seinem Brief vom 27. 3. 1940 an Rabenau, Nachlaß Seeckt, Stück 290, und General Hasse in seinen Bemerkungen zu Rabenaus Manuskript, Nachlaß Seeckt, Stück 286. Siehe auch Rabenau, Seeckt, S. 226.

[4]) Aussage von Oberst Heye, nach Anklageschrift, S. 139 f.

[5]) Bericht Heyes an Rabenau, Nachlaß Seeckt, Stück 290. Siehe auch Rabenau, Seeckt, S. 225.

[6]) Aussage Heyes nach der Anklageschrift, S. 140.

[7]) Ebenda, S. 140. Siehe zu dieser Fußnote und der folgenden, Dokument 49, Anhang S. 344 f.

daß die Truppe das Vertrauen zu ihm verloren habe. Die außergewöhnliche Lage erfordere eine andere Führung[1]).

Nach dieser Bestätigung der Argumente Heyes mußte Lüttwitz seine geplante Militärdiktatur aufgeben. In seinen Memoiren hat er die nun entstandene Lage und die daraus gezogenen Folgerungen treffend gekennzeichnet: „Mit einem Schlage war die Situation sehr ernst geworden. Auf die meisten Berliner Truppen und namentlich ihre Führer war kein rechter Verlaß mehr. Mit Gewalt war nichts gegen sie zu machen. . . . Es blieb nunmehr nichts übrig, als gestützt auf die Brigade Ehrhardt und, solange sie noch zu mir hielten, auf die anderen Truppen durch Verhandlungen mit den Parteiführern möglichst viel aus dem Unternehmen herauszuholen und es damit zu liquidieren[2])."

Die jetzt endlich zu Lüttwitz gelangten Politiker Stresemann und Schiele trafen daher auf einen entgegenkommenden General. Als sie ihm die Bereitschaft der Parteiführer zu weiteren Konzessionen mitteilten, war er einverstanden, zu neuen Verhandlungen in das Reichsjustizministerium zu kommen[3]). Als Stresemann aber Lüttwitz' Einverständnis an Schiffer telefonisch berichtete, erfuhr er zu seiner großen Überraschung, daß der Vizekanzler und auch die Sozialdemokraten sich an Besprechungen mit Lüttwitz nicht mehr beteiligen wollten. Die Mahnungen aus Stuttgart hatten inzwischen ebenfalls den bei Schiffer anwesenden SPD-Vertretern die Nichtbeteiligung an Verhandlungen zweckmäßig erscheinen lassen[4]). Niemand wollte allerdings den friedlichen Ausgleich verhindern. Südekum war auch bereit, sich mit Lüttwitz an einen Tisch zu setzen, doch drang Ministerpräsident Hirsch mit seiner Auffassung durch, daß eine offizielle Beteiligung für die SPD unmöglich sei. Die Vertreter dieser Partei, Hirsch, Südekum, Ernst und Göhre, beschlossen statt dessen, sich in einem Nebenraum zur Annahme und Abgabe von Erklärungen zur Verfügung zu stellen. Damit blieben für Verhandlungen allein Persönlichkeiten aus den vier bürgerlichen Parteien übrig. Die drei Parteivorsitzenden Hergt, Stresemann und Trimborn sowie der Abgeordnete Gothein von der DDP waren dazu bereit. Schiffer stellte ihnen noch seinen Unterstaatssekretär Dr. Joel als Berater zur Verfügung, dann begab er sich zu den übrigen Parteivertretern in den Nebenraum[5]).

Lüttwitz erschien in Begleitung von Pabst gegen 13 Uhr. Über die Forderung

[1]) Mitteilung von Major Pabst. Hülsen-Manuskript, S. 4.

[2]) Lüttwitz, Im Kampf, S. 129 f.

[3]) Stresemann, Märzereignisse, S. 19. Stenographische Berichte, Bd. 344, S. 543 (Stresemann). Westarp-Manuskript T. II, S. 107.

[4]) Nachlaß Schiffer 18, S. 125. Stresemann, Märzereignisse, S. 19. Brief von Lüttwitz an Stresemann vom 26. 5. 1922, Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 13, Nr. 1463929 f.

[5]) Schiffer-Manuskript, S. 90, Nachlaß 16. Stresemann, Märzereignisse, S. 19. Südekum-Bericht, S. 12 f. Südekum an Reichskanzler Müller, S. 9 f., beides Nachlaß Südekum 99. Aussage Hergt, Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 61. Stenographische Berichte, Bd. 344, S. 531 (Düringer). Jansen, a.a.O., S. 41.

nach Neuwahlen, Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk und Regierungsumbildung brauchte nicht lange diskutiert zu werden, da sie die Mehrheitsparteien nun ebenfalls vertraten[1]). Die Form der Regierungsumbildung scheint kein Gegenstand der Erörterungen gewesen zu sein. Genaue Zusagen verlangte dagegen Lüttwitz in der Amnestiefrage. Er ließ keinen Zweifel darüber, daß eine gesicherte Amnestie die „conditio sine qua non" für seinen Rückzug sei[2]). Trimborn versicherte ihm darauf, der Vizekanzler habe sich verpflichtet, noch der Nationalversammlung ein umfassendes Gesetz vorzulegen. Auf die Frage von Pabst, ob denn auch die Annahme durch die Mehrheit des Parlaments gewährleistet sei, erklärte Hergt: „Die Führer der vier Parteien übernehmen für ihre Person Garantie, daß eine Amnestie zustande kommt. Wir haben gar keine Zweifel, daß sie gegeben wird[3])." Gothein machte allerdings die Einschränkung, daß er einzelne Mitglieder in seiner Fraktion besäße, die voraussichtlich einen anderen Standpunkt einnehmen würden[4]). Hergt und Stresemann besprachen diesen Punkt sogar mit Hirsch und Südekum im Nebenraum, wobei sie auf die vielen Möglichkeiten zwischen Zustimmung und Ablehnung hinwiesen. Südekum gab darauf die Zusage, seine Partei werde das Gesetz „durch Abkommandierung oder sonstwie passieren lassen", gegebenenfalls sollten einige Abgeordnete bei der Abstimmung fehlen[5]). Rechneten die Parteiführer auch nicht mit einem Protest der Linksradikalen, da ihnen das Gesetz die Befreiung ihrer inhaftierten Anhänger versprach, so schien ihnen doch mit Rücksicht auf die allgemeine politische Erregung im Reich eine Geheimhaltung dieser Vereinbarung geboten. Die Amnestiezusage wurde daher in einem geheimen Protokoll von Unterstaatssekretär Joel niedergelegt. Der Text dieses Protokolls, in dem „der unterzeichnete Reichsjustizminister" sich zu der baldigen Vorlage des Gesetzes verpflichtete, zeigt deutlich, daß sowohl die Parteiführer als auch Joel mindestens die Zustimmung des Vizekanzlers und Justizministers Schiffer voraussetzten. Wenn Schiffer später diesen Text zurückwies, so entsprang das seinen Bemühungen, sich nachträglich von allen Zusagen an die Putschisten zu lösen[6]). Nach den

[1]) Stresemann, Märzereignisse, S. 20. Stresemann an das Reichsgericht, Nachlaß Stresemann, Nr. 139375. Jansen, a.a.O., S. 40. Anklageschrift, S. 139.

[2]) Zitat nach Stenographische Berichte, Bd. 344, S. 547 (Hergt). Vgl. auch Brief Stresemanns an Heinze vom 2. 8. 1920, Nachlaß Stresemann, Nr. 139080; Dokument 48, Anhang S. 343 f.

[3]) Aussage Hergts, Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 61.

[4]) Brief Stresemanns an Heinze vom 2. 8. 1920, Nachlaß Stresemann, Nr. 139080 f. Vgl. auch zur Haltung von Gothein, Stenographische Berichte, Bd. 344, S. 540 (Schiffer).

[5]) Stenographische Berichte, Bd. 344, S. 545 (Hergt). Siehe auch den Brief Stresemanns an Heinze, ebenda.

[6]) Der Text des geheimen Protokolls hatte folgenden Wortlaut: „Der unterzeichnete Reichsjustizminister wird sich dafür einsetzen, daß ein allgemeines Amnestiegesetz alsbald von der gegenwärtigen Nationalversammlung erlassen wird. Die Parteivertreter erklären, daß sie die Annahme dieses Gesetzes als gesichert ansehen." Nach einem Brief Hergts an Stresemann vom 26. 6. 1924, Nachlaß Stresemann, Nr. 156067, nach Hartenstein, a.a.O., S. 177 f. Vgl. auch Stenographische Berichte, Bd. 344, S. 531 (Düringer), S. 543 (Stresemann) und S. 547 (Hergt). Brief Stresemanns an Heinze vom 2. 8. 1920, Nachlaß Stresemann, Nr. 139081. Westarp-Manuskript T. II, S. 108.

Angaben Stresemanns wurde außerdem eine geheime Abmachung über die Einsetzung eines Offiziers als Reichswehrminister getroffen und nach Lüttwitz auch „die Hinausschiebung der Verminderung der Armee, bis die bolschewistische Gefahr vorüber sei", zugestanden[1]).

Trotz dieser Zusicherungen weigerte sich Lüttwitz, sofort zurückzutreten. Wohl bot er „die Liquidierung des Unternehmens an", doch forderte er, noch einige Tage als Oberbefehlshaber bleiben zu können, „bis die akute bolschewistische Gefahr in Berlin beseitigt sei"[2]). Diese Konzession war für die Mehrheitsparteien unannehmbar. Der auch in diesem Punkte noch zum Entgegenkommen bereite Zentrumsführer Trimborn hatte wenige Stunden vorher die Aussichtslosigkeit weiterer Bemühungen eingesehen[3]). Als Lüttwitz trotzdem zum Nachgeben nicht bereit war, bekamen die Mehrheitsparteien unerwartete Hilfe. Wieder waren es Offiziere, die den General zum Nachgeben drängten. Während der Verhandlungen erschienen im Nebenraum General v. Hülsen, General v. der Lippe und Oberst Reinhard mit der Erklärung, die Aufrechterhaltung der Ordnung erfordere den Rücktritt aller am Putsch Beteiligten[4]). Zugleich kam die Nachricht, daß die Sicherheitspolizei sich der legalen Regierung unterstellt habe[5]). In einer Verhandlungspause begaben sich v. der Lippe und Reinhard zu ihrem Oberbefehlshaber und machten ihm laut und vernehmlich die Mitteilung, daß inzwischen mehrere Truppenteile offen gegen ihn Stellung bezogen hätten[6]). „Herr von Lüttwitz wurde totenblaß . . . Er sagte: ‚Es muß mir doch die Treue gehalten werden!' Die Herren sagten: ‚Wir können nicht anders, wir müssen die Wahrheit sagen[7]).'" Nun konnten auch die beiden Rechtsparteien keine weiteren Konzessionen durchsetzen und drangen gleichfalls auf sofortigen Rücktritt. Danach gab Lüttwitz den hartnäckig geführten Kampf auf, um nicht die errungenen Konzessionen zu gefährden. Nur wollte er vor seiner offiziellen Rücktrittserklärung noch das Urteil der Kommandeurversammlung hören, die er einberufen hatte[8]).

Die Kommandeure hatten inzwischen in Abwesenheit von Lüttwitz die Lagebesprechung in der Reichskanzlei begonnen. General v. Oven und sein Chef des Stabes faßten ihren Lagebericht dahingehend zusammen, daß die Truppen

[1]) Tagebuch Stresemanns vom 17. 3. 1920, Nachlaß Stresemann, Nr. 165905; vgl. Hartenstein, a.a.O., S. 174. Lüttwitz, Im Kampf, S. 131. Siehe auch Stresemann, Märzereignisse, S. 19, und Westarp-Manuskript T. II, S. 108.

[2]) Stresemann, Märzereignisse, S. 20.

[3]) Schiffer-Manuskript, S. 92, Nachlaß 16, und Jansen, a.a.O., S. 41.

[4]) Lüttwitz, Im Kampf, S. 132. Mitteilung von Pabst. Schiffer-Manuskript, S. 93, Nachlaß 16. Schiffer-Nachlaß 18, S. 201. Südekum-Bericht, S. 14 f., Nachlaß Südekum 99.

[5]) Jansen, a.a.O., S. 42.

[6]) Lüttwitz, Im Kampf, S. 132. Schiffer-Manuskript, S. 93, Nachlaß 16.

[7]) Aussage Hergt, Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 61.

[8]) Ebenda, und Lüttwitz, Im Kampf, S. 131. Mitteilung von Major Pabst.

nicht mehr hinter Lüttwitz ständen und seine Militärdiktatur ablehnten, er müsse daher zurücktreten[1]). Ehrhardt, der eine absolute Befehlsgewalt über die ihm treu ergebene Brigade besaß, sah in dieser Argumentation ein Versagen der Offiziersautorität und warf der Versammlung vor, einen „Soldatenrat" darzustellen[2]). Dieser Vorwurf war jedoch ungerecht, denn Lüttwitz' Einmischung in die Innenpolitik hatte diese Führungskrise hervorgerufen und der General die Versammlung außerdem selbst einberufen. Ein entrüsteter Appell der anwesenden Generale Ludendorff und v. der Goltz, nicht „dicht vor dem Ziele" die Nerven zu verlieren, vermochte die Mehrheit der Offiziere nicht zu beeinflussen[3]). Als General v. Oven einige von Oberst Bauer formulierte Fragen zur Abstimmung stellte, stand außer Ehrhardt und zwei Kommandeuren kleinerer Verbände niemand mehr hinter Lüttwitz[4]). Als Nachfolger schlugen Oven und Oberstleutnant Wetzell General v. Seeckt vor. Sein Verdienst sei es gewesen, daß am 13. März die Reichswehr nicht auf die Brigade geschossen habe. Wetzell hatte bereits vorher die Meinung mehrerer Kommandeure erfragt, danach Seeckt den Wunsch zahlreicher Offiziere vorgetragen, er möge den Oberbefehl übernehmen, und dessen Einverständnis erlangt, „falls ihn die Regierung Bauer dazu ernenne"[5]). Mit Recht konnte Ehrhardt diesen Vorgang als „Offiziersrat" bezeichnen, „der einen Führer absetzt und einen neuen einsetzt"[6]). „Wutschnaubend über diese Treuelosigkeit" begab er sich zu Lüttwitz, der im Nebenzimmer weilte, und bat ihn, sämtliche Offiziere, die seinen Rücktritt forderten, verhaften zu dürfen. „Zur Vorsicht" hatte er vor der Besprechung eine Kompanie seiner Brigade im Hof der Reichskanzlei aufgestellt. Trotz seiner großen Empörung über den „Treubruch" der Offiziere lehnte Lüttwitz das Angebot seines treuesten

[1]) Anklageschrift, S. 140. Rabenau, Seeckt, S. 226 f. Lüttwitz, Im Kampf, S. 132 f. Hülsen-Manuskript, S. 5. Westarp-Manuskript T. II, S. 107. Freksa, Ehrhardt, S. 185. Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Nr. 1462695 (Aussage von Oberstleutnant Wetzell), Nr. 1462712 f. (Hauptmann Hansen). Die Einladung ging nicht von General v. Oven aus, wie Gordon, S. 127, darstellt und sie fand auch nicht vor den Verhandlungen mit den Parteiführern im Justizministerium statt, wie Rabenau, Seeckt, S. 226 f., behauptet. Lüttwitz hat an dieser Offiziersbesprechung nicht teilgenommen. Siehe Dokument 49, Anhang, S. 344 f.

[2]) Freksa, Ehrhardt, S. 185. General v. Hülsen hatte Lüttwitz gewarnt, eine derartige Kommandeurversammlung „würde eine der traurigsten Episoden in der Geschichte der preußischen Armee werden". Nach seiner Meinung gäbe es nur zwei Möglichkeiten, „entweder, er träte freiwillig zurück oder er erzwinge sich den Gehorsam, indem er jede Opposition mit den Waffen unterdrücke. Sich aber von seinen Untergebenen bescheinigen zu lassen, ob sie ihm noch gehorchen wollten oder nicht, ginge für einen preußischen General nicht an." Hülsen-Manuskript, S. 5.

[3]) Lüttwitz, Im Kampf, S. 132, Rabenau, Seeckt, S. 226.

[4]) Anklageschrift, S. 140. Freksa, Ehrhardt, S. 185 f. Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Nr. 1462585 (Aussage von Ehrhardt) und Nr. 1462632 (Aussage von Oven).

[5]) Zitat nach Rabenau, Seeckt, S. 227. Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Nr. 1462660 (Aussage von Wetzell). Hülsen-Manuskript, S. 5.

[6]) Nach Rabenau, Seeckt, S. 227.

Untergebenen ab, worin ihm Ludendorff und v. der Goltz beipflichteten, und beschloß seinen Rücktritt[1]).

Zwar hatte er diesen am Schluß der Verhandlung mit den Parteiführern bereits angekündigt, doch besteht kein Zweifel, daß er den Oberbefehl nicht niedergelegt hätte, wenn seine Kommandeure sich weiter zu ihm bekannt haben würden[2]). Es bleibt daher als Tatsache bestehen: Das Entgegenkommen der Parteiführer hat zweifellos die Beendigung des Putsches erleichtert. Aber es waren die Offiziere des Reichswehrministeriums und das Urteil Hülsens, die Lüttwitz zu den Verhandlungen mit den Parteiführern zwangen, und es waren die Truppenkommandeure, die von ihm den Verzicht auf seine usurpierte Stellung als Oberbefehlshaber forderten. Lüttwitz wurde angesichts der unhaltbar gewordenen innenpolitischen Situation von hohen Offizieren zum Rücktritt gezwungen.

Nach seinem Rücktritt verabschiedete sich Lüttwitz von dem noch in der Reichskanzlei anwesenden Kapp. Kurz darauf verließ auch Kapp mit seiner Tochter das Gebäude. Als letzter Beteiligter befand sich unerwartet Leutnant v. Kessel in den so plötzlich verlassenen Räumen. Zu seiner Überraschung entdeckte er, „daß man nicht einmal die stark belastenden Papiere mit allen Geschäftsordnungen und — was schlimmer war — Namenverzeichnissen, die Anordnungen, militärischen Befehle und persönlichen Verhandlungsnotizen mitgenommen hatte". Es blieb ihm, wie er in seinen Memoiren feststellt, „nichts anderes übrig, als die Papiere ganz allein mühsam zu sammeln[3])."

Zugleich war Seeckt durch Vorgänge für den Posten eines Oberbefehlshabers in Vorschlag gebracht worden, die, wie sein Biograph, General v. Rabenau, feststellt, „in ihren äußeren Formen ziemlich selten in der deutschen Heeresgeschichte sein dürften", nämlich durch „eine Art Plebiszit eines Teiles des Offizierkorps", mit dem Ziel, „Seeckt an die oberste militärische Stelle zu bringen[4])."

---

[1]) Freksa, Ehrhardt, S. 185 f. Lüttwitz, Im Kampf, S. 133, bestreitet diese Aufforderung Ehrhardts, sie wird jedoch auch von Westarp im Manuskript T. II, S. 111, erwähnt und von Ehrhardt in einem Brief an den Verfasser ausdrücklich bestätigt. Ehrhardt schreibt: „Ich war so wütend auf viele von diesen Offizieren, die am 1. Tag begeistert waren, dann aber ihre Haut retten wollten, daß ich General Ludendorff und General v. Lüttwitz vorschlug, die ganze Gesellschaft zu verhaften und nötigenfalls die Rädelsführer zu erschießen. Merkwürdigerweise war General Ludendorff, der sonst während der ganzen Episode sehr aufrecht war, dagegen und stimmte auch General v. Lüttwitz um . . . Ich bedaure es noch heute, daß die Verhaftung oder Erschießung der Haupträdelsführer, so insbesondere des Generals v. Oven, nicht erfolgt ist." Brief vom 19. 6. 1958.

[2]) Vgl. hierzu Stresemann, Märzereignisse, S. 20. Aussage Hergts, Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 61. Westarp-Manuskript T. II, S. 107. Aussage Ludendorffs, Brammer, ebenda, S. 76. Es war weniger die Kommandeurbesprechung am Nachmittag des 17., sondern die Vorstellung des Generals v. Hülsen und der Offiziere im Justizministerium, die Lüttwitz zum Nachgeben zwang. Vgl. Lüttwitz, Im Kampf, S. 133, und Gordon, a.a.O., S. 128.

[3]) Vgl. Kessel, a.a.O., S. 306.

[4]) Vgl. Rabenau, a.a.O., S. 227 f.

VI. Kapitel

Das Ergebnis des Putsches

1. *Auseinandersetzungen um das Verhandlungsergebnis und die Enttäuschung der Reichsregierung in Stuttgart*

Nach dem Ende der Verhandlungen begannen die Politiker im Reichsjustizministerium darüber zu beraten, „wie man der Öffentlichkeit das Ergebnis der Vereinbarung" bekanntgeben sollte. Hierbei war auch der Vizekanzler anwesend, und „unter dessen tätiger Mitwirkung" entwarf sein Unterstaatssekretär Joel die amtliche Meldung[1]). Sowohl Kapp als auch Lüttwitz wurde darin zugestanden, daß sie zurückgetreten seien, „um den inneren Frieden herbeizuführen". Auch enthielt sie die Mitteilung, daß Lüttwitz im Namen des Reichspräsidenten der Abschied bewilligt worden sei. Mit keinem Wort wurden jedoch Verhandlungen erwähnt, in denen die Mehrheitsparteien oder der Vizekanzler Zugeständnisse gemacht hatten. Die Meldung sprach nur von der Übereinstimmung „zwischen führenden Mitgliedern der Fraktionen" der Rechts- und Mehrheitsparteien über Neuwahlen „spätestens im Juni", über die Reichspräsidentenwahl durch das Volk und über „eine alsbaldige Umbildung der Reichsregierung[2])."

Ganz besonders war Schiffer darauf bedacht, bei diesen Erklärungen über die Beendigung des Unternehmens unerwähnt zu bleiben, um die Reichsregierung nicht zu binden und sich selbst nicht zu belasten. Gerade auf diese Bindung aber legte Lüttwitz den größten Wert. Gleich zu Beginn der Verhandlungen mit den Parteiführern hatte Pabst die Frage gestellt, „ob auch der Vizekanzler mit diesen Verhandlungen einverstanden und ob auch die Regierung durch sie gebunden sei". Die Parteiführer hatten dies „klar und eindeutig" bejaht, da sie glaubten, in Übereinstimmung mit Schiffer zu handeln[3]). In Wirklichkeit aber hatte der Vizekanzler die Parteiführer vorgeschickt, um sich und damit die Reichsregierung von allen Zusagen freizuhalten. Als Lüttwitz daher seinen

---

[1]) Stresemann, Märzereignisse, S. 20.

[2]) Der Text der Meldung ebenda, S. 20 f., und Europäischer Geschichtskalender, 36. Jg., 1. Teil, S. 55 f. Jansen gibt in seiner Broschüre eine andere Meldung wieder, die von den Rechtsparteien entworfen worden sein soll, in der von „langen Verhandlungen", „wiederholter Gefahr des Abbruches" und einem „Kompromiß" die Rede ist; vgl. Militärputsch, S. 42. Dieser Text wird sonst nirgendwo erwähnt. Vgl. dazu auch Hartenstein, Die Anfänge der Deutschen Volkspartei 1919—1920, S. 176 f.

[3]) So Pabst in seinem Brief an Schiffer vom 28. 6. 1924, Nachlaß Bauer 32. Vgl. auch Stenographische Berichte des Deutschen Reichstags, Bd. 344, S. 540 (Schiffer) und S. 548 (Hergt); Stresemann in seinem Brief an Vizekanzler Heinze vom 2. 8. 1920, Nachlaß Stresemann, Mikrofilm, Nr. 139081.

Rücktritt vor der Truppe damit begründen wollte, „die Reichsregierung" habe seine Forderungen angenommen, untersagte Schiffer die Herausgabe dieses Befehls[1]). Gegen die zweite Fassung wurden keine Einwände mehr erhoben. Sie hatte folgenden Wortlaut:

„Die unmittelbar drohende Bolschewistengefahr fordert festen Zusammenschluß aller vaterlandsliebenden Männer zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Reiche. Meine Person darf kein Hindernis sein für den Zusammenschluß. Nachdem führende Männer aller Parteien, mit Ausnahme der unabhängigen Sozialdemokraten, die Durchführung der von mir für das deutsche Volk gestellten Forderungen im wesentlichen zugesagt haben, sehe ich meine Aufgabe als erfüllt an und trete von meinem Posten als Oberbefehlshaber zurück[2])."

Die durch den Putsch zum Ausbruch gekommene bolschewistische Gefahr war nun die Brücke geworden, auf der sowohl die am Umsturz beteiligten Truppen zur legalen Regierung zurückkehrten als auch die Kapp-Lüttwitz-Gruppe ihren Rückzug antrat. Lüttwitz' Erklärung, „führende Männer aller Parteien" hätten die Durchführung seiner „für das deutsche Volk gestellten Forderungen im wesentlichen zugesagt", sollte gleichzeitig das Märzunternehmen politisch rechtfertigen.

Gegen 18 Uhr überbrachte Major Pabst dem Vizekanzler das Abschiedsgesuch von Lüttwitz. Es wurde unter Bewilligung der Pensionsansprüche im Namen des Reichspräsidenten angenommen[3]). Als Pabst bei dieser Gelegenheit jedoch bemerkte, daß man sich ja auf die zugesagte Amnestie verlassen könne, erklärte der Vizekanzler, er habe alle Zusagen zurückgezogen, auf ihn könne sich demnach niemand berufen, doch seien die Versprechungen der Parteiführer „eine schöne Unterlage[4])". Bis zur Regelung der Amnestiefrage durch die Nationalversammlung empfahl er dem Major, sich in Sicherheit zu bringen und dies Lüttwitz ebenfalls anzuraten. Schiffer bot sogar für beide falsche Pässe und Geld an, was Pabst dankend ablehnte. Mit falschen Pässen hatten sich die Putschisten bereits von ihren Freunden im Polizeipräsidium versorgen lassen[5]).

Den Rückzug des Vizekanzlers von den Verhandlungen vermochten auch die führenden Vertreter der Rechtsparteien nicht wesentlich zu revidieren. Sogleich nach Schluß der Verhandlungen bat Stresemann in einer vertraulichen Unter-

---

[1]) Nachlaß Schiffer 16, S. 95, und Aufzeichnungen des Regierungsrats Dr. Doehle, Nachlaß Schiffer 18, S. 208.

[2]) Der Text bei Lüttwitz, Im Kampf, S. 133, im Nachlaß Schiffer 16, S. 95, und in der Anklageschrift, S. 141.

[3]) Bericht Schiffers an das Reichsgericht, Nachlaß Schiffer 18, S. 201; Manuskript Schiffers, Nachlaß 16, S. 98; Europäischer Geschichtskalender, 36. Jg., 1. Teil, S. 55.

[4]) Stenographische Berichte des Reichstages, Bd. 344, S. 540 (Schiffer).

[5]) Pabst in seinem Brief an Schiffer vom 28. 6. 1924, Nachlaß Bauer 32; Mitteilung von Herrn Pabst; Nachlaß Schiffer 16, S. 97 f., und Nachlaß 18, S. 201 f.

redung mit Schiffer um die weitere Unterstützung bei der Amnestierung der Verschwörer, wobei er an die gemeinsame Arbeit in der Nationalliberalen Partei erinnerte. Der Vizekanzler lehnte jedoch alle bindenden Versprechungen ab[1]). Mit dem gleichen Anliegen erschienen am nächsten Vormittag Hergt und v. Delbrück im Reichsjustizministerium. Auf Hergts erregte Frage, warum Schiffer nicht mehr zu seinen früheren Erklärungen stehe, antwortete Unterstaatssekretär Joel, der Vizekanzler wünsche als Mitglied der Regierung nichts mit den Verhandlungen zu tun zu haben. In einem persönlichen Gespräch mit den Vertretern der DNVP erklärte sich Schiffer nur bereit, ein Amnestiegesetz einzubringen und sich in seiner Fraktion als Abgeordneter dafür einzusetzen, wie er es am Vortage auch Stresemann zugesagt hatte[2]).

Sicher waren die Rechtsparteien die treibende Kraft während der Verhandlungen gewesen, um eine vollständige Niederlage der Kapp-Lüttwitz-Gruppe zu verhindern. Ebenso hatten sie das größte Interesse daran, die Beteiligten vor einer gerichtlichen Verurteilung zu bewahren, da deren politischen Ziele mit den ihren weitgehend übereinstimmten. Aber ebensowenig läßt sich leugnen, daß führende Politiker der Mehrheitsparteien, einschließlich des Vizekanzlers, die friedliche Beilegung des Putsches selbst auf Kosten von Zugeständnissen gewünscht hatten. Sie betrachteten nach Lüttwitz' Rücktritt den erreichten Kompromiß als vollen Erfolg. „Es herrschte Hochstimmung. Die Menschen waren wie erlöst von dem Alpdruck der Krisis und ganz glücklich über ihre Behebung", so schildert Schiffer die Stimmung unter den Politikern im Reichsjustizministerium[3]). Der Leitartikel des Berliner Tageblatts vom 24. 3. gibt eine kurze und treffende Schilderung der Situation, in der sich diese Politiker befanden. Er bezeichnet die Besprechungen mit Lüttwitz als „durchaus nicht wünschenswert", fährt jedoch fort: „Aber die Atmosphäre war schwefelgelb, die militärische Gefahr stand vor jedem Auge, die kommunistische stieg empor. Die Verantwortung war riesengroß. Stuttgart war ein Idyll. Berlin war es nicht. Wer die Dinge in der Nähe gesehen hat, wird wenigstens mildernde Gründe für die Verhändler finden, denn auf die Formalitäten kommt es in solchen Situationen nicht in erster Linie an[4])."

Eine ganz andere Wirkung hatte diese friedliche Beilegung des Putsches auf die Minister in Stuttgart. Als der Reichspräsident Ebert aus dem ersten Telefongespräch mit Schiffer am 17. nachmittags den bedingungslosen Rücktritt von Kapp und Lüttwitz entnahm, herrschte im Reichskabinett zunächst freudige

[1]) Nachlaß Schiffer 16, S. 95 f., und Stenographische Berichte des Reichstags, Bd. 344, S. 550 (Schiffer).

[2]) Nachlaß Schiffer 18, S. 202; Nachlaß 16, S. 96, und Stenographische Berichte des Reichstags, Bd. 344, S. 547 f. (Hergt).

[3]) Nachlaß Schiffer 16, S. 95.

[4]) Berliner Tageblatt vom 24. 3. 1920, Mittagsausgabe, zitiert nach Hartenstein, Deutsche Volkspartei, S. 177.

Überraschung. Über die Vorgänge in Berlin nur unvollkommen unterrichtet, glaubten die Minister, daß auf Grund ihrer Warnungen nun doch kein Abkommen mit Zugeständnissen seitens des Vizekanzlers geschlossen worden sei. In der anschließenden Kabinettssitzung bestand Einigkeit über die notwendige Verfolgung und Bestrafung der „Haupträdelsführer" sowie die Aufhebung des Generalstreiks. Aber wie in der entscheidenden Sitzung vor dem Einmarsch der Ehrhardt-Brigade war die Regierung darauf bedacht, die Reichswehr schonend zu behandeln. Es sollten nur die verantwortlichen Kommandeure angeklagt, die übrigen zu Kapp übergetretenen Offiziere und Mannschaften dagegen als Verführte betrachtet und freigesprochen werden[1]). Vor die Wahl gestellt, entweder sofort mit durchgreifenden Reformen zu beginnen oder aber die bestehende Reichswehr als Schild gegen die „Welle von links" zu benutzen, entschieden sich die Minister für den zweiten Weg. Sie wollten daher umfangreiche Entlassungen und Bestrafungen vermeiden, um die Gegensätze zwischen Reichswehr und Republik nicht noch zu vertiefen.

Erst kurz vor Mitternacht erfuhr die Reichsregierung den wahren Sachverhalt über die Beendigung des Putsches. Nun mußte sie erkennen, daß zwar Schiffer seine Zusage zurückgezogen hatte, diese jedoch in ein Abkommen der Rechts- und Mehrheitsparteien mit Lüttwitz verwandelt worden waren[2]).

Die Freude über den schon als errungen betrachteten Sieg verwandelte sich darauf in tiefe Enttäuschung, denn das Kabinett konnte nun nicht aus der gefestigten Position des Siegers heraus mit leichter Hand das Mißtrauen der erregten sozialistischen Arbeiterschaft zerstreuen. Vertreter der Regierungsparteien waren gemeinsam mit den Rechtsparteien auf Bedingungen von Lüttwitz eingegangen. Ging die Regierung mit den Putschisten zu scharf ins Gericht, so desavouierte sie die Politiker in Berlin, hielt sie sich an deren Abmachungen, mußten sich alle entschiedenen Gegner dieses Putsches, besonders die am Generalstreik beteiligten Organisationen, von der Regierung verlassen fühlen. Diese geführten Verhandlungen haben die auf den Putsch folgenden Auseinandersetzungen zwischen Reichsregierung und Vertretern der streikenden Organisationen beträchtlich verschärft. Namentlich für die SPD war eine solche Situation eine erhebliche Belastung, da sie einerseits in der Regierungskoalition gebunden war, andererseits der größte Teil ihrer Mitglieder am Generalstreik teilnahm. Die Niedergeschlagenheit im Reichskabinett gibt die folgende Tagebucheintragung des demokratischen Reichsinnenministers Koch wieder: „Es ist also verloren. Aber das ist das Wenigste. Was kommt nun aus der ganzen Sache heraus? Daß man sich rechts und links von uns verraten fühlt. Wer kämpft denn jetzt noch für uns? Die Gefahr von links ist riesengroß und rechts wird man uns

[1]) Nachlaß Koch 25, S. 44 f. und 47.

[2]) Mitteilung von Geheimrat Wever und Nachlaß Koch 25, S. 46.

verlassen ... Und wie zerschlägt es unsere Partei! Ein bitteres Ende für all die Arbeit und Sorge[1])."

Das Kabinett war nun zu einem zurückhaltenden Auftreten gezwungen. Der Reichskanzler verordnete sofort, die schon beschlossene steckbriefliche Verfolgung der Putschisten zurückzustellen. In Übereinstimmung mit General v. Seeckt telefonierte Schiffer am 18. mittags nach Stuttgart, der Reichskanzler möge in seiner Rede vor der Nationalversammlung zur Bestrafung der Anhänger von Kapp und Lüttwitz erklären, daß diese nach den Gesetzen erfolgen müsse. Es sollten jedoch „keine scharfen Ausdrücke gebraucht werden, und auch von Meuterern nicht gesprochen werden[2])."

Wohl bestand die Möglichkeit, die Abmachungen in Berlin für ungültig zu erklären, wie es zum Beispiel in der Sitzung der DDP-Fraktion in Stuttgart entschieden gefordert wurde. Die Entrüstung war so groß, daß die Mehrheit den Vizekanzler sofort aus der Partei ausschließen wollte. Innenminister Koch und der Abgeordnete v. Payer setzten jedoch durch, die Verhandlungen vorläufig als bedeutungslos hinzustellen und erst noch weitere Nachrichten über die Berliner Vorgänge abzuwarten[3]).

Die Unsicherheit in der Regierung war so groß, daß Koch sich sogar mit dem einzigen in Stuttgart anwesenden Abgeordneten der DVP über ihre Reden vor der Nationalversammlung aussprach. Damit der DVP-Abgeordnete Becker zu den Verhandlungen Schiffers eine abwartende Stellung einnahm, versprach Koch, in seiner Rede kein Urteil über den Aufruf der DVP vom 13. 3. abzugeben, obwohl er für ihn „glatter Hochverrat" war[4]).

Trotz aller scharfen Formulierungen, die an diesem Nachmittag des 18. März in der Sitzung der Nationalversammlung in Stuttgart dem Kapp–Lüttwitz-Putsch nachgeschleudert wurden, und auch der heftigen Anklagen gegen die Rechtsparteien mußten die Mehrheitsparteien sich nun zu einigen Forderungen von Lüttwitz bekennen. Jetzt wurden baldige Reichstagswahlen, die man noch in der Vorwoche abgelehnt hatte, für erforderlich gehalten und die Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk als selbstverständlich bezeichnet. Sogar die Notwendigkeit von Fachministern wurde von Vertretern des Zentrums und der Demokraten erwähnt[5]).

Wie wenig die Reichsregierung in der Lage war, nach dem Ende des Putsches die antirepublikanischen Kräfte von rechts als Machtfaktoren auszuschalten, zeigt die weitere Entwicklung in der Reichswehr.

---

[1]) Nachlaß Koch 25, S. 46, Tagebucheintragung vom 17. 3. 1920, 23.15 Uhr.

[2]) Nachlaß Koch 25, S. 47 ff.

[3]) Nachlaß Koch 25, S. 48 und 50.

[4]) Nachlaß Koch 25, S. 51.

[5]) Stenographische Berichte der Nationalversammlung, Sitzung vom 18. 3. 1920, Bd. 332, S. 4906, 4908 f. und 4912 f. Vgl. auch Nachlaß Schiffer 16, S. 106, und Nachlaß Koch 25, S. 51.

2. *Die Festigung der Reichswehr und die Sicherung ihrer Autonomie in der Republik unter General v. Seeckt*

Mit dem Abschied von Lüttwitz war nicht nur eine der höchsten militärischen Stellen neu zu besetzen, sondern die Gelegenheit gegeben, die Truppe endgültig in eine für die republikanische Regierung zuverlässige bewaffnete Macht zu verwandeln. Eigentlich bestanden nach dem Versagen so vieler Offiziere für eine vollkommene Neuordnung die günstigsten Voraussetzungen. Das Ansehen der Reichswehr war bei den Regierungsparteien auf einen bedrohlichen Tiefstand gesunken. Die Forderung nach Ersetzung der Truppe durch eine republikanische Volkswehr wurde ohne Einschränkung zwar nur von Unabhängigen und Kommunisten erhoben, doch verlangte auch der preußische Ministerpräsident Hirsch am 20. März: „Sofortige Entwaffnung und Bestrafung aller am Putsch Schuldigen sowie derjenigen, die sich ungesetzmäßigen Regierungen zur Verfügung stellten. Auflösung aller der Verfassung nicht treu gebliebenen militärischen Formationen und Ersetzung durch zuverlässige republikanische Bevölkerung[1])." Die Reichswehr selbst erschien verwirrt und geschwächt. Während des Putsches hatte es in einem schon bedenklichen Ausmaß Gehorsamsverweigerungen und sogar Verhaftungen von Offizieren durch Unteroffiziere und Mannschaften gegeben. Von einer gesicherten Kommandogewalt an der Spitze konnte ebenfalls keine Rede sein[2]). Von entscheidender Bedeutung war es nun, ob die Regierung stark genug war, die Reform der Reichswehr durchzuführen und welche Führerpersönlichkeit an die Spitze trat.

Wenn schon nach wenigen Tagen entscheidende Veränderungen aussichtslos wurden, so verdankte die Reichswehr das neben den diplomatischen Fähigkeiten Seeckts vor allem der Politik der Linksradikalen, die den Aufstand gegen Kapp bis zur Erringung der eigenen Herrschaft weiterführen wollten. Die Reichsregierung und mit ihr die Mehrheitsparteien waren daher gezwungen, gegen diese Bedrohung möglichst schnell wieder die kampffähigen Truppen der Reichswehr in die Hand zu bekommen. Sie vertrauten sich mit anderen Worten einer Truppe an, die sie eigentlich mit größtem Mißtrauen betrachten mußten. So konnte es geschehen, daß schon nach wenigen Tagen militärische Verbände, die selbst unter Kapp–Lüttwitz gegen die Regierung vorgegangen waren, im Auftrage der Regierung die Rätebewegung niederkämpften[3]). Im Vergleich zum November 1918 konnte man von einem neuen Bündnis zwischen Reichsregierung und Truppe gegen den Linksradikalismus sprechen. Überraschend schnell wurden in diesem militärischen Großeinsatz Kommandogewalt und Disziplin in der

[1]) Zitat nach Rabenau, a.a.O., S. 230. Vgl. ferner Stenographische Berichte der Nationalversammlung, Bd. 332, S. 4905, 4912 und 4921.

[2]) Vgl. Gessler, Reichswehr, S. 146 und oben S. 177 ff., 252 ff., 263 f.

[3]) Vgl. Gordon, Die Reichswehr, S. 130 f.

Truppe wiederhergestellt[1]). Als die politische Lage sich dann beruhigt hatte, war die Regierung der Reichswehrführung nicht nur zu Dank verpflichtet, sondern auch das Ansehen der Truppe wieder so weit gestiegen, daß es für nennenswerte Eingriffe zu spät war.

Die hier allgemein angedeutete Abhängigkeit von der Truppe wird besonders bei den Umständen deutlich, die Seeckt an die Spitze der Reichswehr führten. Eigentlich war es selbstverständlich, daß der bisherige Chef der Heeresleitung, General Reinhardt, der sich als einziger führender Offizier in Berlin entschieden auf die Seite der legalen Regierung gestellt hatte, nun mit Unterstützung aller demokratischen Parteien die Reorganisation der Reichswehr in eine zuverlässige Regierungstruppe in die Hand nahm. Statt dessen rückte jedoch Seeckt an die Spitze, obgleich er sich gegen die Verteidigung der Regierung ausgesprochen hatte.

Dem Vizekanzler war von Ebert am 17. nachmittags in der Nachfolgefrage für Lüttwitz freie Hand gelassen worden. Obgleich Schiffer lieber Reinhardt beauftragt hätte, entschied er sich für Seeckt, weil er sich davon eine stärkere Wirkung „auf die konservativen altpreußischen Kreise" versprach als durch die Ernennung „eines schwäbischen Demokraten". Schiffer, der sofort über das Ergebnis der Kommandeurversammlung, die sich für Seeckt als Nachfolger von Lüttwitz ausgesprochen hatte, unterrichtet worden war, gibt selbst zu, daß er die Offiziere durch die Ernennung Seeckts „gewinnen" wollte, um einen möglichst glatten und reibungslosen Übergang der Reichswehr zur legalen Regierung zu erreichen[2]). Obgleich Seeckt zunächst nur zum Oberbefehlshaber des Gruppenkommandos 1 bestimmt worden war, handelte es sich gleichzeitig um eine Vorentscheidung, wer in Zukunft als Chef der Heeresleitung an der Spitze der Truppe stehen würde. Auch die Entscheidung für Seeckt in der Offiziersbesprechung bedeutete den eindeutigen Willen, diesen General in die Führungsposition der Reichswehr zu bringen.

Dem bisherigen Chef der Heeresleitung, General Reinhardt, war damit in einer Art Wahlversammlung von den Offizieren das Mißtrauen ausgesprochen worden. Reinhardt kannte die Abneigung im Offizierkorps gegen seine Person. Er ließ daher bei der telegraphischen Aufforderung aus Stuttgart, seinen bisherigen Dienst mit unbeschränkten Vollmachten wiederaufzunehmen, „nach Verständigung mit der Regierung den Befehl in der Schwebe"[3]). Seine erhaltenen Vollmachten benutzte er außerdem zur Beauftragung Seeckts mit den Geschäften

[1]) Vgl. Volkmann, Revolution über Deutschland, S. 386, und Gessler, Reichswehrpolitik, S. 146.

[2]) Nachlaß Schiffer 16, S. 93 und 96 f. Siehe auch den Brief Schiffers an Gordon, abgedruckt bei Gordon, Die Reichswehr, S. 421; Rabenau, Seeckt, S. 228 f.; Aufzeichnungen des Generals Fleck, Nachlaß Mentzel 9 und Gessler Nr. 46, teilweise auch bei Gessler, Reichswehrpolitik, S. 550. Als Dokument 54, im Anhang S. 347 f.

[3]) Ernst, Nachlaß Reinhardt, S. 107.

des Chefs der Heeresleitung[1]). In Seeckt sah er den Offizier, der „als Soldat-Diplomat" der Reichswehr die Einheit wiedergeben konnte. Reinhardt hielt nach den Ereignissen des 13. März sein Ansehen für so herabgesetzt, daß er bei seiner Wiederernennung neue Spannungen innerhalb der Truppe voraussah. Auch der Reichspräsident konnte nach der Rückkehr aus Stuttgart Reinhardt nicht umstimmen[2]).

Außerordentlich bestärkt wurde der General bei der Ablehnung des erneuten Angebots durch das Abschiedsgesuch des Reichswehrministers Noske. Beide hatten in bemerkenswerter Übereinstimmung den bisherigen Aufbau der Reichswehr durchgeführt. Als nun Noske der Vorwurf gemacht wurde, er habe das Instrument der Gegenrevolution mitgeschaffen, stellte sich Reinhardt hinter seinen Minister und reichte am 25. März seinen Abschied ein. Erst nach dem Abschied aus seinem Amt als Chef der Heeresleitung konnte Seeckt in dieser Position ernannt werden. Bis dahin führte Seeckt sowohl als Chef der Heeresleitung wie auch als Befehlshaber im Reichswehrgruppenkommando 1 nur die Geschäfte. Der eigentliche Nachfolger von Lüttwitz wurde Generalleutnant v. Bergmann aus Stuttgart, der sich wohl als erster Kommandierender General zur verfassungsmäßigen Regierung bekannt hatte. Reinhardt wollte damit nicht nur seine Mitverantwortung dokumentieren, sondern war sich auch darüber klar, daß er ohne „die parlamentarische und politische Unterstützung Noskes" seine militärische Konzeption nicht durchführen konnte[3]). Aus diesem Grunde dürfte er ebenfalls auf die ihm von Ebert angebotene Stellung des Reichswehrministers verzichtet haben. Da er bereit war, sich Seeckt zu unterstellen, lehnte Ebert sein Abschiedsgesuch ab und ernannte ihn zum Befehlshaber des Wehrkreises V[4]).

Damit waren die beiden Männer ein Opfer des Putsches geworden, die sich vor allen anderen Politikern und Offizieren für eine Versöhnung zwischen Reichswehr und Republik eingesetzt hatten. Noskes Rücktritt erfolgte unter dem Druck der Gewerkschaften auf die SPD, die nicht nur Noske, sondern nun endgültig jede Verantwortung für die Reichswehr als eine unerträgliche Belastung ansah und auf dieses Ressort verzichtete[5]). Die Ursachen für Reinhardts freiwilligen Rücktritt war die Abneigung der Mehrheit der Offiziere gegen seine demokratische Überzeugung. Einer seiner entschiedensten Gegner war ohne Zweifel Seeckt, der mit ihm weder „als Untergebener noch auch als Vorgesetzter oder in irgendeiner anderen Form" zusammenarbeiten wollte[6]).

[1]) Siehe die Aufzeichnung des Generals Fleck im Dokumentenanhang, S. 347 f.

[2]) Ernst, Nachlaß Reinhardt, S. 110 und 112. Siehe auch Carsten, a.a.O., S. 102 f.

[3]) Ernst, ebenda, S. 110. Vgl. auch die Aufzeichnung des Generals Fleck im Dokument 54, Anhang S. 347 f. und Nachlaß Mentzel 9.

[4]) Ernst, ebenda, S. 107 und 110; Rabenau, Seeckt, S. 229, und Nachlaß Schiffer 16, S. 50.

[5]) Protokoll der Sitzung des SPD-Parteiausschusses vom 30. und 31. 3. 1920, S. 6 f.

[6]) So Seeckt in einer Äußerung gegenüber Schiffer, Nachlaß Schiffer 16, S. 30 b; siehe auch den Brief Schiffers an Gordon, abgedruckt bei Gordon, Die Reichswehr, S. 421.

Rücksichtslos und mit eisiger Kälte setzte Seeckt noch am 17. nachmittags eine beträchtliche Anzahl in das Unternehmen verwickelter hoher Offiziere ab. Damit begann er die Wiederherstellung der Truppendisziplin und zugleich die Festigung seiner neuen Stellung[1]). Seeckt war klug genug, Widerständen diplomatisch aus dem Wege zu gehen. Da er auf die Brigade Ehrhardt angewiesen war und auch gegen diese Truppe zunächst nichts unternehmen konnte, sprach er sich nach einer Unterredung mit Ehrhardt in einem Tagesbefehl vom 18. 3. lobend über die Disziplin der Brigade aus, erkannte an, daß sie in dem Glauben gehandelt habe, „vaterländischen Interessen zu dienen" und sicherte Ehrhardt am 19. 3. schriftlich Schutz vor Verhaftung zu, solange die Brigade ihm unterstehe[2]).

Mit der Untersuchung des Verhaltens der am Putsch beteiligten Offiziere waren zivile Reichskommissare betraut worden. Seeckt, der die Schuldfrage gemäß seiner Konzeption entschieden wissen wollte, konnte mit Erfolg beim Reichspräsidenten die Beschränkung der Befugnisse der Reichskommissare durchsetzen[3]). Er schonte nicht die verantwortlichen Kommandeure, doch für alle übrigen Offiziere und Mannschaften war nicht die Treue zur Verfassung, sondern der militärische Gehorsam Beurteilungsmaßstab. Somit wurden auch diejenigen bestraft oder aus dem Heere entfernt, die aus verfassungstreuer Gesinnung ihren am Putsch beteiligten Vorgesetzten den Gehorsam verweigert hatten[4]). Alle Beteiligten an dem Unternehmen aber, die sich auf Befehle ihrer Vorgesetzten berufen konnten, blieben straffrei, wie es auch das Reichskabinett am 17. März in Stuttgart schon beschlossen hatte[5]). Das Gutachten des Untersuchungsausschusses für die beschuldigten Offiziere vom 1. 9. 1920 empfahl in 501 Fällen nichts zu unternehmen. In 112 Fällen war inzwischen der Abschied „im Vollzug der Truppenverringerung" erfolgt, und außerdem waren 60 Offiziere ihres Dienstes enthoben worden. Die Anklage gegen 92 Offiziere beim Reichsgericht erledigte sich durch das Amnestiegesetz vom August 1920. 63 Offiziere wurden mit der Versetzung bestraft, und außerdem erfolgte bei den Heeresbeamten noch in 5 Fällen eine „Maßregelung". Somit hatte das Unternehmen für 172 Offiziere mit dem Abschied geendet, darunter waren 12 Generale[6]). Eine Freiheitsstrafe wurde in keinem Fall verhängt.

[1]) Rabenau, Seeckt, S. 231; Gordon, Die Reichswehr, S. 129 und 222; Nachlaß Schiffer 16, S. 97. Schüddekopf, Heer, S. 119.

[2]) Beglaubigte Abschriften im Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Nr. 1462617 und 1462619. Vgl. auch Freksa, Kapitän Ehrhardt, S. 188 und 191 f.

[3]) Gordon, Die Reichswehr, S. 330 f.

[4]) Beispiele siehe bei Carsten, a.a.O., S. 107 f.

[5]) Zum Beschluß des Reichskabinetts siehe Nachlaß Koch 25, S. 45. Zu Seeckt siehe Gordon, Die Reichswehr, S. 132, 138 f. und 330 f. Zur Unterstützung Seeckts durch Ebert bei diesen Maßnahmen, Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen, Bd. VI, S. 140. Siehe auch Carsten, a.a.O., S. 107 f.

[6]) Vgl. Gessler, Reichswehrpolitik, S. 151; Gordon, Die Reichswehr, S. 132; Schüddekopf, Heer und Republik, S. 89; Gumbel, Zwei Jahre Mord, S. 33 und 56; Gumbel, Vier Jahre politischer Mord, S. 81 und 101 f.

Unabhängig davon erfolgten weitere Entlassungen infolge von Meinungsverschiedenheiten mit Seeckt. So mußte zum Beispiel General v. Lequis gehen, weil er gegen Disziplinwidrigkeiten in seiner Truppe nicht hart genug vorgegangen war[1]). Die eigentliche Reorganisation der Reichswehr erfolgte jedoch im Rahmen der notwendigen Heeresverminderung von 231000 auf 100000 Mann bis zum 31. 12. 1920. Diese Entlassungen gaben Seeckt die Möglichkeit, seine Militärkonzeption personalpolitisch zu sichern, wobei er die Generalstabsoffiziere den sogenannten „Frontoffizieren" vorzog[2]).

Seeckts Militärpolitik, die nun für die Reichswehr maßgebend wurde, geht aus seinem Erlaß vom 18. April 1920 an das Offizierkorps deutlich hervor. Im Mittelpunkt stand die Forderung: „Mit allen Kräften soll die politische Betätigung jeder Art dem Heere ferngehalten werden." Für das Märzunternehmen wurde „politische Kurzsichtigkeit in Gefolgschaft hochverräterischer Bestrebungen" verantwortlich gemacht. Wenn Seeckt jedoch von jedem Offizier erwartete, daß er „seinen Eid ernst nimmt" und sich „auf den Boden der Reichsverfassung gestellt hat"[3]), so beabsichtigte er keineswegs die Schaffung eines republikanisch-demokratisch gesinnten Reichsheeres. Er forderte nur eine formelle Anerkennung der bestehenden Verfassung, die er auch weiterhin mit fast allen Offizieren innerlich ablehnte. Vielmehr war es sein Ziel, die Truppe von dem politischen Leben des Volkes auszuschließen und sie allein auf einen zukünftigen, zu aktiver Außen- und Bündnispolitik fähigen Staat auszurichten[4]). Für Seeckt selbst bedeutete die Verbannung der Politik aus der Truppe indessen keinen Verzicht auf die Beeinflussung außen- wie innenpolitischer Entscheidungen. Auf ihn trifft Groeners Bemerkung vom 9. Juli 1919 zu: „Politik dürfen nur wenige treiben u(nd) diese geh(eim) und verschwiegen."[5]) Der Versuch Noskes und Reinhardts, die Reichswehr politisch in den neuen Staat zu integrieren war ebenso gescheitert wie Lüttwitz' Absicht, der Regierung seine unklaren politischen Vorstellungen aufzuzwingen.

Für die nur formelle Anerkennung der Republik erreichte Seeckt den Verzicht der Regierung auf Einflußnahme im Bereich der Ausbildung und Personalpolitik der Truppe. Während die Reichswehr mit der errungenen Autonomie aus dem Putsch vom 13. März gestärkt hervorging, hatte die Regierung endgültig den Versuch aufgegeben, ihre republikanische Militärpolitik durchzusetzen. Der nach

[1]) Nachlaß Lequis 39. Noske, Erlebtes, S. 172. Rabenau, Seeckt, S. 241 f.

[2]) Nach Gordon, Die Reichswehr, S. 154 und 285 f.

[3]) Der Erlaß im Nachlaß Seeckt, Stück 111. Wie schon Ernst hervorhebt, hat Rabenau in seinem Buch über Seeckt auf S. 239 f. diesen Text an wichtigen Stellen, zum Teil ohne Bezeichnung, gekürzt. Zur Auswertung der Quellen bei Rabenau siehe Meier-Welcker, a.a.O., S. 156 f.

[4]) Vgl. Gordon, a.a.O., S. 221 ff.; Rabenau, Seeckt, S. 329 und 332; Schüddekopf, Heer und Republik, S. 115 f.; Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, S. 237 f., 243 und 246.

[5]) Nachlaß Groener, Tagebucheintragung vom 9. 7. 1919. Zu Seeckts Einflußnahme auf die Politik siehe Gordon, Die Reichswehr, S. 302; Schüddekopf, Heer und Republik, S. 120 f., und Rabenau, Seeckt, S. 405.

dem Putsch eingesetzte parlamentarische Unterstaatssekretär Rausch im Reichswehrministerium erklärte Ende Mai 1920 in seinem Rücktrittsgesuch: „Es ist heute schlimmer als je zuvor! Aus zahlreichen Einzelerscheinungen bin ich zu der Erkenntnis gelangt, daß verfassungstreue, republikanische Elemente nun erst recht, konsequent und zäh, in bewußter oder unbewußter Solidarität, aus der Reichswehr entfernt werden und daß demgegenüber die Zentralstellen zur Zeit so gut wie machtlos sind[1])."

Wie schon oben erwähnt, waren die Auswirkungen in der Marine besonders nachteilig. Trotz der scharfen Ablehnung des Putsches, besonders durch Unteroffiziere und Mannschaften, konnte jedoch nicht verhindert werden, daß die vielen Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften aus den Marinebrigaden nach deren Auflösung wie ursprünglich geplant in die Marine übernommen wurden. Nach dem späteren Großadmiral Raeder entstammte bald darauf der Offiziersnachwuchs der Marine auf der Schule in Mürwik „zu einem großen Teil aus den aufgelösten Marinebrigaden ‚Ehrhardt' und ‚Loewenfeld'[2])."

Damit hatte im militärischen Bereich der Putsch für die Republik nur äußerlich mit einem Sieg über die sie bedrohenden restaurativen Kräfte geendet. In Wirklichkeit hatte sich die Reichswehr wieder einmal als „Ordnungsmacht" erwiesen, die der Regierung unentbehrlich schien. Denjenigen militärischen Führern, die nicht unmittelbar belastet waren, besonders Seeckt an der Spitze, gelang es, alle von überzeugten Republikanern erwarteten Reformen zu verhindern und die bewaffnete Macht von der politischen Entwicklung sowie den demokratischen Parteien abzuschirmen. Die Republik hatte nicht einmal ihre Ausgangsposition behauptet, sondern für ein formelles Loyalitätsversprechen der Reichswehr de facto die Autonomie zuerkannt. Innenpolitisch war es dem Offizierkorps gelungen, sich den zunächst als selbstverständlich angesehenen militärischen Reformen als Folge des Novemberumsturzes zu entziehen. Obgleich die Reichswehr im Kapp-Lüttwitz-Putsch die Notwendigkeit ihrer Integrierung in die Republik deutlich gemacht hat, wurde das Gegenteil erreicht. Die Reichswehr konnte Forderungen stellen, weil die Regierung auf diesen Machtfaktor gegen die Linke nicht verzichten wollte. Wenn auch in der folgenden Zeit die Truppe dem Weimarer Staat äußerlich diente, so begab sie sich doch in eine unpolitische Isolierung, die sich unter dem Nationalsozialismus verhängnisvoll auswirken sollte.

3. *Die Schwächung der auf Ausgleich bedachten demokratischen Kräfte*

Einen Tag nach dem Rücktritt von Kapp und Lüttwitz erklärte Reichskanzler Bauer vor der Nationalversammlung in Stuttgart: „Kapp und Lüttwitz sind verschwunden, die meuternde Marinedivision auf dem Rückzug aus Berlin,

[1]) Abgedruckt bei Schüddekopf, a.a.O., S. 114.

[2]) Vgl. Raeder, a.a.O., S. 190.

Sieg der Demokratie auf der ganzen Linie[1])." Sehr wahrscheinlich wollte der Reichskanzler mit dieser Erklärung die erregten Widerstandskräfte, die der Putsch mobilisiert hatte, beruhigen und an die nun wieder herrschende parlamentarische Demokratie erinnern. In jedem Fall aber war dieses Urteil, wie Stampfer richtig bemerkt, „etwas übereilt"[2]).

Wohl gab es nur eine verschwindende Minderheit im deutschen Volke, die das Ende des Putsches bedauerte. Nachdem in den letzten Tagen die innenpolitische Lage sich stetig dem Chaos genähert hatte, herrschte von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen das Gefühl vor, einer großen Gefahr für Volk und Reich entronnen zu sein. Aber die auf den Putsch folgenden politischen Strömungen und Ereignisse machten nun deutlich, was in der Aufregung der Kapp-Tage vielfach übersehen worden war, daß die Widerstandskräfte keineswegs in einer geschlossenen Front die demokratische Verfassung verteidigt hatten. Vielmehr waren von den beteiligten Parteien und den sonstigen Organisationen, einschließlich der Beamten und der loyalen Teile der Reichswehr, primär eigene Interessen verfolgt worden. In dem nun folgenden politischen Kräftespiel suchte jede Gruppe für die Durchsetzung ihrer politischen, sozialen und wirtschaftlichen Auffassungen eine günstigere Ausgangsbasis zu schaffen.

Die Rechtsparteien hatten Kapp am ersten Tage zugestimmt oder wohlwollend abgewartet, vom zweiten Tage an aber ihre Gefolgschaft versagt, nicht, weil sie seine Ziele ablehnten oder die Verfassung schützen wollten, sondern weil sie den Putsch für aussichtslos gehalten und in dieser Anwendung von Gewalt eine Beeinträchtigung ihrer Wahlaussichten sowie Förderung des Linksradikalismus gesehen hatten. Ihr Ziel war weiterhin die Schwächung der bestehenden Koalition und die Bildung einer neuen Regierung, in der sie über entscheidenden Einfluß verfügten. Zwar distanzierten sie sich von Kapp und Lüttwitz, doch machten sie für den Ausbruch des Putsches die regierenden Parteien verantwortlich, die sich als unfähig erwiesen und den Willen der Volksmehrheit mißachtet hätten. Außerdem wurden sie nicht müde, die Linkssozialisten und Kommunisten als die eigentlichen Gegner einer friedlichen und gesicherten Zukunft zu bezeichnen, denen die Regierung nicht entschieden entgegentrete, sondern in Verhandlungen, wie im Ruhrgebiet, Zugeständnisse mache. Dadurch konnten die Rechtsparteien das durch die linksgerichteten Aufstände verängstigte „Bürgertum" trotz der allgemeinen Unzufriedenheit über den Rechtsputsch den Mehrheitsparteien erneut entziehen und zugleich die Regierungskoalition schwächen.

Bei den Unabhängigen, die den entschiedensten Widerstand gegen Kapp leisteten, dachte wohl kaum jemand an die Verteidigung der bestehenden Regierung und Verfassung. Das Ziel dieser Partei war die Fortsetzung der

[1]) Stenographische Berichte der Nationalversammlung, Bd. 332, S. 4902.

[2]) Stampfer, Die ersten 14 Jahre der Deutschen Republik, S. 174.

„Revolution" von 1918 bis zur Herrschaft des Sozialismus und des Rätesystems. Die Parteizentrale der KPD war nicht einmal bereit gewesen, die Arbeiter zum Kampf gegen Kapp aufzufordern. Erst als sie die Empörung in der Arbeiterschaft erkannte, schloß sie sich dem Kampf gegen die „Reaktion" an, versuchte dabei jedoch zugleich die verfassungsmäßigen Gewalten zu beseitigen.

Zweifellos hatten das Zentrum, die Demokraten und die große Mehrheit der SPD im Kampf gegen den Putsch die demokratische Verfassung verteidigt. Aber die Festigkeit der Koalition hatte in diesen Tagen doch erheblich gelitten. Mit dem Abgleiten des Generalstreiks in eine radikalsozialistische Bewegung mehrten sich im Zentrum und bei den Demokraten die Stimmen, die eine schärfere Distanzierung von der SPD wünschten. Sie wollten damit die ständigen Vorwürfe der Rechtsopposition, „im Anhängerwagen der Sozialdemokratie" zu sitzen, entkräften[1]). Die gemeinsamen Verhandlungen des Zentrums und der DDP mit den Rechtsparteien zur friedlichen Beilegung des Putsches waren ein äußeres Zeichen dieser Annäherung.

Auch die Behauptung von Albert Schwarz: „Vor allem die Linke mit der Masse des deutschen Arbeiterstandes hatte sich als zuverlässig und republiktreu erwiesen", ist nicht haltbar[2]). Darauf weist schon Rosenberg hin, der freilich nach der entgegengesetzten Seite hin unzutreffend verallgemeinert hat: „Die Kräfte, die sich dem Kapp-Putsch entgegenstellten, waren also zum größten Teil gar nicht die Anhänger der Weimarer Republik und der Politik Ebert–Noske, sondern es waren die Vertreter einer proletarischen Aktion, die das Ziel hatte, aus der Ebbe der Revolution wieder herauszukommen[3])." Diese Urteile treffen nicht die Vielschichtigkeit der während des Putsches politisch wirksamen Interessen. Die entscheidende Tatsache ist vielmehr, daß nicht die Inhalte der demokratischen Verfassung, sondern sehr unterschiedliche Interessen die Gegner Kapps geleitet haben.

Rosenberg trifft mit seinem Urteil allerdings die Verhältnisse in der sozialistischen Arbeiterschaft und zeigt damit, in welches Dilemma die SPD geraten war. Der Parteivorsitzende Wels fragte am 30. März den Parteivorstand: „Was ist zu tun, um die Partei aus dem Chaos herauszuführen, in das sie durch den gemeinsamen Kampf gegen die Reaktion gekommen ist[4]) ?" Er meinte damit in erster Linie die starke Neigung zur USPD unter den Parteigenossen. In Elberfeld hatte zum Beispiel ein führendes Mitglied der SPD mit der USPD und KPD einen gemeinsamen Aufruf für die „Diktatur des Proletariats" unterzeichnet. Da die SPD sich dem Willen zur Einigung in der sozialistischen Arbeiterschaft nicht entgegenstellen wollte, mußte sie versuchen, mit der USPD zu einem

[1]) Troeltsch, Spektator-Briefe, S. 143.

[2]) Schwarz, Die Weimarer Republik, S. 62.

[3]) Rosenberg, Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik, S. 367.

[4]) Protokoll der Sitzung des SPD-Parteiausschusses vom 30. und 31. 3. 1920, S. 4.

Burgfrieden zu kommen. Das bedeutete für den bevorstehenden Wahlkampf die Konzentration der Angriffe gegen die bürgerlichen Parteien und erschwerte damit eine neue „Weimarer Koalition". Dieser Öffnung nach links fiel auch Noske zum Opfer. Selbst die Rücktrittsdrohung des Reichspräsidenten konnte ihn nicht halten. Es war weniger das Versagen der Reichswehr am 13. März, das die Partei den Rücktritt Noskes fordern ließ, sondern mehr ihr brennendes Interesse, „endlich die Verantwortung loszuwerden für jeden militärischen Übergriff, der immer gegen Noske ausgemünzt und immer der Partei zur Last gelegt wurde." Die Partei wollte „befreit werden von dieser Last[1])." Folgerichtig verzichtete die SPD auf die Besetzung dieses wichtigen Ministeriums und gab damit alle Hoffnungen auf durchgreifende Reformen in der Reichswehr auf.

Eine weitere Schwächung der Regierungsautorität erfolgte durch die Fortsetzung des Generalstreiks nach dem Rücktritt von Kapp und Lüttwitz. Zum Verständnis dieser Kampfmaßnahmen, die die legale Regierung unter Druck setzten, muß folgendes berücksichtigt werden. Besonders an den ersten beiden Tagen des Putsches hatte sich in der Bevölkerung der Ostprovinzen des Reiches, in Bayern, in der Reichswehr, in den Rechtsparteien und auch in der hohen Beamtenschaft doch ein bedenkliches Ausmaß an offener Zustimmung, wohlwollender Neutralität oder geheimer Unterstützung gezeigt. Selbst unter Berücksichtigung der bedrohten Grenzen sowie der mangelhaften Unterrichtung und der geographischen Isolierung blieb die Tatsache für alle entschiedenen Gegner des Putsches erschreckend genug, daß sich in Ostpreußen die Verwaltung unter einem sozialdemokratischen Oberpräsidenten mit dem Reichswehrbefehlshaber der Regierung Kapp–Lüttwitz am ersten Tage unterstellte und bis zum Schluß des Putsches trotzdem in dieser Provinz weder eine Stunde gestreikt wurde noch ein Schuß fiel[2]).

Durch die kampflose Besetzung der Reichshauptstadt herausgefordert und durch das Ausmaß der am ersten Tage sichtbar gewordenen offenen oder geheimen Unterstützung des Putsches erheblich beunruhigt, erhob sich nun in den Mehrheits- und Linksparteien die Forderung nach Entfernung aller republikfeindlichen Personen aus der Reichswehr, der Verwaltung und der Sicherheitspolizei. Das Ausmaß der geforderten Entlassungen nahm dabei vom Zentrum bis zur USPD stark zu. Selbst Mitglieder der Regierung mußten den Vorwurf hinnehmen, sie hätten durch Achtlosigkeit gegenüber der Gefahr von rechts die Krise verschuldet. Die Angriffe des linken Flügels der SPD, der sozialistischen Gewerkschaften und der USPD konzentrierten sich dabei auf den Reichswehrminister Noske, der angeklagt wurde, seine bisher nur gegen links eingesetzte Truppe habe den Beweis ihrer Unzuverlässigkeit endgültig erbracht. Aber auch die Fortsetzung des Dienstes der höheren Beamten während des Generalstreiks

[1]) Ebenda, S. 6 f.

[2]) Winnig, Heimkehr, S. 307.

ließ die nie ganz verstummenden Zweifel an ihrer Republiktreue wiederaufleben. Die Sicherheitspolizei, die in Berlin und vielen anderen Orten nicht in der Lage war, sich den zu Kapp übergetretenen Reichswehreinheiten entgegenzustellen, geriet schon in ihrem Bestreben nach Aufrechterhaltung der Ordnung vielfach in den Gegensatz zu den erregten und streikenden Arbeitern. Die Einwohnerwehren hatten nur in Ausnahmefällen offen gegen den Putsch Stellung bezogen, dafür aber um so mehr ihre Hauptaufgabe in der Bekämpfung linksgerichteter Bestrebungen gesehen.

Die Reichsregierung bemühte sich nach dem 17. März, durch Aufrufe die Erregung im Volke zu dämpfen. In den herausgegebenen Erklärungen wurde zunächst betont, daß der verfassungsmäßige Zustand wiederhergestellt sei und eine legale Regierungsgewalt wieder an der Spitze des Reiches stehe. Mit dieser Hervorhebung wandte man sich besonders an die streikenden Arbeiter, um sie zur Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit zu bewegen. Hinweise auf drohende wirtschaftliche Folgen sollten diese Appelle verstärken. Als weiteres Moment zur Beruhigung diente die Ankündigung strengster Bestrafung aller Putschisten und vor allem das Versprechen, die wirtschaftlichen und politischen Rechte der Arbeiterschaft zu erweitern. Andererseits suchten die Aufrufe den allgemeinen Vorwürfen gegen Reichswehr, Beamtenschaft und Sicherheitspolizei dadurch zu begegnen, daß sie diesen Gruppen in ihrer Gesamtheit eine loyale Haltung während des Putsches zuerkannten. Mit dieser Anerkennung versuchte die Regierung zugleich, diese notwendigen Ordnungsfaktoren fester an sich zu binden, wobei es an wirtschaftlichen Versprechungen nicht fehlte[1]).

Doch so leicht war das ausgebrochene Mißtrauen, vor allem der sozialistischen Kräfte, nicht zu beseitigen. Es war wohl selbstverständlich, daß gerade die Sozialisten als beste Sicherung vor einem erneuten Angriff von rechts auf die bestehende Ordnung die Entmachtung aller konservativen Kräfte ansahen. Aus dem durchaus zutreffenden Gefühl heraus, daß mit dem Ende des Putsches die „Welle von rechts" keine entscheidende Niederlage erlitten hatte, wollten sie nun mit Hilfe des Generalstreiks einen solchen Einfluß in der Innen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik erzwingen, daß jede gegenrevolutionäre Politik in Zukunft unmöglich war. Sie verlangten daher von den Regierungsparteien Zugeständnisse, die auf den ersten Blick mit dem Kapp–Lüttwitz-Putsch in keinem direkten Zusammenhang standen, wie Einfluß auf die Regierungsbildung, Demokratisierung der Beamtenschaft und sofortige Sozialisierung bestimmter Industriezweige. Außerdem forderten sie die Entlassung derjenigen Minister im Reich und in Preußen, die den Putschisten nicht entschieden genug entgegengetreten waren oder vorherige Warnungen nach ihrer Ansicht nicht genügend beachtet hatten.

[1]) Siehe die Aufrufe der Regierungen des Reiches und Preußens bei Brammer, Fünf Tage Militärdiktatur, S. 63 f. und 69 ff., im Nachlaß Schiffer 16, S.100 und Anlage 38, sowie im Deutschen Geschichtskalender, Jg. 36, Teil I, S. 140 ff.

So verständlich diese Forderungen waren, so bedeuteten sie gleichwohl einen Angriff auf die Verfassung. Die am Generalstreik beteiligten Organisationen maßten sich Rechte an, die ihnen nicht zustanden, und setzten die legale Regierung ebenso unter Druck, wie es Lüttwitz getan hatte. Allerdings mußten die Führer der Gewerkschaften bald erkennen, daß sie weder für ihre politischen Ziele die Zustimmung einer parlamentarischen Mehrheit finden würden noch die vorhandenen Gegensätze im Lager des Sozialismus überbrückt werden konnten. Diesen Forderungen, die der USPD nicht revolutionär genug waren, versagten die Zentrumspartei und die DDP ihre Unterstützung. Da die Mehrheit der sozialistischen Gewerkschaften sich weiterhin zur parlamentarischen Demokratie bekannte, blieb nur der Rückzug. Nachdem Vertreter der Mehrheitsparteien zugesagt hatten, sich für die Forderungen der Gewerkschaften einzusetzen, womit die Parteien keineswegs gebunden waren, und dann nochmals der Reichskanzler Bauer weitere Zusagen machte, erfolgte am 24. März die Beendigung des Generalstreiks[1]). Im Endergebnis erreichten die am Generalstreik beteiligten Gewerkschaften durch ihren Druck auf die SPD kaum mehr als den Rücktritt von Noske und Schiffer. Mit der Regierungsumbildung am 27. März war kein neuer Regierungskurs verbunden. Schon nach wenigen Wochen mußte die sozialistische Arbeiterschaft sich mit der Tatsache abfinden, daß sie weder einen erhöhten Einfluß auf die Innenpolitik bekommen noch die Demokratisierung der Beamtenschaft und der Reichswehr durchgesetzt hatte.

Wie gering die Bewegungsfreiheit nach dem von Regierungsseite verkündeten Sieg der Demokratie wirklich war, zeigte sich nochmals deutlich in den folgenden Monaten und Jahren an der ausgebliebenen Bestrafung der Putschisten für den begangenen Hochverrat. Schon die Tatsache, daß Ehrhardt von Seeckt den Schutz vor Verhaftung zugesichert bekam und den Befehl über die Brigade bis zu ihrer Auflösung behielt, ließ auf keine großen Machtmittel der Regierung schließen. Als Lüttwitz etwa 8 Tage nach dem Putschende mit der Eisenbahn

[1]) Dieses innenpolitisch so bedeutsame Nachspiel des Kapp-Lüttwitz-Putsches kann hier leider nicht mehr behandelt werden. Es sei auf die entsprechenden Abschnitte bei Varain, Freie Gewerkschaften, S. 174 ff., und Kaiser, Der politische Streik, S. 50 ff., hingewiesen. Hirsch-Weber, Gewerkschaften in der Politik, geht auf diese politischen Forderungen der Gewerkschaften nicht ein. Noch unverwertetes Material u. a. im Nachlaß Südekum 21. Nachlaß Schiffer 16 und 18 sowie in Documents on British Foreign Policy, Vol. IX, S. 184 ff. Nur eine Äußerung soll an dieser Stelle wiedergegeben werden, weil sie einen entscheidenden Gesichtspunkt in den Vordergrund rückt, den auch schon Varain (S. 181) in seiner Schlußbemerkung anklingen läßt. Der Oberbürgermeister von Berlin-Schöneberg, Dominicus, notierte zu den gewerkschaftlichen Forderungen an die Reichsregierung: „Das Kläglichste ist, daß diese Forderungen nur einen Volksbetrug darstellen, denn die Fordernden sind sich wohl mit ganz wenigen bornierten Ausnahmen selbst völlig darüber klar, daß der größte Teil undurchführbar ist. Es handelt sich eben nur darum, daß die Führer gewisse Schlagworte geprägt haben und es nun für notwendig halten, diese Schlagworte bei ihren Organisationen als Errungenschaften hinzustellen." Nach Müller, Dominicus, S. 87.

Zum Schluß sei noch auf die Kundgebung des ADGB, der Afa und des DBB zur Fortsetzung des Generalstreiks und auf den Aufruf der Organisationen aus Technik, Handwerk und Industrie gegen den Streik hingewiesen; siehe die Dokumente 55 und 57, Anhang, S. 348 ff.

nach Berlin zurückkehrte, konnte er ungefährdet in seiner bisherigen Dienstwohnung übernachten, obgleich inzwischen ein Haftbefehl gegen ihn erlassen war. Von Berlin begab sich der General nach Breslau, wo ihm die dortigen Freikorpsführer versicherten, daß sie seine Verhaftung „unter keinen Umständen zulassen würden“[1]). Die folgenden Jahre bis zu seiner Amnestierung verbrachte Lüttwitz teils im Ausland, teils bei Freunden auf schlesischen Gütern. Kapp hielt sich zunächst noch mehrere Wochen auf Gütern im Raum Berlin und Magdeburg verborgen. Offiziere der Sipo suchten ihn schließlich auf, da sein Versteck bekanntgeworden war, und mußten ihn fast gegen seinen Willen in eine Berliner Kaserne in vorläufige Sicherheit bringen. Sie organisierten auch seine Flucht nach Schweden. In offener Droschke fuhr Kapp dann durch Berlin zum Flughafen Tempelhof, von wo ihn ein Flugzeug nach Schweden brachte. Eine Aufnahme von dem Abflug wurde nach der geglückten Flucht einer großen Illustrierten zur Verfügung gestellt[2]). Während Oberst Bauer und nach der Auflösung der Brigade auch Ehrhardt die nächsten Jahre in Bayern verbrachten, ging Pabst nach Österreich und erlangte schnell eine führende Stellung in der halbmilitärischen, rechtsgerichteten Heimwehr[3]).

Von den Hauptbeteiligten konnten nur v. Jagow, v. Wangenheim und Schiele verhaftet werden. Der Prozeß vor dem Reichsgericht endete mit 5 Jahren Festung für v. Jagow und dem Freispruch für die übrigen Mitangeklagten. Die Festungsstrafe für den preußischen Innenminister Kapps blieb die einzige gerichtliche Verurteilung eines Hauptbeteiligten. Jagow hat selbst diese ohnehin milde Strafe nicht voll abgebüßt. Nachdem er schon während der Festungszeit reichlich Gelegenheit bekam, seine pommerschen Freunde in der näheren Umgebung zu besuchen, wurde ihm nach drei Jahren der Rest der Strafe erlassen. Außerdem konnte er nach der Freilassung in einem Prozeß beim Reichsversorgungsgericht die Nachzahlung seiner Pension erreichen[4]).

Hatte die Fraktion der Sozialdemokraten in der Nationalversammlung unmittelbar nach dem Putsch schon die Einsetzung von Volksgerichten mit Abgeordneten als Richtern nicht durchsetzen können, so wurde bereits Anfang August eine Generalamnestie erlassen, die alle in das Märzunternehmen verwickelten Personen bis auf die Hauptbeteiligten von jeder gerichtlichen Verfolgung befreite. Eigentlich war in den Schlußverhandlungen zwischen Lüttwitz und den Parteiführern auch den Hauptverantwortlichen für das Unternehmen die Straffreiheit zugesichert worden. Wenn die Amnestie für Kapp und Lüttwitz im Reichstag keine Mehrheit fand, so lag das nicht an einer Rücksichtnahme auf die USPD, denn die Linkssozialisten waren bereit, mit den Deutschnationalen

[1]) Lüttwitz, Im Kampf, S. 133 f.

[2]) Mitteilung von Anneliese Kapp. Kessel, a.a.O., S. 309.

[3]) Mitteilungen von Herrn Pabst. Siehe auch Schemann, a.a.O., S. 166 f.

[4]) Nachlaß Schiffer 16, Manuskript, S. 126 f.

einer Generalamnestie für alle politischen Vergehen seit 1918 zuzustimmen, da sie auch ihren in den Linksaufständen straffällig gewordenen Anhängern in der Mehrzahl die Freiheit gebracht hätte. Gerade aus diesem Grunde widersetzten sich aber die übrigen bürgerlichen Parteien einer unbeschränkten Amnestie. Selbst die jetzt an der Regierung beteiligte Deutsche Volkspartei war nicht gewillt, um einen solchen Preis die Begnadigung der Führer des Putsches zu erkaufen. Ihr Vorsitzender Stresemann hoffte vielmehr, „die jetzt parlamentarisch nicht durchführbare einseitige Begnadigung der Führer des Kapp-Unternehmens bei nächster Gelegenheit" zu erreichen[1]). Die Hauptbeteiligten mußten auf diese Gelegenheit zwar noch einige Jahre warten, konnten dann aber auch alle, soweit sie im Staatsdienst gewesen waren, die Nachzahlung ihrer Pensionen durchsetzen[2]). Kapp, der für seine Person zu keinem Zeitpunkt eine Amnestie erstrebt hatte, kehrte 1922 freiwillig nach Deutschland zurück und stellte sich dem Reichsgericht, um durch einen Prozeß sein politisches Vorhaben vom 13. März vor der Öffentlichkeit zu rechtfertigen; er starb jedoch kurz nach seiner Rückkehr[3]).

4. *Zusammenfassung*

Der Putsch vom 13. März 1920 hatte zwei Hauptursachen. Erstens führten die Bedingungen des Friedensvertrages, die innenpolitischen Unruhen, die trostlose wirtschaftliche und besonders finanzielle Lage des Reiches sowie das sich ständig verschlechternde Verhältnis zwischen Reichswehr und Republik in politisierten Teilen der Truppe vom Sommer 1919 ab zu Überlegungen, den Wiederaufstieg Deutschlands durch eine gewaltsame Umbildung der Regierung in Richtung auf eine Diktatur hin herbeizuführen. Diese Kräfte gruppierten sich um den General v. Lüttwitz. Zweitens begann im gleichen Zeitraum eine sich ständig verschärfende Propagandawelle der Rechtsopposition gegen das regierende „System". Indem diese Propaganda die Erbitterung des Volkes über den Diktatfrieden und die drückenden Folgen der Niederlage gegen die Regierung richtete sowie die bestehenden Engpässe wirtschaftlicher und finanzieller Art benutzte, um der Regierung und besonders den entsprechenden Ministern Unfähigkeit vorzuwerfen, radikalisierte sich die öffentliche Meinung in bürgerlichen Schichten und unterhöhlte damit die Regierungsautorität. Vor allem aber verstärkte diese Propaganda das Mißtrauen in der Reichswehr gegenüber den legalen Gewalten, bis schließlich einzelne Truppenkommandeure zu der Überzeugung gelangten, daß nur noch ein erzwungener Regierungswechsel das

[1]) So in einem Brief an Vizekanzler Heinze vom 2. 8. 1920, Nachlaß Stresemann, Mikrofilm, Nr. 139083; siehe Dokument 48, Anhang, S. 343 f.

[2]) Mitteilungen von Herrn Major Pabst. Siehe auch die Debatte im Reichstag über die Zahlung der Pension an General v. Lüttwitz am 21. 2. 1927, Stenographische Berichte, Bd. 392, S. 9122, 9135, 9138, 9140, 9145 und 9153.

[3]) Siehe Schemann, a.a.O., S. 172 ff.

Vaterland vor dem Untergang retten könne. Bei näherer Betrachtung läßt sich jedoch innerhalb der politischen „Welle von rechts" nur bei einer kleinen Minderheit der Wille zum gewaltsamen Umsturz feststellen. Die Zusammenfassung und Verstärkung dieser rechtsradikalen Kräfte versuchten Ludendorff und Kapp mit Hilfe der von ihnen gegründeten „Nationalen Vereinigung". Sie unternahmen massive Anstrengungen, um einflußreiche Truppenbefehlshaber für einen Sturz der Regierung zu gewinnen und gaben der Vereinigung die Aufgabe, einen Staatsstreich propagandistisch und organisatorisch vorzubereiten.

Trotz dieses Vorbereitungsstabes erfolgte der Putsch vom 13. März unabhängig von den Planungen der Nationalen Vereinigung. Nicht Kapp, sondern General v. Lüttwitz begann das Unternehmen und gab ihm auch bis zur Beendigung das entscheidende Gepräge. Die Rechtsparteien aber waren in ihrer Mehrheit und in ihrer Führung Gegner dieses Umsturzversuches, weil ihre Propaganda auf die bevorstehenden Reichstagswahlen ausgerichtet war, bei denen sie mit einem glänzenden Ergebnis rechnen konnten, das durch gewaltsame Eingriffe in die Innenpolitik nur beeinträchtigt werden würde. Als der Reichswehrminister die Auflösung der Marinebrigaden anordnete, verlangte General v. Lüttwitz in ultimativer Form beim Reichspräsidenten die Zurücknahme dieses Befehls und stellte zugleich politische Forderungen, die er dem Programm der Rechtsparteien entnommen hatte. Nach der Abweisung des Ultimatums und der ihm aufgenötigten Beurlaubung gab Lüttwitz der Marinebrigade Ehrhardt den Befehl, nach Berlin zu marschieren, in dem Glauben, dadurch der Regierung seinen Willen aufzwingen zu können. Da sich die Reichsregierung dem militärischen Druck durch die Flucht nach Dresden entzog, womit Lüttwitz nicht gerechnet hatte, beauftragte er den Generallandschaftsdirektor Dr. Kapp mit der Bildung einer provisorischen Regierung und veranlaßte ihn mit seinen Mitarbeitern, ihm überstürzt und ohne genügenden Abschluß der Vorbereitungen zu folgen.

Während des Putsches zeigte sich dann die fehlende politische Übereinstimmung zwischen Kapp und Lüttwitz. Wollte der General unter Beibehaltung des Reichspräsidenten sowie einiger Reichsminister „nur" die Umbildung der Regierung in ein „Fachminister-Kabinett", baldige Neuwahlen und ein größeres Heer durchsetzen, so erstrebte Kapp die vorübergehende Diktatur, um die bestehende parlamentarisch-demokratische Verfassung in Richtung auf eine „starke Staatsgewalt" zu reformieren. Hielt auch Kapp gleich Lüttwitz die kommunistische und bolschewistische Gefahr für sehr groß, so war das entscheidende Motiv seines geplanten Staatsstreichs die Überzeugung, daß ohne Beseitigung der Parteiendemokratie und besonders ohne Ausschaltung der SPD aus der Regierungstätigkeit kein Aufstieg Deutschlands möglich sei. Seine Abneigung gegen die Parteien einschließlich der DNVP verführte ihn dazu, die Durchführung seiner gegenrevolutionären Absichten allein auf die erwartete Zustimmung des Offizierkorps, der leitenden Beamten und des rechtsstehenden

Bürgertums zu stützen, die hinter den Parteien stehenden politischen Kräfte und deren Einfluß auf die politische Willensbildung der Bevölkerung jedoch zu mißachten. Er verkannte außerdem das Ausmaß der Ablehnung von Gewaltmaßnahmen innerhalb der Reichswehr, der Ministerialbürokratie und der Rechtsparteien[1]). Durch die Verhaftung der legalen Regierung glaubte Kapp die Bindung der Offiziere und Beamten an den Eid zu lösen und dann mit ihrer Hilfe auf dem Verordnungswege die politische Reform des Reiches in seinem Sinne durchführen zu können. Im Gegensatz zu den Führern der Rechtsparteien wollte er nicht anerkennen, daß trotz aller Enttäuschung im Volke über die politische Entwicklung die bestehende parlamentarische Demokratie als Fortschritt angesehen wurde und Gewaltpolitik den seit vielen Monaten anhaltenden Zustrom zu den Rechtsparteien leicht in die entgegengesetzte Entwicklung verwandeln konnte. Sein Plan, durch die Tat und einen großen Appell die Mehrheit des Volkes für seine innenpolitischen Reformen zu gewinnen, war bei der Zerrissenheit des deutschen Volkes und vor allem der „reaktionären" Wirkung eines Staatsstreiches unter seiner Führung in den Nachkriegsjahren völlig aussichtslos.

Wohl trafen Kapp und Lüttwitz auf eine militärisch ohnmächtige Reichsregierung, doch die aktive Unterstützung nennenswerter politischer Gruppen erreichten sie so wenig wie die Koordinierung ihrer unterschiedlichen Ziele. Da außerdem die legale Regierung nicht ausgeschaltet werden konnte, herrschte im Lager der „neuen Regierung" vom ersten Tag an Unentschlossenheit über die zu treffenden Maßnahmen. Mit den verschiedensten politischen Gruppen und Persönlichkeiten wurden Beziehungen angeknüpft, bis schließlich Deutschnationale und Kommunisten sich in der Reichskanzlei begegneten.

Die höheren Beamten, die Mehrheit der Reichswehr, die führenden Politiker der Rechts- und der bürgerlichen Mehrheitsparteien, Industrielle und selbst SPD-Politiker sahen bald, daß der Putsch durch die Radikalisierung des Generalstreiks die Revolution von links heraufbeschwören würde und suchten daher nach Möglichkeiten für eine schnelle, friedliche Beilegung des Putsches. Da Kapp sich gegenüber Lüttwitz nicht durchsetzen konnte, mußte er widerstrebend seine weitgehenden Ziele aufgeben, während Lüttwitz mit Hilfe General Maerckers eine Verständigung auf der Basis seiner Forderungen mit der Reichsregierung in Stuttgart versuchte. Nachdem die Reichsregierung jedes Entgegenkommen verweigert hatte, kam es in Berlin unter dem Druck der „Welle von links" zu direkten Verhandlungen des Reichsrats, der Rechts- und Mehrheitsparteien mit Lüttwitz, Pabst und Bauer. Der zunehmende Einfluß der USPD und KPD auf den Abwehrkampf gegen den Putsch führte zu bemerkenswerten Ansätzen, alle politischen Kräfte von den gemäßigten Sozialdemokraten bis zu den Deutsch-

[1]) Siehe die anklagenden Worte aus einem Brief Kapps an seinen Freund Elard v. Oldenburg-Januschau, mit denen er diese Erfahrung zum Ausdruck bringt; Dokument 53, Anhang, S. 347. Vgl. auch Dokument 56, S. 349.

nationalen in einer neuen Regierung zu vereinigen. Die Reichswehrführung fürchtete um die Einheit sowie um den Bestand der Truppe und des Reiches. Die Mehrheitsparteien sahen hingegen die Gefahr heraufkommen, zwischen den Extremen von rechts und links zerrieben zu werden und bemühten sich daher um die Gewinnung der Truppe. Nachdem die Parteiführer mit dem Vizekanzler Schiffer die Grundforderungen von Lüttwitz übernommen und die Amnestie zugesagt hatten, wurde der Putsch durch militärischen Druck auf den General beendet. Wenige Stunden vorher war schon Kapp auch aus eigenem Wollen der Rücktrittsaufforderung der Sicherheitspolizei und einiger Truppenkommandeure gefolgt.

Sicher ist der Generalstreik das sichtbarste Zeichen des Widerstandes gewesen. Er entwickelte sich zur gewaltigsten Demonstration der gewerkschaftlichen Macht in ihrer bisherigen Geschichte und wurde das hervorragendste Beispiel eines politischen Streiks. Als Parlament und Regierung der bewaffneten Gewalt hilflos gegenüberstanden, weil die Reichswehr den Schutz versagte, wurden die Arbeiter, Angestellten und Beamten aufgerufen, durch das Verlassen der Arbeitsplätze den Widerstand des Volkes gegen politische Vergewaltigung zu dokumentieren. Aber der Generalstreik setzte durch die ihm eigene revolutionäre Tendenz zugleich auch die Parteiführer und Minister der Mehrheitsparteien in Berlin unter Druck, die darauf Lüttwitz entgegenkamen, um eine weitere Radikalisierung zu verhindern. Diese in der Untersuchung deutlich gewordene, verhängnisvolle Auswirkung des Generalstreiks, die der parlamentarischen Demokratie ebensosehr geschadet wie der Streik allgemein genutzt hat, wird bei der Hervorhebung der Rolle der Gewerkschaften als Verteidiger der Demokratie fast immer übergangen. Im Streik die hervorragende Ursache für das Scheitern des Putsches zu sehen, wird durch die Tatsachen nicht bestätigt[1]). Darüber hinaus wurde der Streik nach dem Putsch zum Mittel, einen außerparlamentarischen Anspruch der Volkssouveränität geltend zu machen. Der Erfolg ihrer Streikaufrufe verleitete die Freien Gewerkschaften und einige weitere Organisationen dazu, bei dieser Gelegenheit ihre ständige Beteiligung an der Gestaltung des staatlichen Lebens zu fordern. Erst nach ausgedehnten Verhandlungen mit den weiterhin streikenden Gewerkschaften und dem Einsatz von Truppen gegen die Revolution von links waren diese Folgen des Putsches überwunden[2]).

Nach den Ergebnissen dieser Untersuchung kann die Frage, wer dieses

[1]) Siehe in diesem Zusammenhang als Beispiel: Otto Brenner, a.a.O., S. 54 f.

[2]) Siehe den Auszug aus dem Verhandlungs-Stenogramm des preußischen Finanzministers Südekum über die Sitzung am 18. 3. 1920 im Staatsministerium zwischen Mitgliedern der preußischen Regierung, der Reichsregierung, der Mehrheitsparteien und Vertretern der Freien Gewerkschaften, der Freien Angestelltenverbände sowie des Deutschen Beamtenbundes; Dokument 58, Anhang, S. 350 ff.

Unternehmen denn eigentlich „niedergeschlagen" habe, nicht mehr gestellt werden. Es ist seit 1920 in vielen Beiträgen über den Anteil der Reichswehr, der Beamten, der einzelnen Parteien und besonders des Generalstreiks gestritten worden. Gegenüber solchen Bemühungen muß am Schluß dieser Darstellung betont werden, daß der Putsch von keiner Seite „niedergeschlagen" worden ist. Das Unternehmen war vielmehr durch das Fehlen innenpolitischer Voraussetzungen sowie durch den Dualismus zwischen Kapp und Lüttwitz von vornherein zum Scheitern verurteilt und brach daher nach wenigen Tagen wegen fast vollständiger und militärischer Isolierung kampflos zusammen[1]). Die Verhandlungen der Mehrheitsparteien in Berlin haben die Schwäche der Regierung Kapp nur verdeckt, denn sie waren in Wirklichkeit kein Entgegenkommen gegenüber Kapp und Lüttwitz, sondern der Versuch, die am Putsch beteiligte Reichswehr wieder in die Hand zu bekommen, auf die man bei der zunehmenden Bedrohung von links angewiesen zu sein glaubte.

Diese erneut zum Ausdruck gekommene Abhängigkeit der hinter der Verfassung stehenden politischen Kräfte während des Putsches ist das wesentlichste Ergebnis dieses Unternehmens. Das zeigt, welch überragende Bedeutung das Verhältnis von Reichswehr und Republik für die Erforschung der Anfangsjahre des Weimarer Staates besitzt. Die SPD war kein Machtfaktor, der von der Parteiführung innenpolitisch wirksam eingesetzt werden konnte, und die bürgerlichen Koalitionspartner rückten angesichts der linksradikalen, weniger der außenpolitischen Bedrohung, in Krisensituationen immer wieder in die Nähe der Reichswehr und festigten damit deren Position. Bei solchem Verhalten kamen wie beim Kapp-Putsch die Rechtsparteien leicht ins politische Spiel, um so mehr, als die Opposition gegenüber der Republik um jeden Preis keineswegs die vorherrschende Meinung war. Als die Reichswehr der legalen Reichsregierung den Schutz versagte und die offene Gegenrevolution drohte, griffen die sozialdemokratischen Minister zur revolutionären Waffe des Generalstreiks und riefen das „Proletariat" zum Kampf gegen die „Reaktion" auf. Da jedoch die linksradikalen Kräfte mit schnell zunehmendem Erfolg den Generalstreik benutzten, um die „Revolution" vom November 1918 fortzusetzen, sahen sich die Mehrheitsparteien bald einer zweiten und noch größeren Gefahr gegenüber. Diese Notlage der Reichsregierung benutzten die an dem Unternehmen beteiligten Truppenkommandeure als Rückzugsbrücke. Sie beendeten das ohnehin undurchführbare und bereits gescheiterte Unternehmen und kehrten mit Hilfe der bürgerlichen Regierungsparteien und vor allem der Rechtsparteien zur legalen Regierung zurück, um das Vaterland vor der „Revolution von links" zu schützen. Daher kam es zu einem so schnellen Ende und zu einer so weitgehenden Schonung der am Putsch

[1]) Vgl. Westarps gründliche und abgewogene Analyse über die Ursachen des Scheiterns mit der einseitig militärischen Betrachtung des Generals v. Hülsen und vor allem des Korvettenkapitäns Ehrhardt, die beide die Passivität der Führung mit Recht hervorheben, doch die politische und militärische Isolierung nicht erwähnen; Dokumente 50—52, Anhang, S. 343 f.

Beteiligten. Hier zeigt sich die Schwäche der auf dem Boden der Verfassung stehenden Regierungsparteien, denn sie waren nun sowohl den am Generalstreik Beteiligten als auch der Reichswehr gegenüber zu Dank verpflichtet, obwohl beide die Reichsregierung zugleich in Frage gestellt hatten. Sie konnten die Forderungen der Gewerkschaften nicht grundsätzlich ablehnen und in der Reichswehr keine republikanische Gesinnung durchsetzen. Die Folge solcher Rücksichten war nicht nur ein unklarer Regierungskurs, sondern auch eine Erschwerung der Zusammenarbeit in der Koalition. Das war während der Verhandlungen mit Major Pabst und General v. Lüttwitz deutlich in Erscheinung getreten, als die bürgerlichen Regierungsparteien aus Furcht vor einer revolutionären Entwicklung mit den Rechtsparteien der in den Putsch verwickelten Reichswehr entgegenkamen und damit nach rechts rückten, während die SPD-Führung mit Rücksicht auf ihre Anhänger, die in den Sog der USPD geraten waren, mit den Linkssozialisten über eine rein sozialistische Regierung verhandelte. Beide zentrifugalen Strömungen hatten schon vor dem Putsch bestanden, doch diese innenpolitische Krise hatte sie erheblich verstärkt. Die Entwicklung in Bayern, wo unter Führung der Bayerischen Volkspartei, die sich erst vor wenigen Monaten von der Zentrumspartei nach rechts hin abgesetzt hatte, und mit Beteiligung der DDP eine rechtsgerichtete bürgerliche Regierung das sozialdemokratisch ausgerichtete Kabinett abgelöst hatte, zeigt den Abstand bürgerlicher Parteien von der SPD. Für die Neigung der SPD nach links sind ihre Verhandlungen mit der USPD und den Freien Gewerkschaften über eine gemeinsame Regierung das entsprechende Gegenbeispiel

Wohl waren während des Kapp–Lüttwitz-Putsches und in den Tagen danach die rechts- und linksradikalen Lösungen abgewehrt worden, doch die parteipolitischen Verschiebungen konnten nicht mehr rückgängig gemacht werden. Die Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920 brachten diese Entwicklung zum Ausdruck. Nach dem hoffnungsvollen Ergebnis der Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919 mußten nun die Parteien der bisherigen Regierungskoalition, die der Republik die Verfassung gegeben und seit 1918 die Verantwortung für den Aufbau der Weimarer Demokratie getragen hatten, mit Ausnahme des sich auf die katholischen Wähler stützenden Zentrums, eine entscheidende Niederlage hinnehmen. Der Stimmenanteil der Koalitionsparteien ging von 76,2% auf 43,6% zurück. Sieger dieser Wahl aber waren die Parteien der Rechts- und Linksopposition, die sich gegen die Verfassung der Republik ausgesprochen hatten. Damit war schon bei der ersten Reichstagswahl die demokratische Verfassung von Weimar von der Mehrheit des deutschen Volkes abgelehnt worden. Ebenso schwer aber wog, daß die Opposition in zwei unversöhnliche Gruppen gespalten war. Die Grundlage eines geordneten demokratischen Staatslebens, eine arbeitsfähige, verfassungstreue, parlamentarische Mehrheit, war bereits zehn Monate nach Inkrafttreten der Verfassung nicht mehr gegeben. Vorläufig war nicht abzusehen, wie bei fortgesetzten innen- wie außenpolitischen

Bedrängnissen eine tragfähige, zur Verantwortung bereite und wenigstens in den Grundlagen übereinstimmende Regierungskoalition sich entwickeln sollte. Das Schicksal der Weimarer Republik ist dadurch entscheidend bestimmt worden.

Dokumenten-Anhang

Bei den ausgewählten Dokumenten handelt es sich fast ausschließlich um bisher unveröffentlichte Texte. Eine Ausnahme bilden einige Quellen, die wegen ihres Umfanges weder in die Darstellung noch in die Anmerkungen aufgenommen werden konnten, aber doch so bedeutsam sind, daß auf ihre volle Wiedergabe nicht verzichtet werden kann; hierzu gehört beispielsweise die Proklamation der Regierung Kapp vom 13. März.

An dieser Stelle sei besonders auf die in folgenden Büchern bereits veröffentlichten Dokumente hingewiesen: Karl Brammer, Fünf Tage Militärdiktatur; Karl Brammer, Verfassungsgrundlagen und Hochverrat; Robert Jansen, Der Berliner Militärputsch und seine politischen Folgen; Emil Julius Gumbel, Verschwörer; Documents on British Foreign Policy, 1919—1939, Vol. X; Otto-Ernst Schüddekopf, Heer und Republik. Ursachen u. Folgen, Bd. 3 u. 4.

Dokument 1

General Groener auf der Besprechung mit den Verbindungsoffizieren der OHL am 12. Juli 1919 über die vorausgegangene Diskussion einer Noske-Diktatur und die Erhebung im Osten:

„Ich komme nun zu den Vorgängen in Weimar .... Noske ließ keinen Zweifel und wies überzeugend nach, daß unterschrieben werden müsse. Es ist eine Niederschrift hierüber vorhanden. Er eröffnete uns, daß seine Ministerpräsidentschaft mit diktatorischen Vollmachten in Betracht käme, und fragte, ob die Führer in diesem Falle hinter ihm ständen. Es folgte eine große Vertrauenskundgebung der anwesenden Offiziere für Noske trotz seiner Absicht zu unterschreiben. Seine Anschauungen hatte er mir vorher wiederholt ausgesprochen. Es wurde aber von allen Offizieren betont, daß die Schmachparagraphen abgelehnt werden müßten. Der R. W. M. sagte dies zu. Außer dem R. W. M. hielten auch die Vertreter von Bayern, Sachsen und Württemberg die Annahme des Friedensvertrages für das kleinere Übel. Die Vertreter der A. O. K. Nord und Süd und General v. Below glaubten, daß die Truppe bei Annahme des Friedens auch ohne die Schmachparagraphen nicht mehr gehorchen würde, sondern allein auch gegen den Willen der Regierung losschlüge. Der Kriegsminister schloß sich der letzten Auffassung an und äußerte sich dahin, daß man lieber Westdeutschland bis zur Oder oder Elbe verlorengeben sollte."

...

Zur Abendsitzung am 19. Juni in Weimar: „Sie begann mit dem Vortrag der beiden Chefs über die Lage, General von Lossberg und Oberst Heye. Es stellte sich heraus, daß die Voraussetzungen dieses Vortrages unrichtig waren. Denn für den Fall des Unterzeichnens vertrat Hörsing, der Reichskommissar für Schlesien, sehr scharf den Standpunkt, daß die Bevölkerung den Kampf nicht gegen die Regierung aufnehmen wolle, und überraschender Weise schlossen sich im Laufe der Besprechung sämtliche Vertreter des Volkes, Winnig, Batocki, Schnackenburg, dieser Auffassung an, daß es sich bei einer Unterzeichnung gar nicht um einen neuen Kampf handeln könne. Der Osten sei nur bereit, für den Fall der *Nichtunterzeichnung* in einen neuen Kampf einzutreten. Es zeigte sich ein mehr oder weniger großer Umfall der Persönlichkeiten, die mit dem Gedanken eines Abfalles vom Reich und von Preußen gespielt hatten, ..."

...

Zu seinem Gespräch mit Ebert vom 23. Juni: „Der Kern meines Rates an Ebert war der, daß wir zu einer Regierung kommen müssen, die diktatorische Vollmachten hat zur Führung der inneren Politik; ob Noske der Mann dazu ist, möchte ich allerdings nicht als absolut sicher hinstellen, denn er ist auch Parteimann, meine Herren, er kann nicht aus seiner Haut heraus, und ich fürchte, daß wir mit einer Parteiregierung nichts gewonnen haben, sondern wir brauchen eine Regierung, die über den Parteien steht und den Rechten wie den Linken die Köpfe blutig schlägt. Dazu ein festes starkes Heer. Meine ganzen Bestrebungen zielten und zielen darauf hin, das Instrument zu schaffen, ohne das nicht regiert werden kann."

(Nachlaß Schleicher 10, S. 138, 140 u. 145)

Dokument 2

General v. Lüttwitz über den Ausbruch von Gegensätzen zwischen Reichswehr und Regierung nach der Annahme des Friedensvertrages:

„Die Annahme der Schmachparagraphen führte zu größter Mißstimmung der Armee gegen die Regierung. Es entstand eine Kluft, die nicht mehr überbrückt wurde, zumal von nun an das Verhalten der Regierung gegenüber der Armee nicht mehr dazu angetan war, ihr Vertrauen wieder zu gewinnen. Der spartakistische Ansturm war im wesentlichen niedergeschlagen, die Besorgnis für das eigene Leben und die eigene Macht hatte aufgehört. Der Mohr, die Armee, hatte seine Schuldigkeit getan, nun konnte er gehen. Die Gegensätze kamen gleich nach dem Friedensschluß scharf zum Ausdruck. In einer Versammlung der Kommandeure der Truppen Berlins und anderer Bezirke Ende Juni 19 wurden dem Reichswehrminister und der Regierung die schwersten Vorwürfe gemacht und Forderungen gestellt, die in folgenden Punkten gipfelten:

1. Die Auslieferung findet nicht statt.
2. Die Truppe muß eine Genugtuung haben. Die ihr mißliebigsten Minister müssen entlassen werden: Erzberger pp.
3. Im Innern muß nun endlich Ordnung geschaffen werden. Die Truppe hat keine Lust, ihre Haut immer wieder zu Markt zu tragen, nur weil die Regierung mit halben und schwachen Maßregeln vorgeht. Ich bemerke, diese Forderungen entsprangen der Versammlung und waren fast einhellige. Sie wurden nicht etwa von mir den Versammelten vorgeschlagen.

Noske umging die Beantwortung der Punkte 1 und 2 in geschickter Weise. Zu Punkt 3 versprach er, nun mit aller Kraft für Ruhe, Ordnung und Aufnahme der Arbeit zu sorgen und dabei selbst vor Anwendung der schärfsten Mittel nicht zurückschrecken zu wollen. Auch für die Armee werde er wirksam eintreten.

Ich regte bei ihm wie beim Reichspräsidenten erneut die Einsetzung der Diktatur an, wie ich es schon früher bei beiden Herren und bei Scheidemann, als er noch Reichskanzler war, getan hatte. Sie sagten mir zu, wenn sich das Ziel nicht durch andere Mittel baldigst erreichen lasse."

(Lüttwitz, Leitfaden für meine Verteidigung, S. 3 f., Nachlaß Bauer 29)

Dokument 3

Aus dem Tagesbefehl des Generals v. Estorff an das I. Armeekorps nach der Annahme des Friedensvertrages:

„Das Vaterland braucht uns, Kameraden!

Nach außen werden wir noch lange zur Abwehr polnischer Übergriffe gerüstet sein müssen. — Und im Innern: Blickt nach Berlin, Hamburg, Frankfurt und Görlitz.

Dort seht Ihr die Anzeichen dafür, daß die Leute, die unser großes Unglück verschulden, selbst vor der Not dieser Zeit ihre niedrigen, eigensüchtigen Pläne nicht zurückstellen, sondern im Gegenteil gerade jetzt zu dem lange vorbereiteten Hauptschlage ausholen wollen.

Ihnen gilt es mit allem Nachdruck zu zeigen, daß wir nicht gewillt sind, unser armes Vaterland noch tiefer in den Abgrund stoßen zu lassen, daß wir bereit sind, mit ihnen abzurechnen!

Von der Regierung aber erwarten wir, daß sie den starken Arm, den wir ihr unter schwersten persönlichen Opfern auch jetzt noch leihen, nutzt, um endlich jene verbrecherischen Elemente, die immer wieder die Ruhe und Sicherheit im Reiche bedrohen und uns Soldaten mit Schmutz zu bewerfen versuchen, unschädlich zu machen.

Kameraden, zum Dienst für unser Volk rufe ich Euch auf! Ich weiß, es wird Euch nach den herben Enttäuschungen der letzten Tage nicht leicht werden. Aber seid treu und stark!"

(Beglaubigte Abschrift, Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 5, Nr. 1456475 f.)

Dokument 4

Hauptmann Gräser in einem Brief vom 10. Juli an General v. Seeckt über die Notwendigkeit einer neuen Regierung (Gräser war mit Seeckt im Generalstab des A. O. K. Nord):

„In einem kann ich noch nicht zur Ruhe kommen. Darüber, daß der vielfach ausgesprochenen Überzeugung, daß die Schmachparagraphen doch noch zum Konflikt mit der Entente treiben, daß England sich nichts sehnsüchtiger wünscht, als unsere Vernichtung zu sehen, und daß eine gewaltsame Auseinandersetzung im Innern nicht zu vermeiden ist, nicht mehr Wille zum Handeln gegenübersteht. Wer noch keine ausreichende Klärung in der jetzt geschaffenen Lage erblickt und sie für hoffnungslos ansieht, den müßte es doch dazu drängen, eine klärende Entscheidung zu suchen und wenn nicht anders, gewaltsam herbeizuführen. Wäre die Erkenntnis und der Wille zum Handeln allgemeiner vorhanden, dann sollte man glauben, müßte es bei richtiger Fragestellung und einem den Zeitverhältnissen angepaßten Programm gelingen, unter Sprengung der heutigen Parteien alle Elemente, die für Ruhe und Ordnung sind und die noch Nationalgefühl und Vaterlandsliebe besitzen, um eine neue Regierung zu sammeln und mit ihnen endgültig Ordnung zu schaffen. Wohl leuchtet ein, daß der Boden hierfür noch besser sein wird, wenn erst das Volk sich wieder satt gegessen hat, aber bis dahin verringern wir die Armee, geben wir die Waffen ab und werden wir womöglich von Spartakus überwunden.

Wenn Herr General trotzdem diesen Versuch zur Zeit für aussichtslos halten, so geschieht dies wohl auf anderer, aber richtigerer Einschätzung der in Frage kommenden Elemente."

(Nachlaß Seeckt, Karton 13, Stück 87)

Dokument 5

General Groener in seinem Tagebuch über die Maßnahmen gegen Umsturzversuche des Hauptmanns Pabst:

8. Juli

„Abds. berichtet Schleicher, daß er nochmals Hammerstein u. Stockhausen wie auch Hptm. Pabst gesprochen. Dieser will den kleinen Napoleon spielen. Am 9. sollen

Below u. Loßberg nach Berlin kommen. Lüttwitz sei heute bearbeitet worden, Hammerstein u. Stockhausen haben scharf dagegen Stellung genommen. . . .

9. Juli

General v. Seeckt hat gestern den Hptm. Pabst wegen seiner törichten Ideen in der schärfsten Weise zur Rede gestellt u. ihm angedroht, ihn festnehmen zu lassen, wenn er dumme Streiche mache. Pabst soll komplett größenwahnsinnig sein.

Die „Verschwörer"-Besprechung hat geendet mit einem dreimonatlichen Urlaub von Hptm. Pabst u. einem längeren Urlaub des Gen. v. Lüttwitz!!! . . . Below und . . . Loßberg sollen das Schlachtfeld gekränkt verlassen haben. Stockhausen u. Hammerstein haben ihre Sache gut gemacht; wozu meine gestrige Unterredung ihnen den Rücken gestärkt hat. Auch Seeckt soll scharf gegen Pabst aufgetreten sein u. seine Entfernung gefordert haben. — Die Offiziere müssen wieder gehorchen lernen u. von der verflixten Politik die Finger lassen; . . ."

(Nachlaß Groener, Tagebuch)

Dokument 6

Vorbereitungen zu dem Unternehmen des Garde-Kavallerie-Schützenkorps vom 21. Juli 1919:

1. Erlaß an Garde Kav. S. K.

1. Der Reichspräsident und das Kabinett haben die Erfüllung der wirtschaftlichen Forderungen des G. K. S. K. abgelehnt und ihre Posten niedergelegt. Ein neues Kabinett, das die Forderungen erfüllen wird, ist in der Bildung, und wird bis morgen früh usw.
2. Um die Erfüllung unserer Forderungen zu sichern und um jeder bolschewistischen Gegenbewegung entgegentreten zu können, habe ich[1]) vorläufig den Oberbefehl über das G. K. S. K. übernommen und die übrigen Truppen und Formationen des Reiches (Freikorps und Reichswehr) aufgefordert, sich mir anzuschließen.
3. Berlin wird vom G. K. S. Korps besetzt. Ich habe den verschärften Bel.-Zustand verhängt. Jeder Widerstand gegen im Dienst befindliches Militär (einzeln wie Trupps) ist mit Waffengewalt zu brechen. Wer sich widerstandslos entwaffnen läßt, sei es auch von Weibern und Halbwüchsigen, macht sich strafbar.
   1. General H.[2]) übernimmt den Befehl über die gesamte Wehrmacht Deutschlands.
   2. Der Kriegsminister, Oberst Reinhardt, wird mit Gewährung der gesetzlichen Pension zur Disposition gestellt.
   3. Generalleutnant Groener wird mit der ges. Pension zur Disposition gestellt.
   4. Generalleutnant v. Oven wird zum Kriegsminister ernannt.
   5. Die Auflösung des Stabes des Garde Kav. Schützenkorps unterbleibt." . . .

(Nachlaß Bauer 29)

Dokument 7

Generallandschaftsdirektor Dr. Kapp über die Notwendigkeit einer „Erhebung" im Osten des Reiches in seinem Brief an Oberst Heye vom 5. Juli 1919:

---

[1]) d. i. General v. Lüttwitz

[2]) d. i. General Hoffmann

„Hochverehrter Herr Oberst!

Politisch betrachte ich die Lage folgendermaßen: Wie Sie aus den Zeitungen entnommen haben werden, überstürzt die jetzige Regierung die deutsche Ratifikation des Friedens. Sie ist vielleicht bereits erfolgt, wenn Sie im Besitz dieser Zeilen sind. Die Absicht der Regierung liegt klar zutage. Nach der Ratifikation durch die Nationalversammlung wird die Regierung, „um der feindlichen Koalition ihren guten Willen zu beweisen", obwohl sie nach dem Friedensvertrag hierzu noch nicht verpflichtet ist, die abzutretenden und der Volksabstimmung unterworfenen Gebiete schon jetzt militärisch räumen. Sie wird dann weiter, ebenfalls um ihren „guten Willen" zu beweisen, mit der deutschen Abrüstung und mit der Auflösung unserer Kampfmacht vorgehen. Das geschieht alles aus dem Grunde, weil die Regierung ganz genau weiß, daß eine Gegenrevolution von rechts nur dann möglich ist, wenn hinter ihr militärische Macht steht. Deswegen hat sie, um sich ihrerseits in der Macht zu erhalten, das Bestreben, jeden militärischen Machtfaktor, der sich gegen sie richten könnte, auszuschalten. . . .

Dann tritt die Lage ein, daß die Regierung die übriggebliebenen Truppen dazu mißbraucht, sich zu halten und deutsches Blut für ihre mit wahrhaft deutschen Interessen unvereinbaren Machtzwecke in Strömen fließen zu lassen. Wir haben dann den Bürgerkrieg und die Revolution in ihrer furchtbarsten Form. . . . Die weitere Folge ist aber die, daß die Entente diese inneren Wirren unter allen Umständen dazu benutzen wird, mit der weiteren Besetzung westlicher Gebiete vorzugehen.

Wenn unsere innerpolitischen Verhältnisse, wie ich bestimmt annehme, dieser Entwicklung entgegengehen, so sind die Chancen für eine Bewegung von rechts auf unabsehbare Zeit vernichtet. Es ist daher, um unermeßliche wirtschaftliche Verluste und unendliches Blutvergießen zu verhindern, jetzt der letzte Augenblick zum Eingreifen von rechts gekommen. . . .

Sie nennen ein Vorgehen im jetzigen Augenblick, weil die Zeit noch nicht reif sei, ein politisches und militärisches Abenteuer. Es handelt sich aber um kein Abenteuer mehr, wenn die militärischen Führer bereit sind, diese Bewegung mit aller Kraft zu unterstützen und die Führung mit zu übernehmen. Ich zweifle nicht daran, daß Exzellenz Ludendorff diese Auffassung teilt."

(Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 5, Nr. 1456478/81)

Dokument 8

Stellungnahmen zur Reichswehr auf den Sitzungen des SPD-Parteivorstandes und -Parteiausschusses am 13. Dezember 1919 und 27. Januar 1920:

Parteivorsitzender Wels am 13. 12.: . . . „Wir waren uns klar darüber, daß die, die uns in der Stunde der Not geholfen hatten, zu gegebener Zeit ihre Rechnung präsentieren würden. Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert, sagt ein altes Sprichwort. Aber gerade deshalb mußten wir vorsichtig sein. Wir wußten, daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft nur in geringem Maße in die Reichswehr eingetreten war. Es galt nun, von den Leuten wieder loszukommen, denn, wieder nach einem alten Sprichwort, nimmt der Teufel, wenn man ihm nur den kleinen Finger hinstreckt, gleich die ganze Hand. Also wir mußten in der Stunde der Not die Hilfe dieser Leute nehmen."

Wels am 27. 1.: . . . „Eine schwere Sorge sind die reaktionären Elemente, die auch in der Reichswehr sitzen, die uns Schutz geben soll auch gegen rechts; das ist ein Faktor, der uns mit Zagen erfüllen kann. Wir müssen uns aber angesichts der Vorgänge des 13. Januar, angesichts der Taktik, durch Streiks unser Wirtschaftsleben zu erdrosseln, um darauf das kommunistische Paradies zu erbauen, auf die Kräfte stützen, die uns allein nur zur Verfügung stehen."

Reichswehrminister Noske am 27. 1.: . . . „Aber nicht eine einzige sozialdemokratische Zeitung hat die Bedingungen für den Eintritt in die Reichswehr abgedruckt. Woher soll ich da sozialdemokratische Reichswehrsoldaten bekommen?! Ich habe diese Frage dem Chefredakteur des „Vorwärts", dem Genossen Bader, vorgelegt. Da antwortete er mir: ‚Ich habe das Ding gar nicht gesehen!' (Zurufe: ‚Wir auch nicht!') Aber es ist durch W. T. B. verbreitet worden! Übrigens setzte Bader hinzu, wenn er es gesehen hätte, würde er sich bei der antimilitaristischen Stimmung der Arbeiter auch gefragt haben, ob er es bringen soll. Wie soll ich nun aus diesem Dilemma herauskommen? Unsere Leute sind erfüllt von einem ganz überspannten Maß antimilitaristischer Gesinnung, und ohne zuverlässige Truppe können wir doch nicht leben."

(Protokoll der Sitzung vom 13. Dezember 1919, S. 4 f. und der Sitzung vom 27. Januar 1920, S. 5 u. 12)

Dokument 9

General v. Seeckt über das Mißtrauen in der Reichswehr gegenüber dem Reichswehrministerium in seinem Bericht an Noske vom 16. 1. 1920:

„Die Reichswehr hat zum Ministerium kein Vertrauen. Das Mißtrauen richtet sich nicht etwa gegen Ihre Person Herr Minister, sondern insgesamt gegen alle mitarbeitenden Persönlichkeiten. Von außen ist nicht zu beurteilen, welche Unsumme von Schwierigkeiten aller Art täglich im Kampf für die Truppe im Ministerium zu überwinden ist. Die Truppe hat das Gefühl, daß ihre Interessen im Ministerium nicht genügend vertreten sind, sondern politischen und allgemeinen mehr als zulässig geopfert würden. Das ist gar kein Wunder, solange die an leitender Stelle im Ministerium stehenden Männer in die politische Arbeit oft sehr sichtbar hineingezogen werden."

(Nachlaß Seeckt, Karton 13, Stück 126)

Dokument 10

Der Kampf des Grafen Westarp gegen das parlamentarische Regierungssystem:

„Bereits in den Verhandlungen über den Erlaß der Weimarer Verfassung bildeten sich also die beiden Grundgedanken heraus, die unsern Kampf gegen das parlamentarische Regierungssystem während seiner ganzen Dauer beherrscht haben. Er richtet sich gegen die ausschließlich dem Reichstag übertragene Gesetzgebungsgewalt und gegen die bindende Kraft des Mißtrauensvotums. Wenn ich zunächst den zweiten Gesichtspunkt einseitiger als später in den Vordergrund gestellt habe, so habe ich doch von Anfang an keinen Zweifel darüber gelassen, daß ich die Parteien für unfähig hielt, der einen wie der anderen Aufgabe gerecht zu werden. Davon nahm ich grundsätzlich auch die DNVP nicht aus. Nur durch Massenagitation und scharfen Kampf gegen die politischen Gegner konnte jede Partei dieses Regierungssystems sich die zahlenmäßige Grundlage schaffen, von der ihre politische Macht abhing, und die egoistischen Wirtschaftsforderungen der einzelnen Volksgruppen (wurden) zu einem unausgesetzt wirkenden Hindernis, die Gesetzgebung nach weitsichtigen staatspolitischen und soliden wirtschaftlichen Grundsätzen zu gestalten. Einer kraftvollen allseitig anerkannten Führung entbehrend, wurden die Wählermassen und mit ihnen die Parteien immer tiefer in die Interessen- und Meinungs-Gegensätze hineingerissen, zu deren Überwindung dem deutschen Volke damals mehr denn je der feste nationale Sinn fehlte. . . .

Je radikaler die parteipolitische Agitation ist, um so geringer ist der Aufwand an geistiger Vertiefung, den sie erfordert, um so größer dagegen der Erfolg, den sie verspricht. Darauf beruht die Abhängigkeit, in die in diesem System die gemäßigten

Parteien von ihrem eigenen radikalen Flügel und bei der Heftigkeit des Wahlkampfes von der radikaleren Nachbarpartei zu geraten pflegen. Revolutionäre Zeiten, in denen die Macht der Straße wächst, vermehren noch diese Abhängigkeit der Parteien und in einem System, in dem man sich gewöhnt, unter Politik nur die Rücksicht auf die Wahl-Aussichten zu verstehen, ergreift sie nicht nur die Agitation, sondern auch die sachliche Politik."

(Westarp-Manuskript, Teil II, S. 296 u. 477)

Westarp zur Souveränität der Nationalversammlung:

„Wenn in Zukunft alles Verfassungsrecht in Deutschland auf die Beschlüsse der jetzigen sog. Nationalversammlung zurückgeführt werden muß, so bleibt doch immer die Tatsache bestehen, daß die Souveränität eben dieser Nationalversammlung ihrer gesetzlichen Grundlagen entbehrt hat. Denn nach Gesetz und Recht war die Regierung der Volksbeauftragten weder berufen, die Vorschriften über die Wahlen zur Nationalversammlung mit bindender Kraft zu erlassen und diese Wahlen auszuschreiben, noch auch die Staatsgewalt im Reiche an die Nationalversammlung abzutreten. Die Behauptung des Herrn Groeber, auch die jetzige Regierung sei eine solche „von Gottes Gnaden", ist nach meinem Empfinden ganz unhaltbar, eben weil die Souveränität der Nationalversammlung, die sie geschaffen hat, ihre Wurzeln weder in Gesetz und Recht, noch in dem Zusammenhange geschichtlicher Entwicklung hat. . . .

. . . Die Nationalversammlung schöpft ihre Befugnis lediglich aus dem Wahlgesetz, das die Volksbeauftragten einseitig erlassen haben; . . . Freilich ist sie dann aus einer sehr allgemeinen Wahl und aus dem Willen der durch das Verhältniswahlsystem zur Geltung gekommenen Wählergruppen in ihrer jetzigen Zusammensetzung hervorgegangen. Das aber ist eben jener Grundirrtum der westlichen parlamentarischen Demokratien, fremd der deutschen Gedankenwelt und eine feindselige Macht in der deutschen Geschichte, daß das Volk mit solchen Wählermehrheiten identisch sei oder auch nur ausschließlich durch sie vertreten werde. Das Volk ist mehr als die Summe seiner einzelnen Individuen. . . . Der Wille des Volkes, d. h. jener einheitlichen Persönlichkeit, die nicht nur das einzelne ihr angehörige Individuum, sondern jede Generation seiner Angehörigen an Bedeutung und an Lebensdauer unendlich weit überragt, kommt nicht zur Geltung in der Wahlagitation, bei der nur die Gedanken und die Interessen des Tages gewürdigt und verfolgt werden, sondern in denjenigen Ereignissen, in denen die dauernden Beziehungen, die Ewigkeitswerte des Volksganzen ihre Auswirkung finden. So hat sich das deutsche Volk in einer Jahrhunderte langen Geschichte in dem bundesstaatlich, konstitutionell-monarchischen Regiment der Hohenzollern seine Volksregierung geschaffen. . . . Jetzt hat der Fiebertaumel der Revolution und der Niederlage die Wählermassen beherrscht, auf deren Tagesbeschluß gestützt die Nationalversammlung sich die Souveränität zugeschrieben hat, Ersatz für das zerstörte geschichtliche Werk des deutschen Volkes zu schaffen."

(Westarp-Manuskript, Teil II, S. 213 f. [Westarp in Kreuzzeitung vom 16. 2. 1919] und S. 216 f. [W. in Kreuzztg., 9. 3. 1919])

Dokument 11

Aus der Rede des Reichskanzlers Bauer zur Gesamtsituation auf der Sitzung des SPD-Parteivorstandes und -Parteiausschusses am 27. 1. 1920:

„Wir leben fortgesetzt unter starkem wirtschaftlichen und politischen Druck, so daß wir eine eigene Entschlußkraft, eine Politik ganz nach unseren Wünschen treiben zu können, nicht haben. Unsere Politik ist lediglich getragen von dem Wunsche, die allerschwersten Zeiten, die das Land und das ganze Volk nun einmal durchkosten müs-

sen, zu überwinden, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten und alle Maßnahmen zu treffen, die es uns möglich machen, aus dem Elend wieder herauszukommen. . . . Aber immer wieder zeigte es sich, daß die guten Ansätze zu größerer Arbeitsbetätigung zerstört wurden durch eine geradezu verbrecherische und skrupellose Agitation, die von den Kommunisten und Unabhängigen ausging. Dabei ist es für jeden, der einigermaßen wirtschaftspolitische Einsicht hat, ganz außer Zweifel, daß wir aus diesem wirtschaftlichen Elend nur durch die allerfleißigste Arbeit herauskommen können. . . . Ich sagte schon, die einzige Möglichkeit, aus unserem Elend herauszukommen, ist — Schaffung von Werten. Der Krieg hat nur vernichtet. Dadurch, daß Lebensmittel und alle Gebrauchsgegenstände nicht mehr ausreichend erzeugt wurden und Mangel eintrat, entwickelte sich die ungeheure Preissteigerung. Um dieser gerecht zu werden, mußte immer neues Papiergeld gedruckt werden. Je mehr wir aber Papiergeld in Umlauf haben, je weniger Werte dahinter stehen, desto wertloser wird dieses Zahlungsmittel, so daß es heute eigentlich fast keinen Wert mehr besitzt. Im Inland hat das Geld noch etwas mehr Wert als im Auslande, aber auch keinen erheblichen mehr, und wir können den Wert des Zahlungsmittels nur wieder heben, wenn wir zu starker Produktion und zur umfassenden Warenerzeugung übergehen. Der Schlüssel hierzu liegt, nachdem Aufträge in Hülle und Fülle vorliegen, in der Lieferung von Kohlen. Die Kohle ist der Schlüssel unserer ganzen wirtschaftlichen Produktion. Können wir nicht ausreichend Kohle beschaffen, dann ist die Entwicklung unseres Wirtschaftslebens unmöglich; denn trotz der Milliardenaufträge kommt nichts heraus, weil nur ein kleiner Prozentsatz der Betriebe voll ausgenutzt wird und ganze Industrien so gut wie völlig lahmgelegt sind. . . . Inzwischen hat die Kohlenproduktion sich erfreulicherweise weiter entwickelt, . . . Jetzt, mitten in diese günstige Entwicklung hinein, setzte ein neuer gewaltiger Vorstoß der Kommunisten und Unabhängigen mit einer ungeheuren Agitation, unterstützt von der kommunistischen und unabhängigen Presse und durch maßlos hetzerische Flugblätter, die dort in Massen verteilt wurden, in den Kohlengebieten ein. Man wollte die Kohlenarbeiter unter allen Umständen wieder in einen neuen Kampf um den Sechsstundentag hineintreiben. Was ein solcher Streik in der gegenwärtigen Zeit bedeuten würde, brauche ich nicht auszumalen. Wir leben von der Hand in den Mund. In dem Augenblick, wo die Kohlenproduktion acht Tage lang unterbleibt, bricht das fürchterlichste Elend über zahlreiche Städte herein, denn die Versorgung der Bevölkerung mit Licht und Lebensmitteln ist dann nicht mehr möglich. . . . Man glaubte, daß jetzt die Zeit gekommen wäre, durch einen energischen Vorstoß das ganze Wirtschaftsleben lahmzulegen und durch die entstehende Unordnung dann die Rätediktatur zur Herrschaft zu bringen. Diese Situation, glaube ich, wird von den Parteigenossen nicht genügend erkannt. Viele unserer Parteigenossen glauben, man brauche gegen die Unabhängigen nicht eine so ablehnende Stellung einzunehmen. Das ist verkehrt. . . . Wir können vielmehr die vernünftig denkenden Arbeiter nur bei unserer Fahne halten, wenn wir einen einzigen Trennungsstrich gegen diese Saboteure unserer Wirtschaft und des Sozialismus ziehen. Eisenbahn und Kohle sind die erste Voraussetzung für die Aufrechterhaltung unseres kümmerlichen Wirtschaftslebens und die erste Voraussetzung für eine neue Entwicklung der Wirtschaft nach oben hin. Deshalb ist es auch keine Frage, daß, wenn das Gesamtwohl der Nation es verlangt, auch das von uns sonst so sehr verteidigte Streikrecht nicht schrankenlos anerkannt werden kann. Auch dieses hat seine Grenzen in dem Wohle der Gesamtheit . . . . . Unabhängige und Kommunisten, wie gesagt, halten den jetzigen Zeitpunkt, insbesondere diese Wintermonate für die noch einzige Möglichkeit, um den gewaltsamen Umsturz in Deutschland herbeizuführen. . . . Die Versorgung der Städte wird immer schwieriger, die geringste Stockung der Arbeit in der Kohlenförderung und im Verkehr bringt uns in eine Katastrophe hinein, die ganz

unabsehbar ist. Da bleibt nichts weiter übrig, als angesichts der Gefahr energisch durchzufassen, . . . Ich selbst war in den letzten Monaten der Auffassung, mit dem Abbau des Belagerungszustandes zu beginnen, und habe mich selbst bei der Regierung dafür eingesetzt, als diese Ereignisse über uns hereinbrachen, die uns mit aller Deutlichkeit bewiesen haben, daß unser Volk leider in einem großen Teile nicht reif ist, die Freiheiten, die die Republik ihm gebracht, schon in vollem Umfange zu genießen, und, wenn der Beweis erbracht ist, dann dürfen wir eben auch vor anderen Regierungsmethoden nicht zurückschrecken. Denn tun wir das nicht, dann graben wir uns selbst das Grab, einmal dadurch, daß durch jene wahnwitzige Agitation das Wirtschaftsleben zerschlagen und das deutsche Volk in eine unermeßliche Not hineingetrieben wird, und auf der anderen Seite graben wir uns das Grab, weil alle ruhigen, besonnenen Elemente im Volk den Glauben an die Demokratie und insbesondere auch den Glauben an den Sozialismus vollständig verlieren. Es ist schon jetzt ungeheuerer Schaden entstanden, weil weite Kreise des Volkes sich sagen, wenn das so in der Demokratie und so unter der führenden Leitung von Sozialdemokraten aussieht, dann verzichten wir lieber auf alle Freiheiten." . .

(Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes, des Parteiausschusses und der Parteiredakteure am 27. 1. 1920, S. 16 ff.)

Dokument 12

Die Unzufriedenheit in der SPD; aus Reden von Wels u. Noske:

„Nun haben allerdings die Unabhängigen Agitationsstoff in Hülle und Fülle. Von den heutigen Zuständen ist ja auch bei uns niemand besonders entzückt. Wir bekommen täglich Dutzende von Klagen und müssen jeden Tag einen Pack Beruhigungsschreiben ins Land schicken. Das ganze Land ist in Erregung und sich darüber klar, daß die gegenwärtigen Zustände für die Arbeiter einfach unerträgliche sind. Eine Werbetätigkeit für unsere Partei ist in einer solchen Zeit ungeheuer schwer. Wir müssen uns daher jetzt fragen, ob wir die Verantwortung für die weitere Entwicklung der Dinge noch übernehmen können."

„Das offene Aussprechen dessen, was ist, ist jetzt außerordentlich schwierig. Unsere Agitation war bisher ganz anders eingestellt. Wir trieben bisher die Massen vorwärts, jetzt aber müssen wir ihnen zeigen, was sie schon erreicht haben und ihnen sagen, daß bessere wirtschaftliche Verhältnisse nur ganz allmählich kommen können."

(Protokoll der Sitzung des Parteiausschusses vom 13. Dezember 1919)

Dokument 13

Unterredung der Reichsminister Koch und Schiffer mit dem Reichskanzler Bauer über eine von ihnen befürchtete Annäherung der SPD an die USPD:

„Nach der Sitzung auf meine Veranlassung Besprechung mit Schiffer und Bauer. Grund die nach links liebäugelnden Reden Scheidemanns, die die bürgerlichen Parteien als unerwünscht und eine baldige Vereinigung mit den Unabhängigen für nötig erklären. Hinweis auf die Ungehörigkeit solcher Artikel in diesem Augenblick. Weiterer Hinweis, daß die „Welt am Montag" mehrere Stimmen Unabhängiger (Breitscheid, Kautsky) und Alter Sozialisten (Bernstein, Löbe) enthält, die auf Einigung hinwirken. Vorstellung, daß das für unsere Partei unmöglich ist und zu schwersten Angriffen von rechts führt. Bauer erklärt alles aus dem Bedürfnis Scheidemanns, eine Rolle zu spielen und sich bei dem linken Flügel der Partei wieder Freunde zu schaffen. Vermutlich wolle er außerdem für die Wahlen die Unabhängigen ins Unrecht setzen. Aber sachlich habe das keine Bedeutung. Seine Partei könne nicht allein regieren, auch nicht zusammen mit

den Unabhängigen, mit denen übrigens eine Einigung unmöglich sei. Alte vernünftige Führer der Mehrheitssozialdemokratie hielten ganz fest an der Auffassung, daß die Sozialdemokratie auf Jahre hinaus nicht allein regieren könne, schon deswegen, weil sie nicht alle Wünsche befriedigen und deshalb gar nicht als reine sozialistische Regierung auftreten könne. Übrigens wolle er vertraulich bemerken, daß Ebert, Müller und er, sowie die anderen maßgebenden Leute schon im November 1918 sich klargemacht hätten, daß alles daranzusetzen sei, daß eine Regierung mit den Demokraten gemeinsam gebildet werde. An dieser Auffassung halte er unbedingt fest. Man könne sich auf ihn verlassen."

(Nachlaß Koch 11, Tagebuch vom 13. Oktober 1919)

Dokument 14

Niederschrift Kochs über die Diskussion des Wahltermins in der DDP-Fraktionssitzung am 1. März 1920:

„Fraktionssitzung über den Wahltermin. Ich referiere:

I. Sachliche Gründe: Es muß erledigt werden:

a) Wahlgesetz, Präsidentenwahlgesetz, Volksentscheidgesetz. . . .

Das Wichtigste aber ist:

f) Wegen der Außenpolitik kann, wo jetzt der Bolschewismus an der Ostgrenze droht, im Augenblick nicht gewählt werden, im Verhältnis zum Westen darf man noch auf Erfolge hoffen,

g) in den Abstimmungsgebieten kann keine Wahlkreiseinteilung vorgenommen werden. Die Entente wird nicht wählen lassen, läßt sie wählen, so verhetzen wir die Deutschen vor der nationalen Abstimmung untereinander,

h) Kriegsgefangene noch nicht zurück.

II. Parteipolitische Gründe

Im Herbst war ich für Neuwahlen. Das war möglich. Als wir eintraten, konnten wir ein Programm machen und darauf die Wähler befragen. Heute kann man sich der Frage nicht entziehen „Was habt Ihr geleistet?" Da wird die Entschuldigung, wie schwer es die Regierung in dieser Zeit gehabt hat, nicht verstanden. *Jetzt müssen wir erst versuchen*, etwas zu leisten, und eine gewisse aufsteigende Linie ist da. Jetzt die Dinge aus der Hand zu geben, ist eine Voreiligkeit. Wir haben versprochen, die Ordnung wieder herzustellen. Wir sind erfolgreich dabei. Aber noch glaubt man es uns nicht, daß wir es besser können, als die Rechte. Erzberger-Affaire wird uns nach einem halben Jahr auch nicht mehr schaden. Jetzt ist sie starkes Agitationsmittel. Taktische Frage in der sich Auffassung ändert. Heute richtig, was ich sage.

III. Koalitionspolitik

Zentrum und Sozialdemokratie entschlossen, bis Herbst zu warten. Sollen wir uns öffentlich dagegen setzen, ohne uns *in dieser Frage* durchsetzen zu können? Das würde 1. uns Vorwürfe eintragen bei den Wählern, daß wir zu schwach seien, 2. der Rechten ein brillantes Agitationsmittel liefern. „Selbst die Demokraten geben zu." Wir müssen rechtzeitig „*Block bilden*".

IV. Ergebnis

Endlich *klare* Stellungnahme. Das Schlimmste, sich drücken um feste Erklärung. Dadurch überall in Defensive gedrängt. . . . Die Fraktion will einstimmig mit mir festgestellt wissen, wann gewählt werden soll. Sie will auch über den Wahltermin abstimmen. Für Herbst 18, dagegen 13. . . .

Payer geht so weit, von Rechtsbruch zu sprechen. Mit dieser Angstmeierei haut man die Partei kaputt. Man sehe sich doch mal die Gesetze an, ob sie denn nicht alle Ausfluß der Verfassung und dringende Reichsgesetze im Sinne der Berufung der Nationalversammlung sind, und daß wir zu langsam arbeiteten, kann doch niemand behaupten. Wie schimpfte die Rechte bei der Verfassung, daß sie über das Knie gebrochen würde!

Es wird jedenfalls schwer zu sagen sein, wer Recht hat. „Am angenehmsten ist es, überstimmt zu werden."

(Nachlaß Koch 21, Tagebuch vom 1. März 1920)

Dokument 15

Zwei Stellungnahmen zur Monarchie innerhalb der DNVP:

„Nur eine parlamentarische Regierung, die als solche keine persönliche Verantwortung kennt, konnte imstande sein, einen solchen Frieden, der uns neben unserm Leben als Staat auch die nationale Ehre raubt, ihre Zustimmung zu geben. Keiner Monarchie wäre das jemals möglich gewesen.

Dieser Revolutionsregierung, die uns um alles gebracht hat, sagen wir den Kampf an. Wir streben nach einer Wiederherstellung der Monarchie unter dem Zepter der Hohenzollern, die uns Ansehen, Wohlergehen, Freiheit und Kultur zu verschaffen vermochte, gegenüber der Jämmerlichkeit einer Gegenwart der Armut, des Elends und der Verachtung, wie sie die Demokratie und die Massenherrschaft gebracht haben."

(Aufruf der Deutsch-Konservativen Partei vom 3. Juli 1919, Westarp-Manuskript, Teil I, S. 79; Kreuzzeitung vom 4. Juli 1919)

„Abgesehen davon leuchtet mir nicht ein, aus welchem Grunde die Partei die Wiederherstellung der Monarchie so betont als Teil ihres Programms bezeichnet. Meines Erachtens ist dadurch der Sache kein guter Dienst erwiesen; die Wiederherstellung der Monarchie, die ich ebenso erstrebe, ist nur möglich, wenn der Wunsch im Volke auf breiter Grundlage Boden findet. Dies wird durch eine derartige Erklärung wie diejenige der Deutsch-Konservativen Partei erschwert, denn weite Kreise, die im Laufe der Zeit für die Wiederaufrichtung der Monarchie zu gewinnen sein würden, fühlen sich hierdurch abgestoßen, weil sie glauben, nur als Civilkanonenfutter für reaktionäres Junkertum mißbraucht zu werden, während andererseits die Gegenseite hellhöriger wird.

Auch für den Zusammenhalt unserer militärischen Macht ist die Erklärung außerordentlich gefährlich, da sie der kommunistischen Agitation neue Nahrung bietet; man wird die Mannschaften darauf hinweisen, daß sie nur zu selbstischen Zwecken ihrer Offiziere, die dem konservativen Lager nahestünden, mißbraucht würden."

(Aus einem Brief des Schatzmeisters der DNVP, von der Planitz, an den Parteivorsitzenden Hergt; Westarp-Manuskript, Teil I, S. 84 f.)

Dokument 16

Dr. Kapp über den Gegensatz zwischen ihm und den militärischen Stellen:

„Für den Fall, daß losgeschlagen wurde, hatte ich mich den militärischen Stellen als Politiker zur Verfügung gestellt. Von Anfang an bestand zwischen uns ein tiefgehender Gegensatz bezüglich der Stellung des Unternehmens zur Sozialdemokratie. Lüttwitz und noch mehr die Herren seines Stabes, insbesondere der General v. Oldershausen befürwortete eine weitgehende Berücksichtigung von Mehrheitssozialisten bei Bildung der neuen Regierung. Ebert als Reichspräsident müsse beibehalten werden, ebenso wurde Noske wegen seines Ansehens bei der Truppe als unentbehrlich von die-

sen Herren betrachtet, weswegen ihm das Reichswehrministerium belassen werden müsse. Daneben müßten noch ein oder zwei Portefeuilles mit Sozialdemokraten besetzt werden. Ebenso wurde die Aufrechterhaltung der Weimarer Verfassung von dieser Seite gefordert.

Demgegenüber wurde von mir geltend gemacht, daß das keine Revolution, sondern eine Evolution sei, an deren Zustandekommen die Mehrheitssozialdemokraten auch nicht das allergeringste Interesse hätten. . . .

Nicht mit der Sozialdemokratie, was gänzlich aussichtslos sei, sondern nur gegen sie, als Alleinschuldige für alles Unheil, was das deutsche Volk betroffen habe, müsse der Hebel zur Rettung des Vaterlandes angesetzt werden, dem deutschen Volk müßten die Augen über ihre Verbrechen geöffnet werden. Werde mit der nötigen Energie vorgegangen, so müsse und werde das Unternehmen gelingen, ohne bei sozialdemokratischen Führern eine Rückversicherung nehmen zu müssen. Durch eine solche würde das ganze Unternehmen sabotiert werden. Eine Schicksalswende des deutschen Volkes würde nicht in dieser furchtbaren Zeit durch den Stimmzettel und durch die politischen Parteien nationaler Richtung herbeigeführt werden können, zumal das bisherige politische Verhalten der nationalen Parteien das nötige Maß von politischem Zielbewußtsein, rücksichtslosen Oppositionsgeistes und eines großen idealen Schwunges entbehrten. Auch sie seien nur zu sehr geneigt, aus taktischen Erwägungen dem demokratischen Geiste, der das ganze Volk angefressen, Rechnung zu tragen, anstatt durch freien Bekennermut nach innen und außen zur Tat gewordenen Wahrheitsliebe das deutsche Volk wieder zur Besinnung zu bringen und aus dem Schlamm dieser Revolution, die weiter nichts als ein ungeheurer Lohnkampf sei, bar jeder politischen hohen Ideale und Ziele, sondern nur von materieller Begehrlichkeit getragen, wieder auf die Höhe nationaler Würde, Ehr- und Pflichtgefühls emporzuführen.

Diese tiefgreifenden Gegensätze waren abgesehen davon, daß das Militär sich nicht zum Handeln aufraffen konnte, die Veranlassung, daß die Ausführung des Unternehmens sich so lange hinzögerte und die früheren Gelegenheiten, die dem Gelingen ungleich günstiger waren, verpaßt wurden. Seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages und dem Inkrafttreten der Weimarer Verfassung arbeitete die Zeit einem solchen Unternehmen entgegen. Es ist nicht richtig, daß das März-Unternehmen mißglückt sei, weil es zu früh dafür war. Das Gegenteil ist richtiger. Es kam noch hinzu, daß der deutsche Michel sich immer mehr mit den durch die Revolution geschaffenen staatlichen Verhältnissen abfand, bei seiner Neigung zu glauben, es werde nicht alles so schlimm kommen, gewöhnte er sich auch von Woche zu Woche, von Monat zu Monat und von Jahr zu Jahr mehr an die Vorstellung, das durch die Revolution Geschaffene sei eine gottgewollte Notwendigkeit. . . .

Die zwischen der militärischen und politischen Stelle bestehende grundsätzliche Meinungsverschiedenheit über das Verhältnis zur Sozialdemokratie, welche nur scheinbar überbrückt worden war, ist dann bei der weiteren Entwicklung der Ereignisse und ihrem schließlichen Mißlingen zum Verhängnis geworden."

(Wolfgang Kapp, Zur Vorgeschichte des März-Unternehmens, S. 17 u. 19 ff., Nachlaß Kapp)

Dokument 17

Graf Westarp über seine Beteiligung an der politischen Vorbereitung:

„Bald nach Neujahr 1920 wurde meine Verbindung mit den Vorbereitungen Kapps enger. Im Januar suchte mich Graf Carmer Zieserwitz auf, der mir in der konservativen

Fraktion nahegestanden hatte, um mir mitzuteilen, daß Kapp ihn als Generallandschaftsdirektor von Schlesien mit führenden Personen anderer Provinzen eingeladen hatte, um sie für die Teilnahme an seinem Unternehmen zu gewinnen. Graf Carmer hatte trotz starker Bedenken wegen des Erfolges schließlich zugesagt, seine Mitwirkung aber mit einigen anderen Herren, . . . an die Bedingung geknüpft, daß ich in den engeren Kreis eintrete, der das Unternehmen vorbereite, und im gegebenen Augenblick dem gewaltsamen Vorgehen zustimme. . . . Bald darauf trat ich auf Aufforderung Kapps einem kleinen Ausschuß bei, der das Unternehmen politisch vorbereiten sollte. . . . Als Mitglieder stehen in meiner Erinnerung Kapp, Ludendorff und ein von v. Wangenheim besonders hochgeschätzter Oberverwaltungsgerichtsrat . . . Wir haben an dem Regierungsaufruf Kapps vom 13. 3. 1920 mitgewirkt und mit deutscher Gründlichkeit ein Programm für Gesetzgebung und Verwaltung in Angriff genommen. . . . Wir prüften mit Eifer, was der Diktator tun solle, nachdem er an die Macht gelangt war; auch die Personalien der zu ernennenden Minister, Oberpräsidenten usw. haben wohl auf unserem Arbeits-Programm gestanden.... Daran, daß wir die Voraussetzungen für das Gelingen des Staatsstreiches erörtert hätten, erinnere ich mich nicht."

(Westarp-Manuskript, Teil II, S. 76 f.)

Dokument 18

Die Abmachungen des Generals v. Lüttwitz mit den Generalen seines Befehlsbereiches und seine Gründe, die ihn zu dem Ultimatum vom 10. März veranlaßten:

„Eine Besprechung . . . mit den Generalen meines Befehlsbereiches hatte das Ergebnis, daß wir uns dahin einten, es müsse unbedingt besser für die Armee gesorgt werden; auch dürfe nicht zugelassen werden, was gegen des Vaterlandes und der Armee Ehre ginge und die Zustände im Reich aus innerer Schuld wieder verschlimmern könne.

Im einzelnen wurde als unablässig verlangt, notfalls mit Gewalt zu verhindern:

Die Auslieferung wegen angeblicher Kriegsverbrechen, die Verringerung der Reichswehr unter 200000 Mann. Es wurde noch hinzugefügt, daß nicht zugelassen werden dürfe:

Der Abfall von Teilen des Reiches,

der Wiedereintritt von Unabhängigen in die Regierung.

Später kam noch die Verhinderung der verfassungswidrigen Verschiebung der Reichstagswahlen hinzu. —

Es wurde ausdrücklich beschlossen, daß, wenn die Regierung auf Vorstellungen nicht nachgäbe, vor Anwendung von Zwang nicht zurückgeschreckt werden solle, soweit es die Erreichung dieser Bedingungen notwendig machen würde. Mehrere Teilnehmer verlangten allerdings, daß im Falle der Notwendigkeit, Zwangsmaßnahmen zu ergreifen, Verhandlungen mit prominenten Sozialdemokraten angeknüpft würden, um sie zu bewegen, mit uns zu gehen. Es handelte sich dabei hauptsächlich um Ebert und Noske. Ich habe mich späterhin dauernd an diese Forderungen gebunden. — . . .

Als Anfang 1920 der Antrag der beiden Rechtsparteien, die Reichstagswahlen bald vorzunehmen und die Wahl des Präsidenten durch das Volk stattfinden zu lassen, abgelehnt wurde und Truppenverminderungen in großem Stile stattfinden sollten, mußte dies den getroffenen Abmachungen gemäß verhindert werden. Die Weimarer Verfassung, an sich auf hochverräterischer Basis zustande gekommen, wurde nun von ihren Urhebern nicht einmal respektiert. Die beabsichtigte Verminderung der Armee unter

der drohenden Gefahr des Bolschewismus war ein Verbrechen. Der Sturm auf den Reichstag am 13. Januar 1920 hatte gezeigt, welche Macht der innere Bolschewismus wieder erreicht hatte; um ein Haar wäre es damals zu einem Blutbad gekommen und unabsehbare Folgen konnten eintreten. Man mußte nach den vorliegenden Nachrichten auch damit rechnen, daß sich im Sommer die russischen Heere in Bewegung setzen, die Randstaaten niederwerfen und an der Grenze Deutschlands erscheinen würden. Wenn dann der Bolschewismus auch im Innern sein Haupt erhob und von innen und außen gegen den gebrechlichen Staat angerannt wurde, war eine Armee von 100 000 Mann, worauf sie schon im April 1920 reduziert werden sollte, natürlich gänzlich unzureichend. Hatten wir doch z. B. im März 1919 zur Niederwerfung der Teilaufstände in Berlin 45 000 Mann gebraucht, später in München 33 000 Mann, dazu Zeitfreiwillige und Wehren.

Selbst eine ausländische Mission — die englische — hat zugegeben, daß wir damals zur Abwehr des Bolschewismus mindestens 200 000 Mann brauchten. Meine Vorstellungen bei Noske waren erfolglos; deshalb suchte ich um eine Besprechung mit dem Reichspräsidenten nach. Staatskommissar von Berger übernahm die Vermittlung. Nach Rücksprache mit dem Reichspräsidenten ließ Berger erkennen, daß meinen Wünschen Konzessionen gemacht werden würden. Man zeigte sich also geneigt, zu verhandeln. Meine Wünsche waren: Frühzeitigere Anberaumung der Reichstagswahlen, Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk, Berufung des einen oder anderen Fachministers, Einhaltung in der Verminderung des Heeres, zunächst bis die bolschewistische Gefahr überwunden sei."

(Walther Freiherr von Lüttwitz, Meine Erklärungen zum Kapp-Unternehmen, Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 13, Nr. 1463962—64)

Dokument 19

General v. Oldershausen, Chef des Stabes bei Lüttwitz, versucht seinen Befehlshaber zurückzuhalten:

„Ich hatte den General wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß meine Sorge vor linksradikalen Putschen mehr zurückträte, daß ganz gewiß unser Heil in einer ruhigen Entwicklung läge, ... Er ging auf diese meine Ausführungen sehr viel weniger ein als früher. ... ich begab mich darum — es muß ungefähr Ende Februar gewesen sein — mit meinem ersten Generalstabsoffizier, dem Major von Hammerstein, ... der übrigens auch Schwiegersohn des Generals von Lüttwitz war, der aber ganz und gar meiner Auffassung war, zu General von Lüttwitz hin und erklärte ihm ganz offen, ich wüßte ja nicht, wie weit er jetzt mit Kapp liiert sei, ich bäte ihn aber auf das dringendste, sich von Kapp freizumachen. Es kam dann zu einer heftigen Auseinandersetzung mit ihm. Er behauptete zunächst, der Generalstab hätte dazu kein Recht. Ich versuchte, ihm zu beweisen, daß in solch ernsten Dingen nicht nur der Chef, sondern jeder Generalstabsoffizier ein Recht hätte, seine Meinung zur Geltung zu bringen, und als wir uns auf diesem Punkte nicht einigten, habe ich ihm sehr klar erklärt, daß, wenn er etwa irgendwelche Gewaltmaßregeln vorhätte, von denen ich bestimmtes nicht wußte, so müßte ich ihm sagen, daß weder ich, noch sein Generalstab ihn dabei unterstützen würde. Ich möchte hierauf besonderen Wert legen, weil hier in einem Briefe von Herrn Kapp vor einigen Tagen die Rede davon gewesen ist, daß ich ein Doppelspiel getrieben hätte." ...

(Aussage vor dem Reichsgericht am 14. Dezember 1921, Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Nr. 1463125 f.)

Dokument 20

Das Ultimatum des Generals v. Lüttwitz vom 10. März 1920 nach den Aussagen der Beteiligten Oldershausen, Oven und Noske:

General v. Oldershausen:

„Der Herr Geheimrat von Berger vermittelte eine Unterredung beim Herrn Reichspräsidenten, die am 10. März abends stattfand, ich war gebeten worden, dazu zu kommen, ebenso General von Oven. Ich holte den General von Lüttwitz in seiner Wohnung ab und war auf das Äußerste überrascht, wie er mir plötzlich erklärte, daß er Forderungen aufstellen wollte, deren Nichterfüllung absolut klar war. . . . In politischer Beziehung wollte General von Lüttwitz sofortige Auflösung der Nationalversammlung und Neuwahlen zum Reichstage, Dinge, die ja schon im Reichstage abgelehnt waren. Dann wollte er Besetzung verschiedener Fachministerien, auch des Auswärtigen Amts und des Landwirtschaftsministeriums mit Fachleuten haben. In militärischer Beziehung verlangte er die Schaffung eines Oberbefehlshabers der gesamten Reichswehr in seiner Person, eine Absetzung des Generals Reinhardt von seinem Posten und viele andere Geschichten, die sich auf wirtschaftliche Fragen bezogen. . . .

Diese Unterredung verlief sehr dramatisch. Der General von Lüttwitz brachte seine Forderungen mit größter Heftigkeit und scharf vor. Ich hatte versucht, ihn davon abzuhalten, ihm auf das dringendste von dieser Sache abgeraten, . . . ich warnte ihn, mit Forderungen hervorzutreten, die gänzlich unerfüllbar waren, denn es müßte zu einem Bruch kommen. . . . Der Reichspräsident wies in großer Ruhe die politischen Forderungen zurück, weil er gar nicht anders konnte nach den Beschlüssen des Reichstages und versuchte, das eingehend zu begründen. Er sprach ungefähr ¾ Stunden lang, aber sehr ruhig und sachlich, während der Herr Reichswehrminister sofort sehr heftig wurde, die Forderungen auf das schroffste ablehnte und dem General von Lüttwitz erklärte: „Herr General, Sie sind ja im Winter schon öfter bei uns gewesen und sind mit Ihren Forderungen gekommen. Das waren aber immer Unterhaltungen, wo man mit Ihnen reden konnte. Jetzt haben Ihre Forderungen den Charakter eines Ultimatums und eines Pronunziamentos der Generale. Das können wir uns unter keinen Bedingungen gefallen lassen, und ich weise Sie (muß wohl heißen ‚sie') in jeder Beziehung schroff ab." Dann ging er auf die einzelnen Punkte ein, sagte, daß er dem General Reinhardt unendlich viel zu verdanken hätte und daß von einem Oberbefehl nicht die Rede sein könne."

General von Oven:

„Ich bin kurz vor der Audienz . . . zu Exz. Lüttwitz hingefahren und er hat mir gesagt, er wolle dem Herrn Präsidenten diejenigen Beschwerden vortragen, die ihm aus den Kreisen der Truppe zu Ohren gekommen wären, um auf diese Weise eine Unterhaltungsgrundlage zu finden. Wir sind dann zu dem Herrn Präsidenten hingefahren. . . .

Er war, als ich zu ihm in die Wohnung kam, in gewisser Erregung und fragte mich, ob ich mitfahren wolle; es würde unter Umständen dazu kommen, daß er festgesetzt würde . . . aber während des Vortrages seiner Punkte blieb er ruhig, sehr bestimmt . . . vielleicht war er etwas schroffer, . . . Es antwortete darauf der Herr Präsident Ebert zunächst, indem er ihm auseinandersetzte, was alles bereits von der Regierung erreicht wäre und daß auch weiter dafür gesorgt werden solle, daß die Militärpersonen in nicht zu große Not gerieten, daß aber die Verminderung der Armee nun mal eine Bedingung wäre, auf die wir eingehen müßten. Als zweiter antwortete Herr Noske, nach meinem Dafürhalten in einer sehr schroffen Weise. Er lehnte die Bedingungen und Verhandlungsfragen, die der General von Lüttwitz vorbrachte, schroff ab und erklärte, das wäre

die Sache des Reichspräsidenten und des Reichswehrministers. Der Herr General von Lüttwitz wäre dazu nicht berechtigt, diese Forderungen zu stellen."

Reichswehrminister Noske:

„Entweder am 10. März frühmorgens oder am Abend vorher ... ist mir von Offizieren des Reichswehrministeriums in allerdings noch unbestimmten Andeutungen eine Warnung zugegangen, ich möchte Lüttwitz scharf beobachten; es bestehe vielleicht die Möglichkeit, daß er Neigung habe, eine Dummheit zu machen. Dann sind mir auch darüber Mitteilungen zugegangen, daß zwischen Lüttwitz, dem Oberst Bauer, Herrn Kapp und dem früheren Hauptmann Pabst, Beziehungen beständen, die zu einer Gefahr werden könnten. Darauf ist mir ... mitgeteilt worden, daß der General von Lüttwitz beim Reichspräsidenten nachgesucht habe, zum Vortrag empfangen zu werden. ...

Lüttwitz hat bei dieser Besprechung militärische Beschwerden und Klagen vorgetragen, die uns nicht unbekannt waren; mangelhafte Unterbringung von Leuten, Mängel in der Bekleidung der Truppe, die abzuhelfen wir uns dauernd bemüht haben. Erneute Bedenken äußerte er darüber, daß eine Verringerung der Truppe vorgenommen werde, ... Wie ich vorhin schon andeutete, machte er sich das Programm der deutschnationalen Volkspartei: rasche Wahlen, Wahl des Reichspräsidenten, Berufung von sogenannten Fachministern in die Regierung durchaus zu eigen, wobei er wie früher bei allen Auseinandersetzungen auch diesmal nicht unterließ zu betonen, daß bei jedem Wechsel der Regierung eine selbstverständliche Voraussetzung sei, daß der Reichspräsident im Amte bleibe und daß er und die Truppe den größten Wert darauf legte, daß ich das Wehrministerium behielte.

Auf die politischen Probleme, zum Teil auf die militärischen Fragen ist der Reichspräsident in längeren Darlegungen eingegangen und darnach habe ich in einer Form, die dem General Lüttwitz keinen Zweifel darüber lassen konnte, zum Ausdruck gebracht, daß ich mir — ich habe auch dieses Wort gebraucht — unter keinen Umständen eine Pronunziamente von Generalen gefallen lasse. ...

Ich habe ihm schon an diesem Abend sagen können, beinahe in allen Einzelheiten, daß seine Annahme, er werde sich restlos auf die Offiziere und wahrscheinlich auch einen großen Teil der Mannschaften stützen können, völlig trügerisch sei.... Ich habe ihm schon damals auseinandergesetzt, daß die Truppe auseinanderspringen würde, wie Glas, wenn es geritzt wird, wenn man versucht, sie gegen die Verfassung einzusetzen und daß er mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit darauf rechnen könne, daß Mord und Totschlag die Folge einer solchen Auflehnung sei."

(Aussagen vor dem Reichsgericht, Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 12, Nr. 1463126 f. [Oldershausen]; Nr. 1463122 f. [Oven]; Nr. 1463120 f. [Noske])

Dokument 21

Dr. Kapp über die Zwangslage nach dem Ultimatum des Generals v. Lüttwitz:

„Das, was ich befürchtet hatte, traf ein. Lüttwitz' Forderungen wurden als eine direkte Drohung und Ansage von Gewalt aufgefaßt. Demgemäß wurde Lüttwitz seiner militärischen Stelle enthoben und es ergingen gegen eine Reihe von Persönlichkeiten u. a. gegen mich, Oberst Bauer, Major Pabst Schutzhaftbefehle.

Sollte unter diesen Umständen das Unternehmen überhaupt noch zur Ausführung kommen, so mußte nunmehr mit äußerster Beschleunigung gehandelt werden. Nach eingehenden Besprechungen mit den militärischen Stellen wurde ein dahingehender

Beschluß gefaßt, nachdem Kapitän Ehrhardt erklärt hatte, daß er bis zum 12. März abends seine Vorbereitungen abgeschlossen haben würde, auch von den andern beteiligten Stellen zugesichert war, daß die letzte Verständigung der kommandierenden Generale, Reichswehrkommandos am 12. erfolgen würde, auch das Revirement der Organe der allgemeinen Verwaltung in der Provinz, soweit Preußen in Betracht kam, so weit vorbereitet war, daß auch von diesem Gesichtspunkte aus an die Ausführung herangetreten werden konnte. Was die Berliner Zentralinstanzen anging, so durfte von der Erwartung ausgegangen werden, daß der Kern der hohen Bürokratie in den Ministerien noch treu an der alten staatlichen Ordnung hing. Auch war dabei die Hoffnung maßgebend, daß, wenn der Sturm losbrach, die allgemeine Begeisterung der nationalen Kreise dem Unternehmen die wünschenswerte Förderung und Unterstützung zuteil werden lassen würde."

(Wolfgang Kapp, Zur Vorgeschichte des März-Unternehmens, S. 23, Nachlaß Kapp)

Dokument 22

Ein Abteilungschef der Nationalen Vereinigung zum Stand der Vorbereitungen am 12. März 1920:

„Am 1. März 1920 begann ich meine Tätigkeit in der ‚Nationalen Vereinigung'. Mir wurde die Abteilung Ost übertragen, die das ganze Gebiet von der Elbe bis Memel bzw. zur deutschen Ostgrenze umfaßte. In Stettin, Königsberg, Breslau waren Provinzialstellen eingerichtet. Die Einzelmitglieder aus namhaften politischen Persönlichkeiten und Führern wirtschaftlicher und nationaler Verbände wurden außerdem besonders betreut. Von irgendwelchen Putschabsichten erfuhr ich nichts. . . .

Am Nachmittag des 12. März 1920, also am Tage vor dem Kapp-Putsch, kam die Sekretärin des Hptm. Pabst sehr aufgeregt zu mir: Es sei eine sehr wichtige Besprechung einberufen, zu der Hptm. Pabst unbedingt hätte kommen sollen. Dieser sei aber plötzlich abgereist, sie wüßte nicht wohin. Als dienstältester Abteilungschef müsse ich an der Besprechung teilnehmen.

Als ich zu dieser Besprechung in einer Privatwohnung in der Nähe des Lützowplatzes erschien, lernte ich dort den Generallandschaftsdirektor Kapp kennen, den General v. Lüttwitz kannte ich noch als Soldat, desgleichen den Oberst Bauer, der einst in der OHL gewesen war. Ich traf dort einen Herrn des Alldeutschen Verbandes und lernte kennen den Kapitän Ehrhardt, einen englischen Journalisten Mr. Trebitsch-Lincoln und noch 1 bis 2 Herren. In diesem Kreis erfuhr ich zum ersten Mal, was gespielt werden solle: Unter dem Druck drohender Verhaftungen und der Auflösung der Freikorps-Verbände solle losgeschlagen, die Regierung verhaftet und am nächsten Morgen Berlin besetzt werden.

Darauf stand ich auf und sagte etwa: ‚Ich bin zwar erst seit dem 1. 3. als Abteilungschef Ost in der ‚Nationalen Vereinigung', aber in diesen 12 Tagen hat es kein Gespräch, keinen Anruf, kein Schreiben gegeben, das mit einem solchen Plan zusammengehangen hätte. *So kann* in der Zeit vor dem 1. März keine Organisation aufgebaut worden sein, daß man plötzlich heute auf den Knopf drücken könnte und es dann funktionieren solle. Ich kann so nur annehmen, daß *nichts* dafür wirklich vorbereitet ist und warne daher dringend vor einem solchen Putschversuch.'

Darauf sprang Kapitän Ehrhardt mit hochrotem Kopf auf und erklärte, seine Truppen hätten schon ihre Vormarschbefehle, er könne sie gar nicht mehr erreichen. (Dies stellte sich später als unwahr heraus!) Der Putsch müsse stattfinden.

General v. Lüttwitz als ältester und verantwortlicher Soldat glaubte ihm jedoch. So wurde der Putsch beschlossen. . . .

Ich ging daraufhin auf mein Büro in der Schellingstraße und telefonierte von dort mit unseren Landesstellenleitern in Königsberg, Breslau, Stettin — soweit man in solcher Lage überhaupt telefonisch etwas übermitteln konnte: Sie sollten am nächsten Morgen frühzeitig auf ihrem Büro erreichbar sein. Die Morgenzeitungen würden wohl interessante Nachrichten bringen."

(Brief des Generalleutnants Jenö v. Egan-Krieger vom 2. Juli 1958 an den Verfasser)

Dokument 23

Aus dem Bericht der Berliner Sicherheitspolizei über die Abwehrmaßnahmen im Regierungsviertel am 12. März:

„Am anderen Morgen, 12. 3. vorm. 10 Uhr, wurde plötzlich die Garnison und die Sicherheitspolizei Berlin auf Befehl des Reichswehrministers in Alarmzustand versetzt und bald darauf Oberst Arens zum Reichsw. Gr. Kdo.[1]) bestellt. Hier wurden, da mit ziemlicher Sicherheit feststand, daß L.[2]) nunmehr losschlagen würde, die Abwehrmaßnahmen besprochen. Inzwischen war nämlich auch bekannt geworden, daß die Verhaftungen mißlungen seien. Unter dem Befehl des Oberst v. Thaysen wurde eine aus Reichswehr und Sicherheitspolizei zusammengestellte Abteilung zum Schutze des Regierungsviertels bestimmt. Im übrigen wurden die Garnison Berlin und Umgegend einschl. der Sicherheitspolizei alarmbereit gehalten.

Aus der Art dieser militärischen Abwehrmaßnahmen ging bereits hervor, daß von der diesen Befehl gebenden Stelle an einen ernsthaften Widerstand gegen die heranrückenden Truppen nicht gedacht wurde, denn man begnügte sich lediglich mit dem örtlichen Schutz des Regierungsviertels, unterließ aber jede Maßnahme den von Döberitz heranrückenden Truppen außerhalb der Stadt Widerstand zu leisten, was allein hätte Erfolg haben können. Vor solchen Maßnahmen scheute offenbar die Befehlsstelle zurück, da sie anscheinend Blutvergießen vermeiden wollte. Oberst Arens hielt unter diesen Umständen eine Klärung der Frage, ob geschossen werden sollte oder nicht, für unbedingt notwendig, um das Schauspiel eines etwaigen Zwiespaltes in dem Verhalten der Reichswehr und Sicherheitspolizei zu vermeiden. Es wurde infolgedessen Major Bruer vom Kdo. zum General v. Oven geschickt, um die Frage des gemeinsamen Verhaltens zu klären. General v. Oven äußerte sich dahin, daß Reichswehr und Sicherheitspolizei unbedingt nach einheitlichem Befehl handeln müsse, daß wenn also geschossen werden sollte, auch beide Formationen schießen müßten. Im übrigen erklärte er, daß er einen Kampf unmittelbar im Regierungsviertel für aussichtslos, in inner- und außenpolitischer Beziehung für verhängnisvoll halte. Er habe deshalb auch den Reichswehrminister Noske wissen lassen, daß mit allen Mitteln versucht werden müsse, einen Kampf zu vermeiden. Nach dieser Auskunft blieb die Frage des Waffengebrauchs nach wie vor offen und lag lediglich in der Entscheidung eines Unterführers. Darum fuhren Oberst Arens und Major Bruer abermals 9 Uhr abends zu General v. Oven, um einen klaren Befehl zu erwirken. Während dieser Besprechung im Hause des Generals v. Oven erschien der Chef der Heeresleitung, General Reinhardt. Das Ergebnis der Unterredung war, daß General v. Oven zum Oberst v. Thaysen nach der Reichskanzlei fuhr, um den Befehl zum Schießen zu geben.

---

[1]) Reichswehrgruppenkommando

[2]) Lüttwitz

Da sich das Kommando der S. P.[1]) des Eindrucks aber nicht erwehren konnte, daß die Reichswehr trotz dieses Befehls doch nicht schießen würde, fuhren der Oberst v. Schönstadt und Oberst Arens zum Reichswehrgruppenkommando. Der Eindruck, daß die Reichswehr nicht schießen würde, war inzwischen durch Tatsachen verstärkt. Der Chef des Generalstabes des Wehrkreiskommandos 3, Oberstlt. Wetzell, war ebenfalls anwesend. In der folgenden Besprechung kamen alle Stellen überein, daß die Truppen tatsächlich nicht schießen würden, auch wenn der Befehl dazu gegeben sei. Major v. Hammerstein teilte dies dem Generalmajor v. Seeckt mit, der seinerseits erklärte, daß es nicht angängig sei, eine ‚Felddienstübung mit scharfen Patronen abzuhalten'."

(Bericht über die Stellung der Sicherheitspolizei zu dem Putsch . . . am 13. März 1920, vom 22. März 1920, Nachlaß Heine 36/6)

Dokument 24

Aus den Erinnerungen des Generalmajors Dr. Gustav Krukenberg, z. Z. des Putsches Hauptmann im Generalstab des Wehrkreiskommandos III (Berlin), über die Lage des Oberst v. Thaysen bei der Sicherung des Regierungsviertels:

„Erst als die Dunkelheit bereits eingebrochen war, erhielt General von Oven unter gleichzeitiger Beauftragung mit der Stellvertretung des Generals von Lüttwitz vom Chef der Heeresleitung den Befehl, für alle Fälle je eines der beiden in Berlin liegenden Infanterie-Regimenter zum Schutz des Regierungsviertels und des Reichswehrministeriums in Marsch zu setzen. Oberst von Thaysen wurde in die Wilhelmstraße, Oberst von Kayser in die Bendlerstraße beordert. . . .

Oberst von Thaysen sagte mir bei meinem Eintreffen, daß er sich innerlich in einem Konflikt befinde. . . . Nachdem der Kaiser uns alle von unserem Treueid entbunden habe, hätte er mit seiner Truppe mit gutem Gewissen den Eid auf die neue Verfassung geleistet. Diesen zu halten sei für ihn und seine Untergebenen eine Selbstverständlichkeit, wenn er auch sagen müsse, daß der ihm jetzt erteilte Sicherungsauftrag, wegen der Art, wie man sich von oben den Marinebrigaden gegenüber der Versprechungen entziehen wolle, ihm äußerst unwillkommen wäre. Es sei ein großes Unglück, daß die Einheit der so mühsam wieder aufgebauten Wehrmacht durch alles dies in Gefahr gebracht werde. Wörtlich meinte er: ‚Ehrhardt kann in Berlin spazieren gehen wo er will. Nur in meinen Bereich darf er nicht kommen. Sollte er es versuchen, werden sich seine Leute blutige Köpfe holen!' Selbst in diesem Augenblick war auch ihm also von politischen Absichten des General von Lüttwitz nichts bekannt. Ebenso wie ich faßte er alles als einen Kampf um Versorgungsfragen auf. . . .

Gegen Mitternacht wurden wir von Generalmajor von Hülsen persönlich aufgesucht. Er teilte mit, daß auch der Versuch des General von Oven gescheitert sei. Die Marinebrigade hätte ihren Marsch nach Berlin angetreten. Übereinstimmend mit General von Lüttwitz hätten ihre Führer der Reichsregierung ein bis zum 13. März 7.00 Uhr vormittags befristetes Ultimatum gestellt, daß auch politische Forderungen, vor allem auf Neuwahlen und Umbesetzung der Ministerien, enthielte. Näheres darüber sei ihm aber nicht bekannt. Bei Nichterfüllung würde die Brigade das Regierungsviertel zu besetzen suchen. Für diesen, von ihm für wahrscheinlich gehaltenen Fall, habe für das Regiment des Oberst von Thaysen als Richtlinie zu gelten: ‚Truppe kämpft nicht gegen Truppe!' Auf die Frage, wie das gedacht sei, meinte der General, daß Ehrhardt und seinen Leuten jedenfalls kein bewaffneter Widerstand zu leisten wäre."

(Gustav Krukenberg, Am Rande des Kapp-Putsches, S. 8—10)

[1]) Sicherheitspolizei

Dokument 25

Aufzeichnungen des Reichsinnenministers Koch und des Unterstaatssekretärs Albert über die Kabinettssitzung in der Nacht vom 12. auf den 13. März:

„Heute nacht um 4 Uhr geweckt. Kabinettssitzung! Ebert, Bauer, Müller, David, Reinhardt, Giesberts, Noske, Albert, Riezler, dann ich, später Schiffer. Baltikumtruppen und Marinebrigade (?) im Anmarsch von Döberitz. Eigene Truppen zu schwach, auch schwerlich geneigt zum Schießen. Sicherheitswehr erklärt sich neutral. Ultimatum geht auf Absetzung von Nichtfachministern. (Müller, Oeser, Giesberts, Schmidt). Das ist natürlich Bauernfängerei für die, die sonst nicht mitmachen. . . . Ultimatum wird abgelehnt. Unentschiedenheit ob bleiben oder fliehen, ob Truppen kämpfen lassen oder zurückziehen, oder vom Treueid entbinden. Kampf der Truppen nach Reinhardt aussichtslos. Beiderseits wird nicht geschossen werden. Die größere Masse schiebt sich vor. Bleiben ist gleichbedeutend mit ausgeschaltet werden. Vermutlich mit Schutzhaft. Fortgehen kann als Schwäche gedeutet werden. David für bleiben, Albert, Riezler für fliehen. Ich weise darauf hin, wenn die Truppen kämpfen wollen, wir auch bleiben müssen. Wenn anderswo noch irgendeine Aussicht ungestört Gegenmaßnahmen treffen zu können, muß gefahren werden. Zurückbleiben sollen nur ein paar Minister mit Vollmacht zu verhandeln, aber nicht das Kabinett zu binden. Merker[1]) wird als angeblich zuverlässig bezeichnet und Dresden vorgeschlagen. Ebert und Bauer entschließen sich ungern, Schiffer soll bleiben. Er stellt Liste derer auf, die bleiben sollen, . . . Als alles fertig ist, bekommt Ebert Bedenken, denn es stellt sich heraus, daß viel zu wenige fahren und die Sache nicht eine Neukonstituierung der Regierung an anderem Orte, sondern eine Flucht Weniger wird, denn die Abwesenden sind nicht mehr zu benachrichtigen. Auch glaubt er, es ist zu spät, da die Truppen schon fast da sein sollen. Bauer schließt sich an. Ich rate dringend zur Flucht, weil sonst die Regierung glatt erledigt ist. Vergeblich. Plötzlich schreiendes Zanken Rauschers mit David, der ihm zu weise für Bleiben plädiert. Schiffer tritt wieder herein. Seiner Entschiedenheit gelingt es, das Umwerfen des Beschlusses zu verhindern. Ich entschließe mich nicht mit Ebert, sondern mit Giesberts zu fahren, damit nicht alle auf einmal geklappt werden. . . . Ich schlage Giesberts vor um 8 Uhr vom Anhalter Bahnhof Schnellzug zu fahren, rufe von dort 7 Uhr Reichskanzlei an. Kapp nach Brechts Mitteilung schon dort, verhandelt weder mit Schiffer, noch mit Albert, übernimmt die Gewalt. Hole unter diesen Umständen noch Geßler ab, dessen Bleiben zwecklos wird; wenn nicht verhandelt wird, kommt jetzt alles darauf an, möglichst bald in Dresden zu sein."

(Nachlaß Koch 25, Tagebuch vom 13. März 1920)

Unterstaatssekretär Albert:

„Auf der Grundlage dieser Vorbesprechungen[2]) drehte sich die eigentliche Kabinettssitzung im wesentlichen um folgende 2 Punkte:

1. Soll Widerstand geleistet werden oder nicht?
2. Soll die Regierung in Berlin bleiben oder ihren Sitz nach einem andren Ort verlegen und wohin?

. . .

Zu Punkt 1 wurde beschlossen, daß kein Widerstand geleistet werde und die Truppen zurückgezogen werden sollten. Maßgebend waren die einstimmigen Gutachten der Generäle, die sich mit Ausnahme des Generals Reinhardt gegen jeden militärischen

[1]) muß heißen „Maercker"

[2]) Gespräche der Minister vor Beginn der Kabinettssitzung

Widerstand aussprachen. Auf Grund dieser Gutachten ergaben sich folgende Erwägungen:

Es erschien zweifelhaft, ob die der Regierung zur Verfügung stehenden Truppen trotz des entschlossenen Auftretens des Generals Reinhardt zu ernstlichem Widerstand zu bewegen wären. Es wurde die suggestive Kraft der geschlossen anrückenden meuternden Truppen befürchtet, zumal der Anmarsch auf Befehl des Kommandierenden Generals von Lüttwitz erfolgte, dessen Befehl formal auch die der Regierung zur Verfügung gebliebenen Truppen unterstanden bzw. unterstanden hatten. Im Falle es aber wirklich zu einem ernstlichen Kampfe kam, war nicht zweifelhaft, daß er für die Regierung ungünstig ausging, da die meuternden Truppen an Zahl, Bewaffnung und innerem Zusammenhang überlegen waren. Die Regierung riskierte also nach diesem militärischen Gutachten entweder ein Übergehen der noch regierungstreuen Truppen oder eine Niederlage nach schwerem Blutvergießen. Wurden die Truppen aber zurückgezogen, so waren sie mit ihrem Eide nicht in Konflikt gekommen und blieben bei dem zu gewärtigenden baldigen Zusammenbruch des Abenteuers für später sofort wieder verwendungsbereit. Dieselben Erwägungen waren bezüglich der Sicherheitswehr maßgebend. Sie haben sich später als durchaus zutreffend erwiesen.

Zu Punkt 2 wurde beschlossen, den Sitz der Regierung nach Dresden zu verlegen, um der Regierung die nötige Handlungsfreiheit zu gewährleisten. Zurückbleiben sollten lediglich der Justizminister, Schiffer, als Vertreter des Reichskanzlers mit dem Chef der Reichskanzlei. Alle übrigen Minister, auch die nicht anwesenden, sollten ersucht werden, der Regierung nach Dresden möglichst bald zu folgen.

Die Kabinettssitzung schloß etwa um 5 Uhr morgens."

(Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs Albert vom 10. Juni 1920, Akten der Reichskanzlei, Mikrofilm, Nr. K 537782—84)

Dokument 26

Dr. Kapp über die Folgen der Flucht der Regierung im Hinblick auf die Erfolgsaussichten des März-Unternehmens:

„Als ich, wie verabredet war, in der Frühe des 13. März bald nach 6 Uhr mit Kapitän Ehrhardt und General v. Lüttwitz auf der Charlottenburger Chaussee an der Ecke der Siegesallee zusammentraf, erfuhr ich erst die Verhandlungen der voraufgegangenen Nacht und die Flucht der Regierung Ebert. Auch hier hatte wieder die Vorstellung, gemeinschaftlich mit der vaterlandslosen Sozialdemokratie Deutschland retten zu können, ihren verderblichen Einfluß ausgeübt. Ich stand einer vollendeten Tatsache gegenüber und war nicht mehr in der Lage, ohne diejenigen, die sich meiner Sache angeschlossen hatten, preiszugeben — zu opfern — jetzt noch von der Ausführung des Unternehmens zurückzustehen. Das Schlimmste war aber, daß durch die Verhandlungen der Nacht die Regierung rechtzeitig hatte entwischen können und meine Anordnung, sie festzusetzen, nicht zur Ausführung gebracht worden war. Dadurch wurde von Anfang an der Dualismus zwischen der alten und neuen Regierung geschaffen. Die hierdurch für die neue Regierung hervorgerufene Lage war nicht nur taktisch, sondern auch materiell eine sehr ungünstige. Schließlich ist dieser Dualismus Schuld daran gewesen, daß die große Zahl derjenigen, die erst den Erfolg abwarten wollten, ehe sie sich für eine Partei entschieden, die sogenannten Mitläufer, sich dem Unternehmen nicht von vornherein anschlossen, obwohl die Begeisterung in den beiden ersten Tagen in heller Flamme aufloderte. Dieser Dualismus mit dem Weiterbestehen der Ebert-Regierung war aber vor allen Dingen auch daran schuld, daß die Bürokratie und die Generalität im Hinblick auf

den auf die Weimarer Verfassung geleisteten Eid allerdings vorwiegend aus Zweckmäßigkeitsgründen sich dem Unternehmen in seinem weiteren Verlauf versagten. Ebert und Genossen hatten dies sehr wohl erkannt und von Anfang an den Hebel an diesem Punkt eingesetzt. Schließlich war es auch dieser Dualismus, der letzten Endes die alten Machthaber bestimmte, als quasi Vertreter der öffentlichen Gewalt den politischen Generalstreik zu verkünden."

(Wolfgang Kapp, Zur Vorgeschichte des März-Unternehmens, S. 24 f.)

Dokument 27

Der Aufruf des „Reichskanzlers Kapp" vom 13. März 1920:

Aufruf des Reichskanzlers.

Reich und Volk sind in schwerer Gefahr. Wir nähern uns mit rasender Geschwindigkeit dem vollkommenen Zusammenbruch des Staates und der Rechtsordnung. Das Volk fühlt nur dumpf das kommende Unheil. Die Preise steigen unaufhaltsam. Die Not wächst. Hungersnot droht. Korruption, Wucher, Schieberei und Verbrechen treten mit immer größerer Frechheit auf. Die autoritätslose, ohnmächtige und mit der Korruption verschwisterte Regierung ist nicht imstande, die Gefahr zu beschwören. Fort mit einer Regierung, in der ein Erzberger der führende Geist ist!

Vom Osten droht uns Verwüstung und Vergewaltigung durch den kriegerischen Bolschewismus. Ist diese Regierung imstande, ihn abzuwehren? Wie entgehen wir dem äußeren und inneren Zusammenbruch?

Nur indem wir eine starke Staatsgewalt wiederaufrichten. Welche Idee soll uns dabei leiten?

Keine Reaktion, sondern eine freiheitliche Fortbildung des Deutschen Staates, Wiederherstellung der Ordnung und der Heiligkeit des Rechtes. Pflicht und Gewissen soll wieder in deutschen Landen regieren. Deutsche Ehre und Ehrlichkeit soll wiederhergestellt werden.

Die ohne Mandat weiter regierende Nationalversammlung erklärt sich in Permanenz. Verfassungswidrig schiebt sie die Wahlen bis in den Herbst hinaus. Statt die Verfassung zu hüten, die sie erst feierlich beschlossen hat, will eine herrschsüchtige Parteiregierung schon heute dem Volk das wichtige Grundrecht der Präsidentenwahl entziehen.

Die Stunde der Rettung Deutschlands geht verloren; darum bleibt kein anderes Mittel übrig als eine Regierung der Tat.

Welches sind die Aufgaben, die sich die neue Regierung stellt?

Die Regierung wird
den Friedensvertrag unter Wahrung der Ehre des deutschen Volkes und seiner Lebens- und Arbeitsfähigkeit ausführen, soweit es möglich ist und nicht Selbstvernichtung bedeutet.

Die Regierung wird
die Finanz- und Steuerhoheit der Bundesstaaten, die sie zur selbständigen Erfüllung ihrer Kulturaufgaben nötig haben, auf verfassungsmäßig föderativer Grundlage wiederherstellen.

Die Regierung wird
die Kriegsanleihen als gerechte Gegenleistung für treu erfüllte vaterländische Pflicht sicherstellen und ihre demnächstige Rückzahlung einleiten.

Die Regierung wird
zur Wiederaufrichtung des Staates den ländlichen und städtischen Grundbesitz zu entsprechender Steuerleistung heranziehen. Nach schweren staatlichen Zusammenbrüchen ist es immer der Grundbesitz gewesen, der die Opfer der Wiederaufrichtung tragen mußte. Die Regierung erwartet, daß er auch jetzt seiner vaterländischen Ehrenpflicht genügt.

Die Regierung wird
aber dem Grundbesitz, damit er in den Stand gesetzt wird, solche Opfer zu tragen, die wirtschaftliche Freiheit zurückgeben. Hieraus allein wird eine Hebung der Produktion und der Staatsfinanzen erwachsen. Zugleich wird es ihre Hauptsorge sein, Minderbemittelte und Festbesoldete mit Nahrungsmitteln zu erträglichen Preisen zu versorgen.

Die Regierung wird
Streiks und Sabotage rücksichtslos unterdrücken. Gehe jeder friedlich seiner Arbeit nach. Jede arbeitsfreudige Hand ist unseres nachdrücklichen Schutzes sicher: Streik ist Verrat am Volk, an Vaterland und Zukunft.

Die Regierung wird
die Arbeiterschaft zum Zwecke der wirtschaftlichen Neuordnung in hervorragendem Maße zur Vorbereitung und zur tätigen Mitarbeit neben den anderen Berufs- und Erwerbsständen heranziehen. Sie wird nicht eine des einseitigen Kapitalismus sein, sie will vielmehr die deutsche Arbeit vor dem harten Schicksal der internationalen Verknechtung unter das Großkapital behüten und hofft durch diese Maßnahmen der Staatsfeindschaft der arbeitenden Klassen ein Ende zu bereiten.

Die Regierung wird
die bestehende Versicherungs-Gesetzgebung mit einem freiheitlichen Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter ausstatten.

Die Regierung wird
ein Heimstätten-Gesetz für Stadt und Land bringen, welches jedem Deutschen den Zugang zum Grundeigentum und zum Eigentum überhaupt erleichtert.

Die Regierung wird
dem seit den Novembertagen zurückgesetzten Beamtentum aller Grade wieder zu seinem Recht verhelfen und seine Interessen in jeder Hinsicht wahrnehmen. Dafür verlangt sie von ihren Beamten den alten Geist treuer Pflichterfüllung im Dienste des Gemeinwohls.

Die Regierung wird
es als ihre heiligste Pflicht betrachten, den Kriegsbeschädigten und den Hinterbliebenen der gefallenen Krieger ihre wohlverdienten Bezüge in vollstem Maße sicherzustellen.

Die Regierung wird
für die das Vaterland gegenwärtig mit der Waffe schützenden Soldaten und ihre Angehörigen nachdrücklich sorgen und ihnen gegen persönlichen und wirtschaftlichen Boykott jeden Schutz zuteil werden lassen. Das gleiche gilt für die Zeitfreiwilligen und die Angehörigen der Einwohnerwehr, Sicherheitswehr, Polizei, Gendarmerie und der technischen Nothilfe.

Die Regierung wird
die Freiheit der Kirchen gewährleisten und die nationale und religiöse Erziehung wiederherstellen.

Absplitterungsversuche vom Reich werden als Hoch- und Landesverrat standrechtlich erledigt. Wir sind stark genug, unsere Regierung nicht mit Verhaftungen und anderen Gewaltmaßregeln zu beginnen. Aber wir werden jede Auflehnung gegen die neue Ordnung mit schonungsloser Entschlossenheit niederschlagen.

Wir werden regieren nicht nach Theorien, sondern nach den praktischen Bedürfnissen des Staates und des Volkes in seiner Gesamtheit. Nach bester deutscher Überlieferung hat der Staat über allem Kampf der Berufsstände und der Parteien zu stehen. Er ist der unparteiische Richter in dem gegenwärtigen Kampf zwischen Kapital und Arbeit. Jede Klassenbevorzugung, sei es nach rechts oder nach links, lehnen wir ab. Wir kennen nur deutsche Staatsbürger. Jeder deutsche Staatsbürger, der in dieser schweren Stunde dem Vaterlande gibt, was des Vaterlandes ist, kann auf uns bauen.

Tue jeder seine Pflicht! Heute ist Arbeit die vornehmste Pflicht für jedermann. Deutschland soll sein eine sittliche Arbeitsgemeinschaft!

Die Farben der Deutschen Republik sind
Schwarz-Weiß-Rot!
Der Reichskanzler
Kapp.

(Flugblatt aus der Zeitgeschichtlichen Sammlung des Bundesarchivs, 2—16/3. Abgedruckt auch bei Robert Jansen, Der Berliner Militärputsch und seine pol. Folgen, S. 55 ff.)

Dokument 28

Aus der Niederschrift des preußischen Landtagsabgeordneten Garnich über die Besprechung der Vertreter der DVP mit Dr. Kapp am 13. März nachmittags:

„*Frage:* Wie ist die Zusammensetzung der Regierung geplant?

Kapp: Wir wollen ein über den Parteien stehendes Ministerium bilden, und wir nehmen keinen Anstand, auch Arbeitervertreter darin aufzunehmen. Wenn es sich aber zeigt, daß diese dabei die neue Staatsautorität unterwühlen wollen, dann werde ich schonungslos eingreifen. Ich bin der Ansicht, daß bei gewalttätiger Widersetzung eine solche Schonungslosigkeit gegen wenige zugleich die größte Schonung für das Volksganze darstellt. Wenn hier rücksichtslos durchgegriffen wird, so wird das Beispiel auch die nötige Wirkung ausüben. Die Presse ist für heute und morgen verboten. Sollten am Sonntag in der radikalen Presse Aufforderungen zum Gewaltstreik zu finden sein, so wird man die Verteilung der betreffenden Zeitungen verhindern. . . .

Frage: Wie stellen Sie sich zur Ausschreibung der Neuwahlen und beabsichtigen Sie etwa das Wahlgesetz zu ändern? Wir halten ersteres für sofort geboten und würden jede Antastung des jetzigen Wahlrechts bekämpfen.

Kapp: Neuwahlen sollen sobald wie möglich ausgeschrieben werden. Bezüglich des Wahlrechts glaube ich, daß wir für den Reichstag das bisherige radikale Wahlrecht vertragen können, wenn wir als Ausgleich das Zweikammer-System, und zwar für die erste Kammer auf berufsständischer Grundlage einführen. Im übrigen könnte man vielleicht das Wahlalter in die Höhe setzen, da die heranwachsende Jugend durch den Krieg ungeheuer verwildert und politisch unreif ist. Ich persönlich bedaure, daß s. Z. das Wahlrecht der Frauen eingeführt worden ist, da der deutschen Frau durch ihre politische Betätigung das Beste abgestreift wird, was sie hat. Im übrigen wird das Interesse der Frau an den Wahlen sowieso bald erlahmen und sie wird später überhaupt nicht mehr wählen, wie das die Erfahrung mit dem Wahlrecht in Norwegen gelehrt hat.

Frage: Welche Finanzpolitik soll geführt werden?

Kapp: Wir müssen vor allem die innere Finanzkraft heben, dann kommt die Besserung der Valuta von selbst. Man könnte hierbei die Kriegsanleihen als vorläufiges Zahlungsmittel bestimmen. Das würde zwar eine neue gewaltige Inflation bedeuten, aber das Reich spart dabei Milliarden an Zinsendienst. Der Inlandspreis muß dem Auslandspreis angenähert werden, eher können wir in Deutschland nicht gesunden. Bei der Steuerverteilung muß der städtische und ländliche Grundbesitz herangezogen werden. Eine Wiederaufrichtung unserer Finanzen ist nur möglich, durch entsprechende Übernahme der Lasten durch den Grundbesitz. Wir müssen erwarten, daß die Landwirte, die ja andererseits von der jetzt bestehenden Zwangswirtschaft befreit werden sollen, sich dieser vaterländischen Ehrenpflicht unterziehen werden. Im übrigen wollen wir keine Hochflut von neuen Verordnungen auf allen Gebieten ergehen lassen, sondern nur die unbedingt notwendigen Anordnungen treffen, die dann zur nachträglichen Prüfung und Genehmigung der späteren Volksvertretung unterbreitet werden sollen.

Frage: Wie soll das Kabinett zusammengesetzt werden?

Kapp: Wir wollen keine Parteiminister, sondern Fachminister. Bisher ist nur Traub von der Deutschnationalen Partei als Minister bestimmt worden, aber auch hier nicht als Parteimann. Mit dem bisherigen Kollegialsystem in der Regierung wollen wir aufräumen. Der Reichskanzler ernennt die Reichsminister, die ihm ebenso wie die preußischen Minister unterstehen sollen. Wenn wir hiernach also auch keine Parteiregierung sein wollen, so legen wir naturgemäß großen Wert auf ein gutes Einvernehmen mit den rechtsstehenden Parteien."

(Nachlaß Stresemann, Mikrofilm, Nr. 139522—24)

Dokument 29

Dr. Kapp über die Gegensätze zu den Militärs und seinen geringen Einfluß auf den Gang der Ereignisse:

„Das März-Unternehmen, darüber sind doch wohl alle Eingeweihten sich klar, bezweckte in Wirklichkeit doch etwas ganz anderes als seine durch General v. Lüttwitz in der Kreuz-Zeitung jetzt gegebene Charakterisierung. Es ist offenbar, daß der Verteidiger des Generals, wie ich aus einer Unterredung entnehme, die meine Tochter seinerzeit mit Rechtsanwalt Dr. Alsberg in Berlin hatte, sich auf den Standpunkt stellen wird, daß Hochverrat gar nicht in Frage komme, daß im Gegenteil die Verfassung von uns nur geschützt worden sei. Einige Kopfschmerzen macht hierbei der Verteidigung nur der Schlussatz des März-Aufrufes, in dem es heißt: „Die Farben der deutschen Republik sind Schwarz-Weiß-Rot!"

Eine solche Darstellung entspricht dem wirklichen Hergang doch in keiner Weise. Ich kann daher diesen Weg nicht mitbetreten. Es handelt sich hier um historische Vorgänge, die nicht durch die Hauptbeteiligten in einem gerichtlichen aktenmäßigen Verfahren gefälscht werden dürfen. . . .

Nach den getroffenen Vereinbarungen sollte die Truppe die Regierung stürzen und ich nach ihrem Sturz die politische Führung übernehmen. Bei dem Übergewicht, das hiernach das Militär zu Beginn der Aktion hatte, standen mir die Machtmittel nicht zu Gebote, um zu verhindern, daß das März-Unternehmen in seiner ganzen Durchführung von Anfang an etwas ganz anderes geworden ist, als das, was ich persönlich für unser Volk damals gewollt und erhofft hatte. Es fing damit an, daß es durch Lüttwitz trotz meiner eindringlichen Warnung am 10. März in seiner Unterredung mit Ebert und Noske diesen förmlich angekündigt wurde. Die Antwort war, daß Lüttwitz schon am nächsten Tage seines Amtes enthoben wurde und die bekannten Schutzhaftbefehle

ergingen. Es folgten am Vorabend des Unternehmens ohne mein Wissen die Verhandlungen über eine Verständigung, die von den Generälen v. Oldershausen und v. Oven, im Einvernehmen mit der Regierung, Ehrhardt angeboten wurde. Ehrhardt wurde von den beiden Generälen ehrenwörtlich erklärt, daß die Sicherheitswehr gegen ihn marschieren würde, wenn er von Döberitz gegen Berlin vorrücke. Hierdurch wurde Ehrhardt veranlaßt, sich auf Verhandlungen einzulassen, die mit dem von ihm gestellten bis zum nächsten Morgen 7 Uhr laufenden Ultimatum endeten. Infolgedessen wurde meine Anordnung, die gesamte Regierung Ebert in der Nacht vom 12. zum 13. März zu verhaften, nicht ausgeführt, worauf ich mich fest verlassen hatte. . . . Dadurch wurde der unglückselige Dualismus einer alten und einer neuen Regierung geschaffen, der den Anhängern der alten Regierung einen Sammelpunkt gab und allen unzuverlässigen Elementen und den sogenannten Mitläufern Zeit ließ, erst einmal die weitere Entwicklung der Ereignisse abzuwarten. Hier setzte auch der Gegenstoß der alten Regierung ein. Dieser Dualismus hatte zur weiteren Folge, daß von den militärischen Stellen immer wieder darauf gedrungen wurde, mit der alten Regierung zu verhandeln, um zwischen beiden Lagern eine Verständigung herbeizuführen. Trotz dringlichen Abratens meinerseits drang diese Absicht nach dem Eingreifen des Generals Maercker schließlich durch, obwohl es von vornherein klar sein mußte, daß der andere Teil eine Verständigung gar nicht wollte und sich auch diesmal nur, um Zeit zu gewinnen, scheinbar auf Verhandlungen einließ. So wurde statt zu handeln von Anfang an nur verhandelt. Dadurch wurde dem Unternehmen die Stoßkraft genommen. An ihre Stelle trat zerfahrene Unsicherheit, weil immer wieder die Ergebnisse schwebender Verhandlungen abgewartet wurden. Hierdurch wurden weite Volkskreise, die mit Recht Taten sehen wollten, kopfscheu, und auch die zur Untätigkeit verurteilte Truppe wurde mißmutig und gegnerischen Einflüsterungen zugänglich. Unter diesen Umständen ist das Unternehmen im militärischen Vorstadium stecken geblieben, noch bevor der Politiker an die Lösung der ihm gestellten Aufgabe herantreten konnte. Nicht an dem Generalstreik, so politisch korrupt seine Verkündung durch die Regierung Ebert war, ist das Unternehmen schließlich gescheitert, sondern am Verrat und an der verächtlichen Lauheit der hohen Generalität und Bureaukratie, auf deren Mitwirkung ihrer ganzen Vergangenheit nach gerechnet werden mußte, die aber, vor letzte Entscheidungen gestellt, mit aus politischer Gleichgültigkeit und wenig erfreulichen Nützlichkeitserwägungen mit ganz wenig Ausnahmen völlig versagte. Wäre dies nicht der Fall gewesen, so wäre das Unternehmen trotz allem noch geglückt."

(Brief Dr. Kapps an den Grafen Westarp vom 20. 8. 1920, Nachlaß Kapp)

Dokument 30

General v. Lüttwitz über das Ziel des Unternehmens und die Beteiligung Dr. Kapps:

Brief des Generals v. Lüttwitz an die Kreuzzeitung:

„Geheimrat Kapp und ich mit unseren Freunden und Angehörigen sind im März zur Tat geschritten, weil die Wahl zum Reichstag verfassungswidrig hinausgeschoben wurde, und die Regierung die Gefahr des Bolschewismus verkennend, im Begriff stand, die ihr gegen ihn zur Verfügung stehenden Machtmittel zu schwächen. Sie ging nicht allein daran, die Truppen nach den von der Entente auferlegten Bedingungen zu vermindern, sondern sie begann auch die besten, ihr aber unbequemen Formationen, die sich bei den Aufständen 1919 und 1920 besonders hervorgetan haben, aufzulösen."

(Kreuzzeitung, Nr. 387 v. 12. 8. 1920)

„Kapitän Ehrhardt ließ sich während des Vormarsches von Döberitz nach Berlin in Verhandlungen ein, was einerseits zeigte, daß wir nur die Annahme der von mir ge-

stellten Bedingungen erstrebten, andererseits aber der Regierung Zeit verschaffte, nach Dresden zu entfliehen. —

Durch ihre Flucht hatte sich die Regierung unserer Abhängigkeit entzogen. Unter meinem direkten Einfluß wäre sie wahrscheinlich ganz anders willfährig zu Verhandlungen gewesen. Die Flucht führte auch zu einer anderen Gestaltung unseres Unternehmens als es gedacht und verabredet war. Kapp machte sich zum Reichskanzler und mich zum Reichswehrminister und mußte an die Bildung einer neuen Regierung herantreten. Das war aber, wenigstens in meinen Augen, eine Aushilfe. In Kapps Seele habe ich nicht blicken können. Ob er schon bei unseren Verabredungen, besonders bei der Flucht der Regierung, weitergehende Pläne ins Auge gefaßt hat, als wir sie ausgemacht hatten, weiß ich nicht. Nach seinem Brief an Graf Westarp scheint es fast so, auch vielleicht nach einigen seiner Worte und Handlungen in den Kapptagen. Ich habe aber den verabredeten Boden meines Erinnerns nicht verlassen und auch Kapp immer wieder an ihn gebunden. Ich habe ihn gezwungen, gleich die Verhandlungen mit der Regierung aufzunehmen und sich an die Forderungen zu halten, die ich am 10. März 1920 gestellt hatte. Solches habe ich auch in den Kabinettssitzungen zum Ausdruck gebracht."

(Walther Freiherr von Lüttwitz, Meine Erklärungen zum Kapp-Unternehmen, Nachlaß Luetgebrune, Mikrofilm, Rolle 13, Nr. 1463966 f.)

Dokument 31

Graf Westarp über die Unterschiede in der Zielsetzung bei Kapp und Lüttwitz:

„In den fünf Tagen der Kapp-Regierung ist dann die Wahl des Reichspräsidenten und Reichstages und die Umbildung der Regierung durch Ernennung von Fachministern als Ziel des Unternehmens und Gegenstand der dabei geführten Verhandlungen stark in den Vordergrund getreten. Ebenso hat man in dem darauffolgenden Parteikampf lebhaft darüber gestritten, ob der verfassungswidrige Aufschub der Wahlen wirklich der Anlaß und ihre Herbeiführung der Zweck und Erfolg des Unternehmens gewesen sei. Die Gegenseite wandte ein, daß man unmöglich behaupten könne, der Putsch mit allen seinen verheerenden Folgen sei unternommen worden, nur um die Wahlen einige Monate früher zu erzwingen. Rückschauend wird man wie bei äußeren Kriegen zwischen Anlaß und Grund zu unterscheiden haben. Der Grund aus dem Kapp und v. Lüttwitz ihren Vorstoß unternahmen, war die leidenschaftliche Gegnerschaft gegen das System, dem der Umsturz vom 9. 11. 1918 Deutschland ausgeliefert hatte, und die tiefe Sorge, daß dessen Träger und Nutznießer nicht fähig, auch nicht fest und klar entschlossen seien, das daraus hervorgegangene Elend zu meistern und die von außen und innen drohende Gefahr der bolschewistischen Revolution abzuwenden. Diese Besorgnisse steigerten sich zur Unerträglichkeit und veranlaßten General v. Lüttwitz durch seinen ultimativen Vorstoß vom 10. 3. 1920 das Unternehmen in Gang zu bringen. Unter Bruch der von ihnen selbst erlassenen Verfassung hatten die Träger des Systems die fälligen Wahlen, von denen sie eine Erschütterung ihrer parlamentarischen Machtstellung befürchteten, verzögert. Anstatt ferner die Herabsetzung auf 100000 Mann entsprechend der von v. Lüttwitz aufgestellten Forderung abzulehnen oder wenigstens hinauszuschieben, hatten sie Deutschlands Wehrlosigkeit und die Not und Unruhe der verdienten Frontkämpfer verzögert, indem sie die Auflösung der Freikorps nicht nur zögernd und unter dem Druck der Entente, sondern von eigener Gegnerschaft und Furcht getrieben beschleunigt ins Werk setzten. Sowohl der letzte Grund wie der unmittelbare Anlaß des Unternehmens wurden bestimmend für seine Zielsetzung. Kapp wollte, entsprechend den Grundauffassungen, die ihn leiteten, die Herrschaft

der durch den Umsturz an die Macht gelangten Parteien insbesondere der Sozialdemokratie gewaltsam und endgültig brechen und durch eine nationale Diktatur ersetzen. Die Verhandlungen, die v. Lüttwitz führte, liefen darauf hinaus, den sozialdemokratischen Reichspräsidenten und die Koalition zur Erfüllung derjenigen Forderungen zu zwingen, deren Ablehnung den Anlaß zu seinem Vorgehen gegeben hatten. Kapps Zielsetzung war die klarere. Nur gezwungen durch die Lage ist er v. Lüttwitz in der Einleitung der Verhandlungen mit der darauf gegebenen Beschränkung des Zieles gefolgt und zurückgetreten, als er sah, daß seine Absichten unerreichbar geworden waren. Von v. Lüttwitz nehme ich an, daß doch auch er sich mit den eingeschränkteren Zielen, die dem Anlaß des Unternehmens entsprachen, nur in Folge des von Anfang an drohenden Mißerfolges begnügt hat. Daß er sich später darauf berief, er habe nur die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände im Auge gehabt, war gewiß subjektiv ehrlich. Wäre ihm aber Ebert und seine Regierung nicht entglitten und wäre dem Unternehmen dauernder Erfolg beschieden gewesen, so wäre er schwerlich dabei stehen geblieben."

(Westarp-Manuskript, Teil II, S. 96—98)

Dokument 32

Tagebucheintragung des Reichsinnenministers Koch vom 13. März 1920, 23 Uhr, in Dresden:

„Müde! Aber nicht ohne Hoffnung. Bei Merker[1]) zögernde Haltung. Alte Regierung ihm nicht sympathisch, kein Verständnis für die furchtbare Gefahr der Lage, als wenn der Wechsel einfach glatt abzumachen wäre, wenn das Militär will. Heinze's ehrliches Eingreifen — auf meine Veranlassung unter 4 Augen — eindrucksvoll.

Dann zu Gradenauer[2]). Hilflosigkeit. Versagen aller mechanischen Hilfsmittel. Büros mit Tippmädeln um halb 4 fort. Bauer fast gebrochen. Auch Ebert stumpf. Wollen, daß ich Fehrenbach ersuche wegen Einberufung der Nationalversammlung zu Verhandlungen hierherzukommen. Widerspreche. Mache, da Dresden unsicher, telefonisch mit ihm ab, daß Nationalversammlung auf Dienstag nach Stuttgart berufen wird. Telefoniere auch nach Stuttgart. Bearbeite Wolffs Bureau immer unter Widerspruch und Zögern Bauers und Eberts. Müller frischer, auch Geßler. Telefoniere und drahte an Länder, Oberpräsidenten, lasse grundsätzlich viel von mir hören, gebe Dresdner Nachrichten ein Interview. Verhandle nochmals mit Heinze, der nach Berlin zurückkehrt und in unserem Sinne wirkt."

Tagebucheintragung, 14. März, morgens 8.30 Uhr:

„Ich glaube heute noch mehr als gestern eher an den Erfolg eines Gegenstoßes von links als dieses Putsches. Unsererseits sind auch wenigstens keine Dummheiten gemacht, mit Ausnahme der Proklamierung des Generalstreikes in Berlin, den ich Rauscher[3]) zutraue, aber den Putschisten in die Schuhe schieben werde. Die preußische Regierung hat natürlich nichts getan, als die Lage verschlechtert. Und wie höhnte mich Fischbeck[4]) gestern, daß wir ausreißen wollten."
(Nachlaß Koch 25, Tagebuch)

[1]) muß heißen „Maercker"

[2]) muß heißen „Gradnauer"

[3]) Pressechef der Reichskanzlei

[4]) Preußischer Minister für Handel und Gewerbe

Dokument 33

Der damalige Stabschef General Reinhardts, Major Fleck, über die Vorgänge im Reichswehrministerium während des Putsches.

„Ich bin wohl so gegen frühen Nachmittag nach Hause gekommen, in der festen Überzeugung, daß ein großes Unheil über Deutschland gekommen war. In den nächsten Tagen habe ich dann mit Einverständnis Reinhardts die laufenden und dringend notwendigen Dienstangelegenheiten besorgt, ohne mich aber den Kappleuten anzuschließen, vielmehr ausgesprochenerweise nur als Sachwalter des rein Sachlichen. Eine herbe Begegnung mit meinem alten, von mir hochverehrten Chef, dem General von Wrisberg, blieb uns nicht erspart. Er war am 13. morgens um 8 Uhr von Lüttwitz angerufen, dieser teilte ihm mit, daß eine neue Regierung eingesetzt sei, und er (Lüttwitz) als Oberbefehlshaber ihm, dem General von Wrisberg, das Amt als Chef der H. L. (Heeresleitung) übertrüge. Wrisberg in völliger Unkenntnis der Ereignisse hatte auf den Appell hin: „das Vaterland verlangt es von ihm" zugesagt, mit der Maßgabe, daß, wenn alles in Ordnung sei, er sich wieder zurückziehen würde. Nun traf ich ihn in der Arbeitsstube des General Reinhardt unerwartet an. Seine freundliche Bitte, ich möge ihm ebenso zur Seite stehen wie dem General Reinhardt, beantwortete ich dahin, daß ich nicht zwei Herren dienen könne, bereit aber sei, ihm das wichtigste der sachlichen Dinge noch zu übermitteln, so daß keine Stockung im Heeresbetriebe eintreten könne. Gleichzeitig verwies ich ihn darauf, daß die alte Geschäftsordnung des Kriegsministeriums besage, im Falle des Fehlens des Kriegsministers hätten die Departements-Chefs auf eigene Verantwortung und selbständig ihre Ressorts zu bearbeiten. Ich glaubte, daß hierauf fußend keiner der Unterstellten der Departements-Direktoren ihm Sachen zur Vorlage bringen würde, da sie ihn nicht als von der gesetzmäßigen Gewalt, sondern vielmehr von dem nicht anerkannten General von Lüttwitz eingesetzt betrachteten. Es ist dann auch so geschehen und nach wenigen Tagen zog sich General von Wrisberg wieder zurück, in der Erkenntnis, daß er einer hoffnungslosen Sache nicht dienen könne.

Im Ministerium selbst spielten sich Kämpfe ab, die auf der einen Seite Lüttwitz, auf der anderen Seite die ihrem Amte treugebliebenen Departements-Direktoren sahen. Auch Ludendorff erschien auf der Bildfläche und forderte ohne Erfolg die Abteilungs-Chefs zur Nachfolge auf. Eine große Anzahl dieser Kämpfe spielte sich in meinem Zimmer ab. Es war bereits am 2. Tage nach dem Putsch zu erkennen, daß Erfolg ihm nicht beschieden sein würde. Man kann sich schwer jetzt ein Bild von der heillosen Verwirrung machen. Der das Heer kommandierende General von Seeckt, dem in der Kapp-Nacht General Reinhardt den Oberbefehl übergeben hatte, hatte ohne weitere Benachrichtigung sich nach Hause begeben — an einer Halsentzündung leidend. So kam es, daß niemand die Behörden in den Provinzen ausreichend mit Nachrichten versorgte, so kam es auch, daß in Berlin es verhältnismäßig lange dauerte, bis die Katastrophe der Kappleute sich abzeichnete."

(Nachlaß Geßler Nr. 46, Fleck-Bericht, S. 1 f.)

Dokument 34

Aus der Rede des Obersten v. Feldmann an die Offiziere des Ausrüstungsamtes am 13. 3. mittags.

„Meine Herren! Nach meiner Überzeugung konnte etwas Törichteres als diese Sache nicht gemacht werden; denn sie war nicht nötig. Wenn man auf dem Standpunkt steht und das bleibt jedem überlassen, daß die jetzigen Verhältnisse uns nicht vorwärts bringen und der Änderung bedürfen, so haben bisher doch auch die Oppositionsparteien immer den Standpunkt vertreten, daß die notwendige Änderung auf gesetz-

mäßigem Wege erfolgen müsse. Diese Änderungen waren nach meiner Ansicht im ruhigen und glatten Fortschreiten. Ich bin fest überzeugt, daß die nächsten Wahlen uns einen ganz erheblichen Ruck nach rechts gebracht hätten, jedenfalls aber eine Änderung der Regierungsmehrheit ergeben hätten. Ob sich diese gesetzmäßige Änderung im September oder Dezember vollzogen hätte, ist nach meinem Geschmack völlig egal, zumal die Karre ja nicht abwärts ging, sondern die Arbeitslust beim Volke und das Ansehen Deutschlands nach Außen im Steigen begriffen war. Ich halte auch den Zeitpunkt dieser Bewegung für außerordentlich ungeschickt gewählt, denn die schwersten Monate bezüglich der Ernährung stehen uns jetzt erst bevor. Warum nimmt man der bisherigen Regierung die Verantwortung dafür und belegt sich selbst mit dieser schweren Verantwortung. Das ist schon deshalb unklug, weil die Gegenseite nunmehr sagen wird, so schlimm wäre es nie geworden, wenn ihr den Putsch nicht gemacht hättet. Neue Leidenschaften werden aufgewühlt werden, Deutschland kommt in neuen Mißkredit.

Besonders schwierig ist die Frage für den aktiven Soldaten. Er hat den Eid auf die Verfassung geleistet und geschworen, die gesetzmäßigen Einrichtungen zu schützen und den Befehlen des Reichspräsidenten zu gehorchen. Ich gedenke meines Eides eingedenk zu bleiben und ihn nicht zu betrachten als etwas, was ich nur im Zwange der Not getan habe. Ich gedenke also, jeder Weisung des Reichspräsidenten, falls er solche geben sollte, zu gehorchen. Das wird zur Folge haben, daß ich meiner Stellung enthoben werde. Darin kann ich nichts ändern. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß, wenn das Offizierkorps, das bei der vorigen Revolution nicht in der Lage war, sich für den Obersten Kriegsherrn einzusetzen, auch jetzt zum zweitenmal seinem Eide entgegenhandelt, es sich um den letzten Rest von Achtung dem Volk gegenüber bringen wird."

(Nachlaß Mentzel Nr. 9, Rede S. 4 ff.)

Dokument 35

Aus den Erinnerungen des Generalmajors Krukenberg über die ablehnende Haltung höherer Offiziere:

„Als Generalstabsoffizier glaubte ich nunmehr, den Weg zum Chef des Truppenamtes, General von Seeckt, gehen zu sollen. Ich hatte erfahren, daß dieser seit den frühen Morgenstunden von seiner Dienststelle weggeblieben wäre. Er empfing mich zu Hause in Gegenwart seiner Frau. Auf meine Frage, ob und welche Befehle er als unser oberster Generalstabs-Vorgesetzter habe, erklärte er mir, die ganzen Vorkommnisse gingen uns Soldaten nichts an. Es handele sich um rein politische Fragen, bei denen es nur darauf angekommen sei, ein gegenseitiges Bekämpfen verschiedener Truppenteile zu verhindern. Zu ihnen Stellung zu nehmen, sei nicht unsere Aufgabe. ‚Vielleicht kommen Sie in vier bis fünf Tagen wieder. Heute kann ich Ihnen nicht mehr sagen!' Damit konnte ich in meiner Lage nicht viel anfangen. Innerlich stellte ich mir die Frage, ob der mir gegenüber eben vertretene Standpunkt auch als geltend hingestellt worden wäre, wenn in der Zeit vor 1918 ein militärischer Abenteurer gegen die kaiserliche Regierung marschiert wäre? . . .

Meine eigene, in der Bendlerstraße sonst meist als verfrüht beurteilte Entscheidung wurde in vollem Umfange zunächst nur von den Majoren von Schleicher und von Bredow gutgeheißen. Letztere Beiden hatten auf Grund ihrer Einblicke vom ersten Augenblick ab den neuen Machthabern gegenüber ebenfalls jede Mitwirkung abgelehnt. Wie ich, waren sie erstaunt, sich noch auf freiem Fuß zu befinden. Auch der Ia von Lüttwitz, Major von Hammerstein-Equord, der sich gleich mir im RWMin. einfand,

stimmte mir zu. Er hatte am frühen Morgen des 13. März dem General von Lüttwitz, seinem Schwiegervater, aufs schroffste die Meinung gesagt und sich gegen dessen politisches Abenteuer gewandt. . . .

In später Abendstunde des 13. März suchte ich den früheren Oberquartiermeister im Großen Generalstab und nachherigen Präsidenten des von ihm unter meiner Mitwirkung 1919 aufgestellten Reichsarchivs, General a. D. Dr. h. c. von Haeften, in seiner Berliner Wohnung auf. . . .

Während wir uns über die geschaffene Lage unterhielten, traf aus München der uns gut bekannte Major im bayerischen Generalstab, Ritter von Giehrl, ein. Er war ohne Kenntnis der Einzelheiten von dem Kapp-Unternehmen begeistert, von dem er sich außenpolitisch die Abkehr von einer unwürdigen Nachgiebigkeit, innenpolitisch die Rückkehr zu einer zielstrebigen Staatsführung versprach. In Berlin angekommen wollte er sich gleich am nächsten Tage dem General von Lüttwitz persönlich zur Verfügung stellen, sicher, daß man überall im Reich die Ereignisse freudig begrüßen würde. Der Abend endete damit, daß die gemeinsamen Vorstellungen von General von Haeften und mir den Ankömmling davon überzeugten, daß sein Idealismus ihm unwirkliche Bilder vorgezaubert habe, der Putsch im Gegenteil nur die ungünstigsten Folgen für die nationale Gesundung des Volkes haben könne."

(Gustav Krukenberg, Am Rande des Kapp-Putsches, S. 13 ff.)

Dokument 36

Zur Stellungnahme des Reichswehrgruppenkommandos 2:

„Am Tage des Umsturzes begab sich ein Ausschuß der Regierungsparteien, 2 S.P.D., 2 Demokraten, 2 Zentrum . . . in der Erkenntnis, daß eine klare Stellungnahme der Reichswehr für die verfassungsmäßige Regierung die Situation retten werde, zu der höchsten militärischen Kommandostelle. . . . Der Ausschuß verlangte von dem Kommandeur Exz. von Schoeler und seinem Generalstabschef General-Major von Loßberg klare Stellungnahme. In 1½stündiger Verhandlung gelang es dem Parteiführer nicht, eine eindeutige Antwort von den Generalen zu erlangen. Als Geheimrat Schröder das Ergebnis der Verhandlungen in folgender Weise zusammenfaßte: „der Kommandeur wolle also abwarten, wie die Berliner Vorgänge sich weiter entwickelten und demgemäß seine Entscheidungen treffen", antwortete Herr von Schoeler spontan in bejahendem Sinne und nahm erst dann diese Bejahung zurück, als er einsah, daß er aufgelaufen war.

Die unklare Stellungnahme des Militärs hat in Kassel sehr zur Verschärfung der Lage beigetragen. Am darauffolgenden Montag ist Herr von Loßberg beim Aktionsausschuß vorgefahren und hat in einstündiger Rede dargelegt, daß die Reichswehr von Anbeginn verfassungsgemäß und regierungstreu gehandelt habe. Dieser offiziellen Erklärung widerspricht das diktatorische Verhalten des Gruppenkommandos an den beiden vorhergehenden Tagen."

(Bericht des Kasseler DDP-Vorstandes vom 24. 3. 1920, Akten der Reichskanzlei, Mikrofilm, Nr. K 536891)

Dokument 37

Vizekanzler Schiffer über die Bedeutung des Widerstandes der Unterstaatssekretäre und die dieser Haltung zugrunde liegenden Motive:

„Sie waren es, die den entscheidenden Schlag, den Stoß mitten in das Herz des Aufruhrs, führten. Ein Staatsstreich kann nur gelingen, wenn der, der ihn unternimmt, den Staat in seine Hand bekommt und nach seinem Willen arbeiten läßt. Das

ist den Kappisten nicht gelungen, die leitenden Beamten haben es ihnen unmöglich gemacht. Der Generalstreik hat sie unterstützt und gefördert, aber auch nicht mehr.

Dieses der Wahrheit entsprechende Bild bedeutet aber mehr. Es liefert den Beweis, daß in der preußisch-deutschen Seele das Rechtsgefühl das vorherrschende war, daß das preußisch-deutsche Staatsleben in erster Reihe von Gesetz und Recht bestimmt wurde, und daß vor diesen Mächten alle anderen Prinzipien und Gesichtspunkte, Richtungen und Tendenzen zurücktraten. Gerade auf den preußischen Geist hatten sich die Usurpatoren berufen, hatten sich als seinen Schützer und Wiedererwecker aufgespielt, hatten ihn ins Feld geführt gegen den neuen Geist der Unfähigkeit und Unzuverlässigkeit, der Unmoral und der Unpünktlichkeit, des Schlendrians, der Korruption und des materialistischen Egoismus. Gegenüber diesen schlimmen Seiten der neuen Zeit hatten sie die Glanzzeiten der alten dem Volk vor Augen geführt, aber von diesen Glanzzeiten gerade die eine, die wichtigste, vergessen: diejenige Seite unseres Wesens, die im Recht wurzelte und im Recht seine Lebensquelle fand. Es klingt wie eine Ironie des Schicksals, wenn sich jetzt zeigt, daß der Angriff, der unter der Flagge des preußischen Geistes vorgetragen wurde, gerade an diesem preußischen Geist Schiffbruch erlitt. . . . Er war es, der jetzt die Unterstaatsssekretäre dazu brachte, sich schützend vor die beschworene und gefährdete Verfassung zu stellen. Ihre politische Einstellung — sie gehörten fast durchweg der Rechten an — spielte in diesem Augenblick und in dieser Hinsicht für sie keine Rolle. . . . Sie waren weder parteihörig, noch bürokratisch formalistisch, sondern Charaktere. Von ihnen ging auch der entscheidende seelische Einfluß auf die Gesamtheit der nachgeordneten Beamten aus, die nun einmal gewohnt sind, nicht bloß auf die dienstlichen Weisungen, sondern auch auf die persönliche Stellungnahme ihrer Vorgesetzten zu achten und sich möglichst nach ihr zu richten. Wenn also die Spitzen an der alten Regierung festhielten, so ermutigte dies die ganze Beamtenschaft, gleichfalls der neuen Bewegung Widerstand zu leisten und ihr die Erfüllung der administrativen und finanziellen Wünsche zu versagen, deren sie unbedingt und sofort benötigte. Dadurch war den Usurpatoren von vorn herein die Lebensmöglichkeit genommen und dadurch ihr schnelles Ende besiegelt, bevor noch der Generalstreik dazu gelangte."

(Nachlaß Schiffer 16, S. 110 f.)

Dokument 38

Zeugenaussage des Reichsbankpräsidenten Havenstein über die Vorgänge in der Reichsbank vom 14. bis 16. März.

„Ich bin wiederholt aufgefordert worden, Geld aus der Reichsbank für Herrn Kapp zur Verfügung zu stellen. Zunächst erschien am Sonntag (14. März) ein Offizier bei mir, der ein schriftliches Ersuchen, unterzeichnet: Kapp, Reichskanzler, vorlegte und mich ersuchte, sofort eine halbe Million Mark zur Verfügung zu stellen, und der mir mitteilte, das Geld müsse noch nachmittags um 2 Uhr nach München gehen. Ich lehnte das ab und erklärte, daß Anweisungen auf die dem Reiche gehörigen Fonds oder Guthaben nur durch ordnungsmäßige Schecks erfolgen könnten, das heißt, daß der Scheck durch die zur Verfügung über die Guthaben Legitimierten ausgestellt sei. Anweisungen des ‚Reichskanzlers Kapp' zu honorieren, sei der Reichsbank nicht möglich. Im übrigen wäre heute Sonntag und die Reichsbank geschlossen. Der Offizier erklärte, er habe eine solche Antwort auch erwartet; da müßten die Kuriere eben ohne Geld reisen. Am 15., Montag, erschien derselbe Offizier bei mir, um mir im Auftrage des ‚Reichskanzlers Kapp' mitzuteilen, die neue Regierung brauche 10 Millionen Mark. Wir haben darauf erklärt, die Reichsbank könne nur wiederum den Standpunkt betonen, der schon am

Tage vorher vertreten worden sei. Herr Kapp habe kein Recht, etwas Derartiges zu unternehmen. Etwa anderthalb Stunden später erschien ein Offizier bei mir, den ich im Beisein des Vizepräsidenten empfing. Er legte mir ein Schriftstück vor von einem Hauptmann, dessen Namen ich nicht recht lesen konnte, und einen vollzogenen Ausweis und gab an, daß er auf Befehl des Reichswehrministers v. Lüttwitz beauftragt sei, bei der Reichsbank sofort 10 Millionen Mark zu erheben. Er erwähnte auch, daß Unterstaatssekretär Schröder im Reichsfinanzministerium es abgelehnt hätte, einen derartigen Scheck auszustellen; wir sollten ihm 10 Millionen Mark geben ohne Scheck. Ich erklärte ihm darauf, daß wir zur Befolgung der Gesetze gezwungen seien, und daß wir deswegen die Gelder der Reichsbank auf diesem Wege nicht ausgeben könnten. Im übrigen machte ich darauf aufmerksam, daß ein Gewaltakt gegen diese Gelder eine gewaltsame und rechtswidrige Wegnahme fremden Eigentums darstellen würde. Der Vizepräsident unterstrich diese Bemerkung und fügte hinzu, er nehme an, daß die Drohung, mit Gewalt gegen uns vorzugehen, nicht ausgeführt werden würde. Dann verließ uns der Offizier.

Am nächsten Morgen erschienen in der Reichsbank-Hauptkasse zwei Herren in Zivil, anscheinend auch Offiziere, die fünf Schecks über je 2 Millionen Mark vorlegten und das Geld einzukassieren wünschten. Diese Schecks waren vorschriftsmäßig gedeckt und von dem zur Verfügung Berechtigten für die General-Militärkasse vollzogen, so daß ich an sich befugt gewesen wäre, auszuzahlen. Der Scheck war aber ausdrücklich ausgestellt, nicht, wie sonst üblich, auf den Überbringer, sondern auf den Reichswehrminister Freiherrn v. Lüttwitz oder Überbringer. Unter diesen Umständen fragte die Hauptkasse bei mir an, ob sie die Schecks honorieren dürfe. Wir lehnten dieses Ansinnen im Direktorium ab, weil ein Reichswehrminister v. Lüttwitz als Empfangsberechtigter für uns nicht existierte. Wir erklärten, wir könnten das nicht anerkennen, und die Herren verließen uns zunächst und begaben sich zur General-Militärkasse zurück, um sich dort Schecks auf den Überbringer ausstellen zu lassen. Sie erschienen dann wieder und sagten, die General-Militärkasse lehne es ab, neue Schecks auszustellen. Die Hauptkasse der Reichsbank lehnte wiederum eine Honorierung der Schecks ab. Die Herren verließen nun die Hauptkasse, erklärten, sie hätten das Hin und Her über und würden nunmehr die Schecks zurückgeben."

(Abgedruckt bei Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 59 f.)

Dokument 39

Zur Stellungnahme der Deutschen Volkspartei am 13. März; nach der Niederschrift über die Besprechung der Parteileitung am 13. 3., 16.30 Uhr:

„Geh. Rat Dr. *Riesser:* Wir stehen vielleicht vor der wichtigsten Entscheidung für unsere Partei. Er halte die Vorgänge insofern für außerordentlich bedenklich, als alles darauf hinweist, daß die heutigen Machthaber sich zwar nicht mit den Deutschnationalen in irgend eine Vereinbarung eingelassen, aber doch eine deutschnationale Ministerliste zusammensetzen. Herr v. Kapp ist einer der Gründer der Deutschnationalen Partei, ebenso Herr Traub. Wenn jetzt etwas geeignet sei, uns vor den schwersten Unruhen zu bewahren, so könne das nur die Durchführung unseres Programms sein, nämlich einmal die Bildung eines Koalitionsministeriums aus sämtlichen Parteien ausschließlich der Mehrheitssozialdemokraten. Komme es nicht dazu, dann würden die Ereignisse die beiden Flügel der Sozialdemokratie zusammenschweißen. Eine Regierung der allerschärfsten Tonart, wie sie anscheinend von Kapp geplant sei, sei gerade zu verbrecherisch. Auch das Ausland würde dabei stutzig werden. Aber

auch sonst macht ihm das Programm Kapps Sorgen. Mit der Aufhebung des Kollegialsystems würde die Errungenschaft vom Oktober 1918 aufgehoben. Kapp habe ferner den unheilvollen Gegensatz zwischen dem Militär auf der einen und Zivilverwaltung auf der andren Seite wieder aufleben lassen. Können wir eine derartige provisorische Regierung begrüßen? Wir müssen ein eigenes Programm aufstellen und fordern, daß die neue Regierung sich dazu bekennt. Die Folge dieses Ministeriums würde der Bürgerkrieg sein. Was Herr Kapp loslasse, sind Phrasen. Es sei undenkbar, so auch nur einige Zeit wirtschaften zu wollen. Das sei Hybris. Wir sollten also von diesen Gesichtspunkten ausgehend einen Aufruf erlassen und dabei selbständig vorgehen ohne die Deutschnationalen. . . .

Dr. *Leidig:* Mir gefällt, was geschehen ist, auch nicht. Aber der Putsch ist nun einmal da und wir müssen sehen, wie wir uns mit ihm abfinden. Auch an dem Programm des Herrn Kapp ist manches töricht, aber die Kritik allein nützt nichts. Eine Politik der Enthaltung ist falsch. Wir müssen Stellung nehmen. Und da erscheint es mir unmöglich, zusammen mit Sozialdemokraten und Demokraten gegen die neue Regierung aufzutreten. . . .

Dr. v. *Krause:* Von meinem persönlichen Standpunkt aus begrüße auch ich die Beseitigung der alten Regierung. Aber eine persönliche Auffassung darf für die Partei nicht ausschlaggebend sein. Wir können uns nicht zu der Stellungnahme Kapps bekennen. Die Tragweite seines Programms ist gar nicht abzusehen. Wir sollten daher noch nicht dazu Stellung nehmen, weder billigend noch ablehnend. . . .

Dr. *Maretzky:* Was soll geschehen, wenn diese Regierung sich nicht halten kann?... Leide die Regierung Schiffbruch, dann fließe viel Blut. Deshalb bleibt uns nichts übrig, als daß wir diese Regierung stützen und sie auf einen Weg bringen, den wir für richtig halten. Kapp sei im übrigen nicht der ultra radikale Desperado als der er geschildert werde. Er habe vielmehr das Bestreben, gemäßigt zu regieren. Wir müssen daher mit ihm engste Fühlung halten, sowie mit den Deutschnationalen im Einvernehmen bleiben. . . .

Dr. *Stresemann:* . . . Deshalb müssen wir eine Linie suchen, die auf der einen Seite der neuen Regierung keine Schwierigkeiten macht, die uns aber den Weg läßt, evtl. Mittler zu sein zwischen Dresden und Berlin. Deshalb müssen wir auch erklären, daß wir niemals die Hand bieten zu irgendwelchen reaktionären Maßnahmen. Wir dürfen nicht mit der neuen Regierung durch dick und dünn gehen. Unter allen Umständen fordern wir die sofortige Zurückführung des ungesetzlichen Zustands auf eine gesetzmäßige Grundlage.

Geh. Rat *Garnich:* . . . Er sei dafür, eine Kundgebung zu erlassen in dem Sinne, daß wir diese Regierung stützen. Scheitere diese Regierung, dann gibt es doch bloß noch Ledebour. Unsere Wähler müssen daher eine klare Parole haben.

Abg. *Beuermann:* Er rate zur Zurückhaltung. Der Generalstreik sei nicht abzusehen. Auch unsere Zurückhaltung könne der Regierung eine Stütze geben. Wenn wir uns zu einseitig binden, dann können wir nicht mehr vermitteln."

(Nachlaß Stresemann, Mikrofilm, Nr. 139546—50)

Dokument 40

Aussagen von Mitgliedern der „Regierung" Kapp über eine „Kabinettssitzung" am 14. März nachmittags nach der Anklageschrift im Jagow-Prozeß vor dem Reichsgericht:

„Der Admiral *von Trotha* hat angegeben: In der Reichskanzlei herrschte ein fürchterliches Durcheinander, erst vom 16. 3. ab bestand eine gewisse Ordnung. Es wurde zwar immer von Kabinettssitzungen gesprochen, darunter verstand man aber bloß, daß Kapp mit seinen Ratgebern von Falkenhausen, von Jagow, Bauer, Pabst, Schiele, Traub, von Wangenheim und Lüttwitz zur Besprechung zusammentrat. . . . Bauer war ein hoffnungsloser nervöser Mensch, Traub machte den Eindruck eines Unglückshuhns, das ständig hilflos umherlief, Pabst war von unvergleichlicher Frische und bis zuletzt in unerschütterlichem Glauben an den Erfolg. Am 14. März fand im Anschluß an die Unterredung, welche die Minister Oeser, Südekum und der Abgeordnete Dominicus mit Kapp und Lüttwitz betreffend die Gefahr eines Eisenbahnerstreiks gehabt hatten, eine *Kabinettssitzung* statt, an der Kapp, Lüttwitz, Bauer, von Falkenhausen, Schiele, Doyé, Traub, von Wangenheim, von Jagow und der Admiral Trotha sowie Ludendorff besuchsweise teilgenommen haben. Im Verlaufe dieser Sitzung hat sich *von Falkenhausen* in längerer Rede dahin ausgesprochen, daß er nunmehr einsehe, daß das Unternehmen zum Mißlingen verurteilt sei. Wie von *Trotha* bekundet hat, hat von Falkenhausen die Wendung gebraucht: schon gestern sei er sich darüber klar gewesen, daß unter den 100 Karten dieses Spieles sich höchstens eine Glückskarte befunden hätte, heute wisse er, daß auch diese verspielt sei. Er sprach sich für den Rücktritt Kapps aus, blieb aber mit seiner Ansicht allein. Ihm trat zunächst mit großer Entschiedenheit *Bauer* entgegen, der durchblicken ließ — wie *Traub* bekundet hat —, daß er noch über Hilfsmittel verfüge, die er nicht näher bezeichnen könnte. Traub glaubt, daß Bauer, wie er aus einer Äußerung des Schiele entnommen, mit Kreisen der U.S.P. Fühlung genommen, um diese gegen die S.P.D. auszuspielen. Diese Annahme beruht aber lediglich auf Gerüchten, etwas Positives hat sich nach dieser Richtung nicht feststellen lassen. In dieser Sitzung wurde abgestimmt und alle außer Falkenhausen stimmten Kapp zu, der selbst mit Entschiedenheit für die weitere Durchführung des Unternehmens eintrat. *Von Wangenheim* will bei dieser Kabinettssitzung nur bemerkt haben, die Landwirte seien imstande, die Ernährung zu sichern. *Schiele* hat angegeben: von Falkenhausen äußerte sich zur allgemeinen Überraschung dahin, daß das Unternehmen zum Mißlingen verurteilt sei. Er bestreitet, daß von Falkenhausen hieran den Vorschlag oder den Antrag geknüpft, das Unternehmen abzubrechen. Er, Schiele, sei für Fortführung gewesen, weil Anarchie und Pöbelherrschaft bei einem Abbruch die Folge gewesen wäre. Mehrere Personen hätten sich auch dahin ausgesprochen, daß die Verantwortung bei den Führern Kapp und Lüttwitz, insbesondere bei Kapp als dem Diktator läge. So habe sich auch Ludendorff ausgesprochen, der besuchsweise erschienen sei."

(Anklageschrift des Oberreichsanwalts vom 11. Juli 1921, S. 118 f., im Nachlaß Kapp)

Dokument 41

Aus dem Brief des Reichsinnenministers Koch an Vizekanzler Schiffer vom 15. März nachmittags über die Ablehnung von Verhandlungen:

„Lieber Schiffer!

In Eile ehe der Kurier abgeht. 1. Die gesamte Regierung bittet dringend, die Tagung der Nationalversammlung in Stuttgart nicht durch Vorschläge in Berlin zu tagen zu stören. Das gibt nur Verwirrung, da die Abgeordneten teils hierhin teils dorthin gehen würden. Wir können dort auch nicht in Ruhe tagen. Unsere Anordnungen beruhen auf Kenntnis der Verhältnisse des Reichs. Es gibt Gefahren von rechts und links. Der letzteren gegenüber können wir uns in Berlin nicht durch die verräterische Soldateska schützen lassen, ohne uns ungeheuer zu kompromittieren. Hier ist Heer und Volk

ruhig und treu. Wir hoffen daß sie hierherkommen, sobald es möglich ist und alle anderen mitbringen. Alles kommt auf Sammlung hier an. Wenn sie auch allmählich erfolgt.

2. Verhandlungen mit Kapp zu führen ist zwecklos. Es stärkt ihn diskreditiert uns und führt zur Verlängerung der Krise. Kapp muß zurücktreten oder die Sache muß ausbrennen. Wir dürfen nicht in die Verantwortung und Krisis Kapps hineingezogen werden. Merckers[1]) Angebot, mit Kapp zu verhandeln, ist deshalb von uns abgewiesen und seiner Reise nach Berlin haben wir widerraten. Er wollte erst Geßler und mich bewegen, führend in die neue Regierung einzutreten und als wir Sonderverhandlungen rund ablehnten, hat er in dem selben Sinne mit der Gesamtregierung verhandelt. Wir haben ihm nur erklärt, er möge seinen Einfluß auf Kapp dahin ausnutzen, daß er zurücktrete. Wir hatten durch Wolff dementiert, daß wir Verhandlungen mit Kapp führen. Auch habe ich es heute in der hiesigen Pressekonferenz mitgeteilt. Wir bitten Sie dringend, nicht mit Kapp zu verhandeln."

(Nachlaß Koch 25, Tagebuch vom 15. März 1920)

Dokument 42

Aus dem Telefongespräch zwischen Vizekanzler Schiffer und Reichsinnenminister Koch am 15. März, 19.15 Uhr, über die Notwendigkeit, Verhandlungen aufzunehmen:

„Nochmaliges Gespräch mit Schiffer.

Er erklärt: Die Angelegenheit ist in ein schweres Stadium getreten, dadurch, daß Märker[2]) mit angeblicher Vollmacht hier für die Reichsregierung verhandelt hat, sind wir zu Verhandlungen gekommen. Die Vorschläge sind aber auch akzeptabel, materiell ist eine Einigung vorhanden, denn

1. wir müssen jetzt doch auch Neuwahlen wollen. Die Situation läßt sich nicht mehr halten, das sagt auch Theodor Wolff.
2. Eine Umbildung des Kabinetts muß geschehen, in dem eine Koalition von rechts nach links kommt, das kann man akzeptieren, da sie ja nur die Neuwahlen machen wollen.
3. Beseitigung der lex-Hindenburg, die es ja eigentlich noch gar nicht gibt. Schiffer sagte noch weiteres an Bedingungen, was ich nicht verstand, anscheinend war die Amnestie für politische Verbrechen seit Beginn der Revolution darunter. Ich begann zu erwidern, daß wir alle hier die Situation für äußerst günstig ansehen und nicht verhandeln wollten, namentlich auch deswegen, weil das uns unfehlbar mit Kapp zusammen kompromittieren und die Räterepublik zu Folge habe, die in Sachsen vielerorts schon ausgerufen sei," ...

(Nachlaß Koch 25, Tagebuch vom 15. März 1920)

Dokument 43

Telefongespräch des Reichskanzlers Bauer am 15. März, 19.30 Uhr, mit einem Politiker der Mehrheitsparteien in Berlin über die Ablehnung von Verhandlungen:

„Dem Reichskanzler werden offenbar die Bedingungen[3]) mitgeteilt, er erklärt, das lehnen wir ab und fügt hinzu: Sagen Sie dem Senioren-Konvent, er treibt die ganze Koalition auseinander. Die Regierung soll zurückkehren? Wir werden uns doch nicht

[1]) muß heißen „Maercker".

[2]) muß heißen „Maercker".

[3]) Bedingungen der Regierung Kapp für eine Einigung mit der Reichsregierung.

von den Generälen abhängig machen lassen. Der Senioren-Konvent soll lieber einen Extrazug requirieren und nach Stuttgart kommen, wir haben die Reichswehr des ganzen Westens hinter uns. Bürgerkrieg? Ja, wenn wir nachgeben, dann ist die Räteregierung besiegelt und die Arbeiter marschieren nach links ab. Überall aus dem Lande haben wir Sympathiekundgebungen, auch die Marine hat sich für uns erklärt. Pfuschen Sie uns von Berlin aus nicht in unsere Politik hinein. Sie sind dort eingeschlossen und können nichts übersehen."

(Nachlaß Koch 25, Tagebuch vom 15. März 1920)

Dokument 44

Verhandlungen des Reichskabinetts mit der Abordnung aus Berlin, besonders dem General Maercker, am 16. März 1920, 17 Uhr:

„Der *Reichspräsident* eröffnet die Sitzung.

Der Vertreter von Hessen: Der Hessische Landtag steht von links bis rechts gegen den Putsch. Arbeiter trauen der Reichswehr nicht. Entwaffnung sei aber abgelehnt worden.

General Maercker tritt für Einigung mit Regierung Kapp ein, um gemeinsam den Bolschewismus zu bekämpfen.

Reichsminister Koch: Ich bin Gegner der Reise Maerckers von Dresden nach Berlin gewesen. Kapp hat diese Tatsache benutzt, um in einer Proklamation vorzuspiegeln, daß Maercker Unterhändler der Reichsregierung sei und daß die Reichsregierung sich mit ihm einigen wolle. Die Reichsregierung könne sich gegenüber den Putschisten von rechts nicht anders verhalten, als den Kommunisten gegenüber. Gerade eine Einigung mit Kapp würde den Bürgerkrieg gegen Unabhängige und Kommunisten bedeuten. Wir sind auf jeden Fall im Stande, die Kappregierung zu unterdrücken, wollen aber Gewaltmittel, die uns bis jetzt angeboten sind, vorläufig noch nicht benutzen. Die Verantwortung für alle Folgen tragen die Putschisten.

Reichsminister Bell wies auf die Abneigung der Bevölkerung der besetzten Gebiete gegen die jetzigen Berliner Machthaber — die Kriegshetzer von ehemals — hin.

Präsident Fehrenbach: Eine Verhandlung der Reichsregierung mit Kapp und einem meineidigen General ist unmöglich, da verlören wir erst recht die Reichswehr.

Er wies auch darauf hin, daß eine Einigung auch schon aus politischen Gründen unmöglich sei. Die Reichsregierung muß stark bleiben, sollte auch Blut fließen. Süd- und Westdeutschland hält fest gegen ostelbische Machthaber zusammen.

General Maercker warf ein, daß Truppe nicht gegen Truppe kämpfe. Die Reichsregierung brauche ja nicht zu verhandeln, sie könne ja annehmbare Forderungen nach Berlin stellen.

Reichskanzler Bauer möchte am liebsten auch ohne Blutvergießen durchkommen. Wir würden die Bedingungen stellen. Wesentlich ist, unter anderem, Abtransport der Marinebrigade und ihre Demobilisation. Unterstellung unter andere Offiziere.

Wenn Bürgerkrieg ausbrechen sollte, dann trifft der Fluch Kapp und seine Leute. Wir können und wollen, wenn nötig, Gewalt gebrauchen.

Präsident Ebert: Ich kann mit Kapp nicht verhandeln. Die Vorschläge des Generals Maercker halte ich für ehrlich gemeint. Wenn wir verhandeln, droht uns die Gefahr des Bolschewismus und der Absplitterung von Süd- und Westdeutschland. Wir müssen, wenn unbedingt nötig, kämpfen, erst mit wirtschaftlichen Mitteln, dann mit Waffen. Meine persönliche Meinung ist übrigens, daß die Wahl zum Reichstag möglichst früh stattfinden müsse. Aber diese Äußerung ist unabhängig von den jetzigen Verhandlungen.

Auf Anregung von Minister Heine erhält *General Maercker* nochmals das Wort. Er teilt mit, über welche Bedingungen in Berlin verhandelt sei.

1. Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk.
2. Fachminister.
3. Amnestie für die Delikte nach dem 9. November.
4. Schaffung einer zweiten Kammer der Arbeit durch Aufbau der Betriebsräte.
5. Eine Brücke für die Reichswehr.

Reichsminister Müller wies noch darauf hin, daß die Falschmeldung der Kappregierung, daß Verhandlungen mit der verfassungsmäßigen Reichsregierung schwebten, in Paris einen sehr schlechten Eindruck gemacht habe. Truppen würden in Straßburg gesammelt. Der *Württembergische Minister des Innern Heymann* erklärte, daß Württemberg fest hinter der jetzigen Regierung stände, unter der Voraussetzung, daß sie nicht mit Kapp verhandeln (sic.).

Auch der *Vertreter Badens* erklärte, daß die Aufnahme von Verhandlungen Bürgerkrieg zur Folge habe. Dann könne sich auch die jetzige badische Landesregierung nicht halten. *Reichsminister Noske* gab darauf die durch General Maercker an die Regierung Kapp telefonisch zu übermittelnden Kapitulationsbedingungen bekannt. ...

Die Reichsregierung und die süddeutschen Minister haben folgende Bedingungen aufgestellt:

1. Sofortiger Rücktritt Kapps und Lüttwitz' und der neuen Minister.
2. Unterstellung der Truppen unter General von Seeckt oder einem General, der an der Revolte nicht beteiligt war und auf dem Boden der Verfassung steht.
3. Sofortiges Abstoppen der Aufstellung der eisernen Division und der Offizier-Kompagnien.
4. Sofortiger Abtransport der Marinebrigade zum Zwecke der Auflösung unter dem Kommando eines neuen Befehlshabers."

(Nachlaß Koch 25, Tagebuch vom 16. März 1920)

Dokument 45

Aus den Beratungen des Reichsrats am 16. März:

Gesandter Hildenbrand hat telephonisch mit Stuttgart gesprochen: ... Reichsminister Koch habe ihm zugesagt, daß Maercker keinen Auftrag zum Verhandeln habe; wenn der Verdacht aufkomme, daß die alte Regierung verhandelt, so sei das der Anfang des Bolschewismus. ...

Minister Schiffer berichtete über die tatsächliche Lage: Der ganze Osten sei in den Händen der neuen Regierung; dagegen halte der Süden, außer Bayern, zur alten Regierung; in Bayern bestehen Sonderbestrebungen. Die Regierung in Stuttgart glaube, daß die Regierung Kapp in den nächsten Tagen zusammenbrechen wird. Wenn die Truppen meutern, dann werde allerdings Kapp erledigt sein, 14 Tage später aber auch die alte Regierung und dann komme der Bolschewismus. Wenn der Generalstreik Kapp bezwingt, so bringt er zugleich Hungersnot und damit ebenfalls den Bolschewismus. Kapp habe bereits erklärt, daß an seiner Person das Werk nicht scheitern soll. Um Neuwahlen kommen wir nicht herum. Die Umbildung des Kabinetts ist im Gange. Materiell sind wir uns also ganz nahe und es handelt sich nur darum, die formale Brücke zu finden; diese müsse aber gefunden werden, denn die Verantwortung gegenüber dem Land sei eine ungeheure.

Unterstaatssekretär Göhre schildert die Stimmung seiner Berliner Parteigenossen (Mehrheitssozialdemokraten): Diese sind entschlossen, mit Kapp in keinerlei Verbindung zu treten (außer wenn die Kappleute sich bedingungslos ergeben). Von Amnestie darf keine Rede sein. Ein Abbruch des Generalstreiks darf erst erfolgen, wenn die Kapp-Rebellen die Waffen bedingungslos gestreckt haben. Seine Freunde wissen, daß es auf Leben und Tod geht, sind aber entschlossen, auf ihrem Standpunkt zu beharren, auch wenn es Hunderte oder Tausende von Menschenleben kostet.

Unterstaatssekretär Walter: ... In Brandenburg versucht der Mob bereits, sich der Magazine zu bemächtigen. Seine Beamten haben ... erklärt, daß sie einer Aufforderung des Beamtenbundes zum Beamtenstreik nicht Folge leisten würden. Die Ruhe werde nicht mehr lange anhalten, schwere Straßenkämpfe stehen bevor.

...

Ein *preußischer Unterstaatssekretär* teilte mit, der Abgeordnete Trimborn habe ihm gesagt, er habe den Eindruck, daß bei allen Parteien Einverständnis besteht, daß Schritte im Sinn der von Minister Schiffer angedeuteten Lösung getan werden könnten; man müsse um einen Bürgerkrieg herum und zu einer Einigung kommen, an einer Formfrage dürfe die Sache nicht scheitern. ...

Unterstaatssekretär Ramm: ... Zunächst sollten wir mit dem Militär und dann auch mit den Eisenbahn- und Postbeamten verhandeln; das seien die drei Machtfaktoren. Totstreiken könne man die neue Regierung nicht, denn das würde sofort zum Bolschewismus führen. Nur wenn wir zu dem Recht noch die Macht bekommen, schaffen wir es.

Minister Südekum: ... Die Arbeiterschaft würde es einfach nicht verstehen, wenn mit politischen Verbrechern verhandelt wird. Er sei fest überzeugt, daß mit der Waffe des Generalstreiks die Bewegung in kurzer Zeit niedergezwungen werden kann. Deshalb seien offizielle Verhandlungen völlig ausgeschlossen, denn der Verlust, den die Mehrheitssozialdemokratie damit erleiden würde, wäre nie wieder gutzumachen. ... Etwas ganz anderes sei es aber, wenn aus *diesem Kreise* heraus (Reichsratsmitglieder, Unterstaatssekretäre) geeignete Männer zu den Generälen gehen und mit den Leuten informatorisch sprechen. Wenn heute die Spartakisten über Berlin herfallen, so haben sie sofort die Baltikumtruppen (die fast durchweg Bolschewisten sind) auf ihrer Seite.

...

Minister Südekum betont, daß Mitglieder der Mehrheitssozialdemokratie sich, wenn sie sich nicht kompromittieren wollen, an Verhandlungen nicht beteiligen können; aber eine Kommission aus diesem Kreise zur Information sei s. E. nicht zu beanstanden."

...

(Aufzeichnung über die Verhandlungen des Reichsrats und der Unterstaatssekretäre im Reich und in Preußen in den Tagen 15. bis 20. März 1920; Akten der Reichskanzlei, Mikrofilm, Nr. K 537331—34)

Dokument 46

Der preußische Finanzminister Südekum über die Gefahren des Generalstreiks in seinem Brief an den Reichskanzler a. D. Hermann Müller vom 25. September 1920:

...

„Nachdem der Generalstreik auf der ganzen Linie erklärt worden war, konnte das Schicksal der Kappisten nicht zweifelhaft sein. Eine Lahmlegung des gesamten Wirtschaftslebens muß selbstverständlich jede mit ihr beabsichtigte Wirkung erzielen,

vorausgesetzt, daß die Scharen der Streikenden in der Lage sind, selbst die mit dem Generalstreik unvermeidlich verbundenen Lebenserschwerungen zu ertragen; d. h.: ein Generalstreik wirkt nur, wenn er nicht an seinem eigenen Gewicht zusammenbricht; er darf also nicht allzulange fortgesetzt werden. Nimmt man zu dieser überwiegend wirtschaftlichen Erwägung hinzu, daß bei andauerndem Generalstreik in Berlin die Gefahr völlig unhaltbarer Sicherheitszustände drohte, erwägt man ferner, daß die Kappisten doch immerhin noch über eine ganze Menge zuverlässigen Militärs verfügten, mit dem sie großes Unheil anrichten konnten und stellt man endlich in Rechnung, daß irgendein, wenn auch vielleicht nicht auf ausdrücklicher Verabredung beruhendes, Zusammenwirken der Extreme von rechts mit den Extremen von links immer deutlicher in den Kreis der Möglichkeiten, ja Wahrscheinlichkeiten trat, dann war für Vertreter der Reichsregierung und solche Minister, die sich mit ihnen in Verbindung hielten, die Notwendigkeit gegeben, jedes Mittel zur Beschleunigung des Abzuges der Kappisten, auch das Mittel der Verhandlung zu benützen. Man hat nachträglich behauptet, daß die Gefahr einer Zusammenarbeit von Kapp und Däumig oder sonst eine derartige Personenkombination nur in der aufgeregten Phantasie der Bundesratsmitglieder bestanden habe. Nach meinen damaligen Nachrichten und nach meiner Überzeugung ist diese Auffassung falsch. Aus politisch psychologischen Erwägungen war auch von vornherein anzunehmen, daß die äußerste Linke ein reaktionäres Verbrechen wie den Kapp-Putsch nicht vorübergehen lassen werde, ohne für sich daraus Früchte zu ziehen, mindestens im trüben zu fischen." . . .

(Nachlaß Südekum 99, Brief S. 7 f.)

Dokument 47

Aussagen von Beteiligten über die „Kabinettssitzung" am 17. März vormittags, in welcher Kapp seinen Rücktritt erklärte, nach der Anklageschrift des Oberreichsanwalts:

„*Ludendorff* hat hierzu angegeben: ‚Am 17. März morgens 8 Uhr holte mich Lüttwitz im Auto ab, offenbar damit ich ihn wieder gegen Kapp unterstützen sollte. Denn nachdem die Sipo Kapps Rücktritt verlangt hatte, war auch Lüttwitz für Kapps Rücktritt und ich konnte dem nur zustimmen, denn es war natürlich ausgeschlossen, daß Sipo und Reichswehr gegeneinander fochten. An der folgenden Besprechung nahmen Kapp, Lüttwitz und von Trotha teil, von Schönstadt legte noch einmal dar, daß die Sipo sich hinter die verfassungsmäßige Regierung stelle. Unter diesen Umständen sprach alles für einen Rücktritt Kapps, auch Trotha erklärte sich dafür und Kapp streckte sich dann schnell.' Über diese letzte Kabinettssitzung haben sich die Teilnehmer folgendermaßen geäußert:

Von Trotha: In der am frühen Morgen abgehaltenen Sitzung, in der auch ich noch das Wort ergriff, um meine tags zuvor dem Vizekanzler Schiffer gegenüber erklärte Ansicht zu wiederholen und Kapp seinen Rücktritt als unausweichlich darzulegen, gab Ausschlag ein Ultimatum der Sipo, die erklärte, unter Kapp nicht länger dienen zu wollen und Antwort binnen einer halben Stunde verlangte. Kapp erklärte darauf seinen Rücktritt und zeigte dabei einen würdevollen Anstand. Nach der Erinnerung von Trothas haben die Angeschuldigten von Jagow und von Wangenheim auch hier noch für Durchhalten gestimmt. Diese Urteile sind nach Ansicht von Trothas aber angesichts der Lage ziemlich bedeutungslos gewesen, denn nichts hätte hinter ihnen gestanden, die ganze weitere Entwicklung hätte vom Zerfall des militärischen Halts, insbesondere vom Abschwenken der Sicherheitswehr abgehangen.

Der Angeschuldigte *von Jagow* erklärte hierzu: Kapp trat zurück, nachdem die Sipo seinen Rücktritt verlangt hatte. Ich hatte mich mit Entschiedenheit dagegen ausgesprochen, weil ich meinte, daß sowohl das Militär wie Zivil durch das Unternehmen gegenüber der Allgemeinheit die Verpflichtung übernommen hätte, dasselbe zum guten Ende zu bringen. . . .

Schiele: Als Kapp vom Militär am 17. März zum Rücktritt gezwungen wurde, entsprach es auch meiner Ansicht, daß er nicht zögerte, den Entschluß auszuführen, da jede Grundlage für eine aufbauende und versöhnende politische Arbeit fehlte.

Ferner: In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch hatte sich die Lage dadurch geändert, daß ein Teil des Militärs, die Sicherheitswehr, die Erklärung in die Reichskanzlei geschickt, daß sie unter Kapp als Reichskanzler das Unternehmen nicht fortführen wolle. Ich habe mich für den Rücktritt Kapps ausgesprochen."

(Anklageschrift, S. 135—137, Nachlaß Kapp)

Dokument 48

Dr. Stresemann in einem Brief vom 2. August 1920 an den Vizekanzler Dr. Heinze über die Amnestie-Verhandlungen am 17. März 1920:

„In den Verhandlungen, die zwischen Exzellenz von Lüttwitz und Hauptmann Pabst einerseits und den Herren Hergt, Gothein, Trimborn und mir andererseits am 17. März geführt worden sind, ist die Frage der Amnestie für die an dem Kapp-Unternehmen beteiligten Persönlichkeiten eingehend erörtert worden, ja sie stand für die Herren von Lüttwitz und Pabst sogar im Vordergrund des Interesses. Wir haben unsererseits als Fraktionsführer allseitig zugesagt, daß wir uns bei unseren Fraktionen für eine Amnestie einsetzen würden und auf die Frage des Herrn Hauptmann Pabst, ob durch diese Erklärung gewährleistet sei, daß eine Mehrheit in der Nationalversammlung eine solche Amnestie annähme, haben wir mit Ja geantwortet. Soviel ich mich erinnere, hat Hergt ebenso wie ich die einmütige Einwilligung der Fraktion in Aussicht gestellt, auch Trimborn hat meiner Erinnerung nach keine Einschränkung gemacht, der einzige, der mit größerer Reserve sprach, war Gothein, der für seine Person übernahm, die Fraktion auf denselben Standpunkt zu bringen, der aber darauf hinwies, daß er einzelne Mitglieder in seiner Fraktion besäße, die voraussichtlich einen anderen Standpunkt einnehmen würden. Ich habe dann meinerseits gerade wegen dieser Frage noch mit dem sozialdemokratischen damaligen Minister Südekum gesprochen, der mir sagte, daß die sozialdemokratische Partei natürlich auf eine derartige Amnestie nicht positiv eingehen könne, daß sie aber das Ganze passieren lassen würde. Es war mit ihm noch ausdrücklich besprochen worden, daß gegebenenfalls einige sozialdemokratische Abgeordnete bei der Abstimmung fehlen sollten, falls das Amnestie-Gesetz Schwierigkeiten begegnen sollte. Wir sind überein gekommen, diese Vereinbarung nicht sofort zu veröffentlichen, es bestand aber Einmütigkeit darüber, daß wir uns dafür stark machen würden.

Wir hatten im übrigen um so mehr Veranlassung anzunehmen, daß diese Vorlage die Mehrheit finden würde, als der damalige Reichsjustizminister Herr Schiffer in den vorangegangenen Verhandlungen betont hatte, daß sich eine Grundlage für eine derartige Amnestie finden würde durch ein allgemeines Amnestie-Gesetz, daß noch von früheren Zeiten her auch Angehörige der Linken ein Interesse an einer solchen Amnestie besäßen. . . . Ich kann daher als Fraktionsvorsitzender nicht einen Initiativvorschlag unterzeichnen, der tatsächlich Herrn von Lüttwitz und die sogenannten anderen Rädelsführer von der Begnadigung ausschließt. Denselben Standpunkt

müssen meiner Meinung nach diejenigen einnehmen, die an den damaligen Verhandlungen teilgenommen haben. — Allerdings haben sich die Verhältnisse seitdem insofern geändert, als diesem Kapp-Unternehmen die Unruhen im Ruhrgebiet gefolgt sind, die man am 17. März noch nicht übersehen konnte, so daß nunmehr die Lage so liegt, daß eine Mehrheit für die Begnadigung von Lüttwitz — für die ja auch die Unabhängigen einzuwilligen geneigt sind — nur möglich wäre, wenn gleichzeitig auch die Rädelsführer von der Linken in Bayern und im Ruhrrevier freigelassen würden.

. . .

Ich will aus diesem Grunde auch die Fraktion nicht drängen etwa den Versuch zu machen, gemeinschaftlich mit Unabhängigen und Deutschnationalen eine Verständigung über die gegenseitige Begnadigung der Rädelsführer von beiden Seiten herbeizuführen.

Sie werden verstehen, daß ich nicht meinerseits einen Antrag an 1. Stelle unterzeichnen kann, der die Begnadigung von Lüttwitz ausschließt, und daß ich weiterhin es für meine Pflicht halte, bei gegebener Gelegenheit, darauf hinzuwirken, daß die parlamentarisch nicht durchführbare einseitige Begnadigung der Führer des Kapp-Unternehmens bei nächster Gelegenheit sei es für sich allein, sei es im Zusammenhang mit der Freilassung anderer erfolgt."

(Nachlaß Stresemann, Mikrofilm, Nr. 139080—83)

Dokument 49

General von Hülsen über die Forderung hoher Offiziere nach dem Rücktritt von Lüttwitz am 17. März 1920:

„Am nächsten oder übernächsten Vormittag wurde ich in die Reichskanzlei gerufen, wo ich Ludendorff traf, der mich in einen Raum mitnahm, wo ich Lüttwitz, den General Grafen Goltz (Baltikumgoltz), General Hoffmann (früher Oberost), den Abgeordneten Graf Westarp und vielleicht noch einige andere Herren traf. Mir wurde erzählt, daß Lüttwitz gerade einen sehr unangenehmen Zusammenstoß mit einer, unter Führung des Oberst Heye stehenden Abordnung von Offizieren des Ministeriums gehabt habe. Ich solle mich zur Lage äußern. Ich erwiderte, daß ich zunächst bäte, mir zu bestätigen, daß ich dem General Frh. v. Lüttwitz am Abend des 11. März meine Bedenken geäußert und ihm abgeraten hätte, den Putsch durchzuführen, dann aber mit allen Kräften meine mir übertragenen Aufgaben erfüllt habe. Lüttwitz bestätigte mir das. Ich sagte dann, daß meines Erachtens der augenblickliche Standpunkt nicht haltbar sei. Die Truppe vermisse eine feste Führung, sie habe das Vertrauen zu Lüttwitz, den wir alle hoch verehrten, der aber der außergewöhnlichen Lage, in die die Bewegung uns hineingeführt habe und die ganz andere Aufgaben von den leitenden Soldaten erfordere, als der Krieg, verloren. Ich hielte es für erforderlich, daß er abtrete und ein anderer Offizier den Oberbefehl übernähme. Da fuhr Ludendorff los: Ich sähe die Lage ganz falsch an, Lüttwitz genösse nach wie vor das volle Vertrauen der Kommandeure, man wolle für den Nachmittag eine Versammlung derselben einberufen, zu der er, Ludendorff, auch kommen und sprechen werde. Diese Versammlung würde Lüttwitz ihr Vertrauen aussprechen. . . .

Kaum war ich in meiner Kürassierkaserne, als der Oberst Wetzell, Chef bei Oven, zu mir kam und mich um meine Ansicht befragte, er und die Kommandeure der anderen Brigade hielten Lüttwitz nicht mehr für tragbar. Er schlage vor, das Oberkommando Seeckt anzutragen. Ich hatte nichts dagegen.

Die Versammlung fand statt. Ludendorff sprach nicht sehr eindrucksvoll, . . .

und bat, dem General von Lüttwitz das Vertrauen zu bewahren. Er verschwand und der Oberst Bauer hielt einen schrecklich langweiligen Vortrag, in dem er sich bemühte, die Taten und die Versäumnisse der Führung zu erklären. Es konnte keine verfehltere Art geben, die Menschen zu beeinflussen. Dann ergriff als ältester Offizier der General von Oven das Wort und sagte in sehr bestimmter Weise, daß es mit Lüttwitz nicht ginge, er schlüge vor, den General von Seeckt mit der Führung und Liquidierung des Unternehmens zu betrauen." . . .

(Manuskript des Generals Bernhard v. Hülsen, S. 4 f.)

Dokument 50

General v. Hülsen über die Ursachen für das Scheitern des Putsches:

„Es unterliegt keinem Zweifel, daß die bürgerliche Bevölkerung, wenigstens in Berlin, die militärische Erhebung freudig begrüßt hatte. Das trat uns auf Schritt und Tritt entgegen. Trotz der mangelhaften politischen Vorbereitung hätte sie sich siegreich durchsetzen können, wenn nicht die Oberleitung völlig passiv gewesen wäre, sich einfach mit dem ersten militärischen Erfolge begnügt hätte und dann geglaubt hätte, daß sie regieren könne, als ob sie an der Spitze eines wohlgeordneten Staatswesens stände. Hätten Kapp-Lüttwitz Energie gezeigt, ihre Widersacher scharf angepackt, meinetwegen auch mit Brutalität, sie hätten die Lauen und Zögernden mit sich gerissen. Jedenfalls war die ganze Durchführung ein Musterbeispiel, wie eine Revolution nicht gemacht werden darf."

(Manuskript des Generals Bernhard v. Hülsen, S. 5)

Dokument 51

Korvettenkapitän Ehrhardt über die Ursachen des Scheiterns:

„Das Unternehmen ist nur politisch gescheitert. Militärisch hatte ich Berlin fest in der Hand und die feste Zusicherung mitzumachen von anderen Freikorps, insbesondere von der grünen Polizei. Entscheidend war die ungenügende politische Vorbereitung, das Verhalten des Generals Maercker, der glaube ich, in Leipzig mit seinem Verband sich hinter die alte Regierung stellte. In erster Linie jedoch, die ungenügende Härte gegen den Gegner, die ein solches Unternehmen eben erforderte. Man kann keine Revolution machen und dabei die gefährlichsten Gegner am Leben lassen, wenn man sie nicht anderweitig kalt stellen kann. Der Generalstreik, der ein niederschmetternder Schreck für Kapp war, wäre zusammengebrochen. Die Truppen und die Polizei hatten genug zu essen, Lebensmittel waren sehr knapp und die alte Regierung mit den Gewerkschaften, die den Streik veranlaßten, hätten bald gehungert und den Streik abgeblasen. Aber auch da hatte man nicht die erforderliche Härte."

(Aus einem Brief des Korvettenkapitäns Ehrhardt vom 19. Juni 1958 an den Verfasser)

Dokument 52

Graf v. Westarp über die Gründe des Scheiterns:

„In einem Briefe an v. Heydebrand habe ich über den Eindruck, den ich von den Gründen des Scheiterns gewonnen habe, einen kurz zusammenfassenden Bericht erstattet. (25. 3. 1920)

Von den inneren Gründen des völligen Zusammenbruches von Kapp und Lüttwitz

stelle ich in den Vordergrund, daß sie das Militär nicht hinter sich hatten. Am 13. früh stand die Reichswehr Gewehr bei Fuß; von außen anmarschierend konnte man deshalb der Regierung nicht mehr habhaft werden. Das Drängen Kapps nach einer Koalitionsregierung, der er zu weichen bald mehr bald weniger entschlossen war, war besonders am Montag, den 15., gleichfalls auf die Haltung des Militärs zurückzuführen. Sein Rücktritt am 17. vormittags hatte zum letzten Anlaß die ausdrückliche Forderung der Sicherheitswehr; der Rücktritt von Lüttwitz am 17. abends den Beschluß der überwiegenden Mehrheit seiner Truppenführer, die zum Teil nach dem 13. unter ihm weitergedient hatten, nun aber in schwebender Schlacht den Rücktritt ihres Führers verlangten. Das waren traurige Bilder, bei denen man sah, wie auch der alte preußische Offizier auf dem Trümmerhaufen liegt. Zu dieser Unsicherheit des Militärs kam die persönliche Unzulänglichkeit des Reichskanzlei-Büros Bauer, Pabst und Genossen. Dazu natürlich die äußeren Gründe."

(Westarp-Manuskript, S. 112 f.)

„Daß ‚Verhandeln, nicht Handeln' die Parole der Tage vom 13. bis 17. März wurde, lag in diesem Zuge der Zeit, und ihm folgten die Unterstaatssekretäre, die Kapp die Gefolgschaft des Beamtentums und die Offiziere der Reichswehr, die v. Lüttwitz die ihrige versagten. Bedenklichkeiten und Rücksichten bestimmten das Verhalten der beiden Oppositionsparteien, der DNVP und noch mehr der DVP. Sie zogen auch mir die Grenzen, innerhalb deren ich an der entschlußfreudigen Tat mitzuwirken und ihr das Wort zu reden suchte. . . .

Der Geschichtsforscher, der diese Erscheinung am Kapp-Unternehmen studiert, wird aber selbst dann, wenn er nicht ausschließlich nach dem Erfolge urteilt, zu prüfen haben, wieweit die Bedenklichen im Recht waren. Dabei wird er die Frage, ob die Zeit im Frühjahr 1920 bereits für eine Gegenrevolution reif war, kaum — jedenfalls nicht mit Sicherheit — bejahen können. Parlamentsherrschaft, Demokratie und Marxismus mußten erst so vollkommen versagen, wie es in den folgenden 12 Jahren geschah, bevor sie sturmreif wurden. Damals waren sie noch im Besitze der Macht, die sich auf das opferbereite Vertrauen breiter Massen des zermürbten deutschen Volkes stützen konnte. Da auch ihre Träger sich gegen den drohenden Bolschewismus zur Wehr setzen mußten, galten sie dem Ruhe und Ordnung bedürfenden Bürger und Politiker als ein Wall gegen diese Gefahr. Uns von der konservativen Minderheit, die das republikanische System lieber heute als morgen gestürzt hätten, fehlte der Zugang zur Masse. . . . Zu den inneren Hemmnissen kam, daß das drohende Eingreifen der Feinde, denen uns das Zwangsdiktat wehrlos ausgeliefert hatte, den Erfolg jeder nationalen Tat in Frage stellte. . . . Es lag damals nahe, das Scheitern des Unternehmens allein auf deren Versagen zurückzuführen. Kapp und andere Teilnehmer und unbedingte Freunde des Unternehmens wie D. Traub erhoben den noch heute nachwirkenden Vorwurf gegen die Offiziere und Beamten, die sich so schnell an die Seite der November-Umstürzler gestellt hätten und gegen die Rechtsparteien, daß nur sie das nationale Unternehmen Kapps durch ihre Ablehnung zum Scheitern gebracht hätten. Das ist eine jener hypothetischen Annahmen, die sich mit Sicherheit weder beweisen noch widerlegen lassen. Rückschauend wage ich nicht mit Sicherheit die Frage zu bejahen, ob Kapp oder ein militärischer Diktator selbst dann sich auf die Dauer hätte halten können, wenn die Fehler des 10. bis 17. März vermieden worden wären, er die Reichswehr hinter sich gehabt hätte und die kleine Minderheit der beiden nationalen Parteien ihm rückhaltlos gefolgt wären."

(Westarp-Manuskript, S. 135 f.)

Dokument 53

Wolfgang Kapp zum Scheitern des Unternehmens in seinem Brief an Elard von Oldenburg-Januschau vom 22. 9. 1920:

„Wenn preußische Generäle wie Oldershausen und Oven ein doppeltes Spiel treiben konnten, wenn der Hauptgeschäftsführer der Deutschnationalen Volkspartei die Organe der Revolutionsregierung vor dem bevorstehenden Schlag warnen konnte, wenn Herr Heinze, der Führer der zur monarchischen Staatsform sich bekennenden Deutschen Volkspartei, Ebert mit seiner Hochverrätergesellschaft auf ihrer Flucht nach Dresden unter seinen Schutz stellen und den General Maercker bestimmen konnte, diese heiligen Häupter vor Unheil zu bewahren, wenn solche Leute es dann noch obendrein fertigbringen, sich dieser Jämmerlichkeit öffentlich zu rühmen und sich als Retter dieser ‚Verfassung' und ‚Regierung' zu brüsten, wenn in Berlin mit ganz wenigen Ausnahmen die gesamte Generalität und hohe Bureaukratie zur Zeit der Märztage den erzwungenen Eid auf die Weimarer Verfassung heiliger hielt als im November 1918 den Eid der Treue gegen ihren Kaiser und König, wenn sie sich hierfür von den Hoch- und Landesverrätern der Novemberrevolution als ‚verfassungstreue Beamte und Offiziere' öffentlich beloben lassen, wenn die Männer des März-Unternehmens nach seinem Mißlingen von den sogenannten nationalen Kreisen, die das große Wort in der Öffentlichkeit führen, ohne zwingende Notwendigkeit aus politischer Feigheit oder bestenfalls aus politischer Begriffsverwirrung kaltlächelnd verleugnet, ja nicht einmal ihre vaterländischen Beweggründe anerkannt werden —, dann darf allerdings gesagt werden: *Diese* Zeit war noch nicht reif für die Rettung des Vaterlandes, dieses Vertrauen auf Vaterlandsliebe, Opferwilligkeit und Hingabe war wenig angebracht, diese Hoffnung, daß eine entschlossene begeisterte Tat die Lauen und Halben mit sich fortreißen und trotz aller Schwierigkeiten zum Erfolg führen würde, war vergebens, und insofern trifft die Männer des März-Unternehmens eine Schuld, wenn von einer solchen überhaupt gesprochen werden darf." . . .

(Nachlaß Kapp)

Dokument 54

Bericht des Majors Fleck über die Beauftragung Seeckts mit dem Oberbefehl durch Reinhardt.

„. . . Er war zu dem Schluß gekommen, daß die Ereignisse des Kapp-Putsches, also der Ungehorsam von Lüttwitz, die Weigerung der Reichsregierung zu kämpfen, die doch an vielen Stellen des Reiches im Heere zu Tage getretene offene Hinneigung zu gewaltsamer Beendigung der Ära Ebert, ihm selbst so viel Ansehen geraubt hatten, daß er jetzt nicht der richtige Mann sei. Innere Spannungen würden erneut im Heere auftreten, und, die klare Folgerung aus seinen Überlegungen ziehend, entschloß sich Reinhardt kraft der ihm gegebenen unumschränkten Vollmacht eine bisher weniger entscheidend mit den Ereignissen verknüpfte Persönlichkeit an die Spitze des Heeres zu stellen. Es kam nur die Persönlichkeit des General von Seeckt in Frage. Dieser, der sich geschickt zurückgehalten hatte, hatte die Eigenschaften, die zu rücksichtslosem Durchgreifen befähigen, er genoß berechtigtermaßen hohes Ansehen in der Armee. Reinhardt ließ Seeckt zu einer Unterredung bei vorgenanntem Minister Schiffer bitten, und mir ist die Scene ganz besonders lebendig in der Erinnerung. Nach einer kurzen Begrüßung durch Schiffer blieben wir drei, Reinhardt, Seeckt und ich, allein. Die beiden Generale traten in eine Fensternische, während ich in der Mitte des Zimmers an einem Tisch stand. Der General Reinhardt las dem General von Seeckt die Depesche vor,

ich sah deutlich die Empfindungen auf den Gesichtern beider Herren. Alsdann fügte der General Reinhardt hinzu, ‚da ich es für notwendig halte, daß eine Persönlichkeit jetzt an der Spitze des Heeres steht, die in das Vergangene nicht so entscheidend hineingezogen ist wie ich, nutze ich meine Vollmacht dazu aus, um Ihnen Herr General den Befehl über das Heer zu übertragen'. Seeckt nahm dieses wortlos an."

(Nachlaß Geßler Nr. 46, Fleck-Bericht, S. 3 f.)

Dokument 55

Der Aufruf der sogenannten „technischen Organisationen" gegen den Generalstreik am 17. März 1920:

„*Aufruf!*

Das Deutsche Volk steht vor einer großen Verantwortung.

Welche Folgen muß der Generalstreik haben? Wird er nicht verfassungsmäßige Zustände überhaupt unmöglich machen? Wird er nicht stets zu rücksichtsloser Diktatur führen?

Jeder von uns verurteilt gewaltsame Eingriffe, mögen sie kommen, woher sie wollen.

Der Generalstreik treibt uns ins Elend. Er tötet die Kranken in den Hospitälern, die Kinder in den Säuglingsheimen; er entnervt unsere Männer, entkräftet unsere Frauen. Er zerstört Aufbau und Zukunft, Freiheit und Wohlfahrt. Er unterbricht die Zufuhr von Lebensmitteln und Kohle, die Zuleitung von Gas, Wasser, Elektrizität.

Wollt Ihr das? Wollt Ihr die Verantwortung dafür tragen?

Wir, die unterzeichneten Organisationen und Verbände auf dem Gebiete der Technik, des Handwerks, der Industrie, sind parteipolitisch neutral und greifen in den parteipolitischen Kampf in keiner Weise ein. Mag die Mehrheit unseres Volkes entscheiden, wie sie will: Zweck hat diese Entscheidung nur noch, wenn Deutschland bis dahin nicht ein Trümmerfeld, ein Leichenhaufen ist.

Wir technischen Organisationen, die Ordnung, Wirtschaft, Lebensmöglichkeit aufrechterhalten wollen, schließen uns hiermit zusammen, um der kommenden Regierung der Ordnung und Arbeit

werktätige und technisch erfahrene
Männer an die Seite zu stellen, um die
Wirtschaft und den Wiederaufbau
des Vaterlandes unverzüglich in Gang zu bringen.
Helfet alle zu diesem Werke!

Berlin, den 17. März 1920.

Reichsbund Deutscher Technik. Volksarbeitsamt für den Wiederaufbau. Berliner Bez.-Verein d. Vereins Deutscher Chemiker. Bund Deutscher Architekten. Bund Deutscher Zivil-Ingenieure. Deutsche technische Gesellschaft. Innungsverband Deutscher Baugewerksmeister. Landesgruppe Brandenburg des Reichsbundes deutscher Technik. Kartell der freien technischen Berufe. Märkischer Bez.-Verein d. V. Deutscher Chemiker. Polytechnische Gesellschaft. Verband Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine. Verband Deutscher Gutachterkammern. Verband selbständiger vereideter Landmesser. Verein beratender Ingenieure."

(Dieses Flugblatt befindet sich im Nachlaß Schiffer 18, Blatt 79. Die Unterzeichner der einzelnen Vereine wurden hier nicht aufgeführt.)

Dokument 56

Anneliese Kapp, die ständige Begleiterin ihres Vaters während des Putsches, über die Ursachen des Scheiterns:

„Ein abschließendes Urteil darüber, woran das Kapp-Unternehmen gescheitert ist, ist schwer zu fällen. Bedeutungsvoll war, daß das Unternehmen politisch von der militärischen Aktion abhing. Militärisch hat die Illusion, es könne eine Beteiligung führender sozialdemokratischer Persönlichkeiten, vor allem Eberts und Noskes, erreicht werden, eine verhängnisvolle Wirkung ausgeübt.

Man wird der Situation wohl gerechter, wenn man von einem Kapp-Lüttwitz-Putsch spricht. Es wird nämlich damit darauf hingewiesen, welche Bedeutung die militärische Aktion zunächst haben mußte und dann während des ganzen Unternehmens tatsächlich gehabt hat. Damit tritt aber notwendigerweise eine Verschiebung in der Beurteilung ein, die der politischen Seite nicht gerecht wird. In die Geschichte ist das Unternehmen als „Kapp-Putsch" eingegangen, obwohl mein Vater ihm das gewünschte politische Gesicht nicht hat geben können. So wird er mit der politischen Seite eines Unternehmens belastet, das seinen Intentionen nicht entsprach. Man vereinfacht die Frage zu sehr, wenn man den Grund für das Scheitern in der verschiedenen Zielsetzung von Lüttwitz und meinem Vater sehen würde; denn die ohne Zweifel anderen politischen Absichten meines Vaters sind an keinem dieser Tage zur Auswirkung gekommen. Soweit es sich um ein von meinem Vater geplantes Unternehmen handelt, ist es von vornherein an diesem Dualismus gescheitert."

Anneliese Kapp an den Verfasser.

Dokument 57

ADGB, Afa und DBB fordern die Fortsetzung des Streiks:

„Kundgebung.

Arbeiter, Angestellte und Beamte!

Der Generalstreik hat bisher den Erfolg gezeitigt, daß die Kapp und Lüttwitz beseitigt sind. Damit ist aber der Kampf noch nicht beendigt. Die Soldateska beherrscht noch die Straßen Berlins.

Die von verschiedenen Seiten gebrachte Nachricht, daß Noske als Oberbefehlshaber der Truppen nach Berlin zurückkehren soll, erscheint uns nach den bisherigen Verhandlungen mit der verfassungsmäßigen Regierung ausgeschlossen.

Zunächst sind alle unzuverlässigen Truppen restlos zu entfernen und zu entwaffnen. Die Neuorganisation der Truppe muß so erfolgen, daß für die Zukunft jeder militärische Putsch unmöglich ist.

Wir fordern entscheidende Mitwirkung bei der Neuordnung der Verhältnisse. Die Erfüllung dieser Forderungen halten wir zur Sicherung einer gesunden Fortentwicklung unseres Wirtschaftslebens für unerläßlich.

Diese Bedingungen sind der verfassungsmäßigen Regierung gestellt.

Jede Mitteilung darüber, daß wir in irgendwelche Verbindung mit Kapp und Genossen getreten wären, ist unwahr. Wir haben von vornherein jede Verhandlung mit den Volksfeinden abgelehnt.

Der Generalstreik ist fortzusetzen
bis unsere Forderungen erfüllt sind.

Berlin, 18. März 1920.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände.
Deutscher Beamtenbund.
Vermeidet Ansammlungen und bewahrt die Ruhe!"

Dokument 58

Auszug aus den Verhandlungen vom 18. März 1920 zwischen Mitgliedern der preußischen Regierung, der Reichsregierung, Vertretern der Mehrheitsparteien einerseits und Vertretern des ADGB, der Afa und des DBB andererseits über die gewerkschaftlichen Bedingungen für den Abbruch des Generalstreiks:

„*Aufhäuser:*[1])

Dritte Frage: Entscheidender Einfluß der organisierten Arbeiterschaft. Warum so wenig Verständnis? Vor wenigen Tagen hat (wurde?) die Berliner Arbeitnehmerschaft von der alten Regierung aufgefordert, von dem äußersten Kampfmittel Gebrauch zu machen. Die alte Regierung rief die Geister!! Jetzt kann man sie nicht mehr wieder ausschalten. In den Organisationen besteht ein gewisser Mangel an Vertrauen, ob es der Regierung allein gelingen würde, die nötigen Reformen durchzuführen. Diese Garantien sehen wir in dem entscheidenden Einfluß der Arbeitnehmerforderungen. Keine Ausschaltung der Demokratie und der Verfassung. Wie das geschehen kann, darüber kann gesprochen werden. Vorschlagsrecht allein genügt nicht; ein gewisses Einspruchsrecht mit der Möglichkeit, daß die Beschlußfassung den parlamentarischen Stellen verbleibt. Es handelt sich auch um die Neuordnung des Systems, und darüber ist sich die Arbeitnehmerschaft einig. Die Nationalversammlung hat in dieser Krise versagt und mußte versagen. Die Arbeiterschaft allein ist die entscheidende Stelle, die uns wieder aus der Misere gebracht hat. Wir führen den Generalstreik nicht zugunsten der jetzigen Regierung, sondern zur Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Zustände. Man sagt, daß, wenn die Gewerkschaften das verlangen, könnte auch jede andere Gruppe es verlangen. Aber das ist nicht richtig. Alles und jedes hängt nur von der Arbeiterschaft ab. Im Sinn der gesamten Bevölkerung ist es gelegen, wenn man die Gewerkschaften mit diesem erhöhten Einfluß ausgestaltet. . . . Es wird den Gewerkschaften nicht leicht sein, die gesamte Arbeiterschaft zum Abbruch zu bewegen. Wir wünschen aber, daß die Arbeiter(schaft) mit gutem Gewissen ihr Kampfmittel aus der Hand legt. Nicht eher, bevor sie bestimmte Sicherheiten hat. In Berlin stark radikalisiert! Hinter der Aufforderung zum Abbruch muß positives Material stecken, sonst fehlt das Vertrauen.

. . .

Hirsch: Die Herren von der Berliner Gewerkschaftskommission sind erschienen. — Wir hier können überhaupt keine Zugeständnisse machen. Denn sie haben keinen Wert. Diese Forderungen sind an die Reichsregierung zu richten. Sie ist nicht vorhanden.

Legien: Dieser Kreis fühlt sich entweder legitimiert oder nicht. Wenn er nicht legitimiert ist, dann brauchen wir nicht weiter zu reden. Wenn wir sehen, daß wir einig sind, dann kann die Reichsregierung zurückkehren, sonst nicht. Also entweder Vereinbarung und Reichsregierung vorzulegen, nur unter dieser Bedingung kommt ihr zurück, oder wir können abbrechen. Die Reichsregierung kommt nicht zurück, wenn diese Forderungen nicht erfüllt werden.

. . .

[1]) Vorsitzender der Freien Angestelltenverbände (Afa).

Gothein: Wenn gesagt worden ist, daß Sie die Verfassung schützen wollen, und dann Forderungen stellen, die mit der Verfassung im Widerspruch stehen, so möchte ich davor warnen. „*Wie ich sie auffasse.*" Es ist die Forderung gestellt, daß die Reichsregierung erst zurückkommen darf, wenn sie Bedingungen erfüllt habe; aber das kann sie doch auch nicht erklären, weil es gegen die Verfassung wäre. Ihre Ankündigung ist ein Streik gegen das deutsche Volk. Wir sind bereit, Sicherheiten zu geben, um Putsche für die Zukunft zu verhindern, Offizierskorps anders zu gestalten. Wir haben uns immer gegen Noske gewandt. Wir sind ferner bereit, die Wünsche der Gewerkschaften und des Beamtenbundes auf Einfluß bei der Kabinettsbildung anzuhören und, soweit uns das (sic) mit den allgemeinen Interessen vereinbar sind, zu unterstützen. Darüber hinaus können wir aber nicht gehen. Wenn hier verlangt wird, daß ein entscheidender Einfluß ausschließlich dieser Gruppe gewährt werden soll, so kann ich dazu keine Zustimmung geben. Das ist eine Schädigung der anderen Kreise des Volkes. Zur Abwehr haben wir jeden anderen auch aufgerufen. Ein Protest gegen den terroristischen Putsch war allgemein. Aber ich wehre mich gegen Terror von der anderen Seite. Legien will den Terror. Fortsetzung des Streiks macht das Zusammentreten des Reichstags unmöglich. Wir verlangen unser Recht der Gleichberechtigung. Legien drohte mit einer eigenen Regierung; das ist Revolution gegenüber dem Volk. Das ist genau dasselbe, was die Kapp getan haben. Das Volk selbst ist befugt zu entscheiden.

. . .

Stegerwald: Die Forderungen stehen im Widerspruch zur Verfassung und zur Demokratie. So läßt es sich nicht machen. Es wäre eine schöne Regierungsbildung, wenn wir hier Beschlüsse von so großer Tragweite fassen würden. Auch internationale Lage muß berücksichtigt werden, Lebensmittelfrage, Wahlen usw. Darüber kann man hier nicht ohne weiteres beraten. Das wäre nicht verfassungsmäßig. . . . Vor den Wahlen keine Verfassungsänderung, das ist der Standpunkt der Zentrumspartei. Auch eine Verfassungsänderung, daß jetzt bestimmte Instanzen auf die Neubildung der Regierung Einfluß haben, kann praktisch nicht in Frage kommen. . . .

Schumann:[1]) Einige Redner kennen den ganzen Ernst der Lage nicht. . . .

Es handelt sich um die bündige Erklärung der Regierungsvertreter, daß den Gewerkschaften der von ihnen beanspruchte Einfluß eingeräumt wird. Das ist weder Terror noch Revolution gegenüber dem Volk, sondern Selbstverständlichkeit, daß (da) die Arbeiter die Republik gerettet haben. Die anderen Parteien und Parlament werden nicht ausgeschaltet. Der entscheidende Einfluß kann sich ungefähr in der Weise geltend machen, daß Verständigung über die Personen erfolgt, auch Verständigung über die Neuorganisation der Regierung und Verwaltung. Es soll nicht diktiert werden, sondern wir wollen nicht zulassen, daß der frühere Zustand wieder seinen Einzug hält, bei dem wir gezwungen waren, um Selbstverständlichkeiten monatelang zu kämpfen. . . .

. . .

Schiffer: . . . Die Arbeiterschaft hat den Putsch nicht allein niedergeworfen. Sondern die Haltung der Beamten. Das hat ungeheuren Eindruck gemacht. Beamte aller Richtungen. . . . Generalstreik hätte sein Ziel erreicht, aber erst später und unter größeren Opfern. Von größter Wirkung war wiederum die Haltung einer großen Anzahl von Generalen! Das ist die Wahrheit. . . .

Legien: Auch Schiffer faßt die Lage nicht so auf wie nötig. Wir sind keine unartigen Kinder. Wenn Sie sich nicht verständigen, dann ist das nichts anderes als der Bürgerkrieg in Deutschland. Wir sind außerstande, die Arbeiterschaft aus dem Kampf

[1]) Vorsitzender des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

zurückzurufen, wenn wir nichts zeigen können. Auch andere Kreise sind gegen Kapp gewesen. Aber entscheidend war Arbeiterschaft, Straßenbahn, Wasserwerk. Ohne Verständigung kommt der Bürgerkrieg. Sie können uns nicht zumuten, daß wir jetzt nach der Verordnung von Kapp über Todesurteile zurückgehen. . . .

. . .

Krüger: Es handelt sich nicht darum, daß die Gewerkschaften die Lage benützen, sondern das es so ist: Die Parteien und Gewerkschaften haben nicht die Macht, den Generalstreik abzublasen, wenn die Arbeiterschaft nicht Sicherheit hat, daß in jeder Beziehung die Macht der Reaktion in Reich und Staat gebrochen wird."

(Nach einem Stenogramm im Südekum-Nachlaß, Akte 21; die Übertragung besorgte das Bundesarchiv Koblenz)

Quellen und Literatur

A. Unveröffentlichte Quellen

1. Akten

Akten der Reichskanzlei:

Akten betreffend Umsturzbestrebungen durch Kapp–Lüttwitz, Pol. 5[1], Band 1—7; Bundesarchiv Koblenz (ein Teil dieser Akten wurde dem Verfasser vom Foreign Office, London, als Mikrofilm zugänglich gemacht).

Akten betreffend Reichsmarine Band I: R 43 I 601.

Generalakten des Preußischen Justizministeriums; Bundesarchiv Koblenz.

Akten des Deutschen Auswärtigen Amtes (Protokolle über die Sitzungen des Reichsministeriums im Jahre 1920). Diese Protokolle erhielt der Verfasser als Mikrofilm, Copy No. T-120, Roll No. 1668, von den National Archives, Washington. Die Sitzungsprotokolle befinden sich jetzt unter den Akten der Reichskanzlei im Bundesarchiv Koblenz.

Anklageschrift des Oberreichsanwalts im Jagow-Prozeß vom 11. Juli 1921. Privatbesitz: Fräulein Anneliese Kapp, Schloß Lichtenberg (Odenwald).

2. Briefe

Briefe von Prof. Dr. Axel Freiherr v. Freytagh-Loringhoven an Amtsgerichtsrat Dr. v. Sethe. Erhalten vom Amtsgericht Dr. v. Sethe; jetzt im Bundesarchiv Koblenz.

Brief des Reichsministers a. D. Dr. Eugen Schiffer an Prof. Dr. Harold J. Gordon vom 18. Januar 1952; von Prof. Gordon in einer Abschrift zur Verfügung gestellt.

Brief von Fräulein Anneliese Kapp an Dr. Hans-Adolf Jacobsen vom 22. März 1958 (Richtigstellungen zu der Biographie von Schemann über Wolfgang Kapp); von Anneliese Kapp in einer Abschrift zur Verfügung gestellt.

Der umfangreiche Briefwechsel von Fräulein Kapp über den Kapp–Lüttwitz-Putsch kann bereits als Teil des Kapp-Nachlasses betrachtet werden, er wird daher nicht gesondert aufgeführt.

Briefe an den Verfasser von: Staatssekretär Prof. Arnold Brecht,
Generalleutnant Jenö von Egan-Krieger,
Unterstaatssekretär Dr. Heinrich Doehle,
Korvettenkapitän Hermann Ehrhardt,
Reichsminister a. D. Oskar Hergt,
Generalmajor Heinrich Hermann v. Hülsen,
Fräulein Anneliese Kapp,
Generalmajor Dr. Gustav Krukenberg,
Major Waldemar Pabst,
Botschafter Walter Zechlin,
Geheimrat Karl Wever.

3. Manuskripte

Staatsminister Albert Grzesinski: „Im Kampf um die deutsche Republik. Lebensweg eines heute Staatenlosen." Vorwort vom 31. Dezember 1933; im Bundesarchiv.

Staatsminister Dr. Wolfgang Heine, Memoiren; im Besitz von Oberregierungsrat Dr. W. Heine, München.

General Bernhard v. Hülsen, Erinnerungen aus den Tagen des Kapp–Lüttwitz-Putsches; durch Vermittlung von Prof. Dr. Fritz Ernst, Universität Heidelberg.

Fräulein Anneliese Kapp: „Das März-Unternehmen 1920", zwei Fassungen von 20 und 35 Seiten; „Kurze Darstellung des Kapp-Unternehmens vom März 1920"; „Persönliches aus den Märztagen 1920"; „Wolfgang Kapp. Zur 30. Wiederkehr seines Todestages"; sämtlich im Besitz von Fräulein Kapp, Schloß Lichtenberg (Odenwald).

Generalmajor Dr. Gustav Krukenberg: „Am Rande des Kapp-Putsches"; durch Vermittlung von Herrn Prof. Dr. Werner Conze, Universität Heidelberg; jetzt auch im Bundesarchiv.

Dr. Georg-Wilhelm Schiele: „Aufzeichnungen über das März-Unternehmen vom Jahre 1920"; im Besitz von Fräulein Anneliese Kapp, Schloß Lichtenberg (Odenwald).

Pfarrer D. Gottfried Traub: „Das Kapp-Unternehmen"; im Besitz von Fräulein Kapp.

Kuno Graf v. Westarp, dieses außergewöhnlich wertvolle und sehr umfangreiche Werk wird als „Westarp-Manuskript" bezeichnet; im Besitz von Dr. Friedrich Freiherr Hiller v. Gaertringen, die Benutzung vermittelte Prof. Dr. W. Conze, Universität Heidelberg.

4. Nachlässe

Oberst Max Bauer; im Bundesarchiv.

Reichsminister Hermann Dietrich; im Bundesarchiv.

Reichsminister Otto Geßler; im Bundesarchiv.

Reichsschatzminister Dr. Georg Gothein; Bundesarchiv.

General Wilhelm Groener; eingesehen im Bundesverteidigungsministerium, jetzt im Bundesarchiv.

Staatsminister Dr. Wolfgang Heine; Internationales Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam, die den Putsch betreffenden Teile wurden durch Vermittlung von Herrn Prof. Dr. Conze als Mikrofilm zur Verfügung gestellt.

General Wilhelm Heye; Bundesarchiv.

Generallandschaftsdirektor Dr. Wolfgang Kapp, nur der im Besitz von Fräulein A. Kapp, Schloß Lichtenberg (Odenwald), befindliche Teil konnte eingesehen werden. Der Hauptteil des Nachlasses befindet sich im Zentralarchiv in Potsdam.

Reichsminister Erich Koch-Weser; im Bundesarchiv.

General v. Lequis; im Bundesarchiv.

Rechtsanwalt Walter Luetgebrune; die den Kapp–Lüttwitz-Putsch betreffenden Teile erhielt der Verfasser als Mikrofilm, Copy No. T-253, Roll No. 5, 12 und 13, von den National Archives, Washington. Jetzt befindet sich der Nachlaß im Bundesarchiv.

Nachlaß Major Wolfgang Mentzel; Bundesarchiv.

General Walther Reinhardt, die Einsicht in den noch ungedruckten Teil des Nachlasses vermittelte Prof. Dr. Fritz Ernst, Universität Heidelberg.

Reichsminister Dr. Eugen Schiffer; im Hauptarchiv Berlin-Dahlem (ehem. Preuß. Geheimes Staatsarchiv).

General Kurt v. Schleicher; im Bundesarchiv Koblenz.

General Hans v. Seeckt; eingesehen im Bundesverteidigungsministerium, jetzt im Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Freiburg.

Reichsminister Dr. Carl Severing; Archiv des SPD-Parteivorstandes, Bonn.

Reichskanzler Dr. Gustav Stresemann; als Mikrofilm im Institut für Europäische Geschichte in Mainz.

Staatsminister Dr. Albert Südekum; Bundesarchiv Koblenz.

5. Protokolle

Protokolle der Sitzungen des SPD-Parteiausschusses vom 13. Dezember 1919, 30. und 31. März 1920, 4. Mai 1920 und 8. Dezember 1920; Archiv des SPD-Parteivorstandes, Bonn.

Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes, des Parteiausschusses und der Parteiredakteure vom 27. Januar 1920 (SPD); Archiv des SPD-Parteivorstandes, Bonn.

6. Randbemerkungen

des Generaloberſten Curt v. Hammerstein-Equord zu Rabenau, Seeckt. Bundesarchiv Verwaltungsbuch Nr. 134.

7. Sammlungen

Flugblatt- und Zeitungssammlung der Hoover Institution on War, Revolution and Peace; Stanford University, California. Das dort vorhandene Material zum Kapp–Lüttwitz-Putsch wurde als Mikrofilm zur Verfügung gestellt.
Zeitgeschichtliche Sammlung des Bundesarchivs Koblenz.

8. Mündliche Mitteilungen

von Fräulein Anneliese Kapp,
Major Waldemar Pabst,
Geheimrat Karl Wever
Journalist Alfred Kames.

B. Literatur

„*A*" (d. i. Adolf Stein): Sieben-Tage-Buch. Kappregierung und Generalstreik, Berlin 1920.

Abshagen, Karl-Heinz: Schuld und Verhängnis, Ein Vierteljahrhundert deutscher Geschichte in Augenzeugenberichten, Stuttgart 1961.

Allen, Henry T.: Mein Rheinland-Tagebuch, Berlin 1923.

Alter, Junius (d. i. Franz Sontag): Nationalisten. Deutschlands nationales Führertum der Nachkriegszeit, 3. Aufl., Leipzig 1932.

Angress, Werner T.: Weimar coalition and Ruhr insurrection, March—April 1920. A study of government policy, in: Journal of Modern History, March 1957.

Bauer, Max: Der 13. März 1920, München 1920.

Bericht über die Verhandlungen auf dem außerordentlichen Vertretertag am 26.—28. Mai 1920 (Deutscher Beamtenbund), Berlin 1920.

Bericht über den 2. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) am 20.—24. Oktober 1919,

— den 3. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands am 25. und 26. Februar 1920,

— den 4. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands am 14. und 15. April 1920, Berlin 1919 und 1920.

Berlau, Joseph A.: The German Social Democratic Party 1914—1921, New York, Columbia Univ. Press, 1949.

Bernstein, Richard: Der Kapp-Putsch und seine Lehren, Revolutionsbibliothek Nr. 10, Berlin 1920.

Bischoff, Josef: Die letzte Front, Geschichte der Eisernen Division im Baltikum, Berlin 1935.

Blos, Wilhelm: Der Kapp-Putsch, in: Friedrich Ebert und seine Zeit, Ein Gedenkwerk über den ersten Präsidenten der Deutschen Republik, Charlottenburg o. J. (1927).

v. Blücher, Wipert: Deutschlands Weg nach Rapallo, Wiesbaden 1951.

v. Borch, Herbert: Obrigkeit und Widerstand. Zur politischen Soziologie des Beamtentums, Tübingen 1954.

Böttcher, Helmut: Kapp–Lüttwitz-Putsch, Generalstreik und Bürgerkrieg. Die Wahrheit über die Ereignisse in Halle und Mitteldeutschland, 3. Aufl., Leipzig 1920.

Bracher, Karl D.: Die Auflösung der Weimarer Republik, 2. Aufl., Stuttgart und Düsseldorf 1957.

Brammer, Karl: Fünf Tage Militärdiktatur. Dokumente zum Kapp-Putsch, Berlin 1920.

Brammer, Karl: Verfassungsgrundlagen und Hochverrat. Nach stenographischen Verhandlungsberichten und amtlichen Urkunden des Jagow-Prozesses, Berlin 1922.

v. Braun, Magnus: Von Ostpreußen bis Texas, Oldenburg 1955.

Braun, M. J.: Die Lehren des Kapp-Putsches, in: Die Internationale, Zeitschrift für Theorie und Praxis des Marxismus, Jg. II, Heft 23 und 24, Berlin 1920.

Braun, Otto: Von Weimar zu Hitler, New York 1940.

Brecht, Arnold: Aus nächster Nähe. Lebenserinnerungen 1884—1927, Stuttgart 1966.

Brenner, Otto: Gewerkschaftliche Dynamik in unserer Zeit, Frankfurt a. Main 1960.
Caro, Kurt-*Oehme*, Walter: Schleichers Aufstieg. Ein Beitrag zur Geschichte der Gegenrevolution, Berlin 1933.
Carsten, Francis L.: Reichswehr und Politik 1918—1933, Köln/Berlin 1964.
Casper, Gustav-Adolf: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und das deutsche Wehrproblem in den Jahren der Weimarer Republik, Diss. d. Freien Universität Berlin, maschinenschriftlich, 1954.
Cleinow, Georg: Der Verlust der Ostmark, Berlin 1934.
Cleinow, Georg: Hetzpolitik — Aufbaupolitik, in: Grenzboten, Jg. 1920, Heft 11/13.
Colm, Gerhard: Beitrag zur Geschichte und Soziologie des Ruhraufstandes vom März/April 1920, Essen 1921.
Conze, Werner: Die deutschen Parteien in der Staatsverfassung vor 1933, in: Das Ende der Parteien 1933, hrsg. von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1960.
Conze, Werner: Die Weimarer Republik, in: Deutsche Geschichte im Überblick, hrsg. von Peter Rassow, Stuttgart 1962, 2. Aufl.
Craig, Gordon A.: The Politics of the Prussian Army 1640—1945, Oxford 1955.
Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen deutscher Truppen und Freikorps. Im Auftrage des Oberkommandos des Heeres bearbeitet und hrsg. von der Kriegsgeschichtlichen Forschungsanstalt des Heeres, Band II: Der Feldzug im Baltikum bis zur zweiten Einnahme von Riga Januar bis Mai 1919, Berlin 1937; Band III: Die Kämpfe im Baltikum nach der zweiten Einnahme von Riga, Berlin 1938; Band VI: Die Wirren in der Reichshauptstadt und im nördlichen Deutschland 1918—1920, Berlin 1940.
Documents on British Foreign Policy, 1919—1939, First Series, London 1947 ff., hrsg. von E. L. Woodward und Rohan Butler, Vol. III, V, VI, IX und X.
Der Dolchstoß-Prozeß in München Oktober/November 1925, Eine Ehrenrettung des deutschen Volkes, München 1925.
Ebert, Friedrich, jun.: Friedrich Ebert, Schriften, Aufzeichnungen, Reden, Dresden 1926, Band 1.
Eckart, Dietrich: Kapp, in: Auf gut deutsch, Wochenschrift für Ordnung und Recht, hrsg. von Dietrich Eckart, Jg. 1920, Heft 11/12, München 1920.
Epstein, Klaus: Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie. Berlin–Frankfurt a. Main 1962.
Erdmann, Karl-Dietrich: Die Zeit der Weltkriege, Band 4 des Handbuchs der Deutschen Geschichte von Bruno Gebhardt, 8. Aufl., hrsg. von Herbert Grundmann, Stuttgart 1959.
Erdmann, Karl-Dietrich: Die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 3. Jg. 1955.
Ernst, Fritz: Aus dem Nachlasse des Generals Walther Reinhardt, in: Die Welt als Geschichte, Jg. 1958, Heft 1 und 2/3.
Ernst, Fritz: Walther Reinhardt (1872—1930), in: Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte, Jg. 1957.
Eschenburg, Theodor: Die improvisierte Demokratie der Weimarer Republik, Laupheim o. J. (1954).
Eyck, Erich: Geschichte der Weimarer Republik, Band 1, Vom Zusammenbruch des Kaisertums bis zur Wahl Hindenburgs, Erlenbach-Zürich und Stuttgart 1957.
Falkenberg, Albert: Die Deutsche Beamtenbewegung nach der Revolution, 2. Aufl., Sozialwissenschaftliche Bibliothek Nr. 15, Berlin 1920.
v. Falkenhausen: Zum Gedächtnis Wolfgang Kapps, in: Süddeutsche Monatshefte, 30. Jg., 1932, Heft 1.
Fischart, Johannes (d. i. Erich Dombrowski): Das alte und das neue System, Neue Folge: Die Männer der Übergangszeit, Berlin 1920.
Fischer, Ruth: Stalin und der deutsche Kommunismus. Der Übergang zur Konterrevolution, Frankfurt a. M. 1949.
Flechtheim, Ossip K.: Die Kommunistische Partei Deutschlands in der Weimarer Republik, Offenbach 1948.
Freksa, Friedrich: Kapitän Ehrhardt, Abenteuer und Schicksale. Nacherzählt von ***, Berlin 1924.
Friedensburg, Ferdinand: Die Weimarer Republik, Berlin 1946.

Frölich, Paul: Die Kappiade und die Haltung der Partei, in: Die Internationale, Zeitschrift für Theorie und Praxis des Marxismus, Jg. II, Heft 24, Berlin 1920.
v. Gayl, Wilhelm: Ostpreußen unter fremden Flaggen, Königsberg 1940.
Gessler, Otto: Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit, hrsg. von Kurt Sendtner, Stuttgart 1958.
v. der Goltz, Rüdiger: Meine Sendung in Finnland und im Baltikum, Leipzig 1920.
v. der Goltz, Rüdiger: Als politischer General im Osten, 2. Aufl., Leipzig 1936.
Gordon, Harold J.: The Reichswehr and the German Republic 1919—1926, Princeton University Press 1957, Deutsche Ausgabe mit den Original-Quellentexten: Die Reichswehr und die Weimarer Republik 1919—1926, Frankfurt a. M. 1959.
Gottschlich, Erhard: Beamtentum und Staat im Deutschen Reich vom November 1918 bis zum Kapp-Putsch, phil. Staatsarbeit an der Universität Heidelberg 1958.
Graef, Walther: Der Werdegang der Deutschnationalen Volkspartei 1918—1928, in: Der Nationale Wille, Werden und Wirken der DNVP 1918—1928, hrsg. von Max Weiss, Berlin/Leipzig 1928.
Grebing, Helga: Zentrum und katholische Arbeiterschaft 1918—1933. Ein Beitrag zur Geschichte des Zentrums in der Weimarer Republik, Diss. der Freien Universität Berlin 1952, masch.
Griebel, Alexander: Das Jahr 1918 im Lichte neuer Publikationen, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, o. Jg. 1958, Heft 4.
Groener, Wilhelm: Lebenserinnerungen. Jugend, Generalstab, Weltkrieg, hrsg. von Friedrich Freiherr Hiller v. Gaertringen, Göttingen 1957.
Groener-Geyer, Dorothea: General Groener, Soldat und Staatsmann, Frankfurt a. M. 1955.
Gumbel, Emil Julius: Zwei Jahre Mord, Berlin 1921.
Gumbel, Emil Julius: Vier Jahre politischer Mord, Berlin 1922.
Gumbel, Emil Julius: Verschwörer. Beiträge zur Geschichte und Soziologie der deutschen nationalistischen Geheimbünde seit 1918, Wien 1924.
Gumbel, Emil Julius: Vom Fememord zur Reichskanzlei, Heidelberg 1962.
Halperin, William S.: Germany tried Democracy. A Political History of the Reich from 1918—1933, New York 1946.
Hartenstein, Wolfgang: Die Anfänge der Deutschen Volkspartei 1918—1920, Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Band 22, Düsseldorf 1962.
Haussmann, Conrad: Schlaglichter, hrsg. von Ulrich Zeller, Frankfurt a. M. 1924.
Heidegger, Hermann: Die deutsche Sozialdemokratie und der nationale Staat 1870—1920, Göttingen/Berlin/Frankfurt 1956.
Heiden, Konrad: Adolf Hitler. Das Zeitalter der Verantwortungslosigkeit, Band I, Zürich 1936.
Hertzmann, Lewis: Gustav Stresemann: The Problem of Political Leadership in the Weimar Republic, in: International Review of Social History, Vol. V 1960, Part 3.
Heuss, Theodor: Kapp–Lüttwitz, Verbrechen gegen die Nation, Berlin 1920
Hiller von Gaertringen, Friedrich Frhr.: „Dolchstoß"-Diskussion und „Dolchstoßlegende" im Wandel von vier Jahrzehnten. Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 16/63, 17. April 1963.
Hillger, Hermann: Hillgers Handbuch der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung 1919, Berlin und Leipzig o. J. (1919).
Hirsch, Paul: Der Weg der Sozialdemokratie zur Macht in Preußen, Berlin 1929.
Hirsch-Weber, Wolfgang: Gewerkschaften in der Politik. Von der Massenstreikdebatte zum Kampf um das Mitbestimmungsrecht, Köln und Opladen 1959.
Hoegner, Wilhelm: Die verratene Republik. Geschichte der deutschen Gegenrevolution, München 1958.
Horkenbach, Cuno: Das Deutsche Reich von 1918 bis heute, Berlin 1930.
Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution, Beiträge von Lenin, Liebknecht, Pieck, Ulbricht u. a., Berlin 1929.
v. Jagow, Traugott: Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens, Gollnow 1922.
v. Jagow, Traugott: Verrückte Welt, Persönliches aus und nach der Kapp-Erhebung, Kassel 1937.
Jansen, Robert: Der Berliner Militärputsch und seine politischen Folgen, Berlin 1920.
Kaiser, Joseph H.: Der politische Streik, 2. Aufl., Berlin 1959.
Kapp, Wolfgang: Die Maidenkschrift aus dem Jahre 1916, 2. Aufl., Gera/Langenberg/Reuß 1918
Kaufmann, Walter H.: Monarchism in the Weimar Republic, New York 1953.

Keil, Wilhelm: Erlebnisse eines Sozialdemokraten, Band 2, Stuttgart 1948.
Kern, Fritz: Das Kappsche Abenteuer, in: Grenzboten, 79. Jg. 1920, Heft 11/13, Leipzig und Berlin 1920.
v. Kessel, Ernst: Handgranaten und rote Fahnen. Ein Tatsachenbericht aus dem Kampf gegen das rote Berlin 1918—1920, Berlin 1933.
v. Killinger, Manfred: Ernstes und Heiteres aus dem Putschleben, 4. Aufl., München 1931.
Klatt, Rudolf: Ostpreußen 1919/20 im Spiegel der Verwaltungsbehörden, Diss. Göttingen 1957, maschinenschriftlich; als Buch unter dem Titel: Ostpreußen unter dem Reichskommissariat 1919/20, Heidelberg 1958.
v. Klemperer, Klemens: Germany's New Conservatism. Its History and Dilemma in the Twentieth Century, Princeton, New Jersey 1957.
Knauf, Erich: Ça ira! Reportage-Roman aus dem Kapp-Putsch, Berlin 1930.
Kolb, Eberhard: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918/19, Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 23, Düsseldorf 1962.
Kruck, Alfred: Geschichte des Alldeutschen Verbandes 1890—1939, Wiesbaden 1954.
Krüger, Franz: Diktatur oder Volksherrschaft. Der Putsch vom 13. März 1920, sein Verlauf und seine Lehre, Berlin 1920.
Leipart, Theodor: Karl Legien: Ein Gedenkbuch, Berlin 1929.
Liebe, Werner: Die Deutschnationale Volkspartei 1918—1924, Düsseldorf 1956; Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Band 8.
Litell, W.: The German Communist Party (Spartakusbund) and the Kapp-Putsch. A Seminar Report for Government, 387 RI, vom 31. Januar 1956, maschinenschriftlich.
Löbe, Paul: Der Weg war lang. Lebenserinnerungen von Paul Löbe, 3. Aufl., Berlin o.J..
Löbe, Paul: Friedrich Ebert und seine Zeit. Ein Gedenkwerk über den ersten Präsidenten der Deutschen Republik, Charlottenburg (1928).
Luckau, Alma: Kapp-Putsch, Success or Failure, in: Journal of Central European Affairs, Volume 7, Januar 1948.
Ludendorff, Erich: Vom Feldherrn zum Weltrevolutionär und Wegbereiter deutscher Volksschöpfung, München 1940.
v. Lüttwitz, Walther: Im Kampf gegen die November-Revolution, Berlin 1934.
Maercker, Georg: Vom Kaiserheer zur Reichswehr, 2. Aufl., Leipzig 1921.
Martini, Winfried: Freiheit auf Abruf. Die Lebenserwartung der Bundesrepublik, Köln und Berlin 1960.
Martini, Winfried: Mythos vom Generalstreik. Die Gewerkschaften und der Kapp-Putsch, in: Christ und Welt, XIII. Jhg., Nr. 10, 3. März 1960.
Martini, Winfried: Der „Ungehorsam" Seeckts oder die Kunst des Abschreibens. Zum 42. Jahrestage des Kapp-Putsches (13. — 17. März 1920), in: Wehrkunde, XI. Jg., 1962, Heft 3, S. 128 bis 134.
Martini, Winfried: Der Mythos vom Generalstreik, in: Die politische Meinung, 9. Jg. 1964, Heft 99, S. 73 ff.
Matthias, Erich: Zur Geschichte der Weimarer Republik. Ein Literaturbericht, in: Die neue Gesellschaft, Jg. 1956, Heft 4.
Mehnert, Gottfried: Evangelische Kirche und Politik 1917—1919. Die politischen Strömungen im deutschen Protestantismus von der Julikrise 1917 bis zum Herbst 1919, Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Band 16, Düsseldorf 1959.
Meier-Welcker, Hans: Die Stellung des Chefs der Heeresleitung in den Anfängen der Republik. Zur Entstehungsgeschichte des Reichswehrministeriums, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 4. Jg. 1956.
Meißner, Otto: Staatssekretär unter Ebert–Hindenburg–Hitler, Hamburg 1950.
v. Metzsch, Horst: Vom 13. März, in: Süddeutsche Monatshefte, Jg. 17, Heft 10, Juli 1920.
Mohler, Armin: Die konservative Revolution in Deutschland 1918—1932, Stuttgart 1950.
Mommsen, Wolfgang: Max Weber und die deutsche Politik 1890—1920, Tübingen 1959.
Müller, Paul: Alexander Dominicus, Ein Lebensbild, Berlin 1957.
Neumann, Siegmund: Die deutschen Parteien. Wesen und Wandel nach dem Kriege, Berlin 1932.
Noske, Gustav: Von Kiel bis Kapp. Zur Geschichte der deutschen Revolution, Berlin 1920.
Noske, Gustav: Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie, Offenbach 1947.

Noske, Gustav: Reichswehr und Kapp-Putsch, in: Vorwärts, 1920, Nr. 160 (27. März), Nr. 162 (28. März) und Nr. 171 (2. April).
v. Oertzen, Friedr. Wilh.: Die deutschen Freikorps 1918—1923, München 1936.
v. Oertzen, Peter: Die großen Streiks der Ruhrbergarbeiterschaft im Frühjahr 1919, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, o. Jg. 1958.
v. Oertzen, Peter: Betriebsräte in der November-Revolution. Eine politik-wissenschaftliche Untersuchung über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution 1918/19. Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 25, Düsseldorf 1963.
Opel, Fritz: Der Deutsche Metallarbeiter-Verband während des Ersten Weltkrieges und der Revolution, Hannover und Frankfurt a. M. 1957.
Pabst, Waldemar: Das Kapp-Unternehmen, in: Revolutionen der Weltgeschichte, hrsg. von Wulf Bley, München 1939.
Peters, Max: Friedrich Ebert, 2. Aufl., Berlin 1954.
Phelps, Reginald: Aus den Groener-Dokumenten, in: Deutsche Rundschau, Jg. 76, 1950.
v. Pölnitz, Götz: Emir, Das tapfere Leben des Freiherrn Marschall von Bieberstein, München 1938.
Pritze: Der Militärputsch, Deutschnationales Rüstzeug, Lieferung 4/5, hrsg. von der Hauptgeschäftsstelle der Deutschnationalen Volkspartei, Berlin 1920.
Purlitz, Friedrich: Deutscher Geschichtskalender, 36. Jg., I. Bd., Abteilung A, Jan.—Juni 1920, Leipzig (1927)
v. Rabenau, Friedrich: Seeckt. Aus seinem Leben, Bd. II, Leipzig 1940.
Raeder, Erich: Mein Leben, Teil I, Tübingen 1956.
v. Rheinbaben, Rochus: Stresemann: Reden und Schriften, 2 Bände, Dresden 1926.
Röhm, Ernst: Die Geschichte eines Hochverräters, 7. Aufl., München 1934.
Rosenberg, Arthur: Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik, hrsg. von Kurt Kersten, Stuttgart 1955.
Rothfels, Hans: Wolfgang Kapp, in: Deutsches biographisches Jahrbuch, Bd. IV, 1922, Stuttgart/Berlin/Leipzig 1929.
Runge, Wolfgang: Politik und Beamtentum im Parteienstaat. Die Demokratisierung der politischen Beamten in Preußen zwischen 1918 und 1933. Stuttgart 1965, Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte, hrsg. v. Werner Conze, Bd. 5.
v. Salomon, Ernst: Die Geächteten, Gütersloh 1930.
Sauer, Wolfgang: Das Bündnis Ebert–Groener, phil. Dissertation der Freien Universität Berlin 1956, maschinenschriftlich.
Scheidemann, Philipp: Memoiren eines Sozialdemokraten, Bd. II, Dresden 1928.
Schemann, Ludwig: Wolfgang Kapp und das Märzunternehmen vom Jahre 1920, München und Berlin 1937.
Schiele, Georg Wilhelm: Ein Stück Zeitgeschichte, in: Eiserne Blätter, Wochenschrift für deutsche Politik und Kultur, hrsg. von Gottfried Traub, 13. Jahr, Nr. 30, 26. Juli 1931, München 1931.
Schiele, Georg Wilhelm: Kurze Geschichte der Vaterländischen Bewegung in den Jahren 1918 bis 1928, in: Naumburger Briefe, hrsg. von G. W. Schiele, Oktober 1928, Heft 6, Leipzig 1928.
Schlottner, Erich: Stresemann, der Kapp-Putsch und die Ereignisse in Mitteldeutschland und in Bayern im Herbst 1923, Diss. Frankfurt a. M. 1947, Frankfurt a. M. 1948.
Schmalix, Adolf: Gerechtigkeit für Kapitän Ehrhardt, Leipzig 1923.
Schmidt-Hannover, Otto: Umdenken oder Anarchie. Männer, Schicksale, Lehren, Göttingen 1959.
v. Schmidt-Pauli, Edgar: General v. Seeckt. Lebensbild eines deutschen Soldaten. Berlin 1937.
v. Schmidt-Pauli, Edgar: Geschichte der Freikorps 1918—1924, Stuttgart 1936.
Schüddekopf, Otto-Ernst: Das Heer und die Republik. Quellen zur Politik der Reichswehrführung 1918—1933, Hannover und Frankfurt a. M. 1955.
Schüddekopf, Otto-Ernst: Linke Leute von rechts. Nationalbolschewismus in Deutschland von 1918—1933, Stuttgart 1960.
Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, Neue Folge, 36. Jg., 1920, 1. Teil, München 1924.
Schultze-Pfaelzer, Gerhard: Von Spa nach Weimar. Die Geschichte der deutschen Zeitenwende, Leipzig 1929.
Schürer, Heinz: Die politische Arbeiterbewegung Deutschlands in der Nachkriegszeit 1918–1923, Leipzig 1933.

Schwarzschild, Leopold: Von Krieg zu Krieg, Amsterdam 1947.
Schwarz, Albert: Die Weimarer Republik, Sonderdruck aus Brandt–Meyer–Just, Handbuch der Deutschen Geschichte, Bd. IV, Abschnitt 3, Konstanz 1958.
Schwend, Karl: Bayern zwischen Monarchie und Diktatur. Beiträge zur bayerischen Frage in der Zeit von 1918 bis 1933, München 1954.
Severing, Carl: Mein Lebensweg, Bd. 1 und 2, Köln 1950.
Severing, Carl: 1919—1920 im Wetter- und Watterwinkel, Bielefeld 1927.
Spectator: Die Geschichte der Berliner Fünftageregierung, Leipzig 1920.
Spethmann, Hans: Die Rote Armee an Ruhr und Rhein. Aus den Kapp-Tagen 1920, Berlin 1930.
Stampfer, Friedrich: Die ersten 14 Jahre der Deutschen Republik, Offenbach 1947.
Stenographische Berichte über die Verhandlungen der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung, Berlin 1919/1920.
Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, Bd. 344 und 392, Berlin 1920 und 1927.
Sternberger, Dolf: Putsch und Streik. Eine Untersuchung der Gründe, aus welchen der Berliner Staatsstreich vom März 1920 gescheitert ist. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1. März 1961.
Stresemann, Gustav: Die Märzereignisse und die Deutsche Volkspartei, Berlin 1920.
Taube, Max: Ursachen und Verlauf des Putsches vom 13. März 1920 und seine Lehren für Arbeiterschaft und Bürgertum, Berlin 1920.
Taube, Max: Die Schlagwörter der Straße im März 1920. Deutschnationales Rüstzeug, Lieferung 6, hrsg. von der Hauptgeschäftsstelle der DNVP, Berlin 1920.
Thalheimer, August: Ein Rückfall von „Kinderkrankheit", in: Die Internationale, Zeitschrift für Theorie und Praxis des Marxismus, Jg. II, Heft 25, Berlin 1920.
Thieringer, Rolf: Das Verhältnis der deutschen Gewerkschaften zu Staat und politischen Parteien in der Weimarer Republik 1918—1933, Diss. Tübingen 1954, maschinenschriftlich.
Trebitsch-Lincoln, Ignaz: Der größte Abenteurer des XX. Jahrhunderts, Leipzig/Zürich/Wien 1931.
Troeltsch, Ernst: Spektator-Briefe. Aufsätze über die deutsche Revolution und die Weltpolitik 1918—1922, Tübingen 1924.
Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Hrsg. von Herbert Michaelis u. Ernst Schraepler unter Mitwirkung von Günter Scheel, Band 3 u. 4, Berlin o. J. (1959 u. 1960).
Varain, Heinz-Josef: Freie Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Staat. Die Politik der Generalkommission unter der Führung Carl Legiens 1890—1920, Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 9, Düsseldorf 1956.
v. Vietsch, Eberhard: Arnold Rechberg und das Problem der politischen West-Orientierung Deutschlands nach dem 1. Weltkrieg. Schriften des Bundesarchivs 4, Koblenz 1958.
Volkmann, Erich Otto: Revolution über Deutschland, Oldenburg 1930.
Waite, Robert G. L.: Vanguard of Nazism. The Free-Corps Movement in Postwar Germany 1918—1923, Harvard University Press, Cambridge, Mass. 1952.
Wauer, William: Hinter den Kulissen der Kapp-Regierung, Berlin 1920.
Weber, Max: Gesammelte politische Schriften, München 1921.
Der Weg in die Diktatur 1918 bis 1933, Zehn Beiträge von Theodor Eschenburg, Ernst Fraenkel und anderen, München 1962.
Weiss, Max: Der Nationale Wille. Werden und Wirken der DNVP 1918—1928, Berlin und Leipzig 1928.
Wheeler-Bennett, John: Die Nemesis der Macht. Die deutsche Armee in der Politik 1918—1945, Düsseldorf 1954.
Williams, Warren E.: Die Politik der Alliierten gegenüber den Freikorps im Baltikum 1918 bis 1919, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 12. Jg. 1964, Heft 2, S. 147 ff.
Winnig, August: Das Reich als Republik, Stuttgart und Berlin 1928.
Winnig, August: 400 Tage Ostpreußen, Dresden 1927.
Winnig, August: Heimkehr, Hamburg 1936.
Wortmann, Karl: Geschichte der Deutschen Vaterlandspartei 1917—1918, Halle 1926.
v. Wrochem, A.: Der Eidbruch der Offiziere am 13. März 1920, Berlin 1920.
Zechlin, Walter: Pressechef bei Ebert, Hindenburg und Kopf, Hannover 1956.

Ziegler, Wilhelm: Die deutsche Nationalversammlung 1919/20 und ihr Verfassungswerk, Berlin 1932.
Zimmermann, Werner G.: Bayern und das Reich 1918—1923. Der bayrische Föderalismus zwischen Revolution und Reaktion, München 1953.
Zimmermann, Adolf: Vorfrühling 1920. Aus den Tagen der Kappschen Wirren, Berlin 1920.

C. Zeitschriften und Zeitungen

I. Zeitschriften

Die Gemeinschaft, Organ des Deutschen Beamtenbundes, Jg. III u. IV
Die Internationale, Zeitschrift für Theorie und Praxis des Marxismus, Jg. II, Berlin 1920
Justizbeamtenbundesblatt, Zeitschrift des Justizbeamtenbundes, 2. Jg., 1920, Nr. 3, 15. 3. 1920
Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, 30. Jg., Nr. 12/13, 15 u. 16
Preußische Jahrbücher, Bd. 180, April—Juni 1920
Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt, Jg. XXIX, 1920
Sozialistische Monatshefte, 26. Jg., Bd. 54
Zeitschrift des Verbandes der mittleren Justizbeamten im Kanzleidienst, Ausgabe vom 1. 5. 1920
Zeitschrift des Verbandes der preußischen Justizsekretäre, Ausgabe vom 1. 4. 1920
Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, 20. Jg.

II. Zeitungen (ausgewertet wurden nur einzelne Ausgaben)

Freiheit (Zentralorgan der USPD); Vorwärts (Zentralorgan d. SPD);
Berliner Tageblatt, Frankfurter Zeitung (demokratisch);
Kölnische Volkszeitung (Zentrum);
Tägliche Rundschau, Berliner-Lokal-Anzeiger, Kreuzzeitung,
Deutsche Tageszeitung (der DNVP nahestehend);
Berliner Nachrichtenblatt (Organ der Kapp-Regierung)

Personenregister[1])

Abendroth, Friedrich von 139
Albert, Heinrich F. 146, 154, 206, *230*, *239*, 249, 268
Albrecht, Conrad 188
Arens 117 f., 134, 137 f., 190, 264
August-Wilhelm, Prinz von Preußen 103
Awaloff-Bermondt, Fürst Paul Michailowitsch 54

Balfour, Arthur James 42
Bang, Paul 94, 96, 129, *131*, 164 f., 168 f., 204
Barth, Emil *226*
Barth, Erwin 45
Batocki s. Tortilowicz
Bauer, Gustav 46, *50*, 83, 90, 132 f., 141, 144, 146, 148 f., *150*, 157, 162, 173 f., 181, 193 f., 209, 242—245, 247, 256, 271 f., 283, 289 f., 294
Bauer, Max 40 ff., 87, 89, 93, 97 f., 103—106, 124, 130, 135 f., 138, 153, 165, 167 f., 204, 206, 225 ff., 232, 234, 244, 247 ff., 260, 267, 269, 277, 295, 298
Becker, Johann 283
Bell, Johannes 246
Below, Otto von 24, 28, 36, 39 f.
Berger, Herbert von 118 ff., 127, 133, 234, 244 f.
Bergmann, Walter von 157, 176, 187, 286
Bernhard, Georg 20
Bernuth, von 184
Bethmann Hollweg, Theobald von 87, 89, 165
Bischoff, Josef 53 ff., 92
Bismarck, Otto Fürst von 90
Bock, Fedor von 135, 141
Bodenstein 169
Borne, Curt von dem *30*
Borsig, Ernst von 205, 249
Braun, Johann von 123
Braun, Otto 132, 146
Brecht, Arnold 149, 193, 206 f., 209
Bredereck, Paul 167
Brockdorff-Rantzau, Graf Ulrich 249
Brösigke *30*
Burlage, Eduard 243 f., 246, 248

Canaris, Wilhelm Franz 136
Carmer, Carl Graf von 96
Churchill, Winston *233*
Claß, Heinrich 96
Cohn, Oskar 71, 255 f.
Cremer, Carl 96, 224
Crispien, Artur 196
Cuno, Rudolf 21
Cuno, Wilhelm 245

Däumig, Ernst *226*, 255 f.
Davans, von 187
David, Eduard 84, 146, 148
Delbrück, Clemens von *65*, 254, 268, 281
Dernburg, Bernhard 244, 248 f.
Dewitz, Johann-Georg von *94*, 97, 126
Dickhut-Harrach, Gustav von 18
Dominicus, Alexander 203, 230, 254, *294*
Doyé 125, 134, 170, 210
Düringer, Adalbert *65*, 73, 254, 268
Duisberg, Carl 97

Ebert, Friedrich 15 f., 22, *25*, 26 f., *29*, 32, *33*, 34 f., 38, 43—46, 57, 85, 90 f., 101 f., 107, 119—125, 127 ff., 132, 141, 144, 146 bis 149, *150*, 157, 163, 172 ff., 181, 185, 187, 193 f., 197, 209, 213, 217 f., 221, 231, 244 bis 247, 254, 272, 279 ff., 285 ff., 291 f., 297
Egan-Krieger, Jenö von 131
Ehrhardt, Hermann 20, 31, *33*, 45, 55, 91, 97, 109, 112—115, 118, 120 f., 123, 125, 130 ff., 134—143, 146—152, 210 f., 227, 263, 265, 267 f., 277, 287, 294 f., *300*
Eisenhart-Rothe, Ernst von 183
Ernst, Eugen 124, 190, 213, *241*, 259, 269, 274
Erzberger, Matthias 29, 31, *48*, 67, 71, 76 f., 79, 81, 113, 240
Escherich, Georg 92
Estorff, Ludwig von *32*, 55, 184

Falkenhausen, Ernst von *22*
Falkenhausen, Friedrich Freiherr von 129, 151, 153 f., 207, 209, 231, 249
Fehrenbach, Constantin *30*, 174
Fehrmann, Karl 97
Feldmann, Hans von 183
Fischer 141, 143 f.
Fischer 170
Fletcher, Alfred 18, 96
Freund, Friedrich 170, 210

[1]) Kursivziffern weisen auf Personen in den Anmerkungen hin.

Freytagh-Loringhoven, Axel Freiherr von 65, 95 f., 98, 102, 104, 226
Friedberg, Robert 81
Friedeburg, von 185
Friedrich Wilhelm, Kronprinz von Preußen 20, 42, 103 f.

Garnich, Hugo 165
Geßler, Otto 146, 149, 170 f., 173, 176, 195, 248
Giesberts, Johann 146, 149, 171, 173, 216 f., 245
Gilsa, Erich von 121, 131, 141 f., 146, 247
Göhre, Paul 250, 252, 254 f., 274
Goltz, Rüdiger Graf von der 39, 53 f., 105, 183, 273, 277 f.
Gordon, Harold J. 144 f.
Gothein, Georg 81, 251, 268, 274 f.
Grabowski, Friedrich 19, 90, 124
Graefe, Albrecht von *65*, 70, 75
Gräser 34
Groddeck, Wilhelm von 189
Groener, Wilhelm 16, 18, *22*, 23—27, 32, 34 bis 37, 39, 44, 46, 48, 53, 56 f., 82, 97, 245, 249, 268, 288
Gruetzner 96
Gumbel, Emil Julius 92

Haas, Otto 187
Haeften, Hans von 29
Haenisch, Konrad 146
Hagen, Eberhard von dem 48
Hagenberg, Gustav 178, 184
Hahnke, Wilhelm von 189
Hammerstein-Equord, Curt Freiherr von 36, 43 f., 47, 111, 116, 120, 123 f., 132, 138, 141, 143, 184
Haniel von Haimhausen, Edgar 206 f.
Harnack, Adolf von 94
Hasse, Paul 141, *181*, 244
Hassell, Ulrich von 86, 95
Heilmann, Ernst 254
Heim, Georg 92
Heine, Wolfgang 22, 101, 124, 133, 146, 148, 151, 169 f., 190, 210, 244 f., 248
Heinze, Rudolf 66, 68, 103, 117, 119, 171 f., 219, 223 ff., 234, 254
Helfferich, Karl *65*, 71 f., 77, 97, 219, *230*, 254
Heller, Hermann 244, 248
Henke, Alfred 80
Henning, Wilhelm *65*
Hergt, Oskar 65, 96, 117 ff., 127, 219, 222, 240, 254, 259, 268 f., 274 f., 281
Herold, Carl 254, 267 f.
Hesterberg, Ernst 185
Heydebrand und der Lasa, Ernst von 126
Heye, Wilhelm 25, 28, 39 f., 58, 182 f., 273 f.
Hildenbrand, Karl 249
Hindenburg, Paul von 16, 20, 28, *29*, *38*, 39, 56, 58, 71, 85, 90, 111, 117, 122, 230, 233
Hirsch, Paul 146, 148, 156, *241*, 256, 259, 261, 268 f., 274 f., 284
Hoffmann, Johannes 177
Hoffmann, Max 35, 37, 39, 273
Hofmann, Hermann von 36, *37*, 38
Hülsen, Bernhard von *43*, 135 f., 138, 141, 143, 182, 184, 203, 230 f., 237, 251, 255, 257, 273, 276, 278, *300*
Hünefeld, Freiherr von *103*, 104
Hugenberg, Alfred *65*, 76, 101, 219
Hugo, Otto 224, *232*

Jagow, Traugott von 42, 94, 96, 99, 129, 153 f., 165, 170 f., 178, 210, 213, 218, 233 f., 244, 265, 295
Joel, Curt Walter 209, 274 f., 279, 281

Kahr, Gustav von 177 f.
Kalle 264
Kapp, Anneliese 97, 126, *233*, *265 f.*, 278
Kapp, Friedrich 87
Kapp, Wolfgang passim
Kempner, Franz 206 f.
Kern, Fritz 234
Kessel, Ernst von 134, 138, 153, 171, 265, 278
Kessel, Kurt von 96, 179
Kilmarnock, Lord Earl of Erroll 104
Klewitz, Willi von *24*, 251, 255, 257
Koch-Weser, Erich *24*, *62*, 82, 84, *85*, 132, 146—150, 170—176, 195, 199, 206, 240 bis 243, 246, 256, 269—272, 282 f.
Kopp, Victor 105
Krause, Paul von 254
Kruck, Alfred 96
Krüger, Franz 196, 261, 269
Krupp von Bohlen und Halbach, Gustav 97
Kummer 103
Kuttner, Erich 139

Landsberg, Otto *38*
Leber, Julius 188
Legien, Carl 198
Leidig, Eugen 222, 254
Lenin (Uljanow), Wladimir Iljitsch 105
Lensch, Otto 167
Lequis, Arnold 288
Lettow-Vorbeck, Paul von *43*, 179, 184
Levi, Paul 202
Lewald, Theodor 208, 211, 251
Liebknecht, Karl 200
Lippe, Friedrich von der 276
Loßberg, Friedrich von 24 f., 28, 36, 40, 174, 185 f., 245

Ludendorff, Erich 16, 29, 40 f., 43, 71, 85, 87—90, 93 f., 96 ff., 100, 102 f., 105 f., 122, 126, 129 f., 165, 185, 226, 231 f., 234, *235*, 251, 265, 267, 273, 277 f., 297
Lüdemann, Hermann 261, 269
Lüttwitz, Walther Freiherr von passim
Luxemburg, Rosa 200

Maercker, Georg 26 f., 37, 41 ff., 46, *50*, 97, 125, 148, 151 f., 157, 167, 170—176, 189, 194, 209, 234—237, 242, 244—248, 251 ff., 263, 298
Malcolm, Sir Neill 72, *83*, 104, 111
Maretzky, Oskar 96, 222, 224
Marx, Salomon 20 f.
Max, Prinz von Baden 175, 209
Mayer, Oskar 170
Meißner, Otto 149, 207
Meister, Friedrich 210
Metzsch, Horst von 172
Mittelmann, Fritz 247
Möhl, Arnold Ritter von 24, 157, 177, 186 f.
Mönch, Walter 188
Molkenthin 209
Mügel, Oskar 217
Müller, August 45
Müller, Hermann *62*, 132, 149

Noske, Gustav 16, 21 f., 24—28, *29*, 30 f., 34 f., 38, 43—49, *50*, 53, 56—59, 71 f., 80, 90 f., 98, 101 f., 108, 111 f., 115 f., 119—124, 127 ff., 131—144, 146, 148 ff., 152, 157, 171, 173, 181, 185 f., 193 f., 196, 200, 240, 244, 246 f., 286, 288, 291 f., 294, 297

Ögg 268
Oeser, Rudolf 169, *194*, 203, 230 f., 245, 249, 259, 268, 270
Oldenburg, von 117
Oldershausen, Martin von 45, 111, 116—124, 130, 132, 135 f., 139—142, 146—149, 151, 184, 273
Oven, Burghard von 37, 43, 119, 121, 123, 136 f., 139—143, 149, 184, 267, 276 f.

Pabst, Waldemar 18 ff., 31, *33*, 35—38, 86 f., 89—93, 95, 97 f., 101—104, 106, *107*, 122, 124, 128, 130 f., 134 ff., 152, 157, 184, 204, 225 ff., 230 f., *233*, 234, 244, 247, 255, 257—261, 263 ff., 268, 274 f., 279 f., 295, 298, 301
Paschen, Conrado 18
Payer, Friedrich von 283
Peters, Max 251
Philipp, Ernst 179, 213
Posadowsky-Wehner, Arthur Graf von *65*, 66, *69*
Preger, Konrad Ritter von 250 f.
Puttkamer, von 156

Rabenau, Friedrich von 143, 145, 278
Radek, Karl 105, 200, 225
Raeder, Erich von 124, 187, 289
Ramm 211, 216, 250 f.
Rathenau, Walther 159
Rausch, Bernhard 289
Rauscher, Ulrich 141, 146, 193
Rechberg, Arnold 104 f.
Reibnitz, Kurt Artur Freiherr von 225 f.
Reinhard, Wilhelm 71, 134, 276
Reinhardt, Walther *17*, 18, 23 ff., 28, *34*, 37, 56—59, 115, 119 ff., 123, 132, 134—139, 141—148, *181*, 182 ff., 251, 263, 268, 285 f., 288
Reventlow, Ernst Graf *91*
Richter, Ernst von 213
Rießer, Jakob 160, 165
Riezler, Kurt 256
Röhm, Ernst 92, 177
Rosenberg, Arthur 291
Rosenberg, Frederic Hans von 245
Ryan 41 f., 104

Scheidemann, Philipp 26, 35, 62, 71
Schiele, Georg Wilhelm 86, 90, 94 ff., 99, 129, 131, 165, 168, 295
Schiele, Martin *95*, 268, 270, 272, 274
Schiffer, Eugen 71, 123, 146, 148 ff., 154, 156, 171, 175, 182, 207, 216, 239—243, 248—254, 257—264, 266—272, 274 f., 279—283, 285, 294, 299
Schleicher, Kurt von *22*, 32, 36, 141
Schlicke, Alexander 146, 149, 245, 268
Schmettow, von 179, 185
Schmidt, Otto *16*
Schmidt, Robert 82, 149
Schnackenberg *25*
Schnitzler, Karl *44*, 89, 93, 101, 110, 124, *130*
Schoeler, Roderich von 44, 157, 185, 245
Schönstadt, von 118, 134, 190, 265
Schroeder, Franz 168, 207, 209, 249
Schulz, Heinrich 256
Schwander, Rudolf 178, 212
Schwarz, Albert 291
Seeckt, Hans von 18 f., 22, 28, 33 f., 36, 38, 53 f., 56—59, 78, 108, 111 f., 115, 119 ff., 123 f., 132, 135 f., 138, 141—148, *181*, 182 ff., 189, 193, 229, 244, 247, 249, 256, 268, 272 f., 277 f., 283—289, 294
Seidlitz-Olberndorf, Graf 96
Severing, Carl 101, 178, 186, 212, 245

Sinowjew, Georgij 200
Sönksen 170, 211
Springorum, Gustav 212
Stampfer, Friedrich 167, 261, 269, 290
Stauß, Emil Georg von 230
Stegerwald, Adam 250, 252, 254, 259
Stein, Karl Freiherr vom *158*
Stephani, Friedrich von 130
Stinnes, Hugo 97
Stockhausen, Karl von 35 f., 40, 43—46, 120, 141, 247, 272
Stresemann, Gustav 66 f., 74, 83, 96, 117, 219, 222, 224, 239 f., 254 f., 258, 268 ff., 272, 274 ff., 280 f., 296
Stubbendorff, Walter 97
Südekum, Albert 101, 169, 190, 203, 225, 230 f., *241*, 250, 253, 257, 259, 261 f., 268, 274 f., *299*

Teucke 211
Thaer, Albrecht von 120
Thalheimer, August 201
Thaysen, von 115, 135, 138
Tirpitz, Alfred von 87, 95
Tortilowicz von Batocki-Friebe, Adolf 18
Traub, Gottfried 86, 90, 94, 96, 99, 129, 150, 165, 168, 219 ff., 225, 230
Trebitsch-Lincoln, Ignaz 103 f., 130 f.
Trimborn, Carl 241, 250, 267—270, 274 ff.
Troeltsch, Ernst 60, 62, *75*, 76 f., 84
Trotha, Adolf von 114 f., 120 f., 124, 132 f., 136, 141, 146, 187

Ulmanis, Karlis 52

Voigt, Friedrich 213

Walter 216
Wangenheim, Adolf Freiherr von 184, 190
Wangenheim, Konrad Freiherr von 90, 95, 99, 129, 165, 170, 211, 230, 265, 295
Watter, Oskar Freiherr von 43, 130, *182*, 186, 194
Wauer, William 225 f.
Weber 134
Weber, Erich 273
Weber, Max *62*
Wels, Otto *193*, 195, 270, 291
Wendhausen, Albrecht 179
Westarp, Kuno Graf von *64*, 73 f., 77, 93 f., 96, 126 f., 129, 157, 221, 267, 273
Weth 256 f.
Wetzell, Georg 141, 277
Wever, Karl 206
Wiedfeldt, Otto 245
Wilamowitz, Ulrich von 94
Wilhelm I. 90
Wilhelm II. 11, 20, 34, 103, 197, 209
Williams, Warren E. 54
Wilson, Woodrow 69
Winnig, August 18 f., 38, *40*, *54*, 101, 179, 190, 213, 292
Winterfeldt, Detlof von 245
Wrisberg, Ernst von *121*, 183
Würmeling, Bernhard 178, 186, 212
Wulle, Reinhold *65*, 103

Xylander, Rudolf Ritter von *26*

Zechlin, Walter 206